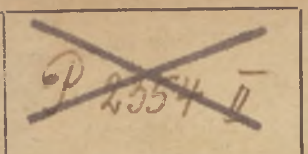
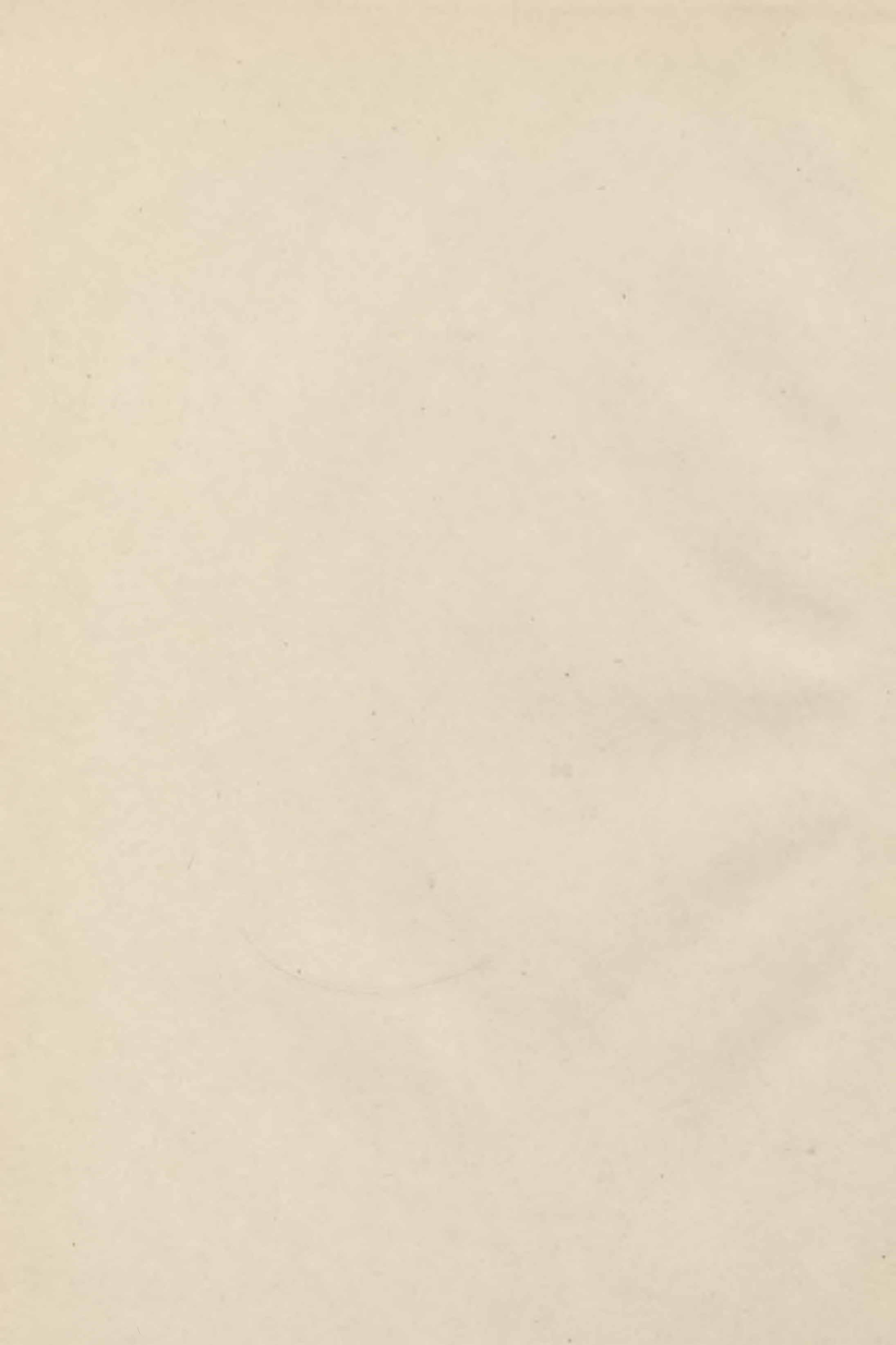

BIBLIOTEKA
Instytutu
Bałtyckiego
w Bydgoszczy
P 2354 II



Gerd Rühle / Das Dritte Reich





Benito Mussolini und Adolf Hitler
(während des Besuches des Duce in Deutschland)

Gerd Rühle

Das Dritte Reich

Dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation

Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs

Das fünfte Jahr
1937

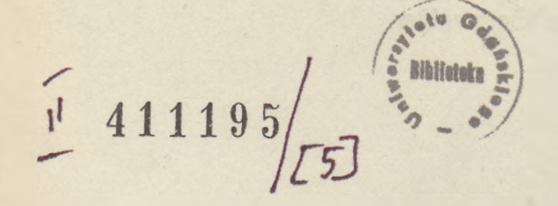
Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten
sowie einem Sachregister

Hummelverlag

Verlag und Versand für deutsche Literatur
Hans Eugen Hummel
Berlin NW 7

Bild und Dokumente: Schriftleiter Rolf Heller

Die Aufnahmen lieferten:
Argusfot, Bittner, Conrad, Hartz, Heller, Hoffmann, Pressefoto, Scherl, Schirner, Weltbild.







„Gegen die Herausgabe dieser Schrift bestehen seitens der NSDAP. keine Bedenken."

Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums. Berlin, 20. August 1938

Druck: Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg (Thür.)
Klischees: Graphische Kunstanstalt Markant G. m. b. H., Berlin

All denen, die mir bei der Gestaltung dieser dokumentarischen Darstellung durch Zurverfügungstellung von Dokumenten, Berichten, Auskünften und in anderer Weise halfen, sage ich auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank, insbesondere den Herren

Brey, SA.-Standartenführer, Reichsleitung der NSKOV.,

Dr. Conti, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern,

Diewerge, Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,

Geschke, Geschäftsführer der Fachschaft der Verlagsangestellten in der Reichspressekammer,

Heller, Schriftleiter,

Imhoff, Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,

John, Obergebietsführer, Reichsjugendführung der NSDAP.,

Knöpfel, Schriftleiter, Pressestelle des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes,

Kramarz, SA.-Sturmbannführer, stellv. Gauführer im NSRB.

Kurzbein, SS-Hauptsturmführer, Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,

Ludwig, Magistratsrat,

Dr. Medicus, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern,

Dr. Schiffer, Assessor, Verwaltungsamt des Reichsbauernführers,

Ebenso sage ich allen Mitarbeitern Dank, die bei der Schaffung dieses Buches geholfen haben, insbesondere meinem Bruder, Herrn Schriftleiter Klaus Rühle.

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt:

Das nationalsozialistische Reich am Beginn weiterer vier Jahre

Adolf Hitler zur Jahreswende

„Gebt mir vier Jahre Zeit — so lautete die Bitte, die ich am Tage der Machtübernahme 1933 an das deutsche Volk richtete. Das vierte Jahr ist nun beendet. Noch niemals aber konnte in der Geschichte ein Regime mit stolzerer Genugtuung auf die Erfüllung seines Programms zurückblicken als die Nationalsozialistische Partei an der Wende dieses Jahres auf das ihre ...“

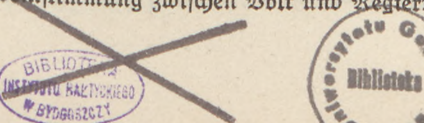
— so konnte Adolf Hitler in seinem Neujahrsaufruf 1937 feststellen, als er der nationalsozialistischen Bewegung und allen deutschen Volksgenossen für die im Jahre 1936 geleistete Mitarbeit dankte. Mit Recht hatte Reichsminister Dr. Goebbels in seiner Silvesterrede über alle deutschen Sender erklärt:

Silvesterrede Dr. Goebbels

„... Die Früchte aus der Saat der ersten Jahre unserer Revolution haben nun allmählich zu reifen begonnen, und mit Freude können wir beobachten, wie die ganze Nation nach und nach in ihren Genuß kommt. Sorgen und Mühen, Arbeit und Schweiß fangen an, sich zu lohnen ...

Es liegt uns nicht, uns in die inneren Verhältnisse anderer Länder hineinzumischen. Trotzdem aber können wir mit tiefer Beglückung feststellen, daß, während anderswo die Völker vielfach von Bürgerkrieg und Wirtschaftsverfall, von Finanzkrisen und Inflation heimgesucht wurden, der Kampf aller gegen alle die Gemeinschaft der Nationen zerstörte, blutige Auseinandersetzungen das nationale Gefüge der Staaten erschütterten, Deutschland von all diesen Geißeln der Menschheit verschont geblieben ist. Was man uns prophezeite, als der Führer am 30. Januar 1933 die Macht antrat, davon sind wir verschont geblieben; aber bei den lauten Propheten von damals ist es manchmal leider Wirklichkeit geworden. Während bei uns Frieden, Ordnung, Arbeit und Disziplin herrschen, werden anderswo vielfach die Völker durch Aufruhr, Streik, Fabrikbesetzungen, wahnwitzige Geldmanöver, Haß und blutige Zwietracht auf das tiefste beunruhigt.

Auch mancher gute Deutsche, der im Anfang unserer Revolution noch mit gewissen Vorbehalten uns gegenüberstand und vielleicht meinte, daß das Glück der Völker nur in dem längst als Scheindemokratie entlarvten Parteitreiben gefunden werden könnte, hat gerade im vergangenen Jahr Gelegenheit genug gehabt, an den Verfallserscheinungen unserer demokratischen Umwelt die Richtigkeit des vom Führer eingeschlagenen Regierungs- und Führungskurses zu erkennen und festzustellen, daß es in den modernen Staaten weniger auf die Formen, als auf Wesen und Inhalt einer demokratischen Übereinstimmung zwischen Volk und Regierung



ankommt. Er hat dabei begreifen gelernt, daß eine starke Autorität zur Führung der Völker nötig ist, und nur der Verzicht des einzelnen auf egoistische Eigenrechte die Freiheit aller auf die Dauer gewährleisten kann...

Und zur Aufgabe des kommenden Jahres rief er dem deutschen Volke zu:

... Was wird das nun anbrechende Jahr 1937 uns bringen? Seine Aufgaben liegen klar und unverkennbar zutage: Wir müssen das Reich weiter ausbauen. Die Durchführung der ersten Etappe des Vierjahresplanes zur Sicherung unseres nationalen Lebens erfordert den restlosen Einsatz der ganzen Nation. Neben diese Arbeit hat die bewußte Gestaltung und weitere Vervollkommnung unserer sozialen Ordnung zu treten. Diese ist die Grundlage unserer Volksgemeinschaft, die wiederum den sichersten Ausgangspunkt bietet für die Stärkung unserer nationalen Macht, für die Mehrung unseres Ansehens in der Welt und für die Entschlossenheit, mit der Deutschland antritt zum unentwegten und unerbittlichen Widerstand gegen die unterirdischen Bolschewisierungsversuche der Komintern in der ganzen Welt.

Zu diesen Aufgaben ist die ganze Nation aufgerufen. Sie vereint sich in dieser letzten Stunde des abgelaufenen Jahres in einem festen und unverbrüchlichen Dank- und Treuebekenntnis zum Führer, der uns auch in den vergangenen zwölf schweren Monaten wieder wie der Herzog seines Volkes voranschritt im Kampf um die Freiheit, das Leben und die Ehre der Nation..."

Reichstagssitzung am 30. Januar 1937

Der vierte Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution, der 30. Januar 1937, erhielt sein besonderes Gepräge durch eine Sitzung des Deutschen Reichstags. Nachdem auf Vorschlag des Fraktionsführers der NSDAP., Pg. Dr. Frick, der bisherige Reichstagspräsident, Pg. Göring, durch Zuruf einstimmig wiedergewählt worden war, brachte Pg. Dr. Frick das neue Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 30. Januar 1937):

Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (Neues Ermächtigungsgesetz)

„Einziger Artikel

Die Geltungsdauer des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (RGBl. I S. 141) wird bis zum 1. April 1941 verlängert.

Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I S. 75) bleibt unberührt.

Der Führer und Reichskanzler.
Der Reichsminister des Innern."

Dr. Frick führte zur Begründung aus, daß das erste Ermächtigungsgesetz (das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 24. März 1933 — siehe Band 1933, Seite 42—43 —, das der Regierung Adolf Hitlers auf vier Jahre die Vollmacht verliehen hatte, Reichsgesetze von sich aus zu erlassen) bis zum 1. April 1937 befristet sei. Nach dem jetzt erfolgten Ablauf der vier Jahre, die der Führer seinerzeit zunächst gefordert habe, um Deutschland gesunden zu lassen, müsse jedermann zugeben, daß Adolf Hitler sein Versprechen nicht nur

erfüllt, sondern darüber hinaus eine politische Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung vollbracht habe, die in einer so kurzen Zeitspanne zu vollbringen, niemand für möglich gehalten habe. Der Führer habe in diesen vier Jahren das deutsche Volk aus den innerpolitischen Fesseln des Versailler Diktats gelöst und ihm seine Ehre, seine Freiheit und seine Gleichberechtigung wiedergegeben. So sei es heute für den Deutschen Reichstag eine einfache Ehrenpflicht der Dankbarkeit und ein Beweis unerschütterlichen Vertrauens zum Führer, die Vollmachten des Reichsgesetzes vom 24. März 1933 um weitere vier Jahre zu verlängern — zur erfolgreichen Durchführung auch des neuen Vierjahresplanes und zur Erkämpfung der deutschen Zukunft.

Der Reichstag nahm das neue Ermächtigungsgesetz durch Erheben von den Plätzen einstimmig an.

Reichstagsrede des Führers

Dann sprach Adolf Hitler über die nationalsozialistische Revolution, die das Leben des deutschen Volkes nach den Grundsätzen der NSDAP. neu gestaltete, und sagte dabei die grundlegenden Sätze:

„Zum erstenmal vielleicht, seit es eine Menschengeschichte gibt, ist in diesem Lande die Erkenntnis dahin gelenkt worden, daß von allen Aufgaben, die uns gestellt sind, die erhabenste und damit für den Menschen heiligste, die Erhaltung der von Gott gegebenen blutgebundenen Art ist. Zum erstenmal ist es in diesem Reiche möglich, daß der Mensch die ihm vom Allmächtigen verliehene Gabe des Erkennens und der Einsicht jenen Fragen zuwendet, die für die Erhaltung seiner Existenz von gewaltigerer Bedeutung sind als alle siegreichen Kriege oder erfolgreichen Wirtschaftsschlachten! Die größte Revolution des Nationalsozialismus ist es, das Tor der Erkenntnis dafür aufgerissen zu haben, daß alle Fehler und Irrtümer der Menschen zeitbedingt und damit wieder verbesserungsfähig sind, außer einem einzigen: dem Irrtum über die Bedeutung der Erhaltung seines Blutes, seiner Art und damit der ihm von Gott gegebenen Gestalt und des ihm von Gott geschenkten Wesens. Wir Menschen haben nicht darüber zu rechten, warum die Vorsehung die Rassen schuf, sondern nur zu erkennen, daß sie den bestraft, der ihre Schöpfung mißachtet.

... So wie die Erkenntnis des Umlaufs der Erde um die Sonne zu einer umwälzenden Neugestaltung des allgemeinen Weltbildes führte, so wird sich aus der Blut- und Rassenlehre der nationalsozialistischen Bewegung eine Umwälzung der Erkenntnisse und damit des Bildes der Geschichte der menschlichen Vergangenheit und ihrer Zukunft ergeben ..."

Der Führer schilderte die Entwicklung von Staat und Gesetzgebung in vier nationalsozialistischen Jahren und stellte fest:

„1. Es gibt im deutschen Volk seitdem nur mehr einen Träger der Souveränität, und dies ist das Volk selbst.

2. Der Wille dieses Volkes findet seinen Ausdruck in der Partei als der politischen Organisation dieses Volkes.

3. Es gibt entsprechend dem auch nur einen einzigen Gesetzgeber.

4. Es gibt nur eine Gewalt der Exekutive."

Die Gesundung der Nation auf allen Lebensgebieten, die Entwicklung einer an das Volk und seine Notwendigkeiten gebundenen Wirtschaft, der Vierjahresplan, die nationalsozialistische Erziehung des gesamten Volkes — diese grundsätzlichen Themen wurden in der Führerrede ebenso vor aller Welt klargelegt wie die deutsche Außenpolitik. (Den außenpolitischen Teil bringt der folgende zweite Abschnitt.) Vor allem aber brachte die Rede noch folgende wichtige Erklärung Adolf Hitlers über die abgeschlossene Befreiung der Nation von den Fesseln des Versailler Diktats:

Aufhebung der Kriegsschuldlüge

„Ich habe, am heutigen Tage diesen Prozeß abschließend, nur wenige Erklärungen zu geben:

Erstens: Die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung war ein ausschließlich Deutschland selbst berührender und es betreffender Vorgang. Wir haben keinem Volk dadurch etwas genommen und keinem Volk damit ein Leid zugefügt!

Zweitens: Ich verkünde Ihnen, daß ich im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Reichsbank ihres bisherigen Charakters entkleiden und restlos unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches stellen werde.

Drittens: Ich erkläre hiermit, daß damit jener Teil des Versailler Vertrags seine natürliche Erledigung gefunden hat, der unserem Volke die Gleichberechtigung nahm und es zu einem minderwertigen Volke degradierte.

Viertens: Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlichst zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze!"

In vier Jahren hatte Adolf Hitler somit sämtliche deutschen Hoheitsrechte wiederhergestellt. Die letzten Lücken sind mit dem zweiten Satz der obigen Erklärung geschlossen. Die in der Zeit deutscher Erniedrigung durch die ausländischen „Gläubiger" erzwungene Loslösung der Reichsbank und der Reichsbahn von dem Reiche (siehe „Dawesplan" und „Youngplan" — Band 1918 bis 1933, Seite 114ff. und 145ff.) hatte ihr Ende gefunden, was im „Gesetz zur Neuregelung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn" vom 10. Februar 1937 seinen rechtsverbindlichen Niederschlag fand:

Gesetz zur Neuregelung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn

„Artikel 1. Reichsbank

Das Bankgesetz vom 30. August 1924 (RGBl. II S. 235) in der Fassung der Gesetze vom 8. Juli 1926 (RGBl. II S. 355), 13. März 1930 (RGBl. II S. 355), des Kapitels I im Sechsten Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 (RGBl. I S. 517, 591) sowie des Gesetzes vom 27. Oktober 1933 (RGBl. II S. 827) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

‚Die Reichsbank ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts mit der Aufgabe, den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiete zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen.'

2. § 6 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
‚Die Bank wird verwaltet durch das Reichsbankdirektorium, das dem Führer und Reichskanzler unmittelbar untersteht; es besteht aus einem Präsidenten als Vorsitzenden und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern.‘
3. § 21 letzter Absatz wird gestrichen.
4. § 25 Abs. 3 Satz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:
‚Das Reich wird seine sämtlichen die allgemeine Reichsverwaltung betreffenden Bankgeschäfte, soweit sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes für die Reichsbank zugelassen sind, durch diese besorgen lassen. Die Reichsbank ist verpflichtet, diese Geschäfte auszuführen.‘
5. § 26 und § 35 Abs. 2 werden gestrichen.

Artikel 2. Deutsche Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft führt den Namen ‚Deutsche Reichsbahn‘. Ihre Dienststellen sind Reichsbehörden. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn geht in dem Reichsverkehrsministerium auf.

Der Reichsverkehrsminister nimmt die Aufgaben des Generaldirektors, ein Staatssekretär und Ministerialdirektoren nehmen die Aufgaben der übrigen Vorstandsmitglieder wahr.

Die Deutsche Reichsbahn verwaltet das Vermögen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und das Vermögen des Reichs, das dem Betrieb der Reichseisenbahnen gewidmet ist, nach den Vorschriften des Reichsbahngesetzes vom 13. März 1930 (RGBl. II S. 369) als Sondervermögen des Reichs weiter.

An die Stelle des Verwaltungsrats tritt ein ‚Beirat der Deutschen Reichsbahn‘. Er hat die Aufgabe, in grundsätzlichen und besonders wichtigen Fragen den Reichsverkehrsminister zu beraten. Dem Beirat gehören die Vertreter der Vorzugsaktionäre an. Den Vorsitz im Beirat führt der Reichsverkehrsminister.

Die Reichsbahnbeamten werden unmittelbare Reichsbeamte. Die Zuständigkeiten für ihre Ernennung und Entlassung regeln sich nach dem Erlaß vom 1. Februar 1935 (RGBl. I S. 74). Im übrigen gelten vorläufig die bisherigen gesetzlichen Vorschriften und Verwaltungsanordnungen der Deutschen Reichsbahn.

Artikel 3. Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft."

Im Artikel 1 wird somit klargestellt, daß das Reich wieder die uneingeschränkte Währungshoheit hat. Vor allem ist jetzt die früher in § 1 des Bankgesetzes festgelegte „Unabhängigkeit“ der Reichsbank von der Reichsregierung weggefallen. Die Reichsbank wird durch das Reichsbankdirektorium verwaltet, das dem Führer und Reichskanzler unmittelbar untersteht. Dadurch wird der Reichsbank eine Stellung eingeräumt, die der Bedeutung ihrer inneren und äußeren Aufgaben entspricht. Es ist eine selbstverständliche Folgerung der Befreiung der Reichsbank von den internationalen Zwangsbestimmungen, daß die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel nunmehr auf freiwilliger Grundlage und nicht mehr auf Grund internationalen Diktats erfolgt. Ebenso beseitigt das Gesetz bei der Reichsbahn die Bestimmungen, die nach ihrem

Ursprung und wesentlichen Inhalt Auswirkungen der bei der früheren „Reparations“regelung Deutschland auferlegten Bindungen darstellen. Die Verhältnisse der Deutschen Reichsbahn können jetzt wieder so gestaltet werden, wie es den deutschen Interessen entspricht. Die Reichsbahn gehört ausschließlich dem Reich. Daher bestimmt das Gesetz, daß sie nunmehr ein Sondervermögen des Reiches ist. Die „Deutsche Reichsbahngesellschaft“ führt deshalb wieder den Namen Deutsche Reichsbahn, und ihre Dienststellen sind Reichsbehörden. Ihre Hauptverwaltung geht im Reichsverkehrsministerium auf, und der Reichsverkehrsminister nimmt die Aufgaben des Generaldirektors wahr. Für die Reichsbahnbeamten hat die Neuregelung zur Folge, daß sie aus der Stellung von mittelbaren Reichsbeamten wieder in das Verhältnis von unmittelbaren Reichsbeamten überführt werden.

Eisenbahnerkundgebung vor dem Führer

Am 4. Februar brachten im Namen der 670000 Eisenbahner des ganzen Reiches 20000 Eisenbahner Berlins dem Führer auf dem Wilhelmplatz zum Dank für die Befreiung der Reichsbahn aus den Fesseln des Versailler Diktats eine gewaltige Huldigung dar. Nach dem Empfang einer Eisenbahnerabordnung in der Reichskanzlei sprach der Führer zu den angetretenen Männern der Eisenbahn: „Deutschland ist frei von den Fesseln eines Vertrages, die man ihm für Jahrhunderte auferlegen wollte.“

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller

Aus Anlaß der endgültigen Unterstellung der Deutschen Reichsbahn unter die Hoheit der Reichsregierung ordnete der Führer und Reichskanzler an, daß die Personalunion in der Leitung des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums aufgehoben wird und die beiden Ministerien wieder von je einem Reichsminister geleitet werden. Zum Reichsverkehrsminister ernannte er den verdienten bisherigen Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Julius Dorpmüller, der bis zur Durchführung der geplanten Neuorganisation gleichzeitig Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft bleiben sollte. Gleichzeitig schied der bisherige Reichsverkehrsminister Freiherr Eltz von Rübenach aus seinem Amt aus, wobei ihm der Führer für die geleisteten Dienste dankte. Den ständigen Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, Wilhelm Kleinmann, ernannte der Führer am 12. Februar zum Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium.

Reichspostminister Dr. Ohnesorge

Zum Reichspostminister ernannte der Führer und Reichskanzler den bisherigen Staatssekretär im Reichspostministerium, Pg. Dr. Ohnesorge, der einer der ältesten Parteigenossen und Träger des Goldenen Ehrenzeichens ist. (Seit 1920 ist er Mitglied der Partei. In diesem Jahre gründete er die Ortsgruppe Dortmund der NSDAP.) —

Der Neubau des Reiches wurde zum Jahresanfang 1937 mit be-

deutenden Maßnahmen fortgeführt. Mehrere Gesetze, die kurz vor dem 30. Januar erlassen worden sind, waren in diesem Rahmen äußerst wichtig. Von entscheidender Bedeutung für die gebietliche Gliederung des Reiches war insbesondere das „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen“ vom 26. Januar, das in erster Linie einer „Flurbereinigung“ Norddeutschlands diente. Die wichtigste Gebietsveränderung, die es bringt (im Artikel I), ist die Schaffung von Groß-Hamburg. Das Problem der territorialen Neugliederung des Siedlungs- und Wirtschaftsraumes der Elbmündung ist hier in Angriff genommen worden. Das Gesetz gibt dem Welthafen Hamburg die Entwicklungsmöglichkeiten, die ihm bisher durch die politischen Grenzverhältnisse an der Unterelbe genommen waren. Mit dem Gesetz sind Groß-Hamburg gewaltige neue Aufgaben gestellt, und das Schicksal des deutschen Ausfalltors zur Welt ist damit auf lange Zeit hinaus bestimmt:

Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen

Groß-Hamburg

Auf das Land Hamburg gehen die preußischen Stadtkreise Altona, Wandsbeck und Harburg-Wilhelmsburg sowie eine größere Anzahl preußischer Gemeinden über. Auf das Land Preußen gehen von Hamburg über die Städte Cuxhaven und Geesthacht und verschiedene Gemeinden. Der räumliche Umfang Groß-Hamburgs ist damit außerordentlich erweitert. Von Preußen gingen die Landgemeinden, die schon jetzt wirtschaftlich und kulturell im Ausstrahlungsgebiet Groß-Hamburgs gelegen waren, auf Hamburg über. Dieser Übergang bedeutet vor allem eine Sicherstellung des Siedlungs- und Entwicklungsraumes für die gesamte Hamburger Wirtschaft. Infolge des Gebietszuwachses wächst Hamburg zu einer Stadt mit über 1,5 Millionen Einwohnern heran. (Hamburgs Flächeninhalt erreicht damit beinahe den Flächeninhalt von Groß-Berlin.) Die Eingliederung der Gebietsteile ist eine vollkommene, das heißt sie werden nicht nur in das „Land Hamburg“ eingefügt, sondern auch mit der Stadt Hamburg zu einer Gemeinde zusammengeschlossen. Zunächst bleiben sie zwar noch selbständige Hamburgische Gemeinden. Das Gesetz bestimmt aber, daß durch eine Verordnung des Reichsministers des Innern bis spätestens 1. April 1938 ihr Zusammenschluß mit der Stadt Hamburg und mit den beim Lande Hamburg verbleibenden Gemeinden zu einer Gemeinde Hamburg durchgeführt werden soll. (Dies geschah dann am 9. Dezember durch das „Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg“ — siehe weiter unten.) Die staatsrechtliche Eingliederung der neuen Gebietsteile in das Land Hamburg trat bereits am 1. April 1937 in Kraft. (Das Hinausschieben der gemeindlichen Zusammenlegung war notwendig, um die umfangreichen Vorarbeiten durchzuführen, zu denen die Auseinandersetzung über die Hafengemeinschaft

und eine klare Trennung der staatlichen und kommunalen Aufgaben gehörte.) — Die Aufsicht über die Gemeindeangelegenheiten führt der Reichsminister des Innern (soweit es sich um Angelegenheiten von finanzieller Bedeutung handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen). Die zukünftige Verfassung und Verwaltung des Landes und der Hansestadt Hamburg sollen vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers, dem Reichsminister der Finanzen und dem Beauftragten für den Vierjahresplan festgestellt werden.

Für die Verwaltung Hamburgs ist das Gesetz von allergrößter Bedeutung. Die bisherige Zersplitterung hatte sich besonders hemmend bei der Verwaltung des Hafens ausgewirkt, der die vier Hafenteile Hamburg, Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Hamburgisch-Preußische Hafengemeinschaft umfaßte. Jetzt endlich hat der Hafen Groß-Hamburg den notwendigen Raum zum Ausbau. Die Zersplitterung der Organisation des Hamburger Wirtschaftslebens ist damit endgültig beseitigt. Das Gesetz schafft die Möglichkeiten, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung einheitlich durchzuführen und damit zu verbilligen. Wirtschaft und Arbeit können sich nun in einem Großstadtgebiet unter einheitlicher Führung und einheitlicher Finanzhoheit erst wirksam entfalten. Die Verwaltung kann vereinheitlicht und verbilligt werden. Städtebauliche Gestaltung, Planung und Siedlungspolitik werden erst jetzt vorausschauend und sinngemäß möglich.

Aufruf des Reichsstatthalters Pg. Kaufmann

Die Gebietsbereinigung wurde in Hamburg, wo sie durch Extrablätter bekannt wurde, begeistert begrüßt. Der Reichsstatthalter und Gauleiter, Pg. Kaufmann, richtete einen Aufruf an die Bevölkerung Groß-Hamburgs, in dem es u. a. heißt:

„Mit dem Erlaß des Reichsgesetzes über Groß-Hamburg beginnt eine neue Epoche für die alte Hansestadt Hamburg. Mit starker Hand hat der Führer das hoheitliche, verwaltungsmäßige, verkehrspolitische, städtebauliche und wirtschaftliche Durcheinander im Stromspaltungsgebiet der Elbe beseitigt. Der Führer hat damit die Erfüllung der Aufgaben des größten Hafens des Reiches für alle Zeit sichergestellt... Was Generationen erträumten, was Kaiserreich und Republik unterließen, ist durch den Führer des nationalsozialistischen Reiches mit einem Schlage lebendige Wirklichkeit geworden."

Feiern in Hamburg

Im Rahmen einer Feier in Hamburg am 31. März und 1. April zur Neugliederung erklärte Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick beim Staatsakt:

„Ich hoffe, daß die Entwicklung, die durch das Groß-Hamburg-Gesetz eingeleitet ist, alle unsere Erwartungen erfüllen wird, und wünsche, daß Hamburg getreu seiner Tradition bis in die fernsten Zeiten Künder deutschen Wollens und deutschen Könnens in aller Welt sein möge — zum Wohle des Reiches und im Dienste unseres Führers Adolf Hitler, dem wir auch diese Tat zu danken haben."

Neben diesem feierlichen Staatsakt im Rathaus feierte das ganze Hamburg in einer Großkundgebung den Beginn einer neuen Epoche Hamburgs und den Beginn seiner neuen Aufgabe. Der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, sprach zu den Tausenden, die am Abend des 1. April auf dem Adolf-Hitler-Platz und in den Zufahrtsstraßen aufmarschiert waren und rief ihnen zu:

„... und ihr könnt es euch zur Ehre anrechnen, daß ihr persönlich beteiligt seid an dem ersten großen Schritt der Reichsreform in Deutschland, daß ihr beteiligt seid an der Verwirklichung eines bedeutsamen Zieles des nationalsozialistischen Reiches."

Pläne zur baulichen Gestaltung Hamburgs

Die Arbeit des nationalsozialistischen Reichs für Hamburg führte bald zu weiteren praktischen Ergebnissen. In einer Sitzung der Mitglieder des Senats, des Staatsrats, der Leiter der Hamburgischen Behörden und Ämter und der Reichsbehörden in Hamburg machte am 10. Juni der Gauleiter und Reichsstatthalter Kaufmann Mitteilung über die vom Führer gestellten großen Bauaufgaben in der Hansestadt. Der Bau einer gewaltigen Hochbrücke, die Verlegung des Bahnhofs, die Schaffung einer neuen Fahrgastanlage und die Neugestaltung des Elbufers sind die Programmpunkte, die auch baulich Hamburg zum repräsentativen deutschen Tor der Welt machen sollen.

Auseinandersetzung mit Preußen betr. die Hafengemeinschaft

Am 22. Juni wurde in einer fünften Durchführungsverordnung die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Hamburg über die Hafengemeinschaft geregelt. (Mit Wirkung vom 1. April 1937 überträgt das Land Preußen sämtliche Geschäftsanteile der Hamburgisch-Preußischen Hafengemeinschaft G. m. b. H. auf das Land Hamburg.)

Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg

Das weiter oben schon erwähnte „Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg" (vom 9. Dezember) legte dann den Schlußstein zu dem verwaltungs- und verfassungsmäßigen Umbau Hamburgs: Alle neuen und alten Hamburgischen Gebiete sind zur Einheitsgemeinde „Hansestadt Hamburg" zusammengefaßt. Hamburg wird unmittelbar und ausschließlich dem Reich unterstellt. Es bildet einen einheitlichen staatlichen Verwaltungsbezirk und eine Selbstverwaltungskörperschaft, die eine Einheitsgemeinde ist und auch die Aufgaben der Gemeindeverbände höherer Ordnung hat. Die Verwaltung wird in einen staatlichen und kommunalen Zweig getrennt. An der Spitze der Hansestadt Hamburg steht der Reichsstatthalter. Er hat einen dreifachen Aufgabenbereich: Er ist oberste Spitze der Staatsverwaltung mit den Funktionen eines Ober- oder Regierungspräsidenten; er ist die Spitze der Gemeindeverwaltung mit den Aufgaben des Oberbürgermeisters; sodann hat er die ihm auf Grund des Reichsstatthaltergesetzes zufallenden Aufgaben zu erfüllen. Die Behörden der staatlichen Verwaltung der Hansestadt Ham-

burg sind Organe des Reiches. In der staatlichen Verwaltung wird dem Reichsstatthalter ein allgemeiner Vertreter beigegeben, der die Amtsbezeichnung Präsident führt. In der Gemeindeverwaltung führt der Vertreter des Reichsstatthalters die Bezeichnung Bürgermeister. Grundsätzlich gilt für Hamburg die Deutsche Gemeindeordnung. Die Zahl der Ratsherren ist für Hamburg auf 45 festgesetzt. — Mit diesem Gesetz ist die Zersplitterung im unterelbischen Städtegebiet endgültig überwunden. Die Jahrhunderte alten politischen Grenzen sind beseitigt. Hamburg ist durch die Neuordnung vom 26. Januar 1937 und vom 9. Dezember 1937 zu einem einheitlichen Kraftzentrum geworden.

Artikel II des Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen

Das „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen" vom 26. Januar brachte aber neben der Schaffung eines lebensfähigen Hamburg noch weitere wichtige gebietsmäßige Neuordnungen für den norddeutschen Raum. Sie sind im „Artikel II. Andere Gebietsbereinigungen" zusammengefaßt. Dort heißt es u. a.:

§ 6

Das Land Lübeck mit Ausnahme seiner im Lande Mecklenburg gelegenen Gemeinden Schattin und Utecht geht auf das Land Preußen über...

§ 7

Der Stadtkreis Wilhelmshaven (ohne Wohnplatz Eckwarderhörn) geht von Preußen auf das Land Oldenburg über und wird mit dem Stadtkreis Rüstringen zusammengeschlossen. Der Stadtkreis führt den Namen Wilhelmshaven.

Der Wohnplatz Eckwarderhörn geht von Preußen auf das Land Oldenburg über und wird in die Gemeinde Butjadingen, Amt Wesermarsch, eingegliedert.

§ 8

Der oldenburgische Landesteil Birkenfeld geht auf das Land Preußen über und bildet einen Landkreis in der Rheinprovinz...

Lübeck

Mit Ausnahme zweier Gemeinden (die auf Mecklenburg übergehen) geht also das Land Lübeck geschlossen auf Preußen über (§ 6); die Stadt Lübeck wird künftig einen eigenen Stadtkreis im Regierungsbezirk Schleswig bilden; die zum Land Lübeck gehörigen Landgemeinden werden größtenteils in den Landkreis Herzogtum Lauenburg einbezogen. — Ein weiterer Wechsel der Gebietshoheit findet im Lande

Oldenburg

Oldenburg statt (§ 7). Der preußische Stadtkreis Wilhelmshaven geht auf Oldenburg über, wodurch die Voraussetzung dafür geschaffen wird, daß Wilhelmshaven mit der oldenburgischen Stadt Rüstringen nunmehr zusammenwachsen kann. Die Entwicklung dieser beiden aufstrebenden Städte war durch die politische Grenzziehung außerordentlich gehemmt. Der Stadtkreis Wilhelmshaven wird mit dem Stadtkreis Rüstringen vereinigt, und diese nunmehr fast 80000 Einwohner zählende Stadt wird unter dem Namen Wilhelmshaven die

Tradition des deutschen Kriegshafens fortführen. — Oldenburg gibt den Landesteil Birkenfeld an Preußen ab (§ 8).

Mecklenburg

Im § 9 des Gesetzes werden noch kleinere Gebietsveränderungen (im wesentlichen zwischen Preußen und Mecklenburg) vorgenommen. Es handelt sich hierbei ausschließlich um die Beseitigung von Gebietsausschlüssen, das heißt solchen Gebietsteilen, die ohne einen unteren Verwaltungsbezirk zu bilden, von einem anderen Land völlig umschlossen sind.

Mit diesem Gesetz sind alle Exklaven in Norddeutschland beseitigt. Ein entscheidender Schritt zur Neugliederung des Reiches — gemäß den gewachsenen Lebens- und Wirtschaftsräumen — war getan.

Überleitungskommission

Die Durchführung des Gesetzes wurde mit Energie in Angriff genommen. Bereits Anfang Februar setzte der Reichs- und Preußische Minister des Innern für die die Landeszugehörigkeit wechselnden Gebietsteile Überleitungskommissare ein, denen es insbesondere oblag, in unmittelbarer Fühlung mit den beteiligten Verwaltungen für eine reibungslose Durchführung des am 1. April 1937 in Kraft getretenen Gesetzes zu sorgen. Überleitungskommissar für Hamburg wurde der Reichsstatthalter Kaufmann, für Oldenburg Ministerpräsident Joel und für Birkenfeld der Regierungspräsident in Koblenz.

Gesetz über die Gerichtsgliederung in Groß-Hamburg und anderen Gebietsteilen

Auf Grund des Gesetzes wurde weiterhin am 16. März das „Gesetz über die Gerichtsgliederung in Groß-Hamburg und anderen Gebietsteilen" verabschiedet, das die Gerichtsbezirke in den neu gestalteten Gebieten durchweg den veränderten Landesgrenzen und den Grenzen der sonstigen Verwaltungsbezirke anpaßte. (Das Landgericht Altona wurde aufgehoben, das Landgericht Lübeck vom Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg abgetrennt und dem Oberlandesgericht Kiel zugeteilt.)

In der zweiten Durchführungsverordnung zum „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen" wurde bestimmt, daß in den betroffenen Gebietsteilen (und zwar in den von Hamburg und Lübeck auf Preußen und Mecklenburg übergehenden Gemeinden) vom 1. April an die Deutsche Gemeindeordnung gilt.

Hansestadt Lübeck

Auch die Stadt Lübeck führt die Bezeichnung Hansestadt. (Sie hat die Befugnis, das Wappen und die Flagge des früheren Landes Lübeck zu führen.) Bei ihrer feierlichen Übernahme auf Preußen sagte Reichsminister Pg. Dr. Frick:

> „Das Dritte Reich und sein Führer erwarten von Lübeck und den Bürgern dieser stolzen Hansestadt, die nach wie vor den Namen der Hanse führen wird, im Dienst der großen deutschen Volksgemeinschaft Leistungen und Taten, die getragen sind von altem, lübischen Hanseatengeist. Nur die Form hat sich geändert, der alte Hanseatengeist soll bleiben. Über den Gemeinden, über den Gauen steht heute das nationalsozialistische Einheitsreich!"

Aufhebung der hessischen Provinzen

Aber auch im Südwesten des Reiches wurde die Reichsreform praktisch vorangetrieben: Am 31. März wurden durch ein vom Reichsstatthalter in Hessen, Gauleiter Sprenger, mit Zustimmung der Reichsregierung ausgefertigtes und verkündetes Gesetz die drei Provinzen des Landes Hessen (Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen) aufgehoben. Damit wurde eine umfassende Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt. Die Arbeiten der Provinzen als staatliche Verwaltungsgebiete gehen auf das Land Hessen über. Die Straßenverwaltung, die Schulverpflichtungen usw. werden vom Land Hessen übernommen.

Außenstellen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches

Im Zuge der Reichsreform wurde Anfang April eine weitere wichtige Maßnahme durchgeführt: In den Räumen des Reichsgerichts zu Leipzig wurde die Außenstelle Leipzig des Rechnungshofes des Deutschen Reiches feierlich eröffnet. Ihr untersteht die Prüfung der Haushaltsrechnungen der Länder Sachsen, Thüringen und Anhalt. (Außerdem prüft sie die Einnahmen und Ausgaben des Reichsgerichts.)

Im Laufe des Monats April wurden außerdem die Außenabteilungen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches in München, Hamburg und Karlsruhe eröffnet. Der bisherige bayrische Oberste Rechnungshof in München stellte ebenso wie die Rechnungsprüfungsbehörden anderer Länder seine Tätigkeit ein. Ein weiterer wesentlicher Schritt zur Reichsreform war getan.

Reichspropagandaämter

Die Landesstellen des Reichspropagandaministeriums erhielten die Bezeichnung Reichspropagandaämter und die Eigenschaft als Reichsbehörden („Erlaß über die Änderung von Behördenbezeichnungen im Geschäftsbereich des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" vom 9. September). —

Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages

Im Rahmen des gemeindlichen Lebens war wiederum die Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages (am 7. und 8. April in Berlin) von grundlegender Bedeutung. In der vom Vorsitzenden des Gemeindetages, Reichsleiter Oberbürgermeister Fiehler, geleiteten Tagung erörterte Reichsminister Dr. Frick in seiner Rede die besonders die Gemeinden und Gemeindeverbände angehenden Fragen der allgemeinen Verwaltungsreform.

Rede Dr. Frick

Die wesentlichste Aufgabe der Verwaltungsreform sei nicht so sehr die Verbesserung des verwaltungsorganisatorischen Aufbaues der Gemeinden und Gemeindeverbände, sondern die Ermöglichung und Sicherung einer der Volksgemeinschaft dienenden Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden und Gemeindeverbände. Von diesem Grundgedanken aus behandelte Dr. Frick drei wichtige Unterfragen: Einmal die Frage einer gewissen Leistungsgleichheit oder Minderleistungsfähigkeit der Gemeinden, dann die Frage einer zweckmäßigen zwischengemeindlichen Zusammenarbeit der Gemeinden und schließlich die Notwendigkeit der Einheit der örtlichen Verwaltung und damit im Zusammenhang die Frage der Einheit der Verwaltung in der staatlichen

Mittelinstanz. Er stellte die Anforderungen des Reiches an die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben klar heraus. Er betonte, daß zwar das Maß dieser Aufgaben örtlich verschieden sei und daß das Maß dieser Aufgaben nach Art des Aufgabenträgers auch vom Reiche verschieden bemessen würde. Es würde aber stets eine gewisse Mindestgrenze geben, die erfüllt werden müsse, wenn der Selbstverwaltungsträger seiner Aufgabe gerecht werden wolle. Dr. Frick kündigte deshalb die Beseitigung aller leistungsunfähigen „Zwerggemeinden“ und „Zwergstadtkreise“ an. Es werde sich also darum handeln, in mehreren Ländern eine Reihe größerer Landkreise zu schaffen. Für die Behandlung der zwischengemeindlichen Aufgaben, die zweckmäßig durch nachbarliche Gemeinschaftsarbeit der Gemeinden gelöst werden müßten, seien geeignete Formen zu schaffen. Ein neues Zweckverbandsgesetz müsse eine einheitliche Regelung solcher Gemeinschaftsbeziehungen bringen. Ein besonderes Erfordernis dieses Gesetzes sei es, den Weg öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zwischen mehreren Gemeinden festzulegen.

Zum Schluß seiner Rede stellte Dr. Frick noch einmal seine Forderung nach Herstellung der Einheit der öffentlichen Verwaltung auf. Er betonte, daß mit ihrer Verwirklichung endgültig Ernst gemacht werden müsse:

„Wenn wir zutiefst davon überzeugt sind, daß jede Verwaltung ihren Sinn im Dienst am deutschen Volke findet, dann kann es keine andere Stelle zur Zusammenfassung aller öffentlich zu erfüllenden Aufgaben geben, als die Gemeinde. Von der Forderung nach Wiederherstellung der Einheit der örtlichen Verwaltung werden wir deshalb ebensowenig ablassen wie von der Zusammenfassung aller Verwaltungsbetätigungen in einer regionalen Instanz.“

Hermann Göring über Gemeinden und Vierjahresplan

Die Tagung fand ihren Abschluß und Höhepunkt mit der Ansprache des preußischen Ministerpräsidenten, Generaloberst Göring, über Gemeinden und Vierjahresplan, in der er die Aufgaben der Gemeinden im Rahmen des Vierjahresplanes klarlegte. Zwei große Aufgaben ständen im Vordergrund: die Steigerung der Gütererzeugung in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft. Als weitere Aufgaben behandelte Pg. Göring die Förderung der neuen Werkstoffe, Zurückhaltung auf der Ausgabenseite, Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seitens der kommunalen Kreditinstitute, Verwertung der Großstadtabfälle — insbesondere aber auch Schaffung des nötigen Verständnisses in der Bevölkerung — sowohl für die Aufgaben des Vierjahresplanes wie für die Spannungen und Verknappungen, die in den ersten Jahren zeitweise auf dem Markt auftreten können. Hier betonte Pg. Göring: „Für das tägliche Brot stehe ich ein!“

Gesetz über die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper

Auf dem Gebiet der Gemeindepolitik ist noch das „Gesetz über die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper“ vom 9. März zu erwähnen, das die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper — so der Kreisausschüsse der preußischen Landkreise — bis auf weiteres verlängerte, um die Neuzusammensetzung bis zur Schaffung einer in Aussicht stehenden neuen Kreisordnung auszusetzen. —

Deutsches Beamtengesetz

Eine grundlegende Neugestaltung brachte der Jahresanfang 1937 vor allem auch auf dem Gebiete des Beamtenrechts durch das „Deutsche Beamtengesetz“ vom 26. Januar, dessen Wortlaut folgendermaßen beginnt:

„Ein im deutschen Volk wurzelndes, von nationalsozialistischer Weltanschauung durchdrungenes Berufsbeamtentum, das dem Führer des Deutschen Reichs und Volkes, Adolf Hitler, in Treue verbunden ist, bildet einen Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates. Daher hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Abschnitt I. Das Beamtenverhältnis

§ 1

Der deutsche Beamte steht zum Führer und zum Reich in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis).

Er ist der Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates.

Der Staat fordert von dem Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung; er sichert ihm dafür seine Lebensstellung.

§ 2

Das Dienstverhältnis zum Reich ist entweder unmittelbar oder mittelbar ...“

Bereits im Vorspruch kommt zum Ausdruck, daß der nationalsozialistische Staat im Beamtentum einen wesentlichen Grundpfeiler sieht. Mit diesem Gesetz wurde eine Entwicklung zum Abschluß gebracht, die durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 (siehe Band 1933, Seite 112ff.) eingeleitet worden war.

Das Deutsche Beamtengesetz kennt nur noch Reichsbeamte (und zwar unmittelbare und mittelbare Reichsbeamte).

Unmittelbare Reichsbeamte sind die Beamten der Reichsverwaltung, mittelbare vor allem die Gemeindebeamten, ebenso die Beamten der Länder. Mit dem Inkrafttreten des Deutschen Beamtengesetzes am 1. Juli 1937 gibt es nur noch einen deutschen Beamten; der Länderbeamte existiert nicht mehr.

Das Beamtentum ist damit zu einem einheitlichen Instrument des Führers geworden. Aber nicht nur organisatorisch bedeutet das Beamtengesetz einen entscheidenden Schritt voran, sondern vor allem auch weltanschaulich. Das Beamtenverhältnis ist ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis. Die Treue ist die Quelle aller Beamtenpflichten, und das Treueverhältnis des Beamten zum Führer ist die Grundlage, die im Gesetz dann eine Einzelausgestaltung erfährt. Es kommt zunächst darin zum Ausdruck, daß der Beamte dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, den Treueid zu leisten hat. Diese Treue endet auch nicht, wenn der Beamte aus seinem Amt scheidet. Der Treueid bindet für das ganze Leben. Mit dem Ausscheiden aus dem Amt endet nur das Dienstverhältnis, nicht aber sein Treueverhältnis. Die Verletzung der Treuepflicht ist daher das schwerste

Dienstvergehen. Alle Beamtenpflichten entspringen dieser Treuepflicht. Gemäß dieser Auffassung vom Wesen des Beamtentums regelt das Gesetz die Pflichten des Beamten. Selbstverständliche Pflicht ist der jederzeitige Einsatz für die NSDAP. Die vornehmsten Pflichten sind weiterhin Gehorsam, Amtsverschwiegenheit und Kameradschaft. Neben dem Gebot der Treue steht das Gebot der Ehre. Der Beamte hat sich innerhalb und außerhalb seines Dienstes ehrenhaft zu verhalten. Voraussetzung der Beamtenernennung bildet gleichzeitig, daß der Beamte die für sein Amt nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt.

Die deutschen Beamten sollen Vorbild in der Vaterlandsliebe, Opferbereitschaft und der vollen Hingabe der Arbeitskraft, Gehorsam und Kameradschaftlichkeit, sowie in treuer Pflichterfüllung sein. Für diese Pflichterfüllung gewährt der Staat Gehalt, Fürsorge und Versorgung. Die Begründung des Beamtenverhältnisses erfolgt durch einseitigen Hoheitsakt des Staates.

Der Beamte wird grundsätzlich auf Lebenszeit ernannt. Die Ernennung darf erst erfolgen, wenn der Beamte das 27. Lebensjahr vollendet, den vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienst oder Probedienst geleistet und die vorgeschriebenen oder üblichen Prüfungen bestanden hat.

Das Beamtenverhältnis wird mit dem Ziele begründet, den Beamten lebenslänglich mit dem Staate zu verbinden. Neben dem Beamten auf Lebenszeit kennt das Deutsche Beamtengesetz nurmehr den Beamten auf Zeit (namentlich in Gemeinden) und den Beamten auf Widerruf. Beamte auf Probe oder auf Kündigung kennt das Beamtengesetz nicht mehr. Auch der Beamte auf Widerruf muß, wenn er eine Planstelle wahrnimmt, in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit überführt werden, wenn die Bewährungsfrist, die nach Vollendung des 27. Lebensjahres 6 Jahre nicht übersteigen darf, verstrichen ist.

Bei der Regelung des Ernennungsrechts ist die innere Verbundenheit zwischen Partei und Staat dadurch besonders zum Ausdruck gebracht, daß nach Maßgabe eines besonderen Erlasses des Führers und Reichskanzlers der Stellvertreter des Führers bei der Ernennung von Beamten zu beteiligen ist (ebenso, wenn bestimmte Hoheitsträger der Partei als Beamte versetzt werden sollen).

Das Gesetz bringt weiterhin eingehende Vorschriften über die Beendigung des Beamtenverhältnisses, über die Berechnung des Ruhegehaltes, über den Wartestand usw.

Das Deutsche Beamtengesetz trat an die Stelle von 17 verschiedenen Regelungen für die Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten und für die Körperschaften des öffentlichen Rechts! Es stellte somit gleichfalls eine Etappe der Reichsreform dar und schuf die Grundlage für eine neue Tradition des deutschen Beamtentums.

Reichsdienststrafordnung

Eine wesentliche Ergänzung dieses Gesetzes bildet die ebenfalls am 26. Januar erlassene „Reichsdienststrafordnung“. Während das Beamtengesetz den Pflichtenkreis der Beamten umschreibt, gibt das Dienststrafrecht dem Dienstherrn des Beamten die Mittel in die Hand, um Verstöße gegen die Dienstzucht abzuwehren und die Beamtenschaft nötigenfalls von Mitgliedern zu reinigen, die das ihnen durch die Ernennung zum Beamten erwiesene Vertrauen nicht rechtfertigen. Die Reichsdienststrafordnung bezeichnet die Dienststrafen und regelt das Verfahren ihrer Anwendung. Ihr liegen die schärferen Anforderungen zugrunde, die der nationalsozialistische Staat an das Pflichtbewußtsein seiner Beamten stellt.

Dr. Frick kennzeichnete in seiner Rundfunkrede die Bedeutung beider Gesetze dahin:

> „Das nationalsozialistisch erneuerte Beamten- und Dienststrafrecht wird das seinige dazu beitragen, jenen nach den Worten des Führers ‚unvergleichlichen Beamtenkörper des alten Reiches‘ in nationalsozialistischer Ausrichtung neu erstehen zu lassen und ihn in seiner Unbestechlichkeit und hohen Leistungsfähigkeit zu erhalten.“

— und schloß seine Ansprache mit den Worten:

> „Dem Führer aber ist die Beamtenschaft dankbar dafür, daß er ihr am Ende der ersten 4 Jahre nationalsozialistischen Aufbaus durch diese Gesetze das Vertrauen schenkt, als einer der Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates ihm und der Bewegung Gefolgschaft leisten zu dürfen.“

Gesetz über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeständen an öffentlichen Vermögen (Erstattungsgesetz) Gesetz über Beamtenvereinigungen

Am 18. April folgte das eine weitere Vereinheitlichung bringende „Gesetz über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeständen an öffentlichen Vermögen (Erstattungsgesetz)“ und am 27. Mai das „Gesetz über Beamtenvereinigungen“, welches die Voraussetzung zu einer völligen Erfassung des gesamten deutschen Beamtentums durch die nationalsozialistische Bewegung schuf, indem es alle Sonderinteressen überwand.

Ein Teil der alten Beamtenverbände war unter Umbenennung ihres früheren Namens zur Erfüllung wirtschaftlicher Zwecke, zum Beispiel als Wohlfahrtsvereine, bestehen geblieben, ein anderer Teil hatte das Verbandsvermögen nicht der neuen Einheitsorganisation zugeführt, obwohl diese auch die sozialen Verpflichtungen der früheren Beamtenvereinigungen übernommen hatte. Um diese Unklarheiten zu bereinigen und für die Zukunft die Neugründung von Beamtenvereinigungen im Interesse des einheitlichen Zusammenschlusses der deutschen Beamtenschaft zu verhindern, wurde durch das Gesetz vom 27. Mai den früheren Beamtenvereinigungen die Rechtsgrundlage entzogen und jede Neubildung ohne ministerielle Genehmigung verboten.

Als einzige Beamtenorganisation erkennt das Gesetz den Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB.) an. Wie die der NSDAP. angeschlossenen Verbände — so der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund (NSRB.) und der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB.) — durch das Gesetz nicht berührt werden, so bleiben auch die Körperschaften

des öffentlichen Rechts und Unternehmungen wirtschaftlicher Art, die unter Reichs- oder Landesaufsicht stehen (wie zum Beispiel die vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen beaufsichtigten Kranken- und Sterbeversicherungen oder die Sparkassen der Beamten) weiter unberührt bestehen.

Nach Durchführung der Liquidation sind die Vermögen auf den RDB. und, soweit es sich um Vereinigungen der Rechtswahrer, Erzieher oder Wehrmachtsbeamten handelt, auf den NSRB., NSLB. und RWB. zu übertragen. —

Polizei

Der Weg zur Reichseinheit wurde auch auf dem Gebiete der Polizei planmäßig fortgeführt. Die in dieser Richtung liegenden entscheidenden Maßnahmen des Jahres 1936 (siehe Band 1936, Seite 270ff.) fanden im Jahre 1937 ihre sinnvolle Ergänzung. Das „Gesetz über die 29. Änderung des Besoldungsgesetzes" vom 19. März reihte die Polizeibeamten aller deutschen Länder mit einheitlichen Besoldungsbezügen und einheitlichen Amtsbezeichnungen in die Reichsbesoldungsordnung ein. Damit wurde die Verschiedenartigkeit der Amtsbezeichnungen und Besoldungssätze der einzelnen Länder, die einem einheitlichen Aufbau der Polizei entgegenstanden, beseitigt. Vom 1. April 1937 ab gibt es im ganzen Deutschen Reich innerhalb der deutschen Polizei gleichmäßige Amtsbezeichnungen und eine gleichmäßige Besoldung. Ein zweites Gesetz vom gleichen Tage (19. März), das „Gesetz über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiete der Polizei", diente der haushaltsmäßigen Überführung der gesamten staatlichen Vollzugspolizei auf das Reich. Hiernach wurden unmittelbare Reichsbeamte: die Beamten in Planstellen der Dienststelle „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern", die Beamten der Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei) und die Beamten der Schutzpolizei und Gendarmerie. Die staatlichen Polizeiverwaltungsbehörden (Polizeipräsidien und Polizeidirektorien) verblieben noch bei den Haushaltsplänen der Länder. (Die Einnahmen der staatlichen Polizei sind Einnahmen des Reiches.) — Am 24. Juni folgte das „Deutsche Polizeibeamtengesetz", das gleichzeitig mit dem weiter oben behandelten „Deutschen Beamtengesetz" in Kraft trat (am 1. Juli) und für das gesamte Reichsgebiet die Reichseinheit herstellte.

Gesetz über die 29. Änderung des Besoldungsgesetzes

Gesetz über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiete der Polizei

Deutsches Polizeibeamtengesetz

Es gilt für die Vollzugsbeamten der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei, der Gendarmerie und der Geheimen Staatspolizei, sowie für sonstige Polizeivollzugsbeamte der Sicherheitspolizei, dagegen nicht für die Polizeiverwaltungsbeamten. Für letztere gilt grundsätzlich das „Deutsche Beamtengesetz". — Das Polizeibeamtengesetz bringt darüber hinaus gewisse zusätzliche Vorschriften und einige Sonderbestimmungen. Polizeivollzugsbeamte werden grundsätzlich als Beamte auf Widerruf angestellt und können nach zwölfjähriger Dienstzeit Beamte auf Lebenszeit werden. Bis dahin kann jedoch, anders als bei den sonstigen Widerrufsbeamten, von

dem Recht des Widerrufs nur aus einzelnen im Gesetz aufgeführten Gründen Gebrauch gemacht werden. Weitere Bestimmungen regeln Kasernierung, Heiratserlaubnis, Altersgrenzen, die Versetzungsmöglichkeit zwischen Reich und Gemeinden und Rechtsfolgen der Versetzung. In den Übergangs- und Schlußvorschriften wird festgelegt, daß Polizeidienst der Länder als Polizeidienst des Reiches im Sinne dieses Gesetzes gilt.

Tag der Deutschen Polizei

Der „Tag der Deutschen Polizei" fand am 16. und 17. Januar unter starker Beteiligung der Bevölkerung statt. In seinem Aufruf zu diesem Tage sagte Preußens Ministerpräsident Pg. Hermann Göring:

Ansprache Pg. Hermann Göring

„Wenn ich im ersten Jahre der nationalsozialistischen Revolution den Wunsch aussprach, daß die Polizei ein vom ganzen Volke vertrauensvoll anerkannter Faktor des nationalsozialistischen Staates werden möge, so kann ich heute freudigen Herzens der Polizeibeamtenschaft bestätigen, daß sie sich als Diener der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft fühlt und anerkannt wird."

Ansprache Pg. Himmler

Am Vorabend des Tages der Deutschen Polizei sprach der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, im Rundfunk. Er zeichnete den Weg auf, den die deutsche Polizei in den vergangenen Jahren genommen hat. Gleichzeitig stellte er die Aufgaben der Zukunft im einzelnen heraus. Zum Schluß erklärte er:

„Die deutsche nationalsozialistische Polizei ist nicht wie in früheren Jahrzehnten der Polizeidiener eines absoluten oder konstitutionellen Staates gegen das Volk, sondern aus dem Volke kommend die Polizei für dieses deutsche Volk. Sie wird immer mehr mit der Schutzstaffel zusammenwachsen, sich immer mehr in Führern und Männern aus dieser Schutzstaffel ergänzen, und wird an erster Stelle ein Beispiel des Zusammenwachsens von Partei und Staat sein."

SS und Polizei

Dieses Zusammenwachsen von SS und Polizei kam auch in einer Anordnung zum Ausdruck, die der Führer zum „Tag der Deutschen Polizei" erlassen hatte:

„Ich ordne an, daß die Angehörigen der Ordnungspolizei, die SS-Männer sind, die beiden Sigrunen der SS auf ihrer Polizeiuniform unterhalb der linken Brusttasche aufgestickt tragen.

Berlin, 16. Januar 1937. gez.: Adolf Hitler."

Und der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, legte in einer Rede am 5. Mai vor dem Offizierkorps der Ordnungspolizei klar, daß der Nachwuchs der Polizei sich aus der SS rekrutieren wird; er formulierte im übrigen hierbei die klaren Sätze:

„Die Polizei wird ihre heutigen und ihre zukünftigen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie der zuverlässigste und am meisten nationalsozialistisch durchdrungene Teil der deutschen Beamtenschaft ist, der auch in den Zeiten schwerster Belastung hart und kompromißlos bleibt!"

Die Rechtsstellung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei

Zur Klarlegung der Rechtsstellung des Reichsführers SS als Chef der Deutschen Polizei führte der Reichs- und Preußische Minister des Innern im Mai in einem Erlaß nochmals aus:

Der Reichsführer ϟϟ und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ist innerhalb seines Geschäftsbereichs ständiger Vertreter des Reichsinnenministers. Dabei besteht kein Unterschied, ob sich der Reichsführer ϟϟ und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern bei seinen Entscheidungen der Behördenbezeichnung des Innenministeriums oder der Bezeichnung seines besonderen Geschäftsbereiches bedient. Die Entscheidungen des Reichsführers ϟϟ und Chefs der Deutschen Polizei sind in jedem Falle ministerielle Entscheidungen." —

Pg. Himmler in Rom

Der Reichsführer ϟϟ und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, der übrigens im Herbst (17. bis 20. Oktober) dem italienischen Staatschef Mussolini in Rom einen Besuch abstattete und an einer großen Parade der römischen Polizeitruppen teilnahm (anläßlich dieses Aufenthalts überreichte der Duce dem Reichsführer ϟϟ und seinem Hauptamtschef Pg. Heydrich und Pg. Daluege den Ehrendolch der faschistischen Miliz), hatte am 10. Februar eine Dienstanweisung für die Generalinspekteure der Ordnungspolizei erlassen.

Dienstanweisung für die Generalinspekteure der Ordnungspolizei

Nach dieser Dienstanweisung ist der Generalinspekteur der Schutzpolizei für die Angelegenheiten der Schutzpolizei außer ihren Schulen und den Ausbildungshundertschaften zuständig, der Generalinspekteur der Gendarmerie und Gemeindevollzugspolizei für die Angelegenheiten der Gendarmerie und Gemeindevollzugspolizei ohne die Schulen, der Generalinspekteur der Schulen für die Ausbildungshundertschaften und für sämtliche Schulen der Ordnungspolizei.

Die wichtigste Aufgabe der neu eingesetzten Generalinspekteure besteht darin, die auf den Besichtigungsreisen in unmittelbarer Verbindung mit der Praxis gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen im Stabe des Chefs der Ordnungspolizei für die Organisation, Ausbildung und ständige Weiterentwicklung der Polizei zweckmäßig zu verwerten. Durch die Funktionen der Generalinspekteure der Ordnungspolizei ist somit eine ständige und enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis im deutschen Polizeiwesen gewährleistet.

Inspekteur des Feuerlöschwesens

Zur Vereinheitlichung des gesamten Feuerlöschwesens in organisatorischer und dienstlicher Hinsicht ist vom Reichsführer ϟϟ und Chef der Deutschen Polizei die Dienststelle des Inspekteurs des Feuerlöschwesens geschaffen worden.

Seine Aufgaben regelt eine Dienstanweisung vom 14. Juni:

Seine wichtigste Aufgabe ist es, auf Grund seiner Sachkenntnis, Erfahrung und der gewonnenen Anregungen dem Chef der Ordnungspolizei Vorschläge für die Organisation, Ausbildung und stetige Weiterentwicklung der Feuerlöschpolizei zu machen. Dem Inspekteur des Feuerlöschwesens, der gleichzeitig Kommandeur der im Aufbau befindlichen Reichsfeuerwehrschule Eberswalde ist, untersteht die gesamte Feuerlöschpolizei, also sowohl die Berufsfeuerwehr als die Pflichtwehren und die Freiwilligen Feuerwehren.

Technische Nothilfe

Ein Erlaß des Reichsführers ϟϟ und Chefs der Deutschen Polizei vom 18. Juli erklärte die Technische Nothilfe, die im Zuge der Neuorganisation der Polizei dem Reichsführer ϟϟ und Chef der Deutschen

Polizei unterstellt wurde, zu einem ständigen Hilfsorgan der Polizei für wichtige öffentliche Hilfeleistungen technischer Art und damit zu einem Machtmittel des Staates. (Sie hat Hilfe zu leisten zur Sicherstellung staats- und lebenswichtiger Einrichtungen beim Luftschutz und bei Katastrophen.)

Motorisierte Gendarmeriebereitschaften

Aus den zahlreichen Aufgabengebieten der Polizei sei insbesondere eins noch hervorgehoben: die Bekämpfung der Verkehrsunfälle und Sicherung der Straßen, eine im Rahmen der ständig zunehmenden Motorisierung besonders wichtige Aufgabe.

Die endgültige Stärke der motorisierten Gendarmeriebereitschaften (siehe Band 1936, Seite 273) setzte der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei durch einen Runderlaß vom 8. Januar 1937 fest.

Der Überwachungsdienst wurde am 1. Januar auf den Landstraßen in Stärke von 16 Bereitschaften angetreten. Die 42 Standorte der motorisierten Gendarmeriebereitschaften werden die Knotenpunkte der Reichsstraßen und Reichsautobahnen sein. Die Überwachungsgebiete, in denen die einzelnen Bereitschaften ständig sind, werden unter die Wehrkreise des Reiches aufgeteilt. Die motorisierte Gendarmerie ist in der Ausübung ihres Dienstes nicht an die Grenzen der Länder, Provinzen und Regierungsbezirke gebunden. Für die motorisierte Gendarmerie ist der Bau von besonderen Kasernen vorgesehen. Die Kasernenbauten sind zum Teil bereits in Angriff genommen.

NSKK.-Verkehrserziehungsdienst

In einem Runderlaß vom 12. Januar gab der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei seine Vereinbarung mit dem Korpsführer des NSKK. über den Einsatz des NSKK.-Verkehrserziehungsdienstes bekannt (siehe auch Band 1936, Seite 272).

Der erstmalige Einsatz des Verkehrserziehungsdienstes erfolgte danach in den Städten über 80000 Einwohner am 23. Januar. Der Verkehrserziehungsdienst ist aus besonders geschulten Führern und Männern des NSKK. für das gesamte Reich geschaffen. Seine Aufgabe ist die Belehrung und Erziehung der Verkehrsteilnehmer bei verkehrswidrigem Verhalten im Einzelfall auf der Straße. Die Belehrung erfolgt mündlich. Der Verkehrserziehungsdienst beschränkt sich in erster Linie auf das vorschriftsmäßige Verhalten an Straßenkreuzungen und Einmündungen (Vorfahrt) und auf das richtige Überholen. Die Zuweisung weiterer Aufgaben behält sich der Chef der Deutschen Polizei im Einvernehmen mit dem Korpsführer des NSKK. vor. Der Verkehrserziehungsdienst hat keine polizeilichen Befugnisse; die Männer des Verkehrserziehungsdienstes sind jedoch berechtigt, jeden Verkehrsteilnehmer anzuhalten. Sie sind ehrenamtlich tätig.

Der Aufbau der neuen Organisation erfolgt in drei Abschnitten. Zunächst werden alle Großstädte über 80000 Einwohner und Mittelstädte von besonderer Verkehrsbedeutung erfaßt. Der Abschnitt 2 erfaßt die Städte von 20000 Einwohnern an aufwärts und der Abschnitt 3 kleine Städte und das flache Land.

Der NSKK.-Erziehungsdienst arbeitet lose mit der Verkehrspolizei zusammen. Widersetzlichkeiten gegen den NSKK.-Verkehrserziehungsdienst führen zu scharfen polizeilichen Maßnahmen.

(Anläßlich des Einsatzes des NSKK.-Verkehrserziehungsdienstes am 23. Januar konnte der Chef der Deutschen Polizei mitteilen, daß die Zahl der Verkehrsopfer schon Ende 1936 gesunken sei.)

Erweiterung der Befugnisse der motorisierten Gendarmerie

Durch Runderlaß vom 18. März wurden die Befugnisse der motorisierten Gendarmerie erweitert. Ihre Streifenführer und Offiziere sind zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt. Sie können nunmehr bei Verkehrsunfällen erforderlichenfalls verdächtige Personen festnehmen, Wagen durchsuchen und beschlagnahmen.

Eintragung von Strafen in den Führerschein

Da sich die am 21. Juli 1936 vom Reichs- und Preußischen Minister des Innern angeordnete Eintragung von polizeilichen und gerichtlichen Strafen in den Führerschein als wirksames Erziehungsmittel für leichtsinnige Kraftfahrer ausgewirkt hatte, regelte ein eingehender Runderlaß vom 17. März 1937 die Handhabung der Strafeintragung in den Führerschein.

Der Erlaß weist die Polizeibehörden darauf hin, daß weniger die Zahl der Eintragungen als vielmehr die Art und Schwere der Verstöße und Bestrafungen für die Entziehung des Führerscheines ausschlaggebend sei.

Trunkenheit im Straßenverkehr kriminelles Verbrechen

Eine ernste Warnung an alle Verkehrsteilnehmer stellte der Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 18. Mai dar:

Der Pfingstverkehr hat wieder eine erhebliche Anzahl von Toten und Verletzten durch Verkehrsunfälle gebracht, die einwandfrei auf einen übermäßigen Alkoholgenuß von Kraftfahrern, Radfahrern und Fußgängern zurückzuführen sind.

In Zukunft werden alle Schuldigen an Verkehrsunfällen, bei denen übermäßiger Alkoholgenuß durch die polizeiliche Blutuntersuchung festgestellt wird, sofort verhaftet und bleiben bis zur gerichtlichen Verhandlung in Haft. Da es nicht zu verantworten ist, daß weiterhin durch die Zügellosigkeit und den Leichtsinn Einzelner Leben und Gesundheit der Allgemeinheit gefährdet wird, wird Trunkenheit am Steuer und im Straßenverkehr fortan als kriminelles Verbrechen angesehen und behandelt.

gez.: H. Himmler.

Verkehrserziehungsaktion

Gleichzeitig damit wurde auch eine große Verkehrserziehungsaktion durch die Presse in Angriff genommen. General Daluege sprach vor den Hauptschriftleitern im Hause der Deutschen Presse am 28. Mai über das Thema „Verkehrserziehung und Mitarbeit der Presse".

Die Aufgabe der Presseaufklärung sei, jedem einzelnen Volksgenossen das Gefühl der Verkehrsgemeinschaft einzuhämmern, um auch dem letzten Teilnehmer am Verkehr klarzumachen, daß sein eigenes Ich sich den Gesetzen der Verkehrsgemeinschaft unterzuordnen hat.

Mitarbeit der Presse

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei ordnete am 13. Juli weiterhin an, daß die Polizeibehörden bei der Bekanntgabe der amtlichen Ermittlungen über Straßenverkehrsunfälle an die Tagespresse auch den vollen Vor- und Zunamen sowie die Wohnung des Schuldigen, gleichgültig, ob es sich um einen Fahrzeugführer

oder einen Fußgänger handelt, in jedem Falle anzugeben haben, bei denen nachweislich übermäßiger Alkoholgenuß zum Verkehrsunfall geführt hat.

Aufgaben der motorisierten Gendarmerie

Ein ausführlicher Runderlaß vom 30. Juni legte die Aufgaben der motorisierten Gendarmerie fest.

Die Gesamtstärke des Gendarmeriekorps beträgt ungefähr 3320 Mann. Die motorisierte Gendarmerie ist kaserniert. Ihre Einzelaufgaben bestehen in der Überwachung des Verkehrs, in der Hilfeleistung bei Unglücksfällen, in der Fahndung nach gestohlenen Kraftfahrzeugen und nach Kennzeichenmißbrauch, in der Belehrung der Verkehrsteilnehmer, der Beobachtung des Zustandes der Straßen und der Beobachtung schienengleicher Bahnübergänge. Die motorisierte Gendarmerie ist berechtigt, gebührenfreie und gebührenpflichtige Verwarnungen bei Übertretung der Verkehrsvorschriften zu verhängen. Zur Hebung der allgemeinen Verkehrssicherheit kann sie Fahrzeuge in mangelhaftem Zustand zur zuständigen Zulassungsbehörde (nach Beseitigung der beanstandeten Mängel) bestellen.

Verkehrsunfallkommandos der Schutzpolizei

Da die zur Aufklärung von Verkehrsunfällen eingerichteten Verkehrsunfallkommandos der Schutzpolizei sich außerordentlich bewährt haben, wurden in allen Städten mit über 200000 Einwohnern durch die staatlichen Polizeiverwaltungen solche besonderen Verkehrsunfallkommandos eingerichtet.

In einer Dienstvorschrift für die Verkehrsunfallkommandos wurden die Aufgaben festgelegt: Das Kommando greift bei Verkehrsunfällen ein, wenn Personen tödlich oder erheblich verletzt sind, wenn öffentliche Verkehrsmittel oder Fahrzeuge von Behörden beteiligt sind und schwerer Sachschaden entstanden ist, und in jedem Falle, wenn der Fahrer flüchtig ist.

Verkehrsüberwachungskommandos der Schutzpolizei

Zur besseren Überwachung des Verkehrs in den Großstädten wurde durch den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei am 1. September eine Neuorganisation der bestehenden Verkehrsüberwachungskommandos der Schutzpolizei angeordnet.

Diese Verkehrsüberwachungskommandos haben den gleitenden Straßenverkehr innerhalb der Großstädte zu überwachen und vorbeugend einzugreifen. Ihr Aufgabenkreis entspricht dem Aufgabengebiet der motorisierten Gendarmerie auf den Landstraßen. —

Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen

An wichtigen staatlichen Maßnahmen im ersten Teil des Jahres 1937 ist noch das „Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen" vom 9. März zu nennen, in dem es heißt:

§ 1

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, in von ihm zu bestimmenden Gebieten, insbesondere an der Reichsgrenze, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern alle Maßnahmen zu treffen, die für eine wirksame Sicherung der Reichsgrenze und des Reichsgebiets erforderlich sind.

§ 2

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, gegen Angehörige eines fremden Staates und gegen deren Vermögen Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, sofern dieser Staat gegen Reichsangehörige oder ihr Vermögen

Maßnahmen trifft, die nach deutschem Recht gegen die Angehörigen dieses Staates oder ihr Vermögen nicht getroffen werden können...

Erste Durchführungsverordnung

Im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern hat dann der Reichsminister des Innern am 17. August die erste Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz erlassen, die den Interessen der Grenzsicherung auf dem Gebiet des Bodenrechts Rechnung trägt. In einer Reihe von Grenzkreisen unterliegt jetzt der Erwerb von Boden und Grund jeder Größe der Genehmigung der zuständigen Genehmigungsbehörde.

Nach der Verordnung bedarf die Auflassung eines Grundstücks, die Bestellung eines dinglichen Rechts, sowie jede Vereinbarung, die die Verwaltung oder die Verpflichtung zur Übereignung eines Grundstücks betrifft, der Genehmigung. Das gleiche gilt für das Gebot bei der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung. Auch der Erbe, der nicht nach den Vorschriften des BGB. gesetzlicher Erbe ist, bedarf der Genehmigung, wenn er das Grundstück behalten will. Auch der Anerbe eines Erbhofes hat also die Genehmigung zum Erwerb des Grundstücks nachzusuchen. Bei Versagung der Genehmigung trifft den Erben des Grundstückes eine Veräußerungspflicht.

Die Verordnung will damit den Erwerb von Grund und Boden in gewissen Grenzbezirken einer behördlichen Kontrolle unterwerfen. Sie verfolgt das Ziel einer teilweisen Angleichung an die durch das Vorgehen einzelner Nachbarstaaten geschaffene Rechtslage.

Genehmigungsbehörde ist der Landrat bzw. der Oberbürgermeister. —

Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen

Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung des „Verdienstordens vom Deutschen Adler"

Schließlich sei noch erwähnt das „Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen" vom 1. Juli, das alle einschlägigen Angelegenheiten neu regelt, und die Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung des „Verdienstordens vom Deutschen Adler" vom 1. Mai:

„Zur Ehrung ausländischer Staatsangehöriger durch das Deutsche Reich stifte ich den ‚Verdienstorden vom Deutschen Adler'.

Die Einzelheiten der Ausgestaltung, Einteilung und Form der Verleihung des Ordens bestimmt die von mir zu erlassende Satzung."

Die Satzung, die das gleiche Datum trägt, bestimmt in ihrem „Artikel 1 Zweck des Ordens":

„Der ‚Verdienstorden vom Deutschen Adler' wird zur Ehrung ausländischer Staatsangehöriger, die sich um das Deutsche Reich verdient gemacht haben, auf Vorschlag des Reichsministers des Auswärtigen vom Führer und Reichskanzler verliehen." —

2. Abschnitt:

Die deutsche Außenpolitik am Jahresanfang 1937

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1937, dem vierten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution, vor dem Deutschen Reichstag seinen umfassenden Rechenschaftsbericht (den innenpolitischen Teil der Rede behandelten wir bereits im vorhergehenden 1. Abschnitt) über das im vergangenen Jahre Geleistete und die nunmehr in Angriff zu nehmenden Aufgaben dem deutschen Volke vortrug, da war es schwer zu entscheiden, auf welchem der beiden Hauptfaktoren des völkischen Lebens die Arbeitsleistung und der Erfolg größer waren — in der Innen- oder der Außenpolitik.

Der 30. Januar 1937 brachte — wie bereits im 1. Abschnitt berichtet — neben dem „neuen Ermächtigungsgesetz" die feierliche Verkündigung vom Ende der Kriegsschuldlüge und die restlose Unterstellung von Reichsbank und Reichsbahn unter die Hoheit des Deutschen Reiches. — Bevor wir uns jedoch nun mit dem außenpolitischen Teil des Rechenschaftsberichts Adolf Hitlers vom 30. Januar beschäftigen, sind noch einige zeitlich vorausgehende Ereignisse auf dem Gebiete der Außenpolitik zu verzeichnen:

Englisch-italienisches „Gentleman-Agreement"

Das Jahr begann einerseits vielversprechend mit der Unterzeichnung des englisch-italienischen „Gentleman-Agreements" am 2. Januar, einem Mittelmeerabkommen, das die Freiheit der Ein-, Aus- und Durchfahrt, die unbedingte Aufrechterhaltung des „Status quo", die Rücksicht auf die gegenseitigen Interessen zusicherte und sich gegen keinen dritten Staat richten sollte. Ein ergänzender Notenaustausch der beiden Außenminister besagte, daß „die gegenwärtigen Gebiete Spaniens unter allen Umständen intakt und unverändert, unversehrt erhalten bleiben sollen". Anderseits ließ Italien — wie aus Presseveröffentlichungen zu entnehmen war — keinen Zweifel darüber, daß es ein bolschewistisches Spanien, und damit eine Verschiebung des gesamten Mittelmeersystems, für untragbar halte. Der heldenhafte

Der Bürgerkrieg in Spanien

Kampf des nationalen Spaniens (siehe Band 1936, Seite 159 bis 160, 162 bis 163, 165, 167 bis 168, 227 bis 230, 309, 316 bis 317) gegen den Bolschewismus dauerte an. Der nationalspanische Staatschef

General Franco erklärte in seiner Neujahrsansprache, daß das nationale Spanien alle „Versöhnungsversuche" zurückweisen und den Kreuzzug um die geistigen Werte der zivilisierten Welt gegen das Gift des Bolschewismus bis zum siegreichen Ende durchführen werde.

Auf der anderen Seite versuchten die von Moskau unterstützten rotspanischen Machthaber von Valencia und Barcelona auf jede erdenkliche Weise Zwischenfälle zu provozieren und damit den Kriegsbrand unter die leicht entzündbaren politischen „Stoffe" Europas zu schleudern, um die Völker endlich in den „idealen" Zustand zu heben, den die Dritte Internationale zur Ausbreitung ihrer Lehre braucht: den Krieg.

Rotspanische Provokationen gegen Deutschland und ihre Erwiderung

Die ersten beiden — gegen Deutschland gerichteten — Versuche dieser Art, die am Jahresanfang 1937 bekannt wurden, waren: Am 20. Dezember war der deutsche Dampfer „Pluto" beschossen und zur Kursänderung gezwungen worden, und am 25. Dezember wurde in gleicher Weise weit außerhalb der Hoheitsgewässer der deutsche Dampfer „Palos" von rotspanischen Seestreitkräften angehalten und beschlagnahmt! Als Gegenmaßnahme gegen diesen Völkerrechtsbruch wurden von deutschen Seestreitkräften zwei rotspanische Dampfer aufgebracht und beschlagnahmt (1. und 3. Januar), während ein dritter beim Fluchtversuch auf Grund geriet. Die mit voller Berechtigung angeordneten Maßnahmen des deutschen Kreuzers „Königsberg" entfachten eine neue Lügenwelle gegen Deutschland. Während Frankreich, England, die Vereinigten Staaten von Amerika, die unter scheinheiliger Aufrechterhaltung des Begriffes „Regierungstruppen" und „Rebellen" die ersteren — die blutroten Bolschewisten — eifrig mit Munition und anderem Material unterstützten (es aber zum Teil — wie England — auch nicht verschmähten, mit der Gegenseite Geschäfte zu machen), trieb die Presse dieser Mächte und ihrer Trabanten einen unerhörten Verleumdungsfeldzug gegen das nationalsozialistische Deutschland, der seinen Höhepunkt fand in der wie auf Kommando in der gesamten Pariser Presse vom 9. Januar erschienenen verlogenen Meldung von der Landung deutscher Truppen in Spanisch-Marokko, der Anlage von Befestigungen und von Kasernenbauten. Diese Meldung, die jeglicher Grundlage entbehrte, schuf plötzlich eine sehr gefährliche Lage, da man am Quai d'Orsay trotz aller vorausgegangenen deutschen Dementis an die Richtigkeit der Zeitungsmeldungen glaubte (!?) und militärische Vorbereitungen traf, sowie eine äußerst scharfe Demarche in Berlin plante. Das verbrecherische Treiben internationaler Pressehetzer und ihrer Hintermänner hätte sehr leicht zum Ziel führen können, wenn nicht im letzten Augenblick durch die Initiative des Führers und die Haltung des französischen Botschafters in Berlin, François-

Lügenmeldung von der Landung deutscher Truppen in Spanisch-Marokko

Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps beim Führer

Poncet, eine Entspannung herbeigeführt worden wäre. Anläßlich des Neujahrsempfangs des Diplomatischen Korps beim Führer und Reichskanzler (11. Januar), bei dem dieser wiederum einen Friedensappell an die durch ihre bei der Reichsregierung akkreditierten Missionschefs vertretenen Nationen richtete, nahm Adolf Hitler Gelegenheit, Herrn François-Poncet in einer persönlichen Unterredung zu versichern, daß Deutschland weder die Absicht habe, noch jemals gehabt habe, die Integrität Spaniens oder der spanischen Besitzungen in irgendeiner Form anzutasten. Wie amtlich durch Havas mitgeteilt wurde, versicherte daraufhin der französische Botschafter im Namen seiner Regierung, daß Frankreich fest entschlossen sei, die Integrität Spaniens und das Statut von Spanisch-Marokko im Rahmen der bestehenden Verträge zu achten. Das ganze, ungeheuerliche Lügengespinst zerstob, die französischen Zeitungen und jene, die die Falschmeldungen aus ihnen übernommen hatten, sahen sich zu Dementis gezwungen; der Angriff auf den europäischen Frieden war an der Wachsamkeit der deutschen Staatsführung gescheitert. Mit gleicher Schnelligkeit wurden andere aus der Luft gegriffene Behauptungen über „deutsche Regimenter auf nationalspanischer Seite", über eine deutsche Tätigkeit zur „Durchdringung der in portugiesischem Besitz befindlichen Kapverdischen Inseln und Madeiras" usw. widerlegt; denn nur so konnte der skrupellosen Kriegshetze jener widerlichen Journaille begegnet werden.

Weitere Kriegshetze der Journaille

Deutsche Note zur Freiwilligenfrage in Spanien

Die Außenminister Englands und Frankreichs begrüßten die nun tatkräftig bewiesene Friedenspolitik Adolf Hitlers, die auch in der deutschen Antwortnote auf die von den beiden Regierungen gemeinsam ausgearbeiteten Vorschläge hinsichtlich der Verhinderung des Zustroms von Freiwilligen nach Spanien zum Ausdruck kam. Die Note der Reichsregierung (7. Januar), die durch eine sinngemäß gleichartige Note der italienischen Regierung unterstützt wurde, verwahrte sich zunächst dagegen, daß außer und neben dem bestehenden Nichteinmischungsausschuß eine Aktion — wie dieser Appell an die deutsche und italienische Regierung — eingeleitet und dadurch der Eindruck eines „Verschuldens" der beiden angerufenen Regierungen in der Freiwilligenfrage hervorgerufen wird, während in Wahrheit die deutsche und italienische Regierung es waren, die — vergeblich — als erste die Forderung nach Verhinderung der Ausreise von freiwilligen Teilnehmern an den spanischen Kämpfen erhoben hatten. Obwohl im gegebenen Zeitpunkt die deutsche Regierung in dem geplanten Verbot eine einseitige Begünstigung der rotspanischen Partei sieht, erklärt sie doch auch jetzt noch ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung der vorgesehenen Maßnahmen unter der Voraussetzung, daß

a) die anderen beteiligten Staaten sich zu der gleichen Haltung entschließen,

b) auch die Lösung der sonst noch mit der indirekten Einmischung zusammenhängenden Fragen unverzüglich in Angriff genommen wird und

c) alle beteiligten Regierungen einer unbedingt wirksamen, an Ort und Stelle durchzuführenden Kontrolle der zu vereinbarenden Verbote zustimmen.

Abschließend heißt es in der deutschen Note:

„Die beste Lösung des Freiwilligenproblems würde nach Ansicht der Deutschen Regierung erreicht werden, wenn es sich ermöglichen ließe, alle nichtspanischen Teilnehmer an den Kämpfen, und zwar einschließlich der politischen Agitatoren und Propagandisten, aus Spanien zu entfernen, um so den Zustand vom August v. J. wiederherzustellen. Die Deutsche Regierung würde es sehr begrüßen, wenn in dem Londoner Ausschuß sofort geprüft würde, in welcher Weise eine solche Maßnahme wirksam durchgeführt werden könnte. Sie ist ihrerseits bereit, hierbei in jeder Beziehung mitzuarbeiten."

Englische Antwort

Der Eindruck der deutschen und der italienischen Note in London war durchaus günstig, und die britische Regierung beeilte sich daher, umgehend durch ihre Botschafter in Berlin, Rom, Paris, Lissabon und Moskau Gegenantwort zu geben, in der sie u. a. erklärt, sich nicht in die Tätigkeit des Nichteinmischungsausschusses einmengen, sondern diese lediglich erleichtern zu wollen. Im übrigen mißlang ihr gut gemeinter Versuch, auf Grund der günstigen deutschen, italienischen und portugiesischen Antwort schnell zu einer Einigung in der Freiwilligenfrage zu kommen, gänzlich, weil Paris und besonders Moskau die Absicht zum Scheitern brachten.

Eden über die französische Haltung im spanischen Bürgerkrieg

Wieso bei dieser Sachlage der englische Außenminister Eden in seiner Unterhausrede vom 19. Januar ausgerechnet der Haltung Frankreichs in der Spanienfrage besonderen Beifall zollte, blieb sein Geheimnis. Auch sonst strotzten seine Darlegungen, die er in der ihm eigenen schulmeisterlichen Art machte, von sachlichen Unrichtigkeiten und schiefen Darstellungen, so daß der Führer und Reichskanzler sich entschloß, ihm persönlich in seiner Reichstagsrede am 30. Januar (siehe weiter unten) zu antworten.

Weitere deutsche Note in der spanischen Freiwilligenfrage

Während nun in Genf eine Einigung zwischen Frankreich und der Türkei über die Sandschakfrage erzielt wurde und der französische Ministerpräsident Léon Blum auf einer großen Volksfrontfeier in Lyon (24. Januar) recht merkwürdige Ansichten über die wieder erfreulich aktuelle deutsch-französische Verständigung entwickelte, die praktisch auf einen politisch-wirtschaftlichen Kuhhandel hinausliefen (obwohl dieses System eingangs abgelehnt wurde), arbeitete die Reichsregierung die weitere Antwortnote — in Fortsetzung der diplomati-

schen Diskussion um die Freiwilligenfrage in Spanien — aus, die dann am 25. Januar dem britischen Botschafter in Berlin übermittelt wurde. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„1. Die Deutsche Regierung hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß nach Ansicht der Königlich Britischen Regierung die hauptbeteiligten Mächte nunmehr über die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zur Verhinderung des Zustroms von Freiwilligen nach Spanien einig sind, und daß ferner auch grundsätzliches Einverständnis darüber besteht, daß diese Maßnahmen von allen beteiligten Regierungen gleichzeitig getroffen werden, daß das Gesamtproblem der indirekten Form der Einmischung in Spanien eine aktive Behandlung erfährt, und daß ein wirksames Kontrollsystem eingeführt wird. Damit würden die Voraussetzungen erfüllt sein, von denen die Deutsche Regierung in der Note vom 7. Januar ihre Bereitwilligkeit zur Anordnung der von ihr zu treffenden Maßnahmen abhängig gemacht hat.

2. Unter diesen Umständen hat die Deutsche Regierung bereits ein Gesetz vorbereitet, das die Einreise von deutschen Staatsangehörigen nach Spanien zur Teilnahme am Bürgerkrieg sowie die Anwerbung von Personen zu diesem Zweck unter Strafandrohung verbietet und ferner die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in Aussicht nehmen würde, um die Ausreise und Durchreise aller Personen zu verhindern, die sich zur Teilnahme am Bürgerkrieg nach Spanien melden wollen. Es wird sich empfehlen, daß der Londoner Nichteinmischungsausschuß sofort die Übereinstimmung aller beteiligten Regierungen über den wesentlichen Inhalt der von ihm zu treffenden Maßnahmen, über den Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung, sowie endlich über die Grundlinien des einzuführenden Kontrollsystems feststellt. Sobald diese Feststellung erfolgt ist, wird die Deutsche Regierung unverzüglich das Erforderliche wegen der von ihr zu treffenden Maßnahmen veranlassen.

3. Was die Durchführung der Kontrolle anlangt, so liegen der Deutschen Regierung, und zwar zum Teil erst seit wenigen Tagen, eine Reihe von Entwürfen des Londoner Ausschusses vor, deren Prüfung sie möglichst beschleunigen wird. Sie behält sich vor, durch ihren Vertreter dem Londoner Ausschuß das Ergebnis dieser Prüfung sobald als möglich mitzuteilen und dabei ebenfalls auch ergänzende Vorschläge zu machen.

4. Die Königlich Britische Regierung hat sich bisher leider noch nicht zu dem in der Note vom 7. Januar gemachten Vorschlag der Deutschen Regierung geäußert, alle nichtspanischen Teilnehmer an den Kämpfen in Spanien einschließlich der politischen Agitatoren und Propagandisten aus Spanien zu entfernen, um so den Zustand vom August v. J. wiederherzustellen. Die Deutsche Regierung legt auf diesen Vorschlag nach wie vor besonderen Wert. Sie hat die alte Befürchtung, daß es nach der ganzen, bereits in der Note vom 7. Januar geschilderten Entwicklung der Dinge zu einer einseitigen, dem Sinne der Nichteinmischungspolitik zuwiderlaufenden Begünstigung der der nationalen spanischen Regierung im Kampfe gegenüberstehenden Elemente führen würde, wenn die Mächte den Zustrom von Freiwilligen nur für die Zukunft verhindern, sich aber damit abfinden, die bereits in Spanien befindlichen landfremden Teilnehmer am Bürgerkrieg dort zu belassen.

Es erscheint der Deutschen Regierung als das Gebot der Stunde, daß alle beteiligten Mächte jetzt endlich Ernst damit machen, jede Möglichkeit einer Einmischung in Spanien zu unterbinden. Wenn sie dazu entschlossen sind, werden sie auch Mittel und Wege finden, um den erwähnten Vorschlag der Deutschen Regierung zu verwirklichen."

In Genf wurde indessen nicht nur über den französisch-türkischen Konflikt, über Rohstoffragen und die „Asyl-Flüchtlinge" debattiert, sondern selbstredend auch wieder über Danzig. Der Bericht des polnischen Außenministers Beck, der einen Überblick über die von ihm — laut Völkerbundsauftrag — geleistete Arbeit zur Normalisierung der Lage in Danzig gab, befriedigte durchaus und ließ — wie der Danziger Senatspräsident Dr. Greiser erklärte — die „loyale und feinfühlige Erledigung des Auftrages" erkennen, wofür ihm wie dem Berichterstatter Eden Dank gebühre. Der Bericht Becks und der Edens fanden Annahme (28. Januar). Auf der Reise von Warschau nach Genf hatte Beck in Berlin Gelegenheit zu einer Aussprache mit Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath genommen. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß am 5. Januar nach monatelangen Verhandlungen zwischen Danzig und Polen in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens — seit der starken Bevorzugung des Gdinger Hafens durch Polen für die Freie Stadt eine Existenzfrage — eine Einigung erzielt worden war, wonach das Hafenprotokoll vom 18. September 1933 bis zum 31. Dezember 1939 weiter in Kraft bleibt.

Danzig und Polen

In Moskau rollte unterdessen ein neuer großangelegter Theaterprozeß ab, in dessen Mittelpunkt der einstmals erste Journalist der Sowjets und führende bolschewistische Politiker Karl Radek stand. Wie in allen vorausgegangenen Prozessen gestanden die Angeklagten alles ein und beschuldigten darüberhinaus alle möglichen anderen Prominenten, so daß bald darauf Marschall Tuchatschewski und der GPU.-Chef Jagoda verhaftet wurden. Man entblödete sich in Moskau auch nicht, engste Beziehungen zwischen den „Trotzkisten" und „Faschisten" festzustellen und zu „beweisen", daß die deutsche Gestapo (!) der eigentliche Auftraggeber aller „Sabotageakte" sei! — Die Tätigkeit der Komintern machte sich nun selbst im demokratischen Garten „Eden" peinlich bemerkbar: Kriegsminister Duff Cooper prangerte die bolschewistischen Sabotageakte in der englischen Flotte an und erklärte — im Hinblick auf die ungeheuerlichen „Geständnisse" der Angeklagten in den Moskauer Sabotageprozessen —, man könne sich ein Bild davon machen, wo die Saboteure in die Schule gegangen seien!

Moskauer Theaterprozesse

Bolschewistische Sabotageakte in der englischen Flotte

Diese Äußerung des englischen Kriegsministers enthielt eine glänzende Rechtfertigung des Deutsch-Japanischen Antikominternabkommens vom 25. November 1936 (siehe Band 1936, Seite 311 bis 313), in Verfolg dessen Mitte Januar die (zu gleichen Teilen aus deutschen und japanischen Mitgliedern bestehende) Kommission zur Ausarbeitung von Abwehrmaßnahmen gegen die Zersetzungsarbeit der kommunistischen Internationale gebildet wurde. Erinnert sei hier auch an das Ende 1936 veröffentlichte Buch von André Gide, in dem dieser

Die Arbeit nach dem deutsch-japanischen Antikominternabkommen

André Gide über die Sowjetunion

berühmte, links eingestellte französische Schriftsteller über seine Eindrücke in der Sowjetunion, die er auf Einladung der roten Machthaber bereist hatte, berichtete, — aber ganz anders, als seine Gastgeber es von ihm erwartet hatten. Enttäuscht und ernüchtert schreibt er: „Ich zweifle, ob heute in irgendeinem Land der Geist weniger frei ist und mehr gekrümmt, furchtsamer, terrorisierter und vergewaltigter ist."

Hochzeit der holländischen Thronfolgerin mit dem deutschen Prinzen zur Lippe-Biesterfeld

Hermann Göring in Italien

Zwei wichtige Geschehnisse müssen an dieser Stelle noch eingeschaltet werden: Einmal die Hochzeit der holländischen Thronfolgerin mit dem deutschen Prinzen Bernhard zur Lippe-Biesterfeld am 7. Januar, die ein weiteres bedeutsames Band zwischen dem deutschen und dem stammverwandten niederländischen Volk schlang. Zweitens die Italienreise Hermann Görings (14. bis 24. Januar) — wo er zahlreiche Ehrungen — besonders in Neapel — erfuhr, vom König und Kaiser von Äthiopien, Viktor Emanuel in Audienz empfangen wurde, Unterredungen mit Mussolini und italienischen Diplomaten hatte und alles in allem durch seinen Besuch die bereits zu einem Begriff gewordene Achse Rom—Berlin noch verstärkte. Erfreulicherweise erstreckte sich die deutsch-italienische Zusammenarbeit auch auf die wirtschaftliche Erschließung Abessiniens, was durch die Beteiligung der deutschen Finanz und Technik an der neu gegründeten „Società Anonima Mineraria Africa Orientale Italiana" zum Ausdruck kam. —

Deutsche Beteiligung an der Erschließung Abessiniens

Die Reichstagsrede des Führers am 30. Januar 1937

Die Welt, die mit Spannung der Rede des Führers und Reichskanzlers entgegensah, erlebte an ihr das von tiefem Verantwortungsbewußtsein vor der Geschichte getragene Bekenntnis eines Staatsmannes und Volksführers, der in der Verteidigung von Ehre, Volkstum und Frieden zu konzessionslosem Kampf entschlossen ist und sich eins weiß mit der Nation, die er vertritt. Die großen Tatsachen des außenpolitischen Teiles dieser Reichstagsrede (mit der wir uns innenpolitisch bereits im 1. Abschnitt beschäftigt haben) waren: Restlose Wiederherstellung der Reichshoheit über Reichsbahn und Reichsbank, Löschung der Kriegsschuldlüge, Aufrechterhaltung des deutschen Kolonialanspruchs bis zu seiner Befriedigung, sowie die Wege, die nach Ansicht der Reichsregierung allein zu einer wirklichen Befriedung der Welt zu führen vermögen.

Adolf Hitlers große Rede, die überall stärkstes Aufsehen erregte und — bei ganz verschiedener Beurteilung — doch fast durchweg als Echo die Ansicht fand, daß mit ihr ein beachtenswerter Beitrag zur Klärung und Entspannung der Lage in Europa gegeben worden sei, enthielt folgende Ausführungen:

„... Als ich vor vier Jahren mit der Kanzlerschaft und damit mit der Führung der Nation betraut wurde, übernahm ich die bittere Pflicht, ein Volk wieder zur Ehre zurückzuführen, das 15 Jahre lang das Leben eines Aussätzigen unter den anderen Nationen zu führen gezwungen

worden war. Die innere Ordnung des deutschen Volkes schuf mir die Voraussetzung zum Wiederaufbau des deutschen Heeres, und aus beiden zugleich erwuchs die Möglichkeit, jene Fesseln abzustreifen, die wir als tiefstes Schandmal empfanden, das jemals einem Volk aufgebrannt worden war. Ich habe, am heutigen Tage diesen Prozeß abschließend, nur wenige Erklärungen zu geben:

Erstens: Die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung war ein ausschließlich Deutschland selbst berührender und es betreffender Vorgang. Wir haben keinem Volk dadurch etwas genommen und keinem Volk damit ein Leid zugefügt!

Zweitens: Ich verkünde Ihnen, daß ich im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Reichsbank ihres bisherigen Charakters entkleiden und wieder restlos unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches stellen werde.

Drittens: Ich erkläre hiermit, daß damit jener Teil des Versailler Vertrages seine natürliche Erledigung gefunden hat, der unserem Volke die Gleichberechtigung nahm und es zu einem minderwertigen Volke degradierte.

Viertens: Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlichst zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze!

Meine Abgeordneten, Männer des Deutschen Reichstags!

Diese Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes, die ihren äußerlich sichtbarsten Ausdruck fand in der Einführung der Wehrpflicht, Erschaffung einer neuen Luftwaffe, dem Wiederaufbau einer deutschen Kriegsmarine, der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch unsere Truppen, war die schwerste und wagemutigste Aufgabe und Arbeit meines Lebens.

Ich muß an diesem Tage demutsvoll der Vorsehung danken, deren Gnade es mir, dem einstigen unbekannten Soldaten des Weltkrieges, gelingen ließ, unserem Volke damit wieder seine Ehre und Rechtschaffenheit zurückzuerkämpfen!

Alle die hierzu notwendigen Maßnahmen waren leider nicht auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen. Aber abgesehen davon: Die Ehre eines Volkes kann überhaupt nicht ausgehandelt, sondern sie kann nur genommen werden. So wenig wie man sie ihm auch nicht weghandeln, sondern auch nur einst nehmen konnte!

Daß ich die dazu notwendigen Handlungen tat, ohne unsere früheren Gegner im einzelnen zu befragen, oder auch nur zu verständigen, hatte aber auch seinen Grund in der Erkenntnis, das so oder so notwendige Hinnehmen unserer Entscheidungen der anderen Seite dadurch vielleicht nur erleichtert zu haben. Im übrigen will ich diesen Erklärungen nun aber noch eine weitere anschließen, nämlich, daß damit die Zeit der sogenannten Überraschungen abgeschlossen ist. Als gleichberechtigter Staat wird Deutschland, seiner europäischen Aufgabe bewußt, nunmehr in Zukunft in loyaler Weise mitarbeiten an der Behebung der Probleme, die uns und die anderen Nationen bewegen.

Wenn ich nun zu diesen allgemeinen Fragen der Gegenwart Stellung nehme, dann geschieht es vielleicht am zweckmäßigsten in Anlehnung an jene Äußerungen, die vor kurzem im englischen Unterhaus durch Mister Eden gemacht worden sind.

Denn in ihnen ist auch im wesentlichen enthalten, was zum Verhältnis Deutschlands zu Frankreich zu sagen ist.

Ich möchte an dieser Stelle meinen wirklichen Dank aussprechen für die Möglichkeit einer Antwort, die mir geboten wurde durch die so freimütigen wie bemerkenswerten Ausführungen des Herrn englischen Außenministers.

Ich habe diese Ausführungen, wie ich glaube, genau und richtig gelesen. Ich will mich natürlich nicht in Details verlieren, sondern ich möchte versuchen, die großen Gesichtspunkte der Rede Edens herauszugreifen, um meinerseits sie entweder zu klären oder zu beantworten.

Ich will dabei zuerst versuchen, einen, wie es mir scheint, sehr bedauerlichen Irrtum richtigzustellen. Nämlich den Irrtum, daß Deutschland irgendeine Absicht habe, sich zu isolieren, an den Geschehnissen der übrigen Welt teilnahmslos vorbeizugehen oder daß es etwa keine Rücksicht auf allgemeine Notwendigkeiten nehmen wolle.

Worin soll die Auffassung, Deutschland treibe eine Isolierungspolitik, ihre Begründung finden?

Soll diese Annahme der Isolierung Deutschlands gefolgert werden aus vermeintlichen deutschen Absichten, dann möchte ich dazu folgendes bemerken:

Ich glaube überhaupt nicht, daß jemals ein Staat die Absicht haben könnte, sich bewußt an den Vorgängen der übrigen Welt als politisch desinteressiert zu erklären. Besonders dann nicht, wenn diese Welt so klein ist wie das heutige Europa. Ich glaube, daß, wenn wirklich ein Staat zu einer solchen Haltung Zuflucht nehmen muß, er es dann höchstens unter dem Zwang eines ihm selbst aufoktroyierten fremden Willens tun wird. Ich möchte Herrn Minister Eden hier zunächst versichern, daß wir Deutschen nicht im geringsten isoliert sein wollen und uns auch gar nicht als isoliert fühlen. Deutschland hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl politischer Beziehungen aufgenommen, wieder angeknüpft, verbessert und mit einer Reihe von Staaten ein — ich darf wohl sagen — enges freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Unsere Beziehungen in Europa sind von uns aus gesehen zu den meisten Staaten normale, zu einer ganzen Anzahl von Staaten sehr freundschaftliche. Ich stelle hier an die Spitze die ausgezeichneten Beziehungen, die uns vor allem mit jenen Staaten verbinden, die aus ähnlichen Leiden wie wir zu ähnlichen Folgerungen gekommen sind.

Durch eine Reihe von Abkommen haben wir frühere Spannungen beseitigt und damit wesentlich zu einer Verbesserung der europäischen Verhältnisse beigetragen. Ich erinnere nur an unsere Abmachung mit Polen, die beiden Staaten zum Vorteil gereicht, an unsere Abmachung mit Österreich, an unsere ausgezeichnete und enge Beziehung zu Italien, an unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, Jugoslawien, zu Bulgarien, zu Griechenland, zu Portugal, zu Spanien usw., und endlich aber auch an die nicht minder herzlichen Beziehungen zu einer ganzen Reihe von Staaten außerhalb Europas.

Die Abmachung, die Deutschland mit Japan zur Bekämpfung der Kominternbewegung getroffen hat, ist ein lebendiger Beweis dafür, wie wenig die deutsche Regierung daran denkt, sich zu isolieren und wie wenig sie sich daher auch tatsächlich als isoliert fühlt. Im übrigen habe ich öfter als einmal den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, mit allen unseren Nachbarn zu einem ähnlich guten und herzlichen Verhältnis zu kommen. Deutschland hat, und ich wiederhole dies hier feierlich, immer wieder versichert, daß es zum Beispiel zwischen ihm und Frankreich überhaupt keinerlei menschlich denkbaren Streitpunkt geben kann. Die deutsche Regierung hat weiter Belgien und Holland versichert, daß sie bereit ist, diese Staaten jederzeit als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren. Ich sehe angesichts all der von uns früher

gegebenen Erklärungen und des tatsächlichen Zustandes nicht recht ein, wieso also Deutschland sich isoliert fühlen soll oder gar eine Isolierungspolitik betriebe.

Allein auch *wirtschaftlich* gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, zu behaupten, daß Deutschland sich der internationalen Zusammenarbeit etwa entzöge. Es ist ja doch wohl umgekehrt. Wenn ich so die Reden mancher Staatsmänner in den letzten Monaten übersehe, dann kann nur zu leicht aus ihnen der Eindruck entstehen, als ob etwa eine ganze Welt darauf warte, Deutschland mit wirtschaftlichen Gefälligkeiten zu überschwemmen, und nur wir verstockte Isolierungspolitiker an diesen Genüssen nicht teilnehmen wollten.

Ich möchte zur Richtigstellung dessen ein paar ganz nüchterne Tatsachen anführen:

1. Seit Jahr und Tag müht sich das deutsche Volk ab, mit seinen Nachbarn bessere Handelsverträge und damit einen regeren Güteraustausch zu erreichen. Und diese Bemühungen waren auch nicht vergeblich, denn tatsächlich ist der deutsche Außenhandel seit dem Jahre 1932 sowohl dem Volumen als auch dem Werte nach nicht kleiner, sondern *größer* geworden. Dies widerlegt am schärfsten die Meinung, daß Deutschland eine wirtschaftliche Isolierungspolitik betriebe.

2. *Ich glaube aber nicht, daß es eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker auf einer anderen Ebene, und zwar von Dauer, geben kann als auf der eines gegenseitigen Waren- und Güteraustausches.* Kreditmanipulationen können vielleicht für den Augenblick ihre Wirkung ausüben, auf die Dauer aber werden die wirtschaftlichen internationalen Beziehungen immer bedingt sein durch den Umfang des gegenseitigen Warenaustausches. Und hier ist es ja nun nicht so, daß die andere Welt etwa mit ungeheuren Aufträgen oder Perspektiven einer Steigerung des wirtschaftlichen Austauschverkehrs aufzuwarten in der Lage wäre, dann, wenn ich weiß nicht was für Voraussetzungen erfüllt sein würden. Man soll die Dinge wirklich nicht noch mehr komplizieren, als sie es an sich sind. Die Weltwirtschaft krankt nicht daran, daß Deutschland sich etwa an ihr nicht beteiligen will, sondern sie krankt daran, daß in die einzelnen Produktionen der Völker sowohl als auch in deren Beziehungen zueinander eine Unordnung gekommen ist. Beides hat nicht Deutschland verschuldet. Am wenigsten das heutige nationalsozialistische Deutschland. Denn als wir zur Macht kamen, war die Weltwirtschaftskrise wohl noch schlimmer als heute.

Ich fürchte allerdings, den Worten Herrn Edens entnehmen zu müssen, daß er als ein Element der Ablehnung internationaler Beziehungen von seiten Deutschlands die Durchführung des *Vierjahresplanes* ansieht. Ich möchte daher darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß der Entschluß, diesen Plan durchzuführen, *keine Änderung zuläßt.* Die Gründe, die uns zu diesem Entschluß veranlaßten, waren *zwingende. Und ich habe in der letzten Zeit nichts entdecken können, was uns irgendwie von der Durchführung dieses Entschlusses hätte abzubringen vermögen.*

Ich nehme nur ein praktisches Beispiel:

Die Durchführung des Vierjahresplanes wird durch die synthetische Erzeugung von Benzin und Gummi allein eine jährliche Mehrförderung von 20—30 Millionen Tonnen Kohle in unserem Lande sicherstellen! Das heißt aber die Beschäftigung von vielen Zehntausenden von Kohlenbergarbeitern für die ganze Zukunft ihres Lebens. Ich muß mir wirklich die Frage erlauben, welcher Staatsmann würde in der Lage sein, mir im Falle der Nichtdurchführung des deutschen Vierjahresplanes die Abnahme von 20 oder 30 Millionen Tonnen Kohle durch irgendeinen anderen Wirtschafts-

faktor außerhalb des Reiches zu garantieren? Und darum handelt es sich. Ich will Arbeit und Brot für mein Volk. Und zwar nicht vorübergehend durch die Gewährung meinetwegen von Krediten, sondern durch einen soliden, dauernden Produktionsprozeß, den ich entweder in Austausch bringen kann mit Gütern der anderen Welt oder in Austausch bringen muß mit eigenen Gütern im Kreislauf unserer eigenen Wirtschaft.

Wenn Deutschland durch irgendeine Manipulation diese 20 oder 30 Millionen Tonnen Kohle in der Zukunft auf den Weltmarkt werfen wollte, so würde dies doch nur dazu führen, daß andere Länder ihre bisherige Kohlenausfuhr wesentlich senken müßten. Ich weiß nicht, ob ein englischer Staatsmann zum Beispiel ernstlich eine solche Möglichkeit für sein Volk ins Auge fassen könnte. Dies aber ist das Entscheidende.

Denn Deutschland hat eine ungeheure Zahl von Menschen, die nicht nur arbeiten, sondern auch essen wollen. Auch der übrige Lebensstandard unseres Volkes ist ein hoher. Ich kann die Zukunft der deutschen Nation nicht aufbauen auf den Versicherungen ausländischer Staatsmänner über irgendeine internationale Hilfe, sondern ich kann sie nur aufbauen auf den realen Grundlagen einer laufenden Produktion, die ich entweder im Innern oder nach außen absetzen muß! Und hier unterscheide ich mich vielleicht in meinem Mißtrauen von den optimistischen Ausführungen des englischen Herrn Außenministers.

Wenn Europa nämlich nicht aus dem Taumel seiner bolschewistischen Infektionen erwacht, dann, fürchte ich, wird der internationale Handel trotz allem guten Willen einzelner Staatsmänner nicht zu- sondern am Ende sogar eher noch abnehmen. Denn dieser Handel baut sich nicht nur auf der ungestörten und damit gesicherten Produktion eines einzelnen Volkes auf, sondern auf der Produktion aller Völker. Zunächst aber steht nur das eine fest, daß jede bolschewistische Erschütterung zwangsläufig zu einer mehr oder weniger lange andauernden Vernichtung einer geordneten Produktion führt. Und ich kann daher die wirtschaftliche Zukunft Europas leider nicht so optimistisch beurteilen, wie dies vielleicht Eden tun zu können glaubt. Ich bin der verantwortliche Leiter des deutschen Volkes und habe nach bestem Wissen und Gewissen seine Interessen auf dieser Welt wahrzunehmen. Ich bin daher auch verpflichtet, die Dinge so einzuschätzen, wie ich sie eben mit meinen Augen glaube sehen zu können.

Ich könnte niemals einen Freispruch vor der Geschichte meines Volkes erhalten, wenn ich — ganz gleich aus welchen Gründen — etwas versäumen würde, was zur Forterhaltung dieses Volkes notwendig ist. Ich bin glücklich, und wir alle sind es, über jede Steigerung unseres Außenhandels. Allein, ich werde angesichts der ungeklärten politischen Lage nichts versäumen, was dem deutschen Volk die Lebensexistenz auch dann noch garantieren wird, wenn andere Staaten vielleicht das Opfer der bolschewistischen Infektion geworden sein werden. Ich muß es auch ablehnen, daß diese Auffassung einfach als eine Ausgeburt einer blassen Phantasie abgetan wird. Denn zunächst steht doch folgendes fest: Der Herr englische Außenminister eröffnet uns theoretische Lebensperspektiven, während zum Beispiel in der Praxis sich ganz andere Vorgänge abspielen. Zum Beispiel: Die Revolutionierung Spaniens hat 15000 Deutsche aus diesem Lande vertrieben und unserem Handel einen schweren Schaden zugefügt. Sollte diese Revolutionierung Spaniens auf andere europäische Staaten übergreifen, dann würde dieser Schaden nicht vermindert, sondern vergrößert werden.

Ich muß aber nun einmal als verantwortlicher Staatsmann auch mit solchen Möglichkeiten rechnen. Es ist daher mein unabänderlicher Ent-

schluß, die deutsche Arbeitskraft so oder so nützlich für die Erhaltung meines Volkes anzusetzen. Wir werden jede Möglichkeit wahrnehmen, dessen kann Herr Minister Eden versichert sein, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Völkern zu stärken, aber ebenso auch jede Möglichkeit, den inneren Kreislauf unserer Wirtschaft zu verbessern und zu vertiefen!

Sollte aber — ich muß auch dies untersuchen — die Ursache für die Meinung, Deutschland treibe eine Isolierungspolitik, etwa unser Austritt aus dem Völkerbund sein, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Genfer Liga niemals ein wirklicher Bund aller Völker war, daß eine Anzahl großer Nationen ihr entweder überhaupt nicht angehörten oder schon vor uns den Austritt vollzogen hatten, ohne daß deshalb jemand behaupten wird, diese betrieben eine Isolierungspolitik.

Ich glaube also, daß Mister Eden in diesem Punkt die deutschen Absichten und unsere Auffassungen ersichtlich verkennt. Denn nichts liegt uns ferner als, sei es politisch oder wirtschaftlich, die Beziehungen zur anderen Welt abzubrechen oder auch nur zu vermindern. Im Gegenteil, das Umgekehrte ist richtiger: Ich habe so oft versucht, zur Verständigung in Europa einen Beitrag zu leisten und habe besonders oft dem englischen Volke und seiner Regierung versichert, wie sehr wir eine aufrichtige und herzliche Zusammenarbeit mit ihnen wünschen. Und zwar wir alle, das ganze deutsche Volk, und nicht zuletzt ich selbst!

Ich gebe aber zu, daß in einem Punkt eine tatsächliche und, wie mir scheint, unüberbrückbare Verschiedenheit zwischen den Auffassungen des englischen Außenministers und unseren besteht:

Mister Eden betont, daß die britische Regierung unter keinen Umständen wünsche, Europa in zwei Hälften zerrissen zu sehen. Leider hatte man diesen Wunsch nicht schon früher geäußert und gehört. Heute ist dieser Wunsch — wie ich fürchte — nur mehr eine Illusion. Denn tatsächlich ist die Zerreißung in zwei Hälften nicht nur Europas, sondern der Welt eine vollzogene Tatsache. Es ist bedauerlich, daß die britische Regierung nicht schon früher ihre heutige Auffassung vertreten hat, daß eine Zerreißung Europas unter allen Umständen vermieden werden müsse, denn dann wäre es nie zum Versailler Vertrag gekommen! Dieser Vertrag hat tatsächlich die erste Zerreißung Europas eingeleitet: nämlich die Aufteilung der Nationen in Sieger und Besiegte und damit Rechtlose. Niemand hat mehr unter dieser Zerreißung Europas zu leiden gehabt als das deutsche Volk. Daß wenigstens dieser Riß, soweit Deutschland in Frage kommt, wieder beseitigt wurde, ist im wesentlichen das Verdienst der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland und damit irgendwie wohl auch mein eigenes!

Die zweite Zerreißung erfolgte durch die Proklamation der bolschewistischen Lehre, deren integrierender Bestandteil es ist, sich nicht auf ein Volk zu beschränken, sondern allen Völkern aufgezwungen zu werden. Es handelt sich hier nicht um eine besondere Form eines arteigenen Lebens etwa des russischen Volkes, sondern es handelt sich um den bolschewistischen Weltrevolutionsanspruch. Wenn Herr Minister Eden den Bolschewismus nicht so sehen will wie wir ihn sehen, so mag dieses vielleicht mit der Lage Großbritanniens in Zusammenhang stehen, vielleicht auch mit sonstigen Erfahrungen, die uns unbekannt sind. Allein ich glaube, man kann uns, die wir über diese Dinge nicht als Theoretiker sprechen, auch nicht die Aufrichtigkeit der Überzeugung bestreiten. Für Herrn Eden ist der Bolschewismus vielleicht ein Ding, das in Moskau sitzt, für uns ist dieser Bolschewismus aber eine Pest, gegen die wir uns in Deutschland selbst blutig zur Wehr setzen mußten. Eine Pest, die es versucht hat,

aus unserem Lande dieselbe Wüste zu machen wie es in Spanien der Fall ist, die dieselben Geiselerschießungen anfing, wie wir es in Spanien erleben! Nicht der Nationalsozialismus hat seine Berührung mit dem Bolschewismus in Rußland gesucht, sondern der jüdisch-internationale Moskauer Bolschewismus versuchte, nach Deutschland einzudringen! Und er versucht es heute noch! Und diesem Versuch gegenüber haben wir in schwerem Kampf nicht nur die Kultur unseres Volkes, sondern vielleicht auch die von ganz Europa verteidigt und damit behauptet.

Wenn in den Januar- und Februartagen des Jahres 1933 in der letzten Entscheidungsschlacht Deutschland gegenüber dieser Barbarei unterlegen wäre und das bolschewistische Trümmer- und Leichenfeld sich über Mitteleuropa ausgebreitet haben würde, hätte man vielleicht auch an der Themse andere Auffassungen über das Wesen dieser furchtbarsten Menschheitsgefahr erhalten. Denn nachdem ohnehin England ‚am Rheine verteidigt' werden muß, würde es sich jetzt wohl schon in engster Berührung mit jener ‚harmlosen demokratischen' Moskauer Welt befinden, deren Ungefährlichkeit uns immer so warm einzureden versucht wird. Ich möchte daher hier noch einmal in aller Form folgendes erklären: Der Bolschewismus ist eine Lehre der Weltrevolution, das heißt der Weltzerstörung. Diese Lehre als einen gleichberechtigten Lebensfaktor in Europa aufnehmen, heißt ihm Europa ausliefern. Insoweit andere Völker sich der Berührung mit dieser Gefahr auszusetzen belieben, unterliegt keiner deutschen Stellungnahme. Insoweit aber Deutschland selbst in Frage kommt, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß wir 1. im Bolschewismus eine unerträgliche Weltgefahr erblicken und 2. daß wir diese Gefahr von unserem deutschen Volke mit allen Mitteln fernzuhalten versuchen und 3. daß wir daher uns bemühen, das deutsche Volk gegen diese Infektion so gut als möglich immun zu machen.

Dazu gehört es auch, daß wir jede engere Beziehung mit den Trägern dieser Giftbazillen vermeiden und daß wir insonderheit nicht gewillt sind, dem deutschen Volk das Auge für diese Gefahr dadurch zu trüben, daß wir selbst über die notwendigen staatlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen hinaus engere Verbindungen damit aufnehmen.

Ich halte die bolschewistische Lehre für das größte Gift, das einem Volk gegeben werden kann. Ich wünsche daher, daß mein eigenes Volk mit dieser Lehre in keine Berührung kommt. Ich will aber dann als Bürger dieses Volkes auch selbst nichts tun, was ich bei meinen Mitbürgern verurteilen muß. Ich verlange vom deutschen Arbeiter, daß er keinen Verkehr und Umgang mit diesen internationalen Schädlingen betreibt, und er soll aber auch mich niemals mit ihnen pokulieren oder zechen sehen. Im übrigen würde jede weitere deutsche vertragliche Verbindung mit dem derzeitigen bolschewistischen Rußland für uns gänzlich wertlos sein. Weder wäre es denkbar, daß nationalsozialistische deutsche Soldaten jemals zum Schutz des Bolschewismus eine Hilfspflicht erfüllten, noch wollten wir selbst von einem bolschewistischen Staat eine Hilfe entgegennehmen. Denn ich fürchte, daß jedes Volk, das nach einer solchen Hilfe greift, an ihr seinen Untergang findet.

Ich möchte nun aber auch gegen die Auffassung Stellung nehmen, als könnte der Völkerbund als solcher im Falle der Not ja durch seine Hilfe rettend den einzelnen Mitgliedsstaaten unter die Arme greifen. Nein, daran glaube ich nicht. Herr Minister Eden erklärte in seinen letzten Ausführungen, daß das Entscheidende die Taten und nicht die Reden seien. Ich darf aber darauf hinweisen, daß das entscheidende Merkmal des Völkerbundes bisher immer weniger die Taten als vielmehr gerade die Reden gewesen sind. Ausgenommen einen einzigen Fall, da es vielleicht besser gewesen wäre, es beim Reden bewenden zu lassen. Und dieses

einzige Mal ist darüber hinaus — wie vorauszusehen — der Tat der Erfolg versagt geblieben.

So wie ich daher wirtschaftlich gezwungen bin, die eigene Kraft und die eigenen Möglichkeiten zur Erhaltung meines Volkes in erster Linie in Rechnung zu stellen, so bin ich dies auch politisch. Und gerade daran tragen wir wahrhaftig keine Schuld.

Ich habe dreimal sehr konkrete Angebote zu einer Rüstungsbeschränkung oder zumindest Rüstungsbegrenzung gemacht. Diese Angebote verfielen der Ablehnung.

Ich darf darauf hinweisen, daß das größte Angebot damals der Vorschlag war, Deutschland und Frankreich möchten ihre Armeen gemeinsam auf einen Stand von 300000 Mann bringen; Deutschland, England und Frankreich möchten gemeinsam ihre Luftwaffe auf einen gleichen Stand bringen, und Deutschland und England möchten ein Abkommen treffen für das Verhältnis der Kriegsflotten. Davon wurde nur der letzte Teil akzeptiert und damit auch als einziger Beitrag einer wirklichen Rüstungsbegrenzung in der Welt verwirklicht.

Die anderen Vorschläge Deutschlands fanden ihre Beantwortung teils durch eine glatte Ablehnung, teils aber auch durch den Abschluß jenes Bündnisses, durch das die Riesenmacht Sowjetrußlands auf das mitteleuropäische Spielfeld der Kräfte geworfen wurde. Herr Minister Eden spricht von den deutschen Rüstungen und erwartet eine Begrenzung dieser Rüstungen. Diese Begrenzung haben wir selbst einst vorgeschlagen. Sie scheiterte daran, daß man lieber die größte Militärmacht der Welt vertraglich und tatsächlich nach Mitteleuropa hereinzuschleusen versuchte, als auf unseren Vorschlag einzugehen. Es würde daher richtig sein, wenn man schon von Rüstungen redet, in erster Linie die Rüstung jener Macht zu erwähnen, die den Maßstab abgibt für das Rüsten all der anderen.

Herr Minister Eden glaubt, daß in Zukunft alle Staaten nur die Rüstung besitzen sollten, die für ihre Verteidigung notwendig ist. Ich weiß nicht, ob und inwieweit über die Realisierung dieses schönen Gedankens mit Moskau bereits Fühlung genommen wurde und inwieweit von dort aus schon Zusicherungen ergangen sind.

Ich glaube aber, eins aussprechen zu müssen: es ist ganz klar, daß das Ausmaß der Rüstung für eine Verteidigung bestimmt wird von dem Ausmaß der Gefahren, die ein Land bedrohen. Darüber zu urteilen, ist jedes Volk selbst zuständig, und zwar allein zuständig. Wenn also Großbritannien heute das Ausmaß seiner Rüstung festlegt, so wird dies in Deutschland jedermann verstehen, denn wir können es uns nicht anders denken, als daß für die Bemessung des Schutzes des Britischen Weltreichs ausschließlich London selbst zuständig ist. Ebenso möchte ich aber betonen, daß auch die Bemessung des Schutzes und damit der Verteidigungswaffe für unser Volk unserer Zuständigkeit unterliegt und damit ausschließlich hier in Berlin entschieden wird.

Ich glaube, daß eine allgemeine Anerkennung dieser Grundsätze nicht zu einer Erschwerung, sondern nur zu einer Entspannung beitragen kann. Deutschland jedenfalls ist glücklich, in Italien und in Japan Freunde gefunden zu haben, die gleicher Ansicht sind wie wir, und es würde noch glücklicher sein, wenn sich diese Überzeugung in Europa ausbreiten würde. Daher hat auch niemand wärmer als wir die sichtbare Entspannung im Mittelländischen Meere durch das italienisch-englische Abkommen begrüßt. Wir glauben, daß dadurch auch am ehesten eine Verständigung erreicht werden wird über die Behebung oder zumindest Begrenzung der Katastrophe, die das arme Spanien betroffen hat. Deutschland hat dort keine Interessen außer der Pflege jener wirtschaftlichen Beziehungen, die Mister Eden selbst als so wichtig und nützlich erklärt. Es ist versucht worden,

die deutsche Sympathie für das nationale Spanien mit irgendwelchen kolonialen Wünschen in Verbindung zu bringen.

Deutschland hat an Länder, die ihm keine Kolonien genommen haben, auch keine kolonialen Ansprüche.

Deutschland hat weiter unter der bolschewistischen Not selbst so stark gelitten, daß es nicht diese Not mißbrauchen wird, um einem unglücklichen Volk in der Stunde seiner Schwäche etwas zu nehmen oder für die Zukunft abzupressen.

Unsere Sympathien für General Franco und seine Regierung liegen erstens im allgemeinen Mitgefühl und zweitens in der Hoffnung, daß durch eine Konsolidierung eines wirklich nationalen Spaniens eine Stärkung der europäischen wirtschaftlichen Möglichkeiten entstehen wird, umgekehrt aber von dort eine noch größere Katastrophe ihren Ausgang nehmen könnte. Wir sind daher bereit, alles zu tun, was irgendwie zu einer Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Spanien beitragen kann.

Ich glaube aber nun, folgende Ausführungen nicht unterlassen zu dürfen: In Europa sind in den letzten hundert Jahren eine Anzahl neuer Nationen geboren worden, die früher in ihrer Zerrissenheit und Ohnmacht nur geringe wirtschaftliche und fast gar keine politische Beachtung erhielten. Durch das Entstehen dieser neuen Staaten sind natürliche Spannungen entstanden. Allein eine wahre Staatskunst wird Realitäten nicht übersehen, sondern sie berücksichtigen. Das italienische Volk, der neue italienische Staat, sie sind eine Realität. Das deutsche Volk und das Deutsche Reich, sie sind desgleichen eine Realität. Und für meine eigenen Mitbürger möchte ich es aussprechen, das polnische Volk und der polnische Staat sind ebenso eine Realität geworden. Auch auf dem Balkan sind Nationen erwacht und haben sich ihre eigenen Staaten geschaffen. Die Völker dieser Staaten wollen leben, und sie werden leben. Mit einer geistlosen Aufteilung der Welt in Besitzende und Habenichtse wird dieses Problem aber genau so wenig gelöst oder gar abgetan, als man auch die inneren sozialen Probleme der Völker nicht einfach durch mehr oder weniger witzige Phrasen zu erledigen vermag!

Im Laufe der Jahrtausende erfolgte die Durchsetzung der Lebensansprüche der Völker durch die von ihnen ausgehende Gewalt. Wenn nun heute an Stelle dieser Gewalt eine andere regelnde Institution treten soll, dann muß diese, von der Berücksichtigung der natürlichen Lebenserfordernisse ausgehend, ihre Entscheidungen treffen. Wenn es die Aufgabe des Völkerbundes zum Beispiel nur sein soll, den bestehenden Weltzustand zu garantieren und in alle Ewigkeit sicherzustellen, dann kann man ihm genau so auch noch die Aufgabe zuweisen, Ebbe und Flut zu bewachen oder in Zukunft den Fluß des Golfstromes festzuhalten.

Er wird aber weder dies noch das andere können. Sein Bestand hängt auf die Dauer ab von der Größe der Einsicht, notwendige Reformen, die die Beziehungen der Völker berühren, zu überlegen und zu verwirklichen.

Das deutsche Volk hat sich einst ein Kolonialreich aufgebaut, ohne irgend jemand zu berauben und ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen. Und es tat dies ohne einen Krieg. Dieses Kolonialreich wurde uns genommen. Die Begründungen, mit denen heute versucht wird, diese Wegnahme zu entschuldigen, sind nicht stichhaltig:

Erstens: ‚Die Eingeborenen wollten nicht bei Deutschland sein.' Wer hat sie gefragt, ob sie bei jemand anderem sein wollen, und wann sind überhaupt die kolonialen Völker befragt worden, ob sie bei den früheren Kolonialmächten zu sein, Lust und Liebe besäßen?

Zweitens: ‚Die deutschen Kolonien sind von den Deutschen gar nicht richtig verwaltet worden.‘

Deutschland hat diese Kolonien erst wenige Jahrzehnte vorher erhalten. Sie wurden mit großen Opfern ausgebaut und waren in der Entwicklung begriffen, die heute zu ganz anderen Resultaten geführt haben würde, wie etwa im Jahre 1914. Aber immerhin waren die Kolonien durch uns doch so entwickelt, daß man sie für wert genug hielt, um uns in blutigen Kämpfen entrissen zu werden.

Drittens heißt es: ‚Diese Kolonien besäßen gar keinen wirklichen Wert.‘

Wenn dies der Fall ist, dann wird diese Wertlosigkeit ja auch für die anderen Staaten zutreffen, und es ist nicht einzusehen, weshalb man sie uns dann erst recht vorenthalten will.

Im übrigen:

Deutschland hat niemals Kolonien gefordert zu militärischen Zwecken, sondern ausschließlich zu wirtschaftlichen.

Es ist klar, daß in Zeiten einer allgemeinen Prosperität der Wert eines bestimmten Gebietes sinken mag; es ist aber auch ebenso klar, daß in Zeiten der Not eine solche Bewertung eine sofortige Änderung erfährt. Und Deutschland lebt heute in Zeiten eines schweren Kampfes um Lebensmittel und Rohstoffe. Ein genügender Einkauf wäre nur denkbar bei einer fortgesetzten und dauernden Steigerung unserer Ausfuhr. Also wird die Forderung nach Kolonien in unserem so dicht besiedelten Land als eine selbstverständliche sich immer wieder erheben.

Ich möchte nun aber abschließend zu diesen Erklärungen noch in wenigen Punkten eine Auffassung äußern über die möglichen Wege, die zu einer wirklichen Befriedung nicht nur Europas, sondern darüber hinaus zu führen vermögen:

1. Es liegt im Interesse aller Nationen, daß die einzelnen Staaten im Inneren stabile und geordnete politische und wirtschaftliche Verhältnisse besitzen. Sie sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Anbahnung dauerhafter und solider wirtschaftlicher und politischer Beziehungen der Völker untereinander.

2. Es ist notwendig, daß die Lebenserfordernisse der einzelnen Völker offen gesehen und auch freimütig zugegeben werden. Nur der gegenseitige Respekt vor diesen Lebensbedingungen kann Wege finden lassen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller.

3. Der Völkerbund wird — wenn er seiner Mission gerecht werden will — sich zu einem Organ evolutionärer Vernunft und nicht reaktionärer Trägheit umgestalten müssen.

4. Die Beziehungen der Völker untereinander können nur dann eine glückliche Regelung und Lösung finden, wenn sie auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und damit absoluter Gleichberechtigung geordnet werden.

5. Es ist unmöglich, für Rüstungssteigerung oder Rüstungsbegrenzung nach Belieben bald die eine oder die andere Nation haftbar zu machen, sondern es ist notwendig, auch diese Probleme in jenem Gesamtrahmen zu sehen, der ihre Voraussetzungen schafft und sie damit auch wirklich bestimmt.

6. Es ist unmöglich, zu einer wirklichen Befriedung der Völker zu kommen, solange der fortgesetzten Verhetzung durch eine internationale unverantwortliche Clique von Brunnenvergiftern und Meinungsfälschern nicht Einhalt geboten wird. Vor wenigen Wochen erst mußten wir erleben, wie es dieser organisierten Kriegshetzergilde fast gelungen ist, zwischen zwei Völkern durch eine Flut von Lügen ein Mißtrauen zu erzeugen, das leicht auch zu schlimmeren Folgen hätte führen können. Ich habe sehr bedauert, daß der englische Außenminister nicht in

einer kategorischen Weise festgestellt hat, daß an den Marokko betreffenden Verleumdungen und Lügen dieser internationalen Kriegshetzer auch nicht ein wahres Wort war. Es ist in diesem eklatanten Fall gelungen, dank der Loyalität eines auswärtigen Diplomaten und seiner Regierung, die sofortige Aufklärung zu schaffen. Wäre es aber nicht denkbar, daß aus einem anderen Anlaß es einmal auch mißlingen könnte, der Wahrheit so schnell zum Erfolg zu verhelfen, und was dann?

7. Es hat sich erwiesen, daß die Regelung der europäischen Fragen zweckmäßig immer in dem Rahmen und in dem Umfang vollzogen wird, die möglich sind. Deutschland ist glücklich, heute mit Italien ein enges und freundschaftliches Verhältnis hergestellt zu haben. Möge es doch gelingen, diese Beziehungen auch auf ähnlichem Wege mit anderen europäischen Nationen anzubahnen! Das Deutsche Reich wird mit seiner starken Armee über seine Sicherheit und seine Ehre wachen. Allein es wird auch, erfüllt von der Überzeugung, daß es für Europa kein höheres Gut als den Frieden geben kann, stets ein verantwortungsvoller und verantwortungsbewußter Träger dieses europäischen Friedensgedankens sein.

8. Es wird dem europäischen Frieden insgesamt nützen, wenn in der Behandlung der Nationalitäten, die als Minorität in fremden Völkern zu leben gezwungen sind, eine gegenseitige Rücksicht auf die berechtigte Empfindung des nationalen Stolzes und Bewußtseins der Völker genommen wird. Dies würde zu einer tiefgreifenden Entspannung zwischen den Staaten führen, die durch das Schicksal gezwungen sind, nebeneinander zu existieren und deren staatliche Grenzen sich nicht mit den Volksgrenzen decken.

Ich möchte nun am Schlusse dieser Ausführungen noch zu einem Dokument Stellung nehmen, das die britische Regierung anläßlich der Besetzung des Rheinlandes an die deutsche Regierung gerichtet hat. Ich möchte vorweg erklären, daß wir glauben und überzeugt sind, daß die englische Regierung damals alles getan hat, um eine Verschärfung der europäischen Krise zu vermeiden, und daß das in Frage stehende Dokument auch nur dem Wunsche die Entstehung verdankt, einen Beitrag zu leisten für die Entwirrung der damaligen Lage. Trotzdem war es der deutschen Regierung nicht möglich, aus Gründen, die sicherlich auch die Regierung Großbritanniens würdigen wird, eine Antwort auf diese Fragen zu geben. Wir haben es vorgezogen, durch die praktische Ausgestaltung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten einen Teil dieser Fragen auf die natürlichste Weise zu erledigen, und ich möchte heute nun nach der Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität und Gleichberechtigung nur abschließend erklären, daß Deutschland niemals mehr einen Vertrag unterzeichnen wird, der mit seiner Ehre, mit der Ehre der Nation und der es vertretenden Regierung irgendwie unvereinbar ist, oder der sonst sich mit den deutschen Lebensinteressen nicht verträgt und daher auf die Dauer nicht gehalten werden könnte.

Ich glaube, diese Erklärung wird des Verständnisses aller sicher sein. Im übrigen hoffe ich zutiefst, daß es der Einsicht und dem guten Willen der verantwortungsbewußten europäischen Regierungen trotz aller Widersacher gelingen wird, Europa dennoch den Frieden zu bewahren. Er ist unser allerhöchstes Gut. Was Deutschland im einzelnen dazu an Beiträgen leisten kann, wird es leisten ..."

Am Tage dieser denkwürdigen Rede wurde durch einen Erlaß der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP., Gauleiter Pg. Bohle, zum „Chef der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt" ernannt.

Dieser bedeutsame „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einsetzung eines Chefs der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt" vom 30. Januar hat folgenden Wortlaut:

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einsetzung eines Chefs der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt

I.

Zur einheitlichen Betreuung der Reichsdeutschen im Ausland wird ein Chef der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Angelegenheiten der Reichsdeutschen im Ausland im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes übertragen wird.

II.

Zum Chef der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt wird der Leiter der Auslands-Organisation der NSDAP., Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle, ernannt.

Er ist dem Reichsminister des Auswärtigen persönlich und unmittelbar unterstellt. Sein Geschäftsbereich als Leiter der Auslands-Organisation der NSDAP. und seine Unterstellung als solcher unter den Stellvertreter des Führers bleibt unberührt.

Er führt die Dienstbezeichnung: Chef der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt.

III.

Der Chef der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird.

IV.

Der Reichsminister des Auswärtigen erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die Durchführungsbestimmungen zu diesem Erlaß.

Weltecho auf die Führerrede

Das Echo der großen Führerrede vom 30. Januar war, wie gesagt, sehr stark, wenn auch die Meinungen über den einzuschlagenden Weg zur Befriedung Europas geteilt waren. So wurde zum Beispiel in der Erwiderung des französischen Außenministers Delbos, die dieser 24 Stunden später bei einer Rede zur Einweihung eines Gefallenendenkmals in Chateauroux gab, durchaus der Wert der Reichstagsrede anerkannt. Auf eine kurze Formel gebracht, beruhten — nach Delbos — die beiderseitigen Meinungsverschiedenheiten auf den unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich der Methoden, während man sich über das Ziel einig sei. Eine solche Formulierung scheint in der Tat für alle die zuzutreffen, die guten Willens und mit aller Offenheit um das Verständigungswerk bemüht sind. Leider nur gelingt es den dunklen, verbrecherischen Kräften immer wieder, aus diesem „Streit um die richtige Methode" Kapital zu schlagen. Auch in England stimmten viele Politiker den Gedankengängen der Hitlerrede zu, so Lord Londonderry, der ja — neben anderen einsichtigen britischen Staatsmännern — für seine positive Einstellung in der Frage der deutsch-englischen Annäherung bekannt ist.

Der deutsche Kolonialanspruch

Das einzige, was zwischen den beiden großen Nationen noch trennend steht, ist die „Mandatsfrage". So war es denn kein Wunder,

daß — besonders nach den unmißverständlichen Worten des Führers — das Problem der kolonialen Befriedigung Deutschlands wieder einmal im Vordergrund der offiziellen und inoffiziellen Diskussion stand. Verschiedene Mitglieder des Oberhauses traten dafür ein, einer Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien näher zu treten (ebenso in Frankreich besonders Gustave Hervé). Noch immer aber verhielt sich die Mehrheit der die öffentliche Meinung in England bestimmenden Persönlichkeiten, gestützt durch die verständnislose Haltung der Regierung, völlig ablehnend. Die Argumente, die gegen die Wiedergutmachung des Versailler Unrechts angeführt wurden, waren dabei so überaus fadenscheinig und unaufrichtig („Wertlosigkeit" der Mandatsgebiete, Schutz der dortigen Eingeborenen vor dem deutschen „Rassismus"), daß die wenigen naiven Vertreter sich darauf beschränkten, die Wiederaufrollung der Mandatsfrage aus formalen Gründen abzuweisen.

Sowjetrussische Störungen im Nichteinmischungsausschuß

Anderseits wurden in London die Deutsch-Englischen Flottenverhandlungen wieder aufgenommen und weiter im Nichteinmischungsausschuß getagt. Letzterer litt beständig unter den Hindernissen, die ihm bei seinen teilweise recht brauchbaren Entwürfen vor deren Verwirklichung von der Moskauer Diplomatie in den Weg gelegt wurden. So ging es in der Freiwilligenfrage, so auch mit dem Kontrollplan. (Sowjetrußland verlangte plötzlich Beteiligung und vereinigte, nicht zonenmäßige, Überwachung der spanischen Küsten durch die Flotten der im Ausschuß vertretenen Mächte.) Im Spanischen Krieg selbst konnten die Truppen Francos mit der Einnahme Malagas am 8. Februar einen großen Erfolg buchen. Zum deutschen Botschafter bei der spanischen Nationalregierung ernannte der Führer und Reichskanzler unter dem 12. Februar den General a. D. Faupel.

Deutscher Botschafter in Nationalspanien

Die belgische Neutralität

Ein unangenehmes Aufsehen gab es am gleichen 12. Februar in London und Paris, weil Belgien in einer Note an die englische Regierung an ihre Forderungen nach Garantierung seiner Unabhängigkeit gemäß der Proklamation der belgischen Neutralitätspolitik durch König Leopold am 14. Oktober 1936 (siehe Band 1936, Seite 172) gemahnte. — Die Besprechungen des türkischen Außenministers Rüschtü Aras mit Graf Ciano in Mailand waren angesichts der trotz des „Gentleman Agreement" (siehe weiter oben) wieder zunehmenden italienisch-britischen Spannung ebensowenig geeignet, die Leiter der englischen Außenpolitik bei guter Laune zu erhalten, wie das „unvernünftige" Verhalten der tschechischen Regierung Hodza gegenüber den deutschen Minderheiten oder der Besuch von Reichsaußenminister von Neurath in Wien (22. bis 23. Februar). Hatte Bundeskanzler Dr. Schuschnigg schon am 14. Februar beim Bundesappell der Vater-

Deutsches Reich und Österreich

ländischen Front in seiner Rede, die eine Abkehr von den Bestrebungen des Legitimismus in Österreich enthielt, u. a. über die Zusammenarbeit mit dem Reich gesagt:

„Das Abkommen vom 11. Juli erfüllt uns mit Genugtuung und Freude. Es bedarf keines Hinweises, daß wir entschlossen sind, alles daran zu setzen, die Beziehungen zum Reich zu pflegen und zu vertiefen. Mit großer Freude stellen wir die Übereinstimmung Österreichs mit den Auffassungen des deutschen Reichskanzlers über die Notwendigkeit friedlicher Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raum fest."

— so dienten die Besprechungen v. Neuraths mit den leitenden Staatsmännern Österreichs in besonderem Maße dazu, die Gemeinsamkeit der Anschauungen in außenpolitischer Beziehung und die Befriedung nach innen zu betonen. Letzteres tat angesichts der Pressehetze mancher Wiener Boulevardblätter und verschiedener betrüblicher Zwischenfälle, die sich auch bei den Freudendemonstrationen zu Ehren des seit langem wieder erstmalig in Wien stattfindenden Besuches eines reichsdeutschen Ministers ereigneten, dringend not, wenn die Tat des 11. Juli 1936 (siehe Band 1936, Seite 134 bis 135) nicht ein unerfülltes Versprechen bleiben sollte. Als bedrohliches Gespenst hatten sich auch kommunistische Propagandaflugzeuge über Wien gezeigt und als Himmelsschreiber betätigt. Der Empfang v. Neuraths in Wien war von jener überströmenden Herzlichkeit getragen, mit der das Brudervolk sein völkisches Zusammengehörigkeitsgefühl ausdrückte. Die verschiedenen Empfänge gaben der Bevölkerung Gelegenheit, bei den An- und Abfahrten dem Abgesandten des Führers begeisterte Ovationen zu bereiten, die leider — wie schon erwähnt — durch Verschulden der österreichischen Behörden nicht ungetrübt blieben. Das Schlußkommuniqué hatte folgenden Wortlaut:

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat in Erwiderung des Besuches des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, in Berlin am 22. und 23. d. M. der österreichischen Bundesregierung einen Besuch abgestattet. Der zweitägige Aufenthalt des Reichsministers in Wien hat den beteiligten Staatsmännern, Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg, Staatssekretär für Äußeres, Dr. Guido Schmidt und Reichsminister Freiherrn von Neurath, Gelegenheit zu eingehenden Besprechungen, die sich in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre entwickelten, geboten.

Diese betrafen in erster Linie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß sich das Abkommen vom 11. Juli 1936 als eine geeignete Grundlage für die Wiederherstellung eines vertrauensvollen und freundschaftlichen Verhältnisses erwiesen hat und geeignet erscheint, eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit in diesem Sinne zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf den Abschluß des letzten Wirtschaftsabkommens vom 27. Januar d. J. hingewiesen und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die hierdurch erzielte Anbahnung eines regeren Austausches im Güter- und Fremdenverkehr sich günstig auf die allgemeine Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auswirken werde.

In kulturpolitischer Hinsicht wurden die einzelnen vordringlichen Fragen des gegenseitigen kulturellen Verkehrs eingehend erörtert und der bereits anläßlich des Berliner Besuches des Staatssekretärs Dr. Schmidt in Aussicht genommene Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten zwischen Österreich und Deutschland bestellt, der bereits am 25. d. M. seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Hieran schlossen sich naturgemäß auch Aussprachen über die gegenwärtig im Brennpunkt des allgemeinen Interesses stehenden Frage der europäischen und insbesondere mitteleuropäischen Politik, wobei völlige Übereinstimmung über die der Außenpolitik beider Regierungen zugrunde liegenden gleichartigen Bestrebungen zur Erhaltung und dauerhaften Sicherung des allgemeinen Friedens festgestellt werden konnte.

Der Kampf des Sudetendeutschtums

In der benachbarten Tschechoslowakei unterhandelten etwa zur gleichen Zeit die Prager Regierungsstellen mit den sudetendeutschen Splitterparteien — beileibe nicht mit der allein maßgebenden Sudetendeutschen Partei Henleins —, um der deutschen Volksgruppe die lange versprochenen Zugeständnisse zu machen. Sie sahen danach aus — praktisch endeten die Verhandlungen völlig unbefriedigend, und die Rechte der Sudetendeutschen wurden nach wie vor mit leeren Versprechungen abgetan. Die Partei Konrad Henleins nahm daher auch unzweideutig Stellung gegen die „entgegenkommenden" Regierungsbeschlüsse. Kurze Zeit darauf gab der tschechische Ministerpräsident einem englischen Journalisten gegenüber offen zu, daß man in der Behandlung der Minderheiten Fehler begangen habe, die aber alle wieder gutgemacht werden sollten! (?) — Als erfreuliches Aktivum war dagegen die Ratifizierung des deutsch-tschechischen Eisenbahnvertrages zu werten.

Deutschland und Polen

Im Osten machte sich zu Jahresbeginn wieder die antideutsche Verwaltungspolitik des hierfür schon bekannten polnischen Woiwoden Grazynsky bemerkbar, während anderseits die polnische Presse mit Mißfallen einen Verleumdungsfeldzug französischer Blätter, betreffend Danzig, vermerkte, wo angeblich wieder einmal ein „Deutscher Staatsstreich" fällig war. Es war gut, daß mit der Ernennung des schweizerischen Professors Burckhardt (18. Februar) zum Völkerbundskommissar in Danzig, die Gewähr für eine ruhige Entwicklung gegeben zu sein schien. Ministerpräsident Göring weilte wieder einige Tage in Polen, um wiederum — auf Einladung des Staatspräsidenten — an der großen Staatsjagd teilzunehmen.

Internationale Frontkämpfertagung in Berlin

Eine große Demonstration für den Frieden und die Verständigung in Europa veranstalteten in Berlin die internationalen Frontkämpfer bei ihrer ersten Tagung (15. bis 18. Februar). Die Männer der Permanenten Internationalen Frontkämpferkommission — Vertreter der Frontkämpferverbände von 14 Nationen — hatten als erste ein Recht, für diese Ideale zu kämpfen. Deutschlands erster Frontkämpfer, Adolf Hitler, wies bei dem Empfang der Frontkämpferabordnungen auf

Adolf Hitlers Ansprache

dem Obersalzberg darauf hin, daß die riesenhafte Anstrengung, die das deutsche Volk im Augenblick mache, nur dadurch möglich sei, daß in Deutschland absoluter Frieden herrsche. Wenn aber schon die Störung des inneren Friedens die Aufbauarbeit gefährden würde, so würde eine Bedrohung des äußeren Friedens Deutschlands die gigantische Anstrengung der deutschen Nation um ihre innere Wiedergesundung zuschanden machen. In einem Lande, dessen Regierung fast ausschließlich aus Frontkämpfern bestehe, sehe man den Krieg mit anderen Augen an, als es die Völker täten, die ihn nicht kennen. Frontkämpfer wüßten, daß der Krieg zwar ein großes, aber auch ein grauenhaftes Erlebnis sei.

Und der Präsident der ständigen Internationalen Frontkämpferkommission, Delcroix, erklärte, der Friede sei kein Geschenk, sondern eine Eroberung, zu deren Verteidigung man stark sein müsse; er sei kein Privileg, sondern eine Verantwortung, deren man sich würdig zu erweisen habe. — Die Reichsminister Göring und Heß nahmen u. a. Gelegenheit, mit den Kameraden aus aller Welt für einige Stunden zusammen zu sein. —

Gesetz zur Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg

In London gingen indessen die Verhandlungen im Spanien-Ausschuß weiter. Die Mitteilung, daß die Reichsregierung unter dem 18. Februar das „Gesetz zur Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg" erlassen und am 21. Februar bereits in Kraft gesetzt hatte, verfehlte nicht ihre Wirkung. Der § 1 des genannten Reichsgesetzes besagte:

§ 1

Deutschen Staatsangehörigen ist die Einreise nach Spanien und den spanischen Besitzungen, einschließlich der Zone des spanischen Protektorats in Marokko, zur Teilnahme am Bürgerkrieg verboten.

Weiter hieß es in den §§ 3 und 4:

§ 3

Es ist verboten, Personen zur Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg anzuwerben oder sie Werbern zuzuführen.

§ 4

Wer den Vorschriften der §§ 1 und 3 dieses Gesetzes zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bestraft. —

Der Kontrollplan

Man kam aber bei der Diskussion des Kontrollplanes auch wegen des Widerstandes Portugals, das in ihm eine Verletzung seiner nationalen Ehre sah (da die Kontrolle sich zum Teil auf seinem Boden abspielen sollte), nicht recht weiter. (Über die Sabotage Moskaus war schon weiter oben berichtet worden.) —

Englische Aufrüstung

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes der britischen Regierung zur Auflegung von Rüstungsanleihen in Höhe von 5 Milliarden durch das Unterhaus warf ein Schlaglicht auf die unerhörten An-

strengungen Englands, seine Rüstungen zu vervollständigen. Bedauerlicherweise mußte wieder eines der berüchtigten englischen „Weißbücher“ über die „Deutsche Gefahr“ herhalten, um auch die verstocktesten Pazifisten und Völkerbundsapostel von der Notwendigkeit der britischen Aufrüstung zu überzeugen.

Weitere Presselügen

Von den Ereignissen gegen Ende Februar müssen noch erwähnt werden: Die Ausweisung von weiteren zehn Reichsdeutschen aus der Sowjetunion, die tolle Behauptung einer angesehenen belgischen Zeitung, Hitler habe einen von Rosenberg entworfenen „Kriegsplan gegen die Sowjetunion“ (sowie Präventivkrieg gegen Frankreich und die Tschechoslowakei) gutgeheißen und ähnlichen Unsinn, die entsprechend niedriger gehängt wurden. (Verschiedene andere Lügenmeldungen belgischer Zeitungen wurden erfreulicherweise durch belgische Gerichte geahndet, was sich als gutes Abschreckungsmittel erwies.)

Realitäten waren dagegen die Absage Deutschlands auf eine Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes, sich an den Arbeiten des Rohstoffausschusses zu beteiligen, und vor allem die Versicherung des Führers an den früheren schweizerischen Bundesrat Schultheß, daß das Deutsche Reich die Neutralität der Schweiz stets achten werde (26. Februar). Das DNB. meldete darüber:

Deutschland und die Neutralität der Schweiz

> Wie die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet, wurde am Freitag im Bundesrat bekanntgegeben, daß der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler in Berlin gelegentlich einer Unterredung mit dem früheren Bundesrat Schultheß in sehr bestimmter Form und mit großer Energie Erklärungen über das Verhältnis zur Schweiz abgegeben habe, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:
>
> „Der Bestand der Schweiz ist eine europäische Notwendigkeit. Wir wünschen mit ihr als gute Nachbarn in bestem Einvernehmen zu leben und uns mit ihr in allen Dingen loyal zu verständigen. Als ich in meiner jüngsten Reichstagsrede von der Neutralität zweier Länder sprach, habe ich die Schweiz absichtlich nicht erwähnt, weil ihre hergebrachte, von ihr geübte und von den Mächten, auch von uns immer anerkannte Neutralität in keiner Weise in Frage steht. Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren. Das sage ich Ihnen mit aller Bestimmtheit. Noch nie habe ich Anlaß zu einer anderen Auffassung gegeben.“
>
> Der Bundesrat hat mit Genugtuung von diesen Erklärungen Kenntnis genommen.

Bevor wir uns wieder dem Spanienkonflikt, der italienisch-englischen Spannung, dem Kolonialproblem und den anderen für die Großmächte Europas wichtigen Fragen zuwenden, bedarf es noch eines kurzen Blicks auf das Geschehen in den mittel- und osteuropäischen Ländern:

Antideutsche Hetze der Juden in Wien

Die „Deutsche Frage“, das Verhältnis zwischen dem Reich und Österreich, stand unter keinem guten Stern. Die jüdisch-marxistischen Demonstrationen in Wien gegen den „Fridericus-Film“ waren symptomatisch für die Sabotagepolitik, die von gewissen Seiten in Österreich

gegen das Juliabkommen getrieben wurde. Böse Entgleisungen der Wiener Presse trugen insbesondere dazu bei, daß eine Atmosphäre ehrlicher und brüderlicher Gesinnung, wie sie durch das Abkommen vom 11. Juli erstrebt werden sollte, nicht zustande kam. Daran konnten auch die Versicherungen der österreichischen Staatsmänner nichts ändern. Leider wurde eben amtlicherseits nicht mit der notwendigen Konsequenz gegen die Verbreitung übler Verleumdungen und Lügenmeldungen der Wiener Asphaltpresse vorgegangen, sondern im Gegenteil die reichsdeutsche Presse „betont unfreundlicher Haltung" geziehen. Der sogenannte „Pressefriede" zwischen dem Reich und Österreich stand jedenfalls 1937 noch auf sehr schwachen Füßen. In diesem Sinne bedeutete die Amtsenthebung des bisherigen Sicherheitsministers Neustädter-Stürmer am 21. März einen weiteren Rückschlag in der innerösterreichischen „Befriedungsaktion", die mit dem Verhältnis zum Reich ja in engem Zusammenhang steht.

Der tschechische Kampf gegen die SDP.

Die geradezu ungeheuerliche Halsstarrigkeit, mit der man auf dem Hradschin in Prag den Forderungen der Sudetendeutschen nach Existenzsicherung, Schutz ihrer Sprache und Kultur, Gewährung einer angemessenen Beteiligung an der Regierung und Verwaltung ablehnend gegenüberstand, fanden fast in der ganzen Welt nur Kopfschütteln über soviel Verblendung. Die im Vertrag von St. Germain feierlich zugesagte Verpflichtung, aus dem neuen Nationalitätenstaat eine „Art höherer Schweiz" zu machen, ist nie ernstlich in Erwägung gezogen worden. (Ebensowenig haben Masaryk, Benesch und deren Nachfolger je daran gedacht, den Slowaken die im Vertrage von Pittsburgh feierlich versprochene Autonomie zu bewilligen.) Die vor Jahresfrist von Ministerpräsident Hodza gemachten Versprechungen an die deutschen, ungarischen, slowakischen Volksgruppen (von „Minderheiten" kann hier nicht mehr die Rede sein) wirkten fast wie ein Hohn — und in der Tat blieben sie, was sie von Anfang an waren: leere Versprechungen. Auf der großen Tagung der SDP. (Sudetendeutsche Partei) in Aussig am 28. Februar nahmen Konrad Henlein und seine Mitarbeiter zu dieser Lage eingehend Stellung. Henlein warnte die tschechische Regierung davor, die Sudetendeutschen zur Verzweiflung zu treiben und forderte, daß endlich die in der Verfassung vorgesehene Selbstverwaltung eingerichtet werden möge. Die Antwort war ein „Unannehmbar" und blinder Haß, der besonders in England, wo man sich tschechischerseits so sehr bemühte, als demokratischer Musterschüler zu erscheinen, sehr ungünstig wirkte. Vergeblich wartete man auf den seit langem angesagten „Ausgleich". Stattdessen erklärte der tschechische Außenminister Krofta am 25. März in Reichenberg, der tschechoslowakische Staat sei von den Angehörigen der „tschechoslowakischen

Nation" (eine Fiktion; gemeint sind die Tschechen) geschaffen worden, damit sie in ihm ein erfülltes nationales Leben zu führen vermöchten; die Deutschen, Ungarn und Polen dagegen, die im Staate leben, seien Angehörige von Völkern, die anderswo eigene Staaten besäßen und sich dort voll ausleben könnten. Man weiß nicht, soll man mehr die Naivität oder zynische Offenheit dieses „demokratischen" Bekenntnisses bestaunen. Um ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, gab Krofta unumwunden zu, daß die Tschechisierung der sudetendeutschen Gebiete amtlich gefördert und geleitet würde! — Über die Beziehungen zwischen dem Reich und der tschechoslowakischen Republik stellte der tschechische Außenminister am 3. März vor den Prager Kammerausschüssen für auswärtige Angelegenheiten — nachdem er die deutsche Presse und den Reichsrundfunk wegen ihrer Haltung kritisiert hatte — fest:

„Da wir den wiederholten Versicherungen des deutschen Reichskanzlers, daß das Reich mit der Tschechoslowakei in Frieden leben wolle, glauben, geben uns die letzten Wirtschaftsverhandlungen und die Atmosphäre, in der sie erfolgt sind, Grund zu der Hoffnung, daß auch diese Pressekampagne wahrhaft gutnachbarlichen Beziehungen weichen wird, die wir alle aufrichtig wünschen. Diese Hoffnung wurde durch die Kundgebung des deutschen Reichskanzlers bei der Zusammenkunft ehemaliger Frontkämpfer in Berlin auch bestärkt!" —

Das Ringen der deutschen Volksgruppe in Polen

So erfreulich die Normalisierung der Beziehungen zum polnischen Staate war (der auch mit Danzig sich dank beiderseits einsichtsvoller, wirklichkeitsnaher Einstellung in einem Zustand friedlichen Übereinkommens befand, der von der Vernunft und dem guten Willen diktiert war und daher die Einmischung des Völkerbundes überflüssig machte), so tief bedauerlich blieben die unaufhörlichen, von der Regierung geduldeten Eingriffe polnischer Ausführungsorgane in die Existenzmöglichkeiten und das kulturelle Eigenleben der deutschen Volksgruppe in Polen sowie die fortgesetzten Haßdemonstrationen des polnischen Westmarkenverbandes. Dabei verlangten die deutschen Minderheiten vom polnischen Staate wahrhaftig nicht zu viel und bekannten sich stets zu den staatsbürgerlichen Pflichten. Ihrer grundsätzlichen Bedeutung halber seien die sechs Programmpunkte der Jungdeutschen Partei in Polen hier wiedergegeben, wie sie vom Landesleiter, Senator Wiesner, für die deutsche Bevölkerung Ost-Oberschlesiens, Posens und Pommerellens im Februar aufgestellt wurden:

1. Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß das polnische Volk das Staatsvolk ist und allein das Recht hat, diesen Staat nach seinen Lebensnotwendigkeiten zu ordnen und zu bauen.

2. Wir bekennen, daß unser völkisches Leben nur nach deutschen Grundsätzen und nach unserer Weltanschauung eingerichtet werden kann.

3. Als ehrliche und aufrichtige Staatsbürger wollen wir am Aufbau des Staates mit allen unseren Kräften mitarbeiten und uns für ihn einsetzen.

4. Wir erklären, daß wir sowohl treue Bürger des Staates als auch ebenso treue Glieder unseres Volkes sind; das ist miteinander vereinbar und geboten.

5. In unserer Arbeit stehen wir auf dem Boden der Gesetze. Wir sind restlos von allen Faktoren, die außerhalb des Staates sind, unabhängig und wollen unser Leben formen nach den in diesem Staat gegebenen Möglichkeiten.

6. Als Auslandsdeutsche fühlen wir uns als Brüder des gesamten deutschen Volkes. Wir geben dem Staat, was des Staates ist, wollen ihn auf allen Arbeitsgebieten unterstützen, soweit uns die Möglichkeit dazu gegeben wird — aber unser heiligstes Gut, unser deutsches Volkstum, können wir nicht wegwerfen.

Diese Thesen sind der Ausdruck des lebendigen Willens und der politischen Anschauungsweise des gesamten Deutschtums in Polen, ohne Unterschied der Partei oder Standeszugehörigkeit.

Aber die zur Mitarbeit ausgestreckte Hand der Volksdeutschen wurde nicht beachtet. Besonders bedauerlich war, daß die vom Oberpräsidenten von Schlesien, Gauleiter Wagner, im Hinblick auf das bevorstehende Erlöschen der Genfer Minderheitenschutzabkommen gegebene Erklärung über eine auch weiterhin loyale Haltung gegenüber den polnischen Minderheiten in West-Oberschlesien völlig entstellt wiedergegeben und mit Haßgesängen von der polnischen Chauvinistenpresse beantwortet wurde.

Danzig und Polen

Das Verhältnis zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig stand, wie gesagt, auch weiterhin im Zeichen des Bemühens um Bereinigung aller Streitfragen in zweiseitigen Verhandlungen und um Erhaltung des guten Einvernehmens. Dies kam bei der Begrüßung des neu ernannten polnischen Vertreters in Danzig, Minister Chodacki, durch Senatspräsident Greiser zum Ausdruck. — Als erfreuliches Zeichen der wachsenden Einheit Danzigs unter nationalsozialistischer Führung durfte der Übertritt von zwei sozialdemokratischen und einem Zentrumsabgeordneten als Hospitanten zur nationalsozialistischen Volkstags-Fraktion gewertet werden.

Deutschland und Litauen

Eine erfreuliche Kunde kam auch aus Kowno, der Hauptstadt Litauens, wo aus Anlaß der Osterfeiertage der litauische Staatspräsident zehn Memelländer begnadigte, die in dem großen Memelprozeß (siehe Band 1934, Seite 361 bis 363, Band 1935, Seite 309 bis 312) zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. — Am 9. März hatte der Reichsaußenminister mit dem kurz in Berlin weilenden litauischen Außenminister Lozoraitis eine längere Aussprache. —

Die jüdische Hetze in USA.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den Vereinigten Staaten von Amerika litten leider im Verlauf des Jahres 1937 wieder beträchtlich unter der schamlosen Antinazi-Propaganda der jüdischen Salonbolschewisten vom Schlage Dicksteins, des Rabbiners

Wise und vor allem des Neuyorker Oberbürgermeisters Laguardia, gegen die von seiten des Weißen Hauses in Washington „nichts unternommen werden konnte". Immerhin entschuldigte sich die amerikanische Regierung zweimal bei Botschafter Dr. Luther (der dann durch den zum deutschen Botschafter neu ernannten Dr. Dieckhoff abgelöst wurde) — auf dessen Proteste gegen die unglaublichen Schimpfreden Laguardias. Die „Antinazi-Liga" trieb die Unverschämtheit soweit, daß sie durch ihren jüdischen Präsidenten Samuel Untermeyer folgendes Telegramm an das Staatsdepartement senden ließ:

„Ich erhebe ernsthaften Protest gegen die mutwillige Beleidigung, die in dem durch die Entschuldigung Hitler gegenüber liegenden Verhalten des Staatsdepartements begründet ist."

Trotz der systematischen Vergiftung der öffentlichen Meinung gab man deutscherseits die Hoffnung auf eine verständnisvollere Beurteilung des Dritten Reiches in Amerika nicht auf und sorgte, soweit irgend möglich, für Aufklärung. Gelegenheit hierzu gab zum Beispiel die durch den Tonfilm 1500 delegierten Führerinnen auf dem Vierten Amerikanischen Frauenkongreß in Chikago vermittelte Rede von Rudolf Heß, die ihren Eindruck nicht verfehlte.

Wir wenden uns jetzt wieder den Ereignissen zu, die durch das politische Viereck Berlin—London—Paris—Rom gekennzeichnet werden. Hier muß als Ausgangspunkt einer erneuten Aufrollung der kolonialen und Rohstoffrage die große Rede des Botschafters von Ribbentrop auf der Frühjahrskundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. (anläßlich der Frühjahrsmesse) in Leipzig am 1. März genannt werden. Ribbentrop betonte, drei Punkte müßten bei Betrachtung der wirtschaftlichen Seite der deutschen Forderung nach Rückgabe seiner Kolonien hauptsächlich berücksichtigt werden:

Rede des Botschafters von Ribbentrop zur Kolonialfrage

1. Die Rohstoffrage,
das heißt die Notwendigkeit für Deutschland, Gebiete zu besitzen, in denen mit eigener deutscher Währung Rohstoffquellen erschlossen werden können und aus denen ebenfalls mit deutscher Währung Rohstoffe für die Versorgung der deutschen Industrie zu kaufen sind. Heute stehen Deutschland die Rohstoffquellen der Welt zwar offen, aber nur gegen Bezahlung in Devisen, die wir nicht in genügendem Umfange besitzen.

2. Die Kolonien als Absatzmarkt für Industrieartikel und als Feld für das deutsche Unternehmertum.

Hierbei sind die Aufträge von den kolonialen Verwaltungsbehörden für öffentliche Arbeiten besonders zu erwähnen, die von großer Bedeutung sind. In fremden Kolonien gehen diese Aufträge fast ausschließlich an die Industrien der Mutterländer; bei denen unter deutscher Souveränität würde unsere Industrie natürlich das Primat haben.

3. Die Entwicklungsmöglichkeiten in den Kolonien.

Die Kolonien werden von dem heutigen Deutschland in sehr viel intensiverer Weise entwickelt werden können, und es wird eine viel großzügigere und langfristigere Wirtschaftsplanung in ihnen durchgeführt werden können, als dies bei unserer früheren freien Wirtschaftsführung möglich

war. Es besteht kein Zweifel, daß auf diese Weise nach einigen Jahren der Entwicklung aus den Kolonien ein erheblich größerer Prozentsatz des gesamten deutschen Rohstoffbedarfs gedeckt werden kann als vor dem Kriege, und zwar unter ausschließlicher Inanspruchnahme deutschen Kapitals, also deutscher Währung. Die im Ausland wachsende Einsicht über die Deutschland widerfahrene Ungerechtigkeit in der Behandlung der Kolonialfrage wird hoffentlich die Mandatsmächte veranlassen, hier einmal von sich aus die von uns erwartete großzügige Geste freiwillig zu machen, was für eine endgültige Bereinigung der Atmosphäre von größter Bedeutung wäre.

Ribbentrops Leipziger Rede fand überall große Beachtung, besonders dort, wo man sich am stärksten getroffen fühlte. Zwar vermied Eden, vor dem Unterhaus auf das Thema „Deutsche Kolonien" einzugehen, und schob die englische Aufrüstung und die spanische Frage in den Vordergrund.

Deutschland und Spanien

Am 3. März hatte General Faupel, Deutschlands neuer Botschafter bei der nationalspanischen Regierung in Salamanca, sein Beglaubigungsschreiben beim Staatschef abgegeben und dabei — zu General Franco gewendet — u. a. gesagt:

„Der Führer begleitet den von Euerer Exzellenz sicher und erfolgreich geleiteten Freiheitskampf ständig mit der wärmsten Sympathie. Die gleichen Gefühle der Sympathie bringt ganz Deutschland dem spanischen Volke entgegen."

In der Tat wurden die Siege der nationalspanischen Truppen in Deutschland stets mit großer Freude begrüßt, ebenso aber auch die unaufhörlichen Einmischungsversuche der Bolschewisten und besonders auch der französischen Volksfront verurteilt.

Einigung über die Küstenkontrolle in Spanien

Die zahlreichen Sitzungen des Londoner Nichteinmischungsausschusses führten am 8. März endlich zu einer Einigung in der Frage der Kontrolle der spanischen Küsten und der spanisch-französischen Grenze. England, Frankreich, Italien und Deutschland wurden mit der Wahrnehmung der Seekontrolle betraut. Sowjetrußland blieb ausgeschaltet. Die Inkraftsetzung des Kontrollplanes zögerte sich allerdings noch bis zum 19. April hinaus. Neue „Enthüllungen" des sowjetrussischen Vertreters fanden eine gebührende Zurückweisung und Gegenrechnung von seiten des deutschen und des italienischen Botschafters.

Deutschland und Frankreich

Die Aufrüstung machte nicht nur in England, sondern auch in Frankreich gewaltige Fortschritte. Und ebenso wie dort hielten es die führenden Männer (Kriegsminister Daladier, Herriot u. a.) für angezeigt, mit dem Kinderschreck der „Deutschen Gefahr" für die Zeichnung der Rüstungsanleihe zu werben. Wenn schon die der deutsch-französischen Verständigung so abträgliche antideutsche Presse- und Rundfunkpropaganda in Frankreich ein Bleigewicht für die darstellt, die den Frieden und die Aussöhnung wollen, so ist es doppelt bedauerlich, wenn von höchster Stelle aus der Haß geschürt wird. In diesem

Rahmen sei der öffentliche Briefwechsel Hans Friedrich Bluncks mit dem bekannten französischen Politiker und Publizisten Graf Wladimir d'Ormesson genannt, in dem Blunck die wahren Schwierigkeiten ehrlich beim Namen nannte. Es sei auch an das Sonderheft des Führerorgans der Hitler-Jugend „Wille und Macht" vom 15. Oktober erinnert, das unter dem Motto „Verständigung mit Frankreich" stand und an erster Stelle eine Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Camille Chautemps enthielt, der wir folgenden Absatz entnehmen:

„Ich habe mich persönlich den erfreulichen Anregungen angeschlossen, durch die in diesem Sommer junge Deutsche und junge Franzosen in gemeinsamen Ferienlagern einander nähergebracht worden sind, und ich bin als Chef der französischen Regierung bereit, die weitere Entwicklung dieser friedlichen Zusammenkünfte zu fördern. Ich wünschte, die jungen Leute beider Nationen lebten alljährlich zu Tausenden Seite an Seite und lernten einander auf diese Weise kennen, verstehen und schätzen."

Diplomatenempfänge beim Führer

Deutschland tat alles, was in seiner Macht steht, um mit Frankreich und allen anderen Nationen in einen Zustand friedlichen Austausches materieller und kultureller Güter zu gelangen. Der Führer brachte diesen Wunsch der deutschen Regierung und des deutschen Volkes bei den Diplomatenempfängen am 11. März klar zum Ausdruck, als sich die neuernannten Gesandten von Schweden, Holland, Bulgarien und Panama zur Überreichung ihrer Beglaubigungsschreiben im „Hause des Reichspräsidenten" einfanden. — Am 15. März stattete der König von Dänemark dem Führer und Reichskanzler einen Besuch ab.

Mussolinis Libyenreise

Die europäische Diplomatie stand in diesen Tagen ganz unter dem Eindruck eines schon über den Rahmen der europäischen Belange hinausreichenden Ereignisses: der Libyenreise Mussolinis, die ihren Höhepunkt zweifellos mit der Überreichung des „Schwertes des Islams" an den Duce bei einer Massenkundgebung in Tripolis am 18. März fand. (Eine Woche später unterzeichneten Stojadinowitsch und Graf Ciano, der zu einem diplomatischen Besuch nach Belgrad gekommen war, ein italienisch-jugoslawisches Freundschaftsabkommen.) Die Spannungen zwischen dem neuen (italienischen) und dem alten (englischen) Imperium nahmen ein gefährliches Ausmaß an. In dieser Krisenstimmung ging die Meldung vom Ableben des ehemaligen englischen Außenministers Sir Austen Chamberlain (16. März) fast unter. (Kurze Zeit darauf starb auch der ehemalige Schatzkanzler Lord Snowden.)

Wiederhergestellte belgische Neutralität

Belgiens König, der Ende März in London weilte, erreichte — wie bald offenbar wurde — die von ihm seit langem erstrebte Sicherung der Unabhängigkeit Belgiens. Am 24. April bestätigten England und

Frankreich in einer gemeinsamen Note, daß Belgien von seinen Verpflichtungen als Garantiemacht des Locarnoabkommens (siehe Band 1918 bis 1933, Seite 120 bis 121) befreit ist. König Leopold hatte sein Ziel erreicht und die Westmächte eine weitere empfindliche Schwächung ihrer ehemals so starken Front von Vasallenstaaten einstecken müssen.

Das Deutschtum in Südwestafrika

Die Kolonialfrage wurde in einem ganz besonderen Sinne wieder aktuell, als am 2. April von der Regierung der Südafrikanischen Union eine gegen die nationalsozialistische Bewegung in Südwestafrika gerichtete Proklamation erlassen wurde, die allen Einwohnern im Mandatsgebiet mit Ausnahme der britischen Staatsangehörigen verbot, sich in irgendeiner Weise an der Tätigkeit öffentlicher Körperschaften oder politischer Organisationen zu beteiligen. Der Protest der Reichsregierung gegen diese deutschtumsfeindliche Maßnahme ließ nicht auf sich warten. Die Mandatsregierung gab darauf ausweichende Antworten und erklärte am 17. April den „Deutschen Bund“ in Südwestafrika kurzerhand als politischen Verband im Sinne der Proklamation!

Der spanische Bürgerkrieg und die anderen Staaten

An nennenswerten Ereignissen im April seien noch erwähnt: die Belgrader Konferenz der Kleinen Entente, die nach außen hin immer noch den Schein der „Übereinstimmung“ wahrte; die — mit deutschem Protest und deutlichem Abrücken der amtlichen polnischen Stellen beantworteten — skandalösen Vorfälle auf einer Großkundgebung des berüchtigten polnischen Westmarkenverbandes, auf der die Einverleibung des Schlochauer Landes, Masurens, des Ermlandes und des Weichsellandes in den polnischen Staat verlangt worden war; die in Montreux tagende Kapitulationenkonferenz (Ägypten erreichte die Aufhebung der Kapitulationen); der erst jetzt — 11. April — durch eine ausweichende englische Antwortnote an die rotspanischen Machthaber bekannt gewordene Marokkoschacher, den Valencia mit England und Frankreich gegen politische Unterstützung abschließen wollte (die Aufdeckung dieses schmutzigen Geschäfts, bei dem die spanischen Bolschewisten und die beiden großen europäischen Demokratien überrascht worden waren, war dem Eifer der spanischen Nationalregierung zu danken); die Erklärung Edens vor dem Unterhaus über seine Spanienpolitik, wobei er sich zu dem hübschen Grundsatz: „Leben und leben lassen“, bekannte; die am 19. April von Franco vollzogene innerpolitische Einigung in einer nationalspanischen Partei; schließlich eine neue Hochflut von Lügen und Verleumdungen über Deutschland in der ausländischen Presse, die aufzuzählen ebenso unnütz wie unmöglich ist; immerhin muß hier noch einmal die schamlose Kriegshetze des Reuter-Nachrichtenbüros über die nationalspanische Ein-

nahme von Guernica angeprangert werden, wonach über 200 deutsche Bombenflugzeuge die genannte spanische Stadt vernichtet hätten. Wer eigentlich der Urheber dieser unerhörten Verleumdung war, die nach den energischen und beweiskräftigen Dementis der Reichsregierung bald wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel, blieb ungeklärt. Tatsache ist jedenfalls, daß die „Guernica-Enten" eine lebensrettende Wirkung für die englische Rüstungsanleihe hatten. Und ausgerechnet in diesem Augenblick brachte England im Nichteinmischungsausschuß den Antrag ein, beide spanische Nationen aufzufordern, die Bombardierung offener Städte künftig möglichst zu vermeiden. Botschafter von Ribbentrop geißelte dieses üble Manöver, die sogenannte „Humanität" für Greuellügen zu mißbrauchen, was von der englischen Linkspresse dann prompt in der widerwärtigsten Weise als deutsche Ablehnung der Humanisierung des spanischen Bürgerkrieges umgefälscht wurde.

Dr. Schacht in Brüssel

Deutschlands Außenpolitik war weiterhin bestrebt, die vorhandenen Bindungen zu festigen und Mißverständnisse — wo solche bestanden — zu beseitigen. Der Besuch Dr. Schachts in Brüssel (13. bis 16. April), der ihm auch Gelegenheit zur Audienz bei König Leopold gab, diente diesem Ziel ebenso, wie die Italienreise Görings (die diesmal privaten Charakter trug) und von Neuraths. Der Reichsaußenminister hielt sich vom 2. bis 5. Mai in Italien auf, um die Tuchfühlung mit dem im gleichen Schritt mit dem Reich marschierenden faschistischen Italien zu unterstreichen. Graf Ciano erklärte in seiner außenpolitischen Kammerrede vom 13. Mai über die Politik der Achse Berlin—Rom:

Göring und von Neurath in Italien

Die Achse Berlin—Rom

> „Die Parallelität dieser Politik, die bereits vorhanden war und die sich allmählich immer deutlicher abgezeichnet hatte, fand bei den persönlichen Fühlungnahmen gelegentlich meiner Reise nach Berlin ihre Bestätigung und ihre Regelung. Die Besuche, die uns in der letzten Zeit der Außenminister des Reiches und andere Persönlichkeiten des Nationalsozialismus gemacht haben, haben diese fruchtbare Zusammenarbeit gefestigt und von Fall zu Fall der Entwicklung angepaßt."

Zum italienisch-österreichischen Verhältnis bemerkte er:

> „Wer diese Freundschaft in antideutscher Funktion sehen wollte, mag diese Hoffnung fahren lassen.
>
> Eine solche Funktion lag und liegt nicht in unserer Absicht und ebensowenig in den Wünschen und Möglichkeiten Österreichs. Davon mögen jene Kenntnis nehmen, die es sich vorläufig zur Aufgabe gemacht hatten, in keineswegs selbstloser Weise Alarm zu schlagen."

Graf Ciano nahm hier Bezug auf das Presseecho anläßlich des Zusammentreffens von Mussolini und Bundeskanzler Dr. Schuschnigg in Venedig (22./23. April).

Glaise-Horstenau beim Führer

Es sei in diesem Zusammenhang an die Unterredung des Führers mit dem österreichischen Bundesminister Glaise-Horstenau (am

19. April) während dessen Berliner Besuchs auf Einladung des Reichskriegsministers erinnert. Der Aufenthalt des österreichischen Generals Krauß in Berlin wurde leider zu unglaublichen Unterstellungen durch Wiener Zeitungen vergiftet, gegen die sich der verdiente österreichische Heerführer energisch zur Wehr setzen mußte.

Eine sehr eingehende und nützliche Unterredung gewährte der Führer am 19. April auch dem führenden britischen Labour-Party-Abgeordneten Lansbury, der seinen starken Eindruck überall bestätigte.

An amtlichen Maßnahmen der deutschen Außenpolitik in diesem Zeitraum müssen schließlich noch die Ernennung des bisherigen Gesandten in Budapest, von Mackensen, zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt, sowie die scharfe deutsche Verwahrung gegen die Ausführungen der päpstlichen Enzyklika vom 14. März genannt werden. Das Verhältnis des nationalsozialistischen Deutschland zum Vatikan litt vor allem darunter, daß von Rom aus eine sehr unangebrachte Polemik gegen die in Deutschland leider notwendig gewordenen klösterlichen Sittlichkeitsprozesse (siehe Band 1936, Seite 156 bis 157) eröffnet wurde. Der amerikanische Kardinal Mundelein ging dabei in seinen Verleumdungen und Beleidigungen derart weit, daß die Reichsregierung in Washington Einspruch erheben lassen mußte. Der Vatikan hüllte sich zu Mundeleins Hetze in Schweigen und identifizierte sich so mit ihr! Dabei fehlte es nicht an wirklichen Themen für die Kirche: das Blutbad in Spanien wie das in Moskau, wo Anfang Mai u. a. der „Marschall der Sowjetunion" Tuchatschewski abgesetzt (und bald darauf zum Tode verurteilt und durch Genickschuß getötet) wurde.

Deutschland und der Vatikan

In Polen blieb man auch weiter abgeneigt, die Volksdeutschen zur Mitarbeit am Aufbau des Staates heranzuziehen und ihnen die gleichen Lebensrechte wie anderen Staatsbürgern einzuräumen. Senator Wiesner entwickelte in verschiedenen Veranstaltungen der Jungdeutschen Partei in Polen ein erschütterndes Bild vom politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elend der Deutschen in Ost-Oberschlesien. Letztlich fehlte es am guten Willen der ausführenden Organe der Regierungspolitik und der Scheu der Warschauer Regierung, auch insoweit zu ihrer Verständigungspolitik mit dem Reich zu stehen, als sie mit ganzer Energie jede Sabotage, jede Demonstration gegen den Geist des deutsch-polnischen Verhältnisses verhinderte.

Das Deutschtum in Polen

Ein Besuch des Reichspropagandaministers Pg. Dr. Goebbels in Danzig (zur Gaukulturtagung der NSDAP. am 8. und 9. Mai) wurde von der Auslandspresse — besonders der „Daily Telegraph" tat sich durch verlogene Mitteilungen hervor — mit Mißtrauen quittiert.

Dr. Goebbels in Danzig

Von der Selbstauflösung der Deutschnationalen Volkspartei (14. Mai) und dem Anschluß ihrer bisherigen Abgeordneten an die NSDAP. nahm sie dagegen nur widerstrebend Kenntnis.

Die Initiativanträge der SDP.

Der südöstliche Nachbarstaat des Reiches, der große Teile des deutschen Volkstums umfaßt und die skrupelloseste Minderheitenpolitik treibt — die Tschechoslowakei — bekam von den Vertretern des gequälten deutschen 3⅓-Millionenvolkes innerhalb seiner Grenzen die Forderungen vorgelegt, deren Erfüllung allein die Möglichkeit bieten könnte, auf friedlichem Wege eine gerechte Lösung der Volkstumsfrage im tschechoslowakischen Nationalitätenstaat zu finden. Es war die letzte Chance, die Konrad Henlein den verrannten Prager Politikern zur Umkehr bot. Sechs Initiativanträge brachte der Parlamentarische Klub der Sudetendeutschen Partei am 28. April im Prager Abgeordnetenhause ein, die der freien Entfaltung aller Volksgruppen des Staates in jeder Beziehung dienen sollten. Im einzelnen handelte es sich um ein Volksschutzgesetz, das die Errichtung öffentlich-rechtlicher Körperschaften der einzelnen Volksgruppen vorsah, ein Gesetz zur Verwirklichung der nationalen Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst, ein Gesetz, das die Schadenshaftung des Staates und öffentlich-rechtlicher Verbände für verursachte Schäden bei Amtsausübung bestimmte, ein Strafgesetz gegen Entnationalisierung, ein Katastergesetz (betreffend die Volkszugehörigkeit der Staatsbürger und die nationalen Kataster) und ein Gesetz über das Klagerecht vor dem Verfassungsgericht.

Diese Forderungen der Sudetendeutschen wurden schon wenige Tage nach ihrem Bekanntwerden von der höchsten Stelle im Staat, dem Staatspräsidenten Dr. Benesch, in verschiedenen Reden grundsätzlich abgelehnt, da die Forderung nach Autonomie unvereinbar mit den „demokratischen Grundsätzen" der tschechoslowakischen Republik sei. Anderseits bekannte er sich zu einer — zwar nur schrittweise erreichbaren — Einigung zwischen der Regierung und der Sudetendeutschen Partei. Viel war das nicht, aber immerhin war nun doch von berufenstem Munde das Problem beim Namen genannt und der Standpunkt des Staates klargelegt worden. Die rege und ziemlich öffentliche Tätigkeit, die der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza während seines Aufenthaltes in London (anläßlich der Krönungsfestlichkeiten) entfaltete, widersprach allerdings ganz dem Versöhnungsgrundsatz — ganz zu schweigen von der schamlosen Dolchstoßpolitik des „deutschen" Ministers Spina, der (etwa um die gleiche Zeit) in einem Brief an den „Manchester Guardian" die Stirn hatte, zu behaupten,

„daß es kaum eine zufriedenere, geordnetere und ruhigere Gegend gibt, als es die sudetendeutschen Städte und Dörfer sind."

Nur die wenigsten englischen Leser werden Gelegenheit haben, diese „authentischen“ Erklärungen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, — und eben darin liegt der bedauerliche Erfolg eines solchen verräterischen Ministerbriefes.

Die öffentliche Meinung Englands war im übrigen voll in Anspruch genommen durch die Ereignisse in Spanien und die dicht bevorstehende Krönung König Georgs VI. Nachdem in der Sitzung des Nichteinmischungsausschusses vom 7. Mai der Leiter, Lord Plymouth, noch einmal mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, daß die Verhandlungen des Unterausschusses vertraulich behandelt würden und nur die amtlichen Kommuniqués als autorisierte Berichte in die Presse gelangten, kam man überein, einen Schritt bei den beiden Parteien zum Zweck einer „gegenseitigen Annäherung“ zu unternehmen. Auch sollte die „Humanisierung“ der Kämpfe angestrebt werden. Die Sitzung vom 24. Mai beschäftigte sich mit einer sehr heiklen Angelegenheit, nämlich der „Not“landung von 33 rotspanischen Militärflugzeugen auf französischen Flugplätzen. Die französische Regierung „sah sich einer delikaten Lage gegenüber“ (wie es in der Note an den Ausschuß hieß), die sie dadurch löste, daß sie die Flugzeuge — allerdings an der gleichen Grenzübertrittsstelle und zum Teil unbewaffnet — wieder zurückfliegen ließ. Diese Lösung des Problems rief erhebliches Erstaunen hervor. Leider wurde die seit Niederschlagung der Guernica-Greuellüge wieder gereinigte Atmosphäre aufs neue vergiftet durch die — diesmal von der Agence Havas verbreiteten — Meldung, der am 14. Mai auf eine Treibmine aufgelaufene englische Zerstörer „Hunter“ sei in Wirklichkeit von einem deutschen Torpedoboot (nach der „Berichtigung“ war es ein Unterseeboot) abgeschossen worden. Durch eine Erklärung der britischen Admiralität wurde dieser dummdreiste Versuch, einen kriegerischen Zwischenfall zu provozieren, glücklicherweise schnell unterbunden.

Die weitere Tätigkeit des Nichteinmischungsausschusses

Neue Presselügen

Unterdessen lebte Großbritannien immer noch im Begeisterungstaumel über die Krönung König Georg VI. von England. Nicht nur die Abgesandten des Britischen Weltreichs versammelten sich aus diesem Anlaß zu einer Empirekonferenz in London; vielmehr hatten fast alle Staaten der Erde besondere Delegationen nach London gesandt, um an diesem historischen Festtag des englischen Volkes ihre Glückwünsche dem Monarchen und dem Lande entgegenzubringen. Nur Italien nahm keine besondere Kenntnis von der Londoner Feier, da man die tragikomische Taktlosigkeit besessen hatte, den ehemaligen Negus einzuladen! Im übrigen berief Italien als Antwort auf die englische Hetze bezüglich der italienischen Freiwilligen in

Krönung Georgs VI. von England

Die englisch-italienischen Spannungen

Spanien seine sämtlichen Pressevertreter aus England ab. — Deutschlands Delegation wurde von Generalfeldmarschall von Blomberg geführt, der Gelegenheit zu Besprechungen mit den Führern der englischen Politik nahm. Der große Empfang der Deutschen Botschaft am 13. Mai gestaltete sich zu einem gesellschaftlich wie politisch bemerkenswerten Ereignis.

Der englische Botschafter beim Führer

Der britische Botschafterwechsel in Berlin gab bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens von Sir Neville Henderson an den Führer und Reichskanzler am 11. Mai Veranlassung, die Notwendigkeit der Verbesserung und Pflege der deutsch-englischen Beziehungen zu betonen. Am gleichen Tage statteten die Gesandten von Guatemala und Mexiko dem Führer ihren diplomatischen Antrittsbesuch ab.

Pariser Weltausstellung

Der Mai stand außerdem noch im Zeichen der Ungarnreise des italienischen Königspaares (19. bis 22. Mai) und der Eröffnung der Pariser Weltausstellung 1937. Zur Einweihung des deutschen Pavillons hatte sich Reichsminister Dr. Schacht eingefunden. Daß dabei verschiedene Kombinationen politischer Art angestellt wurden, versteht sich fast von selbst. Dr. Schacht faßte den Zweck seines Besuchs in den einfachen Worten zusammen, er habe den Auftrag, das französische Volk anläßlich der Ausstellung zu begrüßen.

Das Streben nach dem Frieden

Endlich wollen wir nicht vergessen, daß inmitten der kriegerischen, mit Lügen verpesteten Luft Europas einige Männer immer wieder den Mut fanden, für den Frieden und die Verständigung einzutreten. So trat Lord Rothermere, wie schon so oft in seiner „Daily Mail", für die Befriedigung der deutschen Kolonialforderungen ein, deren Verweigerung das Haupthindernis eines deutsch-englischen Paktes bedeutet; so traf sich Mitte Mai in Aix-les-Bains auf dem 21. Kongreß der Union Fédérale der deutsche Reichskriegsopferführer Pg. Oberlindober mit Pichot und anderen Vorkämpfern der internationalen Frontkämpferzusammenarbeit, während gleichzeitig in London die „British Legion" auf ihrer Jahrestagung feststellte, daß überall der Mensch nur einen Wunsch habe, nämlich in Ruhe und Frieden leben zu können.

Der Führer bemühte sich, den Franzosen in einem Interview im „Journal" die sozialen Probleme Deutschlands nahezubringen, um ihr Vertrauen zur Friedenspolitik des Dritten Reiches zu gewinnen, und Alfred Rosenberg sagte in einer Unterredung mit demselben „Journal"-Korrespondenten, Abel Bonnard, gute Worte über die geistigen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs, mit denen wir diesen Abschnitt schließen wollen:

„Wir sind der Überzeugung, daß weder Deutschland noch irgendein anderes Volk Interesse daran hat, beispielsweise die kunstvoll gefügte französische Kultur dahinsinken zu sehen. Im Gegenteil besteht ein gesamteuropäisches Interesse, daß die großen Zentren dieser Kulturen, die nun einmal Europa geschaffen haben, in gemeinsamer Achtung voreinander erhalten werden. Es ist meines Wissens auch nie in der nationalsozialistischen Bewegung gegen diese tiefe Wurzel französischer Kraft polemisiert worden. Wir haben uns auch angesichts vieler schwerer politischer Spannungen bemüht, den großen Beitrag des französischen Volkes zur europäischen Kultur nicht zu übersehen.“

3. Abschnitt:

Deutsche Kultur gegen jüdische Welthetze

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft

Der 30. Januar 1937 brachte auch auf kulturellem Gebiet einen wichtigen Führererlaß — den „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft“:

> Um für alle Zukunft beschämenden Vorgängen vorzubeugen, verfüge ich mit dem heutigen Tage die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft.
>
> Dieser Nationalpreis wird jährlich an drei verdiente Deutsche in der Höhe von je 100000 Reichsmark zur Verteilung gelangen.
>
> Die Annahme des Nobelpreises wird damit für alle Zukunft Deutschen untersagt.
>
> Die Ausführungsbestimmungen wird der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erlassen.
>
> Der Führer und Reichskanzler.

Der Nobelpreis-Skandal

Der Ausgangspunkt dieses Erlasses — die dort genannten „beschämenden Vorgänge“ — hatte wieder einmal einen Gipfelpunkt jüdischer Niedertracht dargestellt: Der jährlich zur Verteilung kommende internationale Friedensnobelpreis war in diesem Jahre durch das Nobelpreiskomitee dem Pazifisten von Ossietzky verliehen worden, einem der übelsten Schädlinge und Verderber des deutschen Volkes, den das Reichsgericht wegen Landesverrats verurteilt hatte! Diese Verleihung stellte einen unverschämten Angriff auf das nationalsozialistische Deutschland dar, und der berühmte schwedische Forscher Sven Hedin erhob mit Recht die Frage (im „Dagens Nyheter“):

> „Als das Nobelpreiskomitee des norwegischen Storthing im Herbst beschloß, den Friedenspreis Nobels einem Manne zu geben, der 1½ Jahre auf Grund politischer Vergehen im Gefängnis gesessen hat, da mußte man sich fragen, inwiefern der Preisträger dem Frieden im Sinne Nobels gedient hat.“

Der antideutsche Kampf des Judentums auf der kulturellen Ebene

Wie das internationale Judentum den Kampf gegen das Dritte Reich auf der politischen (Kriegshetze der jüdischen Journaille) und wirtschaftlichen Ebene (jüdischer Boykott) führte, so auch auf der kulturellen Ebene — wie zum Beispiel hier unter Mißbrauch des Nobelpreises. Die Stiftung des Deutschen Nationalpreises für Kunst und

Wissenschaft unterband für die Zukunft Versuche in dieser Richtung. — Darüberhinaus aber bemühte sich die jüdische Presse in der Welt, das Emigrantengesindel und ihre Stammverwandten, das nationalsozialistische Deutschland der „Kulturlosigkeit“ zu bezichtigen und so zu tun, als ob mit den emigrierten Literaten, Pseudowissenschaftlern usw. auch die „Kultur“ aus dem Reiche geschwunden sei! Deutschland beantwortete all diese Verunglimpfungen durch die Tat — durch die kulturelle Leistung. Und es kann einwandfrei festgestellt werden, daß es noch keinen Staatsmann gegeben hat, der so viel für die Förderung der Kultur getan hat wie gerade Adolf Hitler. Ein Blick auf die kulturelle Leistung seines Reiches läßt alle jüdischen Behauptungen als giftige Verleumdungen erkennen.

Bei der Betrachtung der Geschehnisse auf dem Gebiete der Kultur in der ersten Jahreshälfte 1937 sei vorweg noch ein entscheidender Erlaß erwähnt, der ebenfalls das Datum vom 30. Januar trägt — der „Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“:

Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt

§ 1

Zur planvollen Gestaltung des Stadtbildes der Reichshauptstadt Berlin wird ein Generalbauinspektor eingesetzt.

Der Generalbauinspektor wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Er untersteht ihm unmittelbar und führt die Bezeichnung „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“.

§ 2

Der Generalbauinspektor stellt einen neuen Gesamtbauplan für die Reichshauptstadt Berlin auf.

Er hat dafür zu sorgen, daß alle das Stadtbild beeinflussenden Platzanlagen, Straßenzüge und Bauten nach einheitlichen Gesichtspunkten würdig durchgeführt werden. Der Generalbauinspektor ist befugt, die zur Erreichung dieses Zweckes nötigen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.

§ 3

Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Generalbauinspektor die Behörden des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt zur Verfügung. Der Generalbauinspektor sorgt dafür, daß alle seinen Aufgabenbereich berührenden Entscheidungen künftig unter einheitlichen Gesichtspunkten ergehen. Er kann sich von allen Dienststellen des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt und von den Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände die erforderlichen Auskünfte über Bauvorhaben geben lassen. Bei Meinungsverschiedenheiten trifft der Generalbauinspektor die notwendigen Anordnungen.

§ 4

Alle von Staats- und Parteistellen beabsichtigten Maßnahmen, die das Aufgabengebiet des Generalbauinspektors berühren, sind ihm vor ihrer Ausführung zur Kenntnis zu bringen und bedürfen seiner Zustimmung.

§ 5

Der Generalbauinspektor bezeichnet diejenigen Hoch- und Tiefbauten, Platzanlagen und Straßenzüge, deren Ausführung oder Änderung ohne

seine Zustimmung nicht in Angriff genommen werden darf. Vor dieser Zustimmung darf über die für solche Bauvorhaben und Anlagen bestimmten Mittel nicht verfügt werden.

§ 6

Den Erlaß besonderer Ausführungsvorschriften behalte ich mir vor.

Der Führer und Reichskanzler.
Der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei.

Zum Generalbauinspektor wurde der bekannte Architekt der Parteitagsbauten, Pg. Speer, ernannt, der nun der Reichshauptstadt ein neues und würdigeres Gesicht geben sollte.

Gerade die Bauten des Dritten Reiches stellen eine kulturelle Leistung dar, die in der Gegenwart von keinem Land der Erde erreicht wird. Aber auch alle anderen Gebiete der Kultur zeigten schöpferische Gestaltung und bewiesen, daß das nationalsozialistische Deutschland Träger wirklicher Kultur (nicht mehr einer jüdischen Asphaltkultur) geworden war. Das bewiesen die Gaukulturwochen der NSDAP., die Ausstellungen des „Hilfswerks für deutsche bildende Kunst“, die zahlreichen Veranstaltungen der NS.-Kulturgemeinde, Kunstausstellungen und mannigfache sonstige Veranstaltungen. Auch die kulturellen Beziehungen zum Ausland waren stets rege — wie es zum Beispiel Ausstellungen bewiesen wie die „Finnische Volkskunst“ (5. April) und die „Französische Kunst der Gegenwart“, die unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring und des Französischen Botschafters François-Poncet in Berlin durch Reichsminister Rust am 5. Juni eröffnet wurde.

Kulturelle Beziehungen zum Ausland

Festsitzung der Reichskulturkammer

Wie alljährlich hielt am 1. Mai die Reichskulturkammer in Anwesenheit des Führers ihre Festsitzung ab, und es liegt ein tiefer Sinn darin, daß die berufsständische Organisation der kulturschöpferischen Kräfte des deutschen Volkes ihre Tagung gerade am Feiertag der nationalen Arbeit abhält. Reichsminister Dr. Goebbels betonte in seiner Rede die Notwendigkeit der inneren Verbundenheit zwischen Künstler und Volk. Über die kulturelle Leistung des nationalsozialistischen Staates sagte er die treffenden Worte:

„Wir leben heute, man möchte fast sagen, in einem renaissanceartigen Zeitalter. Die Gegenwart stellt nicht nur in der Politik, sondern auch auf allen anderen Lebensgebieten die größten und imponierendsten Aufgaben. Der nationalsozialistische Staat ist der warmherzige Beschützer aller Künste; er will sie fördern, und er hat den Ehrgeiz, ihr großzügiger Mäzen zu sein.“

Nationalpreise für Film und Buch

Dr. Goebbels verkündete die Verleihung der Nationalpreise 1936/37 für Film und Buch. Der Filmpreis wurde dem Staatsschauspieler Emil Jannings für seinen Film „Der Herrscher“ zuerkannt, der Buchpreis dem SS-Sturmführer Friedrich Bethge für sein Schauspiel „Marsch der Veteranen“. —

Bevor wir uns jedoch dem Geschehen auf den einzelnen Sachgebieten der Kultur zuwenden, seien noch einige Ausstellungen von allgemeiner Bedeutung erwähnt, die in ihrer Gestaltung eine erhebliche kulturelle Leistung darstellten und (gegenüber den jüdischen Verleumdungen) vor aller Welt das Deutschland Adolf Hitlers in seinen Taten zeigten und damit mehr als rechtfertigten.

Ausstellungen

Zunächst sei hier die am 30. April in Berlin vom Führer selbst eröffnete Ausstellung „Gebt mir vier Jahre Zeit!" genannt — vier Jahre nach der Proklamation des Führers vom 1. Mai 1933. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, wies in seiner Eröffnungsrede auf das gewaltige Geschehen von vier Jahren hin, das in dieser Ausstellung seinen bildhaften Niederschlag gefunden hat. Die Ausstellung solle in umfassenden bildlichen, statistischen und tatsächlichen Darstelllungen einen Rechenschaftsbericht über die vier Jahre nationalsozialistischen Aufbauwerks geben.

„Gebt mir vier Jahre Zeit"

„Damit ist diese Ausstellung das beredteste Dokument für die Einhaltung eines großen nationalen Versprechens, für die Erfüllung einer deutschen Hoffnung und für die Verwirklichung eines deutschen Glaubens."

Als die Ausstellung am 27. Juni ihre Tore schloß, da hatten etwa 1350000 Menschen diese bisher größte politische Ausstellung gesehen.

Am 8. Mai eröffnete Ministerpräsident Generaloberst Göring in Düsseldorf die Reichsausstellung „Schaffendes Volk", die in ihrer Gesamtschau zeigte, daß der Vierjahresplan, der zur Sicherung der deutschen Ehre und des deutschen Lebens verkündet wurde, sich zu einem Fortschritt allergrößten Stiles für Deutschland und für die ganze Welt auswirken wird.

„Schaffendes Volk"

„Ich möchte fast sagen, daß der Vierjahresplan der Beginn eines neuen technischen Zeitalters sein wird. Er bricht mit alten überholten Vorstellungen. Große Gedanken werden niemals aus dem Überfluß heraus gewonnen, sondern nur aus einem Zustand der Not und des Druckes erwächst höchste Schaffenskraft."

Als dritte große Schau, die einen Überblick über den Aufbauwillen und die Leistungsfähigkeit der in sich geschlossenen deutschen Nation vermittelte, kann man den Deutschen Pavillon auf der Pariser Weltausstellung im Sommer 1937 (siehe auch 2. Abschnitt) ansehen. Während Streiks der französischen Arbeiter die Vollendung der Weltausstellung verhinderten, setzten fleißige deutsche Hände Stein auf Stein, bis der überragende deutsche Bau fertig und in seiner klaren Gliederung und Wucht ein Symbol für das neue Deutschland war. Unbestritten stand während der Dauer der Ausstellung der deutsche Pavillon im Mittelpunkt des Interesses aller Besucher. Damit war die im deutschen Pavillon belegte Leistung eine eindeutige Widerlegung aller Lügen, die der jüdische Haß gegen das Dritte Reich ausgesät hatte.

Pariser Weltausstellung

So konnten die Besucher der Pariser Ausstellung aus aller Welt sich ein Bild vom nationalsozialistischen Deutschland machen, das wesentlich von den Phantasien der internationalen Greuelhetzer abwich.

Deutschland und der Fremdenverkehr

Anderseits wurde in Deutschland alles getan, um Ausländern die Möglichkeit zu geben, sich an Ort und Stelle von der Wahrheit zu überzeugen. Das nationalsozialistische Deutschland erblickt im internationalen Fremdenverkehr ein wichtiges Mittel zur Schaffung des notwendigen gegenseitigen Kennenlernens. Das brachte auch Adolf Hitler zum Ausdruck, als er anläßlich des 11. Europäischen Fremdenverkehrskongresses (1. bis 3. Juni in Berlin) bei einem Empfang der Delegierten sich über die Bedeutung des internationalen Reiseverkehrs für die Förderung der friedlichen Gesinnung der Völker untereinander äußerte.

Tagung des Weltrundfunkvereins

Ein solch völkerverbindendes Instrument kann auch der Rundfunk sein. Bei der Tagung des Weltrundfunkvereins (in Berlin, 4. bis 13. März) führte Staatssekretär Funk u. a. aus:

> „Der Rundfunk ist für die politische Führung zu einem der wichtigsten Mittel der Volksaufklärung und Volkserziehung geworden. Was das nationalsozialistische Deutschland auf diesem Gebiete leistet, wird, wie Sie zugeben werden, in der ganzen Welt anerkannt. Der Rundfunk ist insonderheit das Instrument, mit dem wir die ganze Welt über unsere politischen Ziele aufklären, und er ist daher in seinem heutigen hochentwickelten Stand in erster Reihe dazu berufen, der Verständigung unter den Völkern und dem Frieden der Welt zu dienen...
>
> Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Rundfunkbeziehungen mit unseren Nachbarländern freundschaftlich gestaltet werden und jede internationale Hetze und Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten über die Rundfunksender unterbunden werden."

Das Wachstum des deutschen Rundfunks

Nachdem der deutsche Rundfunk unter nationalsozialistischer Führung einen gewaltigen Aufschwung genommen hat — in den vergangenen vier Jahren stieg die Zahl der Rundfunkteilnehmer von 4307000 auf 8483000 unter gleichzeitiger Steigerung aller Leistungen des Rundfunks auf dem Gebiet der Sendung, der Wirtschaft und der Technik —, waren nunmehr auch neue organisatorische Maßnahmen in der Führung und Verwaltung notwendig geworden. In diesem Zusammenhang hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda die Stellung eines Reichsintendanten des Deutschen Rundfunks geschaffen, der gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes der Reichsrundfunkgesellschaft ist. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsintendanten und Generaldirektors der Reichsrundfunkgesellschaft hat Dr. Goebbels den Intendanten des Reichssenders Köln, Pg. Dr. Glasmeier, beauftragt. (Auch die Rundfunkabteilung des Reichspropagandaministeriums wurde neu organisiert, indem wegen ständigen Anwachsens der Arbeit ein Teil ausgesondert und die gesamte volkskulturelle Arbeit in einer besonderen Abteilung zusammen-

Reichsintendant Dr. Glasmeier

Weitere organisatorische Änderungen

gefaßt wurde. Zum Leiter der Abteilung Rundfunk (III) wurde der Intendant des Reichssenders Breslau, Pg. Kriegler, ernannt, während mit der Leitung der neugeschaffenen Abteilung (XI) für volkskulturelle Arbeit Ministerialrat Pg. Horst Dreßler-Andreß betraut wurde.)

Rundfunkprozeß

Es sei hier noch an den Rundfunkprozeß (siehe Band 1933, Seite 326 bis 327, Band 1935, Seite 227 bis 228) erinnert. Gegen das Urteil des Landgerichts Berlin vom 13. Juni 1935 war teilweise Revision eingelegt worden. Über die Entscheidung des Reichsgerichts berichtete der „Völkische Beobachter" (2. März):

Leipzig, 1. März.

... Auf die Revisionen dieser drei Angeklagten hat das Reichsgericht dahin erkannt:

„Das angefochtene Urteil wird, soweit die drei Beschwerdeführer im Falle Trennungsvergütung Dr. Flesch, ferner soweit Dr. Bredow und Dr. Flesch im Falle Parteiverrat des Rechtsanwaltes Dr. Frey und soweit Dr. Flesch im Falle der ihm gewährten Vorschüsse und Darlehen verurteilt sind sowie hinsichtlich der Gesamtstrafe und der Anrechnung der Untersuchungshaft aufgehoben. Die Sache wird in diesem Umfang zu neuer Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Im übrigen werden die Revisionen der drei Angeklagten auf ihre Kosten verworfen."

Damit hat das Reichsgericht das angegriffene Urteil in den entscheidenden Punkten rechtskräftig bestätigt. Die Aufhebung des Urteils in den genannten Punkten erfolgte, weil die Benachteiligung der Rundfunkgesellschaften bisher nicht einwandfrei und widerspruchslos nachgewiesen ist. Hinsichtlich der Beihilfe zum Parteiverrat hat die Vorinstanz den Sachverhalt u. a. nicht unter dem Gesichtspunkt geprüft, ob eine notwendige Teilnahme der Angeklagten vorliegt. Doch selbst, wenn in den vom Reichsgericht beanstandeten Fällen in der neuerlichen Verhandlung durch das Berliner Landgericht Freisprechung erfolgen würde, käme das Straffreiheitsgesetz vom Juli 1934 nicht zur Anwendung, da unter allen Umständen bei Dr. Magnus und Dr. Bredow Geldstrafen von je über 1000 RM. bestehen bleiben und auch bei Dr. Flesch die Amnestiegrenze von sechs Monaten Gefängnis in jedem Falle überschritten werden wird.

Die Presse

Eine völkerverbindende Aufgabe hat auch die Presse. Daß sie leider zum größeren Teile dieser Aufgabe nicht nachkommt, sondern in unsauberen Händen zu einem Instrument der Lüge und Völkerverhetzung geworden ist, liegt daran, daß noch in der Mehrzahl der Länder das Judentum die Presse regiert und die „Blätterwälder rauschen" läßt. Der Reichspressechef der NSDAP., Pg. Dr. Dietrich, hat das in einer (um die Jahreswende 1937/38 erschienenen) hervorragenden Schrift „Weltpresse ohne Maske" klar zum Ausdruck gebracht und belegt. Er schließt dort seine Ausführungen mit den eindringlichen Worten:

„Weltpresse ohne Maske"

„Hier muß endlich Einhalt geboten werden, wenn nicht unübersehbares Unheil über die Völker hereinbrechen soll!

In klarer Erkenntnis dessen hat der Führer bereits im Mai 1936 von der Tribüne des Reichstages der Welt zugerufen, daß alle Versuche, eine

Milderung der internationalen Spannung zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente erfolgreich vorgebeugt wird.

Der italienische Regierungschef Mussolini sagte kürzlich bei der Zurückweisung einer jener Hetzkampagnen, die sich unaufhörlich über das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland ergießen: ‚Der Sturm der Druckerschwärze und die Überschwemmungen trüber Tintenfluten sind die wahren und wirklich zu fürchtenden Feinde jedes Friedens und jeder europäischen Zusammenarbeit.'

Auch der französische Staatspräsident Albert Lebrun hat auf der Jahrestagung der republikanischen Berufsjournalisten in Paris am 7. Februar 1937 vor dem Mißbrauch der Pressefreiheit eindringlich gewarnt, die zu einer Gefahr werden könne, wenn sie sich durch egoistische Interessen, Leidenschaft oder Haß fortreißen lasse.

Und am 30. Januar 1937 hat der Führer erneut seine warnende Stimme erhoben, indem er erklärte: ‚Es ist unmöglich, zu einer wirklichen Befriedung der Völker zu kommen, solange der fortgesetzten Verhetzung durch eine internationale, unverantwortliche Clique von Brunnenvergiftern und Meinungsfälschern nicht Einhalt geboten wird ...'

Aber bis zum heutigen Tage hat sich kein Weltgewissen gerührt, keine der demokratischen Regierungen ihre Stimme erhoben, um dem papierenen Feind der Menschheit entgegenzutreten! Sie reden dauernd von Völkerverständigung und internationaler Solidarität zur Erhaltung des Friedens. Aber hier, wo sie sich am ehesten und leichtesten verwirklichen ließe, weil hier die Front gemeinsamer Interessen aller Anständigen ohne weiteres gegeben ist, hier schweigen sie! Vielleicht sind sie mir dankbar dafür, daß ich dieses sie selbst so bedrückende Problem, das ihnen ihre eigene ‚Pressefreiheit' bei Lebensgefahr aufzurollen verbietet, hier in aller Lautstärke einmal an das Licht der Öffentlichkeit bringe.

Wir haben keine Angst, dieses Problem öffentlich anzuschneiden. Wir können es uns leisten, auch auf diesem Gebiet offen zu reden und den Stier bei den Hörnern zu packen. Denn wir haben unsere Presse von den Elementen der Zersetzung, von der materiellen Knebelung des Geistes, von den Lügnern und Hetzern längst gesäubert.

Und wenn um das Wohl ihrer Völker besorgte Staatsmänner uns fragen: ‚Wie haben Sie das nur fertiggebracht?' dann wollen wir ihnen gern unser Rezept verraten:

Werft die Juden und unsauberen Geschäftemacher aus der Presse heraus — wie wir es taten — und wir werden ein Wunder erleben! Schaffen wir ein Pressepalästina — aber ohne Korridor —, dann wird jedes Volk Ruhe im Lande und Frieden mit seinen Nachbarn haben!

Entkleidet die Presse, die eine der wichtigsten Funktionen des öffentlichen Lebens im Dienste der Gemeinschaft ist, ihres unwürdigen Charakters als Spielball wirtschaftlicher Mächte!

Erkennt, daß die wirtschaftliche Rentabilitätsfrage der Presse in keinem Lande ein Problem sein kann, das es rechtfertigt, die Presse den Kriegshetzern zu überlassen und die Völker dem Untergang zu überantworten!

Befreit — wie wir es taten — den Geist von den Fesseln des Geldes! Befreit den Schriftleiter von der ‚Pressefreiheit', die keine ist! Gebt ihm dem Staate gegenüber die persönliche Verantwortung für das, was er schreibt! Denn die wahre Freiheit liegt nicht in der Zügellosigkeit, sondern nur in der Verantwortung.

Wenn dieser Gedanke zum kategorischen Imperativ für die Presse aller Länder geworden ist, dann werden die Völker wie befreit von einer Last aufatmen!

Dann wird es ein leichtes sein, durch internationale Presseabkommen — und Nichtangriffspakte jeden Versuch, durch Lüge, Schmähung und Verleumdung der Nationen die Völker in den Krieg zu hetzen, schon im Keime zu ersticken!

Dann wird die Zusammenarbeit der Völker auf allen lebenswichtigen Gebieten sich fruchtbar und segensreich gestalten.

Dann wird mehr für den Frieden der Welt getan sein, als alle Nichteinmischungsausschüsse es jemals zu tun vermöchten!

Und alle anständigen Männer der Presse, ob Journalisten oder Verleger, werden für diese Taten dankbar sein."

Besuch italienischer Journalisten

Das völkerverbindende Wesen der Presse fand in dem Besuch italienischer Journalisten (unter Führung von Ministerialdirektor Dr. Gherardo Casini aus dem italienischen Presse- und Propagandaministerium) eine deutliche Unterstreichung, die am 24. April in Konstanz eintrafen. Bei einem Empfang der Reichsregierung in Berlin sagte Reichsminister Dr. Goebbels zu den italienischen Journalisten:

„Ich begrüße im Namen des Führers und der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes Ihren Besuch in Deutschland. Sie haben Gelegenheit, in Stadt und Land das deutsche Volk und seine Arbeit zu studieren, und auch Sie werden dabei festgestellt haben, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hinter dem Führer und dem Nationalsozialismus steht. Es ist die Gemeinsamkeit unserer beiden Völker, daß sie sich in einer großen Bewegung zusammengeschlossen haben und diese Bewegung tatsächlich der nationale Willensausdruck des Volkes ist, daß darüber hinaus die ganze Nation durch einen Mann repräsentiert wird. Wenn ich die europäische Lage auf einen einheitlichen Nenner zu bringen hätte, so würde ich sagen, daß sich in Europa eine weltgeschichtliche Auseinandersetzung abspielt zwischen den selbstbewußten Völkern und dem Bolschewismus. Wenn unsere Völker von dieser alle Nationen bedrohenden Gefahr bewahrt geblieben worden sind, so verdankt das italienische Volk dies dem Duce, das deutsche Volk seinem Führer Adolf Hitler..."

Erster Reichslehrgang für pressefachliche Fortbildung

Vom 16. bis zum 26. Juni fand in Berlin im Hause der Deutschen Presse der „Erste Reichslehrgang für pressefachliche Fortbildung" statt. Über die Aufgabe dieses und der kommenden Lehrgänge sagte der Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Hauptschriftleiter Pg. Weiß:

„... Wir erblicken die Aufgabe der Reichslehrgänge darin, dem deutschen Schriftleiter die Anwendungsweise nationalsozialistischer Grundgesetze auf dem pressepolitischen und journalistischen Gebiet zu lehren. Wir wollen ihm zeigen, wie eng die nationalsozialistische Lehre mit der nationalsozialistischen Praxis verbunden ist und welche Methode die Presse anzuwenden hat, um diesen Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis täglich von neuem zu dokumentieren..."

Schulungslehrgang der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums und des Amtes Schrifttumspflege

Der inneren Ausrichtung auf dem Gebiet des Schrifttums diente Anfang Mai ein Schulungslehrgang des Amtes Schrifttumspflege des Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP. und der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums in der Gau-

schule Nordkirchen bei Münster. Über die Bedeutung des Lehrganges schrieb die NSK. (Folge 100 vom 3. Mai):

> Neben die berufsständischen, direkten und indirekten Mittler am deutschen Schrifttum ist nach der Machtübernahme durch die Landes- und Kreisdienststellenleiter sowie durch die Lektoren der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums ein politisches Mittlertum getreten. Wie wenig dieses neue politische Mittlertum mit Dilettantismus und Organisationswut zu tun hat, beweist am besten die stetig zunehmende Wirksamkeit der Arbeit, die von der „Mannschaft des deutschen Schrifttums" fortlaufend in den Gauen und Kreisen durchgeführt wird. Eines der wichtigsten Mittel zur Herbeiführung einheitlicher und geschlossener Maßnahmen innerhalb der nationalsozialistischen Schrifttumspolitik bilden die Schulungslehrgänge, in denen von nun an regelmäßig einmal im Jahre die wichtigsten Mitarbeiter der Schrifttumsdienststelle des Amtes des Reichsleiters Rosenberg zusammengefaßt und fortgebildet werden.
>
> Alljährlich im Mai treffen sich die politischen Mittler, unter denen die Angehörigen nahezu aller geistigen Berufe zu finden sind, in einer der schönen Gauführerschulen Deutschlands und schließen sich zu gemeinsamer schrifttumspolitischer Arbeit zusammen...

Der Schulungslehrgang behandelte u. a. Fragen der Erneuerung des Jugendschrifttums sowie einer nationalsozialistischen Geschichtsforschung.

Kantate des Deutschen Buchhandels

Die „Kantate des Deutschen Buchhandels 1937" in Leipzig (April) brachte den großen Arbeits- und Rechenschaftsbericht über die Leistungen des deutschen Buchhandels im vergangenen Jahre. In seiner Ansprache umriß der Präsident der Reichsschrifttumskammer, Staatsrat Johst, die Pflichten des deutschen Buchhändlers, indem er gleichzeitig des Buchhändlers Johann Philipp Palm als des Vorbildes eines deutschbewußten Buchhändlers gedachte:

> „Seid stolz auf Johann Philipp Palm als einen der Eurigen in des Wortes höchster Bedeutung! Möge sein Geist den Buchhandel des neuen Staates beherrschen. Palms Vermächtnis ist schlicht und damit echt deutsch, treu dem Volk und Vaterland, treu den Pflichten des Berufes."

In seiner großen Rede vor den in Leipzig versammelten Buchhändlern stellte Reichsminister Dr. Goebbels fest, daß der Nationalsozialismus sich seit 1933 als der warmherzige Beschützer und Förderer des deutschen Buches erwiesen habe. Verleger und Buchhersteller seien die geistigen Makler und Mittler zwischen Buch und Volk.

> „Hier liegt das letzte Geheimnis allen Erfolges beschlossen. Der Buchhändler ist kein Händler mit Büchern. Will er es sein, so bringt er sich damit um jede ideelle und materielle Gewinnchance.
>
> Denn wo es um geistige Werte geht, kann auch der materielle Gewinner nur von dem errungen werden, der innerlich klar auf diese Werte ausgerichtet ist und somit in diesem Falle seine Aufgabe weniger darin sieht, Bücher wie Handelsobjekte an den Mann zu bringen, als vielmehr darin, das Volk an das Buch als eines der köstlichsten Kulturgüter heranzuführen. Je klarer und kompromißloser sich der Buchhandel kulturelle und kulturpolitische Ziele setzt, desto gefestigter und gesicherter wird daher auch seine materielle Existenz sein."

Dr. Goebbels schloß seine Rede mit den Worten:

„Wenn der deutsche Buchhandel seinen Treuhänderdienst erfüllt, so erfüllt er nicht nur seine nationale Pflicht, sondern dient auch seinen materiellen Interessen. Es gibt für ihn keine bessere Parole, als sich im Dienst am Volke dem Dienst am Buch zu widmen. Das deutsche Volk wird ihm dafür dankbar sein."

Reichstagung der Reichsfilmkammer

Am 5. und 6. März hielt die Reichsfilmkammer ihre erste Reichstagung in der Krolloper in Berlin ab. In seinem Vortrag über die Eigengesetzlichkeit des Films wies der Präsident der Reichsfilmkammer, Professor Dr. Lehnich, darauf hin, daß nunmehr, nachdem in den letzten vier Jahren der deutsche Film auf eine völlig veränderte Grundlage gestellt worden und die volksfremden Elemente ausgeschieden seien, die Voraussetzungen für die Entstehung von Filmen mit wahrhaft deutschem Charakter gegeben seien.

Man scheue sich zum Teil zwar immer noch, gegenwartsnahe Stoffe zu bearbeiten und ziehe sich lieber auf nichtssagende Themen zurück. Man suche im Ausland nach Stoffen, anstatt die geistigen Kräfte des Volkes zu mobilisieren. Einen durchschlagenden Erfolg erzielten aber nur solche Filme, die einen klaren nationalen Charakter trügen und das Spiegelbild des Wesens eines Volkes seien.

Diese nationale, ethisch-charakterliche Seite des Films wurde in sämtlichen Referaten als dringliche Forderung betont.

Organisatorische Änderungen in der Filmproduktion

Im Sinne dieser Forderungen an den Film wurden die großen deutschen Filmproduktionsfirmen Universum-Film-Aktiengesellschaft (Ufa) und die Tonbild-Syndikat-Aktiengesellschaft (Tobis) neu organisiert, wobei insbesondere den Schauspielern durch Berufung in einen besonders gebildeten Kunstausschuß des Unternehmens maßgebender Einfluß auf die künstlerische Leitung gewährt wurde.

Gemeinschaftsfilme mit Italien und Japan

Wieviel wertvoller ein Film durch Betonung des nationalen Charakters wird, dafür gaben eindrucksvolle Beweise der deutsch-japanische Gemeinschaftsfilm „Die Tochter des Samurai" von Dr. Arnold Franck, der in deutsch-italienischer Gemeinschaftsarbeit geschaffene Film Luis Trenkers „Condottieri" und auch der italienische Film „Mario", der (wie seinerzeit der „Hitlerjunge Quex" für die Hitler-Jugend) das Kampferlebnis der faschistischen Jugend darstellte.

Die Prädikatsverteilung bei Spielfilmen

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda regelte die Prädikatsverteilung für deutsche Spielfilme folgendermaßen:

Es gibt fünf Prädikate:

1. „staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll",
2. „staatspolitisch und künstlerisch wertvoll",
3. a) „staatspolitisch wertvoll",
   b) „künstlerisch wertvoll",
4. „kulturell wertvoll",
5. „volksbildend".

Das Prädikat „Staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll" wird danach in Zukunft nur Filmen verliehen, die der nationalsozialistischen Auf-

fassung vom deutschen Filmschaffen in besonders hervorragendem Maße gerecht werden. (VB. 26. März.)

4. Reichs-Theaterfestwoche

Auf dem Gebiet des deutschen Theaters ist die 4. Reichs-Theaterfestwoche (13. bis 19. Juni) hervorzuheben, die der Präsident der Reichstheaterkammer, Dr. Rainer Schlösser, im Rahmen eines Festaktes im Kölner Theatermuseum eröffnete. Sie gab wiederum Rechenschaft über den Stand der deutschen Theaterkultur. Sechs Städte im deutschen Westen, Köln, Düsseldorf, Bochum, Duisburg, Essen und Worms, waren Schauplatz von Festvorstellungen, Kundgebungen und Arbeitstagungen dieser größten und repräsentativsten Jahresversammlung des deutschen Theaterlebens. Gleichzeitig hielt die Reichstheaterkammer in Düsseldorf ihre Jahrestagung am 14. Juni ab, auf der Pg. Dr. Goebbels im Anschluß an den Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr die Einrichtung einer Altersversorgung für alle Kulturschaffenden verkündete. Hierfür sollen alle deutschen Theater einen kleinen Betrag für jeden Platz an die Altersversorgung abführen.

Jahrestagung der Reichstheaterkammer

Altersversorgung für alle Kulturschaffenden

Weiter verkündete er die Wiedereinführung der freien, provisionsberechtigten und von der Reichstheaterkammer zugelassenen Einzelvermittlung für die Schauspieler, nachdem der einheitliche „Bühnennachweis" nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe.

Tagung der Reichsmusikkammer

Im Rahmen der Gaukulturwoche des Gaues Magdeburg-Anhalt fand am 20. März eine Tagung der Reichsmusikkammer in Dessau statt, wo der Präsident der Reichsmusikkammer, Professor Dr. Peter Raabe, zu den Gegenwartsfragen des deutschen Musiklebens grundsätzlich Stellung nahm und u. a. den Wert der Musik als menschliche Verinnerlichung und Glücksquelle unseres Volkes kennzeichnete! — Höhepunkte deutschen Musiklebens waren u. a. das Deutsche Musikfest (vom 23. bis 29. April in Wiesbaden), das zweite Internationale Musikfest, das am 19. März in Baden-Baden eröffnet wurde, das Dresdner Musikfest, das am 23. Mai begann. — Eine erhebende Feierstunde war der festliche Staatsakt am 6. Juni, in dessen Rahmen in Anwesenheit des Führers die Büste Anton Bruckners in der Walhalla bei Regensburg mit einer Gedenkrede Reichsministers Pg. Dr. Goebbels eingeweiht wurde. So wurde Anton Bruckner auch äußerlich aufgenommen in die Zahl der großen Geister des deutschen Volkes, dem sein Werk ein nationales Vermächtnis bedeutet. —

Veranstaltungen des deutschen Musiklebens

Bruckner-Feier in der Walhalla bei Regensburg

Vereinigung der NS.-Kulturgemeinde mit der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"

Am 29. Juni meldete der „Völkische Beobachter":

Auf Grund des kürzlich veröffentlichten Abkommens der Reichsleiter Alfred Rosenberg und Dr. Robert Ley über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kulturorganisation wurden die NS.-Kulturgemeinde und die Ämter „Feierabend" und „Deutsches Volksbildungswerk" im

Rahmen der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zusammengeschlossen.

— womit eine weitere Vereinheitlichung und Konzentrierung der kulturellen Kräfte erreicht war. —

Wissenschaftliche Veranstaltungen

Eine große Anzahl wissenschaftlicher Tagungen und Veranstaltungen zeigte die befruchtende Wirkung des Nationalsozialismus auch auf dem Gebiet der Wissenschaft, insbesondere der Geschichtswissenschaft — und es sei hier aus der ersten Jahreshälfte nur kurz erwähnt: Am 12. Mai trat im Großen Senatssaal der Universität München das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland zur zweiten Jahrestagung seiner Forschungsabteilung „Judenfrage“ zusammen. — Vom 18. bis zum 20. Mai fand in Gelsenkirchen die 10. Germanenkundliche Reichstagung der „Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte“ im Rahmen der Gemeinschaft „Das Deutsche Ahnenerbe“ statt. — Im Juni veranstaltete der Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte eine große Arbeitstagung, in deren Rahmen das Museum für Niederrheinische Vorgeschichte in Hamborn neu eröffnet wurde. — Nachdem bereits am 29. Mai in Halle an der Saale die Feier des 250jährigen Jubiläums der Deutschen Akademie der Naturforscher unter stärkster Beteiligung der Naturwissenschaftler des In- und Auslandes in festlichem Rahmen eröffnet worden war, beging die Universität Göttingen vom 25. bis zum 28. Juni das Fest ihres 200jährigen Bestehens. In seiner großangelegten Festrede betonte Reichsminister Rust die rassische Bedingtheit der Wissenschaft. Er sagte u. a.:

Rede des Reichsministers Rust in Göttingen

„... Der Nationalsozialismus gründet sein ganzes Tun und Handeln auf der Erkenntnis der ewigen Gesetze des natürlichen Daseins. Daraus erklärt sich seine lebendige Anteilnahme an einer neuen Wissenschaft, deren Aufgabe keine andere ist, als eben diese ewigen Gesetze zu erforschen.

Für uns ist die Rasse nicht nur der Gegenstand einer nach ihr benannten positiven Disziplin, sondern das fruchtbare und tragende Prinzip der gesamten Wissenschaft vom Menschen.

Die Biologie ist älter als der Nationalsozialismus. Aber sie wußte selbst nicht, welchen Schatz sie gefunden hatte. Der ursprüngliche Impuls der modernen Wissenschaft reichte nicht aus, um die Lehre von der Vererbung zu einer wirklich neuen Lehre vom Menschen zu entwickeln. Hier zeigt sich der fruchtbare Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Nationalsozialismus: Wir sind nicht diejenigen, die sich darauf beschränken, die Wissenschaft zu dulden und uns mit ihr zu vertragen, oder im äußersten Falle die Verträglichkeit unserer Weltanschauung mit der Haltung freier Wissenschaft unter Beweis zu stellen.

Mit dem Nationalsozialismus bricht das lange verschüttete Bewußtsein für die Rasse als dem Quell unseres ganzen Daseins wieder auf. Gerade die Wissenschaft erhält von dieser Entdeckung einen entscheidenden revolutionären Anstoß. Denn der Rassegedanke ist dazu berufen, die Scheidewände, die das Denken der hinter uns liegenden Epochen zwischen dem Reich des Geistes und der Natur aufgerichtet hat, niederzureißen...“

Gleichzeitig wurde die Wissenschaft dazu aufgerufen, ihre Leistung in den brennenden Gegenwartsfragen des ganzen Volkes einzusetzen — wie es der badische Staatsminister Pg. Dr. Wacker am 29. Juni beim

Hochschultag in Göttingen

Hochschultag in Göttingen zur Gesamtheit der deutschen Hochschulen sagte:

„Der Staat als Erhalter und Pfleger der Wissenschaft tritt an diese heran, um den prometheischen Geist einmal aufzurufen, ihm zu helfen bei der Lösung der dringendsten Lebensfragen des deutschen Volkes, in einem Augenblick, in welchem die große letztliche Auftraggeberin von allen, die Volksgemeinschaft, bedroht ist infolge ihres ungenügenden oder zu armen Lebensraumes."

Reichsforschungsrat

In diesem Geiste wurde am 25. Mai in Gegenwart des Führers und des Pg. Hermann Göring die Eröffnungssitzung des am 16. März durch Reichsminister Rust gegründeten Reichsforschungsrates durchgeführt. Der Reichsforschungsrat, dessen Präsident der General der Artillerie Becker ist, soll die Forschung in den Dienst des Lebens der Nation stellen.

(Im gleichen Geiste war am 18. Juni an der Technischen Hochschule Berlin zum ersten Male in Deutschland ein Lehrstuhl für Elektrizitätswirtschaft errichtet worden.) —

Deutsche Olympia-Ausgrabungen

Schließlich seien als Kulturtat noch die deutschen Olympia-Ausgrabungen in Griechenland hervorgehoben. Anläßlich der Olympischen Spiele im Vorjahre in Berlin (siehe Band 1936, Seite 173ff.) hatte Adolf Hitler erklärt, daß Deutschland die notwendigen und für die Geschichte der Menschheit so bedeutenden Ausgrabungen in Olympia wiederaufnehmen wird. Zur feierlichen Eröffnung der Ausgrabungen war Reichsminister Rust am 6. April 1937 in Athen eingetroffen. Am 10. April nahm er die Eröffnung durch den ersten Hackenschlag selbst vor. Und der griechische Kultusminister Georgakopulos sagte in seiner Ansprache:

„Der Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler, will das edle Werk fortsetzen, das an dieser Stelle vor 62 Jahren begonnen wurde. Sein hervorragender Mitarbeiter, Reichsminister Rust, befindet sich heute unter uns, um die feierliche Wiedereröffnung zu vollziehen. Der Führer und Reichskanzler gewährte den deutschen Archäologen die Mittel zur Fortsetzung der Ausgrabungen. Dieser große Entschluß setzt tiefes Verständnis des olympischen Geistes beim deutschen Volk und die Liebe der Deutschen zur olympischen Idee voraus.

Außer den berühmten Ausgrabungen in Olympia kann Deutschland auf ein anderes unvergleichliches Werk hinweisen, nämlich auf die Durchführung der 11. Olympischen Spiele in Berlin. Niemals wurden seit ihrem Wiederaufleben die Spiele in solcher Würde begangen, wie in der Hauptstadt des Deutschen Reiches, wo die große Glocke des Stadions mit ihrem ehernen Klange die Jugend der Welt zusammenrief...

Verdankt man jedoch den deutschen Archäologen die Wiederentdeckung der heiligen olympischen Stätte, so gebührt dem gesamten deutschen Volke und seiner Kultur der Ruhm der Wiederbelebung des olympischen Geistes. Das griechische Volk bewundert den Beitrag, den Deutschland der olympischen Idee leistete und fühlt sich zu tiefem Dank verpflichtet..."

4. Abschnitt:

Die Leibesübungen im Jahre 1937

Der gewaltige Erfolg der auch vom griechischen Kultusminister besonders hervorgehobenen Olympischen Spiele 1936 in Berlin (siehe Band 1936, Seite 173ff.) ergab eine ideale Grundlage für die sportliche Arbeit des darauf folgenden Jahres. Deutschlands Sieg über die Herzen der Gäste aus aller Welt und sein Sieg im sportlichen Kampf waren kein Augenblickserfolg, sondern gaben den Anstoß zu weiterer Ausbreitung des sportlichen Gedankens, zu unaufhörlicher Leistungssteigerung, zur Erfüllung der gesamten Nation mit dem Streben nach körperlicher Gesundheit, Kraft und Schönheit. Jahns Wunschtraum von einem großen deutschen Volk in Leibesübungen, dieses Ziel, das auch der Reichssportführer von Tschammer und Osten sich gesetzt hat, rückte im Jahre 1937, dem „zweiten der deutschen Olympiade", ein gutes Stück näher. Die organisatorische Einheit des deutschen Sports war hergestellt worden. Es galt aber auch, den Sport fest im Volke zu verankern, um es zwangsläufig — ohne den Grundsatz der Freiwilligkeit aufzugeben — an die Leibesübungen heranzuführen.

Die Leibesübungen als Gemeingut des ganzen Volkes

Über die Gliederungen der Bewegung und über die Deutsche Arbeitsfront ist dies in weitgehendem Maße bereits geschehen. Auf dem so eingeschlagenen Wege wird das Ziel in nicht allzu ferner Zeit erreicht sein. Und am Jahresende konnte der Reichssportführer feststellen:

> „Das Jahr 1937 war für den deutschen Sport ein Jahr der inneren Ausrichtung, aber auch ein Abschnitt organischer Weiterentwicklung. Das Fundament der deutschen Leibeserziehung wurde verbreitert durch die tatkräftige Einrichtung der Sportgemeinschaften in den Betrieben. Die Hitler-Jugend machte neben der von ihr eifrig betriebenen Förderung der Breitenarbeit die Sache des Leistungssports zu der ihrigen, die Organisationen der Partei entwickelten den planmäßigen Einsatz ihrer Mitglieder im Rahmen der Leibesübungen mit Erfolg weiter. Wehrmacht und Polizei schritten mit bewährter Sachkenntnis auf dem Wege der sportlichen Entwicklung fort. Die große Selbstverwaltungsorganisation des deutschen Sports, der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen, wuchs zu einer innerlich geschlossenen, nationalsozialistisch ausgerichteten Erziehungsgemeinschaft zusammen."

Die hier aufgezählten Erfolge wurden im einzelnen folgendermaßen erzielt:

Der Betriebssport

Der Betriebssport wurde durch eine zu Jahresbeginn angesetzte Werbeaktion unter dem Motto: „Sport im Betrieb" vorwärtsgetrieben. Der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley selber setzte sich mit Nachdruck für den Bau von Schwimmbädern, Turn- und Sporthallen und Spielplätzen der Betriebe ein, um allen deutschen Menschen, auch denen, die bisher Leibesübungen nicht betrieben haben, die Möglichkeit zu geben, an ihrer Arbeitsstelle regelmäßig Leibesübungen zu treiben und durch solchen notwendigen Ausgleich gesund und leistungsfähig zu bleiben bis ins hohe Alter. Zahlreiche Betriebsführungen haben erfreulicherweise eingesehen, daß die Schaffung geeigneter Übungsstätten und Einrichtung von Betriebssportkursen im wohlverstandenen Eigeninteresse liegt, da eine deutlich fühlbare Produktionssteigerung die Folge ist. Und es muß dahin kommen, daß jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau in der Lage ist, an Ort und Stelle Betriebssport zu treiben, wobei es jedem freisteht, ob er sich auch wettkampfmäßig (in der Betriebswettkampfgemeinschaft) betätigen will. In Gemeinschaft mit dem Amt „Schönheit der Arbeit" bemüht sich das Sportamt der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (das vom Reichssportführer geleitet wird), den Gefolgschaften der Tausende von Betrieben, wo der Betriebssport noch nicht verwirklicht worden ist, die diesem entgegenstehenden räumlichen oder sonstigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Auf einer Großkundgebung für den Gedanken des Betriebssports am 30. Juni in Berlin sprachen der Reichssportführer und der Reichsorganisationsleiter zu den versammelten zehntausend Arbeitern und Angestellten eines bedeutenden Werkes und warben für die neue Form der Leibesübungen, die ihren Vorläufer in der verhältnismäßig kleinen Anzahl von Firmen-Sportvereinen hat, wie sie in einzelnen Städten schon bestanden. Jetzt aber geht es darum, auch den letzten Mann zur freiwilligen Teilnahme an den Betriebssportkursen zu gewinnen.

KdF.-Sportkurse

Wo solche noch nicht bestehen, laden die Kurse des KdF.-Sportamts zur Teilnahme am Feierabend ein. Für billiges Geld und unter der Leitung geprüfter Übungswarte kann hier jeder jede Sportart treiben und damit seine Leistungsgrenze erheblich heraufsetzen. Nirgendwo wird ja, wie der Reichssportführer einmal sagte, das großartige Wort Dr. Leys — Kraft durch Freude — sinnvoller Wirklichkeit als im Raum der Leibesübungen.

Sportarbeit auf dem Lande

Eine besondere Aufgabe bildet die Sportarbeit auf dem Lande, die bei der rassischen und völkischen Bedeutung des deutschen Bauern einerseits, seiner schweren, den Körper häufig überbeanspruchenden

Tätigkeit anderseits ein dringendes Erfordernis ist. In unermüdlichem Kleinkrieg mit den verschiedenen Widerständen — bäuerliches Mißtrauen gegen das Neue, Zeitmangel, Fehlen von Übungsstätten und Sportgerät — haben sich die vom Reichsbund ausgesandten Wandersportlehrer langsam durchgesetzt. Immer größer ist im Jahre 1937 die Zahl der Teilnehmer an den Landsportkursen geworden, immer mehr Dörfer lernten die „Allgemeine Körperschule“ und die „Fröhliche Gymnastik und Spiele“ kennen — zum Segen des deutschen Volkes, das nur dann ohne Einschränkung auf seinen bäuerlichen Blutsquell vertrauen kann, wenn unser Landvolk auch durch Ausgleichssport und Hygiene in einen physisch einwandfreien Zustand gebracht wird. Eine der Forderungen, die erhoben werden müssen, wenn das Ziel erreicht werden soll, lautet darum: Jedem Dorf sein Schwimmbad! Die Hessische Landesregierung unter der tatkräftigen Führung von Gauleiter und Reichsstatthalter Sprenger ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat durch ihre Bemühungen erreicht, daß jede dritte Gemeinde über eine Schwimmanlage verfügt. Nach diesem Vorbild ist man auch in den anderen Teilen des Reiches eifrig am Werke.

Sport in den Gliederungen der NSDAP.

Gewaltig vorangekommen sind wir mit der sportlichen Breitenarbeit in den Gliederungen der Bewegung. Durch sie ist erst die Erfüllung der ganzen Nation mit der Leibesübung als völkischer Notwendigkeit möglich. Zugleich aber gibt diese Verbindung von Bewegung und Sport der Leibeserziehung ihre zielbewußte Ausrichtung. In einem NSK.-Gespräch (veröffentlicht am 19. Mai) erklärte der Reichssportführer:

> „Die Leibesübungen des deutschen Volkes sind nicht eine vorwiegend technische Aufgabe, sondern durch deutsche Leibesübungen werden deutsche Menschen geformt. Diese Menschenformung hat allein nach den Grundsätzen der Partei zu erfolgen.“

Entsprechend diesem Grundsatz hat die Partei sich in allen ihren Gliederungen mit ganzer Kraft für die sportliche Arbeit der in ihnen zusammengeschlossenen Männer und Frauen, Jungen und Mädel eingesetzt, unter enger Zusammenarbeit mit dem Reichsbund für Leibesübungen. (Zu berücksichtigen sind hierbei freilich die wehrsportlichen Sonderaufgaben in SA. und SS.) Diese scheinbare „Zersplitterung“ des deutschen Sports ist in Wahrheit seine Stärke: bei reibungsloser Organisation wirkt die Vielfalt, die an den einzelnen im Beruf, im Dienst, am Feierabend herantritt als Anreiz, dem sich auch der Gleichgültigste auf die Dauer nicht verschließen wird.

Aus der Sportarbeit der Partei sollen einige bemerkenswerte Daten hervorgehoben werden:

Leibesübungen in der HJ.

Die Hitler-Jugend, deren sportliche Erziehung durch das Abkommen vom 28. Juli 1936 (siehe Band 1936, Seite 175 bis 176) ge-

regelt und gesichert worden ist, erhielt durch die erstmalig beim Reichsparteitag 1937 in Nürnberg ausgetragenen Endkämpfe des Mannschaftsmehrkampfes und der Jugendmeisterschaften — beide in Leichtathletik und Schwimmen — Gelegenheit, ihren Kampfgeist und ihr Leistungsstreben unter Beweis zu stellen. Die Vorkämpfe begannen schon im frühen Sommer bei HJ., Jungvolk, BDM. und Jungmädeln. Nur die Besten, die bei den Fähnlein- bzw. Gefolgschaftskämpfen, Bann- bzw. Jungbannkämpfen und endlich Gebietswettkämpfen die Ausscheidungsrunden siegreich durchlaufen hatten, durften zu den Kampfspielen antreten.

Die Körperertüchtigungspflicht, die für den BDM. gilt, wurde in einem gemeinsamen Aufruf des Reichsjugendführers und des Reichssportführers Anfang Mai an alle deutschen Mädels zwischen 17 und 21 Jahren herangetragen. „Treibt Sport", hieß es darin, „trainiert eure Körper, werdet gesund und widerstandsfähig und wachst so zu gesunden, einsatzwilligen, selbstbewußten Frauen heran!" Die körperliche Schulung der weiblichen Jugend unterscheidet sich natürlich von der der männlichen, die — nach dem Willen des Führers — „zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl" werden soll und daher in Grundschule und Leistungssport dieses Ziel zu erreichen sucht. Durch einen Aufruf (28. Mai), in dem die Worte stehen: „Es ist mein Wille, daß die gesamte deutsche Jugend sich einmal im Jahre einer großen sportlichen Leistungsprüfung unterzieht und mit dieser vor der ganzen Nation Zeugnis ablegt von der Kraft und Unbesiegbarkeit des Volkstums", erklärte der Führer den Reichssportwettkampf der Hitler-Jugend „zu einem ständigen, sich jährlich wiederholenden Fest der deutschen Jugend". Schon die ersten HJ.-Kampfspiele in Nürnberg brachten ganz hervorragende Leistungen und bewiesen, daß der eingeschlagene Weg der richtige ist.

Reichssportwettkampf der Hitler-Jugend

Verfügung des Führers über das SA.-Sportabzeichen

Der SA.-Sport erhielt eine noch schärfere wehrsportlich-weltanschauliche Ausrichtung durch eine Verfügung des Führers über das SA.-Sportabzeichen am 18. März, die folgenden Wortlaut hat:

> „Durch meine Verfügung vom 15. Februar 1935 habe ich das SA.-Sportabzeichen als das Mittel für eine kämpferische Schulung des Leibes und für die Pflege des wehrhaften Geistes in allen Teilen des Volkes bestimmt.
>
> Um zu erreichen, daß die Wehrtüchtigkeit der Träger des SA.-Sportabzeichens bis ins hohe Alter erhalten bleibt, ermächtige ich den Stabschef der SA., durch Ausführungsbestimmungen den weiteren Besitz des SA.-Sportabzeichens von der Ableistung bestimmter Wiederholungsübungen abhängig zu machen. Des weiteren erhebe ich das Leistungsbuch des SA.-Sportabzeichens zu einer Urkunde, die Aufschluß gibt über die körperliche Leistungsfähigkeit und charakterlich weltanschauliche Haltung des Inhabers des SA.-Sportabzeichens.
>
> Adolf Hitler."

Die Ausführungsbestimmungen des Stabschefs machten dementsprechend die Verleihung der Urkunde von der Rassereinheit (nach den Anforderungen der NSDAP.) und nationalsozialistischer Weltanschauung abhängig und änderten die Berechtigung zum Tragen des Bronzenen SA.-Sportabzeichens dahingehend ab, daß diese jetzt nur bei jährlicher Wiederholung besteht; das Silberne wird nach fünf, das Goldene SA.-Sportabzeichen nach sechs Jahren verliehen. Zum dauernden Besitz von Urkunde und Abzeichen ist aber dauernde körperliche und charakterliche Leistungsfähigkeit nötig. Darin liegt die entscheidende Bedeutung des neugestifteten SA.-Sportabzeichens, das nach wie vor von jedem Volksgenossen, der die Bedingungen erfüllt, erworben werden kann.

Die NS.-Kampfspiele und die Reichswettkämpfe der SA.

In monatelanger Arbeit bereiteten sich die SA.-Männer in allen Gauen auf die große Bewährungsprobe in Nürnberg — die NS.-Kampfspiele — vor. Als Generalappell hierzu — als welcher sie von nun an eine ständige Einrichtung bleiben werden — und glänzende Leistungsschau fanden vom 13. bis zum 15. August im Berliner Olympia-Stadion die Reichswettkämpfe der SA. statt. In wehrsportlichen, leichtathletischen Einzel- und Mehrkämpfen, im Schwimmen, Reiten, Fechten, Schießen und Gelände-Motorradfahren, im Boxen und Gewichtheben, in Fuß- und Handball zeigten die SA.-Männer und SA.-Führer ihre Willenskraft, ihre körperliche Einsatzfähigkeit und nicht zuletzt ihren frohen Kameradschaftsgeist. Die Gemeinschaftsleistung stand im Vordergrund, aber auch ausgezeichnete Einzelleistungen gab es zu sehen. — Und doch waren die Reichswettkämpfe in Berlin nur der Auftakt zu dem Ereignis: den NS.-Kampfspielen (6. bis 12. September) beim Reichsparteitag in Nürnberg! Wie die HJ. ermittelte auch die SA. in Ausscheidungskämpfen die leistungsstärksten Vertreter — und wie bei den Jugendwettkämpfen gab es auch bei den Männern ganz überraschend gute Leistungen, obwohl nicht der Spitzensport im Vordergrund stand. Nicht nur in den rein wehrsportlichen Übungen, sondern auch in den leichtathletischen und anderen Kämpfen zeigte die SA. im Wettbewerb mit den anderen Organisationen — Wehrmacht, Arbeitsdienst, Polizei, SS, NSKK., NSFK. — hervorragende Leistungen. Auf Einzelergebnisse einzugehen, ist nicht möglich, läge auch nicht im Sinne der Kampfspiele, die in erster Linie Mannschaftskämpfe sind — und bleiben sollen, wenn ihr Rahmen auch in Zukunft noch erheblich weiter gesteckt werden wird. —

Akademische Weltspiele in Paris

Die kurz vor den Nürnberger Kampfspielen zu Ende gegangenen Akademischen Weltspiele in Paris (22. bis 29. August) hatten unseren Studenten und Studentinnen großartige Erfolge gebracht. Nicht weniger als 30 Weltmeistertitel entfielen auf Deutschlands Ver-

treter in der Leichtathletik, im Schwimmen, Rudern, Boxen, Fechten, Tennis, Schießen, Fußball und Hockey, womit Deutschland zum Gesamtsieger der 7. Studentischen Weltspiele wurde.

1. Brandenburgisches Turn- und Sportfest

Ein großes Sportfest im Reich, an dem verschiedene Sportarten beteiligt waren, stellte das 1. Brandenburgische Turn- und Sportfest (am 27. Juni in Berlin) dar. Doch bevor wir uns den einzelnen Sportzweigen und den deutschen Erfolgen zuwenden, muß noch kurz auf einige organisatorische und die Olympischen Spiele betreffenden Ereignisse eingegangen werden:

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Reichsakademie für Leibesübungen

Als Wichtigstes ist hier der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Reichsakademie für Leibesübungen" vom 7. April zu nennen, durch den die ein Jahr zuvor gegründete Reichsakademie für Leibesübungen zur Reichsbehörde erklärt und der Reichssportführer zu ihrem Präsidenten ernannt wird: Mit dieser Neuordnung wird die Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht. Über die Aufgaben der Reichsakademie heißt es in einer amtlichen Mitteilung:

> Die Reichsakademie dient der Förderung der deutschen Leibesübungen durch Lehre und Forschung im Geiste des Nationalsozialismus. Sie erfüllt diese Aufgabe neben wissenschaftlicher Lehr- und Forschungsarbeit vor allem dadurch, daß sie
>
> 1. besonders geeigneten staatlichen Lehrern der Leibeserziehung eine reichseinheitliche Führerausbildung vermittelt,
>
> 2. den im freien Beruf tätigen Turn- und Sportlehrern eine praktisch und wissenschaftlich vertiefte Berufsausbildung gewährt,
>
> 3. Fortbildungslehrgänge für die Angehörigen der Organisationen, die auf dem Gebiet der Leibesübungen und körperlichen Erziehung tätig sind, veranstaltet. —

Neue Sportordnung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen

Die neue Sportordnung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen trat mit dem 1. September in Kraft. In der Einführung heißt es, daß sie auf den ungeschriebenen Gesetzen der Kameradschaft, Ritterlichkeit und Ehre beruht und daß die Ordnungsbestimmungen in diesem Sinne anzuwenden und auszulegen sind; zu ahnden sind daher nicht allein Verstöße gegen den Buchstaben dieser Ordnung, sondern besonders Verletzungen der genannten Grundgesetze der deutschen Leibesübungen.

Polizeisport

Ein Abkommen zwischen dem Reichssportführer und dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei organisierte den Polizeisport neu, indem es zwischen dienstlichem und außerdienstlichem Sport unterschied. Durch letzteren, der in den Polizeisportvereinen gepflegt wird, soll allen — auch den älteren — Polizeibeamten Gelegenheit gegeben werden, sich planmäßig körperlich zu schulen, um sich die für ihren Beruf unerläßliche Elastizität zu erhalten.

Am 25. Oktober feierte der Schöpfer des neuen deutschen Sports, Hans von Tschammer und Osten seinen 50. Geburtstag. Deutschlands Gesamtsieg bei den Olympischen Spielen 1936 haben den Erfolg seiner Arbeit ins hellste Licht gerückt. Mit tiefer Dankbarkeit und den besten Wünschen für sein weiteres Wirken begrüßten ihn an diesem Tage alle Sportkameraden im Reich. Der Führer stattete ihm seinen Dank und Glückwunsch bei einem Empfangsabend in der Reichskanzlei inmitten der dort versammelten hervorragendsten deutschen Sportler und Sportlerinnen ab. —

Die Verdienste des Reichssportführers

Eine Trauerbotschaft folgte wenige Tage später: Baron Pierre de Coubertin, der Vorkämpfer und Begründer der modernen Olympischen Spiele, starb plötzlich am 4. November im 75. Lebensjahr. Sein Name wird für immer mit den alle vier Jahre stattfindenden Festen des Friedens, zu denen sich die Jugend der Welt trifft, verbunden bleiben. Wir erinnern uns auch der freudigen Zustimmung, mit der der greise Organisator die Durchführung der letzten Olympischen Spiele durch das nationalsozialistische Deutschland begrüßte, weil er in ihr die Vervollkommnung seiner olympischen Idee erkannte. In einem Nachruf („Völkischer Beobachter" vom 6. November) widmete der Reichssportführer dem Baron de Coubertin abschließend folgende Worte:

Baron Pierre de Coubertin †

„Es ist dem deutschen Sport ein inniges Bedürfnis, das Andenken dieses Mannes zu wahren. Der Platz vor dem Reichssportfeld trägt seinen Namen. In der Ehrenhalle hängt, von Künstlerhand geschaffen, sein Bildnis. Und seinen letzten, an mich vor wenigen Wochen gerichteten Willen, weiterhin Hüter und Mehrer der olympischen Idee zu sein, wollen wir getreulich erfüllen."

Schon ein Jahr nach den Berliner Olympischen Spielen begannen Deutschlands Vorbereitungen für die des Jahres 1940, die in Tokio stattfinden sollen. Sie konnten auch durch die Deutschlandhetze des amerikanischen „Sportführers" Mahoney nicht beeindruckt werden, der erfreulicherweise durch den Präsidenten des Internationalen Leichtathletik-Verbandes, den Schweden Edström, energisch in einem Schreiben zurechtgewiesen wurde. — Anderseits nahm der Reichssportführer wieder Gelegenheit (zum Beispiel anläßlich einer Englandreise), für die internationale Sportfreundschaft zu werben und erfolgreich für die Zusammenarbeit einzutreten. Denn — wie sagte doch der frühere französische Marineminister Piétry in einem Aufsatz der „Deutschen Zeitung in Frankreich" anläßlich der Weltausstellung über den Sport? „Ich halte ihn für einen der mächtigsten Förderer der Eintracht und der Freundschaft zwischen den Völkern."

Olympiavorbereitungen für Tokio

Zur Sportkameradschaft der Nationen

Doch nun zu den Resultaten, die Deutschland im Kampf mit anderen Nationen erzielen konnte. Auf fast jedem Gebiet hatten wir

wieder den Erfolg für uns. Im einzelnen schnitten unsere Vertreter folgendermaßen ab:

Fußball

Bei den Rasenspielen hatten wir ein besonders gutes Jahr. Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft begann zwar nicht allzu verheißungsvoll mit einem Unentschieden (2:2) gegen Holland, siegte dann aber überlegen 4:0 gegen Frankreichs Nationalelf, setzte sich mit 3:2 gegen Luxemburg, 1:0 gegen Belgien, 1:0 gegen die Schweiz durch, kam zu einem Bombensieg (8:0) gegen Dänemark, schlug die Mannschaften Lettlands, Finnlands und Estlands mit 3:1, 2:0 und 4:1 und beendete ihre Erfolgserie mit einem großartigen 5:0-Sieg gegen unseren alten skandinavischen Widersacher, die Schweden. Insgesamt war Deutschland damit die erfolgreichste Fußball-Nation der Welt. Weitere internationale Begegnungen kamen mit den Vertretern Englands zustande, und zwar mußte sich unsere Studentenauswahlelf im Mutterlande des Fußballsports, von den Engländern ehrenvoll mit 1:0 geschlagen bekennen, während die Berufsspieler der englischen Meistermannschaft von Manchester City bei ihren „Schulspielen" in Deutschland schwer zu kämpfen hatten, in Berlin sogar mit 3:2 geschlagen wurden. Es sei hier auch an die erfolgreiche Wettkampfreise einer Fußballmannschaft der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt und den Gegenbesuch englischer Schulmannschaften erinnert. Den Sieg der deutschen Studenten-Fußballmannschaft bei den Akademischen Weltspielen in Paris erwähnten wir schon. — Von bedeutsamen Begegnungen zwischen deutschen Mannschaften seien der 3:1-Sieg Berlins in Danzig, der Erfolg des VfB. Leipzig über Schalke 04 im Endspiel um den Tschammerpokal und — aus besonderem Anlaß — das im November mit 6:1 Toren von Berlin gegen Hamburg gewonnene Spiel genannt; letzteres vermittelte nämlich das Erlebnis, einem 100fachen Jubiläum beizuwohnen: Hanne Sobek lieferte sein hundertstes Spiel in der Berliner Gaumannschaft — ein einzigartiger Rekord sportlichen Lebens und sportlicher Gesinnung!

Handball

Unsere Handballspieler gewannen ihre Länderspiele sämtlich überlegen — gegen Österreich in Wien 15:6 (wobei es zu stürmischen Demonstrationen für die reichsdeutschen Spieler und leider auch zu von der Regierung verschuldeten Zwischenfällen kam), in Halle a. d. S. 17:5, gegen Ungarn 20:5, gegen Dänemark 6:3 und gegen Schweden 21:6.

Rugby

Im Rugby gab es leider außer der obligaten Niederlage gegen Frankreich (diesmal mit 6:27), das nach wie vor unser Lehrmeister in diesem schönen Mannschaftssport ist, auch eine 7:9-Niederlage gegen Italien, gegen das unsere Nationalmannschaft noch zu Jahres-

beginn mit 6:3 erfolgreich gewesen war. Dagegen wurden Belgien und Rumänien hoch mit 30:3 und 34:6 geschlagen. — Weitere französische Siege gab es bei der Begegnung in Grenoble zwischen einer Alpengaumannschaft und unserer Länderfünfzehn (13:0) und beim Rugbykampf der Berliner und Pariser Universitätsmannschaften in Berlin, den die Gäste mit 24:14 gewannen.

Hockey

Einen sehr schönen Erfolg errang Deutschlands Hockey-Nationalmannschaft auf dem Pariser Weltausstellungsturnier, wo sie den ersten Platz besetzte (6:0 gegen Belgien, 3:0 gegen die Schweiz, 5:3 gegen Frankreich). Vorher gewann sie in Brüssel gegen Belgien 5:1. Demgegenüber stehen unentschiedene Spiele gegen Frankreich (3:3) und (beim dritten Mal) gegen Belgien und vor allem eine 0:1-Niederlage gegen Holland. Betrüblicherweise gingen beide Länderspiele im Frauenhockey verloren: Holland gewann 3:1, England sogar 5:0 gegen unsere Spielerinnen.

Basketball

Im Basketball, das bei uns eigentlich erst seit den Olympischen Spielen von Berlin betrieben wird, beteiligten wir uns als Lernende an dem Turnier auf der Pariser Weltausstellung, verloren gegen Frankreich, Lettland und die Schweiz, gewannen aber gegen Belgien.

Golf

Auch im Golf konnten wir noch nicht zur Spitzenklasse aufschließen. Deutschlands Frauenmannschaft gewann gegen Holland und verlor gegen die Französinnen; die Männer spielten unentschieden gegen Holland, siegten gegen Italien, verloren dagegen die Spiele gegen Frankreich und Schweden glatt.

Leichtathletik

Die Leichtathletik, die als größtes nationales Sportfest wieder die Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften (im Olympischen Stadion) abhielt und auch bei den bereits erwähnten NS.-Kampfspielen führend beteiligt war, brachte uns wieder wundervolle Leistungen, prachtvolle Kämpfe und als schönsten Erfolg den Sieg im Sieben-Fronten-Länderkampf (20. bis 22. August); binnen 48 Stunden gewannen unsere Leichtathleten und -athletinnen, über fast ganz Europa verteilt, gegen Dänemark, die Tschechoslowakei, Österreich, Belgien, Polen, die Schweiz und Holland (Frauen), — wirklich: ein stolzer Tag für die deutsche Leichtathletik, eine Kraftprobe, die nur gelingen konnte, weil Spitzenleistung und Breitenarbeit sich die Waage halten und ergänzen. Um so enttäuschender war für uns der Ausgang des nur kurze Zeit darauf im Berliner Olympiastadion ausgetragenen Länderkampfes gegen die Schweden, denn die Athleten aus dem Norden siegten — zum dritten Male — gegen unsere Mannschaft, vor allem dank ihrer größeren Ausgeglichenheit und ihres Willenseinsatzes.

Ebenso wie dieser Machtkampf um die Führung auf dem Kontinent ging der gegen England, wenn auch nur knapp, verloren. Ausländersiege gab es schließlich auch bei „Quer durch Berlin“. Den Länderkampf gegen Frankreich dagegen gewannen unsere Läufer, Springer und Werfer ohne Schwierigkeit. — Erwähnt seien noch die deutschen Polizeimeisterschaften in Frankfurt a. M., die gute Leistungen brachten, die in der gleichen Stadt stattfindenden Mehrkampf- und Staffelmeisterschaften, sowie endlich die wehrsportlichen Prüfungen, die — aus der Leichtathletik entwickelt — immer mehr an Bedeutung gewinnen und in allen Teilen des Reiches abgehalten wurden; es sollen besonders die 4. Deutschen Gepäckmarschmeisterschaften und der Hindenburg-Gepäckmarsch genannt sein.

Turnen

Deutschlands Turner, die zusammen mit den Ruderern und Reitern uns wohl die größten Triumphe bei den Olympischen Spielen von 1936 gebracht hatten, zeigten sich auch im folgenden Jahr als die besten der Welt. Die beiden Länderkämpfe gegen Finnland und Ungarn — zwei sehr schwere Gegner — wurden gewonnen, auf dem internationalen Turnfest anläßlich der Weltausstellung in Paris und bei einer Gastspielreise durch Ungarn und Rumänien begeisterte die Deutschlandriege Zehntausende. Bei den deutschen Meisterschaften im Geräteturnen in Stuttgart, die wieder zu einem unvergeßlichen Fest deutscher Turnkunst wurden, siegte wieder der dreifache Olympiasieger Konrad Frey. Noch festlicher wird der Rahmen sein, den das Deutsche Turn- und Sportfest 1938 in Breslau erhalten wird. (Auf der Gründungstagung am 18. September wandte sich der Reichssportführer gegen Differenzierungen im Turn- und Sportwesen; es gäbe nur Leibesübungen nationalsozialistischer Zielsetzung, und der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen habe eine ihm vom Führer selbst zugewiesene volkspolitische Aufgabe unter Berücksichtigung der internationalen Beziehungen zu lösen, die ihm allein zukomme.)

Rudern, Kanu, Segelsport

Auch die Ruderer knüpften an ihre grandiosen Olympiasiege an, indem sie bei den Europameisterschaften in Amsterdam mit vier Siegen als erfolgreichste Nation den Glandez-Pokal errangen. Unsere Kanufahrer gewannen ihre Länderkämpfe gegen Polen und die Schweiz. Die deutsche Segelei hatte mit den 3. Internationalen Marinepokalrennen und der Kieler Woche wieder ihre großen Tage, wobei Dr. Bischoff in der Starklasse die Europameisterschaft errang. Der Deutsche Bickel wurde in der Olympiajollenklasse (auf dem Attersee) ebenfalls Europameister, während v. Hütschler bei der Weltmeisterschaft der Starboote auf dem Long-Island-Sund durch das ungünstige Punktsystem um den Sieg kam, obwohl er vier von fünf Fahrten gewonnen hatte.

Die wichtigste Wassersportart, das Schwimmen, erfuhr im Jahre 1937 stärkste Förderung durch die Reichs-Schwimm-Werbewoche (18. bis 23. Mai), zu der u. a. die Reichsminister Darré und Dr. Goebbels Aufrufe erließen, und durch die am 19. Oktober erfolgte Einführung des Reichs-Schwimmscheins für die deutsche Jugend. Die Verfügung des Reichsjugendführers Pg. von Schirach hat folgenden Wortlaut:

Reichs-Schwimm-Werbewoche

Reichs-Schwimmschein für die deutsche Jugend

„Im Rahmen der mir vom Führer gestellten Aufgaben der Leibeserziehung der gesamten deutschen Jugend außerhalb von Schule und Elternhaus ist der Schwimmsport eine der wichtigsten Körper- und Organübungen. Ich will, daß jeder Hitlerjunge und jedes Mädel bis zum Ausscheiden aus der Hitler-Jugend schwimmen kann.

Nachdem der vom Reichsbauernführer, Reichsminister Walther Darré, vom Reichsminister Dr. Josef Goebbels und mir im Frühjahr 1937 ins Leben gerufene Propagandaausschuß zur Förderung des Schwimmsports die hierzu erforderlichen Vorarbeiten in Angriff genommen hat, verfüge ich heute zur Förderung der Schwimmausbildung in der gesamten deutschen Jugend die Ausgabe eines Reichsschwimmscheines, der jedem Jungen und Mädel nach abgelegter Schwimmprüfung durch den Beauftragten für die Leibeserziehung der deutschen Jugend, Obergebietsführer v. Tschammer und Osten, erteilt wird.

Die Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Amtes für Leibesübungen der Reichsjugendführung."

Die Ausführungsbestimmungen nahmen eine Zweiteilung vor, dergestalt, daß von den Pimpfen und Jungmädeln ein 15-Minuten-Dauerschwimmen zur Erlangung des Reichsschwimmscheines I, von HJ. und BDM. eine einstündige Leistungsprobe für den Schwimmschein II verlangt wird.

Wurde so durch Breitenarbeit für den schwimmerischen Nachwuchs gesorgt, so trug anderseits auch die bewußte Förderung des Spitzensports seine Früchte. Der schwere Schwimmländerkampf gegen Ungarn wurde von unserer tapferen Mannschaft mit 23:21 Punkten gewonnen. Gegen die weiteren Gegner — Frankreich, England, Österreich — lautete das Ergebnis noch viel höher zu unseren Gunsten. Bei den deutschen Schwimm-Meisterschaften und bei den verschiedenen großen Veranstaltungen im In- und Ausland gab es wie in den Vorjahren prächtige Leistungen und neue Rekorde unserer deutschen Vertreter. — Die deutsche Wasserballmannschaft gewann nicht weniger als 7 von den 11 ausgetragenen Länderspielen; nur gegen Österreich und Holland spielte sie unentschieden; die zwei Begegnungen mit Ungarn — dem Weltmeister in dieser Sportart — gingen knapp mit 2:3 und 1:3 verloren.

Schwimmsport

Die großen deutschen Erfolge im Tennis kamen — wie im Vorjahr — auf Konto unserer beiden Spitzenspieler G. von Cramm und H. Henkel, denen beinahe der große Wurf — der Gewinn des Davis-

Tennis

pokals — gelungen wäre. Nach Siegen über Österreich (3:2), Italien (4:1), Belgien (4:1) und die Tschechoslowakei (4:1) unterlagen unsere Vertreter in einem heftigen Ringen und nicht ohne Pech gegen die Amerikaner mit 2:3 Punkten, die dann ihrerseits den Titelverteidiger England glatt (4:1) besiegten und den Daviscup wieder nach der neuen Welt entführten. Auf einer Weltreise feierten unsere beiden Tenniskünstler große Triumphe; in Amerika gelang Henkel sogar ein Dreisatzsieg über den neuen Weltmeister Budge, gegen den v. Cramm im Wimbledon glatt den kürzeren gezogen hatte, und in Japan gewannen v. Cramm und Henkel beide ausgetragenen Länderkämpfe, während sie sich in Australien — der letzten Station ihrer halbjährigen Welttournee — infolge Übermüdung und Verletzungen nicht mehr in bester Form zeigten. Zu Beginn der Saison mußte v. Cramm eine Niederlage gegen den Tschechen Cejnar einstecken; auch bei den Deutschen Tennismeisterschaften in Hamburg wurde er vorzeitig ausgeschaltet; der neue deutsche Tennismeister hieß Heinrich Henkel, im Hallentennis dagegen holte sich v. Cramm wieder die Meisterschaft. Im Hallen-Länderkampf um den „Mr.-G"-Pokal (vom schwedischen König gestiftet) wurden wir leider — in „zweiter Besetzung" zwar — hoch mit 0:5 von den Schweden geschlagen. — Eine große Anzahl von internationalen Meisterschaften wurden von deutschen Spielern und Spielerinnen errungen.

Reiterei

Die Kavallerieschule Hannover, der Deutschland seine führende Stellung im Turnierreiten verdankt, bewies vor aller Welt, daß ihre „Olympia-Form" von Bestand ist. Sie gewann den „Preis der Nationen" beim Berliner, Pariser und Wiener internationalen Reitturnier, mußte jedoch im ritterlichen Kampf um den Mussolini-Pokal den Italienern und in dem Prince-of-Wales-Cup den Iren den Vortritt lassen. Auch beim Großen Aachener Turnier siegten Irlands Reiter knapp vor den unseren.

Auf dem Turf feierte der alte und ewig junge Otto Schmidt ein bemerkenswertes Jubiläum, gelang es dem beliebten und vorbildlichen Sportsmann doch, zum zehnten Male Champion unter den Flachrennjockeis zu werden.

Fechten

Unsere Fechter und Fechterinnen hielten sich recht tapfer. Die Männer standen bei den Weltmeisterschaften in Paris nach wie vor im Schatten Italiens, Frankreichs und Ungarns. Ein Länderkampf gegen Polen endete gleichauf. Die Frauen kamen in Paris zu schönen Siegen und belegten den zweiten Platz hinter Ungarn. Im Einzelkampf wurde Helene Mayer Florett-Weltmeisterin. Die SS-Fechter zeigten im In- und Ausland wieder hervorragende Leistungen.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen in der Schwerathletik zu. Die Ringer gewannen sämtliche Länderkämpfe (gegen Österreich und die Tschechoslowakei je zweimal im griechisch-römischen Stil, gegen die Schweiz im Freistil) und bei den Europameisterschaften beider Stilarten insgesamt fünf Titel. Die Gewichtheber stellten in Paris zwei Weltmeister und die Amateurboxer in Mailand — trotz Fehlentscheidungen und gegen das Publikum — zwei Europameister. In Länderkämpfen gewannen die ersteren zweimal gegen Österreich, die letzteren gegen Polen, Italien, Ungarn (im Vorkampf unentschieden), Finnland und Irland, während der Länderkampf gegen England in London 4:4 unentschieden endete, worauf unsere Boxer besonders stolz sein können. Eine Großveranstaltung in der Deutschlandhalle warb durch prächtige Leistungen und deutsche Siege vor 15000 Zuschauern für den deutschen Boxsport. Den gleichen Zweck verfolgte die „Große Boxwoche", die Meisterschaftswoche der Amateurboxer in Bremen. Bedeutend sind die Anregungen, die diesem für die männliche Jugend besonders geeigneten Sport von den Berufsboxern kommen (die gegen Jahresende im „Berufsverband deutscher Faustkämpfer" neu zusammengefaßt wurden), zumal ein sehr freundschaftliches Verhältnis zwischen ihnen und den Amateuren besteht. Die Siege und schönen Kämpfe Kölblins (der Europameister im Schwergewicht wurde), Neusels, Heusers, Eders müssen erwähnt werden. Vor allem aber begeisterte Max Schmeling, der sich — trotz Judenboykott, wortbrüchiger Gegner und unzulänglicher Bestimmungen — durch seine Kämpfe als ungekrönter Weltmeister erwies und vom Deutschen Faustkämpferverband daher mit Recht als moralischer Weltmeister begrüßt wurde. Als Dank wurde ihm der Titel „Deutscher Meister aller Klassen" verliehen.

Schwerathletik

Vom Radsport sind vor allem der Sieg Walter Lohmanns im Dauerfahren der Berufsfahrer bei den Weltmeisterschaften in Kopenhagen, die Etappensiege der Deutschen bei der Tour de France, die Deutschlandfahrt, die Radfernfahrt Mailand-München (die Italien gewann) und die Siege in den verschiedenen Länderkämpfen (nur gegen Dänemark wurde verloren) zu nennen. Auch im Kunstfahren und Radball waren Deutschlands Vertreter die besten.

Radsport

Der Motorsport — seit 1933 durch Adolf Hitler in besonderem Maße gefördert als Schrittmacher für die großzügige Motorisierung des deutschen Raumes — wartet Jahr für Jahr mit neuen Glanzleistungen auf. Wenn der Führer vor der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung die Parade der erfolgreichsten deutschen Rennfahrer neben ihren Rennmaschinen abnahm und ihnen mit Händedruck für ihren restlosen Einsatz dankte, dann lag darin die An-

Motorsport

erkennung für die propagandistische Mission, die von jenen Männern erfüllt wird. Eine unerhörte Hochachtung wird im Ausland den deutschen Rennwagen entgegengebracht, die unbezwinglich scheinen und heute unter sich sind. So sehr vom sportlichen Standpunkt aus zu wünschen wäre, daß dieser Zustand der Konkurrenzlosigkeit ein Ende nimmt, so außerordentlich eindrucksvoll wirbt für uns die eindeutige Führung der deutschen Automobilindustrie vor allen anderen Ländern.

Die Bilanz bei den Rennwagen sieht so aus: Von den fünf ausgetragenen „Grand-Prix-Rennen" wurden alle fünf von den deutschen Fahrern auf deutschen Maschinen gewonnen, und zwar siegte Caracciola auf Mercedes-Benz in den Großen Preisen von Deutschland, Italien und der Schweiz, von Brauchitsch auf Mercedes-Benz im Großen Preis von Monaco und Hasse auf Auto-Union im Großen Preis von Belgien. Von den insgesamt 24 Großen Preisen, die von 1934 bis 1937 (der Zeitraum, für den die Grand-Prix-Formel von 750 kg Wagenhöchstgewicht in Kraft war) ausgefahren wurden, sind 19 von deutschen Wagen gewonnen worden. Der bei weitem erfolgreichste Fahrer war Rudolf Caracciola mit neun Siegen, der auch 1937 wieder zahlreiche andere Rennen gewann, Deutscher Kraftfahrmeister wurde und unbestritten als bester Rennfahrer der Welt zu gelten hat. — Viele große Erfolge brachte uns das Jahr 1937 noch, bei denen sich der draufgängerische Bernd Rosemeyer und Ernst v. Delius (die leider beide im sportlichen Kampf für Deutschland tödlich verunglückten, deren Name aber unvergessen bleiben wird), Hans Stuck und Hermann Lang auszeichneten. Bewundernswert die neuen Rekorde Rosemeyers und Winklers (Auto-Union), von denen der erste über 400 Stundenkilometer erreichte — eine großartige Leistung, wenn man bedenkt, daß der absolute Weltrekord des Engländers Eyston von 500 Stundenkilometern auf einem sonst unbrauchbaren Überrennwagen von rund 6000 PS (Rosemeyers Maschine verfügte nur über ein Zehntel an Pferdekräften) und auf besonders geeigneter Fläche erreicht wurde. — Auch unsere Motorradfahrer erkämpften viele große Siege, die aufzuzählen ebenso unmöglich ist, wie die Darstellung der großen Zuverlässigkeitsprüfungen (Drei-Tage-Mittelgebirgsfahrt usw.). Genannt seien u. a. die Siege von DKW., BMW. und NSU. in den großen Preisen von Budapest, Schweden und Belgien und in den Rennen im Reiche, der große Kampf unserer Fahrer gegen Englands Meistergarde bei der Internationalen Sechstagefahrt und beim Großen Motorradpreis von Deutschland.

Das Wirken des NSKK.

Alle diese Erfolge sind aber auch nur möglich, weil im NSKK. eine aktive, politische Kraftfahrorganisation ihnen Grundlage und Resonanz gibt und den Motorisierungsgedanken durch freiwilligen Einsatz vor-

wärts trägt, dabei auch mit dem Ausland in kameradschaftlicher Beziehung stehend, wie etwa die vom Korpsführer Hühnlein in Rom vereinbarte Zusammenarbeit mit dem italienischen Automobilsport oder die unter dem verdienten Führer des deutschen Kraftfahrsports durchgeführte Balkanfahrt bewies.

Flugsport

Der Flugsport stand wieder unter dem Zeichen neuer deutscher Segelflug-Weltrekorde (so erinnerten vor allem die wunderbaren Leistungen der deutschen Flieger und Fliegerinnen beim Internationalen Rhön-Segelflugwettbewerb daran, daß Deutschland Geburts-, Pionier- und Meisterland in der Segelfliegerei ist), Motorflug-Weltrekorde und des Deutschlandfluges. Der Völkerverständigung, nicht nach dem Genfer Rezept, sondern nach dem der Sportkameradschaft, dienten das Deutsch-Englische Segelfliegerlager und der internationale Sternflug zum Plattensee.

Wintersport

Die wintersportlichen Übungsarten endlich, an denen das deutsche Volk und in erster Linie die deutsche Jugend in immer größerem Umfange Anteil nimmt, brachten uns auch leistungsmäßig weiter vorwärts. Die Namen Christl Cranz, Maxi Herber, Ernst Baier wurden nach ihren erneuten großen Siegen in Welt- und Europameisterschaft überall mit noch größerer Hochachtung genannt. Aber auch unsere vielen anderen tüchtigen Ski- und Eisläufer, Bobfahrer und Rodler, die zu Meisterehren kamen, machten Deutschland Ehre. Bei den Akademischen Weltwinterspielen schnitten unsere Vertreter hervorragend ab. Im Eishockey waren wir diesmal jedoch nicht allzu erfolgreich. Bei den Wintersportkämpfen der Gliederungen der NSDAP. sah man wieder ausgezeichnetes Können.

Der Kampf um den Nanga Parbat

Zum Schluß unserer „Jahres-Sportrundschau" wollen wir noch der heroischen deutschen Männer gedenken, die beim abermaligen Versuch, den Gipfel der Welt zu besiegen, den Bergsteigertod fanden. Das tragische Ende der deutschen Himalaja-Expedition 1937, die auf dem Anstieg zum Nanga Parbat von einer Lawine verschüttet wurde und deren Mitglieder bei dieser Katastrophe bis auf einen Überlebenden getötet wurden, hat das Mitgefühl der ganzen Welt erregt. Und doch: die deutschen Bergsteiger werden nicht kapitulieren. Im Nachruf des Reichssportführers von Tschammer und Osten heißt es abschließend: „... Hinter ihnen steht Deutschland, stehen die Sportsleute der Welt. Der toten Helden würdig zu leben, ist der Lebenden Berufung."

5. Abschnitt:

Bewegung und Volk

Geburtstag des Führers

Der 20. April 1937 vereinte die Segenswünsche aller Volksgenossen zum Geburtstag Adolf Hitlers — Gedanken, die Pg. Dr. Goebbels in seiner Rundfunkansprache am Vorabend dieses Tages treffend mit den Worten kennzeichnete:

„Es gibt Männer, die fürchtet, es gibt Männer, die achtet, und es gibt Männer, die verehrt das Volk. Höchstes Glück aber einer geschichtlichen Persönlichkeit ist, von einem Volk geliebt zu werden. Und der stolzeste Ruhm eines Mannes besteht darin, mit seinem Volke so verbrüdert und eins zu sein, daß er zu jeder Stunde und in jeder Situation in seinem Namen sprechen kann. Das ist beim Führer der Fall. Er ist in der Tat der Träger des deutschen Nationalwillens. Aus seiner Stimme spricht die Stimme des Volkes."

— oder wie es Pg. Göring in der Reichstagssitzung vom 30. Januar zum Ausdruck gebracht hatte:

„Am stolzesten aber, bekenne ich frei, sind wir, ist das ganze deutsche Volk auf unseren Führer. Wir wissen, daß uns heute die Besten der Erde um ihn beneiden."

Der Geburtstag des Führers brachte die unzähligen Glückwünsche aus dem Reiche, die Massen von Berlinern, die Kopf an Kopf am Wilhelmsplatz standen, um dem Führer zu gratulieren, den Aufmarsch der Ehrenformationen der Bewegung, die Paraden der Leibstandarte und der Wehrmacht. Und der Führer übergab Truppenteilen der Wehrmacht neue Fahnen.

Vereidigung der Politischen Leiter

An diesem Tage wurden alle neuen Politischen Leiter der NSDAP., sowie die Obmänner und Walter der Gliederungen und angeschlossenen Verbände auf Adolf Hitler vereidigt. 144016 Politische Leiter, 590515 Obmänner, Leiterinnen, Walter und Walterinnen waren im ganzen Reiche angetreten, als der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, vom Königlichen Platz in München aus die Vereidigung vornahm.

„... In den wenigen Jahren, in denen diese Eidesleistung feierlich vorgenommen wird, ist ihr Brauch nun schon in den großen Linien, in den Ausdrucksformen Tradition geworden.

Tradition ist der Aufmarsch hier auf dem Königlichen Platz. Tradition die einleitenden Aufmärsche auf den Plätzen, die sich überall im

Reich zu Plätzen der nationalsozialistischen Bewegung entwickelt haben. Tradition geworden ist damit der Rahmen dieser Eidesleistung..."

sagte Rudolf Heß in seiner Ansprache. Und aus seinen grundlegenden Ausführungen über die Pflichten derer, die an diesem Tage ihren Eid auf Adolf Hitler leisten sollten, seien die bedeutenden Sätze wiedergegeben:

„... Nicht die Rechte sind das Wesentliche am Amt, das Wesentliche sind die Pflichten. Die Rechte werden euch gegeben, um euch die Erfüllung eurer Pflicht zu erleichtern. Nicht die Uniform ist das Wesentliche, sondern das Herz darin. Nicht die Abzeichen sind das Wesentliche, sondern der Charakter. Nicht der Titel, nicht der Rang sichern euch auf die Dauer Autorität, sondern eure Haltung und die Frucht eures Wirkens. Die höchste Autorität, die je einer in Deutschland besaß, schuf sich ein Mann, ohne Titel, ohne Rang, ein Mann im schlichten, braunen Rock, — ein Mann, der aber eines war und eines ist:

Führer!

Führer in seinem Wesen,
Führer in seiner Haltung,
Führer in seinem Verantwortungsbewußtsein,
Führer in der Hingabe an sein Werk.

Strebt auch ihr darnach, Führer zu sein in eurem Wesen, in eurer Haltung, in eurem Verantwortungsbewußtsein, in eurer Hingabe an das Werk Adolf Hitlers...

Jeder von euch soll Vorbild sein, wie einst Adolf Hitler Vorbild war und heute Vorbild ist. Jeder soll es halten und jeder soll so wirken, als hänge allein von ihm es ab, daß seine Gefolgschaft und alle die anderen Volksgenossen, vor deren Augen er wirkt, ihm so freudig folgen, wie einst die alten Kämpfer dem Führer folgten.

Fühlt euch nicht als Vorgesetzte, fühlt euch als Vertrauensleute des Volkes. Der Führer hat nicht durch Befehle das Volk geeint und hinter sich gestellt, sondern durch das Vertrauen, das er sich schuf..."

„Adolf-Hitler-Dank"

An seinem Geburtstage schuf der Führer den „Adolf-Hitler-Dank" zur Hilfe für verdiente Nationalsozialisten, die sich in Notlage befanden. Die Verfügung lautet:

„Zur Behebung oder Erleichterung wirtschaftlicher und gesundheitlicher Notfälle verdienter Nationalsozialisten bestimme ich als Dank und Anerkennung unter dem 20. April 1937:

1. Aus den Mitteln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei werden als ‚Adolf-Hitler-Dank' jährlich 500000 RM. zur Verfügung gestellt.

2. Aus diesem Betrag werden Träger des Ehrenzeichens der Bewegung, des Blutordens, sowie besonders verdiente Parteigenossen, die sich in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Notlage befinden, betreut.

3. Die Verteilung dieses Betrages erfolgt nach Lage der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Reichsschatzmeister der NSDAP.

4. Die Ausführungsbestimmungen erläßt der Reichsschatzmeister der NSDAP.

München, 20. April 1937.

Adolf Hitler."

Gemäß Ziffer 4 ergingen am 28. April folgende Ausführungsbestimmungen:

Auf Grund der Ziffer 4 der Verfügung des Führers vom 20. April 1937 erlasse ich folgende Ausführungsbestimmungen:

1. Hilfe aus dem „Adolf-Hitler-Dank“ können beantragen:
a) Parteigenossen, die Träger des Ehrenzeichens der Bewegung oder des Blutordens sind.
b) Um die Bewegung besonders verdiente Parteigenossen, die bis zum 30. Januar 1933 der Partei beigetreten sein müssen und ihre Mitgliedschaft nicht unterbrochen haben oder mindestens 5 Jahre der Partei angehören.
c) Hinterbliebene Ehegatten, Kinder und Eltern vorbezeichneter Parteigenossen.

2. Der „Adolf-Hitler-Dank“ kann in nachfolgenden Fällen nach Maßgabe der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gewährt werden, wenn der Notfall nicht aus eigenem Verschulden eingetreten ist und die sonstigen Voraussetzungen erfüllt werden:
a) zum Ausgleich noch bestehender wirtschaftlicher Schäden, die nachweislich durch das Eintreten für die Bewegung während der Kampfzeit hervorgerufen wurden,
b) zur Behebung oder Besserung gesundheitlicher Schäden,
c) bei Erwerbsunfähigkeit infolge Erkrankung oder vorgeschrittenen Alters, soweit eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß nicht mehr möglich ist.

3. Der „Adolf-Hitler-Dank“ gewährt:
a) einmalige Zuschüsse,
b) Darlehen,
c) laufende Zuschüsse.

4. Die Entscheidung über Anträge wird von Fall zu Fall getroffen. Ich behalte mir vor, die Vorschriften über die Zulassung der Antragssteller sowie über die Art der zuerkannten Hilfen und die getroffenen Entscheidungen nach Bedarf oder bei Vorliegen wichtiger Gründe zu ändern.

5. Eingehend begründete und mit Unterlagen versehene Anträge auf Gewährung eines Ehrendankes sind beim Reichsschatzmeister der NSDAP., München 43, Postfach 80, einzureichen.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Ehrendankes besteht nicht. Der Ehrendank ist eine freiwillige, zusätzliche Leistung der NSDAP. Der Ehrendank ist unpfändbar.

Gemäß dem Willen des Führers darf der Ehrendank von den staatlichen und sonstigen Behörden auf das Einkommen der Bedachten nicht angerechnet sowie bei der Festsetzung von Hinterbliebenenrenten, Versorgungsbezügen u. dgl. insbesondere bei den auf Grund des Gesetzes über die Versorgung der Kämpfer für die Nationale Erhebung vom 27. Februar 1934 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 133) gewährten Bezügen, nicht berücksichtigt werden.

München, den 28. April 1937. gez.: Schwarz.

Übergabe des Verwaltungsneubaus der NSDAP.

Der Königliche Platz in München mit seinen gewaltigen Parteibauten ging seiner Vollendung entgegen. Am 11. Februar hatte der Führer dem Reichsschatzmeister der NSDAP., Pg. Schwarz, den großen Verwaltungsneubau der NSDAP. übergeben. Unter den großen Bauten des Dritten Reiches sind überall bedeutende Bauten der nationalsozialistischen Bewegung zu nennen, die Ausdruck nationalsozialistischer Baugesinnung waren. Am 16. Februar meldete die NSK.:

„Der Stellvertreter des Führers hat den Bauinspektor Reichsamtsleiter Speer mit sofortiger Wirkung als Beauftragter für Bauwesen in seinen Stab berufen. Er ist — nach einer Anordnung des Stellvertreters des Führers — zuständig für alle Fragen, die mit der künstlerischen Gestaltung von Bauten der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände zusammenhängen.“

Reichsamtsleiter Speer Beauftragter für Bauwesen im Stab des Stellvertreters des Führers

Allerorten erstanden Bauten der NSDAP. — nicht nur am Königlichen Platz in München, nicht nur auf dem Parteitagsgelände in Nürnberg — sondern überall in deutschen Landen — als Ordensburgen (siehe Band 1936, Seite 19 bis 22) und vor allem auch als Bauten der Gaue der NSDAP. (So nahm am 1. Mai Pg. Rudolf Heß die feierliche Grundsteinlegung der Parteibauten des Gaues Thüringen in Weimar vor.) —

Die Bauten der NSDAP.

Von den großen Tagen der NSDAP. am Jahresanfang 1937 sei insbesondere noch die Parteigründungsfeier am 24. Februar erwähnt, die auch in diesem Jahre ihren jetzt schon traditionellen Charakter trug und in deren Rahmen der Führer zu seiner Alten Garde sprach.

Parteigründungsfeier

Von besonderer Bedeutung war auch der 8. März auf der Ordensburg Vogelsang, wo die Führeranwärter vor Pg. Dr. Ley und Pg. Rosenberg antraten. Ein Teil der Führeranwärter (deren letzter Appell auf Vogelsang am 10. März stattfand), sollte nun als Führernachwuchs ins Land gehen, und Pg. Dr. Ley führte bei dieser Gelegenheit aus:

Appell auf der Ordensburg Vogelsang

„Aus den Reihen der Burgmannschaft sind Wünsche laut geworden, sie an die Front des täglichen Lebens hinauszuschicken. Solange sich unsere Männer an die Front der Parteiarbeit melden, solange ist mir um den Nationalsozialismus nicht bange. Um die Verbindung zwischen den Ordensburgen und der Front der Partei nicht abreißen zu lassen, werden die Führeranwärter immer wieder zu den Ordensburgen einberufen.

So wird es uns allmählich gelingen, das Führerkorps auf den Stand zu bringen, ihm die großen Ewigkeitswerte unseres Volkes zum Weitertragen in die Jahrhunderte anzuvertrauen.“

Der Reichsorganisationsleiter machte dann weiter die bedeutsame Mitteilung,

Verkündung einer Akademie für weltanschauliche Schulung

„daß zur Erlangung des eigentlichen Lehrstoffes für die Adolf-Hitler-Schulen und die Ordensburgen eine Akademie unter Leitung Alfred Rosenbergs ins Leben gerufen wird. Nach einer Vereinbarung zwischen den Reichsleitern Himmler, Rosenberg und Dr. Ley wird diese Akademie die Aufgabe haben, Lehrer für sämtliche weltanschaulichen Schuleinrichtungen heranzubilden und die einheitliche Ausrichtung der Lehrpläne zu gewährleisten.“ (VB. 9. März 1937.)

Und ein weiterer Fortschritt ist in der NSK.-Meldung vom 21. Mai zu erkennen, in der es heißt:

Erziehung der Lehranwärter für die Schulungsburgen

Im Zusammenwirken der beiden Reichsleiter Dr. Ley und Alfred Rosenberg ist mit dem 21. Mai eine für den inneren Ausbau der NSDAP. wichtige neue Arbeit aufgenommen worden. In der Schule des Außenpolitischen Amtes der Partei in Berlin-Dahlem eröffnete Reichs-

leiter Rosenberg den ersten Lehrgang der für jeden Gau gestellten Lehranwärter für die bestehenden und noch geplanten NS.-Schulungsburgen. Ein auserwählter Kreis namhafter Männer der Partei bestreitet den in erster Linie weltanschaulich orientierten Lehrplan dieses Kursus. Nach Begrüßungsworten des Leiters des Hauptschulungsamtes der NSDAP. nahm Reichsleiter Rosenberg das Wort zu einem Umriß der inneren gegenwärtigen und der kommenden Aufgaben der Partei in weltanschaulicher Hinsicht...

Das große Reservoir der NSDAP. biete die Möglichkeit, Menschen zu finden, die befähigt seien, den Nachwuchs des Lehrkörpers in den NS.-Schulungsburgen zu stellen. Insbesondere die Erkenntnisse um die Rassenkunde und die Vorgeschichte seien immer besser zu vertiefen. Hierbei müsse das große Verdienst des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley hervorgehoben werden, daß er schon sehr früh dieser Frage der Nachwuchserziehung und Schulung Politischer Leiter seine Kraft gewidmet hat.

„Wir wissen heute schon, daß, wenn wir einmal abtreten müssen, unser nationalsozialistisches Werk im gleichen Geiste fortgesetzt wird, wie wir es vom Ringen um die Macht bis zur Gestaltung der Idee begonnen haben."

Aufhebung der Mitgliedersperre der NSDAP.

In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache von Bedeutung, daß die NSDAP. im Jahre 1937 noch einmal die Tore öffnete und noch einmal die Möglichkeit des Eintritts in die Partei schuf (der ja im übrigen nur noch über die HJ. vor sich gehen kann und wird). Bereits in der Gedenksitzung des Reichskabinetts am 30. Januar 1937 hatte der Führer angesichts dieser bevorstehenden Maßnahme zunächst die Kabinettsmitglieder, die der Partei noch nicht angehörten, in die NSDAP. aufgenommen. (Gleichzeitig verlieh er den Kabinettsmitgliedern das Goldene Ehrenzeichen der NSDAP.) Am 18. April verkündete dann der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Pg. Rudolf Heß, auf dem Gautag des Gaues Baden der NSDAP. in Karlsruhe die bevorstehende Aufhebung der Mitgliedersperre am 1. Mai. Pg. Heß führte hierbei u. a. aus:

„Die Aufgaben der Partei sind nicht, wie mancher Außenstehende früher glaubte prophezeien zu können, kleiner geworden nach der Machtergreifung; sie sind größer geworden, sie sind umfassender geworden und in ihrer Bedeutung bestimmt nicht geringer. Welche Leistung bedeutet allein das Winterhilfswerk mit seinen rund 400 Millionen Mark! Diese Leistung wie viele andere ist undenkbar ohne nationalsozialistische Führerschaft und Parteigenossenschaft. Viele haben aber auch als Helfer viel für die NSDAP. getan, ohne Mitglied zu sein. Sie und alle die Volksgenossen, die sich in den Gliederungen und den angeschlossenen Verbänden der Bewegung unermüdlich einsatzbereit gezeigt haben, werden in erster Linie nach dem 1. Mai in die NSDAP. aufgenommen. Denn nach genau vier Jahren wird am 1. Mai die Mitgliedersperre aufgehoben.

Damit steht vielen deutschen Volksgenossen wieder der Weg offen, sich einzureihen in die engste Gefolgschaft des Führers. Maßgebend für die Aufnahme werde nach wie vor nicht Stand, Rang Geld oder Herkunft sein, sondern allein der Charakter, die bewiesene Einsatzbereitschaft, der Wille zur Mitarbeit..."

Und wenige Tage später wurden die Bedingungen veröffentlicht, unter deren Voraussetzung jetzt eine Aufnahme in die NSDAP. erfolgen konnte. Die diesbezügliche Bekanntmachung des Reichsschatzmeisters der NSDAP., Pg. Schwarz, lautete folgendermaßen (24. April):

„Wie der Stellvertreter des Führers bereits angekündigt hat, tritt am 1. Mai 1937 eine Lockerung der Mitgliedersperre der NSDAP. ein. Zur Aufnahme in die NSDAP. können folgende Volksgenossen vorgeschlagen werden:

a) Volksgenossen, die seit dem 1. Oktober 1936 als Zellenleiter, Blockleiter, Blockhelfer oder Kassenleiter in den Ortsgruppen und Stützpunkten der NSDAP. eingesetzt sind und ein solches Amt mindestens seit diesem Zeitpunkt ununterbrochen bekleiden.

b) Volksgenossen, die der SA., der ϟϟ oder dem NSKK. bereits vor dem 1. Oktober 1934 angehört haben und seitdem ununterbrochen angehören.

Die Zugehörigkeit zu einer der drei Gliederungen gilt auch dann als ununterbrochen, wenn ein Übertritt unmittelbar aus einer in eine andere erfolgt ist.

Es können ferner diejenigen Angehörigen der SA., der ϟϟ oder des NSKK. zur Aufnahme vorgeschlagen werden, die in der Zeit vom 1. Oktober 1934 bis 30. April 1937 unmittelbar aus der Hitler-Jugend in eine der Gliederungen übergetreten sind und vorher mindestens seit dem 1. Mai 1933 der Hitler-Jugend ununterbrochen angehört haben. Bei den Aufnahmevorschlägen werden auch diejenigen Volksgenossen berücksichtigt, die aus dem ehemaligen Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm) in die SA., ϟϟ oder das NSKK. übergetreten sind und infolgedessen auf Grund der Anordnung 147/35 vom 15. September 1935 nicht in die Partei aufgenommen werden konnten.

c) Angehörige der Hitler-Jugend und des Bundes Deutscher Mädel, sofern sie innerhalb ihrer Formationen in führender Stellung tätig sind, nämlich vom Gefolgschaftsführer und Fähnleinführer bzw. der Mädelgruppenführerin und Jungmädelgruppenführerin aufwärts, sofern sie einen dieser Ränge schon vor dem 1. Oktober 1935 bekleidet haben, und der Hitler-Jugend bereits seit dem 1. Mai 1933 ununterbrochen angehören.

d) Volksgenossinnen, die der NS.-Frauenschaft bereits vor dem 1. Oktober 1934 angehört haben und seitdem ununterbrochen angehören.

e) Mitglieder des NS.-Dozenten- oder des NSD.-Studentenbundes, die diesem seit dem 1. November 1934 in führender Stellung angehören.

f) Volksgenossen, die mindestens seit dem 1. Oktober 1934 als Walter oder Warte der angeschlossenen Verbände tätig sind.

Angeschlossene Verbände im Sinne dieser Bestimmung sind lediglich die im Paragraph 3 der Führerverordnung vom 29. März 1935 (RGBl. I i, S. 502 — Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP., Folge 94, S. 259) angeführten Organisationen.

g) Angehörige des Stammpersonals des Reichsarbeitsdienstes vom planmäßigen Truppführer aufwärts, sofern diese seit dem 1. Oktober 1934 dem Arbeitsdienst angehören oder sofern sie nach dem 1. Oktober 1934 zum Stammpersonal des Reichsarbeitsdienstes übernommen worden sind, wenn sie vor dieser Übernahme seit dem 1. Oktober 1934 der SA., der ϟϟ, dem NSKK. oder der HJ. angehört haben.

h) Volksgenossen, die nach dem 30. April 1933 aus der Wehrmacht nach sechsjähriger Dienstzeit ehrenvoll ausgeschieden sind.

i) Volksgenossen, die von den Dienststellen der NSDAP. zu besonderen Dienstleistungen innerhalb der Partei benötigt werden oder an deren Berufung in die NSDAP. ein besonderes politisches Interesse der Partei besteht, sowie besonders bewährte und besonders zuverlässige Mitglieder der örtlichen Opferringe der NSDAP. Diese Volksgenossen können nur vom Gauleiter selbst zur Aufnahme vorgeschlagen werden.

Als Tag der Aufnahme in die NSDAP. wird für alle vorbezeichneten Volksgenossen der 1. Mai 1937 festgesetzt.

Solche Volksgenossen, welche die Aufnahmebedingungen erfüllen, die jedoch im Hinblick darauf, daß sie derzeit aktiven Wehrdienst leisten, einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP. nicht stellen können, sind berechtigt, den Aufnahmeantrag innerhalb eines Monats nach Beendigung des aktiven Wehrdienstes nachzuholen.

Die Anmeldung zur Aufnahme in die Partei hat grundsätzlich nur über den zuständigen Ortsgruppen- bzw. Stützpunktleiter zu geschehen. Zuständig ist der Ortsgruppen- bzw. Stützpunktleiter, in dessen Bereich der Volksgenosse seinen ständigen Wohnsitz hat. Aus diesem Grunde ist die Einreichung von Aufnahmegesuchen unmittelbar bei der Reichsleitung zwecklos.

Gesetz zum Schutze von Bezeichnungen der NSDAP.

Aus dem April ist noch zu erwähnen das „Gesetz zum Schutze von Bezeichnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (7. April), dessen § 1 lautet:

Die Bezeichnungen, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände für ihre Amtsträger, ihren Aufbau, ihre Einrichtungen und Symbole führen, dürfen von anderen Vereinigungen weder allein noch in Verbindung mit Zusätzen geführt werden.

Bezeichnungen für unmittelbare Einrichtungen des Staates und Bezeichnungen, die auf gesetzlicher Bestimmung beruhen, bleiben unberührt.

Pg. Schmidt Leiter des Hauptschulungsamtes

— ferner einige wichtige Personalveränderungen: Am 13. April teilte der „Völkische Beobachter" folgende Anordnung des Reichsorganisationsleiters mit:

Stuttgart, 12. April.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley hat angeordnet:

Mit Genehmigung des Führers und im Einverständnis mit dem Gauleiter Pg. Murr berufe ich den stellvertretenden Gauleiter des Gaues Württemberg-Hohenzollern, Pg. Friedrich Schmidt, in meinen Stab. Er übernimmt mit sofortiger Wirkung die Leitung des Hauptschulungsamtes.

gez.: Dr. Ley.

Pg. Jordan Gauleiter von Magdeburg-Anhalt und Reichsstatthalter von Anhalt

Etwa eine Woche später (laut NSK.-Meldung vom 21. April) trat der bisherige Gauleiter von Halle-Merseburg, Pg. Rudolf Jordan, an die Stelle des am 23. Oktober 1935 verstorbenen Gauleiters und Reichsstatthalters Loeper (siehe Band 1935, Seite 261) und übernahm den Gau Magdeburg-Anhalt, während der bisherige stellvertretende Gauleiter dieses Gaues, Pg. Joachim Eggeling, Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg wurde.

Pg. Eggeling Gauleiter von Halle-Merseburg

Kreisleitertagung in Vogelsang

Schließlich ist aus dem April dieses Jahres noch die bedeutende Kreisleitertagung auf der Ordensburg Vogelsang (23. bis 29. April) zu berichten. Vor sämtlichen Kreisleitern der NSDAP. aus dem ganzen Reiche sprachen die führenden Männer der Bewegung über

alle Fragen des völkischen Lebens — Tagesfragen der wirtschaftlichen Selbsterhaltung und Vierjahresplan, Fragen der Erziehung ebenso wie Tatsachen der deutschen Weltlage usw. Und als Höhepunkt erschien am Ende der Woche Adolf Hitler selbst und sprach zu seinen Kreisleitern, die draußen an der Front der Parteiarbeit stehen. —

Rudolf Heß über die Funktion der Partei im nationalsozialistischen Reich

Die grundlegende Bedeutung dieser Arbeit im nationalsozialistischen Reiche brachte Pg. Rudolf Heß in vorbildlicher Klarheit und straffster Darstellung in einer Rede vor den Offizieren des Nationalpolitischen Lehrgangs der Wehrmacht (16. Januar) zum Ausdruck, als er von der NSDAP. sagte:

„... Sein (des Führers) Apparat zur Aufrechterhaltung der Bindung zwischen ihm und dem Volke, die Partei, aber war wichtiger als je und wurde daher noch weiter ausgebaut. Mehr noch als ehedem bedarf der Führer heute der Organisation, die es ihm ermöglicht, die Wirkung seiner Maßnahmen im Volke nachzuprüfen, indem sie ihm den Widerhall zuleitet. Er braucht sie aber auch, um wie bisher auf das Volk einzuwirken, Maßnahmen vorzubereiten und verständlich zu machen. Vielfach bedarf es aber nicht einmal seiner direkten Einwirkung, da die meisten seiner Unterführer längst so eingespielt, mit seinen Ideen vertraut sind, ein so feines Gefühl für die Hintergründe seiner Handlungen bekommen haben, daß seine Partei ganz von selbst in der großen Linie richtig reagiert. Es bedarf dann lediglich einer Nachprüfung durch die nächsthöheren Führer, ob auch alles im Sinne Adolf Hitlers geschieht; wo nötig, wird berichtigend eingegriffen. Das Handeln des Führers liegt ja so einheitlich in der Linie dessen, was er in den langen Jahren vor der Machtergreifung vorbereitete, alles ist derart Geist vom Geiste seines Nationalsozialismus, daß im allgemeinen keine Begründung mehr nötig wäre. Die Hauptarbeit wurde bereits in der Zeit vor der Machtergreifung geleistet. Ohne Umwandlung des gesamten Denkens des Volkes in jahrelangem Wirken der nationalsozialistischen Bewegung wären all die so tief in das Leben des Volkes eingreifenden Handlungen der nationalsozialistischen Regierung, die zur Gesundung notwendig waren, nicht möglich gewesen — hätten die ersten Volksabstimmungen im Ergebnis eine Katastrophe dargestellt. Welche Regierung eines demokratischen Landes kann sich einer so einheitlichen Zustimmung des Volkes zu ihren Taten erfreuen?! Der gewissermaßen technische Weg der gegenseitigen Befruchtung von Regierung und Volk geht heute über die Ortsgruppenleitertagungen, Kreisleitertagungen, Gauleitertagungen und Kabinettssitzungen. In den Gauleitertagungen werden die Ergebnisse der Tagungen der unteren Gliederungen der einzelnen Gaue zusammengefaßt vorgetragen, in gegenseitigem Meinungsaustausch verarbeitet. Der Parteiminister ist dann auf Grund des ihm Vermittelten in der Lage, die Berichte aus der ‚Front' beim Führer und in den Kabinettssitzungen fruchtbar zu machen. Umgekehrt läuft das, was der Führer ins Volk getragen wissen will, was aus den Kabinettssitzungen, das heißt aus der Arbeit der Regierung, in das Volk dringen soll, den umgekehrten Weg zurück, den Weg über die Gauleitertagungen, Kreisleitertagungen und Ortsgruppenleitertagungen.

So trat an Stelle der Vielheit der Parteien mit widersprechenden Interessen und Grundideen, von Parteien, die angeblich das Volk vertreten sollten, eine einzige einheitlich in sich geschlossene, von einem Geist und einer Idee beseelte wirkliche Volksvertretung in Form der National-

sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Eine Partei, geführt von einem Führer, der zugleich der Führer der Nation ist. Eine Partei, die all die kleineren bei ihr zusammenlaufenden Interessen dem großen Interesse, das über allem steht, unterordnet: dem Interesse der Nation, dem Interesse Deutschlands ..."

und weiter:

„... Die NSDAP. ist eine Notwendigkeit gerade im autoritären Deutschland. Je autoritärer der Staat, desto mehr ist ein Korrektiv in Form einer wirklichen Volksvertretung geboten. Sie muß verhindern, daß die Regierung in der bequemen Möglichkeit, laufend völlig selbständig zu handeln, allmählich sich vom Volke entfernt und Maßnahmen vom grünen Tisch trifft, die weder durch das gesunde Volksempfinden beeinflußt, noch in der Wirkung im Volke nachgeprüft werden, so daß aus dem Segen der autoritären Regierungsform ein Fluch wird und das Vertrauen zu ihr im Volke schwindet.

Sie wissen, daß im übrigen der Führer nicht nur mit den Spitzen seiner ‚Volksvertretung', der Partei, laufend Fühlung hält, sondern in größeren Zeitabschnitten in Volksbefragungen sich direkt an das Volk wendet, um es über ganz große Entscheidungen im Leben der Nation selbst abstimmen zu lassen. Er holt sich damit immer von neuem Autorisation zur Führung. Die Volksbefragung ist der Weg der direkten Prüfung, ob eine Führung die Volksverbundenheit nicht verloren hat. Zugleich wird dem Volke das Gefühl vermittelt, daß es die Verbindung mit seiner Führung noch besitzt ..."

Tagung des Führerkorps der NSDAP.

Am 2. Juni folgte eine Tagung des Führerkorps der Partei in Berlin, über die es im NSK.-Bericht (Folge 124) heißt:

„Zu Beginn der Tagung gedachte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, der toten und verwundeten Kameraden, die in Spanien Opfer eines internationalen Verbrechertums wurden.

Es sprach dann der Reichsführer SS, Heinrich Himmler. In außerordentlich eindrucksvollen, mehr als zweistündigen Ausführungen befaßte er sich mit einer Reihe aktueller Fragen, die bevölkerungspolitisch für die deutsche Nation von entscheidender Bedeutung sind. Er beleuchtete aus seiner Praxis als Chef der Deutschen Polizei die sittlichen Gefahren, die das Volkstum und seine Zukunft bedrohen, wenn sie nicht mit der Energie bekämpft werden, die der Nationalsozialismus gerade auf diesem Gebiet für erforderlich hält. Zum Schluß seiner mit größtem Interesse aufgenommenen Ausführungen brachte der Reichsführer SS zum Ausdruck, daß alle polizeilichen Maßnahmen, so notwendig und wichtig sie auch seien, diese Gefahren nicht zu beseitigen vermöchten, wenn nicht das ganze deutsche Volk an der positiven Lösung der bevölkerungspolitisch entscheidenden Aufgaben mithelfe und die weltanschauliche Erziehung der deutschen Menschen den Übeln an die Wurzeln gehe ..."

Am Nachmittag des gleichen Tages sprach Adolf Hitler zum Führerkorps und gab einen umfassenden Überblick über die außenpolitische und wirtschaftliche Lage der Gegenwart sowie über die geistigen und kulturellen Grundlagen der Arbeit der NSDAP. — getragen von der Erkenntnis, daß nicht allein die Waffenstärke, sondern auch die moralische Kraft in der Führerschaft die Voraussetzung des inneren Wiederaufbaus der Nation und ihrer Achtung in der Welt ist. —

Die Arbeit der SA.

Am 20. Mai fand ein Gruppenführerappell und eine Arbeitstagung der SA. statt (in Bad Pyrmont), wobei eine Gesamtschau über

das Wirken der SA. vermittelt wurde. So behandelte die Tagung das SA.-Sportabzeichen und die NS.-Kampfspiele (siehe 4. Abschnitt), die SA.-Reiterei, Fragen des Führernachwuchses, Adolf-Hitler-Freiplatzspende und „Dankopfer der Nation" (siehe weiter unten). — Erinnert sei auch an die äußerst rege Kulturarbeit der SA. (Kulturkreis der SA. usw.) und im Zusammenhang damit erwähnt, daß der Stabschef Pg. Lutze am 22. Februar drei Kulturpreise stiftete (für Dichtung und Schrifttum, für Musik und für bildende Kunst).

Pg. Göring Chef der Wachstandarte „Feldherrnhalle"

Zu verzeichnen ist auch noch die bedeutsame Tatsache, daß Ministerpräsident, Generaloberst Pg. Göring, der erste Führer der SA., an seinem Geburtstag (12. Januar 1937) zum Chef der Wachstandarte „Feldherrnhalle" ernannt wurde — eine Geburtstagsehrung mit tiefer symbolischer Bedeutung.

Deutsches Reiterführer-Abzeichen

Am 24. Februar schuf Adolf Hitler das „Deutsche Reiterführer-Abzeichen" (als Nachtrag zur Schaffung des Nationalsozialistischen Reiterkorps — siehe Band 1936, Seite 24 bis 25 — unter Führung des SA.-Obergruppenführers Litzmann). Die Verfügung des Führers lautete:

Berlin, 24. Februar.

Im Nachtrag zu meiner Verfügung vom 10. März 1936 betr. Aufstellung des Nationalsozialistischen Reiterkorps stifte ich zur Förderung der Reit- und Fahrausbildung vor der Dienstzeit:

1. Das „Deutsche Reiterführer-Abzeichen".

Es ist nach den von mir genehmigten Bestimmungen des Stabschefs der SA. auszugeben.

2. Eine Plakette als Anerkennung für diejenigen Volksgenossen, die sich durch Zurverfügungstellung von Pferden für das Nationalsozialistische Reiterkorps um die wehrhafte Ertüchtigung der deutschen Jugend verdient gemacht haben.

Die Ausgabe erfolgt nach den vom Stabschef der SA. hierzu erlassenen Bestimmungen.

Der Führer und Reichskanzler.
gez.: Adolf Hitler.

Dankopfer der Nation

Im April trat die SA. zum zweiten Male (wie bereits im Vorjahr — siehe Band 1936, Seite 23 bis 24) mit dem „Dankopfer der Nation" an das deutsche Volk heran. Der Stabschef Lutze erließ folgenden Aufruf:

Vor einem Jahr erlebten wir als schönsten Beweis der Volksgemeinschaft der Tat, wie sie die SA. in ihrem Kampf verwirklicht, das erste Dankopfer des Volkes im Zeichen der wiedergewonnenen Wehrfreiheit als ein Geschenk der dankbaren Nation an den Führer. In diesen Wochen nun sehen wir überall im ganzen Reich Wohnsiedlungen für den deutschen Arbeiter erstehen, sichtbarer Ausdruck dieses großen sozialen Werkes, in dem die Volksgemeinschaft im Geiste des Führers und beseelt vom Willen zum Aufbau unseres herrlichen neuen Reiches zusammenstand.

Auch in diesem Jahr wieder wird die SA. als Trägerin und Vermittlerin des Geschenkes der Nation an den Führer zu seinem Geburtstag das Dankopfer durchführen und gemeinsam mit der ganzen

Volksgemeinschaft Bekenntnis ablegen vom Einsatzwillen und der Entschlossenheit, für den Führer und sein Volk kein Opfer zu unterlassen, das dem Wohle und der Förderung der Nation dient. Deshalb richte ich erneut an jeden Volksgenossen, der sich dieses Bekenntnis zu eigen macht, den Ruf, seine Verbundenheit zum Führer und zur Gemeinschaft durch seine Eintragung in die Ehrenlisten zu bezeugen.

Wiederum gilt es, den Dank der Nation als ein würdiges und sinnvolles Geschenk an den Führer zum Ausdruck zu bringen und alles für Deutschland zu tun, das seinen Ruhm und seine Größe zu steigern vermag.

Deshalb bekenne jeder mit der SA. seinen Einsatz- und Opferwillen, zum Wohle des Volkes — zum Dank an den Führer!

Viktor Lutze.

Der Erfolg übertraf den des Vorjahres. — Arbeitersiedlungen und Bauernhöfe sollen aus dem Dankopfer der Nation erstehen. (Der erste Spatenstich zu den Dankopfersiedlungen der SA. erfolgte am 21. Februar.)

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Nationalsozialistische Fliegerkorps

Am 17. April gründete Adolf Hitler das „Nationalsozialistische Fliegerkorps" (NSFK.) — mit folgendem Erlaß:

Um den fliegerischen Gedanken im deutschen Volke wachzuhalten und zu vertiefen, eine vor der militärischen Dienstzeit liegende fliegerische Ausbildung durchzuführen und die vielseitigen luftsportlichen Betätigungen in Deutschland einheitlich zusammenzufassen, bestimme ich folgendes:

1. Der Deutsche Luftsportverband e. V. (DLV.) und seine sämtlichen Gliederungen (Landesgruppen, Ortsgruppen usw.) werden aufgelöst. An ihre Stelle tritt das Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK.).

2. Das Nationalsozialistische Fliegerkorps ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. An seiner Spitze steht der Korpsführer des NSFK. Er ist dem Reichsminister der Luftfahrt unterstellt.

3. Die Mitgliedschaft zum NSFK. ist freiwillig. Die Angehörigen des NSFK. können nicht gleichzeitig der SA., der SS oder dem NSKK. angehören.

4. Die Angehörigen des NSFK. tragen die bisherige DLV.-Sturmbekleidung und die Hakenkreuzbinde am linken Oberarm.

5. Behörden, öffentliche Betriebe und Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, den Angehörigen des NSFK. die gleichen Vergünstigungen und Berechtigungen zu gewähren, die den Angehörigen der Gliederungen der NSDAP. gewährt werden. Die bisherige Mitgliedschaft im DLV. wird den Angehörigen des NSFK. angerechnet.

6. Die Ausübung von Luftsport jeglicher Art hat nach den Richtlinien des Korpsführers des NSFK. zu erfolgen.

7. Der Reichsminister der Luftfahrt erläßt die zur Durchführung dieses Erlasses erforderlichen Bestimmungen.

gez.: Adolf Hitler.

Zum Korpsführer des NSFK. wurde Generalmajor Christiansen, der bekannte Pour-le-mérite-Flieger, ernannt. (Der bisherige Reichsluftsportführer, Oberst Mahncke, war seit einiger Zeit Komodore des „Kampfgeschwaders Hindenburg".)

NS.-Bund Deutscher Technik

Am 23. April gab der Leiter des Hauptamtes für Technik, Pg. Dr. Todt, in einer Kundgebung der deutschen Ingenieure im Berliner Sportpalast den Zusammenschluß aller technisch-wissenschaftlichen Ver-

einigungen sämtlicher Fachrichtungen im „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ (NS.-Bund Deutscher Technik) bekannt.

Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde

Von der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde erging folgende Meldung (VB., 10. Mai):

Berlin, 9. Mai.

Die zu Beginn dieses Jahres von den Reichsleitern Darré, Hierl, Himmler, Rosenberg und von Schirach gegründete Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde, die sich die Betreuung des Gebietes für Volkskunde innerhalb der Partei zur Aufgabe gestellt hat, hat nunmehr Arbeitsabkommen mit folgenden Dienststellen der Bewegung abgeschlossen:

Deutsche Arbeitsfront,
Oberste SA.-Führung,
Deutsche Studentenschaft,
NS.-Lehrerbund,
NS.-Dozentenbund,
NS.-Frauenschaft,
NS.-Rechtswahrerbund,
Hauptamt für Volkswohlfahrt,
Hauptamt für Kommunalpolitik,
Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums,
Rassenpolitisches Amt.

Rückwandererheim der AO.

Von der Arbeit der Auslandsorganisation der NSDAP. (AO.) sei erwähnt, daß sie für die in die Heimat zurückkehrenden Reichsdeutschen ein Rückwandererheim in Berlin-Tegel schuf, das am 5. März in Anwesenheit des Gauleiters Pg. Bohle feierlich eröffnet wurde. — Von dem schweren Kampf der AO. zeugte folgende Meldung des VB. vom 17. Mai:

Buenos Aires, 16. April.

Blockleiter Riedel †

Der Reichsdeutsche, Pg. Josef Riedel, der als Blockleiter zur Ortsgruppe Villa Ballester der Landesgruppe Argentinien der Auslandsorganisation der NSDAP. gehört, wurde von bisher noch unbekannten Tätern in Buenos Aires überfallen und so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen erlegen ist.

Das nationalsozialistische Deutschland in der Welt

Der Kampf des nationalsozialistischen Deutschlands ist ein Kampf der Kultur gegen das Untermenschentum. Reichsleiter Alfred Rosenberg sagte mit Recht (in seiner Rede am 16. Januar in Lemgo zum Erinnerungstreffen in Lippe):

„... Dann dürfen wir mit Stolz sagen, daß, es mögen die anderen noch so viel vom Abendland sprechen, Europa am bewußtesten von Adolf Hitler in Berlin verteidigt wird!“

Die nationalsozialistische Bewegung hat das deutsche Volk wieder stark und lebensfähig gemacht, und wir wollen diese Betrachtung schließen mit den Worten, die Reichsminister Pg. Dr. Goebbels am 26. Februar in einer Massenkundgebung in der Kölner Rheinlandhalle sagte:

„Jeder Deutsche ist heute wieder davon überzeugt, daß sein Volk auf dem Wege ist, ein Weltvolk zu werden. Wir haben das Glück, aus der Ehre der Nation wieder unser Leben, unsere Arbeit und unser tägliches Brot erwachsen zu sehen. In Deutschland ist die wahre Demokratie

Wirklichkeit geworden, in der die ganze Nation ihren Willen verteidigt, im Führer als Fürsprecher und Dolmetsch, der für das ganze Volk Vorbild und Richtschnur geworden ist...

Wenn ein Volk Grund hat, voller Hoffnung in seine Zukunft zu schauen, so ist es das unsere. Wir stehen heute wieder auf festem Boden. Wir haben die ewig schwankende Zeit bezwungen und dem Volk den Glauben an die eigene Kraft zurückgegeben. Vielleicht sind wir dazu bestimmt, nicht nur die Fackelträger unseres eigenen Volkes, sondern die Fackelträger einer neuen Zeit überhaupt zu werden. Eine alte Welt bricht zusammen und versinkt. Mit uns steigt die junge, bessere Welt, das bessere Europa empor. Die marschierenden Kolonnen unseres Volkes sind die Avantgarde einer besseren Welt. Wir können mit Recht von uns sagen: Mit uns zieht die neue Zeit!"

6. Abschnitt:

Der Weg der deutschen Jugend

Beim Gautag des Gaues Bayrische Ostmark sagte der Führer zu seinen Männern (6. Juni):

„Ihr, meine braune Garde, ihr seid die Kampftruppe dieser ganzen Entwicklung, seid die Repräsentanten dieser politischen Mission. Ihr habt zuerst diese Fahne getragen, und ich weiß, ihr werdet sie so weitertragen, weit hinein in die deutsche Zukunft, und wenn der letzte Mann von euch vorbei ist, werden schon wieder die ersten Kolonnen der deutschen Jugend nachrücken. Ein endloser Strom des deutschen Blutes und des deutschen Lebens.

So werden Generationen um Generationen unseres Volkes in unserer Geschichte weitermarschieren. Immer dieses Banner vor Augen, das uns verpflichtet, zu unserem Volk, zu seiner Ehre, zu seiner Freiheit und zu unserer Gemeinschaft, zu unserer wirklichen nationalsozialistischen Brüderlichkeit . . .“

In der Hitler-Jugend marschiert diese deutsche Jugend, um die Fahne weiter zu tragen in die deutsche Zukunft. Ihr wurde am Jahresanfang eine neue große Aufgabe gestellt, die in der Errichtung der Adolf-Hitler-Schulen ihren Ausdruck fand. Die Verfügung des Führers lautete:

Adolf-Hitler-Schulen

„Nach Vortrag des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. und des Jugendführers des Deutschen Reiches genehmige ich, daß die neu zu errichtenden nationalsozialistischen Schulen, die gleichzeitig als Vorschulen für die nationalsozialistischen Ordensburgen gelten sollen, meinen Namen tragen.

Berlin, den 15. Januar 1937. Adolf Hitler.“

Der Reichsjugendführer, Pg. von Schirach, und der Reichsorganisationsleiter der NSDAP., Pg. Dr. Ley, gaben zwei Tage später folgende gemeinsame Erklärung ab:

„Der Führer hat auf Grund eines von uns gemeinsam ausgearbeiteten Planes die obige Verfügung über die Adolf-Hitler-Schulen der NSDAP. erlassen. NSDAP. und Hitler-Jugend haben damit einen neuen gewaltigen Auftrag erhalten, der weit über diese Zeit hinaus in die ferne Zukunft reicht.

Nähere Einzelheiten über die ‚Adolf-Hitler-Schulen‘ werden heute noch nicht veröffentlicht. Wir teilen jedoch, um Unklarheiten zu vermeiden, die nachfolgenden Grundsätze mit:

1. Die Adolf-Hitler-Schulen sind Einheiten der Hitler-Jugend und werden von dieser verantwortlich geführt. Lehrstoff, Lehrplan und Lehr-

körper werden von den unterzeichneten Reichsleitern reichseinheitlich bestimmt.

2. Die Adolf-Hitler-Schule umfaßt sechs Klassen. Die Aufnahme erfolgt im allgemeinen mit dem vollendeten 12. Lebensjahr.

3. Aufnahme in die Adolf-Hitler-Schulen finden solche Jungen, die sich im Deutschen Jungvolk hervorragend bewährt haben und von den zuständigen Hoheitsträgern in Vorschlag gebracht werden.

4. Die Schulausbildung in den Adolf-Hitler-Schulen ist unentgeltlich.

5. Die Schulaufsicht gehört zu den Hoheitsrechten des Gauleiters der NSDAP. Er übt sie entweder selbst aus oder übergibt die Ausübung dem Gauschulungsamt.

6. Nach erfolgter Reifeprüfung steht dem Adolf-Hitler-Schüler jede Laufbahn der Partei und des Staates offen."

München, den 17. Januar 1937.

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.
gez.: Dr. Ley.
Der Jugendführer des Deutschen Reiches.
gez.: Baldur von Schirach.

Die Schaffung dieser Schulen ist eine revolutionäre Tat von entscheidender Bedeutung. Durch diese Schulen ist wirklich „freie Bahn dem Tüchtigen" gegeben — in nationalsozialistischer Verwirklichung eines Wortes, das in der liberalistischen Zeit immer nur ein falsch verstandenes Postulat geblieben war. Jedem jungen Deutschen, der nach Charakter und Leistung berufen scheint, im nationalsozialistischen Reiche einmal an verantwortlicher Stelle zu wirken, ist dieser Weg heute offen — ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Stellung seiner Eltern und auf die ihm zur Verfügung stehenden Mittel. Das ist wahrer Sozialismus: nicht die Gleichmacherei ungleich veranlagter Menschen, sondern die Schaffung gleicher Aufstiegsmöglichkeiten, gleicher „Chancen". Welchen Weg dann der einzelne Volksgenosse geht, soll von seinen Leistungen und seinem Charakter abhängen.

Das erste Ausleselager für Erzieher an den Adolf-Hitler-Schulen fand bereits vom 7. bis zum 13. März in Potsdam statt. Und schon am 19. April erfolgte auf der Ordensburg Crössinsee die Eröffnung der ersten Klassen der Adolf-Hitler-Schulen.

Die neue Reichsbehörde „Jugendführer des Deutschen Reiches"

Am 1. April nahm die im § 3 des „Gesetzes über die Hitler-Jugend" vom 1. Dezember 1936 (siehe Band 1936, Seite 341) verkündete Oberste Reichsbehörde „Jugendführer des Deutschen Reiches" ihre Arbeit auf. Die dem Jugendführer des Deutschen Reiches, Pg. von Schirach, damit vergrößert gestellte Aufgabe bestimmte für die HJ. das Gesicht des Jahres 1937.

Baujahr der HJ. und Jahr der Heimbeschaffung

Im Vordergrund stand zunächst die Schaffung von ausreichenden und würdigen Jugendheimen. Der Reichsjugendführer hatte in seinem Neujahrsaufruf dieses Jahr zum „Baujahr der Hitler-Jugend und Jahr der Heimbeschaffung" erklärt. Und am 3. Mai konnte er die Grundsteinlegung von 543 HJ.-Heimen in einer

zentralen Feier von Leipzig aus vornehmen. Und dies war nur der erste Bauabschnitt! — Über die Entwicklung, die zwingend zur Heimbeschaffungsaktion führen mußte, schrieb die NSK. am 14. Januar:

... Die Bedeutung dieser Aufgabe im allgemeinen und ihre Inangriffnahme gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt sich aus dem Grade der Reife, zu dem das Werk der Jugendorganisation Adolf Hitlers nun gediehen ist.

Eine kurze Rückschau macht dies aus dem Zusammenhang der Entwicklung klar: Bis zum 30. Januar 1933 war die HJ. die Kampfjugend der Kampfbewegung. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit und politischen Betätigung lag nicht drinnen in ihren Heimen, sondern draußen an den Brennpunkten des Kampfes, auf der Straße und in den Versammlungen. 1933 brachte den ersten Durchstoß zur Erfassung der gesamten deutschen Jugend, und damit verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeit folgerichtig nach innen, so daß der Reichsjugendführer die Jahre 1934/35 zu Jahren der Schulung und der Ertüchtigung erklärte. Diese wurde, soweit sie den körperlichen Teil betraf, auf Sportplätzen und im Gelände durchgeführt, soweit sie jedoch die geistige, politische und kulturelle Ertüchtigung meinte, geschah sie, besonders in der rauheren Jahreszeit, im Heim, so daß in diesen Jahren die Heimfrage das erstemal brennend wurde.

Die Lösung, die sie in diesen Jahren erfuhr, war jedoch nur eine Notlösung, da es naturgemäß nicht möglich war, mit einem Schlag die benötigten Zehntausende von Heimen, und noch dazu in der entsprechenden inneren und äußeren Gestaltung, zur Verfügung zu stellen. Noch war die Jugendbewegung des Führers, solange sie das ihr innewohnende dynamische Ziel der Erreichung der äußeren Totalität nicht vollkommen verwirklicht sah, zu sehr mit diesem Ziel beschäftigt, als daß sie sich jetzt schon der Heimfrage mit allem Nachdruck zugewendet hätte. Dies änderte sich jedoch in dem Augenblick, als durch den Erfolg der Aktion „Jahr des Deutschen Jungvolks", dem zweiten tieferen Durchstoß, jene äußere Totalität erlangt wurde, und dieser Erfolg durch das Gesetz vom 1. Dezember 1936 auch seine politische Anerkennung erfuhr.

Nun verlegte sich das Schwergewicht der Arbeit der Hitler-Jugend mit voller Wucht wieder nach innen, und damit ist die Frage der Heime, in denen sich diese Arbeit vollziehen soll, entscheidend geworden. Notlösungen können jetzt nicht mehr genügen und müssen durch die Inangriffnahme jener endgültigen Lösung ersetzt werden, von der letzten Endes die Erfüllung des Auftrages vom 1. Dezember 1936 abhängig ist...

Am 31. Oktober nahm der Reichsjugendführer in Melle bei Osnabrück die Weihe eines HJ.-Heimes vor, das den Namen „Hermann-Göring-Haus der Deutschen Jugend" trägt und gleichzeitig eine Feierstätte der Jugend und eine große Jugendherberge enthält. Denn das „Baujahr der Hitler-Jugend" setzte neben der Heimbeschaffung auch die Schaffung und Errichtung neuer Jugendherbergen zielbewußt fort.

Reichswerbe- und Opfertag des Jugendherbergswerks

Dieser Aufgabe diente auch der Reichswerbe- und Opfertag des Jugendherbergswerks (17./18. April), zu dem der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, folgenden Aufruf erließ:

„Deutsche Jugend! Du sollst die Schönheit deiner Heimat sehen! Du sollst die Zeugen der großen Vergangenheit deines Volkes sehen! Du sollst die Werke der stolzen Gegenwart deiner Nation sehen! Du sollst dir bewußt

werden deiner Verpflichtung an der Zukunft! Wir wollen dir Herbergen geben, daß du wandern kannst durch unser Deutschland!

Der Aufruf, den der Reichsjugendführer Pg. von Schirach mit den Reichsleitern Dr. Ley, Amann, Bormann, Bouhler, Buch, Dietrich, von Epp, Fiehler, Grimm, Hierl, Himmler, Lutze, Rosenberg und Schwarz an die Volksgenossen richtete, lautete:

Deutschland wurde frei durch den Nationalsozialismus! Deutschland wird frei bleiben, wenn es gelingt, den Nationalsozialismus für alle Zeiten in der deutschen Jugend zu verwurzeln. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen keine Arbeit, keine Mühe, kein Opfer gescheut werden. Aus eigener Anschauung muß unsere Jugend zu der Erkenntnis gelangen, daß in der Verbundenheit unseres Blutes zum Heimatboden die stärksten Wurzeln unserer Volkskraft liegen. Mit eigenen Augen soll sie die Schönheit der Heimat sehen und Kraft aus ihr schöpfen, damit sie dereinst kampf- und opferbereit für Volk und Heimat einzutreten versteht. Die Jugendherbergen ermöglichen dieses Erlebnis jedem jungen Deutschen. Sie werden dadurch zu wahren Heimstätten der Treue des jungen Volkes zum heiligen Vaterland. Unserer Jugend zu helfen, solche Heimstätten zu bauen, wird somit zur selbstverständlichen Pflicht eines jeden Nationalsozialisten.

Neue Jugendherbergen

Und am 17. Oktober konnte der Reichsjugendführer vom Annaberg aus — dem durch das Blut deutscher Jugend geheiligten Berg in Oberschlesien (siehe Band 1918 bis 1933, Seite 60) — die feierliche Eröffnung von 58 neuen Jugendherbergen (gleichzeitig 20 Grundsteinlegungen und 19 Richtefeste) vornehmen. —

Zwischenvölkische Beziehungen der HJ.

Die Hitler-Jugend als in ihrer Größe, Geschlossenheit und geistigen Fundierung in der Welt einzig dastehende Jugendorganisation setzte im Jahre 1937 ihre Fühlungnahme mit der Jugend anderer Völker in verstärktem Umfang fort. Bereits in den letzten Tagen vor Jahresbeginn hatten in den oberbayrischen Bergen zwei deutsch-englische Ski-Lager begonnen, ebenso ein deutsch-französisches und ein deutsch-belgisches. Und es ist angesichts der Fülle der von der HJ. gepflegten zwischenvölkischen Beziehungen nur möglich, in Kürze zu vermerken:

Italienische Besuche

Am 24. April traf der italienische Jugendführer, Unterstaatssekretär Ricci, mit 22 Unterführern der Balilla (der Jugendorganisation Italiens) in München ein, wo er vom Reichsjugendführer Pg. von Schirach begrüßt wurde und anschließend eine mehrtägige größere Deutschlandreise durchführte. — Am 13. Juni bereits erfolgte der zweite Besuch der Balilla. Ricci erschien mit 1300 Unterführern in Berlin, die am 16. Juni vor Adolf Hitler in der Wilhelmstraße aufmarschierten. Der Führer sprach zur Balilla:

Rede Adolf Hitlers an die Balilla

„... Italien und Deutschland haben unter ähnlichen Voraussetzungen einen Weg zu finden gesucht und haben ihn gefunden: einen Weg, der aus nationaler Schwäche zu nationaler Kraft, Stärke und damit, wie wir wissen, zum nationalen Recht führt.

Ihr werdet bei eurer Reise durch Deutschland empfinden, wie sehr diese gleichen Gedanken in den Gefühlen der Freundschaft und Zuneigung hier ihren Ausdruck finden. Deutsche Kameraden und Kameradinnen vor euch haben dieselben Eindrücke aus Italien mit in ihre Heimat zurückgebracht.

Italien und Deutschland sind erfüllt von der Überzeugung, daß die beiden Träger dieser Gedanken nicht isoliert in der Welt stehen, daß diese Ideale nicht nur in diesen zwei Staaten eine Heimstätte gefunden haben, sondern von ihnen ausgehend auch anderen Ländern und Völkern als beachtenswert erscheinen.

Vor allem aber führt uns in dieser Zeit die gleiche Abwehr zusammen gegenüber einer der größten Weltgefahren, die es gibt, gegenüber dem Bolschewismus.

Es ist für uns ein beglückendes Gefühl, zu wissen, daß in Italien ebenso wie bei uns ein Land in Wehr und Waffen aufgebaut ist, und daß dieses Volk nun seine Jugend als Repräsentant hier nach Berlin geschickt hat.

So wie das deutsche Volk stolz und glücklich ist auf seine Jugend, so kann auch das italienische Volk stolz und glücklich auf seine Jugend sein! Auch das ist etwas, was uns verbindet: eine Jugend, die Ideale hat, und die bereit ist, für diese Ideale zu leben, und, wenn notwendig, auch für sie in den Tod zu gehen! Das ist für uns eine stolze Erkenntnis ..."

Und am 22. Juli folgte der dritte Staatsbesuch italienischer Jugend in Deutschland: 450 Avanguardisten trafen zu einer Deutschlandfahrt in Frankfurt am Main ein und führten dann einige Tage später in Nideggen-Eifel ein Deutschlandlager der Opera Nazionale Balilla durch. — 450 Jungvolkführer erwiderten diesen Besuch noch Ende August. Am 28. August verabschiedete sie Pg. von Schirach:

450 Jungvolkführer in Italien

„... Ihr fahrt in einem stolzen Auftrag. Wenn ihr die Grenze überschreitet, hört ihr auf, Einzelmenschen zu sein, hört ihr auf, Jugendorganisation zu sein. Jenseits der Grenzen seid ihr Repräsentanten des deutschen Volkes. Wie ihr euch benehmt, wie ihr ausseht, was ihr repräsentiert: es ist dafür entscheidend, wie das andere Volk euer Volk beurteilt ..."

Ihr Vorbeimarsch vor Mussolini in Rom war eine Verkörperung des Geistes deutscher Jugend im besten Sinne.

114 Jugendführer des nationalen Spaniens trafen am 3. September zu einem Besuch Deutschlands und seiner Jugend ein. Und am 22. Oktober begaben sich acht aktive Bannführer der Hitler-Jugend nach Nationalspanien, um einen Gegenbesuch abzustatten. Am 11. November wurden sie dort von dem spanischen Staatschef, General Franco, empfangen.

Beziehungen der HJ. zu Spanien

Die Beziehungen zur französischen Jugend kamen im August in einem deutsch-französischen Jugendlager in Bad Reichenhall zum Ausdruck, das dem Reichsjugendführer folgendes Telegramm sandte:

— und zu Frankreich

„Das erste und einzige deutsch-französische Jugendlager dieses Jahres grüßt Sie als den Führer der deutschen Jugend. Unser großes Ziel ist, eine unlösbare Kameradschaft zwischen französischer und deutscher Jugend zu schmieden und so am Frieden der Welt zu arbeiten."

— worauf Pg. von Schirach antwortete:

„Für die kameradschaftlichen Grüße des deutsch-französischen Jugendlagers sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Ich erwidere sie in dem Wunsche, daß der große seelische Erfolg unserer ersten Begegnung Jahr für Jahr erneuert werden möge. Frankreichs Jugend ist auf deutschem Boden stets willkommen."

Das Lager stattete dem Führer auf dem Obersalzberg einen Besuch ab. — Im August fand gleichzeitig ein deutsch-französisches Jugendlager in Frankreich (in Cannes) statt. — Am 26. August traf Stabsführer Lauterbacher mit den Amtschefs und Gebietsführern der HJ. zu einem Besuch in Paris ein. — Und am 28. Oktober reiste der Reichsjugendführer selbst nach Frankreich. — Hervorgehoben sei noch als wichtiger Ausdruck deutsch-französischer Jugendbeziehungen die Frankreich-Nummer der Führerzeitschrift der HJ. „Wille und Macht", von der bereits im 2. Abschnitt unseres Bandes die Rede war.

Reise des Reichsjugendführers nach Südosteuropa und dem Orient

Hervorzuheben ist insbesondere auch die große Reise des Reichsjugendführers Pg. von Schirach nach Südosteuropa und dem Orient, die am 26. November begann und bis Mitte Dezember andauerte. Die Reise berührte Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Irak, Iran, Rumänien, Ungarn. Zahlreiche Staatsempfänge, Besichtigungen von Jugendeinrichtungen, Rücksprachen mit Staatsoberhäuptern und Ministern gaben der Fahrt des Jugendführers des Deutschen Reiches das Gepräge und waren gleichzeitig sichtbarer Ausdruck des Weltrufes der Hitler-Jugend als Vertreterin des deutschen Volkes.

Rundfunkansprache des Reichsjugendführers an die reichsdeutsche Jugend im Ausland

Die einzigartige Stellung der HJ. als größter Jugendorganisation der Welt kam auch in den Worten zum Ausdruck, die der Reichsjugendführer Pg. von Schirach am 12. März über den deutschen Kurzwellensender an die reichsdeutsche Jugend im Ausland richtete:

„... Wenn ihr als reichsdeutsche Jugend im Ausland heute mit derselben Hingabe wie eure Kameraden im Reich euren Dienst in der Jugendbewegung, die den Namen des Führers trägt, leistet, so dürft ihr sicher sein, daß wir euren Dienst für das größere, alle Deutschen in der Welt umfassende ‚Deutschland' bewundern und anerkennen. Ihr gehört einer Jugendbewegung an, die nirgendwo auf dem Erdenrunde ihresgleichen findet. Im Dezember 1926 sind es im ganzen Deutschen Reich tausend verstreute Jungen und Mädel gewesen, heute sind es allein im deutschen Reichsgebiet 6450000, die freiwillig zu uns gekommen sind, um der Idee eines einzigen Mannes zu dienen, der Deutschland führt..."

Besuch des japanischen Jugendführers

Im Rahmen der ausländischen Beziehungen der HJ. sei schließlich noch der Besuch des Führers der japanischen Jugendorganisation, Graf Fhutaara, erwähnt, der u. a. am Gebietsaufmarsch der HJ. in Bremen (13. bis 15. August) teilnahm. —

Kulturarbeit der HJ.

Von besonderer Bedeutung war auch im Jahre 1937 die Kulturarbeit der HJ. In dem uns gesteckten Rahmen ist es nicht möglich,

die Fülle der großen kulturellen Veranstaltungen vollzählig aufzuführen (wie die am 11. April eröffnete erste Reichstheaterwoche in Bochum, die Reichskulturtagung in Weimar vom 13. bis zum 15. Juni, die am 5. November beginnenden Reichsmusiktage in Stuttgart usw.). Aber es sei hier die Goethe-Rede des Reichsjugendführers Pg. von Schirach, die am 14. Juni in Weimar gehalten wurde (zur Eröffnung der „Weimar-Festspiele der deutschen Jugend" im Rahmen der oben genannten Reichskulturtagung der HJ.), wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung im Wortlaut wiedergegeben:

Reichskulturtagung

Goethe-Rede des Reichsjugendführers

„Uns erscheint fast selbstverständlich, was sich hier und heute vollzieht, und doch wagten vor knapp einem Jahrzehnt die Mutigsten es kaum zu hoffen. Aus allen Teilen des geeinten Reiches ist die Jugend hierhergekommen. Nicht die Jugend der höheren Schulen allein, sondern die Jugend, die sich in ihrem Beruf als Tüchtigste bewährte. Und so, wie ihr hierhergekommen seid, soll Jahr für Jahr eine auserlesene Schar unserer Jugend in diese Stadt kommen, soll eine Woche hindurch durch Weimars Straßen wandern, abends vom edlen Spiel erhoben werden um schließlich dankbaren und ehrfürchtigen Gemütes von hier zu scheiden, um den anderen Kameraden Platz zu machen, denen dasselbe Erlebnis zuteil werden soll. Da ich dies verkünde, glaube ich schon die Stimmen derer zu vernehmen, die auch das Werk der Einigung der Jugend philisterhaft bekrittelten. Ihnen erschien die Einträchtigkeit der Jugend eine ernste Gefahr für die Vielgestaltigkeit des deutschen Lebens. Das Kleid der Kameradschaft verhöhnten sie als geistlose Uniformierung der Körper und der Geister. Während sich die Entschlossenen um die politische Gemeinschaft mühten, die die Voraussetzung unseres Lebens als Nation ist, erhoben sie die knöchernen Zeigefinger und warnten uns, daß über solchem Streben unersetzbare, kulturelle Werte verlorengingen. Ja, sie ziehen uns der Kulturfeindlichkeit und zeterten Ach und Wehe um jeden emigrierenden Kunstbolschewiken, dessen Bilder sie nur deswegen bewunderten, weil sie zu feige waren, sie zu verabscheuen. Nun werden sie sich wieder melden, diese Heroen des Geistes und die Ritter der traurigen Gestalt, und über die Kulturlosigkeit der Jugend eifern, die in ihren Uniformen jene Stätten besucht, die nach der Meinung mancher nur durch die geheiligten Sohlen des Philologen betreten werden dürfen. Denn was hätte Goethe mit uns zu schaffen, Goethe, der Weltbürger, der liberale Prophet des sogenannten Fortschritts? Hatte er sich nicht über Vaterland und Nation weit erhoben, der Olympier, und sich von den Fesseln jeder vaterländischen Bindung befreit, um ein Prophet der Menschheit zu werden? Ein so zum Götzen abstrakten Ästhetentums und demokratisch liberaler Vaterlandslosigkeit verfälschter Goethe ist freilich nicht mit den marschierenden Kolonnen des Dritten Reiches zu vereinen. Welcher Widersinn, gleichsam mit Gewalt eine Jugendbewegung, die das revolutionäre Erziehungsprinzip der Selbstführung der Jugend, der Uniformierung aller und der Gemeinschaftserziehung vertritt, mit einer Persönlichkeit zu verbinden, die nach mancher Vorstellung das Ideal einer durchaus individualistischen Bildung verkörpert und die ‚klassische' Schulerziehung unserer Gymnasien tagtäglich von olympischer Höhe herab durch wohlwollendes Kopfnicken bestätigt!

In den ‚Wahlverwandtschaften' begegnete mir einst das strenge Wort: ‚Männer sollten von Jugend auf Uniform tragen, weil sie sich gewöhnen müssen, zusammen zu handeln, sich unter ihresgleichen zu verlieren, in Masse zu gehorchen und ins Ganze zu arbeiten.' Es wurde mir damals schlagartig offenbar, daß Goethe in

einer Zeit, da Deutschland aus drei Dutzend Staaten bestand, die innere Schau einer einheitlichen, idealen deutschen Nationalerziehung besaß. Wenn man die in seinem gewaltigen Lebenswerk verstreuten Äußerungen über die Erziehung und Bildung der Jugend zusammenträgt, überkommt uns diese Erkenntnis mit zwingender Gewalt. So heißt es in den Sprüchen in Prosa: ‚Die Jugend bildet sich wieder an der Jugend.' Es ist seltsam, daß mehr als ein Jahrhundert vergehen mußte, bevor ein solches Wort in seinem ganzen Gewicht verstanden werden konnte. Seltsam, daß das Erziehungssystem Adolf Hitlers begründet wird durch Gedanken und Ratschläge, die dieses ganze vergangene Jahrhundert hindurch von den künftigen Erziehern überlesen oder gar mißachtet wurden. Solche sehr klugen Geister meinten wohl mitunter, man solle Goethe als Dichter bewundern, von anderen Geschäften habe er weniger verstanden. Nun ist das gerade das Besondere der Goetheschen Gestalt, daß sie eine, ich möchte sagen, universale Offenbarung ist, und wir an den Dichter Goethe nicht denken können wie an einen Schriftsteller, dessen literarisches Werk uns Genüge tut und nicht zu einem ständigen Forschen nach seinem Leben antreibt. Wir vermögen kaum uns mit Goethe zu beschäftigen, ohne nicht zugleich den heftigsten Drang zu verspüren, in seine Lebenswelt einzudringen. Die Äußerungen seines Lebens sind auf allen Gebieten in einem besonderen Sinne so dichterisch, seine Dichtung hingegen so mit seinem Leben verknüpft, daß es uns Deutschen geradezu als Pflicht erscheint, die Begegnung mit dem Menschen Goethe herbeizuführen. Wie könnten wir sonst zu einem ehrfürchtigen Verständnis seines Wesens gelangen, wenn wir nicht sein Leben betrachteten, dessen Darstellung er selbst symbolhaft „Dichtung und Wahrheit" überschrieb. Wenn wir uns mit liebenden Herzen seiner in ihrem Streben stets aufs Ganze gerichteten Persönlichkeit nähern, erkennen wir sehr bald, daß er zu jenen höchsten Wesen gehört, die von einer gütigen Vorsehung den Völkern eingeboren werden, damit sich deren reifere Geister am Beispiel ihres Kämpfens und Irrens, aber auch ihrer siegreichen Behauptung und schließlich ihrer Vollendung zum vollkommenen Wesen begeistern und erheben können.

Geistige Führer vom Range Goethes sind der Welt nur selten geschenkt worden. Wir Deutschen haben alle Ursache, einen Menschen dankbar zu verehren, den wir, um mit Friedrich von Schlegel zu sprechen, als Basis unserer Bildung zu betrachten haben. Es scheint mir nun einmal an der Zeit, daß wir jenes deutsche Nationalheiligtum, das Werk und Leben Goethes für uns bedeutet, entschlossen zu verteidigen beginnen gegen alle, die aus tragischer Verblendung oder angeborener Feindschaft mit den Musen Goethe schmähen, und damit — sprechen wir es einmal offen aus — Deutschland und sich selbst preisgeben. Da spricht man von Goethe als einem Menschen ohne Vaterland und verschweigt das stolze Zeugnis, das er 1813 Luden gegenüber ablegte: ‚Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein, diese Ideen sind in uns, sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen.' Und sechs Jahre später zu demselben: ‚Deutschland ist und bleibt auf ewig das wahre Vaterland meines Geistes und Herzens.' Dagegen kann man nun freilich sagen, ja, aber dieser Mann war Freimaurer. Gewiß, Goethe ist ein Freimaurer gewesen. Es wird dies der verstehen können, der das Leben in Weimar der damaligen Tage sich vorzustellen vermag. Man wird uns Nationalsozialisten, die wir die Freimaurerei bis zu ihrer Ausrottung in Deutschland bekämpft haben, nicht vorwerfen können, daß wir sie in Schutz nehmen. Dennoch wird es kaum möglich sein, die Zugehörigkeit des einen oder anderen bedeutenden Deutschen jener Zeit zu einer Loge anders als gesellschaftlich zu erklären. Wie sehr aber muß sich ein Erzieher der Jugend dagegen wenden, daß den

heranwachsenden Generationen ein erzieherisches Vorbild geraubt wird, das ein Jahrhundert hindurch vor allem heranwachsende junge Deutsche auf mannigfaltige Weise geistig und künstlerisch befruchtet hat. Nenne mir, Deutscher, das deutsche Buch schlechthin, es ist der ‚Faust‘. Nenne mir den deutschen Dichter, es ist Goethe. Es ist meine Pflicht als der über alle deutsche Jugend gesetzte verantwortliche Jugendführer und Erzieher, im Namen dieser Jugend feierlich zu bekennen, daß auch wir uns von unserem deutschen Wesen und damit von Goethe nicht trennen können. ‚Man erziehe die Knaben zu Dienern am Staate, die Mädchen zu Müttern, so wird es überall wohlstehen.‘ Wir können weder unsere erzieherische Aufgabe preisgeben, die er in diese Worte kleidete, noch können wir ihn von seinen Worten trennen, noch wollen wir dies. Der Schriftsteller Binding erklärte 1929 zu Goethes Todestag in öffentlicher Ansprache an die Jugend, er müsse vor den Büchern Goethes förmlich warnen, weil der Jugend darin vielleicht manches zu Große begegnen könne, was sie übermannt und zeitlebens gefangennimmt. Goethe sei Vergangenheit, die uns nichts anginge. ‚Denn was geht uns an? Wir gehen uns an. Wir: die Lebenden als die Generation der Zeit. Wir gehen uns an, so wie wir sind — nicht wie einer uns haben möchte.‘ Gewiß, Herr Binding ist nicht so gewichtig, daß wir diesen Worten allzuviel Bedeutung beizumessen brauchten. Ich zitiere sie nur, um die Verantwortungslosigkeit der damals führenden intellektuellen Schicht gegenüber nationalen Symbolen und jugendlichen Herzen darzutun. Mit Recht wird der bestraft, der ein Standbild von Bronze oder Stein besudelt oder umzustürzen sucht. Zweifellos gehört diese Art von Büberei zu den niedrigsten Handlungen, die ein Mensch begehen kann. Wenn wir schon die steinernen und metallenen Denkmäler schützen, müssen wir mit um so größerer Leidenschaft und Entschlossenheit die höheren Monumente verteidigen, die im seelischen Raum der Nation errichtet wurden. Jede deutsche Erziehung, aber auch jede Form eines deutschen Gemeinschaftslebens ist auf Ehrfurcht gegründet. Ehrfurcht bestimmt das Leben der Volkszelle, der Familie, wie des Volkes selbst. Wir fordern vom Kinde die Ehrfurcht vor der Mutter, wir lehren es, ehrfürchtig dem Vater zu begegnen, dessen Handarbeit oder geistige Tätigkeit das tägliche Brot erwirbt. Wir fordern vom Volke die Ehrfurcht vor der schöpferischen Persönlichkeit, die sein Leben sichert, adelt und mehrt. Und wie das Volk auf seine Führung, so sieht auch die Führung ehrfürchtig auf das Volk, wie es durch Jahrtausende sich wandelte, kämpfte, litt, siegte, unterlag und wieder aufstand. ‚Die oberste Ehrfurcht aber ist‘ — nach Goethe — ‚die Ehrfurcht vor sich selbst, so daß der Mensch zum Höchsten gelangt, was er zu erreichen fähig ist.‘ Diese Ehrfurcht bestimmt unser Wesen und unsere Unsterblichkeit. In dem Augenblick, da wir Goethe für Vergangenheit erklären und sagen, die Dichter dieses Augenblicks sind für uns allein bestimmend, sind wir so einsam und verloren wie der Mensch, der sich von seinem Leben lossagt und meint, mit ihm allein beginne das Leben. Gewiß, das Alter ist nicht das Ende, aber die Jugend ist auch nicht der Anfang. Im ‚Wilhelm Meister‘ heißt es: ‚Was uns zu strengen Forderungen, zu entschiedenen Gesetzen am meisten berechtigt, ist: daß gerade das Genie, das angeborene Talent, sie am ersten begreift, ihnen den willigsten Gehorsam leistet. Nur das Halbvermögen wünschte gern seine beschränkte Besonnenheit an die Stelle des unbedingten Ganzen zu setzen und seine falschen Griffe unter Vorwand einer bezwinglichen Originalität und Selbständigkeit zu beschönigen. Das lassen wir aber nicht gelten, sondern hüten unsere Schüler vor allen Mißtritten, wodurch ein großer Teil des Lebens, ja, manchmal das ganze Leben verwirrt und zerpflückt wird.‘ Und an anderer Stelle sagt er: ‚Der törichtste von allen Irrtümern ist, wenn junge Köpfe glauben, ihre Originalität zu verlieren, indem sie

das Wahre anerkennen, was von anderen schon anerkannt worden.' Gerade eine Zeit, die den Gesichtskreis der Deutschen bedeutend erweitert hat und mit einer Fülle neuer Ideen gesegnet ist wie kaum eine andere vor ihr, so daß es keineswegs als Vermessenheit erscheinen kann, zu glauben, daß sie Jahrhunderte hindurch die Kinder und Enkel unseres Volkes erfüllen werden, gerade eine solche Zeit, sage ich, wird gut daran tun, die Vergangenheit mit derselben Dankbarkeit zu begreifen, die wir uns und unserem Werk von den Kommenden erhoffen. Wir fühlen uns stark genug, die ganze deutsche Vergangenheit im Guten und im Bösen als eine uns von Gott und Natur gegebene Offenbarung zu bejahen. Die Treue ist kein leerer Wahn, sie besteht nicht in der Gegenwart allein, sondern bindet den einzelnen wie die Gemeinschaft an die vergangenen Jahrhunderte, bis in die Vorzeit genau so wie bis in die fernen, kommenden Tage, solange es Menschen deutschen Wesens gibt. Wer besäße wohl noch die Kraft, einen großen Gedanken zu denken und die Arbeit eines Lebens einem Werke zu widmen, wenn ihn nicht mitten im Mißverstehen der Gegenwart der zuversichtliche Glaube an die Zukunft bewegte!? Wenn es wahr ist, daß die schöpferische Tat ihrer Zeit vorauseilt, was anders beflügelte sie denn, als das Streben in die Zukunft; denn ihr dient sie mehr als der zeitlichen Mitwelt. Die Räder am Wagen der menschlichen Entwicklung werden nicht von denen fortbewegt, die obenauf sitzen und die Landschaft betrachten. Diese fahren gemächlich dahin, bis ein Felsblock die rollenden Räder hemmt. Dann ist es aber ein Großer dieser Erde, der in die Speichen greift und in stöhnender Mühe mit der Kraft der Titanen, des Uranos und der Gaiasöhne über Geröll und Felsblöcke vorwärts stoßend, ja vielleicht Strecken Weges auf atlantischen Schultern die übermenschliche Last allein tragend, die Hemmungen überwindet, zur ferneren Fahrt. Es mag sein, daß Spott und Hohn der Insassen das gewaltige Werk begleiten, weil ihre rechnende Vernunft nicht das Unmögliche begreift. Der lange Stillstand wird zur Gewohnheit. Und erst, da sie sich von der neuen Bewegung fortgerissen fühlen, erkennen sie widerstrebend an, was wiederum ein Einzelner vollbrachte. So geht es fort und fort, und uns bleibt nichts zu tun, als die toten Titanen, die wir, da sie leben, kaum begreifen lernen, in Dankbarkeit zu lieben und in Liebe zu verehren.

Daß Goethe unser Volk in solcher Art bewegte und künstlerisch wie politisch eine Weiterentwicklung bedeutete auf dem langen Wege zum Zweiten und zum Dritten Reich, kann heute nur von Unwissenden bestritten werden. ‚Es sei eins', sagt Goethe, ‚daß der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Wert habe, eins, daß meine Reisekoffer durch alle 36 Staaten Deutschlands ungeöffnet passieren können. Es sei eins, daß der städtische Reisepaß eines weimarischen Bürgers von dem Grenzbeamten eines großen Nachbarstaates nicht für unzulänglicher gehalten werde, als der Paß eines Ausländers. Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr. Deutschland sei ferner eins in Maß und Gewicht, in Handel und Wandel und hundert ähnlichen Dingen, die ich nicht alle nennen kann und mag. Vor allem aber sei Deutschland eins in Liebe untereinander! Und immer sei es eins gegen den auswärtigen Feind.' ‚Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und zukünftigen Eisenbahnen werden schon das ihre tun.' So zu Eckermann im Oktober 1828. Und im Frühling desselben Jahres beklagte er sich ihm gegenüber bitter darüber, daß von den künftigen Staatsdienern gar zu viele theoretisch gelehrte Kenntnisse verlangt würden, wodurch die jungen Leute vor der Zeit geistig wie körperlich ruiniert würden. Treten sie nun hierauf in den praktischen Dienst, so besitzen sie zwar einen ungeheuren Vorrat an philosophischen und gelehrten Dingen, allein er kann in dem beschränkten Kreis ihres Berufs gar nicht

zur Anwendung kommen und muß daher als unnütz wieder vergessen werden. Dagegen aber, was sie am meisten bedürften, haben sie eingebüßt: Es fehlt ihnen die nötige geistige wie körperliche Energie, die bei einem tüchtigen Auftreten im praktischen Verkehr ganz unerläßlich ist. Der dritte Teil der an den Schreibtisch gefesselten Gelehrten und Staatsdiener ist körperlich anbrüchig und dem Dämon der Hypochondrie verfallen. Hier täte es not, von oben her einzuwirken, um wenigstens künftige Generationen vor ähnlichem Verderben zu schützen. Wir wollen indes hoffen und erwarten, wie es etwa in einem Jahrhundert mit uns Deutschen aussieht, und ob wir es sodann dahin werden gebracht haben, nicht mehr abstrakte Gelehrte und Philosophen, sondern Menschen zu sein. Sieben Wochen später forderte Goethe, daß man Turnanstalten herstelle, ‚denn unsere deutsche Jugend bedarf es, besonders die studierende, der bei dem vielen geistigen und gelehrten Treiben alles körperliche Gleichgewicht fehlt und somit jede notwendige Tatkraft zugleich.‘ Ein Sportsmann wie Goethe, der noch als Greis im Garten seines Hauses am Frauenplan mit Pfeil und Bogen schoß, der als Reiter, Schwimmer, Fechter, Bergsteiger einem Ideal der Körperbewegung nachstrebte, das heute wohl selbstverständlich geworden ist, es damals aber gewiß nicht war, meinte, daß die frische Luft des freien Feldes der eigentliche Ort sei, wo wir hingehören: ‚Es ist, als ob der Geist Gottes dort den Menschen unmittelbar anwehte und eine göttliche Kraft ihren Einfluß ausübte.‘ So sagt er von Lord Byron: ‚Er lebte täglich mehrere Stunden im Freien, bald zu Pferde am Strand des Meeres reitend, bald im Boot segelnd oder rudernd, dann sich im Meere badend und seine Körperkräfte im Schwimmen übend‘, und führt die große Produktivität des Dichters auf solche kluge Lebensart zurück. ‚Die Turnerei halte ich wert, denn sie stärkt und erfrischt nicht nur den jugendlichen Körper, sondern ermutigt und kräftigt auch Seele und Geist gegen Verweichlichung.‘ Durch solche Bekenntnisse hat Goethe mehr als wir bisher meinten die Entwicklung zugunsten unserer modernen Leibeserziehung beeinflußt. Und erst, wenn wir diese Seite seines Wesens kennen, erschließt er sich uns als die vollkommene, erzieherische Persönlichkeit. Das später viel mißbrauchte Wort ‚Bildung‘ wurde von ihm nicht als Häufung des Wissens betrachtet. Bildung im Goetheschen Sinn ist zu allererst Charakterbildung. Er sagt: ‚Der echte Deutsche bezeichnet sich durch mannigfaltige Bildung und Einheit des Charakters.‘ Philisterhaftes Einpauken von Lehrstoff widerspricht dem Gesetz des Goetheschen Wesens. Wie wir ein Jahrhundert später, suchte er den ganzen Menschen zu bilden, nicht nur seinen Intellekt. Auf Eckermanns Frage, ob die geniale Schöpferkraft nur im Geist oder auch im Körper liege, antwortete er: ‚Wenigstens hat der Körper darauf den größten Einfluß. Es gab zwar eine Zeit, wo man in Deutschland sich ein Genie als klein, schwach, wohl gar bucklig dachte, allein ich lobe mir ein Genie, das den gehörigen Körper hat.‘ Es empörte ihn, daß man dem gesunden Bewegungstrieb der Jugend Einhalt gebieten wollte: ‚Es darf kein Bube mit der Peitsche knallen oder singen oder rufen, sogleich ist die Polizei da, es ihm zu verbieten. Es geht bei uns alles dahin, die liebe Jugend frühzeitig zahm zu machen und alle Natur, alle Originalität und Wildheit auszutreiben, so daß am Ende nichts übrig bleibt als der Philister. Kurzsichtig, blaß, mit eingefallener Brust, jung ohne Jugend, das ist das Bild der meisten jungen Gelehrten, wie sie sich mir darstellen. Und wie ich mich mit ihnen in ein Gespräch einlasse, habe ich sogleich zu bemerken, daß ihnen dasjenige, woran unsereiner seine Freude hat, nichtig und trivial erscheint. Daß sie ganz in der Idee stecken und nur die höchsten Probleme der Spekulation sie zu interessieren geeignet sind. Von gesunden Sinnen und Freude am Sinnlichen ist bei ihnen keine Spur, alles Jugendgefühl und alle Jugendlust ist bei ihnen aus-

getrieben, und zwar unwiederbringlich; denn wenn einer in seinem 20. Jahre nicht jung ist, wie soll er es mit seinem 40. sein.' Dichterisch gab er seinem Jugendgefühl übermütigen Ausdruck:

‚Laßt mich nur in meinem Sattel gelten!
Bleibt in euren Hütten, euren Zelten!
Und ich reite froh in alle Ferne,
über meiner Mütze nur die Sterne!'

Goethe trug, wie alle großen Deutschen, die ewige Jugend in sich. Wer ihn als geheimrätliche Exzellenz und Jugendfeind sich vorstellt, begeht ein Unrecht, das er sofort einsehen wird, wenn er sich die Mühe macht, die Äußerungen des Greises im letzten Lebensjahr bis zum Tode in sich aufzunehmen.

Je mehr sich Goethe vollendete, um so stärker wurde in ihm jenes kosmische Gefühl, das ihn sich mit Gott und Natur verbunden wissen ließ. Man hat ihn häufig teils aus dogmatischer Gehässigkeit oder aus Mode den ‚großen Heiden' genannt. Wir wollen uns mit diesem Ausdruck nicht beschäftigen, da wir zu keiner Klarheit darüber gelangen können, was mit dem Worte ‚Heide' gemeint ist. Möglich, daß es darum geprägt wurde, weil die vergangene Zeit nicht die Fähigkeit besaß, ein religiöses Gefühl auch außerhalb der kirchlichen Bekenntnisse zu erkennen. Goethe ist natürlich niemals ein konfessioneller Beter gewesen und ist als solcher auch nicht denkbar. Unsere heutige Jugend besitzt nicht zuletzt darum eine so starke instinktive Neigung zu Goethe, weil sie seine einfache und klare Gläubigkeit in zunehmendem Maße zu erleben beginnt. Vielleicht, daß manches harte Wort der Kritik, die er aus der ihm selbstverständlichen, kristallklaren Wahrhaftigkeit vor sich und anderen an die Kirchen anlegte, ihm den klerikalen Haß zuzog, der ihn bis in diese Zeit verfolgt. In seinem Todesjahr 1832 sagte er in vertrautem Gespräch zu seinem getreuen Eckermann: ‚Es ist gar viel Dummes in den Satzungen der Kirche. Aber sie will herrschen, und da muß sie eine bornierte Masse haben, die sich duckt und die geneigt ist, sich beherrschen zu lassen. Die hohe, reichdotierte Geistlichkeit fürchtet nichts mehr als die Aufklärung der unteren Massen. Sie hat ihnen auch die Bibel lange genug vorenthalten, so lange als irgend möglich. Was sollte auch ein armes, christliches Gemeindeglied von der fürstlichen Pracht eines reichdotierten Bischofs denken, wenn es dagegen in den Evangelien die Armut und Dürftigkeit Christi sieht, der mit seinen Jüngern in Demut zu Fuße ging, während der fürstliche Bischof in einer von sechs Pferden gezogenen Karosse einherbraust!' Wilhelm Meisters Wanderjahre enthalten das tiefe Wort: ‚Keine Religion, die sich auf Furcht gründet, wird bei uns geachtet.' Goethes Glaube war kindlicher Natur. Ihm schien es, daß ein Gott jedem seine Bahn bezeichnete. ‚Wohl ist in der Natur Wechsel, aber hinter dem Wechselnden ruht ein Ewiges. Ich glaube an einen Gott! Dies ist ein schönes, löbliches Wort, aber Gott anerkennen, wo und wie er sich offenbarte, das ist eigentlich die Seligkeit auf Erden.' Ihm war der Glaube ein Erbteil energischer, fortschreitender Naturen, der Unglaube das Eigentum schwacher, kleingesinnter, zurückschreitender, auf sich selbst beschränkter Menschen. ‚Siehst du Gott nicht? An jeder stillen Quelle, unter jedem blühenden Baum begegnet er mir in der Wärme seiner Liebe.'

‚Was soll all der Prunk bedeuten?
Regt er nicht der Seele Spott?
Wenn wir in das Freie schreiten,
auf den Höhen, da ist Gott.'

Goethe ist nach Nietzsches Wort nicht nur ein guter und großer Mensch, sondern eine Kultur. Wir dienen dem Genius unserer Zeit. Wir sind zutiefst glücklich darüber, die begnadete Generation sein zu dürfen, die dem

Führer von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht. Adolf Hitler ist es, der uns in dieser Zeit die Ehrfurcht lehrte. Er verpflichtet uns dem Opfer des großen Krieges, so daß wir die Fähigkeit erwarben, aus eigener Reihe dem Vaterland zu opfern. Der Führer ist es, der die guten Geister der Nation beschwört, die gegenwärtigen und die vergangenen.

Jugend Adolf Hitlers! Auch für dich gilt heute und immerdar das Wort, daß du dir erwerben mußt, was du dereinst besitzen willst. Das Deutsche Reich hat dich hierhergerufen, damit auch an dieser Stätte sich dir die Größe, Weite und Tiefe Deutschlands offenbare. Du handelst im Sinne des Mannes, dem du dienst, wenn du den Inhalt alles dessen, was der Begriff Weimar und Goethe umschließt, in dich aufnimmst und in deinem treuen und tapferen Herzen einschließt, damit du immer weißt, worum es geht, wenn du für Deutschland kämpfen mußt.

Ich eröffne die Weimar-Festspiele der Deutschen Jugend."

Die Neuaufnahmen der HJ.

Die Arbeit der HJ. erfuhr auch in organisatorischer Hinsicht eine wesentliche Ausdehnung. Wenn am 19. April eine Million Jungen und Mädel in das Deutsche Jungvolk und die Jungmädel des BDM. neu aufgenommen wurden, so ist das eine Zahl, in der sich die gewaltige Aufgabe und Verantwortung der HJ. ausdrückt. Umfassend sind Arbeit und Erziehungsmöglichkeiten in den Formationen der HJ. (wobei an dieser Stelle auch noch die Sonderformationen wie Marine-, Flieger- und Motor-HJ. erwähnt sein mögen). Die körperliche Erziehung fand ihr Leistungsziel in dem von Adolf Hitler durch Aufruf vom 28. Mai geschaffenen Reichssportwettkampf der Jugend (siehe 4. Abschnitt):

HJ.-Kampfspiele und Adolf-Hitler-Marsch

„Jeder Junge und jedes Mädel soll daran teilnehmen. Ich erkläre den Reichssportwettkampf zu einem ständigen, sich jährlich wiederholenden Fest der deutschen Jugend."

Diesen „Ersten HJ.-Kampfspielen" beim Nürnberger Parteitag ging der „Adolf-Hitler-Marsch" voraus, der am 20. Juli in Königsberg begann. 1800 Jungen trafen am 7. September in Nürnberg ein und gaben damit ein Beispiel jugendlicher Kraft und disziplinierter Leistung.

Landdienst der HJ.

Aus der Arbeit der Hitler-Jugend sei u. a. auch der Landdienst hervorgehoben, der auch dem Lande mithalf, das tägliche Brot des deutschen Volkes zu sichern, und damit gleichzeitig städtische Jugend wieder der Landarbeit näher brachte. Die Steigerung dieser Arbeit ergibt sich aus den Einsatzstärken in den Sommermonaten der einzelnen Jahre:

1934	500	Mann,
1935	3 500	"
1936	6 608	"
1937	14 647	"

Die deutsche Jugend soll überhaupt an das Leben herangeführt und nicht mit Theorien großgezogen werden.

Zweites Reichsführerlager der HJ.

„Wir wollen keine Jugend haben, die vor lauter Philosophieren und Welträtseltum sich nicht mehr auskennt, sondern eine Jugend, die klar und einfach die Probleme des Lebens sieht und meistert!"

— so sagte Pg. Hermann Göring beim zweiten Reichsführerlager der HJ. (20. bis 29. Mai in Weimar), das einen Mittelpunkt in der Jahresarbeit darstellte und in dessen Rahmen außer dem Reichsjugendführer und dem thüringischen Gauleiter Pg. Sauckel noch zahlreiche führende Männer — wie Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Ley, Reichserziehungsminister Pg. Rust, Reichsführer SS Pg. Himmler, der Stabschef der SA., Pg. Lutze, und der Gauleiter der Auslandsorganisation, Pg. Bohle — zu den deutschen Jugendführern sprachen.

Der Juli brachte den Höhepunkt des Fahrten- und Lagerbetriebs im ganzen Reiche, wobei zahlreiche Zeltlager vom Reichsjugendführer selbst aufgesucht und überprüft wurden.

Reichsberufswettkampf

Das Leben, das durch die Bewegung wieder in die deutsche Jugend hineingetragen worden war, kam im Jahre 1937 im Reichsberufswettkampf (Eröffnung am 10. Februar, Abschluß vom 26. bis zum 29. April in München) in noch gesteigertem Maße zum Ausdruck: 1830000 deutsche Jungen und Mädel stellten ihre Leistung unter Beweis.

Studentischer Berufswettkampf

Gemäß dem Vorbild des Reichsberufswettkampfes der deutschen Jugend hatte die Studentenschaft zum zweitenmal einen studentischen Reichsberufswettkampf durchgeführt (mit 16000 Hoch- und Fachschülern als Teilnehmern), dessen Ergebnis als durchaus bestandene Bewährungsprobe bezeichnet werden mußte, so daß der Reichsstudentenführer Pg. Dr. Scheel am 15. Juni den Dritten Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten verkündete (gleichzeitig mit der Eröffnung der Reichsleistungsschau „Studenten bauen auf“)!

Stammhochschulen

Eine wichtige Maßnahme zur Gestaltung des studentischen Lebens brachte der Jahresanfang 1937 mit dem Erlaß des Reichserziehungsministers Pg. Rust vom 22. Februar über die Stammhochschule. Der Erlaß bestimmte, daß jeder Student und jede Studentin, die sich vom kommenden Sommersemester ab erstmalig an einer deutschen Hochschule einschreiben lassen, verpflichtet sind, in den ersten drei Studiensemestern an dieser Hochschule, der Stammhochschule, zu verbleiben. So wurde dem Reichsstudentenführer die Möglichkeit geschaffen, durch eine engere Bindung des Studenten an seine erste Hochschule (die „Stammhochschule“) auch die weltanschauliche und politische Erziehung des Studenten gerade in den ersten Semestern klarer zu gliedern und geistig zu vertiefen.

Reichstagung des NSD.-Studentenbundes in Braunschweig

An organisatorischen Ereignissen im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund am Jahresanfang ist neben der vom Reichsstudentenführer Pg. Scheel am 27. Januar in Braunschweig durchgeführten Reichstagung der Gaustudentenführer und der Amtsleiter der

Reichsstudentenführung eine eingehende Vereinbarung zwischen Reichsjugendführung und Reichsstudentenführung vom 25. Februar über die Zusammenarbeit von BDM. und ANSt. (Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen) zu erwähnen, in der es eingangs heißt:

BDM. und ANSt.

> 1. Jedes Mitglied des BDM. wird mit Beginn seines Studiums an einer deutschen Hoch- oder Fachschule im Zeitpunkt der Meldung beim örtlichen Studentenführer und der Immatrikulation oder Einschreibung bei der Hoch- oder Fachschulbehörde Mitglied einer ANSt.-Kameradschaft. Die Mitgliedschaft im BDM. bleibt unberührt...

— und in der alle gegenseitigen Beziehungen klar geregelt wurden.

Der März brachte sechs von den Reichsfachgruppenleitern geleitete Arbeitslager des NSD.-Studentenbundes, die der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet waren (und zwar die Lager der Reichsfachgruppen Naturwissenschaft, Medizin, Kulturwissenschaft, Rechtswissenschaft, Landwirtschaft und Kunst).

Arbeitslager des NSD.-Studentenbundes

Im Rahmen einer Kulturtagung (in Dresden am 16. März) sprach der Reichsstudentenführer Pg. Scheel u. a. über die erfolgte Unterstellung des Reichsstudentenwerks unter den Reichsstudentenführer. In dieser Rede teilte Pg. Scheel auch mit, daß man künftig in einem Jahre drei Semester durchführen werde.

Reichsstudentenwerk

Insbesondere aber ist — neben der fortgesetzten Arbeit an der kommenden Studentenverfassung, die der Verfassungsausschuß der Reichsstudentenführung bearbeitet — die Tatsache hervorzuheben, daß die Dienststrafordnung des NSD.-Studentenbundes und der Deutschen Studentenschaft im März fertiggestellt und dem Verfassungsausschuß vorgelegt wurde. Der Beauftragte des Reichsstudentenführers für Verfassungsfragen, Pg. Dr. Sandberger, führte über die neue Disziplinarordnung aus (NSK., Folge 96):

Dienststrafordnung des NSD.-Studentenbundes und der DSt.

> Die beiden Dienststrafordnungen des NSD.-Studentenbundes und der Deutschen Studentenschaft, sowie die neue Ehrenordnung des NSD.-Studentenbundes, die jetzt nach eingehender Vorberatung im Entwurf vorliegen und demnächst in Kraft gesetzt werden, bilden einen wichtigen Grundstein zum Neuaufbau des deutschen Studententums und zugleich einen Teilabschnitt auf dem Wege zu einer einheitlichen studentischen Gesamtverfassung.
>
> Sinn und Zweck dieser Disziplinarordnungen ergibt sich klar aus der Tatsache, daß sowohl die deutsche Studentenschaft als auch der NSD.-Studentenbund feste, weltanschaulich gebundene Gemeinschaften sind — jene die große umfassende Organisation aller deutschstämmigen Studenten, diese als Gliederung der NSDAP. die engere, besonders verpflichtete Kampfgemeinschaft —, und daß beide Gemeinschaften in der Lage sein müssen, sich gegen gemeinschaftswidrige Handlungen eines ihrer Mitglieder zur Wehr zu setzen.
>
> Die Gemeinschaftspflichten jedes Mitgliedes des NSDStB. sind besonders schwere, denn der Führer hat dieser Gliederung den schwerwiegenden Auftrag erteilt, „die Schaffung einer fachlich hochstehenden und welt-

anschaulich zuverlässigen zukünftigen Führerschicht für Volk und Staat“ zu gewährleisten (vgl. Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 18. 7. 1934, „VB.“, Nr. 212 vom 31. 7. 1934), — eine Aufgabe, wie sie schwieriger und umfassender kaum gedacht werden kann. Aber auch der Student, der aus irgendwelchen Gründen dem NSDStB. nicht angehört, hat als Mitglied der Deutschen Studentenschaft aus seiner Verantwortung gegenüber Volk und Staat ganz bestimmte Pflichten der Kameradschaft, Disziplin und Ordnung innerhalb der Gesamt-Studentenschaft. Wer heute für würdig befunden wird, auf einer deutschen Hoch- oder Fachschule zu studieren, und sich so auf einen führenden Lebensberuf vorzubereiten, muß sich den lebendigen Gemeinschaftsgesetzen des deutschen Studententums einordnen, zumal die Hochschulen zu ihrer Erhaltung und Entwicklung großer finanzieller Zuwendungen der gesamten Volksgemeinschaft bedürfen.

Aus dem Inhalt der neuen Dienststrafordnung des NSD.-Studentenbundes ergibt sich auch die grundlegende Abgrenzung der Dienststrafordnung von der neuen Ehrenordnung, die für die durch den Nationalsozialismus herbeigeführte Wandlung des Ehrenbegriffs symptomatisch ist: Disziplinlosigkeit, grobe Unkameradschaftlichkeit, üble Nachreden und grundlose Formalbeleidigungen unterliegen auf jeden Fall der Dienststrafgewalt. Ein Student, der in betrunkenem Zustand einen anderen Volksgenossen, gleichgültig welchen Berufes oder Standes, beschimpft oder beleidigt, hat sich nicht nach den Grundsätzen der Ehrenordnung, sondern nach denen der Dienststrafordnung zu verantworten. Der Geltungsbereich der Ehrenordnung wird also auf die Fälle einer wirklich ernsten, schweren Ehrverletzung beschränkt.

Der örtliche Studentenführer, dem jeder Vorfall, gleichgültig ob Disziplin- oder Ehrensache, mitzuteilen ist, wird nach allgemein verbindlichen Richtlinien entscheiden, nach welchen Regeln die Angelegenheit zu behandeln ist und sie entweder dem Ehrenrichter oder dem Untersuchungsrichter überweisen. Im ersteren Falle wird der Ehrenrat, falls die Beteiligten dem NSD.-Studentenbund oder einer seiner Kameradschaften angehören oder sich der Ehrenordnung freiwillig unterworfen haben, darüber entscheiden, ob eine Ehrverletzung vorliegt und wie diese zu sühnen ist (durch Abgabe einer Ehrenerklärung oder durch Zweikampf). Im anderen Falle wird der Untersuchungsführer im Wege des schriftlichen Verfahrens den Beschuldigten und die Zeugen, vor allem auch Entlastungszeugen vernehmen und dem Studentenführer oder, wenn dessen Strafbefugnis nicht ausreicht, dem Gaustudentenführer oder dem Reichsstudentenführer eine Bestrafung vorschlagen.

Die zwingende Vorschrift, daß die Ehrenrichter und Untersuchungsrichter besonders angesehene, bewährte und erfahrene Pg. sein müssen, sowie das Recht der zweimaligen Beschwerde in allen Dienststrafverfahren gewährleistet die Autorität und Zuverlässigkeit des Verfahrens.

Die Verfahrensgrundsätze selbst sind ausführlich geregelt nach den bewährten Verfahrensgrundsätzen der SS-Disziplinarstrafordnung, da diese die jüngste und deshalb am meisten durchgearbeitete Dienststrafordnung aller Gliederungen ist. Zugleich sind die seit Erlaß der SS-Dienststrafordnung in der Verfahrenspraxis gewonnenen Erfahrungen ausgewertet worden.

Besondere Hervorhebung verdient die Tatsache, daß die neue studentische Ehrenordnung von ehemaliger akademischer Exklusivität nichts mehr an sich hat, denn nicht nur jeder Student, sondern jeder unbescholtene Volksgenosse kann sich ihr unterwerfen...

Ehrenordnung des Deutschen Studententums

Die in den vorstehenden Ausführungen ebenfalls bereits behandelte neue Ehrenordnung baut auf dem Grundsatz unbedingter Genugtuung auf! Auf der Reichsarbeitstagung des NSD.-Studentenbundes und der DSt. in Heidelberg (22. bis 25. Juni) verkündete Pg. Dr. Scheel das Inkrafttreten dieser neuen Ehrenordnung des Deutschen Studententums, in der es heißt:

„Die Ehre ist das höchste Gut des deutschen Mannes. Die Ehre des deutschen Mannes hat ohne Rücksicht auf Herkommen und Beruf den gleichen Wert. Sie ist unabdingbar. Der deutsche Student ist Mitträger deutschen Mannestums. Die ihm vom deutschen Volke zugebilligte Ausbildung verpflichtet ihn ganz besonders, die Ehre als höchstes am Mannesgut zu schützen und zu wahren.

Jeder deutsche Student hat das Recht und die Pflicht, seine Ehre zu verteidigen. Als Hüter seiner Ehre ist er Hüter der Ehre des deutschen Volkes und übernimmt hiermit die Pflicht, die Ehre anderer zu achten, sowie für die Ehre Schutzloser einzustehen. Die Ehre der deutschen Frau steht unter dem besonderen Schutz des deutschen Studenten.

Wer seine Ehre nicht verteidigt oder wer die Ehre eines anderen böswillig oder leichtfertig verletzt oder für Schutzlose nicht eintritt, macht sich schuldig. Wer glaubt, daß ein Verstoß gegen die Ehre vorliegt, hat die Pflicht, durch ein Ehrenverfahren Genugtuung zu verlangen."

Durch Ehrenerklärung oder Zweikampf kann die Genugtuung erfolgen. — Eine neue Waffenordnung der Studenten brachte die einschlägigen Bestimmungen.

Rechts- und Gerichtsamt in der Reichsstudentenführung

Ein besonderes Rechts- und Gerichtsamt in der Reichsstudentenführung wurde Ende April von Pg. Dr. Scheel errichtet und mit der Bearbeitung sämtlicher Disziplinar- und Ehrenangelegenheiten beauftragt.

Sport im NSD.-Studentenbund

Eine Verfügung des Reichsstudentenführers vom gleichen Monat regelte die Fechtausbildung in den Stammannschaften und Kameradschaften des NSD.-Studentenbundes. Darüber hinaus soll weitgehend vielseitiger Sport getrieben werden. Der Aufbau des Sportbetriebes in den einzelnen Kameradschaften ergibt folgendes Bild (NSK., Folge 126):

1. Durchführung einer dreisemestrigen sportlichen Grundschulung (sogenannte „Grundausbildung" nach der Hochschulsportordnung). Sie wird von der Kameradschaft geschlossen ausgeführt, und zwar alle drei Semester hindurch. Ihre Übungen sind folgende: A) Wintersemester: I. Studiensemester. Allgemeine Körperausbildung (Hallenturnen) einschl. Vorschule (Grundschule), Prüfungsturnen, Geländelauf, Wettkampf. B) Sommersemester: II. Studiensemester. Leichtathletik, leichtathl. Leistungsprüfung, Kleinkaliberschießen mit Prüfungsschießen. C) Wintersemester: III. Studiensemester. Mannschaftskampfspiele, Schwimmen, Prüfungen darin.

2. Fechtausbildung: Regelmäßige, ebenfalls gemeinsam abgehaltene Fechtübungsstunden, und zwar Sportfechten mit dem leichten Säbel.

3. Wettkämpfe der Kameradschaften untereinander und Beteiligung der sportlich besten Kameradschaften an den Deutschen Hochschulmeisterschaften.

Reichsstudentenführung Hauptamt der NSDAP.

Angesichts der Bedeutung der Aufgaben des NSD.-Studentenbundes wurde durch eine Anordnung des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. vom 24. April der Reichsstudentenführung die Stellung eines Hauptamtes der NSDAP., den Gaustudentenführungen die Stellung von Gauämtern verliehen.

Abschluß in der Korporationsfrage

Das Jahr 1937 brachte aber vor allem eine abschließende Lösung der Fragen betr. die früheren studentischen Korporationen, bzw. deren Altherrenschaften. Noch im Jahre 1935 hatte es hierüber heftige Kämpfe gegeben (siehe Band 1935, Seite 236 bis 241). Die Korporationen hatten dann allerdings das Feld geräumt, — aber gefühlsmäßige Spannungen und bittere Empfindungen waren zum Teil doch zurückgeblieben. Viele der „Alten Herren" standen abseits. Den wirklichen — auch gefühlsmäßigen — Abschluß dieser Entwicklung brachte nun die Rede des Reichsstudentenführers Pg. Dr. Scheel vom 13. Mai in einer Großkundgebung des NSD.-Studentenbundes und der NS.-Studentenkampfhilfe in München. Über den Studenten im nationalsozialistischen Freiheitskampf sagte er hier:

Rede des Reichsstudentenführers

„Das deutsche Schicksal war nicht mehr von Gruppen, von Verbänden oder von Parteien her zu wenden, es bedurfte einer anderen, größeren und tieferen Kraft. In Adolf Hitler erstand uns diese Kraft. Er rief auch das deutsche Studententum zum Dienst am deutschen Volk auf. Nach der Geschichte des deutschen Studententums, nach seinem inneren Wesen und nach seiner inneren Haltung war es selbstverständlich, daß der Ruf des Führers in seinen Reihen nicht ungehört verhallte. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, heute unser leuchtendes Vorbild und unser Schirmherr, führt schon im Jahre 1922 die erste nationalsozialistische Studentengruppe. Immer größer wurde der Widerhall der nationalsozialistischen Bewegung im Studententum. Viele kamen, unter ihnen einer der Besten, Horst Wessel. Es war ein Verdienst des Nationalsozialistischen Studentenbundes, dessen ersten Trägern wir auch heute in stolzer Erinnerung unseren Dank aussprechen müssen, daß bereits im Jahre 1931 der Nationalsozialismus die Führung der ‚Deutschen Studentenschaft' übernehmen konnte.

Hier muß aber festgestellt werden, daß die Durchsetzung des Nationalsozialismus auf den Hochschulen durchaus nicht glatt und reibungslos ging, ja daß sie auf zäheren und erbitterteren Widerstand stieß, als manche wohl vermuten mochten. Ich habe schon eingangs meiner Ausführungen auf die Ursache dieser Tatsache hingewiesen. Es zeigte sich nun, daß das studentische Leben bereits so parlamentarisiert war, und daß die politischen Gruppen, die im Staate um die Macht rangen, sich in das Gefüge der Studentenschaft so tief eingefressen hatten..."

Dann legte er die Notwendigkeit neuer studentischer Formen klar, die im nationalsozialistischen Staat die alten ablösen mußten, und führte aus: „... Heute im nationalsozialistischen Reich aber sind die alten Formen zu eng geworden. Es gibt auch keinen Raum mehr für das unpolitische Studententum, wie es keinen Raum mehr geben darf für politische Gruppen an unseren Hochschulen, die Ausläufer der volkszerstörenden und zersetzenden Kräfte, die sich in das Leben unseres Volkes eingeschlichen hatten,

waren. Der Nationalsozialismus fordert nicht nur die Einheit, er vollzieht sie auch. Jeder von Ihnen, meine Kameraden, wird einsehen, daß wir heute keine Gemeinschaften brauchen können, von denen zum Beispiel die einen unbedingte Satisfaktion geben, die anderen verbriefte, wieder andere die unbedingte Satisfaktion anerkennen, aber für sich ablehnen und für verwerflich halten. Sie wissen, daß es in Zeiten einer einheitlichen Erziehung und Weltanschauung nicht möglich ist, daß heute die einen sich vornehmlich oder fast ausschließlich mit Wissenschaft, die anderen mit Turnen oder besonders ausgerichteter politischer Arbeit, wieder andere sich fast nur mit gesellschaftlicher Erziehung oder fast ausschließlich konfessioneller Betätigung beschäftigen können.

Im Zeichen des Nationalsozialismus gibt es für die einzelnen Kameradschaften keine Sondertümelei auf Spezialgebieten mehr. Jede Kameradschaft muß gleichmäßig ausgerichtet sein auf die späteren Aufgaben, die den deutschen Mann erwarten, auf den Dienst an Volk und Reich. Wenn wir aber erkennen, daß das Alte zu eng geworden ist und das neue Leben, das der Nationalsozialismus heraufführt, auch neue Formen braucht, so wollen wir heute, zugleich im Namen von Gauleiter Wagner, feierlich erklären:

Die alten Formen mußten neuen weichen; aber die alten Ideale, die über ein Jahrhundert lang als feierliches Bekenntnis im deutschen Studententum lebten, die Ideale Ehre, Freiheit, Vaterland, Einigkeit, Recht und Freiheit, sie sind heute nicht mehr Ideale einzelner kleiner Gemeinschaften, sondern durch die Kraft und Erziehungsarbeit des Nationalsozialismus Bekenntnis des ganzen deutschen Volkes geworden.

Welche Anerkennung liegt darin für das deutsche Studententum! Alle die, die einstmals als deutsche Studenten sich nach der Erfüllung der politischen Hochschule des deutschen Volkes sehnten und in ihrer Erziehungsarbeit darnach strebten, sie dürfen sich sagen, daß sie nicht umsonst gewirkt haben.

So erkläre ich denn:

Wir achten und ehren das Streben des deutschen Studententums nach einem einigen Deutschen Reich;

wir achten und ehren die Kämpfer der Freiheitskriege;

wir achten und ehren die Barrikadenstürmer von 1848;

wir achten und ehren euch, ihr Langemarckstudenten und Freikorpskämpfer und bekennen uns zu all denen und fühlen uns mit ihnen verbunden, die in den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte als deutsche Studenten nie den Mut verloren haben, sondern sich selbst unermüdlich und beharrlich im Glauben an die deutsche Zukunft der großen Idee des Vaterlandes und des Reiches in ihrem Handeln und Tun verpflichtet haben. Heute ist euer Wollen und Streben verwirklicht. Mögen die alten Formen vergehen, die Ideale sind geblieben. Denn sie entsprechen unserer rassischen und völkischen Art. Es gilt nicht, die Bünde und Verbände zu zerschlagen, sondern sie einzuschmelzen in den Schmelztiegel der deutschen Volksgemeinschaft.

Das aber ist kein deutscher Mann, der heute sich persönlich von den vergangenen Auseinandersetzungen getroffen fühlt und daher meint, untätig und grollend beiseite stehen zu dürfen. Wer immer die Liebe zum deutschen Volk und zu seiner Ehre und Größe zum Leitstern seines Handelns gemacht hat, wird niemals seine Mitarbeit an den Aufgaben des deutschen Studententums von persönlichen Verstimmungen oder Gesichtspunkten abhängig machen können ..."

Dann sprach Pg. Scheel über die studentischen Aufgaben der Gegenwart:

„... Da ist zunächst einmal die Frage der Kameradschaftserziehung. Aufgebaut auf der Erziehung in der Hitler-Jugend, im Arbeitsdienst, in der Wehrmacht, allein getragen von der Grundlage nationalsozialistischer Weltanschauung und dem unbändigen Willen, Führer und Volk zu dienen, werden die Kameradschaften antreten. Im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung und Selbstführung, die geleitet ist von dem Grundsatz der Selbstverantwortung, soll der Student erzogen werden. Hier erfährt er die politische Erziehung für die ihm besonders übertragenen Aufgaben. In Vorträgen und Diskussionen schärft er seinen Geist und wissenschaftliche Fähigkeiten. In der Kameradschaft leistet der Student seine Leibesübungen als selbstverständliche Pflicht. Hier bereitet er sich vor auf die Wettkämpfe mit anderen Hochschulen des In- und Auslandes. Im Landdienst erlebt er den deutschen Bauern an der Grenze, im Fabrikdienst ersetzt er 4 Wochen einen deutschen Arbeiter, der sich in dieser Zeit bei vollem Lohn einen vollbezahlten Urlaub nehmen kann; hier erlebt der Student keinen theoretischen, sondern praktischen Sozialismus.

In der Kameradschaft wird der Student herangeführt an die Bedeutung des deutschen Volkstums. Über die Kameradschaftserziehung werden junge Studenten mehr und mehr in das Ausland gesandt werden, um dort zu lernen und das Deutsche Reich zu vertreten. Ein neuer Lebensstil wird erstehen. Die kraftvollen alten Lieder der Freiheitskriege werden neben den Liedern der SA. und SS erklingen. In Gemeinschaft mit den anderen Volksgenossen, mit „Kraft durch Freude“, werden sie deutsche Natur erleben und unter Vermeidung reaktionärer Exklusivität werden sie ihre eigenen Feste durchführen.

Zucht, Sauberkeit und Haltung sind selbstverständliche Grundlagen eines Kameradschaftsstudenten. Eine Prüfung am Ende des 2. Semesters vor der endgültigen Aufnahme in den Studentenbund verbindet die brauchbaren Elemente der ehemaligen Burschenprüfung mit den geistigen und charakterlichen Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung. Mit der unbedingten Satisfaktion schließlich verteidigt der Student heute nicht mehr eine besondere studentische Ehre, sondern die Ehre, die jeder deutsche Volksgenosse zu verteidigen hat. Der Student von heute weiß genau, daß jeder seiner Volksgenossen den gleichen Anspruch auf Ehre und Achtung hat, wie er selber, daß er diesen Anspruch aber gegebenenfalls mit der neuen gefährlicheren Waffe auch mannhaft zu verteidigen hat. Rämsche im alten Sinne des Wortes fallen in Zukunft unter eine scharfe Disziplinargerichtsbarkeit. Denn mehr als je wird es Grundgesetz, daß der neue deutsche Student weder die Ehre eines anderen Volksgenossen verletzen, sie aber auch von niemandem und nichts antasten lassen darf ...“

Und nach weiteren Ausführungen über den Reichsberufswettkampf, die Fachschaften, die Wirtschafts- und Sozialarbeit und andere studentische Arbeitsgebiete gab der Reichsstudentenführer einen grundlegenden Erlaß des Stellvertreters des Führers über die NS.-Studentenkampfhilfe (siehe auch Band 1936, Seite 360 bis 361) bekannt:

Erlaß des Stellvertreters des Führers über die NS.-Studentenkampfhilfe

1. Auf Grund meiner Verordnung vom 14. Mai 1936 ist die NS.-Studentenkampfhilfe als der Altherrenbund der deutschen Studenten der einzige von der NSDAP. anerkannte Zusammenschluß von Alten Herren der deutschen Hoch- und Fachschulen.

2. Die NS.-Studentenkampfhilfe, Altherrenbund der deutschen Studenten, erfüllt die Aufgabe, die lebendige Verbindung zwischen den jungen Studenten und den Alten Herren der Hoch- und Fachschulen herzustellen.

Sie nimmt teil an den großen Aufgaben, die dem deutschen Studententum gestellt sind.

3. In Anerkennung der erzieherischen und vaterländischen Arbeit vieler Korporationen und Verbände übernimmt die NS.-Studentenkampfhilfe (Altherrenbund der deutschen Studenten) die Aufgaben der bisher bestehenden Zusammenschlüsse und Vereinigungen Alter Herren an deutschen Hoch- und Fachschulen.

4. Ich erwarte von allen Mitgliedern der NSDAP. und ihrer Gliederungen, daß sie sich für die Arbeit in der NS.-Studentenkampfhilfe (Altherrenbund der deutschen Studenten) einsetzen und sie überall wirksam fördern.

5. Alle Dienststellen der NSDAP., insbesondere die Gauleitungen, werden ersucht, sich der Werbung für die NS.-Studentenkampfhilfe zur Verfügung zu stellen und am Aufbau der Organisation und damit an der Einigung des deutschen Akademikertums mitzuhelfen.

Die Grundsätze, nach denen die Werbung durchgeführt werden kann, sind durch die in der Anlage beigefügte Genehmigung des Reichsschatzmeisters zur Werbung von Mitgliedern des NSDStB. (NS.-Studentenkampfhilfe) vom 12. Mai 1937 festgelegt.

gez.: R. Heß.

Und am 14. Juni konnte die NSK. unter der Überschrift „Die Partei hat entschieden" mit Recht schreiben:

Der 13. Mai 1937 hat einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Studententums gebracht. Nach einer langen, schweren Zeit der Auseinandersetzungen konnte endlich der Weg zur Einigung des deutschen Akademikertums gefunden werden.

Schon in einem am 3. Juni veröffentlichten Aufruf hatten sich Führer früherer waffenstudentischer Verbände an die Altakademikerschaft gewandt und erklärt:

„... Wir, die unterzeichneten Angehörigen waffenstudentischer Verbände, fordern daher die alten Waffenstudenten auf, nicht mehr beiseite zu stehen, sondern dem Altherrenbund deutscher Studenten, der ‚NS.-Studentenkampfhilfe' beizutreten. Keiner, der es ehrlich meint, darf sich zurückhalten, sondern wir alle haben die Pflicht, uns für ein großes, in Studentenbund und Altherrenbund geeintes Akademikertum einzusetzen."

Die Grundlagen der deutschen studentischen Einheit im Zusammenhang mit der deutschen Altakademikerschaft waren somit endgültig geschaffen. Zum Abschluß der weiter oben schon erwähnten Reichsarbeitstagung in Heidelberg (22. bis 25. Juni), an der etwa 700 Studentenführer aus dem Reiche teilnahmen, richtete der Reichsstudentenführer einen Aufruf an die Studentenschaft, in dem er sagte:

Reichsarbeitstagung in Heidelberg

„... Beseelt von diesem Geist stellen wir aber auch erneut die Forderungen des zwanzigsten Programmpunktes der NSDAP. Wir sind entschlossen, die Wege zu finden, um jeder volksdeutschen Begabung den Weg zur Hochschule zu öffnen.

Reichsminister Rust hat uns in seiner Rede für die Idee politischen Soldatentums erneut begeistert. Wir wollen alle politische Soldaten werden. Wir wollen durch Zucht und Ordnung, durch Sauberkeit und Form, durch Leistung und Haltung diese Forderung erfüllen ..."

und mit den Worten schloß:

„... Für uns gibt es keine Sonderrechte, sondern nur Sonderpflichten, damit einst der Tag kommt, da niemand mehr an Deutschlands Hoch- und Fachschulen studiert, der nicht ein Vorbild wäre für jeden deutschen Volksgenossen."

Zehn Gesetze des deutschen Studententums

Das neue deutsche Studentenideal fand seine klare Formulierung in den „Zehn Gesetzen des deutschen Studenten", die der Reichsstudentenführer in der Sondertagung des NSD.-Studentenbundes auf dem Nürnberger Parteitag im September 1937 (siehe 13. Abschnitt) verkündete:

1.

Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß du lebst, wohl aber, daß du deine Pflicht gegenüber deinem Volk erfüllst! Was du bist, werde als Deutscher!

2.

Oberstes Gesetz und höchste Würde ist dem deutschen Mann die Ehre. Verletzte Ehre kann nur mit Blut gesühnt werden. Deine Ehre ist die Treue zu deinem Volk und zu dir selbst.

3.

Deutsch sein heißt Charakter haben. Du bist mit berufen, die Freiheit des deutschen Geistes zu erkämpfen. Suche die Wahrheiten, die in deinem Volk beschlossen liegen!

4.

Zügellosigkeit und Ungebundenheit sind keine Freiheit. Es liegt im Dienen mehr Freiheit als im eigenen Befehl. Von deinem Glauben, deiner Begeisterung und deinem kämpferischen Willen hängt die Zukunft Deutschlands ab.

5.

Wer nicht die Phantasie besitzt, sich etwas vorzustellen, wird nichts erreichen, und du kannst nicht anzünden, wenn es in dir nicht brennt. Habe den Mut, zu bewundern und ehrfürchtig zu sein!

6.

Zum Nationalsozialisten wird man geboren, noch mehr wird man dazu erzogen, am meisten erzieht man sich selbst dazu.

7.

Wenn etwas ist, gewaltiger als das Schicksal, dann ist es dein Mut, der es unerschüttert trägt. Was dich nicht umbringt, macht dich nur stärker. Gelobt sei, was hart macht!

8.

Lerne in einer Ordnung zu leben! Zucht und Disziplin sind die unerläßlichen Grundlagen jeder Gemeinschaft und der Anfang jeder Erziehung.

9.

Als Führer sei hart in deiner eigenen Pflichterfüllung, entschlossen in der Vertretung des Notwendigen, hilfreich und gut, nie kleinlich in der Beurteilung menschlicher Schwächen, groß im Erkennen der Lebensbedürfnisse anderer und bescheiden in deinen eigenen.

10.

Sei Kamerad! Sei ritterlich und bescheiden! In deinem persönlichen Leben sei Vorbild! An deinem Umgang mit Menschen erkennt man das Maß deiner sittlichen Reife. Sei eins im Denken und Handeln! Lebe dem Führer nach!

Hinsichtlich der zwischenvölkischen Beziehungen der deutschen Studentenschaft war das Jahr 1937 insofern von besonderer Bedeutung, als zum erstenmal wieder deutsche Vertreter an einer Tagung der „Confédération Internationale des Étudiants" (CIE.) und damit an der Mitarbeit bei internationalen Studentenfragen teilnahmen. Die NSK. (Folge 12) berichtete darüber:

DSt. und CIE.

Die Reichsstudentenführung nahm an der 22. Ratsversammlung der „Confédération des Étudiants" in Wien vom 4. bis 11. Januar 1937 unter Führung des Leiters des Außenamtes, Waldemar Müller, mit einer Abordnung von vier Mann teil. Das Auftreten der deutschen Abordnung wurde von den anwesenden 20 Nationen freudig begrüßt.

Die deutsche Studentenschaft hat seit dem Kongreß in Brüssel 1930 keinerlei offizielle Beziehungen zu dieser studentischen Organisation wegen der damals feindlichen Haltung gegenüber Deutschland aufrechterhalten. Auf dem Kongreß in Sofia im Sommer 1936 trat die „CIE." an die als Beobachter anwesenden Vertreter der Deutschen Studentenschaft heran mit der Bitte, in Besprechungen über die engere Zusammenarbeit zwischen der CIE. und der Deutschen Studentenschaft einzutreten. Die Deutsche Studentenschaft verlangte als Voraussetzung hierfür, daß ihr wegen der seinerzeitigen Vorfälle auf dem Kongreß in Brüssel hinreichend Genugtuung verschafft würde. In der Versammlung in Wien geschah dies, indem der Rat die Vorfälle einstimmig als bedauerlich bezeichnete.

Nachdem die Vertretung der Deutschen Studentenschaft darauf erklärt hatte, daß ein Eintritt in die CIE. jedoch nur in Frage komme, wenn der großdeutsche Standpunkt von der CIE. anerkannt würde, wurde ein entsprechender Vorschlag zur Beschlußfassung vorgelegt und von der Ratsversammlung ebenfalls einstimmig angenommen..."

Neben dem mit anderen Nationen durchgeführten regen Studentenaustausch sei noch als Beispiel zwischenvölkischer Beziehungen das deutsch-französische Studentenlager in Frankreich (in Avallon vom 10. bis zum 20. September) erwähnt.

Studentenaustausch und zwischenvölkische Studentenlager

Aus der organisatorischen Weiterentwicklung des NSD.-Studentenbundes sei noch angeführt die mit Wirkung vom 1. Oktober erfolgte Einsetzung von acht Bereichsführern, die die bisherige Einrichtung der Gebietsbeauftragten ablösten und über deren Aufgaben gesagt wurde (NSK., Folge 230):

Bereichsführer im NSD.-Studentenbund

Durch die Einsetzung der Bereichsführer wird die bisherige Verantwortlichkeit der Gaustudentenführer für die studentische Arbeit innerhalb ihres Gaugebietes und der Umfang ihrer Befugnisse nicht berührt. Die Bereichsführer des Reichsstudentenführers haben folgendes Aufgabengebiet: Die Bildung, mannschaftsmäßige Führung und einheitliche Ausrichtung der Kameradschaften, die Gemeinschaftsbildung innerhalb der Kameradschaften und den Aufbau der NS.-Studentenkampfhilfe. Sie haben die Verbindung zwischen dem Reichsstudentenführer als oberstem Gebietsführer und den übrigen Mannschaftsführern herzustellen und innerhalb ihres Dienstbereichs die restlose Durchführung der Anordnungen und Befehle des Reichsstudentenführers auf allen ihnen übertragenen Arbeitsgebieten zu gewährleisten."

Langemarck-Feier

Und bei der Langemarck-Feier der deutschen Studenten, die der Erinnerung an die jungen Weltkriegsgefallenen von Langemarck geweiht war, gab Pg. Scheel bekannt, daß in Zukunft die Aufnahmen in den NSD.-Studentenbund nur noch am 11. November — dem Tage von Langemarck — stattfinden würden — im Gedenken der Gefallenen von Langemarck und der nationalsozialistischen Bewegung —

„auf daß in jedem Studenten das ewige Vermächtnis lebendig bleibe — Deutschland, Deutschland über alles!"

7. Abschnitt:

Soziale Weiterentwicklung

Am 1. Mai beging die Nation zum fünften Male den Nationalfeiertag des deutschen Volkes, der nun auch bereits seine traditionelle Gestaltung findet. Neben dem Empfang der Arbeiterabordnungen, der Festsitzung der Reichskulturkammer (siehe 3. Abschnitt), einer gewaltigen Jugendkundgebung im Olympischen Stadion, wo der Führer zu seinen Jungen und Mädeln sprach, — stand wieder im Mittelpunkt der große Staatsakt im Berliner Lustgarten. Hier richtete Adolf Hitler seine Worte an das ganze deutsche Volk. Aus seiner grundlegenden Rede seien im folgenden die Ausführungen wiedergegeben, in denen er den Vierjahresplan als Mittel des sozialen Aufstiegs erläutert — und gleichzeitig den logischen deutschen Weg zur Besserung der Lebenshaltung (nämlich Steigerung der Erzeugung und damit Vermehrung der Verbrauchsgüter) im Gegensatz zu ausländischen Experimenten (nämlich Lohnerhöhung ohne Vermehrung der zu kaufenden Güter, somit Preissteigerung, Geldentwertung, wirtschaftliche Katastrophenpolitik), — und schließlich seine Ausführungen über die Schaffung der sozialen Gerechtigkeit durch Schaffung gleicher Aufstiegsmöglichkeiten für jeden jungen Deutschen, so daß Charakter und Leistung die einzig ausschlaggebenden Auslesefaktoren im Leben des einzelnen und des gesamten Volkes werden:

Nationalfeiertag des Deutschen Volkes

Führerrede zum 1. Mai

„... Glauben Sie mir, meine Volksgenossen: es kostet mehr Gedankenarbeit, mehr Anstrengung und Konzentration, einen Vierjahresplan aufzustellen und durchzuführen, um unserem Volk die notwendigen Lebensgüter in der Zukunft zu sichern, als etwa die Rotationsmaschinen anlaufen zu lassen, um mehr Papiergeld zu drucken.

Es ist sehr einfach, heute vor ein Volk hinzutreten und zu sagen: ‚Wir erhöhen die Gehälter, die Bezüge und die Löhne' — und dann erhöhen wir morgen die Preise. Und es ist sehr einfach, zu sagen: ‚Wir vermindern die Arbeitszeit, das heißt die Arbeitsleistung und steigern dafür den Lohn.' Das ist vielleicht im Augenblick populär. Aber der Zusammenbruch muß kommen, denn der einzelne lebt ja nicht von einem papierenen Lohn, sondern von der Gesamtsumme der Produktion seiner Volksgenossen. Das ist der primärste Grundsatz nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Erst die Mehrung dieser Produktionsgüter bedeutet Steigerung der Kaufkraft und damit Verbesserung des Lebens.

Das umgekehrte Prinzip, das wir heute in der anderen Welt sehen: Preissteigerung, Lohnerhöhung, wieder Preissteigerung, wieder Lohnerhöhung, dann dreifache Preissteigerung und wieder doppelte Lohnerhöhung und dann Geldentwertung und infolge der Geldentwertung neue Lohnerhöhungen und dann erst recht Preissteigerung — das könnten wir auch machen. Glauben Sie: es ist zwar schwerer, unser Prinzip durchzuführen, aber es ist sicherer, und es ist auch anständiger!

Diese Steigerung unserer Produktion zugunsten unseres Volkes und die Notwendigkeit dieser Steigerung ergeben sich schon aus einer einfachen Tatsache:

Sechs Millionen Erwerbslose in die Produktion eingliedern, was heißt das anders als für diese nun Verdienenden mehr Güter zu schaffen, so daß auch sie als Konsumenten an der erhöhten Produktion Anteil nehmen können? Aber wir haben nicht nur erwerbslose Arbeiter in Lohn gebracht, sondern auch die Produktion aller anderen erhöht, um ihrem Lohn damit eine reale Unterlage zu geben. Das ist das ganze Geheimnis der deutschen Wirtschaftsführung und der deutschen Wirtschaftserfolge! Das ist bisher gelungen, und es wird weiter gelingen. Ich bin darüber hinaus der Überzeugung, daß unser Volk selbst immer mehr gesunden wird bei dieser nüchternen, klaren und anständigen, politischen und wirtschaftlichen Führung.

Ich sage politischen Führung, denn diese Erfolge sind primär nicht der Wirtschaft zuzuschreiben, sondern der politischen Führung. Gescheite Wirtschaftler gibt es ja vermutlich auch wo anders, und ich glaube nicht, daß die deutschen Wirtschaftler erst seit dem 30. Januar 1933 gescheit geworden sind. Wenn es früher trotzdem nicht ging, dann nur, weil die politische Führung und Gestaltung unseres Volkes gefehlt hat.

Das ist das Werk der Nationalsozialistischen Partei! Und das konnte nur eine Bewegung durchführen, die nicht dem einen und nicht dem anderen verpflichtet ist, die nicht da ist für den Unternehmer und nicht für den Arbeitnehmer, nicht für den Städter und auch nicht für den Bauern, nicht für den Mittelständler und nicht für den Handel, sondern für das deutsche Volk, für diese seine Schicksalsgemeinschaft. Sie ist keinem untertan, sie dient keinem und gehört keinem einzelnen in diesem Volk. Sie gehört und dient allen! Ihr Ziel ist es, eine starke Gemeinschaft aufzurichten, in der Vernunft und Klugheit regieren, um allen Volksgenossen damit die Lebensmöglichkeiten zu bieten.

Man sage nicht, daß diese Aufgaben gelöst wären und nun nichts mehr zu tun übrig bliebe. Das Leben verpflichtet jede Generation zum eigenen Kampf für dieses Leben. Was aber Jahrhunderte an Vorurteilen und an Unvernunft aufgerichtet haben, das kann man nicht in vier Jahren restlos beseitigen. Das geht nicht auf einmal!

Aber den Willen, damit fertig zu werden, den haben wir, und niemals werden wir mit diesem Willen kapitulieren! Und wir fassen unsere Aufgabe auch gründlich an, das werden Sie mir zugeben. Wir haben in diesen vier Jahren Ordnung geschaffen, wir haben dafür gesorgt, daß nicht der Unanständige letzten Endes den Lohn einheimst, sondern daß die Millionen der braven und arbeitenden Massen in Stadt und Land zu ihrem Erfolg kommen konnten!

Wir haben in Deutschland wirklich gebrochen mit einer Welt von Vorurteilen. Ich sehe von mir ab. Ich bin ja auch ein Kind dieses Volkes und stamme nicht aus irgendeinem Schloß heraus, sondern komme vom Arbeitsplatz.

Ich war auch nicht General, sondern ich war Soldat wie Millionen andere. Es ist etwas Wunderbares, daß bei uns ein Unbekannter aus der

Millionenarmee deutscher Menschen, deutscher Arbeiter und Soldaten, an die Spitze des Reiches und der Nation treten konnte! Neben mir stehen deutsche Menschen aus allen Lebensschichten, die heute zur Führung der Nation gehören: ehemalige Landarbeiter als Reichsstatthalter; ehemalige Metallarbeiter sind heute Gauleiter usw. Allerdings nehmen auch ehemalige Bürgerliche und ehemalige Aristokraten in dieser Bewegung ihre Stellung ein. Es ist uns ganz gleich, woher sie kommen, wenn sie nur zum Nutzen unseres Volkes arbeiten können. Das ist das Entscheidende. Denn wir haben nicht Klassen eingerissen, um neue aufzurichten, sondern wir haben Klassen beseitigt, um das deutsche Volk in seiner Gesamtheit an ihre Stelle zu setzen. Wir sind konsequent vorgegangen. Wir haben gewissen Schichten auch die Animosität vor der Handarbeit weggenommen und den Arbeitsdienst eingeführt. Wenn man sich vorstellt, daß jetzt das Bürgersöhnchen von einst den Spaten schultert und im Moor und Bruch mitarbeitet wie jeder andere, dann ist das ein Erziehungswerk, meine Volksgenossen, das wir für alle tun. Aber wir erziehen auch zum Respekt vor der geistigen Leistung. Wie wir den einen dazu bringen, den Spaten zu respektieren, so den anderen, auch den Zirkel oder die Feder zu achten! Es gibt nur mehr deutsche Volksgenossen und sie werden nur gewertet nach ihrer Leistung.

Wenn einer ein Genie ist, dann werde ich ihn sicher nicht Zeit seines Lebens zum Kartoffelgraben verwenden, sondern ihn an eine andere Stelle setzen. Das ist ja letzten Endes die Aufgabe unserer Volksgemeinschaft. Was heißt denn Sozialismus und Demokratie? Kann es etwas Schöneres geben als eine Organisation, die aus einem Volk die fähigsten Köpfe herausholt und an die führenden Stellungen bringt! Ist es nicht wunderbar für jedes Mütterchen in unserem Volk und für jeden Vater zu wissen, daß vielleicht sein Junge weiß Gott was werden kann, wenn er nur das Talent dazu hat! Das ist der höchste Sozialismus, den es gibt, weil er der vernünftigste und der klügste ist. Er kommt uns allen zugute!..."

Am Nationalfeiertag empfing der Führer die 50 Reichssieger des Reichsberufswettkampfes (siehe 6. Abschnitt), nachdem am 29. April die Siegerverkündung in München, der Hauptstadt der Bewegung, erfolgt war.

30 nationalsozialistische Musterbetriebe

Der Vorabend des Nationalfeiertages brachte noch ein weiteres Ereignis von weittragender sozialer Bedeutung: In einer feierlichen Sitzung der Reichsarbeitskammer nahm Adolf Hitler die Auszeichnung von 30 Betrieben als „nationalsozialistische Musterbetriebe" vor und übergab nach einer Ansprache den Betriebsführern und Zellenobmännern dieser Betriebe die DAF.-Fahnen mit dem goldenen Rad.

Über die Gesichtspunkte, nach denen beurteilt wird, ob ein Betrieb „musterhaft" ist, berichtete die NSK. (Folge 78):

... Die Leistung eines Betriebes ist immer das Spiegelbild lebendiger Betriebsgemeinschaft. Die Einzelleistung im Betrieb ist also nicht das Entscheidende, vielmehr beruht der Schwerpunkt auf dem gemeinsamen Wirken der Gesamtheit aller im Betrieb Schaffenden. Politisch gesehen sind also die Grundsätze maßgebend, die die Partei von jedem Volksgenossen zu verlangen hat. Rein wirtschaftlich gesehen muß man von der Betriebsführung verlangen, daß die Wirtschaftserfolge neue Wege

weisen, die zu einer stetigen Steigerung der Lebenshaltung des gesamten deutschen Volkes beitragen.

Darunter ist zu verstehen, um einige Beispiele anzuführen:

Gerechte Anpassung der Preise an die allgemeine Wirtschaftslage, insbesondere aber an die Kaufkraft des schaffenden Volkes;

Erhöhung der Güte und des Gebrauchswertes der hergestellten Waren;

ehrliche Kalkulation, saubere Akkorde, Auszeichnung besonderer Leistungen;

Lohnverbesserung nach dem Grundsatz des Leistungslohnes;

Erhaltung des Arbeitsplatzes durch ausreichenden Kündigungsschutz;

Altersversorgung über die öffentliche Fürsorge und Versicherung hinaus;

Erleichterung auf dem Hin- und Rückwege zur Arbeit, bei Ausgestaltung der Pausen, bei der Ernährung während der Arbeitszeit, durch Zufuhr frischer Luft und durch gute Beleuchtung bei der Arbeit;

Ausgestaltung der Freizeit in Zusammenwirken mit der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“;

Gewinnbeteiligung;

Sorge nicht nur um die Gefolgschaftsmitglieder selbst, sondern auch um ihre Familien im Sinne der Vertiefung der Volksgemeinschaft;

Förderung des Baues gesunder Wohnungen und Siedlungen.

Aus diesen Beispielen soll man erkennen, in welcher Bahn sich die Leistung des Einzelbetriebes zu vollziehen hat. Es wird nicht schematisch nach diesen angeführten Beispielen der Betrieb beurteilt, sondern es kommt darauf an, daß die Betriebsführung Wege beschreitet, die ihrer Lage und ihren Kräften angepaßt sind und ein vernünftiges Ringen um sozialpolitische Verbesserungen erkennen lassen...

Als Beispiel für eine zielbewußte Arbeit auf diesem Gebiete seien unter den ausgezeichneten Betrieben wieder die „Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke“ (siehe Band 1935, Seite 114 bis 115; Band 1936, Seite 299 bis 301) erwähnt, über deren weitere Fortschritte verzeichnet werden konnte (VB., 4. Mai):

... Bei der Durchführung der vom Stiftungsführer Gauleiter Sauckel aufgestellten und verkündeten Grundsätze der Wilhelm-Gustloff-Stiftung werden die in den letzten Jahren im Gegensatz zu dem früheren Betrieb erst geschaffenen hygienischen Einrichtungen und die systematische Vorsorge für den Unfallschutz und die Gesundheit der Gefolgschaft in weitgehendem Umfang ausgebaut. An Stelle des beratenden Fabrikarztes tritt ein hauptamtlicher Fabrikarzt, dem neben der Beratung des Werkes und der Gefolgschaft im Interesse der Förderung der Gesundheit jedes einzelnen und insbesondere auch der Erstarkung der heranwachsenden Generation, die Vorsorge für Mutter und Kind der Gefolgschaftsangehörigen übertragen ist.

Für die zukünftige Gestaltung unseres Sozialversicherungswesens ist richtungweisend, daß die Beiträge zur Betriebskrankenkasse seit dem 1. Januar 1937 von Versicherten und Firma zu gleichen Teilen gezahlt werden.

Die Wilhelm-Gustloff-Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, nach dem Grundsatz des § 15 des Parteiprogramms für alle ständigen und treuen Mitglieder der Gefolgschaften des Stiftungsbetriebes eine nationalsozialistische Altersversorgung zu schaffen, als deren Grundstock am 1. Mai 1937 ein Fonds von 1/4 Million Reichsmark angelegt worden ist. Bis zur endgültigen Einrichtung dieser Altersversorgung wird den ausscheidenden 65jährigen Gefolgschaftsangehörigen eine monatliche Werksrente gewährt, deren Höhe im Einzelfall auf Grund genauer Prüfung der besonderen Verhältnisse festgelegt wird.

In den Grundsätzen der Stiftung heißt es, daß die ganze Liebe der Betriebsführung und das sorgfältigste Interesse der Erziehung und Betreuung der Lehrlinge gelten muß.

In Durchführung dieses Grundsatzes wird die vor drei Jahren geschaffene Lehrlingsabteilung einen weiteren Ausbau erhalten und mit einer Werkschule verbunden werden. Daß die Lehrlingsausbildung auf dem richtigen Weg ist, zeigt die zu Weihnachten erfolgte Verleihung des Leistungsabzeichens als anerkannte Berufserziehungsstätte durch die Deutsche Arbeitsfront. Die auswärtigen Lehrlinge sind heute zum Teil in einem Lehrlingsheim in Suhl und zum anderen Teil in besonders ausgewählten Familien von Gefolgschaftsangehörigen untergebracht.

Die Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahr werden von jetzt ab das Mittagessen zum halben Preis (15 Pf.) erhalten, und durch besondere Beihilfen soll den kinderreichen Familien die Möglichkeit geboten werden, ihre Kinder in diesem Werk zu tüchtigen Facharbeitern ausbilden zu lassen. Besonders befähigte junge Werksangehörige werden Stipendien erhalten zur Ermöglichung des Studiums an Fachschulen oder Hochschulen.

Die Wilhelm-Gustloff-Stiftung hat ein besonderes Amt für die nationalsozialistische weltanschauliche Schulung aller Mitglieder der Gefolgschaft des Stiftungsbetriebes errichtet, das seit Jahresbeginn arbeitet und auch von dieser Seite her das nationalsozialistische Gedankengut jedem einzelnen Gefolgschaftsangehörigen nahebringt. Heute sind etwa 40 v. H. aller Gefolgschaftsangehörigen der BSW. in Suhl ständige Leser und Bezieher der parteiamtlichen Schulungsbriefe...

Leistungskampf der deutschen Betriebe

Zum Nationalfeiertag schuf der Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Ley in diesem Geiste den „Leistungskampf der deutschen Betriebe" und stiftete vier Leistungsabzeichen. In seiner Anordnung heißt es:

In Anerkennung der völkischen Verdienste für diese Leistungen stifte ich am Nationalfeiertage des deutsches Volkes Leistungsabzeichen für

1. Vorbildliche Berufserziehung (bereits seit 1. Mai 1936);
2. vorbildliche Sorge um die Volksgesundheit;
3. vorbildliche Heimstätten und Wohnungen;
4. vorbildliche Förderung von „Kraft durch Freude".

Selbstverständlich ist, daß diese Leistungsabzeichen nur verliehen werden, wenn die Betriebsgemeinschaft vorbildlich ist.

Die Verleihung erfolgt auf Antrag des gebietlich zuständigen Gauobmanns der Deutschen Arbeitsfront nach Befürwortung durch die zuständige Reichsbetriebsgemeinschaft und das zuständige Fachamt der Deutschen Arbeitsfront.

Diese Leistungsabzeichen sind schon ein Ausdruck nationalsozialistischer Haltung der Betriebsführung.

Die Erkenntnis von der unlösbaren Verbundenheit aller im Betriebe Schaffenden ist das Kernstück nationalsozialistischer Arbeitspolitik und damit einer nationalsozialistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Nach dem Willen des Führers werden daher Betriebe, die zur Betriebs- und Leistungsgemeinschaft, das heißt zu einer Zelle der Volksgemeinschaft zusammengewachsen sind, in der Betriebsführer und Gefolgschaft als Soldaten der Arbeit, als Arbeitsbeauftragte des deutschen Volkes in einer Front stehen und Gesamtleistungen vollbringen, die imstande sind, dem deutschen Volke bei seinem Kampf um Leben und Raum zu helfen, durch die Auszeichnung als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb" geehrt.

Die Leistung eines Musterbetriebes muß der deutschen Arbeitspolitik Anregungen und Anreiz geben, dem Beispiel eines derart ausgezeichneten

Betriebes im neuen Arbeitsjahr zu folgen, seine Erfahrungen und Vorarbeiten sich zunutze zu machen.

Ein Musterbetrieb muß Vorbild und Schrittmacher für andere Betriebe sein und ein zuverlässiges praktisches Instrument der Deutschen Arbeitsfront und damit der politischen Führung der NSDAP.

Auf Grund der Verfügung des Führers vom 29. August 1936 betr. Auszeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb" bestimmer ich daher:

Die Bewerbung um den Vorschlag zum „Nationalsozialistischen Musterbetrieb" wird durchgeführt als „Leistungskampf der deutschen Betriebe".

Die Teilnahme an diesem Betriebswettkampf ist für die NSDAP. und die in ihrem Auftrag handelnde Deutsche Arbeitsfront ein Gradmesser dafür, wieweit sich jeder deutsche Betrieb aus innerer Verpflichtung gegenüber Führer und Volk in die vorderste Front des Nationalsozialismus stellt und die Ziele des Führers an seinem Platz und unter Ausnutzung seiner Möglichkeiten zu seinen eigenen Zielen macht.

Die Bewerbung eines Betriebes um die Auszeichnung wird durch einen Antrag des Betriebsführers beim gebietlich zuständigen Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront eingeleitet.

Der Antrag lautet:

„Ich bewerbe mich für meinen Betrieb um die Verleihung der Auszeichnung ‚Nationalsozialistischer Musterbetrieb' und melde mich hiermit zum ‚Leistungskampf der deutschen Betriebe für das Arbeitsjahr ...'."

Dem Antrag ist eine eingehende Begründung beizufügen, die darlegt, inwieweit in dem Betrieb der Gedanke der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft verwirklicht ist und auf Grund welcher Leistungen und Tatsachen (Leistungsabzeichen) der Betrieb würdig erscheint der Auszeichnung als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb"...

Organisatorische Weiterentwicklung in der DAF.

Aus der organisatorischen Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront in der ersten Jahreshälfte 1937 ist zunächst eine Anordnung des Reichsleiters Pg. Dr. Ley zu erwähnen, die eine straffere Zusammenfassung der Ämter im Zentralbüro der DAF. bewirken sollte. In dem mit dieser Anordnung verbundenen Aufruf (Ende Januar) sagte Pg. Dr. Ley:

„... So stelle ich fest und ordne daher an:

I. Die zu der Reichsorganisationsleitung gehörenden Hauptämter:

1. Adjutantur,
2. Hauptstabsamt,
3. Hauptorganisationsamt,
4. Hauptpersonalamt,
5. Hauptschulungsamt,

mit ihrem Sitz in München unterhalten in der Reichsleitung der DAF. Ämter der Hauptämter der Reichsorganisationsleitung, die nach den Richtlinien der Hauptämter geführt werden. Diese Ämter der DAF. sind Hauptarbeitsgebiete der Reichsleitung der DAF!

II. Bei der Reichsleitung der DAF. befindet sich eine Hauptdienststelle unter der Leitung des Hauptdienstleiters Schmeer für den Vierjahresplan, der auch für das Wirtschaftsamt der DAF. zuständig ist.

III. Bei der Reichsleitung der DAF. befinden sich außerdem weitere fünf Hauptarbeitsgebiete:

1. Das Hauptarbeitsgebiet ‚Sicherung des sozialen Friedens'. Leiter: Pg. Claus Selzner. Zu diesem Hauptarbeitsgebiet ‚Sicherung des sozialen Friedens' gehören: sämtliche Reichsbetriebsgemeinschaften, das So-

zialamt, das Amt Soziale Selbstverantwortung, die Rechtsberatungsstellen, das Jugendamt, das Frauenamt.

2. Das Hauptarbeitsgebiet ‚Hebung des Lebensstandards'. Leiter: Pg. Claus Selzner. Zu ihm gehören: das Amt für Berufserziehung und Betriebsführung, das Amt für Volksgesundheit, das Heimstättenamt, das Amt KdF. mit dem Internationalen Büro für ‚Freude und Arbeit'.

3. Das Hauptarbeitsgebiet ‚Schatzamt der DAF.'. Leiter: Pg. Brinkmann. Diesem Hauptarbeitsgebiet wird zu den bisherigen Aufgaben das Architekturbüro der DAF. zugeteilt.

4. Das Hauptarbeitsgebiet ‚Der Oberste Ehren- und Disziplinarhof der DAF.'. Leiter: Pg. Dr. von Renteln.

5. Das Hauptarbeitsgebiet ‚Werkscharen der DAF.'. Leiter: Pg. Schneider. Zu diesem gehört das Amt Arbeitsdank.

IV. Außer diesen Hauptarbeitsgebieten gibt es in der Reichsleitung der DAF. vier selbständige Arbeitsgebiete:

1. das Presseamt der DAF. Leiter: Pg. Biallas,
2. das Propagandaamt der DAF. Leiter: Pg. Geiger,
3. das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF. Leiter Pg. Dr. Pohl,
4. das Amt für Technische Wissenschaften. Leiter: Pg. Dr. Todt.

V. Das Amt Information, Leiter: Pg. F. Schmidt, sowie das Rechtsamt, Leiter: Pg. Dr. Bähren, gehören zum Hauptarbeitsgebiet Stabsamt der DAF.

Die dieser Neuordnung entgegenstehenden organisatorischen Anordnungen werden mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung aufgehoben. An der Aufgabenstellung der Ämter ändert sich nichts. Die Neuordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Diese meine Anordnung leitet eine weitere Entwicklungsstufe im Aufbau der deutschen Sozialordnung ein, und ich hoffe, und ich bin des gewiß, daß diese Entwicklungsstufe sich zum Segen für den sozialen Aufbau in Deutschland auswirken wird..."

„Sicherung des sozialen Friedens" und „Hebung des Lebensstandards"

In einer wenige Tage später erfolgten NSK.-Unterredung mit Hauptamtsleiter Pg. Selzner (NSK., Folge 33) wurde über die Aufgabengebiete der obengenannten Hauptarbeitsgebiete „Sicherung des sozialen Friedens" und „Hebung des Lebensstandards" (siehe oben unter III. 1. und III. 2.) u. a. ausgeführt:

... Wie schon aus der Bezeichnung dieses Hauptarbeitsgebietes hervorgeht, liegt die Aufgabe aller dieser Ämter vornehmlich auf dem Gebiet der Unterbauung und unbedingten Sicherung des sozialen Friedens, der Verhinderung jeden Rückfalles in marxistisches oder kapitalistisches Denken mit seinen zerstörenden Folgen niederreißenden Klassenkampfes. Das HA. „Sicherung des sozialen Friedens" hat aber vornehmlich die Aufgabe, die Existenzgrundlage des Schaffenden zu garantieren.

Eine auf die Dauer gerichtete und für alle Zukunft fest verankerte Sicherung des sozialen Friedens setzt aber voraus die Steigerung der Zufriedenheit des schaffenden Menschen durch Schaffung von über die Existenzsicherung hinausgehenden besseren Lebensbedingungen, in die er gestellt ist. Dieser auf die allgemeine Hebung des Lebensstandards gerichteten Arbeit gilt weiter das Hauptaugenmerk der Deutschen Arbeitsfront.

... Seit der Machtübernahme durch den Führer ist es in Deutschland gelungen in die Löhne und Preise eine Stabilität zu bringen. Daß es dabei in den vergangenen vier Jahren schon gelungen ist, den Lebensstandard des deutschen Arbeiters der Stirn und der Faust im Vergleich zu früheren Zeiten ganz außerordentlich zu heben, kann heute niemand

mehr leugnen. Aus dem unterdrückten, verachteten, im Haß des Klassenkampfes erzogenen Proletarier ist durch die Wucht der revolutionären Idee des Nationalsozialismus wieder der geachtete deutsche Arbeiter von heute entstanden, der teil hat an allen Lebensrechten der Nation, an allen kulturellen und geistigen Werten unseres Volkes, an allen Schönheiten unseres Landes. Gewaltig und in der Welt einzig dastehend sind die Aufgaben, die die Deutsche Arbeitsfront und die ihr angeschlossene NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" unter der Leitung ihres Schöpfers Dr. Ley auf diesem Gebiet schon geleistet haben, größer aber noch die Aufgaben, die für die Zukunft gestellt sind.

Hebung des Lebensstandards bedeutet dem Nationalsozialismus mehr als eine materielle Angelegenheit, die in nüchternen Zahlen ihren Niederschlag findet. Hebung des Lebensstandards bedeutet dem Nationalsozialismus die große Zielsetzung, dem schaffenden Menschen wieder den Stolz zu schenken auf seine Tätigkeit, die Freude an seiner Arbeit, an seinem Arbeitsplatz, an seinem Heim, seinen Feierstunden, seinem Urlaub, den Schönheiten seiner Heimat, den großen geistigen und kulturellen Gütern seines Volkes. Mit einem Satz: Den Lebensstandard zu heben, heißt Daseinsfreude schenken...

Werkscharen

Über die in der obigen Anordnung vom Januar unter III. 5. genannten „Werkscharen der DAF." erging am 5. März ein weiterer Erlaß des Reichsleiters Pg. Dr. Ley, der den Aufbau dieser aktiven Gliederung — zur Vertretung und Durchsetzung des nationalsozialistischen Arbeitsbegriffs in den Betrieben — regelte und gleichzeitig im Hauptamt NSBO. der Reichsorganisationsleitung der NSDAP. eine Hauptstelle „Werkscharen" errichtete.

Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte

An weiteren Ereignissen sei erwähnt das „Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte" vom 9. März, in dem es heißt:

> Die Amtsdauer der derzeitigen Mitglieder des Vertrauensrates (§ 5 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, § 3 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben) wird bis zum 30. April 1938 verlängert...

Reichstreuhänder der Arbeit

und die mit Wirkung vom 1. April erfolgte Einführung der Bezeichnung „Reichstreuhänder der Arbeit" für die Treuhänder der Arbeit (siehe Band 1933, Seite 133, Band 1934, Seite 152), um ihre Stellung als Reichsbehörden zu betonen und Verwechslungen mit anderen „Treuhänder" genannten Stellen auszuschließen.

17. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit

Weitere arbeitsrechtliche Verbesserungen brachte die „Siebzehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit" (5. Mai), die neben anderen Neuregelungen eine Stärkung der Stellung des Vertrauensmanns im Betrieb brachte und in der es u. a. heißt:

> Artikel I
>
> Beratung des Vertrauensrats
>
> § 1
>
> Ist der stellvertretende Führer des Betriebes bei der Entscheidung einer Maßnahme, die nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen

Arbeit im Vertrauensrat zu beraten ist, im Einzelfall an Weisungen des Unternehmers oder eines anderen Vorgesetzten gebunden, so haben sich diese Personen vor der Weisung über die Stellung des Vertrauensrats zu der Maßnahme zu unterrichten. Der Reichstreuhänder der Arbeit kann im Einzelfall Anordnungen treffen, die eine ausreichende Unterrichtung gewährleisten; er kann in besonderen Fällen auch anordnen, daß die für die Weisung berufene Person selbst an der Beratung des Vertrauensrats teilnimmt.

Artikel II

Erweiterter Schutz der Vertrauensmänner

§ 2

Zur Versetzung eines Vertrauensmannes in einen anderen Betrieb bedarf der Unternehmer, wenn der Vertrauensmann nicht mit der Versetzung einverstanden ist, der Zustimmung des Reichstreuhänders der Arbeit..."

Reichsbetriebsgemeinschaft „Der Deutsche Handel"

Im Mai erhielt die Reichsbetriebsgemeinschaft 17 (Handel) der DAF. die neue Bezeichnung „Der deutsche Handel". In der diesbezüglichen Anordnung heißt es:

Diesen neuen Typus des deutschen Kaufmanns zu schaffen, ist Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront als der führenden und betreuenden Organisation aller Schaffenden. Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die danach der Reichsbetriebsgemeinschaft Handel zukommt, gebe ich ihr mit sofortiger Wirkung die Bezeichnung: ‚Der Deutsche Handel' in der Deutschen Arbeitsfront mit den Fachgruppen:

1. Der Deutsche Groß- und Außenhandel,
2. Der Deutsche Einzelhandel,
3. Das Deutsche Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe,
4. Das Kaufmännische Hilfsgewerbe im Deutschen Handel,
5. Das Ambulante Gewerbe im Deutschen Handel,
6. Das Vermittler-Gewerbe im Deutschen Handel.

Neue Arbeitskammern

Nach einer NSK.-Meldung vom 2. Juni wurden folgende Arbeitskammern neu gebildet und folgende Parteigenossen (Gauobmänner der DAF.) durch Pg. Dr. Ley mit deren Leitung beauftragt:

Kurmark: Gauobmann Pg. Wohlleben,
Osthannover: Gauobmann Pg. Wieberl,
Düsseldorf: Gauobmann Pg. Bangert,
Essen: Gauobmann Pg. Johlitz,
Westfalen-Nord: Gauobmann Pg. Schürmann,
Kurhessen: Gauobmann Pg. Köhler,
Berlin: Gauobmann Pg. Spangenberg,
Baden: Gauobmann Pg. Roth.

Die deutsche Sozialordnung

So wuchs organisch die Sozialordnung des Dritten Reiches heran — in grundlegender Gesetzgebung wie in zahlreichen Einzelmaßnahmen, insbesondere aber in einer immerwährenden sozialistischen Erziehung der Menschen, Betriebsführer und Gefolgschaften. Das nationalsozialistische Deutschland hat die Erkenntnis gewonnen, daß eine gute und menschenwürdige Sozialordnung das sicherste Fundament einer gesunden Wirtschaft aller Volksgenossen ist. In sehr eindringlichen Ausführungen über „Wirtschaft und soziale Ehre" hat dies

Wirtschaft und soziale Ehre

Reichsleiter Pg. Dr. Ley einmal bei einer Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft „Holz“ (im März in Stuttgart) dargelegt:

„Ich möchte einmal darüber reden, ob es wirtschaftlich ist, wenn man die neue Sozialordnung des neuen Deutschlands einführt und beachtet. Ob es wirtschaftlich ist, wenn man den Gedanken der gemeinsamen Ehre im Betriebe einführt.

Es wurde mir kürzlich gemeldet, daß eine Gruppe im Ausland sich darüber lustig gemacht haben soll, daß wir in Deutschland den Gedanken der sozialen Ehre in unseren Wirtschaftsbetrieben eingeführt hätten. Was Ehre mit Wirtschaft zu tun hätte? Ich weiß, daß es auch bei uns in Deutschland vor mehreren Jahren noch Frauen und Männer gab, die das nicht einsehen wollten.

Es mag auch heute noch sein, daß es hier und da noch einige ‚Ewig Gestrige‘ gibt, die aus dem liberalistischen Zeitalter kommen und die den neuen Geist noch nicht begreifen. Die es einfach nicht begreifen können, daß, wenn wir Nationalisten von der gemeinsamen sozialen Ehre reden und sagen, daß diese gemeinsame Ehre von Gefolgschaftsmitgliedern und Betriebsführern die Grundlage des gesamten Handelns sein soll. Vor allem aber dann, wenn man verlangt, daß aus dieser Auffassung die notwendige Folgerung gezogen wird, daß man den Menschen im Betrieb ein menschenwürdiges Dasein, daß man ihnen einen Wohnort verschafft, daß man verlangt, daß Arbeitsplätze und Betriebe sauber sein sollen. Und wenn man dann für Volksgesundheit sorgt und gesunde Wohnungen verlangt, dann kommen immer wieder die Fragen: Ja, ist das wirtschaftlich? Kann das die Wirtschaft tragen? Kann sich das mein Betrieb erlauben? Ist das jetzt nötig, oder sollte man damit vielleicht nicht warten, bis man den notwendigsten Aufbau gemacht hat? Ist es gerade jetzt notwendig, für Schönheit der Arbeit, ‚Kraft durch Freude‘, für Seebäder, für Schiffe und Erholungsheime zu sorgen?

Alle diese Fragen sind früher tausendmal an mich gerichtet worden. Sie werden immer weniger und seltener. Ein Beweis, daß alle diese Menschen doch allmählich ein Einsehen bekommen, erkannt haben, daß dieses Kapital, das man da anlegt, nicht weggeworfen und nicht vergeudet ist und etwa einen Luxus bedeutet. Ich bin davon überzeugt, viele Wirtschaftsführer, die große Betriebe leiten und die Erfolge in ihrer Wirtschaft gehabt haben, geben es heute unumwunden zu und erklären, daß *dieses Kapital* vielleicht das am *besten angelegte Kapital überhaupt ist*. Daß dieses Geld die besten Zinsen bringt und den größten Gewinn verschafft.

Es hat sich hier ein gewaltiger Umbruch vollzogen. Die *Einsicht* ist eingezogen bei den Menschen. Sie sind auf ein völlig neues Gebiet gelenkt worden, das vorher absolut brach lag, ein Gebiet, über das die Betriebsführer früher nur ein verständnisloses Lächeln hatten. Viele gutgehenden Werke legen heute im Sinne von Schönheit der Arbeit Badeeinrichtungen an, treffen hygienische Maßnahmen, weil sie gut verdienen. Aber das ist ja alles gleich, aus welchen Gründen heraus sie das tun und aus welchem Weg heraus sie dazu kommen. Die Hauptsache ist, daß sie es tun.

Ich lehne es ab, nun diese Dinge zu übertreiben und in den Betrieben Dinge zu tun, die nicht notwendig sind. Ein Betrieb kann es nicht dulden, daß man nun zum Beispiel übertrieben ausgestattete Aufenthaltsräume anlegt. Dort, wo gearbeitet wird, muß alles Überflüssige verschwinden. Ich möchte, daß die Menschen einsehen lernen, daß das wertvollste Kapital im Betriebe der *Mensch*, die *Gefolgschaft* ist. Daß man alles daran setzen

muß, diese Menschen zu erhalten. Genau so lehne ich es selbstverständlich ab, wenn etwas angelegt wird, was nur ins Auge springen soll.

Ich möchte diese Gedankengänge folgendermaßen zusammenfassen: Unsere heutige Zeit lehrte uns, wie wertvoll die Menschen sind. Wir leiden heute unter vielerlei Dingen. Unter Rohstoffen, unter technischen Schwierigkeiten, unter Mangel an Wohnungen, unter vielen Dingen. Wir kommen nicht überall so weiter, wie wir gerne möchten. Unser Fleiß, unsere Einsicht und Vernunft geht schon viel weiter, unsere Pläne greifen weiter, als unsere Möglichkeiten es erlauben. Das alles wissen Sie und ich brauche Ihnen das nicht zu sagen und zu erläutern.

Woran wir aber am meisten leiden, das sind die Menschen. Der Rohstoffmangel ist heute schon bei weitem nicht mehr so drückend wie der Mangel an Facharbeitern, an Arbeitern überhaupt. Wohin wir schauen, ist ein dauerndes Fordern nach Menschen. Morgen wird es allüberall sein und übermorgen, da werden wir vielleicht feststellen müssen, daß der Mangel an Menschen uns hindert, viele Probleme lösen zu können.

Alles das beweist uns, daß das liberalistische Denken, das uns in der Vergangenheit beherrscht hat, als man den Menschen einfach außer acht ließ, als man ihn überhaupt nicht einsetzte in die Kalkulation, vorbei ist.

Heute werden die Betriebsführer, die Wirtschaftsführer einen großen Teil damit verbringen müssen, darüber nachzudenken und zu grübeln, wie sie die Menschen bekommen, wie sie sie ausbilden, wie sie sie schulen.

Ich sagte bereits im Jahre 1933: Es werden nicht viele Jahre vergehen, dann werden wir mehr Arbeit haben als wir Hände und Köpfe in Deutschland besitzen, um diese Arbeit zu meistern; und dann, wenn wieder mehr Arbeit vorhanden ist, als Menschen da sind, die sie meistern, dann regelt sich auch der Lohn von selber. Dann wird schon jeder dafür sorgen an seinem Platz, daß er, wenn er gesucht wird, auch für seine Arbeit bezahlt wird. Das ist nicht unsere, sondern eine reine wirtschaftliche Aufgabe. Heute haben wir nur noch ganz wenige Gebiete, die unserer Fürsorge in dieser Hinsicht bedürfen. An den Löhnen liegt es nicht mehr heute, sondern vielmehr an den Preisen und an dem, was man sich für den Lohn kaufen kann. Das ist eine viel brennendere Frage. Es hat gar keinen Sinn, höhere Löhne zu fordern. Das haben wir reichlich getan in den vergangenen Jahren. Die weit größere Aufgabe ist heute, wie erhalten wir die Arbeitskraft, wie erhalten wir den Menschen gesund, wie bekommen wir aus dieser Arbeitskraft die höchste Leistung? Das sind die Probleme, die wir heute anzufassen haben.

Man darf ja nicht die höchste Leistung herausholen, um damit den Menschen zugrunde zu richten. Das würde unserem Volke nicht dienen. Das würde vielleicht dem einzelnen für eine kurze Zeit zugute kommen, aber für das Volksganze wäre es ein ungeheurer Schaden. Wir müssen es erreichen, die höchstmögliche Leistung bei körperlicher Gesundheit und Wohlbefinden zu erhalten.

Wie erhalten wir die Menschen gesund und wie bekommen wir trotzdem die höchste Leistung? Das sind die Fragen, die uns heute bewegen.

Wir müssen hier ganz andere Wege gehen als früher. Der Wirtschaftsführer muß begreifen, was wirtschaften überhaupt heißt. Wirtschaften bedeutet, mit einem bestimmten Quantum, mit einer bestimmten Menge haushalten. Haushalten heißt es. Wirtschaften und haushalten, das sind zwei lange Worte, die an sich denselben Begriff bezeichnen. Haushalten, wie die Hausfrau mit ihren Vorräten haushalten muß, so muß der Wirtschaftsführer mit den Menschen und mit den Sachwerten haushalten. Das Volk übergibt ihm die Dinge zu treuen Händen. Er muß sehen, wie er die höchsten Leistungen daraus bekommt. Dann ist auch für ihn natürlich der höchste Gewinn da.

Wir wollen keinem etwas wegnehmen. Wir denken nicht etwa daran, eine Klasse auf Kosten der anderen zu bereichern. Wenn wir die Ewigkeit sehen und wenn wir auf längere Zeit hinaus arbeiten wollen, so wollen wir, daß es allen gut geht. Wir wollen nicht den Bauer auf Kosten der Stadt, oder den Arbeiter auf Kosten des Unternehmers oder den Unternehmer auf Kosten der Arbeiter bereichern, sondern wir wollen alle zu der vernünftigen Einsicht bringen: Es kann euch auf die Dauer nur gut gehen, wenn es allen gut und erträglich geht, sonst nicht! Das mußt du, Wirtschaftsführer, bedenken: Es kann dir und deinem Werk nur gut gehen, wenn deine Gefolgschaft in höchster Form ist! Es nützt dir zu allererst, Wirtschaftsführer. Sage nicht: Das tue ist ja nur für die Arbeitsfront, für die Partei, nein, du tust es nicht für die Partei und die Arbeitsfront, die hat ja nichts davon! Sondern du, dein Werk hat davon den allerersten Gewinn und dann hat ihn auch das Volk! Das ist ein weiser und kluger Betriebsführer, der so handelt. Der arbeitet auf lange Sicht und läßt sich nicht von kleinlichen Augenblickslagen überrumpeln. Er sieht die Dinge in ihrer Zukunft und sagt: Ich baue dieses Werk nicht für 10 Jahre, für 20 Jahre, nicht für mein Leben, sondern ich will, daß meine Kinder und Kindeskinder darin wirken und darin schaffen! Solche Gedanken sind wahrhaft wirtschaftliche Gedanken! Wir verlangen nicht irgend etwas, was Sie nicht machen könnten. Sie können das alles tun, was wir verlangen. Wir wollen ihnen nur ein treuer Helfer sein. Wir wollen ihnen zeigen, auf welchem Wege Sie wirklich am besten ihren Betrieb auf die Höhe bringen.

Was könnten wir aus unserer Volkskraft noch alles herausholen! Wir sind weiter wie andere Völker. Gott sei Dank, wir müssen es aber auch sein. Wir können diesen Existenzkampf auf diesen kleinen Raum zusammengepfercht überhaupt nur lösen, wenn wir auf der anderen Seite diesen Menschen andere Dinge bieten: Erholung, Kultur, Volksgesundheit, Siedlungen und Wohnungen..."

Urlaubsgestaltung

In dieser Richtung bewegt sich die gesamte Arbeit der DAF., ob es sich nun um die Gestaltung der Lebensbedingungen und Arbeitsplätze handelt, um KdF. oder andere Aufgabengebiete. In dieser Richtung verläuft auch die Arbeit zur ständigen Besserung der Urlaubsgestaltung des schaffenden deutschen Menschen. Auf diesem Gebiete zeitigte das Jahr 1937 große Fortschritte. Erinnert sei auch an das Wirken des Amtes „Schönheit der Arbeit", das im März seine erste Reichstagung abhielt.

Amt „Schönheit der Arbeit"

Stapellauf „Wilhelm Gustloff"

Als am 5. Mai das große schöne Schiff „Wilhelm Gustloff" (der „Kraft-durch-Freude"-Flotte) vom Stapel lief, sagte Pg. Dr. Ley in seiner Ansprache:

„Als ich vor kaum vier Jahren den Gedanken Kraft durch Freude verkündete, war das alles so neu, daß es selbst bei uns nur wenige gab, die glaubten, man könne diese großen Pläne wirklich in die Tat umsetzen. Der Führer gab mir damals den Befehl:

‚Sorgen Sie dafür, daß der deutsche Arbeiter seinen Urlaub bekommt, damit er seine Nerven behält. Denn ich könnte tun und lassen, was ich wollte, es wäre zwecklos, wenn das deutsche Volk seine Nerven nicht in Ordnung hätte. Es kommt darauf an, daß das deutsche Volk, die deutschen Massen, der deutsche Arbeiter stark genug sind, um meine Gedanken zu begreifen.'"

Und dann sprach er zum Schluß:

„Kraft durch Freude ist wohl der volkstümlichste und kürzeste Ausdruck für das Wollen des neuen Deutschland. Wir wollen leben nicht der Freude wegen, sondern wir wollen aus der Freude Kraft schöpfen, um dafür zu sorgen, daß Deutschland ewig sei. Wenn wir an die Ewigkeit Deutschlands glauben, dann bejahen wir damit auch das diesseitige Leben mit allen seinen Freuden und Sorgen. Wir wollen dem ganzen deutschen Volke die Kraft geben, seine Sorgen zu meistern. Wir kapitulieren im neuen Deutschland niemals wieder.

Mein Führer! Sie führen unser Volk zum Schönen. Sie geben ihm einen Lebensstil und eine innerliche und äußerliche Lebenshaltung, die auf das Schöne hinzielt. Sie geben unserem Volk schöne Autobahnen, große und schöne Bauten in Nürnberg, in München und bald auch hier in Hamburg. Das Schöne ist es, das uns auch heute beseelt. Wir wollen, daß jeder stark und gesund wird, denn dann wird Deutschland leben und ewig sein. Und deshalb taufen wir dieses Schiff auf den Namen eines unserer Helden, Wilhelm Gustloff, einen Mann, der gefallen ist für Deutschland!"

Reichstagung der NSG. „Kraft durch Freude"

Zu einer eindrucksvollen Veranstaltung, die sich durch zahlreiche ausländische Gäste auszeichnete, gestaltete sich die Reichstagung der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (in Hamburg, 10. bis 13. Juni). Hier verkündete Pg. Dr. Ley u. a., daß für den weiteren Ausbau von Heimen, Seebädern und sonstigen Erholungseinrichtungen von KdF. 174 Millionen RM. angesetzt seien. Und hier sagte er zum Ausland:

„Wir wissen, daß sich unsere soziale Ordnung nicht auf andere Völker übertragen läßt, und wir haben auch nicht die Absicht, uns in dieser Richtung zu bemühen. Aber wir wollen eine neue gemeinsame Grundlage finden, auf der sich die Völker verstehen und schätzen lernen, und diese Grundlage ist die Freude!"

Abgesehen von der umfassenden Leistung von KdF. in der sportlichen Gesunderhaltung der Nation und in der Verbreitung der deutschen Kulturgüter im gesamten Volk weist allein schon die Reisetätigkeit Zahlen auf, die in der ganzen Welt einzigartig sind. Am 17. Februar konnte im VB. gemeldet werden:

Am 17. Februar sind es drei Jahre her, daß die ersten Urlauberzüge der NS.-Gemeinschaft Kraft durch Freude starteten. Sie waren der Auftakt zu einer großen sozialistischen Reisebewegung, die in der Welt beispiellos dasteht. Die Entwicklung der KdF.-Reisen zeigt als Ergebnis bis heute die Teilnahme von über 11 Millionen Volksgenossen an längeren und kürzeren Fahrten. Dazu kamen 350000 Urlauber, die auf großen Ozeandampfern Hochseereisen in die norwegischen Fjorde, in den englischen Kanal, durch den Atlantik nach Lissabon und Madeira sowie zu den Azoren machten. Der deutsche Arbeiter lernt nicht nur sein eigenes Vaterland in allen Teilen kennen, sondern fährt darüber hinaus in die Welt...

Und bei einer Großkundgebung der DAF. im Berliner Sportpalast am 3. Juni konnte Pg. Dr. Ley mitteilen, daß zu den Olympischen Spielen (1940) 12000 deutsche Arbeiter fahren werden!

Cianetti in Deutschland

Die engsten Beziehungen bestehen naturgemäß auch auf sozialpolitischem Gebiet zum Partner der Achse Berlin—Rom, zu Italien. Ausdruck dieser deutsch-italienischen Freundschaft ebenso wie der Anteilnahme an der deutschen Sozialordnung war die Deutschlandreise des italienischen Arbeiterführers Cianetti (Präsident der Confederazione Fascista Lavoratori dell' Industria) vom 14. bis zum 22. Februar. Und im April besuchte der Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Robert Ley, Italien (8. bis 14. April), um den sozialen Aufbau unserer faschistischen Nachbarn kennenzulernen. Er wurde im Laufe seiner Reise auch von Mussolini empfangen; in einer Versammlung von Industriearbeiterführern (in Turin am 11. April) sagte Pg. Dr. Ley:

Dr. Ley in Italien

„... Das italienische und das deutsche Volk wollen leben wie die anderen. Wir haben das gleiche Recht zu leben. Ich stehe hier unter Ihnen, Soldaten und Arbeiter aus den Kämpfen in Abessinien. Sie haben Tote und Verwundete als Opfer Ihres nationalen Aufbauwillens zu beklagen gehabt, aber Sie sind, das weiß ich, stolz auf diese Opfer! Ein Volk, das bereit ist, Opfer zu bringen, wird seiner ewigen Zukunft sicher sein. Ich grüße den Duce, ich grüße unseren Führer Adolf Hitler!"

8. Abschnitt:

Bolschewistischer Krieg gegen Deutschland

Bolschewistische Anstrengungen zur Entfachung eines Weltbrandes

So bewährte sich die Achse Berlin—Rom im Jahre 1937 in jeder Hinsicht. Der Feind des nationalsozialistischen Deutschlands jedoch, der jüdische Bolschewismus, verstärkte in diesem Jahre seine Anstrengungen, um einen Weltbrand gegen dieses Deutschland Adolf Hitlers zu entfachen, ganz erheblich: Auch in Moskau war die Erkenntnis gedämmert, daß über die Komintern ein Angriff auf Deutschland, das erste Bollwerk gegen das bolschewistische Weltgift, vergeblich bleiben mußte, weil die deutsche Volksgemeinschaft immun geworden war gegen die marktschreierischen Propagandamethoden des Marxismus — vertreten durch Herrn Dimitroff u. a. Desto eifriger betrieb man die Wühlarbeit gegen das Dritte Reich von außen her. Der spanische Bürgerkrieg (siehe auch 2. Abschnitt) sollte dazu benutzt werden, um Deutschland in das Chaos eines bewaffneten Konflikts mit anderen Großmächten zu stürzen. Die in diesem Zusammenhang in die Welt gesetzte Marokkolüge (siehe 2. Abschnitt) stellte den ersten großangelegten verbrecherischen Versuch dieser Art dar. Er war mißglückt. Aber immer provozierte man auf rotspanischer Seite das wiedererstarkte Deutsche Reich, um die Brandfackel in das Pulverfaß Europa schleudern zu können. Nachdem am 26. Mai das auf der Reede von Palma de Mallorca liegende deutsche Torpedoboot „Albatros“ und am gleichen Tage verschiedene italienische Kriegsschiffe durch Bombenangriffe bolschewistischer Flugzeuge stark gefährdet bzw. beschädigt worden waren (auf dem italienischen Dampfer „Barletta“ wurden sechs Mann getötet) und damit die Sicherheit der vom Nichteinmischungsausschuß mit dem Kontrolldienst beauftragten Kriegsschiffe ernstlich bedroht war — unterdes hatte die rote Valencia-„Regierung“ in Genf ein „Weißbuch“ veröffentlicht, das sich mit dem angeblichen italienischen Expeditionskorps auf nationalspanischer Seite befaßte —, erfolgte am 29. Mai der unerhörte Piratenangriff auf das Panzerschiff „Deutschland“, durch den 31 deutsche Matrosen den Heldentod fanden. Auf der Reede von Ibiza liegend, wurde das deutsche Schiff plötzlich von zwei im Gleitflug niedergehenden Flugzeugen der bolschewistischen Valencia-

Rotspanischer Angriff auf das Torpedoboot „Albatros“

Rotspanischer Angriff auf das Panzerschiff „Deutschland“

Regierung mit Bomben beworfen, von denen eine in der Mannschaftsmesse einschlug und furchtbare Verheerungen anrichtete. Das Schiff hatte in Ruhe gelegen, während man in Valencia behauptete, die beiden Flugzeuge seien von dem deutschen Panzerschiff „angegriffen" worden und hätten daraufhin Bomben abgeworfen! Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des verbrecherischen Anschlages führte Adolf Hitler Besprechungen mit dem Reichsaußenminister, dem Reichskriegsminister und dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine durch, und die anschließende Ankündigung, daß die Reichsregierung wirksame Maßnahmen ergreifen und diese unverzüglich dem Nichteinmischungsausschuß mitteilen werde, fand wenige Stunden darauf ihre Bestätigung. Amtlich wurde am 31. Mai mitgeteilt:

Beschießung von Almeria

„Zur Vergeltung des verbrecherischen Anschlages roter Bombenflugzeuge auf das vor Anker liegende Panzerschiff ‚Deutschland' wurde heute in den Morgenstunden von deutschen Seestreitkräften der befestigte Seehafen von Almeria beschossen. Nachdem die Hafenanlagen zerstört und die spanischen roten Batterien zum Schweigen gebracht worden sind, wurde die Vergeltungsaktion abgeschlossen und beendet."

Deutschlands und Italiens Ausscheiden aus dem Kontrollsystem

Zugleich hatte der deutsche Vertreter im Nichteinmischungsausschuß die Weisung erhalten, dem Ausschuß folgenden Beschluß der Reichsregierung mitzuteilen:

„Die Reichsregierung wird sich an dem Kontrollsystem und an den Beratungen des Nichteinmischungsausschusses solange nicht mehr beteiligen, als ihr nicht sichere Gewähr gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse verschafft worden ist. Die gegenüber den roten Machthabern als Antwort auf den unerhört tückischen Überfall zu ergreifenden Maßnahmen wird die Reichsregierung selbstverständlich nach ihrem eigenen Ermessen beschließen. Sie hat außerdem für die Dauer dieses Zustandes ihre Kriegsschiffe angewiesen, jedes sich nähernde rote spanische Flugzeug oder Kriegsschiff mit der Waffe abzuwehren."

Die nationalsozialistische Staatsführung hatte mit schnellem Entschluß die notwendigen Konsequenzen gezogen und fand damit die begeisterte Zustimmung des deutschen Volkes. In London und Paris war man sichtlich beeindruckt von der energischen, zugleich aber auch beherrschten Haltung der Reichsregierung. (Allerdings machte man vergebens den Versuch, Deutschland und das sich ebenfalls vom Londoner Ausschuß zurückziehende Italien wieder zum Mitmachen zu bewegen.) Auch Portugal protestierte in London gegen das rote Piratentum. Vor dem englischen Unterhaus gab Außenminister Eden eine kurze Erklärung über den Vorfall ab.

Der bolschewistische Versuch war mißlungen. Deutschland hatte mit aller Entschiedenheit zurückgeschlagen — und die Welt ließ sich trotz aller entsetzten „Bedenken" in einzelnen „demokratischen" Staaten und trotz des großen Geschreis, was die bolschewistisch-jüdische

Presse gegen Deutschland jetzt verstärkt entfachte, nicht in einen Konflikt mit diesem energischen Deutschland hineinziehen.

In der gleichen Sitzung des englischen Unterhauses (31. Mai), in der Eden eine Erklärung über Ibiza und Almeria abgegeben hatte (siehe oben), trat erstmalig der neue englische Ministerpräsident Neville Chamberlain mit einer politischen Erklärung hervor, in der er sich zu den Grundsätzen seines Vorgängers Baldwin bekannte. (Um die gleiche Zeit — 28. Mai — kam es zu einer privaten Unterredung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum.) — Zu den deutsch-englischen Beziehungen sagte damals der neue britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, in einem Vortrag bei der Deutsch-Englischen Gesellschaft u. a.:

Ministerpräsident Chamberlain

Unterredung Dr. Schachts mit Léon Blum

Deutschland und England

„Ich glaube, es wäre kein besserer Anfang denkbar, als der Versuch, einige Mißverständnisse und auch das — wie ich zu meinem Bedauern sagen muß — zwischen uns bestehende Mißtrauen zu beseitigen. Ihre Vereinigung, die Deutsch-Englische Gesellschaft, und die entsprechende Gesellschaft in London, die Anglo-German-Fellowship, können viel zur Erfüllung dieser Aufgabe beitragen.

Einige dieser Mißverständnisse sind so offensichtlich, daß man sie nicht fortdauern lassen sollte. Ich möchte heute nur zwei solcher Mißverständnisse erwähnen, von denen eines auf der britischen und eines auf der deutschen Seite liegt, und wenn wir mit ihrer Erörterung den Anfang machen könnten, haben wir unsere Zeit heute Abend nicht ungenutzt gelassen.

In England beispielsweise machen sich viel zu viele Leute eine ganz falsche Vorstellung von dem, was das nationalsozialistische Regime wirklich darstellt. Sonst würden sie nämlich weniger Nachdruck auf die nationalsozialistische Diktatur legen und dem großen Sozialexperiment, das in Deutschland unternommen wird, weit mehr Bedeutung beimessen. Sie würden nicht nur weniger kritisieren, sondern könnten einige nützliche Lehren daraus ziehen. Es ist bedauerlich, zu beobachten, in welch starkem Maße man Einzelheiten Beachtung schenkt, die den Engländern mißfallen, und wie wenig man das große Ganze würdigt.

Und nun zu Deutschland. Obwohl ich erst seit einigen Wochen hier bin, hat man mir gegenüber wiederholt die Auffassung vertreten, daß Großbritannien Deutschland überall etwas in den Weg zu legen versuchte. Ich kann Ihnen versichern, daß Großbritannien keinen derartigen Versuch unternimmt und auch gar nicht daran denkt, dies zu tun. Wir haben volles Verständnis für Deutschlands große Sendung in der Welt: deutsche Kultur, deutsche Philosophie und deutsche Ideale zählen zu den edelsten auf der Erde; deutsche Gründlichkeit, deutsche Industrie und deutscher Handel waren seit jeher Gegenstand uneingeschränkter britischer Bewunderung ..."

Im Zeichen der deutsch-italienischen Kameradschaft gegen die bolschewistische Weltpest begab sich Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg am 2. Juni zu einem mehrtägigen Besuch der italienischen Wehrmacht nach Italien, wo er vom König und Kaiser Viktor Emanuel und von Mussolini empfangen wurde.

Reichskriegsminister v. Blomberg in Italien

Weitere Londoner Verhandlungen: Viermächtevereinbarung

Das Attentat auf die „Deutschland“ — der planmäßig vorbereitete Versuch, endlich den ersehnten „Zwischenfall“ zu schaffen — machte der englischen Regierung noch einmal viel Kopfzerbrechen, sollten doch die „Kontrollkrisen“ überbrückt und durch „Sicherheitszonen“ und gemeinsame „Konsultationen“ ähnliche drohende Situationen unmöglich gemacht werden. Durch die Haltung Frankreichs und Sowjetrußlands gestalteten sich die Verhandlungen jedoch ungemein schwierig. Endlich, am 12. Juni, kam es zu einer Viermächtevereinbarung, die aus zwei Teilen bestand. Einmal sah ein Übereinkommen der vier Kontrollmächte (England, Frankreich, Deutschland und Italien) untereinander im Fall eines Bruchs der von beiden „spanischen Parteien“ abzugebenden Zusicherungen vor, daß, falls nicht innerhalb einer angemessenen Zeit gemeinsame Maßnahmen beschlossen werden, eine neue Lage für die beteiligten Mächte eintritt, durch die sie ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Zweitens erging eine englische Note sowohl an die nationalspanische Regierung wie an die Roten in Valencia, betreffend:

1. Ein Ersuchen an die beiden spanischen Parteien, die an der internationalen Kontrolle teilnehmenden Kriegsschiffe zu respektieren und eine entsprechend klare Anweisung an ihre Flotten und Luftwaffen zu geben.

2. Ein Ersuchen an die beiden Parteien, sogenannte Sicherheitszonen für die Schiffe der vier Mächte zur Verfügung zu stellen und Verhandlungen über deren Bereitstellung aufzunehmen.

3. Eine Mitteilung an beide Parteien, daß jeder Angriff auf ein Schiff der Kontrollmächte als eine gemeinsame Sache der vier Kontrollmächte angesehen wird und unbeschadet des Selbstverteidigungsrechtes jedes Schiffes die vier Mächte in einem solchen Falle zusammentreten werden, um gemeinsame Schritte zu ergreifen.

Westpakt-Verhandlungen

Im Verfolg dieses Übereinkommens nahmen Deutschland und Italien ihre Arbeit im Nichteinmischungsausschuß wieder auf. Auch wurde bekanntgegeben, daß der Reichsaußenminister, Freiherr von Neurath, sich zu einem diplomatischen Besuch nach London begeben würde, um über das Spanienproblem und den Westpakt (Frankreich hatte eine „Westpaktnote“ an London gerichtet) eine Aussprache herbeizuführen. Zu diesem Besuch ist es jedoch nie gekommen, weil kurz nach Abschluß der Viermächtevereinbarung ein erneuter bolschewistischer Angriff auf ein deutsches Kriegsschiff, das im Dienste der internationalen Seekontrolle stand, bekannt wurde: Am 15. und 18. Juni wurde der deutsche Kreuzer „Leipzig“ von insgesamt vier Torpedos beschossen, die glücklicherweise sämtlich ihr Ziel verfehlten. Die Reichsregierung unternahm auf diese neuerliche Provokation hin einen dringlichen diplomatischen Schritt bei den anderen Seekontrollmächten (der vergeblich blieb!), sagte den Neurath-Besuch ab und ließ

Rotspanische Angriffe auf den Kreuzer „Leipzig“

nunmehr durch Botschafter von Ribbentrop am 23. Juni den im Londoner Kontrollausschuß vertretenen Regierungen folgende Mitteilung machen:

Endgültiges Ausscheiden Deutschlands und Italiens aus dem Londoner Kontrollsystem

„Die Reichsregierung hat nach Bekanntwerden der Angriffe auf den Kreuzer ‚Leipzig' am 15. und 18. Juni dieses Jahres alsbald den anderen an der Seekontrolle in den spanischen Gewässern beteiligten Mächten mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sei, ihre mit einer internationalen Aufgabe betrauten Seestreitkräfte weiteren Schießversuchen Rotspaniens auszusetzen. Sie hat sich hinsichtlich der von ihr zu fordernden Garantien für die Sicherheit ihrer Schiffe auf ein Minimum beschränkt, nämlich auf eine sofort auszuführende Flottendemonstration der vier Kontrollmächte, um auf diese Weise eine deutlich sichtbare solidarische Warnung zum Ausdruck zu bringen. Da die Englische und Französische Regierung sich nicht einmal zu dieser Minimalforderung haben bereitfinden lassen, muß die Deutsche Regierung zu ihrem Bedauern feststellen, daß es an derjenigen Solidarität der Kontrollmächte fehlt, die für die Durchführung der gemeinsam übernommenen internationalen Aufgabe die unerläßliche Voraussetzung bildet. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, sich endgültig aus dem Kontrollsystem zurückzuziehen."

Italien schloß sich dem deutschen Schritt an.

Adolf Hitler formulierte die Situation damals eindeutig, als er in einer Rede am 27. Juni (auf dem Gautag in Würzburg) erklärte:

Führerrede über das Versagen der kollektiven Abmachungen

„... Überhaupt hat das nationalsozialistische Deutschland nur den einen Wunsch, unter Wahrung seiner eigenen Rechte mit der gesamten Umwelt friedlich zu leben und freundschaftlich zusammenzuwirken. Allerdings haben wir begründete Zweifel an der Wirksamkeit gewisser internationaler Versprechungen oder Zusicherungen. Ich habe versucht, die Wirksamkeit solcher internationalen Abmachungen in der Praxis nun einmal in einem bestimmten Fall prüfen zu lassen. Sie wissen, daß neuerlich erst kommunistisch-bolschewistische Verbrecher in einem heimtückischen Überfall ein deutsches Schiff mit Bomben bewarfen, was uns 31 Tote und 73 Verletzte gekostet hat!

Ich habe mich damals entschlossen, von uns aus den Herren von Valencia sofort jene Warnung zuteil werden zu lassen, die meiner Überzeugung nach allein geeignet ist, solche Verbrecher zur Ordnung zu rufen und ihnen klarzumachen, daß die Zeit, in der man die deutsche Nation in solcher Art behandelt, ein für allemal abgeschlossen und vorbei ist.

Nun erklärte man, das würde ein ganz ungerechtfertigtes Vorgehen sein. In dieser modernen Zeit müßte man jene Institutionen für solche Maßnahmen einschalten, die sich zurzeit überall bemühen, die Verteidigung der Interessen der Völker von den einzelnen Staaten weg in kollektive Hände zu legen.

Ich habe diesem Verlangen stattgegeben, und wir gingen wieder in die Kontrollkommission zurück mit dem guten Wunsch und der aufrichtigen Hoffnung, daß sich solche Pläne nun auch in der Praxis verwirklichen würden.

Da nach unserer Erklärung, von jetzt ab jedes sich nähernde rote Flugzeug und Überseeschiff sofort unter Feuer zu nehmen, den bolschewistischen Verbrechern Angriffe über See nicht mehr möglich waren, sind die bolschewistischen Machthaber nun unter die See gegangen und haben vier Torpedoangriffe auf die ‚Leipzig' unternommen.

Wir haben nun erwartet, daß die internationale Solidari-

tät eine kollektive gemeinsame Beschützung des Friedens veranlassen würde. Aber Sie haben es ja selbst erlebt: Es sollten Kommissionen gebildet werden zwecks Untersuchung, ob ... usw.

Wir haben nichts anderes verlangt, als daß den Machthabern in Valencia wenigstens durch eine gemeinsame Kundgebung aller beteiligten Kontrollmächte gezeigt wird, daß sie es nicht mehr mit einer, sondern mit allen Mächten zu tun haben. Aber selbst diese bescheidene Aktion war nicht mehr durchführbar. Daraus können Sie ersehen, was wir Deutschen zu erwarten hätten, wenn wir jemals das Schicksal des Reiches den Händen derartiger Institutionen oder solchen Abmachungen ausliefern würden. Davon aber kann man nun in London überzeugt sein:

Die Erfahrungen, die wir dieses Mal gemacht haben, sind für uns eine Belehrung, die wir niemals mehr vergessen werden! Wir werden von jetzt ab in solchen Fällen doch lieber die Freiheit, die Unabhängigkeit, die Ehre und die Sicherheit der Nation in unsere eigenen Hände nehmen und uns selbst beschützen! Und Gott sei Dank, wir sind heute auch stark genug, um uns selbst schützen zu können!

Wir haben aus diesem Vorgang Konsequenzen gezogen, die für die ganze Zukunft wirksam sein werden. Redensarten in Parlamenten oder von Staatsmännern werden uns in Zukunft nicht mehr einnebeln können. Wir haben einen Angriff erlebt, seine Behandlung gesehen und sind dadurch geheilt für immer!

Ich hatte getan, was man pflichtgemäß tun mußte. Es wurde versucht, und heute kann niemand mehr in der Welt erklären, daß wir böswilligerweise irgendwie voreingenommen seien gegen kollektive Abmachungen.

Nein! Hätte sich diese kollektive Abmachung vom 12. Juni bewährt, hätte man es sich vielleicht überlegen können, ob man nicht doch noch weiter geht. Nachdem sich aber selbst diese kleinste Abmachung in der Praxis als undurchführbar erwies, soll das für uns nun eine Warnung sein, eine ähnliche Enttäuschung eines Tages nicht vielleicht in einem schlimmeren Fall noch einmal zu erleben.

Jede Katze kann sich einmal die Pfoten verbrennen und jeder Mensch einmal Fehler machen, aber nur Narren tun das gleiche zweimal! Weder ich noch die deutsche Nation haben nun Lust, sich ein zweites Mal in eine solche Gefahr zu begeben."

Nationalspanische Siege

Trotz all dieser bolschewistischen Anschläge auf den Weltfrieden konnten sie den siegreichen Fortgang der nationalen Offensive in Spanien nicht aufhalten. Am 19. Juni zogen die Truppen Francos in das von den Roten zerstörten Bilbao ein. Dieser große Erfolg war eingeleitet worden von General Mola, der am 3. Juni bei einem Flugzeugunglück das Leben verloren hatte. Mit ihm verlor das neue Spanien einen seiner Wegbereiter.

Chamberlain über die deutsche Haltung

Die deutsche Haltung nach dem „Leipzig"-Zwischenfall fand bemerkenswerterweise die Anerkennung des englischen Ministerpräsidenten, denn Chamberlain gab vor dem Unterhaus (am 25. Juni) der Meinung Ausdruck,

„daß die deutsche Regierung ein erhebliches Maß an Zurückhaltung, das wir anerkennen sollten, an den Tag gelegt hat, wenn sie lediglich ihre Schiffe zurückzog und damit den Zwischenfall als abgeschlossen erklärte."

Im übrigen wollten England und Frankreich nun allein die „Kontrolle" übernehmen. —

Von den sonstigen außenpolitischen Juni-Ereignissen verdienen noch Erwähnung: der Abschluß eines Abkommens über eine (durch das Außerkrafttreten des Genfer Abkommens mit dem 15. Juli erforderliche) Neuregelung des deutsch-polnischen Eisenbahn- und sonstigen Grenzverkehrs in Oberschlesien; der Sturz des sowjetrussischen Marschalls Tuchatschewski, der mit acht weiteren Opfern des Stalinschen Blutrausches am 12. Juni hingerichtet wurde; ein blutiger Überfall polnischer Chauvinisten auf deutsche Bauern an der danzig-polnischen Grenze, der ein diplomatisches Nachspiel hatte; der zunehmende Terror gegen die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei; die Einsetzung von Dr. Pembaur und Dr. Seyß-Inquart als „Befriedungskommissare" in Österreich, wo die Spannungen zwischen der überwiegend deutschgesinnten österreichischen Bevölkerung und den herrschenden Feinden des großdeutschen Gedankens immer größer wurden; schließlich die Geschehnisse in Frankreich, wo am 21. Juni das Kabinett Léon Blum zurücktrat und dem Kabinett Chautemps Platz machte. —

Abkommen über den deutsch-polnischen Grenzverkehr in Oberschlesien

Zwischenfall an der Danzig-polnischen Grenze

Dr. Seyß-Inquart und Dr. Pembaur Befriedungskommissare in Österreich

Kabinettswechsel in Frankreich

Die Verhandlungen des Londoner Nichteinmischungsausschusses standen — nach dem Ausscheiden Italiens und Deutschlands aus dem Kontrollsystem — im Zeichen zweier sich bei den Verhandlungen gegenüberstehenden Ansichten, betreffend die Fortsetzung der Bemühungen im Spanienkonflikt. Während England und Frankreich — wie bereits erwähnt — das Kontrollsystem in der bisherigen Form allein weiterführen wollten, sah der deutsch-italienische Vorschlag die Anerkennung beider Seiten als kriegführende Mächte vor, denn

Weitere Verhandlungen vor dem Londoner Nichteinmischungsausschuß — die Frage der Kriegführendenrechte

> „eine solche Entscheidung würde die diplomatische Wirkung haben, daß die Politik der Nichteinmischung gestärkt würde, da tatsächlich alle europäischen Mächte zu ihren Verpflichtungen als Signatarmächte des Nichteinmischungsabkommens die Pflichten hinzufügen würden, die neutralen Staaten zufallen, und zwar gemäß den Grundsätzen des internationalen Rechts, das der besonderen Lage in Spanien angepaßt ist".

Da man jedoch in London und Paris auf der absurden Idee einer gemeinsamen Seekontrolle beharrte und sich nicht entschließen konnte, dem Ersuchen Francos nachzukommen, ihm — dem „Rebellen" — die gleichen Rechte zuzugestehen, wie den bolschewistischen „Regierungstruppen", scheiterten die Verhandlungen. In einer großangelegten Rede vor dem Nichteinmischungsausschuß (am 9. Juli) zog Botschafter von Ribbentrop noch einmal die Bilanz der zehn Monate währenden Bemühungen, fruchtbare Arbeit zu leisten, — und der erzielten „Erfolge". Er erinnerte noch einmal an die unerfreulichen Vorkommnisse der letzten Zeit, an die Provokation Valencias, die Langmut Deutschlands und den letzten deutsch-italienischen Vorschlag. Endlich wieder-

holte er, daß Deutschland und Italien keine territorialen Ansprüche in Spanien stellten. — England, das mit der Aufgabe betraut wurde, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten, legte bereits am 14. Juli einen Kompromißvorschlag vor, der — gut gemeint und als Diskussionsgrundlage von Deutschland und Italien anerkannt — doch ein totgeborenes Kind blieb. Er bemühte sich vergebens, dem eigenen, englisch-französischen, wie dem deutsch-italienischen Plan gerecht zu werden. —

Englischer Kompromißvorschlag

Um diese Zeit fand in Freiburg i. Br. der deutsch-französische Frontsoldatentag statt (4. Juli). Über 2000 deutsche und 1000 französische Soldaten des Weltkrieges gaben hier ihrem Willen zu kameradschaftlicher Verständigung beredten Ausdruck. —

Deutsch-französischer Frontsoldatentag

In der gleichen Zeit erregte die Rede des amerikanischen Unterstaatssekretärs Welles, der für die Beseitigung bzw. Revision des Versailler Vertrages als Voraussetzung zur Befriedung der alten Welt eintrat, großes Aufsehen.

Noch mehr Interesse aber beanspruchten die Ereignisse im Fernen Osten, wo es — nach Beilegung des Amur-Konfliktes zwischen Japan und Sowjetrußland — am 7. Juli bei Peiping zu ernsten Zusammenstößen zwischen chinesischen und japanischen Truppenteilen kam. Anfänglich schien eine friedliche Regelung möglich, bald aber zeigte sich, daß die Ereignisse von Peiping nur der Beginn eines gewaltigen Ringens um die Vorherrschaft in Ostasien waren — eines Ringens, das noch von höherer Bedeutung für die Weltpolitik werden sollte, als es zunächst den Anschein hatte haben können — und in dem ebenfalls nach kurzer Frist der Bolschewismus als Drahtzieher im Hintergrund sichtbar wurde. —

Japanisch-chinesischer Konflikt

Das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn war — trotz gemeinsamer außenpolitischer Grundsätze — hin und wieder getrübt worden durch das Problem der deutschen Minderheiten in Ungarn. Mitte Juli gab der ungarische Innenminister von Szell gegenüber einem Vertreter des ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbüros Erklärungen hierzu ab, die die Zusicherung enthielten, daß die Freiheit der kulturellen Betätigung und des Sprachgebrauchs für die Minderheiten unter allen Umständen verwirklicht würden. Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, gab in Beantwortung dieser Ministererklärung seinerseits folgende Erklärung ab:

Das ungarländische Deutschtum

„Die Erklärungen, die Minister von Szell in der ungarischen Presse über den Standpunkt seiner Regierung in der Volksgruppenfrage abgegeben hat, sind in der deutschen Öffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen worden. Wenn er sich zu dem Wunsche bekennt, daß die ungarischen Volksgruppen, die inmitten fremder Staaten leben, ‚im Besitze ihrer vollkommenen politischen Freiheit ihre geistige und wirtschaftliche

Kultur entwickeln und somit weiterhin bestehen können', so deckt sich diese gerechte Forderung durchaus mit unserer Auffassung hinsichtlich der deutschen Volksgruppe in Ungarn. Eine große Beruhigung enthalten für uns die Worte Herrn von Szells, mit denen er den festen Vorsatz der ungarischen Regierung ankündigt, hinsichtlich der deutschen Volksgruppe ‚die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben restlos zu verwirklichen'. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die die freie geistige Entfaltung des deutschen Volkstums in Ungarn gewährleisten sollen.

Wenn Herr von Szell darauf hinweist, daß er seine Erklärung im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern abgegeben hat, und daß die ungarische Regierung entschlossen ist, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen, wenn die Durchführung der grundlegenden Leitsätze des Staates in der Minderheitenfrage gefährdet erscheinen, so stellen wir dies mit aufrichtiger Genugtuung fest. Wir können daher auch das Vertrauen haben, daß die deutsche Volksgruppe in Ungarn neben der politischen Freiheit und wirtschaftlichen Gleichstellung auch die Möglichkeit zu einer ungehemmten kulturellen Entwicklung haben wird. Angesichts der jahrhundertealten Freundschaft zwischen dem deutschen und ungarischen Volk ist es — das möchte ich ausdrücklich erklären — unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß die ungarländische deutsche Volksgruppe wie bisher, so auch in Zukunft in Treue dem ungarischen Staat dienen und dadurch auch weiterhin eine Brücke zwischen beiden Völkern darstellen wird."

In diesem Zusammenhang sei der Enthüllung des Jakob-Bleyer-Grabmals in Budapest am 20. August gedacht, die eine letzte Ehrung für den unvergeßlichen Führer der Deutschen in Ungarn darstellte. —

Konitzer Deutschtumsprozeß

Der Konitzer Deutschtumsprozeß gegen 22 junge Angehörige der deutschen Volksgruppe in Polen, der am 7. Juli mit der Verurteilung zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren endete, warf wieder ein bezeichnendes Licht auf die der deutsch-polnischen Verständigung so abträgliche deutschtumsfeindliche Verwaltung und Justiz in Polen. Auch in der Folgezeit war in dieser Richtung keine Besserung zu verzeichnen, trotz der erfreulichen Tatsache eines deutsch-polnischen Frontkämpfertreffens. Alle paar Tage mußte die deutsche Presse von einer neuen Schulschließung oder anderen gegen die deutsche Minderheit gerichteten Maßnahmen berichten. Der polnische „Westmarkenverband", der ungestört seine Agitation treiben durfte, sorgte dafür, daß der Deutschenhaß wachgehalten wurde. Besonders deutlich zeigten sich die von polnischer Seite gemachten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Sicherstellung der deutschen Rechte in Ostoberschlesien nach Ablauf der „Genfer Konvention". Mit dem 15. Juli trat nach 15jähriger Übergangsfrist ein neuer Zustand ein, der erweisen mußte, wie weit das deutsch-polnische Verständigungsabkommen Früchte getragen hatte. Während in den wirtschaftlich-technischen Fragen Einigkeit erzielt werden konnte, scheiterten die Bemühungen um eine Regelung der Optanten- und anderer Schutzrechtsfragen der Minderheiten leider gänzlich. Und bereits 24 Stunden nach Ablauf der Genfer Konvention traf der erste schwere Schlag, dem weitere folgten, das Deutsch-

Das Ringen des Deutschtums in Polen

Ablauf der „Genfer Konvention" in Oberschlesien

tum in Ostoberschlesien: durch ein neues polnisches Gesetz wurde die evangelisch-uniierte Kirche polnisiert, wurden für die einzelnen deutschen Gemeinden polnische Geistliche „berufen". — Das Deutsche Reich seinerseits hatte am 30. Juni das „Gesetz über Maßnahmen im ehemaligen oberschlesischen Abstimmungsgebiet" erlassen, durch welches dieses Gebiet in den Rechtszustand der übrigen Reichsgebiete einbezogen wurde.

Gesetz über Maßnahmen im ehemaligen oberschlesischen Abstimmungsgebiet

Durch das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien von 1922 waren weitgehende Schutzvorschriften für die im deutschen und polnischen Teil des ehemaligen Abstimmungsgebiets wohnhaften nationalen Minderheiten getroffen worden. Die Schutzmaßnahmen waren auf einen Zeitraum von 15 Jahren (bis 15. Juli 1937) vorgesehen. Nach der Machtergreifung und nach Einführung der deutschen Rassegesetzgebung war der in der Vereinbarung vorgesehene Minderheitenschutz — der ursprünglich nur gedacht war für polnische Staatsangehörige deutschen Volkstums in Ostoberschlesien und deutsche Staatsangehörige polnischen Volkstums in Westoberschlesien — von den Juden in Westoberschlesien in Anspruch genommen. Das Reich hatte daher hier zunächst auf die Durchführung der Rassegesetzgebung verzichtet. Diese Gesetzgebung trat aber jetzt automatisch in Kraft. — Das neue Gesetz sieht vor allem eine rassenmäßige Bereinigung der Beamtenschaft und anderer Berufe vor und regelt die Durchführung der Vorschriften über den Widerruf von Einbürgerungen.

Gerade in diesen Tagen des Erlöschens der Genfer Konvention und den damit verbundenen unerfreulichen Begleiterscheinungen hinsichtlich der deutschen Minderheit im polnischen Gebiet ging in London der 13. Europäische Minderheitenkongreß zu Ende: er schloß mit der niederdrückenden Feststellung, daß der bisherige Schutz des Völkerbundes in praktischer Hinsicht völlig wirkungslos geblieben ist. Alle vertretenen Volksgruppen waren sich einig über ihren vergeblichen Kampf um das Selbstverwaltungsrecht.

13. Europäischer Minderheiten-Kongreß

Sudetendeutsches Elend in der Tschechei

Nirgends aber ist der Bruch gegebener Versprechungen so offenkundig wie in der Tschechoslowakischen Republik, die fieberhaft ihr Aufrüstungsprogramm vorwärtstrieb, gegenüber dem Elend in den sudetendeutschen Gebieten aber vollkommen kalt blieb, 6000 sudetendeutsche Kinder hinderte, den vom Deutschen Roten Kreuz vermittelten Ferienaufenthalt im Reich anzutreten, die deutschen Pressemeldungen über unglaubliche Roheiten gegenüber Sudetendeutschen als „Hetzkampagne" bezeichnete, in der eigenen Presse aber die unglaublichsten Lügen und Beleidigungen über das nationalsozialistische Deutschland verbreitete. Bei einer in der zweiten Hälfte des August durch Nordmähren führenden offiziellen Reise versprach der tschechische Staatspräsident Dr. Benesch aufs neue die Erfüllung der früheren Versprechungen. Aber es blieb auch diesmal wieder beim Versprechen. — Mit Altpräsident Dr. T. G. Masaryk, der am 14. September starb, verlor der tschechische Staat seinen Gründer und den Verfechter jener

„demokratischen“ und „humanitären“ Ideen, die in der Tschechoslowakei tatsächlich niemals verwirklicht worden sind.

Litauische Maßnahme gegen das Memeldeutschtum

Feindschaft und Kampf gegen das Deutschtum kennzeichnete auch die Bodenenteignungsaktion der Litauer gegen den deutschen Grundbesitz im Memelgebiet. –

Deutsch-österreichische Presseabmachungen

Das Verhältnis zwischen dem Reich und Österreich erfuhr zunächst eine leichte Besserung durch die deutsch-österreichischen Presseabmachungen auf Grund von Besprechungen (6. bis 10. Juli) im Sinne des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli 1936 (siehe Band 1936, Seite 134 bis 135). In den Presseabmachungen heißt es u. a., die Presse solle sich jeder Unterstützung oder Ermutigung einer gegen den anderen Staat und dessen Regierung gerichteten Betätigung enthalten und sich der Verantwortung bewußt sein, die der Publizistik beider Staaten durch deren Zugehörigkeit zum deutschen Volke auferlegt ist. Allerdings sind dann aber auch diese Abmachungen auf österreichischer Seite nicht immer sehr loyal eingehalten worden.

Deutsch-österreichisches Frontkämpfertreffen

Leider konnte auch das unter dem Motto „Schulter an Schulter“ am 17. und 18. Juli in Wels (Oberösterreich) abgehaltene Frontkämpfertreffen reichsdeutscher und österreichischer Frontsoldaten den Gedanken der gesamtdeutschen Schicksalsgemeinschaft in der österreichischen Regierung nicht wesentlich festigen. Unverblümt und offen durfte die „Vaterländische Front“ mit Unterstützung der jüdisch diktierten Hetzpresse das deutsch-österreichische Abkommen sabotieren, indem zum Beispiel nach der vom Bundeskanzler erlassenen Anweisung, Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ wieder zum Verkauf zuzulassen, Buchhändler in Graz und Innsbruck gewaltsam gezwungen wurden, das Buch wieder aus dem Schaufenster zu entfernen. Ein Zusammentreffen des Reichsaußenministers mit dem österreichischen Staatssekretär des Äußeren, Dr. Guido Schmidt, brachte in das Verhältnis der beiden deutschen Staaten nichts Neues, auch nicht die Innsbrucker Rede Schuschniggs, die durch verschiedene „Zwischenfälle“ — nationalsozialistische Kundgebungen — eingeleitet worden war.

Hetze der „Vaterländischen Front“

Erwähnen wir noch den Deutschlandbesuch (Anfang August) des türkischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Cetinkaya, sowie den Empfang des neuernannten Botschafters der Sowjetunion, Jurenew, beim Führer und Reichskanzler auf dem Obersalzberg (21. Juli) zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens.. Wenige Monate später gehörte auch Jurenew bereits zu den nach Moskau „abberufenen“ Diplomaten, das heißt zu denen, die von Stalins „Liquidations“-Apparatur erfaßt wurden. Auch gegen Reichsdeutsche wurde in der Sowjetunion eine neue Verhaftungswelle in Gang gebracht.

Neuer sowjetrussischer Botschafter in Berlin

Neue Verhaftungswelle gegen Deutsche in der Sowjetunion

Hunderte wurden als „spionageverdächtig“ verhaftet und mußten Wochen und Monate in den Sowjetgefängnissen zubringen. —

V. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP.

Ein Ereignis von großer Bedeutung, das starke Beachtung in der Auslandspresse fand, war die V. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP. vom 29. August bis 5. September in Stuttgart. Ihr voraus ging die Jahrestagung des Deutschen Auslandsinstituts, das zugleich seine 20-Jahr-Feier beging. Reichsminister Dr. Frick konnte mit Recht sagen:

„Es ist mit ein Verdienst des Deutschen Auslands-Instituts, daß heute in Deutschland namentlich auch das heranwachsende Geschlecht die Verbundenheit mit den Volksdeutschen im Ausland als eine völkische Selbstverständlichkeit empfindet, wie umgekehrt auch die Verbundenheit der Volksdeutschen mit dem Mutterland erst jetzt wieder bei dem Deutschen Sängerfest in Breslau einen so überwältigenden, ja erschütternden Ausdruck gefunden hat.“

Von den bedeutenden Ansprachen und großen Reden Gauleiter Bohles, von Neuraths, Rudolf Heß', Görings, des Stabschefs der SA., des Reichssportführers und Dr. Goebbels' auf der Reichstagung der AO. seien folgende Sätze des Stellvertreters des Führers hervorgehoben:

„Wir wollen den Nationalsozialismus nicht anderen Völkern als ‚Gift‘ einträufeln! Wir wollen ihn ebensowenig anderen Völkern aufzwingen. Wir wollen ihn nicht einmal an andere Völker verschenken. Im Gegenteil: Wir sind eifersüchtig darauf bedacht, den Nationalsozialismus für uns zu behalten.“

Aber trotz des in allen Reden zum Ausdruck gebrachten Grundsatzes der absoluten Nichteinmischung der Reichsdeutschen im Ausland in die Angelegenheiten ihres Gastlandes fanden sich in den Pressestimmen des Auslandes neben manchen sachlichen und anerkennenden Kommentaren unglaubliche Ent- und Unterstellungen. Besonders in der englischen Presse (und ganz besonders von Winston Churchill) wurden wieder Spionageabsichten und „Verbreitung des Nationalsozialismus im Ausland“ böswillig herausgelesen. Man wollte eben nicht an die ganz anderen, innerdeutschen Ziele der AO. glauben. —

Inzwischen nahmen die Londoner Verhandlungen um den englischen Vermittlungsplan, betreffend Spanien, ihren Fortgang, ohne bisher ein brauchbares Ergebnis gezeitigt zu haben. Einen erfolgreichen Abschluß dagegen fanden am 17. Juli die deutsch-englischen Flottenverhandlungen mit einem neuen deutsch-englischen Flottenabkommen, das in Ergänzung des Abkommens vom 18. Juni 1935 (siehe Band 1935, S. 174 bis 175) Bestimmungen über die Größe der Schiffstypen und ihre Bestückung enthielt. Das Abkommen sah weiterhin eine Baufeierzeit für große Kreuzer bis 1. Januar 1947 (die

Neues deutsch-englisches Flottenabkommen

gegebenenfalls abgekürzt werden kann) vor. Es bestimmt weiter, daß beabsichtigte Neubauten im voraus dem Vertragspartner mitgeteilt werden. Auch ein Nachrichtenaustausch über die Fertigstellung von Kriegsschiffen ist vorgesehen. Schließlich enthält das Vertragswerk sogenannte Sicherheitsklauseln zur Überprüfung des Vertrages bei Eintritt besonderer Umstände. In einer beigegebenen „Erklärung" sind die Möglichkeiten der Tonnageübertragung von einer Schiffsklasse auf eine andere, sowie Sonderbestimmungen über das Alter der nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages gebauten deutschen Kriegsschiffe festgelegt. Diese Erklärung trägt der besonderen Lage Rechnung, in der sich Deutschland als einzige quantitativ gebundene Macht befindet. Der Vertrag bleibt — wenn er nicht vorher gekündigt oder verlängert wird — bis 31. Dezember 1942 in Kraft. Er hätte zum Ausgangspunkt einer weiteren und besseren deutsch-englischen Verständigung werden können, bewies er doch, daß die Staatskunst beider Partner auch schwierige Probleme zu meistern versteht. Aber leider gelang es den Hetzaposteln in England immer wieder, durch Zeitungslügen das Mißtrauen ihrer Landsleute gegen die „gefährlichen Deutschen" wachzuhalten. Mal bedrohten deutsche U-Boote Englands Flotte, mal deutsche Geschütze die Festung von Gibraltar. Wenn auch all diese fast komisch anmutenden Lügenmeldungen sehr bald ihre Richtigstellung erfuhren — stimmungsmäßig blieb doch immer etwas hängen. Durch die Ausweisung von drei deutschen Pressevertretern aus England (von deutscher Seite wurden entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen) erlitt das deutsch-englische Verhältnis in dieser Zeit eine weitere Einbuße. —

Deutschfeindliche Lügen in England

Ergebnislose Verhandlungen des Londoner Nichteinmischungsausschusses

Der Nichteinmischungsausschuß konnte sich auch auf den englischen Kompromißvorschlag nicht einigen, weil die Reihenfolge der vorgesehenen Maßnahmen umstritten war und weil von Valencia aus die Zuerkennung der Rechte als Kriegführende an beide spanischen Parteien abgelehnt wurde. Die britische Regierung überreichte daraufhin allen im Spanienkomitee vertretenen Mächten einen Fragebogen, der sehr präzise Antworten verlangte und die Rettung des englischen Vermittlungsvorschlages bewerkstelligen sollte — auf Kosten des ursprünglichen Vorschlages, denn die Zuerkennung der „Kriegführendenrechte" sollte jetzt auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Deutschland und Italien lehnten diese Änderung ab, kamen aber im übrigen so weit wie möglich dem englisch-französischen Plan entgegen, während der Vertreter Sowjetrußlands das Recht eines Kriegführenden für General Franco entschieden ablehnte; Frankreich wich aus, und so war man wieder am toten Punkt angelangt. — (Ende Juli richtete übrigens die englische Regierung auch eine neue Westpaktnote an die beteiligten Mächte.)

Durch die Sabotagepolitik Moskaus — wie sie Botschafter von Ribbentrop in seiner Rede im Spanienausschuß am 30. Juli treffend kennzeichnete — waren die ehrlichen Bemühungen der übrigen 26 Staaten wieder zum Scheitern verurteilt. Inzwischen lieferten Sowjetrußland und die französische Volksfront uneingeschränkt weiter Kriegsmaterial und Freiwillige nach dem bedrohten Rotspanien, während Francos Truppen sich die Offensive trotzdem nicht aus der Hand nehmen ließen.

Russisch-französische „Nichteinmischung"

Der Krieg im Fernen Osten

Im Fernen Osten war indessen aus den weiter oben schon behandelten Grenzstreitigkeiten ein Krieg entbrannt, der von Japan mit aller Energie geführt wurde und bald zur Einnahme Peipings und Tientsins führte. Japan erstrebte die völlige Einflußnahme auf die Politik Chinas, um den Einfluß der Sowjetunion auszuschalten. —

Italien und England

Eine Wiederannäherung Großbritanniens und Italiens wurde durch einen Briefwechsel Chamberlains mit Mussolini eingeleitet, der das lebhafte Mißfallen und Mißtrauen der französischen Diplomatie erregte. — Im freundschaftlichen Verhältnis zwischen Italien und Deutschland würde sich — wie Außenminister Ciano in einem Interview erklärte — nicht das mindeste ändern.

Neuer nationalspanischer Botschafter beim Führer

Der 6. August brachte den Antrittsbesuch des neuen nationalspanischen Botschafters in Berlin, Marques de Magaz, beim Führer auf dem Obersalzberg, in dessen Verlauf der Führer aussprach:

> „Es ist des deutschen Volkes und mein aufrichtiger Wunsch, daß es der Armee Ihres Staatschefs, des Herrn Generals Franco, gelingen möge, dem spanischen Volke Frieden und Freiheit zu erkämpfen und damit zugleich eine Gefahr zu bannen, die über die Grenzen Ihres Landes hinaus Europa bedroht."

Tschechisch-portugiesischer Konflikt

Die Tschechoslowakei stand seit ihrem Bündnis mit Sowjetrußland auf einem erheblich anderen Standpunkt in der Spanienfrage und verdeutlichte dies in einer — bisher im diplomatischen Verkehr ungewohnten — Art und Weise, indem es kontraktlich zugesicherte Waffenlieferungen ihrer staatlichen Munitionsfabrik an die — mit Nationalspanien sympathisierende — portugiesische Regierung plötzlich mit dem Hinweis auf die „Nichteinmischung" in Spanien unterbrach, damit Portugal der offenen Einmischung beschuldigend! Auf dieses mehr als unhöfliche und beleidigende Benehmen der Prager Regierung gab die portugiesische Regierung am 19. August den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Tschechoslowakei bekannt; eine Ohrfeige ohnegleichen für den Hradschin! Daß nun das nationalsozialistische Deutschland von tschechischer Seite wieder einmal beschuldigt wurde, der Urheber des portugiesischen Schrittes gewesen zu sein, versteht sich von selbst.

Mussolini zum Spanienproblem

Die Einstellung des faschistischen Italien zu dem Krieg in Spanien wurde von Mussolini selbst in seiner Rede von Palermo (20. August) — in der er von der „wirksamen Solidarität", die zwischen dem deutschen und dem italienischen Regime bestehe, sprach — mit dem Satz verdeutlicht:

„Ich habe in der kategorischsten Weise erklärt, daß wir im Mittelmeer den Bolschewismus oder irgend etwas ähnliches nicht dulden werden."

Nationalspanische Offensive

So groß diese Gefahr gewesen war, so verringerte sie sich allmählich doch mit dem siegreichen Vordringen der nationalspanischen Truppen unter General Franco. Weder die offene Pyrenäengrenze nach Frankreich, noch die Unterstützung Moskaus, noch die „Protestnoten" der roten Regierung in Valencia an den Völkerbund konnten den Vormarsch hindern: Am 27. August wurde Santander, am 21. Oktober Gijon genommen. — Der deutsche Botschafter in Nationalspanien, General Faupel, mußte aus gesundheitlichen Gründen von seinem Posten in Salamanca zurücktreten. Zu seinem Nachfolger wurde vom Führer und Reichskanzler von Stohrer ernannt, der am 23. September dem spanischen Staatschef sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Mittelmeer-Konferenz in Nyon gegen die U-Boot-Angriffe in den spanischen Gewässern

Im Verlauf von Verhandlungen zwischen Paris und London einigte man sich schließlich über eine Mittelmeerkonferenz, die vor allem der „U-Boot-Seeräuberei" im Mittelmeer, die zu einer Begleiterscheinung des spanischen Krieges geworden war, ein Ende machen sollte. Verschiedene Angriffe auch auf englische Schiffe hatten in England starke Nervosität ausgelöst. Alle Anliegerstaaten des Mittelmeeres (das Schwarze Meer rechnete dazu!) und Deutschland wurden eingeladen. Jedoch lehnten Italien und Deutschland es ab, mit dem Friedensstörer Sowjetrußland gemeinsam an einer solchen Konferenz teilzunehmen, nachdem von Moskau aus kurz zuvor die unglaublichsten Beschuldigungen gegen die italienische Regierung, betreffend Beteiligung am spanischen Bürgerkrieg, erhoben worden waren. Die geplante Konferenz von Nyon fand trotzdem vom 10. bis zum 14. September statt. Wir brauchen über sie so wenig Worte zu verlieren wie über die 18. Völkerbundsversammlung, die anschließend in Genf vor sich ging. Litwinow richtete die erwarteten unverschämten Angriffe gegen die moskaufeindlichen Mächte, und im benachbarten Genf benutzte der Abgesandte Valencias, Negrin, seine Eigenschaft als Vorsitzender (!), um dem im Spanienkonflikt untätigen Völkerbund die Leviten zu lesen und Deutschland und Italien zu beschimpfen. Das zum Schluß unter dem Namen „Arrangement von Nyon" zustandegekommene Abkommen zur Bekämpfung der U-Boot-Piraterie im Mittelmeer entbehrte jeder Logik und stellte eine Vereinbarung zwischen England und Frankreich dar, ohne eine gerechte Beteiligung des Haupt-Mittelmeer-

Staates, nämlich Italiens. Schließlich ließ Italien sich aber doch bewegen, an Besprechungen der Marinesachverständigen Englands und Frankreichs teilzunehmen. Damit war eine Entspannung eingetreten, die — am Vorabend des Mussolini-Besuchs im Dritten Reich — in London und Paris dankbar begrüßt wurde. —

Englisch-japanischer Zwischenfall

Im Fernen Osten gelang es — trotz starker britischer Bemühungen — nicht, den Krieg zwischen Japan und China zu beenden. Im Gegenteil kam es bei den Kämpfen um Schanghai zu einem ernsten englisch-japanischen Zwischenfall, da der britische Botschafter durch das Maschinengewehrfeuer eines japanischen Flugzeuges schwer verletzt worden war. —

Fruchtlose Nichteinmischungs-Verhandlungen

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Spanienverhandlungen können wir uns kurz fassen. Man bewegte sich immer im Kreise, konnte sich nicht entschließen, beiden Parteien die Rechte der Kriegführenden zuzuerkennen und ließ es zu, daß durch immer neue bolschewistische Lügenmanöver gegen Italien von dessen Seite keinerlei Interesse mehr am Zustandekommen weiterer — praktisch wertloser — Kompromißformeln bestand. Gegenüber der beim englischen Außenminister Eden plötzlich auftauchenden Überdrüssigkeit hinsichtlich der Nichteinmischung betonte Botschafter von Ribbentrop in seiner Rede vom 16. Oktober die Tatsache, daß jedenfalls von keiner Seite mehr die Frage einer Aufgabe der Bemühungen angeregt wurde, womit der deutsche Botschafter sich ein erhebliches Verdienst im Sinne des europäischen Friedens erwarb. Die hinterhältige Taktik des sowjetrussischen Vertreters Maisky jedoch torpedierte im letzten Augenblick alle auftauchenden Pläne.

Englische Agenten in Nationalspanien

England, das wohl langsam an den Endsieg Francos zu glauben begann, entschloß sich, Agenten nach Nationalspanien zu entsenden!

Gegenüber dem bolschewistischen Angriff auf Deutschland und alle menschliche Kultur sei noch auf die Rede Pg. Alfred Rosenbergs (anläßlich der 4. Reichstagung der Nordischen Gesellschaft in Lübeck vom 19. bis 22. Juni) hingewiesen, in der er über die politischen Fragen unserer Zeit sprach und feststellte, daß die Probleme, die zunächst nur eine Gruppe von Staaten beschäftigten, immer mehr zu Schicksalsfragen auch der übrigen Völker wurden. In diesem Zusammenhang wies er eindringlich auf den Weltangriff des Bolschewismus hin, der nicht nur eine politische Bewegung, sondern zugleich ein Prüfstein dafür sei, wieweit die Widerstandskräfte der Staaten und Völker gesunken oder aber wie stark sie seien, um eine gefährliche ansteckende Krankheit aus ihrer Tradition und ihrem Charakter heraus zu überwinden.

4. Reichstagung der Nordischen Gesellschaft

Das Deutschland Adolf Hitlers hat sich als stärker erwiesen!

9. Abschnitt:

Deutschland in der Weltwirtschaft

Die Beziehungen der deutschen Wirtschaft zur Welt

So wenig Deutschlands Außenpolitik zur „Isolierung" führen sollte oder führte — wie Adolf Hitler überzeugend in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar (siehe 2. Abschnitt) dargelegt hatte — so wenig beabsichtigte die deutsche Politik eine wirtschaftliche „Isolierung". Der vorliegende Abschnitt, der sich mit dem deutschen Außenhandel im Jahre 1937 befassen soll, wird zeigen, daß die im Zeichen des gewaltigen Vierjahresplanes (siehe 10. Abschnitt) schaffende nationalsozialistische Wirtschaft sich tatsächlich „in der Weltwirtschaft" befindet, nicht außerhalb — soweit man bei der derzeitigen Weltlage noch von einer „Welt"wirtschaft sprechen kann. Das Deutsche Reich schematisch zu den auf möglichst restlose Autarkie eingestellten Staaten zu zählen, wäre genau so verfehlt und durch Tatsachen widerlegbar wie die manchmal aufgetauchte unsinnige Behauptung, Deutschland sei außenpolitisch „vereinsamt", denn es verstehe nur die Kunst des „Mit-der-Faust-auf-den-Tisch-schlagens" und schrecke durch seinen „Pangermanismus" jeden vor dem Zusammengehen ab. Das Jahr 1937 hat nicht nur gezeigt, daß das Dritte Reich politisch mit großem Erfolg bemüht war, mit anderen großen Nationen zur Verteidigung des Friedens zusammenzuarbeiten, sondern auch deutlich veranschaulicht, wie groß und erfolgreich unsere Anstrengungen im ersten Jahr des Vierjahresplanes auch auf außenwirtschaftlichem Gebiet waren.

Die deutsche Handelsbilanz

Die deutsche Handelsbilanz legt hiervon beredtes Zeugnis ab. Sie sei darum an die Spitze dieses Abschnittes gestellt. Die monatliche Handelsbilanz von Januar bis Dezember 1937 ergab folgendes Bild (Wert in Millionen RM.):

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
Januar . . .	336	415	+ 79
Februar . . .	347	406	+ 59
März . . .	409	462	+ 53
April . . .	477	492	+ 15
Mai	447	456	+ 9
Juni	504	481	— 23
Juli	500	530	+ 30

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
August . . .	482	541	+59
September . .	462	494	+32
Oktober . . .	485	544	+59
November . .	483	533	+50
Dezember . .	531	552	+21

Die Einfuhr des ganzen Jahres erreichte somit eine wertmäßige Höhe von 5468 Millionen RM., die Ausfuhr 1937 5911 Millionen RM., so daß sich ein Gesamtausfuhrüberschuß von 443 Millionen RM. ergab. Ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt folgendes Bild:

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1934 . . .	4 451	4 167	−284
1935 . . .	4 159	4 270	+111
1936 . . .	4 218	4 768	+550
1937 . . .	5 468	5 911	+443

Außenhandel und Vierjahresplan

Aus diesen Zahlen spricht mit unmißverständlicher Klarheit, daß das Reich gar nicht daran denkt, eine „chinesische Mauer" um sich zu errichten, daß es vielmehr — entsprechend der geopolitischen Bedingtheit seiner Lage — unermüdlich nach einer Ausweitung des deutschen Außenhandels strebt, allerdings mit der gesunden Tendenz, nicht mehr zu kaufen, als man ausgeben kann, wie das im „Neuen Plan" (siehe Band 1935, Seite 182 bis 183; Band 1936, Seite 100) festgelegt worden war. Dieser Grundsatz blieb auch weiterhin wirtschaftliche Richtschnur außenwirtschaftlichen Handelns. Denn die Absicht des Vierjahresplanes geht ja nicht dahin, die Brücken zur Außenwelt abzubrechen, um „Gutes durch Schlechtes" zu ersetzen, sondern dahin, alles, was gleichwertig oder besser im Inland hergestellt oder beschafft werden kann, unter Einsatz aller Energie auf den neu gefundenen Wegen zu erzeugen, dadurch Devisen einzusparen, die an anderer Stelle — zum Beispiel auch zur zusätzlichen Lebensmitteleinfuhr — eingesetzt werden können. „Es wird weder die Kaufkraft, noch gar die Kauflust des deutschen Volkes für fremde Erzeugnisse mindern, sondern nur steigern", erklärte der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Pg. Bernhard Köhler, vor den in Hamburg tagenden Gauwirtschaftsberatern. Der Außenhandel ist darum nach wie vor ein besonderes wichtiges Gebiet der deutschen Wirtschaft.

Außenhandelsschulungswochen der DAF.

Reichstagung der Gauwirtschaftsberater der NSDAP.

Trotz vieler Anfeindungen haben sich die deutsche Industrie und der deutsche Handel auch im Jahre 1937 mit Erfolg in der Welt behauptet. Um aber eine Stellung nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen, ist es notwendig, einen fähigen Nachwuchs heranzubilden. Die Außenhandelsschulungswochen der Deutschen Arbeitsfront erfüllen hier eine ernste Aufgabe. Und die weiter oben schon erwähnte Reichstagung der Gauwirtschaftsberater der NSDAP. in Hamburg

(23. bis 25. Juni) stand nicht ohne tiefe Bedeutung unter der Parole: „Wille zum Außenhandel, Wille zur Seeschiffahrt". (In Hamburg wurde übrigens am 1. Mai eine Überwachungsstelle für Rohkaffee eingerichtet, wodurch nicht nur die Bedeutung Hamburgs als Warenumschlagsplatz eine Stärkung erfuhr, sondern insbesondere das ganze System der deutschen Kaffeeinfuhr wesentlich vereinfacht und beschleunigt wurde. Die Überwachungsstelle wird künftig in unmittelbare Verbindung mit den Überseehandelshäusern und deren Abladern treten.)

Im einzelnen ist über die Entwicklung des deutschen Außenhandels im Jahre 1937 folgendes in Kürze zu sagen:

Internationales Zuckerabkommen

Zunächst soll an das Internationale Zuckerabkommen (Anfang Mai) in London erinnert werden. Von den auf 3622500 Metertonnen festgesetzten Gesamtausfuhrquoten entfiel auf das Deutsche Reich eine Gesamtquote von 120000 Metertonnen.

IX. Kongreß der Internationalen Handelskammer

Die ebenfalls Anfang Mai in Frankfurt a. M. stattfindende Tagung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft durfte als Auftakt für den IX. Kongreß der Internationalen Handelskammer in Berlin (vom 28. Juni bis zum 3. Juli) gelten. Dieser Kongreß, der in Berlin mehr als 1600 Delegierte aus 40 Ländern vereinigte, kann als das größte Ereignis dieser Art des Jahres 1937 bezeichnet werden. Bei der Eröffnungssitzung im Deutschen Opernhaus in Gegenwart des Führers nahmen Ministerpräsident Göring (in seiner Eigenschaft als Beauftragter für die Durchführung des Vierjahresplanes) und Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht Gelegenheit, in Begrüßungsansprachen auf die außerordentlichen Aufgaben hinzuweisen, die dem Kongreß gestellt waren. Göring gab dabei noch einmal eine Erklärung über den Sinn und Zweck des Vierjahresplanes und über das Verhältnis der neuen deutschen Wirtschaftspolitik zur Weltwirtschaft ab. Er sagte u. a.:

Hermann Göring über Vierjahresplan und Weltwirtschaft

„Wenn das nationalsozialistische Deutschland von ‚Weltwirtschaft' spricht, so denkt es allerdings nicht an eine wirtschaftliche Verflechtung der Länder der Welt, die Selbstzweck sein und die vielleicht gar von außen her die innerwirtschaftliche Entwicklung der Völker maßgebend beeinflussen könnte. Mit voller Klarheit hat es die Kriegs- und Nachkriegszeit erwiesen, daß, wie überall die Politik der Wirtschaft übergeordnet ist, so auch die ‚Weltwirtschaft' von der Weltpolitik geführt wird. Kein Volk wird aber daran denken, die Grundlagen seiner Wirtschaft von den Wechselfällen der Weltpolitik abhängig machen zu wollen.

Vielmehr ist es der innere Markt, der für jedes Volk die wirtschaftliche Hausmacht bleibt, und jede vernünftige Politik beginnt bei der Hausmachtpolitik. Auf der anderen Seite wird niemand bezweifeln, daß die restlose Durchführung des Gedankens der wirtschaftlichen Autarkie aller Staaten im Endergebnis für alle Völker nur schädlich sein könnte, und wir Deutschen im besonderen wissen genau genug, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben und daß der Absatz deutscher Waren in der Welt viele Mil-

lionen deutscher Volksgenossen ernährt. Unsere Einstellung zur Weltwirtschaft zielt also auf eine vernünftige und erfolgversprechende Verbindung der Interessen des deutschen inneren Marktes mit denjenigen der Weltmärkte ab. Dabei sehen wir eine gedeihliche Entwicklung der Weltwirtschaft zwar nur auf der Grundlage hinreichend tragfähiger Nationalwirtschaften als auf die Dauer möglich an; insoweit halten wir eine Förderung der Weltwirtschaft aber auch für durchaus notwendig. Da der Vierjahresplan die deutsche Volkswirtschaft tragfähiger machen soll und da Deutschland im übrigen nicht daran denkt, sich vom Welthandel zurückzuziehen und sich zu isolieren, ist hiernach der Vierjahresplan dem Aufbau einer gesunden Weltwirtschaft keineswegs entgegengerichtet, sondern er trägt unmittelbar dazu bei, eine wichtige Voraussetzung hierfür zu schaffen.

In der Tat wird Deutschland die Eigenversorgung bei seinen lebensnotwendigen Bedürfnissen folgerichtig weiterentwickeln; es wird das aber tun in voller Bereitschaft, zugleich am Welthandel weiterhin teilzunehmen und zu seiner Ausbreitung den notwendigen deutschen Beitrag zu leisten.

Man muß sich freilich immer vor Augen halten, daß auch für die zukünftige gedeihliche Entwicklung der Weltwirtschaft gewisse politische Voraussetzungen gegeben sein müssen. Noch heute wirkt sich als ein schweres Hindernis im Weltwirtschaftsverkehr die ebenso kurzsichtige wie unverständliche Tatsache aus, daß während und nach dem Weltkrieg die Siegerstaaten keinen Unterschied zwischen Staats- und Privateigentum gemacht haben, sondern ihre Macht ausnutzten, um selbst dem letzten kleinen deutschen Kaufmann im Ausland sein erarbeitetes Hab und Gut wegzunehmen. Ich freue mich, festzustellen, daß es gerade ihre Internationale Handelskammer gewesen ist, die als erstes internationales Gremium von Bedeutung für die Sicherung des Privateigentums im Frieden und Kriege wieder energisch eingetreten ist.

Ein weiteres großes Hindernis für den bedingungslosen Einsatz aller Kräfte in der Weltwirtschaft bilden nach meiner Auffassung die wirtschaftlichen Sanktionsbestimmungen der Völkerbundssatzung.

Wir haben erst in jüngster Vergangenheit im abessinischen Konflikt erleben müssen, wie diese unvernünftigen Bestimmungen dazu führten, daß die allerschwersten Erschütterungen in die Weltwirtschaft hineingetragen wurden. Es wird meines Erachtens eine Hauptaufgabe der Internationalen Handelskammer sein müssen, und auch eine Hauptaufgabe für diejenigen, die es auf sich genommen haben, eine sogenannte Weltwirtschaftsverständigung herbeizuführen, ihren Regierungen klarzumachen, daß auch ganz bestimmte politische Garantien für den Welthandel gegeben werden müssen, und zwar Garantien, deren Wirkungen auch bei politischen Verwicklungen aufrechterhalten bleiben müssen. Wenn hier nicht das notwendige Verständnis geweckt werden kann, sehe ich alle weiteren Bestrebungen, die Weltwirtschaft wirklich wieder aufzurichten und zum Segen der Menschheit zur Wirkung zu bringen, von vornherein als nutzlos an."

Der Präsident der IHK. über die Lage des Welthandels

Der Präsident der Internationalen Handelskammer, Dr. Fentener van Vlissingen, ging in seiner Ansprache auf die Gründe ein, die die Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933 (siehe Band 1933, Seite 190 bis 193) zum Scheitern gebracht hatten, wandte sich gegen den „Wahn des Bilateralismus", der die Welt um Jahrhunderte zurück in die Zeit des aufblühenden Merkantilismus versetze, und gegen die Autarkie als Dauerzustand und Weisheit letzter Schluß — und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Verhältnisse heute für eine internationale Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet wesentlich

günstiger wären als in den früheren Jahren. „Das ist eine Tatsache", erklärte er, „deren Bedeutung wir gar nicht hoch genug einschätzen können. Diese Gelegenheit nicht mit beiden Händen zu ergreifen, hieße einen Fehler begehen, der für die Zukunft der Menschheit verhängnisvoll werden könnte."

Die Entschließungen der IHK.

Tatsächlich leistete der Kongreß in den einzelnen Ausschüssen umfassende Arbeit, was in den umfangreichen Entschließungen bei der Schlußsitzung zum Ausdruck kam. Die wichtigsten dieser Entschließungen betrafen folgende Punkte:

1. Den Wiederaufbau der Weltwirtschaft. Es wird als dringend erforderlich erklärt, die politischen Streitfragen zu regeln und die Besorgnisse zu beseitigen, die durch die Rüstungssteigerung hervorgerufen seien. Jedes Land müsse unter Aufrechterhaltung der Verpflichtung zur Entwicklung seiner eigenen Volkswirtschaft bereit und in der Lage sein, seinen Beitrag zum Wiederaufblühen der internationalen Handelsbeziehungen zu leisten. Alle Länder sollten im Rahmen des Möglichen Zugang zu den landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen haben, und zwar ohne Diskriminierung.

2. Die Währungspolitik. Hier heißt es, daß nach Ansicht der IHK. die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Devisenkurse auf der Goldbasis besteht, um damit einen wirksamen Wiederaufbau der Weltwirtschaft zu erzielen. Die Entschließung wendet sich gegen die starke Sterilisierung der Goldvorräte seitens der Hortungsländer und erstrebt eine Abschaffung der währungstechnischen Zwangsvorschriften; eine Wiederaufnahme des internationalen Kreditverkehrs und die volle Entfaltung der Zusammenarbeit in der Währungspolitik einschließlich einer Lösung des Problems der internationalen Schulden politischen Ursprungs stellten die Basis der fortschreitenden Wiederherstellung einer rationellen Währungsordnung dar, die ihrerseits den Welthandel, die Kapitalbewegung und die Lockerung der internationalen Spannungen erleichtern würde.

3. Die Handelspolitik. Die Beseitigung der Handelshemmnisse sei, so wird festgestellt, nicht ohne Lösung des Schulden-Problems möglich. In dem Bestreben, so rasch wie möglich den Übergang vom zweiseitigen Tauschverkehr zum vielseitigen Handel zu vollziehen, müßten die Gläubigerländer die Abtragung der Schulden dadurch ermöglichen, daß sie mehr Waren und Dienstleistungen von der Welt annehmen, als sie Waren ausführen. Ein Gläubigerland müsse eine passive Zahlungsbilanz als den Beweis für den Wohlstand begrüßen, während das Schuldnerland seine Schulden nur dann bezahlen kann, wenn es im Austausch von Waren und Dienstleistungen eine günstige Bilanz erzielt.

Die deutsche Gruppe der IHK. stimmte der Resolution über die Handelspolitik vorbehaltlos zu, von der wir — ebenso wie von den beiden ersten Entschließungen — nur einen ganz kleinen Auszug bringen konnten. Der Empfang beim Führer und Reichskanzler und das Sommerfest der Reichsregierung auf der Pfaueninsel bewiesen den Teilnehmern aus aller Welt das große Interesse der Gastgeber für ihre Arbeit.

Walfang-Abkommen

Schließlich sei an die unter deutscher Beteiligung in London durchgeführte Walfang-Konferenz erinnert, die am 8. Juni mit einem

Abkommen endete, dessen Zweck die Sicherung der Wirtschaftlichkeit der Walfangindustrie und die Erhaltung des Walbestandes ist. —

Deutsche Messen

Erhebliches Interesse brachten Wirtschaftsführung und Privatinitiative wieder den großen Messen im In- und Ausland entgegen. Nicht nur die Leipziger Messen (auf die an anderer Stelle eingegangen wird), auch die Breslauer Messe, die den ost- und südosteuropäischen Wirtschaftsraum erfaßt, und die 25. Deutsche Ostmesse in Königsberg brachten neue Rekordbeteiligungen und -ergebnisse. Zur Eröffnung der Ostmesse hatte Staatssekretär Funk abermals betont, daß Vierjahresplan und Außenhandelsförderung sich durchaus ergänzen müßten, woraus sich die große Bedeutung der Messen ergebe.

„Messen und Ausstellungen werden gleichsam Meilensteine sein und von Abschnitt zu Abschnitt den zurückgelegten Weg sichtbar machen."

Ausländische Messen

— so formulierte Funk ihre Funktionen. — Von den Auslandsmessen, an denen sich die deutsche Wirtschaft — häufig in planvoller Gemeinschaftswerbung — beteiligte, nennen wir im Osten die Posener und Bromberger Messen, die Herbstmessen in Zagreb und Saloniki im Südosten und auf dem Balkan, die Utrechter Messe, die 13. Internationale Messe in Marseille und die beiden wichtigsten Messen von Italien: Mailand und Bari (Levante-Messe).

Auch der folgende Abriß deutscher Handelsabsprachen mit dem Ausland straft die Behauptung einer „Isolierung" Lügen:

Deutsch-österreichisches Wirtschaftsabkommen

Als Auftakt des Jahres wurde in Fortsetzung der durch die Tat des 11. Juli 1936 (siehe Band 1936, Seite 134) geschaffenen Grundlage deutsch-österreichischer Annäherung am 27. Januar ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem Reich und Österreich geschlossen, das eine Erweiterung des beiderseitigen Warenaustausches um 40 Millionen Schilling vorsah und das seine Bekräftigung durch den Wiener Besuch Dr. Schachts Mitte Mai fand.

Tschechoslowakei

Mit der Tschechoslowakei wurde durch Unterzeichnung eines Protokolls (11. Februar) bei der 5. Tagung des Regierungsausschusses für die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei die Möglichkeit zu einer erheblichen Steigerung des gegenseitigen Warenverkehrs geschaffen.

Abkommen mit Norwegen

Ebenso sah das am 27. Februar zwischen Deutschland und Norwegen abgeschlossene neue Wirtschaftsabkommen eine bemerkenswerte Erweiterung des Warenverkehrs vor.

Deutsch-italienischer Handel

Der Handel mit Italien fand — entsprechend der engen Zusammenarbeit auf politischem Gebiet — eine weitere und bessere Ausgestaltung durch die Absprachen von München (14. Mai) und Rom (Mitte Dezember).

Deutsch-französischer Handelsvertrag — Rede Dr. Schachts über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen

Das wichtigste Übereinkommen auf wirtschaftlichem Gebiet wurde mit Frankreich getroffen. Von März an befanden sich die Delegierten beider Länder in Unterhandlungen, und der Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht selbst begab sich Ende Mai nach Paris, um in Besprechungen mit dem französischen Handelsminister Bastid und dem Wirtschaftsminister Spinasse für die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen eine neue vertragliche Form zu finden. In einer Rede vor der Deutschen Handelskammer in Paris umriß Dr. Schacht die deutsche Position im Welthandel, die Gegebenheiten, mit denen wir und die anderen — im besonderen auch die Vertreter Frankreichs — bei freundschaftlichen Abmachungen zu rechnen haben:

„In ausreichendem Maße besitzen wir nur einen einzigen Rohstoff: die Kohle, und diesen Rohstoff haben wir stets bereitwillig dem Auslande zur Verfügung gestellt, so oft und so viel es ihn braucht. Alle anderen Rohstoffe müssen wir aus dem Auslande beziehen. Wir sind aber nicht nur arm an Rohstoffen, sondern auch arm an Gold und Devisen ...

Gerade in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich spielt das Rohstoffproblem eine wichtige Rolle und steht deshalb auch mit an erster Stelle in den zur Zeit schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Die französische Regierung und die Reichsregierung sind seit einigen Wochen ernstlich bemüht, neue Grundlagen für den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern zu finden. Sie haben sich, was ich ganz besonders begrüße, entschlossen, von dem bisherigen Verrechnungssystem abzugehen und die Zahlungsmodalitäten im gegenseitigen Handel auf eine freiere, den Belangen der Wirtschaft mehr entsprechende Grundlage zu stellen. Leider ist der Warenaustausch zwischen unseren Ländern noch durch mancherlei Ballast erschwert. Ich muß in diesem Zusammenhang auf die finanziellen Zahlungen hinweisen, die Deutschland an Frankreich zu leisten hat und die die von Frankreich sicherlich nicht begrüßte Tendenz haben müssen, die französische Ausfuhr nach Deutschland erheblich zu drosseln.

Wir können also nicht damit rechnen, daß es unseren beiden Handelsvertragsdelegationen gelingen wird, ein Vertragswerk zu schaffen, das den Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich mit einem Schlage wieder auf eine Höhe bringt, die er in vergangenen Zeiten einmal gehabt hat. Die beiden Delegationen werden aber bestrebt bleiben, das Abkommen so zu gestalten, daß es mit einer Besserung der Wirtschaftslage ohne Schwierigkeiten in der Richtung einer immer fortschreitenden Vermehrung des gegenseitigen Warenaustausches ausgebaut werden kann."

Der dann am 10. Juli in Paris unterzeichnete deutsch-französische Handelsvertrag erfüllte die gehegten Erwartungen in weitgehendem Maße. Das Warenabkommen sah den Austausch französischen Eisenerzes gegen deutschen Koks, sowie besonders auch den Bezug französischer Kolonialhölzer seitens des Reiches vor. Das Zahlungsabkommen enthielt als wichtigen Grundsatz die Zahlung in Devisen, die es der Reichsbank ermöglichen sollten, finanziellen Verpflichtungen des Reiches gegenüber Frankreich in Francs nachzukommen. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung erließ dann nähere Bestimmungen zur Durchführung des Zahlungsabkommens. Besonders erfreulich war u. a. auch,

daß Einreise, Niederlassung und Aufenthalt deutscher Firmenvertreter in Frankreich weitgehend gesichert wurden. — Das Vertragswerk, das sich auch auf die Mehrzahl der französischen Kolonien mit erstreckte, wurde auf zwei Jahre abgeschlossen. Der gute Wille hat bei ihm Pate gestanden.

Deutsch-spanisches Wirtschaftsabkommen

Ein weiterer, äußerst wichtiger Wirtschaftspakt wurde mit der nationalspanischen Regierung am 19. Juli geschlossen. Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Regierung in Salamanca wurde nun erstmalig — auf wirtschaftlichem Gebiet — eine staatspolitische Handlung auf der Grundlage der deutschen Anerkennung Francos (siehe Band 1936, Seite 309) vorgenommen. Das Handelsabkommen sicherte beiden Teilen die Gewährung der Meistbegünstigung zu.

Verträge mit überseeischen Staaten

Wichtig waren auch die Vertragsabschlüsse des Reiches mit einigen überseeischen Staaten, so vor allem mit Neuseeland (mit dem am 30. September — auf der Grundlage der Meistbegünstigung — ein Handelsabkommen und ein Zahlungsabkommen unterzeichnet wurde), weiter mit Columbien (21. Mai) und Guatemala (22. Juli).

Weitere Wirtschaftsabkommen

Verschiedene Wirtschaftsabkommen wurden — unter verbesserten Bedingungen (erweiterte Ein- und Ausfuhrkontingente) — verlängert bzw. mit Zusatzvereinbarungen versehen; genannt seien die diesbezüglichen Absprachen mit Finnland, Ungarn, Tschechoslowakei, Argentinien, Dänemark, Polen, Litauen, Griechenland und Jugoslawien.

Oslo-Abkommen

Das — von Deutschland begrüßte — sogenannte Oslo-Abkommen (28. Mai) zwischen Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen und Luxemburg, welches durch Kontingentserleichterungen den Handel zwischen den vertragschließenden Ländern beleben sollte, wurde von den beiden erstgenannten Ländern hinsichtlich der Kontingente auch auf deutsche Waren angewendet, was von Deutschland als Zeichen neuer, verständnisvollerer Wirtschaftsgesinnung vermerkt wurde.

Die Reiseabkommen

Von den Reiseabkommen, die im Laufe des Jahres mit Italien, Österreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Belgien und Memelgebiet zustande kamen, ist außer diesen besonders das mit Frankreich anläßlich der Pariser Weltausstellung zu nennen, weil es vielen deutschen Volksgenossen die Möglichkeit bot, einen kurzen Besuch bei unserem westlichen Nachbarn vorzunehmen, und so der Verständigung von Volk zu Volk zu dienen.

Neue Fassung der Reiseverkehrsbestimmungen

Durch einen Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung erhielten die allgemeinen Bestimmungen über den Reiseverkehr mit Ländern, mit denen Reiseverkehrsabkommen bestehen, eine

neue Fassung. Die Laufzeit der besonderen Reisezahlungsmittel, wie Reiseschecks, Reisekreditbriefe usw. wurde von zwei auf drei Monate heraufgesetzt. (Die Abgabe von Reisezahlungsmitteln an andere Personen wurde für unzulässig erklärt.) —

Das System des Clearing

Der größte Hemmschuh eines umfangreichen flüssigen Außenhandels war und ist das System des Clearing, wie es sich — als Erbschaft des Versailler Diktats — in Europa entwickelt hat. Die mit dem Verrechnungsverkehr verbundene bürokratische Handhabung führte zu einer erheblichen Einschränkung des gegenseitigen Güteraustausches und machte sich besonders für Deutschland, gegen das dieses System sich ja in erster Linie als schuldenpolitisches Zwangsmittel richtete (man ging bis zur Drohung mit Zwangsclearing), nachteiligst bemerkbar, zumal Hand in Hand mit dem Clearingsystem das des Bilateralismus ging. Man kann hier schon von einem „Rückfall ins Mittelalter" sprechen; denn die umständliche, mit jedem Verrechnungspartner getrennt vorzunehmende Abrechnungsmethode läßt einen wirklichen Welthandel gar nicht zu. Über das Anormale des „Verrechnungs"-Zustandes ist die Welt sich heute auch einig. Allgemein strebt man danach, dieses Übergangsstadium zu überwinden — was jedoch bei der Verworrenheit der Währungslage nicht so leicht möglich sein wird. Deutschland hat einerseits durch Verlagerungen seines Außenhandels vielfach versucht, dem Clearingsystem auszuweichen, anderseits durch ein weitgehendes Verbot privater Kompensationsgeschäfte, durch saubere Verwaltungsarbeit bei der Verrechnung und endlich durch Umwandlung von Verrechnungs- in Zahlungsabkommen das Bestmögliche aus der unerquicklichen Lage herauszuholen. Die letztgenannte Methode — Abschluß von Zahlungsabkommen — wurde erstmals bei dem deutsch-englischen Abkommen vom 1. November 1934 (siehe Band 1934, Seite 151) angewandt. Die guten Erfahrungen führten dann zu weiteren Zahlungsabkommen; allerdings kann das Reich sie nur mit Ländern eingehen, die keine Devisenbewirtschaftung kennen. Bei den Zahlungsabkommen wird an Stelle der Verrechnung ein vorher festzulegendes Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr zugrunde gelegt. Sowohl bei den Staaten, mit denen ein Zahlungsabkommen besteht, wie bei den Ländern, mit denen keine Abmachungen bezüglich des Zahlungsverkehrs getroffen sind, versucht die deutsche Regierung, an Stelle der Kompensation die Bardevisenzahlung zu setzen, um die so dringend wünschenswerte Vergrößerung unseres Devisenvorrats zu erreichen. (Bei der Verrechnung dagegen findet ja gar keine Devisenzahlung — weder beim Import noch Export — statt.)

Die deutschen Bemühungen

Zahlungs- statt Verrechnungsabkommen

Im einzelnen müssen als wichtigste Übereinkommen mit dem Ausland auf der Zahlungsseite genannt werden:

Deutsch-polnisches Aufwertungsabkommen

Am 5. Januar trat ein deutsch-polnisches Aufwertungsabkommen in Kraft. Es diente der Verrechnung von Aufwertungsforderungen deutscher und polnischer Staatsangehöriger. — Neue Verrechnungsabkommen wurden mit Griechenland (24. September) und der Tschechoslowakei (11. November) unterzeichnet, während mit der Südafrikanischen Union ein viertes Zahlungsabkommen (10. November) geschlossen wurde.

Verrechnungsabkommen mit Griechenland und der Tschechei

Deutschland und die Schweiz

Das Verhältnis zwischen dem Reich und der Schweiz hielt sich etwa im Rahmen des bisherigen Kapitalverkehrs. Das am 31. März ablaufende Verrechnungsabkommen wurde zunächst bis zum 30. Juni verlängert. Die in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen schlossen mit einem neuen Abkommen zur Regelung der beiderseitigen Ausfuhrbezahlung und der Befriedigung der schweizerischen Finanzgläubiger ab. Letztere erhielten nach dem neuen Plan zwar etwas geringere, aber für ein volles Jahr fest vereinbarte Zinsen. Endgültig befriedigend war auch das neue Abkommen in dem so schwierigen Handels- und Finanzverhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz nicht.

Der Verrechnungs- bzw. Zahlungsverkehr mit Holland, Jugoslawien und England entwickelte sich normal (mit Holland sogar recht erfreulich).

Verbot privater Kompensation

Das bereits angeführte weitgehende Verbot privater Verrechnungsgeschäfte war dadurch ausgesprochen worden, daß — in Ergänzung früherer Einschränkungen — durch Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung (Ende Februar) solche Geschäfte auch für den Warenverkehr nahezu aller restlichen in Frage kommenden Länder verboten wurden. Damit waren die für das deutsche Devisenaufkommen abträglichen Folgen der Privatkompensation beseitigt.

Neue Devisenbestimmungen

Von der großen Anzahl neuer Devisenbestimmungen seien hier nur die wichtigeren angeführt: Eine Änderung erfuhren die Dienstreisebestimmungen und die Vorschriften für die Ausstellung von Dringlichkeitsbescheinigungen für Auslandsreisen. — Vor der am 31. Januar fristgemäß ablaufenden Devisenamnestie machte eine amtliche Mitteilung noch einmal auf die schwerwiegenden Folgen einer versäumten Anmeldung und Anbietung (von ausländischen Zahlungsmitteln, Gold, Forderungen in in- und ausländischer Währung gegenüber Ausländern, sowie für solche Forderungen etwa gegebenen Wechseln, Schecks und Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten) aufmerksam. Eine Dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen (14. Januar) bestimmte im Artikel I:

„Zu dem Vermögen, das entgegen den devisenrechtlichen Bestimmungen im Ausland oder Inland steht (§ 1 des Gesetzes), gehören auch ausländische Wertpapiere, die zwar nicht anbietungspflichtig sind, hinsichtlich deren

> aber in sonstiger Weise gegen devisenrechtliche Bestimmungen oder gegen das Volksverratsgesetz verstoßen worden ist."

Durch eine Bekanntmachung vom 27. Februar wurde der Handel mit ausländischen Wertpapieren genehmigungspflichtig gemacht. (Der Verkauf an eine Devisenbank blieb genehmigungsfrei.) Daraufhin sind die Kursnotierungen für ausländische Wertpapiere an den deutschen Börsen eingestellt worden. — Die Bestimmungen über die Anlage von Sperrguthaben wurden neugefaßt, dabei vor Verhandlungen mit unbekannten in- und ausländischen Vermittlern, die häufig nur ein gewinnbringendes Spekulationsgeschäft im Auge haben, gewarnt. — Für die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln durch Ausländer im Reiseverkehr wurden Erleichterungen getroffen. — Die Zehnte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisengesetzgebung vom 16. September endlich schloß verschiedene Lücken in den bisherigen devisenrechtlichen Vorschriften; vor allem machte sie den üblen Versuchen, Auswanderer- und Einwanderervermögen mit Hilfe von Grundstücken und Rechten an Grundstücken ohne Genehmigung zu transferieren, ein Ende. Im Artikel I wird — unter Androhung hoher Strafen — die Anzeige aller ausländischen Wertpapiere bis zum 20. Oktober 1937 bei der jeweils zuständigen Reichsbankfiliale angeordnet. —

Die deutschen Auslandskredite

Schließlich sei zu dem Problem der deutschen Auslandskredite (Stillhaltung) und den damit zusammenhängenden Fragen noch berichtet: Auf Grund des § 3 des „Gesetzes über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland" vom 9. Juni 1933 bestimmte das Reichsbankdirektorium durch Bekanntmachung vom 5. Februar,

> daß für Kapitalerträgnisse, die bis zum 30. Juni an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden eingezahlt werden (oder seit dem 1. Januar bereits eingezahlt sind), ein Bartransfer nicht stattfindet, daß jeder ausländische Gläubiger jedoch berechtigt ist, auf Grund der für ihn (durch Reichsmarkzahlung des deutschen Schuldners an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden gegen diese) begründeten Reichsmarkforderungen — mit 3 v. H. jährlich verzinsliche und mit 3 v. H. des jeweils umlaufenden Betrages jährlich tilgbare — Fundierungsschuldverschreibungen der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden in Höhe des Nominalbetrages der Ertragsforderung und in der Währung, auf die diese lautet, zu erhalten.

Der Zahlungsverkehr mit Ländern, die sich durch Verrechnungs-, Zahlungs- oder andere Abkommen in einem vertraglichen Zustand mit dem Reiche befanden, blieb von den Bestimmungen der Bekanntmachung unberührt.

Stillhaltekonferenz — Neues Stillhalteabkommen

Am 9. Februar begannen dann in Berlin — wie alljährlich — die Besprechungen zwischen dem Gläubigerausschuß (als Vertreter der Interessen der ausländischen Bankgläubiger) und dem Deutschen Ausschuß (als Vertreter der Schuldnerinteressen) über das weitere Schicksal

der kurzfristigen deutschen Kredite bei ausländischen Banken. Hatte die Reichsbank kurze Zeit zuvor durch ihren Präsidenten Dr. Schacht ihre Bereitwilligkeit zu freiwilliger Mitarbeit — auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung — an der BIZ. (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) in Basel ausgesprochen, so wurde auch in Berlin während zwölftägiger Verhandlungen auf der Basis ehrlicher und verständiger Zusammenarbeit eine Einigung dahingehend erzielt, daß die ausländischen Bankkredite um zwölf Monate (bis 28. Februar 1938) verlängert werden sollten. Das neue Stillhalteabkommen vom 20. Februar brachte im übrigen nur unwesentliche Änderungen gegenüber dem Kreditabkommen von 1936 (siehe Band 1936, Seite 103). Wie bisher wurde keine Barrückzahlung auf die Kredite, jedoch eine — ausgedehnte — Streichung von unbenutzten Kreditlinien vorgesehen. Die Vorschriften betr. die Verwendung von Registermark zu Reisen im Reiche erfuhren insofern eine Ergänzung, als die Einlösung von Reiseschecks gegen Registermark in Deutschland gebührenfrei erfolgt und nur im Ausland für diese Dienstleistung eine mäßige Gebühr erhoben wird.

Schon Ende des Jahres fanden aber neue, sich auf die Behandlung der deutschen Auslandskredite nach Ablauf der zwölfmonatigen Frist erstreckende Verhandlungen der Vertragspartner in London statt (1. bis 14. Dezember). Es wurde festgestellt, daß der Gesamtumfang der deutschen Auslandskredite, auf welche sich die Stillhaltung erstreckt, von rund 6 Milliarden RM. (1931) auf weit unter eine Milliarde RM. zurückgegangen ist. Neben der Abwertung vieler ausländischer Währungen haben zu diesem erfreulichen Ergebnis wesentlich die Zahlungen in Reichsmark auf Registerkonto beigetragen, wobei die Reisemark — die hauptsächliche Verwendungsart des Registerkontos — sich auch für den auf diese Weise seine Schulden verringernden Schuldner — Deutschland — sehr günstig auswirkte, weil so einer großen Anzahl von Ausländern die Kenntnis des Dritten Reiches vermittelt wurde und mit der Kenntnis die Erkenntnis von dem wahren Wesen des nationalsozialistischen Deutschlands sich einstellte. Aus der Not — den Auslandsschulden — hat so die Staatsführung eine Tugend machen können.

Verringerung der deutschen Auslandskredite

Weiteres Stillhalteabkommen

Das neue (wieder auf ein weiteres Jahr befristete) Stillhalteabkommen enthielt nur zwei erwähnenswerte Änderungen: Einmal die sogenannte „Rekommerzialisierung", das heißt allmählicher Ersatz von weniger geeigneten Krediten durch reguläre Rambourskredite, welche Entwicklung mit der Ausdehnung des deutschen Außenhandels gleichen Schritt halten soll. (Auf den unter dem Clearingsystem stehenden Teil des deutschen Außenhandels konnte diese Regelung keine

Anwendung finden.) Zum anderen sollten unbenutzte Kredite von Banken an Banken nicht gestrichen werden, auch wenn sie schon seit längerer Zeit nicht mehr in Anspruch genommen worden waren. Schließlich werden die von der Deutschen Golddiskontbank im Laufe der Zeit übernommenen Verpflichtungen (Alleinbürgschaft für 85 Millionen RM. — gegen ursprünglich etwa 500 Millionen RM., für die eine prozentuale Bürgschaft von der Golddiskontbank garantiert worden war) bezahlt werden, wodurch etwa 10% der Verpflichtungen sich erledigen. — Das Kreditabkommen 1938 sieht eine Verlängerung von 12 auf 15 Monate Laufzeit vor.

Gesetz zur Regelung von Kapitalfälligkeiten gegenüber dem Ausland

Zum Schluß sei noch das wichtige („Gesetz zum Schutz des deutschen Schuldners" genannte) „Gesetz zur Regelung von Kapitalfälligkeiten gegenüber dem Ausland" vom 27. Mai genannt, das hinsichtlich der Verzinsung der Auslandsanleihen und Auslandsschulden folgende Bestimmungen traf: Da aus devisentechnischen Gründen (Unmöglichkeit der Überweisung von Schuldbeträgen ins Ausland) die deutschen Schuldner von Auslandsanleihen und -krediten häufig in eine unangenehme Lage geraten, weil die ausländischen Gläubiger oft keinerlei Entgegenkommen zeigen, sondern vielmehr unerträgliche Zinsforderungen erheben, wird bestimmt, daß die Pflicht des deutschen Schuldners zur Zinszahlung mit dem Eintritt der Fälligkeit in Fortfall kommt. Die dem Gläubiger offenstehenden Möglichkeiten sind: einmal die Forderung auf Einzahlung des fälligen Betrages in Reichsmark auf ein Sperrkonto, anderseits Stehenlassen der fälligen Forderung beim Schuldner unter höchstens 4%iger Verzinsung. Die Verzinsung, Stundung usw. wird im Gesetz im einzelnen geregelt. —

10. Abschnitt:

Der Vierjahresplan

Daß der Vierjahresplan keineswegs exportfeindlich ist — wie bereits im vorhergehenden Abschnitt eingehender dargelegt wurde —, ist wiederholt von Ministerpräsident Pg. Göring unterstrichen und unter Beweis gestellt worden. Die neuen deutschen Werkstoffe wie Zellwolle, Buna usw. eroberten sich auf Grund ihrer Qualität Weltruf, und es ist bezeichnend, daß im Rahmen der im 2. Abschnitt schon erwähnten Pariser Weltausstellung den deutschen Werkstoffen der „Grand Prix" zuerkannt wurde (25. November).

Der Vierjahresplan im Kampf um die deutsche Freiheit

Der Vierjahresplan bestimmte das wirtschaftliche Gesicht Deutschlands. (Seine Grundlagen, Voraussetzungen und Ziele wurden bereits im Band 1936, Seite 241 bis 265, eingehend behandelt.) Alle Gebiete des völkischen Lebens wurden in den Dienst dieser großen Aufgabe gestellt, die Adolf Hitler in seiner Rede auf dem nationalsozialistischen Gautag in Würzburg (27. Juni) in knapper und treffender Formulierung mit den Worten umriß:

> „Der Vierjahresplan soll Deutschland nur davor bewahren, von jedem Dritten nach Belieben erpreßt werden zu können. Wir wollen mit ihm gewisse Grundlagen unserer Nationalwirtschaft sicherstellen, und keine Macht der Welt oder gar die Reden fremder Staatsmänner können uns auch nur einen Zentimeter davon abbringen."

Die Aufgaben des Reichsforschungsrates

Wie die deutsche Wissenschaft in den Dienst dieser Aufgabe gestellt wurde (durch Gründung des Reichsforschungsrates unter General der Artillerie Dr. Karl Becker am 16. März), wurde bereits im 3. Abschnitt angeführt. In der dort bereits erwähnten Eröffnungssitzung am 25. Mai faßte der Präsident, General Becker, die wichtigsten Aufgaben des Reichsforschungsrates folgendermaßen zusammen:

1. Einsatz der Forschung für vordringliche Staatsaufgaben.
2. Ständige Fühlungsnahme mit allen wichtigeren deutschen Forschungsstätten.
3. Belebung der Forschung durch Bereitstellung hochwertiger Hilfsmittel mit dem Ziele der Arbeitsbeschleunigung.

4. Steigerung der Leistung der Forschungsstellen durch Bewilligung von tüchtigen Hilfskräften.
5. Heranziehung der Fachverbände, so des NSBdT. und anderer zur Mitarbeit.

Über den Einsatz der Gemeinden im Vierjahresplan (Rede des Ministerpräsidenten Pg. Göring anläßlich der Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages im April) wurde bereits im 1. Abschnitt berichtet. So müssen alle Lebensgebiete der Nation, das gesamte Volk und jeder einzelne Volksgenosse in diesem einzigartigen Vierjahresplan mitwirken, wenn sein großes Ziel zur Verwirklichung gelangen soll:

Das Volk im Vierjahresplan

„Wir können diesen gigantischen Plan nur durchführen, wenn überall das notwendige Verständnis vorhanden ist. Was nützt uns die Erfindergabe unserer Volksgenossen, was der eiserne Fleiß von Betriebsführern und Gefolgschaft, wenn diejenigen, die die neuen deutschen Werkstoffe verwerten sollen, sich kleinlich gegen sie einstellen. Sie sollen stolz darauf sein, daß es deutsches Geistesgut und deutsche Handarbeit ist, die hier geleistet wird. Und mag auch dieser oder jener dagegen miesmachen: das deutsche Volk ist stolz auf seine Leistungen, und die deutschen Roh- und Werkstoffe werden sich durchsetzen, so oder so!"

— so sagte der Beauftragte für den Vierjahresplan, Pg. Hermann Göring (in einer Kundgebung der Gauleitung Thüringen der NSDAP. in Weimar am 30. Mai). Und er konnte in einer Rede vor der gesamten Führerschaft der NSDAP. in München (am 8. November) über Partei und Vierjahresplan erklären:

„... Der Nationalsozialismus hat den Beweis für die Richtigkeit dieser politischen Anschauungen erbracht und wird auch den Beweis für die Richtigkeit seines wirtschaftlichen Denkens nicht schuldig bleiben."

Mit Wirkung vom 1. August traten wesentliche Veränderungen in der Organisation des Vierjahresplans ein, die Pg. Hermann Göring verfügte, weil sie der notwendig gewordenen Entwicklung entsprachen. Die Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung wurde aufgelöst. Ihr Leiter, der badische Ministerpräsident Pg. Köhler, kehrte zur Durchführung seiner Amtsgeschäfte als Ministerpräsident, Finanz- und Wirtschaftsminister nach Baden zurück — worüber der VB. am 14. Juli berichtete:

Änderungen in der Organisation des Vierjahresplans

Berlin, 13. Juli.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, hat den badischen Ministerpräsidenten, Finanz- und Wirtschaftsminister Pg. Walter Köhler, auf seinen Wunsch mit Wirkung vom 31. Juli 1937 von dem von ihm gleichzeitig ausgeübten Amt als Leiter der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung des Vierjahresplans entbunden, da Ministerpräsident Köhler sich auf die Dauer außerstande sah, die beiden Tätigkeiten bei den steigenden Beanspruchungen nebeneinander auszuüben, ohne daß eine Aufgabe dabei notleidet...

Das Arbeitsgebiet der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung ging im einzelnen auf die neu gegründete Geschäftsgruppe Eisen- und Stahlbewirtschaftung, auf die neu gegründete Geschäftsgruppe für Außenhandelsgeschäfte, auf den neu zu ernennenden Reichskommissar für die Altmaterialverwertung, sowie auf das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe und die Geschäftsgruppe Devisen über. Die diesbezügliche Verfügung (veröffentlicht im VB. vom 14. Juli) lautete:

I. Zur Pflege der Außenhandelsgeschäfte ist die „Geschäftsgruppe für Außenhandelsgeschäfte" gegründet worden. Ihre Leitung hat Ministerpräsident Generaloberst Göring dem Major a. D. Eberhard von Jagwitz übertragen. Aufgabe dieser Geschäftsgruppe ist es, unbeschadet der grundsätzlichen und allgemeinen Betreuung des Außenhandels durch die hierfür zuständigen Ministerien und durch die Geschäftsgruppe Devisen — deren Zuständigkeiten unverändert bleiben —, die geschäftliche Ausfuhrtätigkeit im einzelnen nach jeder Richtung hin zu fördern und zu beleben. Die Geschäftsgruppe für Außenhandelsgeschäfte steht in enger Verbindung mit der Auslandsorganisation der NSDAP.

II. Die Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung ist nach dem Ausscheiden des Ministerpräsidenten Köhler aus der Organisation des Vierjahresplans aufgelöst worden.

III. Für die bisher in der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung bearbeiteten Angelegenheiten der Eisen- und Stahlbewirtschaftung ist eine besondere Geschäftsgruppe gegründet worden. Zum Leiter dieser Geschäftsgruppe und zum Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung hat Ministerpräsident Generaloberst Göring den Oberst des Generalstabes von Hanneken ernannt.

IV. Die übrigen Arbeitsgebiete der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung sind den in Betracht kommenden anderen Geschäftsgruppen überwiesen worden. Demgemäß werden nunmehr bearbeitet:

1. die bisher in der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung bearbeiteten Außenhandelsgeschäfte von der Geschäftsstelle für Außenhandelsgeschäfte,

2. die Aufgabe der Verdrängung des Holzes durch die Kohle von dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe,

3. die Erfassung und Bearbeitung des gesamten, nicht landwirtschaftlichen Zwecken (Schweinemast) dienenden Altmaterials einschließlich der Müllverwertung durch einen besonderen Kommissar,

4. die bisher in der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung bearbeiteten Nichteisenmetalle und sonstigen Rohstoffe von der Geschäftsgruppe Devisen.

Reichskommissar für die Altmaterialverwertung

Zu dem unter IV. 3. vorgesehenen Kommissar („Reichskommissar für die Altmaterialverwertung") ernannte Pg. Hermann Göring im August den SA.-Brigadeführer Wilhelm Ziegler.

Reichszentralstelle für die Durchführung des Vierjahresplans bei der NSDAP.

In der Beobachtung der sich aus dem Vierjahresplan ergebenden Notwendigkeiten und der Befolgung seiner Parolen ging die NSDAP. dem deutschen Volke mit gutem Beispiel voran durch die vom Reichsschatzmeister Pg. Schwarz am 28. Januar erfolgte Schaffung einer

„Reichszentralstelle für die Durchführung des Vierjahresplans bei der NSDAP., ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“:

Zur Ausführung der Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, insbesondere der vierten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Baustoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben vom 7. November 1936, D.R.-Anz. Nr. 262 vom 9. November 1936 bestimme ich, wie folgt:

I. Zur Durchführung des Vierjahresplans habe ich die „Reichszentralstelle für die Durchführung des Vierjahresplans bei der NSDAP., ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“, München, Verwaltungsbau der NSDAP., errichtet.

II. Diese Reichszentralstelle ist zuständig für die Erledigung sämtlicher aus der Durchführung des Vierjahresplans sich ergebenden Fragen.

gez.: Schwarz.

Über Organisation und Aufgaben dieser Reichszentralstelle sagte die Durchführungsverordnung:

I. Die „Reichszentralstelle für die Durchführung des Vierjahresplans bei der NSDAP., ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“ gliedert sich in die Abteilung 1: Allgemeine Prüfungsstelle für bedarfsscheinpflichtige Rohstoffe usw., und die Abteilung 2: Prüfungsstelle für Bauvorhaben der NSDAP., ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

II. Die Abteilung 1 der Reichszentralstelle ist zuständig für die Führung des gesamten, den Vierjahresplan betreffenden Schriftverkehrs zwischen den Dienststellen der NSDAP., ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände und den zuständigen Staatsbehörden. Der einschlägige Schriftwechsel ist daher ausschließlich über die Abteilung 1 zu leiten.

III. Die Abteilung 2 der Reichszentralstelle ist zuständig für die Prüfung sämtlicher Bauvorhaben der Dienststellen der NSDAP., ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

1. Die Dienststellen der NSDAP., ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände haben sämtliche Bauvorhaben, die nicht unter die Ausnahmebestimmung der Ziffer 1b der vierten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans fallen, das heißt die nicht mehr als 25000 RM. Arbeitslöhne an der Baustelle erfordern, der Reichszentralstelle — Abteilung 2 — anzuzeigen.
2. Die Anzeigen sind auf dem Dienstwege innerhalb von vier Monaten vor dem Baubeginn, spätestens aber sechs Wochen vorher, an die Reichszentralstelle — Abteilung 2 — zu richten...

Ausstellungen

Die schöpferische Arbeit des Vierjahresplans fand sinnfälligen Ausdruck in bedeutenden Ausstellungen des Jahres 1937 — so insbesondere in der im 3. Abschnitt schon genannten Ausstellung „Schaffendes Volk“ in Düsseldorf (eröffnet am 8. Mai), in der die drei deutschen Grundstoffe — Holz, Kohle und Erde — im Mittelpunkt standen. Im Rahmen dieser Ausstellung fand eine „Kunststoff-Tagung“ (12. bis 13. Mai) statt. Veranstalter dieser Tagung waren

Kunststoff-Tagung

der Fachausschuß für Kunst- und Preßstoffe des Vereins Deutscher Ingenieure und der Verein Deutscher Chemiker und Elektrotechniker. (Die Anwendungsgebiete der Kunststoffe sind so mannigfaltig wie ihre Herstellungsmethoden.) Hervorgehoben sei insbesondere auch die Reichsausstellung der Deutschen Textil- und Bekleidungswirtschaft. Sie wurde am 24. März in Berlin unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring eröffnet und stellte einen gewaltigen gemeinsamen Leistungsappell der gesamten deutschen Textil- und Bekleidungswirtschaft von der Rohstofferzeugung bis zum Einzelhandel und dem Handwerk dar. Pg. Göring erklärte hier:

Der Vormarsch der deutschen Zellwolle

„... Durch die erfolgreiche Arbeit der Chemie ist in den letzten Jahren die Zellwolle in Deutschland zu einer wirklich großen Vollendung entwickelt worden, die noch vor wenigen Jahren für völlig unmöglich gehalten worden wäre. Trotz aller Bedenken hat die Zellwolle sich auf Grund ihrer qualitativen Vorzüge durchgesetzt und ist heute nicht nur im Inland, sondern auch bereits im Ausland ein gesuchter Rohstoff.

In enger Zusammenarbeit mit der Textil- und Bekleidungswirtschaft ist die Entwicklung der Zellwolle durch die Leistungen der chemischen Industrie zur Vollendung geführt worden. Das Wissen um diese Entwicklung und die Wandlungen der Rohstoffwelt überhaupt darf aber nicht auf den kleinen Kreis der Fachleute beschränkt bleiben. Die Leistungen gerade der deutschen Spinnstoffwirtschaft müssen von allen erkannt und verstanden werden; sie berechtigen uns zu festem Vertrauen für die weitere Entwicklung. Wer heute noch zweifelnd herumläuft und den verrücktesten Unsinn über unsere deutschen Stoffe verbreitet, macht sich lächerlich. Er schädigt nicht nur die deutsche Textilwirtschaft, sondern das ganze deutsche Volk und wird mit seinem kleinlichen Zweifel und überheblichen Besserwissen von der zwangsläufigen Entwicklung überrannt werden.

Die Ausstellung gibt für alle einen offenen Einblick in das Wesen und Werden unserer neuen Stoffe; sie zerstreut durch einen umfassenden Leistungsquerschnitt alle Märchen über Ersatznöte und gibt den deutschen Volksgenossen wie den ausländischen Gästen einen starken Eindruck von dem Können unserer Fachleute, darüber hinaus aber von der unerhörten Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes ..."

Vierjahresplan und geschäftliche Werbung

Der Vierjahresplan soll der Nation in ihrem Daseinskampf dienen. Durch den Einsatz aller Volksgenossen wird er gewonnen. Er soll kein billiges Propagandamittel irgendwelcher Privatinteressen und Privatgeschäfte sein, wie es leicht mit Parolen geschieht, die „Popularität" errungen haben. Gegenüber einer solchen mißbräuchlichen Verwendung des Begriffs „Vierjahresplan" erließ der Werberat der deutschen Wirtschaft ein Verbot, sich bei der geschäftlichen Werbung auf den Vierjahresplan zu beziehen (VB., 3. Februar):

In steigendem Maße bemächtigt sich die Werbung des Vierjahresplans und der damit zusammenhängenden Aufgabe der Rohstoffersparnis. Die hier auftauchenden Probleme sind für den Werberat nicht neu, er hat sich schon früher mit ähnlichen Fragen befassen müssen.

Ebenso wie es nicht geduldet wurde, daß der einzelne Werbungstreibende den Gedanken der Arbeitsbeschaffung dazu benutzte, um seine im

eigenen Interesse ausgeübte Tätigkeit als gemeinnützig erscheinen zu lassen, läßt es der Werberat auch nicht zu, daß ein Werbungstreibender in einer das nationale Empfinden des deutschen Volkes verletzenden Weise den Gedanken des Vierjahresplans für sich auszunutzen versucht.

Insbesondere ist zu verhindern, daß ein Werbungstreibender durch die Bezugnahme auf den Vierjahresplan sich den Anschein zu geben sucht, als ob er in staatlichem Auftrage handle oder in besonderem Maße staatliche Belange wahrnehme. Unter allen Umständen muß ferner unterbunden werden, daß der Vierjahresplan dazu mißbraucht wird, Wettbewerber oder Wettbewerbserzeugnisse anzugreifen oder bei den Verbrauchern den Eindruck hervorzurufen, als ob die Benutzung der Wettbewerbserzeugnisse die Durchführung des Vierjahresplans beeinträchtigen könne.

Sollten überragende politische oder volkswirtschaftliche Gründe es erforderlich machen, im Gegensatz zu den oben dargelegten Grundsätzen eine Bezugnahme auf den Vierjahresplan zu gestatten, so wird der Werberat nach vorheriger Fühlungnahme mit den zuständigen Reichsbehörden von Fall zu Fall eine Ausnahmeerlaubnis erteilen.

Auf dem Gebiete der Metallbewirtschaftung erging bereits am 26. Januar die „Achte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung der im Privatbesitz befindlichen Vorräte an edlen und unedlen Metallen“, in der es heißt:

Achte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung der im Privatbesitz befindlichen Vorräte an edlen und unedlen Metallen

Um im Rahmen des Vierjahresplans die ordnungsmäßige Verwendung der edlen und unedlen Metalle sicherzustellen, ist die Erfassung aller im Privatbesitz befindlichen Vorräte an unverarbeiteten oder halbverarbeiteten edlen und unedlen Metallen erforderlich. Ich bestimme daher folgendes:

1. Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben und zur Verfügung über Roh- und Halbfertigware, einschließlich Bruchware aus Platin, Silber, Kupfer, Blei, Nickel, Zinn und Zink — legiert oder unlegiert — berechtigt sind, ohne diese Metalle gewerbsmäßig zu bearbeiten, zu verarbeiten oder zu handeln, haben sie der zuständigen Überwachungsstelle bis zum 15. Februar 1937 unter Angabe von Art, Menge und Lageort der Metalle anzubieten und auf Verlangen zu verkaufen und zu übertragen.

Diese Pflicht besteht auch dann, wenn der Verfügungsberechtigte die Metalle nicht unmittelbar besitzt oder im Besitz oder in der Verfügung beschränkt ist.

2. Die Anbietungspflicht gemäß Ziffer 1 erstreckt sich nicht auf Mengen, die die nachstehende Freigrenze

für Silber . . . . . . 3 kg,
für Kupfer . . . . . . 100 kg,
für Blei . . . . 100 kg,
für Nickel . . . . . . 20 kg,
für Zinn . . . . 20 kg,
für Zink . . . . 100 kg

nicht übersteigen. Eine Freigrenze für Platin besteht nicht...

Zur sparsamen Eisenbewirtschaftung erging am 23. Juli die „Anordnung zur Änderung der Vierten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Rohstoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben“. Die hier bewirkte Änderung besteht

Anordnung zur Änderung der Vierten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs

an Rohstoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben

darin, daß die Ziffer 1 der oben genannten Vierten Anordnung (siehe Band 1936, Seite 262) nunmehr folgende Fassung erhielt:

Alle privaten und öffentlichen Hoch- und Tiefbauvorhaben sind vor dem Baubeginn anzuzeigen. Ausgenommen sind Bauvorhaben, bei denen nicht mehr als 2 t Baueisen verwendet werden.

Reichswerke AG. für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring"

Die wichtigste Maßnahme auf dem Gebiet der Eisenwirtschaft war jedoch die Gründung der Reichswerke AG. für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring". Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, sprach am 23. Juli vor Vertretern der eisenschaffenden und -verbrauchenden Industrie, des Eisenhandels, der Bauwirtschaft usw. über Maßnahmen und Verpflichtungen, die sich künftig für die Eisenwirtschaft ergeben. Im Laufe dieser Sitzung teilte er mit, daß er diese Gesellschaft ins Leben gerufen habe, die unter Führung des Reiches die Aufgabe hat, die Eisenerzvorräte des deutschen Bodens im nationalwirtschaftlich notwendigen Ausmaß zu erschließen und auszunützen.

Den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, die ihren Sitz in Berlin hat, bilden:

Staatssekretär Körner als Vorsitzer, Direktor Dr. Voß von der Deutschen Revisions- und Treuhand AG. als stellvertretender Vorsitzer, der Generalsachverständige Ing. W. Keppler, Ministerialdirigent Nasse aus dem Reichsfinanzministerium, Ministerpräsident Klagges, Braunschweig, Präsident Lange, Berlin, Generaldirektor Röhnert, Lüdenscheid. —

Zum Vorsitzer des Vorstandes wurde Paul Pleiger bestellt.

Die Gründung der Reichswerke bedeutet einen neuen Abschnitt in der Gestaltung der deutschen Wirtschaft überhaupt. Nicht so sehr wesentlich ist dabei, daß der Staat sich selbst mit der Produktion befaßt; das Entscheidende ist vielmehr, daß eindeutig und klar der staatliche Wille der Wirtschaftsführung dort bewiesen wird, wo die nationalen Notwendigkeiten es erfordern und die Privatwirtschaft entweder nicht in der Lage ist, die gestellten Aufgaben zu bewältigen, oder sie nicht rechtzeitig und in genügendem Umfange in Angriff nimmt. Die Reichswerke bedeuten nicht nur eine Erweiterung der deutschen Erzbasis, sondern gleichzeitig eine Ausdehnung der Kapazität der eisenschaffenden Industrie. Damit ist die Rohstofffreiheit Deutschlands auf dem Eisengebiet gesichert. Wenn die besonders im Jahre 1937 fühlbar gewordene Eisenkontingentierung auch weiterhin beibehalten wurde, so deshalb, weil neben den großen neuen Kontingentsträgern Wehrmacht und Vierjahresplan auch der übrigen eisenverbrauchenden Industrie genügend Spielraum gelassen werden mußte. Nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten wurde die Kontingentierung 1937 wieder bei 100%iger Belieferung der Kontingentsträger durchgeführt.

Von großer Bedeutung ist weiterhin die „Verordnung über den Zusammenschluß von Bergbauberechtigten“ vom gleichen Tage (23. Juli):

Verordnung über den Zusammenschluß der Bergbauberechtigten

§ 1

Bergbauberechtigte können zum Zwecke des Aufschlusses und Abbaues von Mineralien zusammengeschlossen werden.

§ 2

Der Zusammenschluß kann in der Form erfolgen, daß den Bergbauberechtigten gegen Einbringung von Bergbauberechtigungen und Mutungen Beteiligungen an einer Gesellschaft, die den Aufschluß und den Abbau der Mineralien übernimmt, gewährt werden.

Das Reich kann sich an der Gesellschaft beteiligen. Seine Beteiligung braucht nicht in der Einbringung von Bergbauberechtigungen und Mutungen zu bestehen.

Das Reich kann sich auch durch eine von ihm beherrschte Gesellschaft beteiligen.

Die Bergbauberechtigungen gehen einschließlich der Bergwerksbestandteile auf die Gesellschaft über.

§ 3

Die Rechtsform des Zusammenschlusses und die Richtlinien für die Satzungen der Mitglieder bestimmt der Beauftragte für den Vierjahresplan. Falls die Mitglieder über die Höhe der Anteile nicht einig werden, entscheidet der Beauftragte für den Vierjahresplan.

§ 4

Zu den Mineralien im Sinne dieser Bestimmung gehören die nach dem geltenden Recht verleihungsfähigen Mineralien mit Ausnahme von Steinkohle, Braunkohle, Steinsalz sowie der Kali-, Magnesia- und Bohrsalze nebst den mit diesen Salzen auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salz- und Solquellen.

§ 5

Der Gesellschaft kann die Errichtung und der Betrieb von Aufbereitungs- und Verhüttungsanlagen und die Beteiligung an anderen Körperschaften gestattet werden.

§ 6

Diese Anordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Ganz abgesehen davon, daß private Bergbauberechtigte unter Einbringung ihrer Bergbauberechtigungen und Mutungen zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen werden können, kann nunmehr das Reich sich ebenfalls an dieser Gesellschaft beteiligen, ohne daß es einer Einbringung von Sachwerten bedarf!

Neben der verstärkten Förderung und geregelten Bewirtschaftung bekannter Rohstoffe sei auch nochmals an die Erzeugung neuer Stoffe erinnert, wie die bereits behandelte Zellwolle, die Gewinnung von Benzin aus Kohle, die Schaffung des Buna, des „deutschen Gummis“. (Zur Finanzierung der neu zu errichtenden Buna-Anlagen wurde im Mai ein Zoll auf die Rohkautschuk-Einfuhr gelegt.)

Zoll für Rohkautschuk-Einfuhr

Zur Entlastung des deutschen Waldes und sparsamen Bewirtschaftung des Holzes in Deutschland (das als Grundlage für deutsche

Maßnahmen auf dem Gebiete der Holzbewirtschaftung

Kunststoffe immer größere Bedeutung und Inanspruchnahme erfahren hat) ergingen noch besondere Maßnahmen auf dem Gebiete der Holzbewirtschaftung. Die Unwirtschaftlichkeit der heute noch vorherrschenden Verbrennung großer Holzmengen veranlaßte das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, die Umstellung der Feuerung auf Torf und Kohle, insbesondere auf Braunkohlebriketts zu fördern. In diesem Zusammenhang erließ der Beauftragte für den Vierjahresplan und Reichsforstmeister, Pg. Göring, am 30. Juni eine „Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung", in der im wesentlichen folgendes bestimmt wurde:

Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung

> Rohholz, das zur Verwendung als Nutzholz geeignet ist, darf weder als Brennholz aufgearbeitet noch als solches veräußert oder verwendet werden. Holznutzungsrechte, also Belastungen des Waldes durch Hergabe von Brennholz an bestimmte Personenkreise (Einwohner von Gemeinden, Körperschaften, Anstalten oder Personen, zum Beispiel Kirchen, Schulen, Pfarrer und Lehrer), die in ihrer Entstehungsgeschichte bis ins Mittelalter zurückgreifen, dürfen weder neu bestellt noch erweitert werden. Sie sind umzuwandeln, wenn es sich um Holz für Brennzwecke handelt, das gleichfalls als Nutzholz verarbeitet werden könnte. Der Berechtigte erhält an Stelle der ihm bisher gelieferten Holzarten anderes, für Nutzholzzwecke nicht geeignetes Holz. Kann der Berechtigte kein Holz erhalten, so ist die Entschädigung durch wiederkehrende Lieferung von Brennstoffen gleichen Gebrauchswertes zu gewähren. Hier ist also deutlich auf die Ablösung durch Torf und Kohle Bezug genommen. Bemerkenswert ist die Strafvorschrift, die bei Zuwiderhandlungen Gefängnis bis zu 3 Monaten oder Geldstrafe vorsieht.

Am 26. Oktober 1937 erging die erste Anordnung zur Durchführung dieser Verordnung, die die vorgesehene Ablösung im einzelnen regelte und in der Abfindungshöhe insbesondere das Transportproblem berücksichtigte.

Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigentum des Reiches oder der Länder stehenden Waldungen

Dem Schutze unseres wichtigen Rohstoffes Holz diente auch die „Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigentum des Reiches oder der Länder stehenden Waldungen" vom 18. Juni, wonach insbesondere die Forstaufsichtsbehörden ermächtigt werden, den privaten Waldeigentümern Auflagen zu machen, die zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden erforderlich sind. —

Die Preisgestaltung

Einen wesentlichen Bestandteil der im Zeichen des Vierjahresplans stehenden nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik bildet die Preispolitik (siehe Band 1936, Seite 258 bis 259, 263 bis 264). Die Preisgestaltung muß ein organischer Teil der Wirtschaft sein, über deren nationalsozialistische Grundsätze der Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter und Oberpräsident Pg. Josef Wagner, (im Dezember in Hagen) sagte:

„1. Wirtschaft ist und bleibt die Dienerin der Nation insofern, als sie abhängig ist von den großen politischen Zielen und Bestrebungen des Staates.

2. Eine absolute Freiheit des einzelnen Wirtschaftenden ist ebensowenig möglich wie die individuelle Freiheit des politisch Tätigen.

3. Die Grundlagen des Wirtschaftens müssen nach Möglichkeit auf einigen wenigen übersichtlichen Prinzipien beruhen.

4. Der Staat muß in seiner staatspolitischen Lenkung in geeigneter Weise den laufenden Veränderungen der wirtschaftspolitischen Situationen Rechnung tragen.

5. Je größer die vorhandenen Rohstoffmengen sind, je reibungsloser also Erzeugung und Verbrauch sich entwickeln, um so geringer sind die Notwendigkeiten für ein Eingreifen von staatlicher Seite; je stärker bestimmte Verknappungserscheinungen auftreten, um so stärker muß sich die Staatsführung um die Dinge kümmern.

6. Der Staat kann diese Aufgaben nur erfüllen, wenn er finanz- und kreditpolitisch völlig souverän ist.

7. Jede kluge staatliche Lenkung der Wirtschaftspolitik wird immer bestrebt sein, die Initiative des einzelnen in der Wirtschaft so frei sich auswirken zu lassen, wie dies überhaupt denkbar ist.

8. Den höchsten Grad persönlicher Freiheit im wirtschaftlichen Schaffen kann der Staat dann gewähren, wenn alle Männer der Wirtschaft die höchste Disziplin gegenüber der Gesamtheit zum Gegenstand ihres Handelns gemacht haben."

Im Sinne dieser Grundsätze wurden jegliche Preissteigerungen unterbunden, ob es sich nun um Lebensmittel oder andere Bedarfsgüter handelte. Auch das Verbot von Mieterhöhungen erfuhr insofern eine wesentliche Verschärfung, als Ausnahmen beseitigt bzw. an eine ausdrückliche Genehmigung der zuständigen Preisbildungsstelle gebunden wurden („Dritte Ausführungsverordnung zur Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen" vom 27. September). Erwähnt sei ferner die „Verordnung über die Preisbildung bei ausländischen Waren" vom 15. Juli, in der auch dieses Gebiet eine einheitliche Regelung erfuhr.

Preissenkungen

Im November führte der Reichskommissar für die Preisbildung darüberhinaus eine Preissenkung für Markenartikel durch, nachdem bereits ab 1. September eine solche Preissenkung für die deutsche Zellwolle erreicht worden war. Pg. Nonnenbruch schrieb hierzu im VB. (28. August):

„... Die Preissenkung der Zellwolle wird der Verbraucher von Textilerzeugnissen nicht sehr stark merken. Aber diese Preissenkung erfolgt innerhalb einer Politik, die zielsicher auf die Steigerung der Lebenshaltung des Volkes ausgeht, und als Meilenstein auf diesem Wege ist sie sehr bedeutungsvoll. Und dann zeigt sie, daß eine freie Wirtschaft auch billiger ist als eine vom Ausland abhängige, und daß Abhängigkeit vielleicht bequemer ist als der Arbeitskampf um die Freiheit, daß sie aber auch viel kostspieliger ist. Mit dieser Preissenkung für Zellwolle zeigt

sich zum ersten Male ganz real, daß Freiheit billiger ist als Abhängigkeit. Eine Grenze ist überschritten: Ein eigener Rohstoff ist nicht mehr teurer als der ausländische ..."

Fragen des Arbeitseinsatzes

Wie bereits im 7. Abschnitt einmal dargelegt, steht jedoch neben der deutschen Rohstofffrage auch die Frage nach der Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte. Hatte Deutschland noch bei der nationalsozialistischen Machtübernahme über sechs Millionen Arbeitslose, so tauchte nach dem nationalsozialistischen Sieg in der Arbeitsschlacht immer mehr das Gegenteil auf: der Arbeitermangel! In dieser Tatsache spiegelt sich der gewaltige arbeitsmäßige Aufschwung der deutschen Wirtschaft wider. Wie bereits im Bande 1936 (Seite 260 bis 263) dargelegt, gehört daher zum Vierjahresplan auch vor allem die Sicherung eines sinnvollen Arbeitseinsatzes — und schließlich auch die Sorge für einen geeigneten beruflichen Nachwuchs. Als Beispiel solcher Maßnahmen seien hier die Weisungen angeführt, die der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im April — zur Sicherung des Facharbeiternachwuchses — den Arbeitsämtern erteilte. Hier heißt es:

Sicherung des Facharbeiternachwuchses

„Die Arbeitsämter haben unverzüglich alle diejenigen Betriebe zu ermitteln, die nach den eingegangenen Anzeigen mit ihrer v. H.-Zahl an Lehrlingen unter der v. H.-Zahl der Lehrlinge der Gewerbeart ihres Landesarbeitsamtsbezirks erheblich zurückbleiben. Sie verhandeln mit diesen Betrieben unverzüglich mit dem Ziel, daß sie sich zu einer angemessenen Erhöhung der Lehrlingszahlen freiwillig verpflichten. Die Einstellung der Lehrlinge muß spätestens bis 1. Juni 1937 erfolgen. Sofern die Verhandlungen des Arbeitsamts ergebnislos sind, ist der Präsident des für den Sitz des Betriebes zuständigen Landesarbeitsamts ermächtigt und verpflichtet, Lehrlingspflichtzahlen für den einzelnen Betrieb festzusetzen. Vor der Bestimmung der Lehrlingspflichtzahl ist die für den Betrieb zuständige Wirtschaftskammer zu hören.

Ergibt die Prüfung, daß eine Einstellung von Lehrlingen nicht erfolgen kann, so wird der Betrieb zur Entrichtung einer Ablösung verpflichtet. Die Ablösung ist einheitlich durch den Präsidenten der Reichsanstalt für beide Gewerbegruppen auf 50 RM. je Lehrling und Monat festgesetzt ..."

So erfaßt der Vierjahresplan letzten Endes jeden Sektor des völkischen Daseins. Und nur durch Einspannung aller Energien führt er zum großen Ziel. Das erste Jahr des Vierjahresplans hat seinen Erfolg bewiesen.

Das erste Jahr des Vierjahresplans

„Vor einem Jahr wurde eine Zeit von vier Jahren für die Sicherung unserer Rohstoffbasis angesetzt. Der große Erfolg der Arbeit des ersten Jahres am Vierjahresplan ist der, daß die Skeptiker nicht mehr an der Erfüllung des Vierjahresplans zweifeln können. Durch die Arbeit dieses einen Jahres ist dieser Zweifel widerlegt worden. Wir Nationalsozialisten haben an der Erfüllung des Vierjahresplans nie gezweifelt. Aber auch uns sagt der Erfolg des letzten Jahres etwas sehr Wesentliches: Wir werden bestärkt in unserem Glauben, daß das Wort „unmöglich" tat-

> sächlich nicht für den existiert, der will. Wenn wir die Freiheit erobern können, dann ist es leicht, sich in der errungenen Freiheit einzurichten und die sozialistische Wirtschaft, in der das Volk die Früchte seiner Arbeit genießt, aufzurichten."

— so schrieb der „Völkische Beobachter" am 14. September. Oder — wie Hermann Göring es (am 24. März in Berlin) in knappen Worten formulierte:

„Dem deutschen Volke ist nichts unmöglich, was es leisten will!"

11. Abschnitt:

Der Tag der Deutschen Kunst

Tag der Deutschen Kunst

Der Hochsommer 1937 brachte dem deutschen Volke ein kulturelles Ereignis von zentraler Bedeutung: den „Tag der Deutschen Kunst" (in München vom 16. bis zum 18. Juli). Mit ihm verbunden waren die Jahrestagung der Reichskammer der bildenden Künste und die Eröffnung der „Großen Deutschen Kunstausstellung 1937" in dem neuen „Haus der Deutschen Kunst", das damit seine festliche Einweihung erfuhr. In einem an die deutsche Künstlerschaft gerichteten Aufruf des „Hauses der Deutschen Kunst" (vom 14. Januar) hatte es geheißen:

Aufruf an die Künstlerschaft

Als im Jahre 1931 der Münchener Glaspalast und mit ihm ein reicher Schatz an Gemälden deutscher Romantiker, vom Feuer verzehrt, in Schutt und Asche sank, war gleichzeitig auch die damals sogenannte moderne Kunst in sich zusammengesunken, gleichsam, um einer von vielen erwünschten neuen reinen deutschen Kunst Platz zu machen. Der Führer war es, der schon, als verflossene Regierungen sich über die Schaffung einer neuen Stätte der Kunst nicht einigen konnten, den Entschluß gefaßt hatte, der deutschen Kunst ein neues Haus zu bauen. Bei der Machtübernahme waren die Pläne, geschaffen von dem leider so früh dahingegangenen genialen Architekten des Führers, Professor Paul Ludwig Troost, längst gereift, und so konnte bald darauf, festlich umrahmt vom „Tag der deutschen Kunst", 1933 an schönster Stätte Münchens der Grundstein zum Haus der Deutschen Kunst gelegt werden.

Wenige Monate nur noch, und München, die „Hauptstadt der deutschen Kunst", wird erneut zu einem Jubelfeste rüsten, in dessen Mittelpunkt die feierliche Einweihung des nun erstandenen herrlichen Tempels der Kunst durch den Führer stehen wird. Dann ist auch, freudigst erwartet von vielen Tausenden von Kunstschaffenden und Kunstbeflissenen, der Zeitpunkt gekommen, an dem der Führer das Haus seiner Bestimmung übergeben und die erste Ausstellung, die „Große Deutsche Kunstausstellung 1937 im Haus der Deutschen Kunst zu München" eröffnen wird, um dem deutschen Volke einen Querschnitt durch das gesamtdeutsche Kunstschaffen der Gegenwart vor Augen zu führen.

Wenn in einer überwundenen Zeitepoche häufig nur ein bestimmter Kreis von Künstlern oder nur Angehörige bestimmter Künstlervereine oder Kunstrichtungen zu besonderen Ausstellungen Zulassung fanden, so sollen die Schäden auch dieses Systems nunmehr endgültig ausgemerzt werden; im Haus der Deutschen Kunst werden sie jedenfalls nie Eingang finden. Neben einem kleinen Kreis von Künstlern, deren Werke gewissermaßen den Grundstein für die Ausstellung bilden, soll es allen deutschen lebenden

Künstlern ermöglicht werden, die Ergebnisse ihres Kunstschaffens und Zeugnisse ihres Könnens im Hause der Deutschen Kunst zur Schau zu bringen.
Einem ausdrücklichen Wunsche des Führers zufolge soll nun neben den im Reiche ansässigen deutschen Künstlern auch allen deutschstämmigen im Ausland lebenden Künstlern die Beteiligung an der Ausstellung ermöglicht werden...

Am 16. Juli eröffnete nun Gauleiter Adolf Wagner den „Tag der Deutschen Kunst" und prägte dabei die Worte:

Eröffnung durch Gauleiter Wagner

„Es vollzieht sich auf kulturell-künstlerischem Gebiet die nationalsozialistische Revolution mit derselben Gesetzmäßigkeit, wie sie sich zuerst auf politischem und dann auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet vollzogen hat. Es ist nicht nötig, daß irgend jemand die Sorge befällt, wie diese kulturell-künstlerische Revolution wohl enden möge. Denn der Führer dieser Revolution ist Adolf Hitler. Er steht vor der deutschen Kunst nicht nur als ihr Schirmherr, sondern als ihr größter Meister."

Am gleichen Tage sprach der Reichspressechef der NSDAP., Pg. Dr. Dietrich, beim Presseempfang und sagte über diese bedeutenden Tage und die durch sie vermittelte Schau:

Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich

„Gehen Sie offenen Blickes durch diese Stadt und die Große Deutsche Kunstausstellung, die am Sonntag ihre Tore öffnet. Betrachten Sie die ersten Schöpfungen der Architektur und Plastik, mit denen der Nationalsozialismus den Beginn seiner Bauepoche eingeleitet hat: den Königlichen Platz in seiner erhabenen Raumgestaltung, die Parteibauten und die Ewige Wache in der Klarheit ihrer Linien und der Schönheit ihrer Konturen, das Haus der Deutschen Kunst, von dem jene Ruhe, jene lichte und kraftvolle Schönheit ausströmt, die in der neuzeitlichen Architektur ihresgleichen nicht hat. Es ist das nur ein erster Anfang, der das aus nationalsozialistischem Kulturwillen geprägte räumliche Bild der Hauptstadt der Bewegung heute nur ahnen läßt. Es wird einmal, wie in vielen anderen Städten des Reiches, ein würdiges Denkmal der deutschen Wiedergeburt, die steinerne Manifestation eines künstlerischen Gestaltungswillens sein, der die Schmähungen kleiner Geister der Verachtung und dem Vergessen preisgibt.

So verbindet diese Stadt das Herz der nationalsozialistischen Bewegung mit der Seele der deutschen Kultur. Die Inkarnation des politischen Willens und die Schönheit künstlerischer Ausdruckskraft vermählen sich in ihr zu jener Einheit des deutschen Wesens, aus der alles Große der Nation geboren und ihre Zukunft gestaltet wird.

Darüber hinaus aber kommt diesem Tag der Deutschen Kunst grundlegende Bedeutung zu für die Wiedergeburt des schöpferischen Kunstbegriffes überhaupt..."

Und über das Schönheitsideal der Gemeinschaft als Wertmaßstab stellte er fest:

„Kunst ist die Offenbarung des Schönen und Erhabenen durch unmittelbare Anschauung.

Künstler ist, wer uns durch die Ausdruckskraft seiner Werke und Schöpfungen metaphysische Werte, die wir unmittelbar als schön empfinden, vermittelt.

Man kann nicht definieren, was schön ist, sondern es nur an seiner Wirkung beurteilen, an seiner Wirkung auf uns selbst und auf das Schönheitsempfinden unserer Mitmenschen.

Der Geschmack ist individuell, relativ, er ist die ästhetische Sphäre des einzelnen!

Das Schöne aber ist allgemein absolut, es ist die ästhetische Ebene der Gemeinschaft!

Über den Geschmack des einzelnen läßt sich bekanntlich nicht streiten, aber für die Beurteilung des Schönen gibt es ein allgemein verbindliches Wertmaß. Der absolute ästhetische Wert ist immer und überall das Schönheitsideal der Gemeinschaft! Der einzelne für sich kann kein Schönheitsideal aus sich entwickeln, es erwächst nur aus der Gemeinschaft der Menschen und aus der Landschaft, in der sie leben. Diese naturgegebene Gemeinschaft ist das Volk, in weiterem Sinne die Rasse. Damit ist gesagt, daß das Schönheitsideal als Wertmaß der Kunst letzten Endes rassisch bedingt ist. Das hat der Führer als ein fundamentales Grundgesetz in jenen wundervollen Worten ausgedrückt: ‚Es kann kein Mensch eine innere Beziehung zu einer kulturellen Leistung besitzen, der nicht in dem Wesen seiner eigenen Herkunft wurzelt.'"

Nachdem am Vormittag des 17. Juli Sondertagungen der Reichskammer der Bildenden Künste stattgefunden hatten, bedeutete am Nachmittag die Festsitzung der Reichskammer der Bildenden Künste in Anwesenheit des Führers einen Höhepunkt der Münchener Festveranstaltungen. In seiner grundlegenden Rede stellte Reichsminister Dr. Goebbels fest, daß die elementare Erkenntnis — Kunst komme von Können — stets dann zu wenig beachtet werde, wenn man das vermeintlich große Wollen als Ersatz für das reife Können nehme. Anderseits sei ein Künstler, der nur Kleines oder gar nichts wolle, zur Kunst überhaupt unfähig. Dr. Goebbels führte dann über Genie und technische Fähigkeiten aus:

Rede Dr. Goebbels

„Die Kunst ist eine natürliche Begabung. Sie resultiert aus Talent oder Genie; dazu aber muß eine souveräne Beherrschung aller technischen Mittel kommen, für den bildenden Künstler also der Farbe und der Form, des Pinsels, der Leinewand, des Meißels, des Zirkels und des Zeichenstifts. Dabei ist nichts Nebensächliches, über das man mit einer nachlässigen, nonchalanten Handbewegung hinweggehen kann, sondern eine Hauptsache. Als revolutionärer Neuerer darf sich deshalb nur immer der vorstellen, der über den Verdacht erhaben ist, er tue das nur, weil er die Technik nicht beherrscht und durch gestaltlose Form den Mangel an künstlerischer Fertigkeit zu verbergen sucht. In diesem Sinne ist der technische Könner ohne Genie, aber ausgestattet mit guten Talenten, immer mehr wert als der genialische Poseur, dem jede technische Bildung und Erziehung fehlt. Denn die Genies kommen von selbst, sie sind zu ihrer Stunde da. Die technischen Fähigkeiten aber müssen gekonnt und an kommende Generationen weitergegeben, sie müssen gelehrt und gelernt werden, und es besteht die Gefahr, daß, wenn man sie vernachlässigt und als nebensächlich oder gar hinderlich für die Entwicklung der genialen Künstlerpersönlichkeit ansieht, sie allmählich überhaupt verloren gehen. Das aber wäre für die Kunst ein nicht wiedergutzumachender Schaden."

Über Adolf Hitler und die deutsche Kunst sagte er mit Recht:

„Sein ganzes Werk ist ein Dokument künstlerischer Gesinnung. Sein Staat ist ein Bauwerk nach wahrhaft klassischen Formen. Die künst-

lerische Führung seiner Politik stellt ihn seinem Wesen und seinem Charakter nach an die Spitze aller deutschen Künstler, die ihm in dieser Stunde ihre Verehrung und Huldigung zum Ausdruck bringen."

Eröffnung der Kunstausstellung durch den Führer

Die Krönung des „Tages der Deutschen Kunst" bildete der weihevolle Festakt am 18. Juli, mit dem der Führer das „Haus der Deutschen Kunst" seiner Bestimmung übergab und im Anschluß an seine programmatische Kulturrede die „Große Deutsche Kunstausstellung 1937" zu München eröffnete. Er stellte hierbei die deutsche Kunst einer jeweils „modernen" Kunst gegenüber und erklärte:

„... Ich möchte daher an dieser Stelle heute folgende Feststellung treffen:

Bis zum Machtantritt des Nationalsozialismus hat es in Deutschland eine sogenannte ‚moderne' Kunst gegeben, das heißt also, wie es schon im Wesen dieses Wortes liegt, fast jedes Jahr eine andere. Das nationalsozialistische Deutschland aber will wieder eine ‚deutsche Kunst', und diese soll und wird, wie alle schöpferischen Werte eines Volkes, eine ewige sein. Entbehrt sie aber eines solchen Ewigkeitswertes für unser Volk, dann ist sie auch heute ohne höheren Wert.

Als daher der Grundstein für dieses Haus gelegt wurde, sollte damit der Bau eines Tempels beginnen nicht für eine sogenannte moderne — sondern für eine wahre und ewige deutsche Kunst, das heißt noch besser: ein Haus für die Kunst des deutschen Volkes und nicht für irgendeine internationale Kunst der Jahre 1937, 40, 50 oder 60. Denn in der Zeit liegt keine Kunst begründet, sondern nur in den Völkern.

Es hat daher auch der Künstler nicht so sehr einer Zeit ein Denkmal zu setzen, sondern seinem Volke. Denn die Zeit ist etwas Wandelbares, die Jahre kommen und sie vergehen. Was nur aus einer bestimmten Zeit heraus allein leben würde, müßte mit ihr vergänglich sein. Dieser Vergänglichkeit aber würde nicht nur das verfallen, was vor uns entstanden ist, sondern auch das, was heute entsteht oder erst in der Zukunft seine Gestaltung erhält.

Wir Nationalsozialisten kennen aber nur eine Vergänglichkeit, das ist die Vergänglichkeit des Volkes selbst. Ihre Ursachen sind uns bekannt. Solange aber ein Volk besteht, ist es in der Flucht der Erscheinungen der ruhende Pol. Es ist das Seiende und Bleibende! Und damit ist auch die Kunst als dieses Seienden Wesensausdruck ein ewiges Denkmal, selbst seiend und bleibend und gibt daher auch keinen Maßstab von gestern und heute, von modern und unmodern, sondern es gibt nur einen Maßstab von ‚wertlos' oder ‚wertvoll' und damit von ‚ewig' oder ‚vergänglich'. Und diese Ewigkeit liegt gefaßt im Leben der Völker, solange also diese selbst ewig sind, das heißt bestehen.

Ich will daher, wenn ich von deutscher Kunst rede — wofür dieses Haus gebaut wurde — den Maßstab im deutschen Volke, in seinem Wesen und Leben, seinem Gefühl, seinen Empfindungen, und ihre Entwicklung in seiner Entwicklung sehen.

Es liegt daher in den Maßen seines Daseins auch der Maßstab für den Wert oder Unwert unseres kulturellen Lebens und damit unseres künstlerischen Schaffens.

Aus der Geschichte der Entwicklung unseres Volkes wissen wir, daß es sich aus einer Anzahl mehr oder weniger unterschiedlichen Rassen zusammensetzt, die im Laufe von Jahrtausenden dank dem gestaltenden Einfluß eines bestimmten überragenden Rassenkernes jene Mischung ergaben, die wir heute in unserem Volke vor uns sehen.

Diese einst volksbildende und damit auch heute noch gestaltende Kraft liegt auch hier in demselben arischen Menschentum, das wir nicht nur als den Träger unserer eigenen, sondern auch der vor uns liegenden antiken Kulturen erkennen.

Diese Art der Zusammensetzung unseres Volkstums bedingt die Vielgestaltigkeit unserer eigenen kulturellen Entwicklung, ebensowohl wie die sich daraus ergebende natürliche Verwandtschaft mit den Völkern und Kulturen der gleichgearteten Rassenkerne in der anderen europäischen Völkerfamilie.

Trotzdem aber wollen wir, die wir im deutschen Volk das sich allmählich herausbildende Endresultat dieser geschichtlichen Entwicklung sehen, uns eine Kunst wünschen, die auch in ihr immer mehr der Vereinheitlichung dieses Rassengefüges Rechnung trägt und damit einen einheitlichen geschlossenen Zug annimmt.

Es ist oft die Frage gestellt worden, was denn nun ‚deutsch sein' eigentlich heiße. Unter allen Definitionen, die in Jahrhunderten und von vielen Männern darüber aufgestellt worden sind, scheint mir jene wohl am würdigsten zu sein, die es überhaupt nicht versucht, in erster Linie eine Erklärung abzugeben als vielmehr ein Gesetz aufzustellen. Das schönste Gesetz aber, das ich mir für mein Volk auf dieser Welt als Aufgabe seines Lebens vorzustellen vermag, hat schon ein großer Deutscher ausgesprochen: Deutsch sein, heißt klar sein! Das aber würde besagen, daß deutsch sein damit logisch und vor allem aber auch wahr sein heißt.

Ein herrliches Gesetz, das allerdings auch jeden einzelnen verpflichtet, ihm zu dienen und es damit zu erfüllen. Aus diesem Gesetz heraus finden wir dann auch einen allgemein gültigen Maßstab für das richtige, weil dem Lebensgesetz unseres Volkes entsprechende Wesen unserer Kunst ..."

Wie sehr die Kunst im Mittelpunkt eines wirklichen völkischen Lebens stehen muß, sagte Adolf Hitler mit den Worten:

„... In den langen Jahren der Planung und damit der geistigen Aufrichtung und Gestaltung eines neuen Reiches beschäftigte ich mich oft mit den Aufgaben, die uns die Wiedergeburt der Nation besonders auf dem Gebiete ihrer kulturellen Säuberung auferlegen würde. Denn Deutschland sollte ja nicht nur politisch oder wirtschaftlich, sondern in erster Linie auch kulturell wiedererstehen. Ja, ich war und ich bin überzeugt, daß der letzteren für die Zukunft eine noch viel größere Bedeutung zukommen wird als den beiden ersteren. Ich habe immer die Meinung unserer kleinen Geister der Novemberzeit bekämpft und abgelehnt, die jeden großen kulturellen Plan, ja jede größere Bauaufgabe schon einfach damit abtaten, daß sich nach ihrer Erklärung ein politisch sowie wirtschaftlich ruiniertes Volk mit solchen Projekten überhaupt nicht belasten dürfte.

Ich war im Gegenteil gerade nach unserem Zusammenbruch der Überzeugung, daß Völker, die einmal gestrauchelt sind und nun von ihrer ganzen Umwelt getreten werden, erst recht die Verpflichtung besitzen, ihren Unterdrückern gegenüber den eigenen Wert noch bewußter zu betonen und zu bekunden. Es gibt aber nun einmal kein stolzeres Dokument für das höchste Lebensrecht eines Volkes als dessen unsterbliche kulturelle Leistungen ..."

Gegenüber der jüdisch-bolschewistischen Kunstverfälschung und damit Volkszerstörung auf kulturellem Gebiete kündigte er an, daß nunmehr auch auf diesem Gebiete klar und eindeutig aufgeräumt werde:

„... Denn die Kunst ist nun einmal keine Mode. So wenig wie sich das Wesen und das Blut unseres Volkes ändert, muß auch die Kunst den

Charakter des Vergänglichen verlieren, um statt dessen in ihren fortgesetzt sich steigernden Schöpfungen ein bildhaft würdiger Ausdruck des Lebensverlaufs unseres Volkes zu sein. Kubismus, Dadaismus, Futurismus, Impressionismus usw. haben mit unserem deutschen Volke nichts zu tun. Denn alle diese Begriffe sind weder alt noch sind sie modern, sondern sie sind einfach das gekünstelte Gestammel von Menschen, denen Gott die Gnade einer wahrhaft künstlerischen Begabung versagt und dafür die Gabe des Schwätzens oder der Täuschung verliehen hat.

Ich will daher in dieser Stunde bekennen, daß es mein unabänderlicher Entschluß ist, genau so wie auf dem Gebiet der politischen Verwirrung nunmehr auch hier mit den Phrasen im deutschen Kunstleben aufzuräumen.

‚Kunstwerke', die an sich nicht verstanden werden können, sondern als Daseinsberechtigung erst eine schwulstige Gebrauchsanweisung benötigen, um endlich jenen Verschüchterten zu finden, der einen so dummen oder frechen Unsinn geduldig aufnimmt, werden von jetzt ab den Weg zum deutschen Volke nicht mehr finden!

Alle diese Schlagworte, wie ‚Inneres Erleben', ‚eine starke Gesinnung', ‚kraftvolles Wollen', ‚zukunftsträchtige Empfindung', ‚heroische Haltung', ‚bedeutsames Einfühlen', ‚erlebte Zeitordnung', ‚ursprüngliche Primitivität' usw., alle diese dummen, verlogenen Ausreden, Phrasen oder Schwätzereien werden keine Entschuldigung oder gar Empfehlung für an sich wertlose, weil einfach ungekonnte Erzeugnisse mehr abgeben.

Ob jemand ein starkes Wollen hat oder ein inneres Erleben, das mag er durch sein Werk und nicht durch schwatzhafte Worte beweisen. Überhaupt interessiert uns alle viel weniger das sogenannte Wollen als das Können.

Es muß daher ein Künstler, der damit rechnet, in diesem Haus zur Ausstellung zu kommen oder überhaupt noch in Zukunft in Deutschland aufzutreten, über ein Können verfügen. Das Wollen ist doch wohl von vornherein selbstverständlich!..."

und daher erklärte der Führer:

„... Mit der Eröffnung dieser Ausstellung aber hat das Ende der deutschen Kunstvernarrung und damit der Kulturvernichtung unseres Volkes begonnen. Wir werden von jetzt ab einen unerbittlichen Säuberungskrieg führen gegen die letzten Elemente unserer Kulturzersetzung..."

Adolf Hitler schloß mit den Worten:

„... Und wenn einst einmal auch auf diesem Gebiet wieder die heilige Gewissenhaftigkeit zu ihrem Rechte kommt, dann wird, daran zweifle ich nicht, der Allmächtige aus der Masse dieser anständigen Kunstschaffenden wieder einzelne emporheben zum ewigen Sternenhimmel der unvergänglichen, gottbegnadeten Künstler großer Zeiten.

Denn wir glauben nicht, daß mit den großen Männern vergangener Jahrhunderte die Zeit der schöpferischen Kraft begnadeter einzelner beendet und statt dessen in Zukunft eine solche der kollektiven breiigen Masse treten wird! Nein, wir glauben, daß gerade heute, da auf so vielen Gebieten höchste Einzelleistungen sich bewähren, auch auf dem Gebiet der Kunst der höchste Wert der Persönlichkeit wieder sieghaft in Erscheinung treten wird. Ich kann daher auch keinen anderen Wunsch aussprechen in diesem Augenblick als den, daß es dem neuen Haus vergönnt sein möge, in seinen Hallen in den kommenden Jahrhunderten wieder viele Werke großer Künstler dem deutschen Volke offenbaren zu

können, um so nicht nur beizutragen zum Ruhm dieser wahrhaften Kunststadt, sondern zur Ehre und Stellung der ganzen deutschen Nation.

Ich erkläre hiermit die Große Deutsche Kunstausstellung 1937 zu München für eröffnet."

In den Worten des Führers, die als Leitwort über dem Eingang des herrlichen Tempels der deutschen Kunst stehen: „Die Kunst ist eine erhabene und zum Fanatismus verpflichtende Mission", ist der deutschen Kunst wieder der große innere Auftrag und die Richtung gegeben, daß sie nicht nur einem kleinen Kreis betrachtender Ästheten dienen darf, sondern dem ganzen Volke eine Steigerung des Lebensbewußtseins zu geben hat.

Der „Tag der Deutschen Kunst" war umrahmt von einer Fülle künstlerischer Darbietungen, die in ihrer Erlesenheit und grandiosen Ausgestaltung diesem Fest der deutschen Kunst das große Gesicht gaben.

Ausländische Gäste beim Tag der Deutschen Kunst

Welchen gewaltigen Eindruck dieser „Tag der Deutschen Kunst" auf die als Gäste teilnehmenden Ausländer machte, unter denen sich auch mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Confédération Internationale des Artistes (C. I. A.) die Delegierten Österreichs und der Länder Belgien, Niederlande, Frankreich, Polen und der Vereinigten Staaten von Nordamerika befanden, das hat der Präsident der C. I. A., Henri Kerels, in begeisterten Worten ausgesprochen. Im Anschluß an die Münchener Festtage besuchten die ausländischen Gäste die Städte Nürnberg, Würzburg, Heidelberg, Düsseldorf, Köln und Essen und wurden am 28. Juli in Berlin von dem Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste empfangen. —

Ausstellung „Entartete Kunst"

Nachdem am Tage der Deutschen Kunst Adolf Hitler vernichtende Abrechnung mit der „Kunstvernarrung" der Verfallzeit gehalten hatte, wurden seine Worte sinnfällig unterstrichen durch die am 19. Juli in den Arkaden des Münchener Hofgartens eröffnete Ausstellung „Entartete Kunst", in der eine große Anzahl jüdisch-bolschewistischer Machwerke zusammengestellt waren. Nachdem an den vorhergegangenen Tagen der „Tag der Deutschen Kunst" den Begriff des zeitlos Schönen als Forderung an die Kunst gestellt hatte, bedeutete diese Schau in ihrem abschreckenden Gegensatz hierzu eine eindringliche Mahnung.

Überprüfung der Kunstsammlungen

In diesem Zusammenhang richtete der Preußische Ministerpräsident Pg. Göring an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Pg. Rust, folgenden Erlaß (VB., 3. August):

„Nachdem der Führer und Reichskanzler am Tage der Deutschen Kunst in München in klarster Weise die Richtlinien für die Kunstauffassung des Nationalsozialismus festgelegt hat, beauftrage und bevollmächtige ich

den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, die Bestände aller im Lande Preußen vorhandenen öffentlichen Kunstsammlungen ohne Rücksicht auf Rechtsform und Eigentumsverhältnisse im Sinne der Richtlinien des Führers und Reichskanzlers zu überprüfen und die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Über die Verwendung aller ausgemerzten Gegenstände, soweit sie dem Staate gehören, werde ich gesondert, sobald mir die Liste vorliegt, entscheiden.

Ich beauftrage ferner den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, die Richtlinien des Führers und Reichskanzlers mit unnachsichtiger Strenge allen staatlichen Beamten, Angestellten und Beauftragten gegenüber, soweit sie sich auf dem Gebiet der Kunst betätigen, schnellstens durchzuführen. Soweit Kunstinstitute meiner unmittelbaren Leitung unterstehen, werde ich die Richtlinien selbst zur Anwendung bringen."

Umgestaltung der Preußischen Akademie der Künste

An weiteren organisatorischen Ereignissen auf dem Gebiete der Kultur sei erwähnt, daß Ministerpräsident Pg. Göring am 15. Juli — auf Vorschlag des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Pg. Rust, als Kurator der Preußischen Akademie der Künste in Berlin — die Satzung der Preußischen Akademie der Künste mit sofortiger Wirkung aufhob und Reichsminister Rust mit der Ausarbeitung einer neuen, nationalsozialistischen Grundsätzen entsprechenden Satzung und einer entsprechenden Umgestaltung und Verjüngung der Akademie beauftragte. Gleichzeitig übernahm Ministerpräsident Pg. Göring das Amt eines Protektors der Akademie. —

War München, die „Hauptstadt der Bewegung", auch zur „Stadt der deutschen Kunst" geworden, so bedeutete dies keineswegs, daß etwa in anderen Städten für die künstlerische Gestaltung nichts oder wenig getan worden wäre. Daß das Gegenteil der Fall ist, hat sich gerade in den Bauten des Dritten Reiches in allen Gauen Deutschlands sinnfällig gezeigt. Dies kam auch besonders bei der Reichshauptstadt Berlin zum Ausdruck, die vom 14. bis zum 22. August ihr 700jähriges Bestehen festlich beging und dazu vom Führer folgenden Glückwunsch erhielt:

700-Jahrfeier der Reichshauptstadt

Für die mir von der 700-Jahr-Feier entbotenen Grüße sage ich Ihnen herzlichen Dank. Mit Stolz kann die Stadt Berlin auf ihren Aufstieg zurückblicken. Ich hoffe zuversichtlich, daß sie durch die gewaltige bauliche Neugestaltung, die im nächsten Jahre beginnen wird, immer mehr den Charakter einer wahrhaft würdigen Hauptstadt des Dritten und damit des Deutschen Reiches erhält.

Adolf Hitler.

Diese Worte des Führers wie auch das Geleitwort, das der Berliner Gauleiter, Reichsminister Pg. Dr. Goebbels, der Reichshauptstadt widmete (sie möge bleiben wie sie ist: fleißig, fanatisch, großzügig und lebensfreudig, mit einem Wort: nationalsozialistisch), wiesen auf die Bedeutung und die großen Aufgaben der Reichshauptstadt in der

Zukunft hin. — Aus Anlaß dieser Jubiläumsfeier verlieh die Reichshauptstadt durch den Stadtpräsidenten und Oberbürgermeister Pg. Dr. Lippert den Ehrenschild für besondere Verdienste um Berlin als erstem dem Berliner Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels.

Bauliche Neugestaltung Berlins

Und es sei hier an die Worte erinnert, die Adolf Hitler am 30. Januar sagte:

„Als äußeres Zeichen für diese große Epoche der Wiederauferstehung unseres Volkes aber soll nunmehr der planmäßige Ausbau einiger großer Städte des Reiches treten. An der Spitze die Ausgestaltung Berlins zu einer wirklichen und wahren Hauptstadt des Deutschen Reiches.“

Deutscher Historikertag in Erfurt

Der Juli 1937 brachte auch den ersten Deutschen Historikertag nach der nationalsozialistischen Machtübernahme (in Erfurt vom 5. bis zum 7. Juli). Jede echte Revolution ist gleichzeitig ein Ringen um neue Grundlagen und ein Besinnen auf die geschichtlichen Kräfte des völkischen Lebens. Und es ist lebensnotwendig, daß auf dem Gebiete der Wissenschaft die historische Forschung heute einen ungleich breiteren Raum einnimmt als zu anderen Zeiten; denn gerade sie empfängt von der Revolution, die auch um die Gestaltung eines neuen ihr gemäßen Geschichtsbildes ringt, mit neuen Wertungen neue Impulse und neue Aufgaben. Das bewies dieser 19. Deutsche Historikertag, auf dem in einer Reihe bedeutsamer Fachvorträge Kernfragen nationalsozialistischer Geschichtsauffassung erörtert wurden. Diese Einstellung kam auch in dem Telegramm zum Ausdruck, das der Präsident des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Professor Walter Frank, vom Historikertag an den Führer richtete:

Mein Führer! Im Namen der Historiker des gesamtdeutschen Volkstums, die heute zum erstenmal seit dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution wieder zu einem deutschen Historikertag zusammengetreten sind, entbiete ich Ihnen als dem großen Geschichtsgestalter unserer Nation das Gelöbnis treuer Gefolgschaft. Möge das Erleben großer geschichtlicher Tat, das wir Ihnen verdanken, unserer Geschichtsforschung, Geschichtsschreibung und Geschichtslehre wieder die Stärke verleihen, mitzuwirken an der Erziehung eines neuen deutschen Geschlechts, das große Taten nicht nur zu verstehen, sondern auch zu tun bereit ist.

In alter Treue Walter Frank.

Und Adolf Hitler antwortete:

Den zum Erfurter Historikertag versammelten deutschen Geschichtsforschern danke ich für das mir telegraphisch übermittelte Gelöbnis treuer Gefolgschaft. Ich sende Ihnen meine herzlichen Grüße mit dem Wunsche, daß Ihre Tagung das Verständnis für die Notwendigkeit einer klarlinigen, von völkischem Geiste getragenen deutschen Geschichtsschreibung fördern möge.

Adolf Hitler.

Nachstehend seien nun aus dem Juli noch eine Reihe weiterer kultureller Veranstaltungen von zentraler Bedeutung aufgeführt, vor allem

der Internationale Filmkongreß, der diesmal in Paris (5. bis 8. Juli) tagte. Immer mehr gewinnt der Internationale Filmkongreß an Einfluß und Bedeutung; aus einer skeptisch beurteilten internationalen Kammer des Films hat er sich mit seinen Arbeitsausschüssen und Exekutivkomitees zu einem international anerkannten Faktor auf dem Gebiete des Films entwickelt. Dies wurde auf dem diesjährigen Kongreß besonders deutlich. Die verschiedenen Kammern für Rechtsfragen, Wirtschaft, Filmkunst und Kultur behandelten die vielfältigen Fragen ihrer Arbeitsgebiete. (So soll unter anderem ein oberstes Schiedsgericht für den Film geschaffen werden, dessen Entscheidungen endgültig und bindend sein werden.) Unter den Beschlüssen ist besonders eine Entschließung gegen Tendenz- und Hetzfilme hervorzuheben, nach der nicht nur die Vorführung, sondern bereits die Herstellung von solchen Tendenzfilmen rechtzeitig unterbunden werden soll. So war auch der diesjährige Kongreß getragen von der Auffassung, daß der Film ein Mittel der Verständigung, ein Mittler von Volk zu Volk ist.

Internationaler Filmkongreß in Paris

In diesem Sinne war bereits am 4. Juli das internationale Lichtspieltheater der Pariser Weltausstellung, in dem die teilnehmenden Staaten während der Ausstellung abwechselnd ihre Spitzenleistungen auf dem Gebiete der Filmkunst zeigten, durch den Präsidenten der Internationalen Filmkammer und Präsidenten der Reichsfilmkammer, Staatsminister a. D. Professor Dr. Lehnich, mit einem deutschen Filmabend feierlich eröffnet worden.

In diesem Zusammenhang sei auch die 5. Internationale Filmkunstausstellung in Venedig im August erwähnt. Wie in den Vorjahren brachte die Ausstellung einen Querschnitt durch den gegenwärtigen Stand der Welt-Filmkunst. Und am 5. September konnte der VB. melden:

5. Internationale Filmkunstausstellung in Venedig

> Deutschland erhielt für seine auf der Schau vorgeführten Filme drei Pokale. Als bester Dokumentarfilm wurde der Ufa-Film „Mannesmann“ mit dem Pokal der Faschistischen Partei ausgezeichnet. Den Volpi-Pokal für die beste schauspielerische Leistung gewann Emil Jannings für seine Darstellung der Titelrolle im Tobis-Film „Der Herrscher“. Der Pokal des Instituts für Erziehungskinematographie für den besten wissenschaftlichen Film wurde der Ufa für die Gesamtheit ihrer wissenschaftlichen Filme unter besonderer Berücksichtigung des Films „Röntgenstrahlen“ zugesprochen.

Der 20. Juli brachte auf dem Gebiete des Theaters die feierliche Eröffnung der Reichsfestspiele in Heidelberg mit einer glänzenden Aufführung von Kleists „Amphitryon“.

Reichsfestspiele in Heidelberg

Der Juli erlebte ferner wiederum die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth. Wie alljährlich, bedeuteten auch in diesem Jahre die unter der Schirmherrschaft des Führers abgehaltenen Festspiele einen glanzvollen Höhepunkt im Musikleben des Dritten Reiches

Bayreuther Festspiele

und darüber hinaus in der Welt. Die Schirmherrschaft Adolf Hitlers ist mehr als eine schöne Geste; sie ist Ausdruck der inneren Verbundenheit des Nationalsozialismus mit dem in Richard Wagners Werk Gestalt gewordenen germanischen Mythus. –

12. Deutsches Sängerbundesfest in Breslau

Ein musikalisches Ereignis von allgemein überragender Bedeutung brachte das Monatsende noch mit dem 12. Deutschen Sängerbundesfest in Breslau (28. Juli bis 1. August). Deutsche Volksgruppen aus aller Welt waren zusammengekommen, um im deutschen Liede ein machtvolles Bekenntnis zu ihrer angestammten Heimat abzulegen. Diese Bedeutung wurde besonders offenbar in den Worten des **Führers** bei der Weihestunde des Sängerbundesfestes, vor mehr als 500000 Deutschen:

„... Es ist fast stets das Unglück gerade unseres Volkes gewesen, nicht politisch geeint zu sein. Millionen Deutsche leben auch heute außerhalb des Reiches, fast die Hälfte derer, die in Deutschland selber ihre Heimat und Wohnstätte besitzen. Allein, gerade ein Volk, das so viele Jahrhunderte keine politische Einheit bilden konnte, muß andere Momente besitzen, die in der Lage sind, ihm das Fehlen der realen politischen Einheit wenigstens ideell zu ersetzen.

Das erste ist unsere **deutsche Sprache**, denn sie wird wohl nicht von 68 Millionen, sondern von 95 Millionen gesprochen.

Ein zweites ist das **deutsche Lied**, denn es wird nicht nur innerhalb der Grenzen dieses Reiches gesungen, sondern es klingt über sie hinaus, überall dort, wo überhaupt Deutsche in der Welt leben.

Dieses Lied begleitet uns von unserer Kindheit bis ins Greisenalter. Es lebt in uns und mit uns, und es läßt, ganz gleich, wo wir auch sind, immer wieder die Urheimat vor unseren Augen erstehen, nämlich Deutschland und das Deutsche Reich ...

Wir haben wieder ein stolzes Volk und ein starkes Reich vor uns, und alle die, die nach Ablauf der festlichen Tage diese Stadt verlassen müssen, um die Grenzen des Reiches zu überschreiten, werden mit Stolz, mit Freude und auch mit Zuversicht zurückblicken auf das, was sie hier sehen konnten, und was ihnen offenbar wurde. Sie werden alle die Empfindung mitnehmen: **Ein Volk ist wieder aufgestanden, ein Reich ist neu geworden! Der deutsche Mensch hat sich selber gefunden.** Er hat damit im Sinne seines Schöpfers gehandelt ...

Wir, die wir hier nun versammelt sind, aus allen deutschen Gauen, aus so vielen Gebieten außerhalb des Reiches, **wir fühlen uns hier alle als eine Gemeinschaft.** Sänger sind Sie und sind damit **Sprecher des deutschen Volkstums!**

Wir sind so glücklich, über alles Trennende hinweg uns nun in dieser Stunde als unlösbar zusammengehörig empfinden zu können, einer für alle und alle für jeden.

Und ich bin unendlich glücklich und stolz, Sie in dieser Stunde hier namens des Reiches und der im Reich lebenden deutschen Nation begrüßen und Ihnen danken zu können nicht nur dafür, daß Sie das deutsche Lied pflegen, sondern daß Sie sich in diesem Lied **der deutschen Heimat ergeben und sich mit ihr verbunden haben.** Sie, die Sie die weite Reise nicht scheuten, Sie, die Sie aus allen Gegenden Europas und darüber hinaus hierherkamen, in diese Stadt, Sie begrüße ich besonders! Gehen Sie wieder fort von hier mit dem festen Glauben: **Deutschland steht, und nimmermehr wird dieses Reich vergehen!**“

Am 30. Juli eröffnete Reichsminister Dr. Goebbels die Hallen der 14. Deutschen Rundfunkausstellung in Berlin, die wieder einen umfassenden Überblick über die Leistungsfähigkeit der deutschen Rundfunkindustrie vermittelte. In seiner Eröffnungsansprache kündigte Dr. Goebbels u. a. die Neuauflage von 300000 Stück neuer, verbesserter Volksempfänger bei einer Preisermäßigung von etwa 15 v. H. an, sowie die Schaffung des ersten Gemeinschafts-Übersee-Empfängers anläßlich der diesjährigen Rundfunkausstellung (der den Namen „Stuttgart" nach der Stadt des Auslandsdeutschtums erhalten habe).

14. Deutsche Rundfunkausstellung

In seiner Rede stellte Dr. Goebbels fest, daß mit dem 1. Dezember 1936 England, das im Hinblick auf die Zahl der Rundfunkhörer an der Spitze aller europäischen Länder stand, diese Führung an Deutschland abgeben mußte. Die Rundfunkdichte beträgt in Deutschland 12,4 Rundfunkhörer auf 100 Einwohner bzw. 46,6 Rundfunkteilnehmer auf 100 Haushaltungen. Damit ist jetzt Deutschland das führende Rundfunkland in Europa. Dr. Goebbels sagte weiter:

> „Wenn wir in bezug auf die Hörerzahl das erste Rundfunkland der Welt werden wollen, so müssen wir auch den Ehrgeiz haben, den besten, interessantesten, aktuellsten, bildendsten und unterhaltendsten Volksfunk der Welt zu besitzen. Dazu gilt es, alle künstlerischen Kräfte freizumachen. Die Dezentralisation der Verwaltung des Rundfunks muß auch eine Dezentralisation der Programmgestaltung nach sich ziehen. So eindeutig und unantastbar die Führung des Reiches für den Rundfunk durchgesetzt worden ist, so großzügig und unvoreingenommen sollen seitens der einzelnen Sender die künstlerischen Kräfte ihrer Landschaften mobilgemacht werden. Denn die Reichseinheit ist auch auf diesem Gebiet kein öder Zentralismus oder Bürokratismus, sondern eine lebendige, fruchtbare Funktion unseres Volkslebens, die sich aller Möglichkeiten im Lande selbst bedient, um aus der Vielheit heraus die Einheit zu formen."

Nach zehntägiger Dauer schloß die Ausstellung am 8. August ihre Pforten, nachdem sie eine Gesamtbesucherzahl von über 300000 (gegenüber 225000 im Vorjahre) erreicht hatte. — Hier sei auch noch über eine entscheidende Weiterentwicklung des Fernsehens berichtet: Zum ersten Male zeigte die Deutsche Reichspost in einer Sonderschau auf der diesjährigen Rundfunkausstellung den derzeitigen Stand der Fernsehtechnik mit der deutschen Fernsehnorm, dem 441-Zeilen-Bild mit Zeilensprung. Damit wird die Wiedergabe der Bilder auf das für die Technik bestmögliche Maß gesteigert, das von keiner Auslandstechnik überboten wird.

Fortschritte im Fernsehen

Der Juli brachte noch ein weiteres wichtiges Ereignis auf dem Gebiete der Kultur: In Erweiterung ihrer bisherigen Zusammenarbeit haben der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht, Pg. Rust, und der Vorsitzende der Parteiamtlichen

Schrifttumspolitische Zusammenarbeit von Partei und Staat

Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, Reichsleiter Pg. Bouhler, folgendes Abkommen getroffen:

1. In Fortsetzung und zur Vertiefung der bisherigen Zusammenarbeit ist zwischen der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums und dem Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ein erweitertes Arbeitsabkommen abgeschlossen worden. Dieses Abkommen bezieht sich auf alle Fragen des Schrifttums aus dem Arbeitsbereich des Reichserziehungsministeriums, das heißt das gesamte wissenschaftliche, erzieherische und volksbildnerische Schrifttum.

2. Zur Bearbeitung grundsätzlicher Fragen, die sich aus dem Arbeitsbereich der Parteiamtlichen Prüfungskommission einerseits und dem des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung anderseits hinsichtlich des wissenschaftlichen und erzieherischen Schrifttums ergeben, wird ein Arbeitskreis gebildet, dessen Vorsitz Hauptamtsleiter Hederich übernimmt und dessen Mitglieder zur Hälfte vom Reichserziehungsminister, zur Hälfte vom Vorsitzenden der Parteiamtlichen Prüfungskommission ernannt werden.

3. Zur Vertretung seiner besonderen schrifttumspolitischen Wünsche im Rahmen der Arbeiten an der NSB. (Nationalsozialistische Bibliographie) hat der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einen von ihm benannten Beauftragten im NSB.-Arbeitskreis der Parteiamtlichen Prüfungskommission. Damit ist hinsichtlich der Nationalsozialistischen Bibliographie eine enge und ständige Zusammenarbeit gewährleistet.

4. Im Zusammenhang mit dem zu schaffenden Arbeitskreis und in Verbindung mit den Arbeiten an der Nationalsozialistischen Bibliographie bildet der Reichserziehungsminister als Mitglied der Parteiamtlichen Prüfungskommission aus Angehörigen seines Ministeriums und dessen Unterbehörden ein ihm persönlich unterstehendes Lektorat. Dieses Lektorat ist zugleich in das Gesamtlektorat der Parteiamtlichen Prüfungskommission eingefügt.

Berlin, den 14. Juli 1937.

gez.: Bouhler. gez.: Rust.

Die NSK. (15. Juli) schrieb hierüber:

„Dem Arbeitsabkommen zwischen der Parteiamtlichen Prüfungskommission und dem Reichserziehungsminister kommt eine besondere Bedeutung zu, wird doch mit dieser Maßnahme ein weiterer wichtiger Schritt für die innere Ausrichtung des deutschen Schrifttums, an der die Parteiamtliche Prüfungskommission als die zuständige Dienststelle der NSDAP. seit über 3 Jahren arbeitet, getan. Auf Grund der Erfahrungen, die von der Parteiamtlichen Prüfungskommission während der Zeit ihrer Tätigkeit gemacht worden sind, hat sich die Notwendigkeit immer stärker herausgestellt, auch das wissenschaftliche Schrifttum, soweit in ihm politisch-weltanschauliche Fragen behandelt oder berührt werden, weitgehend in die große Linie der Nationalsozialistischen Schrifttumspolitik einzufügen. Gerade in diesem Sektor des Schrifttums, der der allgemeinen und fachlichen Ausbildung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses dient, ist es erforderlich, zu erreichen, daß Anschauung und Gedanken nicht als nationalsozialistisch bezeichnet werden, die mit dem Nationalsozialismus innerlich nichts zu tun haben oder sogar zu ihm in Widerspruch stehen. In dieser Hinsicht eine Klarheit zu schaffen, ist der Sinn des neuen Arbeitsabkommens. Es bedarf dabei nicht besonderer Be-

tonung, daß die Prüfungsarbeit des unter Leitung von Hauptamtsleiter Hederich stehenden Arbeitskreises sich ausschließlich auf die politische Seite, nicht aber auf die fachlich-wissenschaftliche des wissenschaftlichen Schrifttums erstrecken wird.

Das Arbeitsabkommen, das einer der ältesten Gauleiter des Führers in seiner Eigenschaft als Reichsminister, Parteigenosse Rust, geschlossen hat, ist ein weiterer Ausdruck für die immer engere und festere Zusammenarbeit, die zwischen den einzelnen Dienststellen der NSDAP. und des Staates zustande kommt. Die Partei als der politische Willensträger des deutschen Volkes hat nun auch durch die zuständige Dienststelle der Reichsleitung der NSDAP. die allgemeine politische Ausrichtung des Schrifttums übernommen, das im Arbeitsbereich des Reichswissenschafts- und Erziehungsministers liegt. Wissenschaft und Politik stellen, das ist eine Grundfrage des Nationalsozialismus, heute eine innere Einheit im Dienst am deutschen Volke dar. Die enge Verbundenheit zwischen Staat und Bewegung kommt in der Berufung des Gauleiters Rust zum Mitglied der Parteiamtlichen Prüfungskommission, der alle Reichsleiter der NSDAP. angehören, und in der Bildung eines ihm persönlich unterstehenden weitverzweigten Lektorates zum Ausdruck."

Etwa in der gleichen Zeit wurde Hauptamtsleiter Pg. Hederich durch Reichsminister Pg. Dr. Goebbels auch zum Leiter der Abteilung Schrifttum im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und zum Vizepräsidenten der Reichsschrifttumskammer ernannt. (Gleichzeitig wurde der Vorsteher des Börsenvereins der deutschen Buchhändler und Verlagsleiter im Zentralverlag der NSDAP., Pg. Wilhelm Baur, zum Vizepräsidenten der Reichsschrifttumskammer ernannt.)

Ausländische Journalistenbesuche

Schließlich seien auf dem Gebiete der Presse (die Rede des Reichspressechefs Pg. Dr. Dietrich über „Pressefreiheit" und internationale Kriegshetze und der umfassende Leistungsbericht des Reichsleiters Pg. Amann über die Leistungen der nationalsozialistischen Parteipresse vor dem Parteikongreß werden im Zusammenhang mit dem Reichsparteitag 1937 im 13. Abschnitt behandelt) die engen Auslandsbeziehungen hervorgehoben. Insbesondere sei der Besuch italienischer Journalisten in Deutschland (im September) als Gäste des Reichsverbandes der Deutschen Presse erwähnt, ebenso eine vierzehntägige Reise estnischer Journalisten durch Deutschland. Der Hauptschriftleiter des estnischen Regierungsblattes „Uus Eesti", Oidermaa, drückte die Empfindungen seiner Kameraden aus, als er sagte: „Für uns alle ist das neue Deutschland ein tiefes Erlebnis gewesen!"

12. Abschnitt:

Wirtschaftliche Entwicklung

Leipziger Messen

Das Ende des Sommers 1937 brachte mit der Leipziger Herbstmesse (29. August bis 2. September) einen weiteren Beweis für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands: Der Messeumsatz belief sich auf etwa 118 Millionen RM. (rund 20 Millionen mehr als im Vorjahr), davon 21,3% Auslandsaufträge im Betrage von etwa 25 Millionen RM. (also rund 6 Millionen mehr als im Vorjahr). Die Zahl der Aussteller belief sich auf 5505 (1937: 5148).

Dabei wollen wir uns vor allem aber auch an die Leipziger Frühjahrsmesse (28. Februar bis 8. März) erinnern, die in mindestens ebenso deutlichem Maße den Aufstieg gegenüber den Vorjahren (siehe Band 1936, Seite 27) unter Beweis gestellt hatte. Die Zahl der Aussteller hatte sich wieder auf etwa 8000 belaufen, die Zahl der Besucher jedoch auf 263136 (also rund 23000 mehr als im Vorjahr), davon 31684 aus dem Ausland. Der Umsatz erreichte bei der Frühjahrsmesse rund 495 Millionen RM. und somit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um etwa 105 Millionen! — Einen besonderen Anziehungspunkt dieser Messe bildete die technische Messe, die durchaus im Zeichen des Vierjahresplanes stand. Sie gab einen Querschnitt durch die neue Produktionstechnik (Zellwolle, Kunstharz, Dieselöl, Chrommolybdän usw.). Im Rahmen der Messe fand außerdem die Grundsteinlegung des „Hauses der Deutschen Arbeitsfront" in Leipzig durch Pg. Dr. Ley statt (28. Februar) und — wie im Vorjahre — eine Kundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., die diesmal das Thema „Wille zum Welthandel" trug und bei welcher der Leiter der Kommission, Pg. Bernhard Köhler, u. a. ausführte:

„... Wirtschaftliche Selbstbestimmung ist das unabdingbare Hoheitsrecht eines freien Volkes. Nicht die Politik anständiger Völker stört die Wirtschaft, aber das jüdische Geschäft stört anständige Politik, und die jüdische Politik stört die Geschäfte anständiger Völker. Daher auch die wütende Propaganda gegen uns und der Vorwurf, wir wünschten uns aus der Gemeinschaft der Völker zu isolieren. Wir kommen nicht als Hilfsbedürftige. Wir kommen auf den Weltmarkt als Kaufleute, die sich ihres eigenen und

des Wertes ihrer Waren bewußt sind und die entweder als Gleichberechtigte mit anderen Geschäfte machen oder gar nicht. Wir sind entschlossen, uns aller der Vorteile zu bedienen, die der Welthandel uns zu bieten vermag. Nun suchen wir die Leute, die bereit sind, uns zu verstehen, mit uns zu verdienen. Wir sind zutiefst überzeugt, daß wir unsere Gegenleistung nur im freien Wettbewerb anbieten können. Wir haben keine Angst vor diesem Wettbewerb und verlangen nur, daß wir als Gleichberechtigte in ihn eintreten können. Wir glauben nicht an einen Welthandel, der aus Zwang und Not und Hunger entsteht. Wir glauben aber an einen Welthandel, der von dem kräftigen Willen arbeitsfreudiger Völker getragen wird. Je mehr stolze Völker sich mit uns in diesem Glauben vereinigen, um so näher werden wir auch einer wirklichen Gemeinschaft der Völker sein."

Deutsche Ostmesse

Weiter sei an die bereits im 9. Abschnitt erwähnte erfolgreiche Deutsche Ostmesse in Königsberg (15. bis 18. August) erinnert, insbesondere aber an die Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung in Berlin, die wiederum von Adolf Hitler mit einer grundsätzlichen Rede eröffnet wurde (20. Februar). Der Führer erinnerte an die gewaltige Steigerung der Kraftwagenerzeugung und des Kraftwagenabsatzes, der in Deutschland seit 1933 erreicht worden ist, und stellte folgende Bilanz der letzten Jahre fest:

Internationale Automobil- und Motorradausstellung — Führerrede

Bilanz der Motorisierung

„1. Es ist uns in diesen vier Jahren gelungen, zunächst das Verständnis des deutschen Volkes als solches für den Gedanken und die Notwendigkeit der Motorisierung aufzuschließen. Dies ist vielleicht in der Folgewirkung der bedeutsamste Gewinn, denn: solange in einem Volk die Auffassung besteht, daß das Automobil ein Klassenmittel und deshalb abzulehnen sei, kann von einer erfolgreichen Motorisierung keine Rede sein. Diese Auffassung war aber nicht nur in der breiten Masse unseres Volkes vorhanden, sondern leider auch in unseren sogenannten Oberschichten und nicht zuletzt in den Kreisen der Automobilindustrie selbst.

2. Aus der allmählichen Änderung der Einstellung des deutschen Volkes dem Kraftwagen gegenüber entstand ein steigendes Interesse an all dem, was mit dem Kraftwagen und der Motorisierung zusammenhängt. Unsere Jugend gibt sich heute mit einem wahren Feuereifer den neuen technischen Aufgaben und Erfindungen hin.

3. Aus dieser sich anbahnenden Neueinstellung resultiert die allgemeine Haltung unseres Volkes dem Kraftwagen gegenüber. Das deutsche Volk ist deshalb heute nicht nur in seiner Gesetzgebung, sondern auch in seiner Gesamteinstellung kraftwagenfreundlich geworden. Und dies hilft mehr, als alle behördlichen Anordnungen es könnten!

4. Unsere Motorentechnik steht jetzt in ihren Leistungen mit in den ersten Reihen der Spitzenleistungen der ganzen Welt. Unsere Konstruktionen gehören zu den vorbildlichsten, die es gibt. Die deutsche Arbeit steht an Genauigkeit hinter keiner anderen Arbeit des Auslandes zurück, sondern darf — wie dies unsere großen Rennerfolge beweisen — wirklich als technische Höchstleistung angesehen werden.

5. Es ist gelungen, für eine bestimmte Käuferschicht in Deutschland heute eine große Zahl von Wagen und Motorrädern hervorzubringen, die den besten ähnlichen Fabrikaten des Auslandes mindestens ebenbürtig sind. Wer sich als durchschnittlicher deutscher Kraftwagenbesitzer heute einen ausländischen Wagen kauft, kann nicht darauf hinweisen, daß ihn dessen besondere Qualität dazu bewogen hätte! Denn in ihr sind unsere

deutschen Automobile zur Zeit von ausländischen nicht mehr zu schlagen! Es müssen mithin dann andere Gründe für eine solche Haltung maßgebend gewesen sein!

6. Die deutschen Verkehrswege, Autostraßen und allgemeinen Straßen sind zum Teil überhaupt unvergleichliche, zum anderen Teil dem Ausland gegenüber wenigstens nicht mehr zurückstehende. Wir werden aber schon in wenigen Jahren das modernste Autostraßennetz der Welt besitzen. Vom Jahre 1937 ab erfolgt im übrigen die Finanzierung der deutschen Reichsautobahnen aus den Erträgnissen des deutschen Kraftverkehrs selbst. Sie ist sichergestellt und wird es uns ermöglichen, jährlich rund 1000 Kilometer dieser hervorragenden Straßen dem Verkehr zu übergeben.

7. Unsere sportlichen Leistungen sind die besten der Welt."

Als Aufgaben für die Zukunft stellte der Führer folgende Punkte heraus:

Der Volkswagen

„1. Es ist nunmehr notwendig, die letzten Voraussetzungen für die Produktion des neuen Volkswagens sicherzustellen und mit dieser dann zu beginnen.

2. Es ist notwendig, zu diesem Zweck eine Überprüfung all jener Bedingungen vorzunehmen, die eine Belastung oder Verteuerung der Produktion und Haltung dieses Kraftwagens mit sich bringen. Es ist zum Beispiel auch ein unmöglicher Zustand, durch ein Gewirr bürokratischer Anordnungen die Errichtung von Unterstellräumen für das Automobil so zu verteuern, daß am Ende die Miete für ein möbliertes Zimmer im Monat billiger sein kann als die einer Autobox!

3. Es ist weiter notwendig, die deutsche Automobilindustrie selbst zu einem klaren Verstehen der ihr obliegenden Aufgaben zu bringen, das heißt, innerhalb dieser Wirtschaft jene Typenbegrenzung vorzunehmen, die die Rentabilität der Werke ermöglicht, ohne sie zu zwingen, sich gegenseitig die einzelnen Typen abzujagen, die, von einer Fabrik mit Erfolg produziert, von allen übernommen, aber in kurzer Zeit zu einem allgemeinen Mißerfolg führen werden.

Ich möchte hier einfügen, daß es ein kapitaler Irrtum ist, zu glauben, daß die Produktion des billigsten Volkswagens den Abnehmerkreis teuerer Wagen irgendwie beschränken könnte. Dies ist wie gesagt ein Unsinn: Die Menschen verzichten nicht auf den Kauf teurer und somit besserer Wagen, weil sie aus Grundsatz billige haben wollen, sondern weil sie nicht in der Lage sind, sich die teuren zu kaufen! Und in dem Maß, in dem die Gesamtziffer der Produktion wächst, muß zwangsläufig die Verbilligung eine progressive Steigerung erfahren. Dies entspricht der Lagerung unserer Vermögens- und Einkommensverhältnisse! Es ist aber noch stets so gewesen, daß so wie erst durch das billigere Produkt die Aufmerksamkeit und das Interesse der Käufer und damit späteren Besitzer in einer bestimmten Richtung geweckt und entwickelt wurde, gerade aus diesen Schichten dann später die Käufer für die besseren Produkte kamen.

Meine Herren! Es kann daher in Deutschland nur einen Volkswagen geben und nicht zehn. Wohl aber wird es zwischen dem kommenden Volkswagen und den höchsten Spitzenwagen eine große Gruppe anderer Wagenklassen geben müssen, die dem wirtschaftlichen Emporsteigen der Käufer entsprechen. Der Zweck und das Ziel der Produktion dieser in der Mitte liegenden Fabrikate kann es nicht sein, durch eine primitivere Gestaltung den Preis des Volkswagens zu erreichen, sondern durch eine fortgesetzte Verbesserung der Fabrikate jenen Teil der früheren Volkswagenkäufer auf sich zu lenken, der dank

seinem eigenen wirtschaftlichen Emporstieg Käufer der höheren Wagenklassen zu werden vermag.

Wenn ich aber die Motorisierung von einem so großen allgemeinen Gesichtspunkt aus betrachte und in ihrer Bedeutung werte, dann würde es ein wahrhaft verbrecherischer Leichtsinn sein, eine so gewaltige Industrie auf unsichere wirtschaftliche Grundlagen aufzubauen. Es ist daher

4. unsere allerhöchste Aufgabe, Deutschland von der Einfuhr jener Stoffe unabhängig zu machen, die für die Erhaltung und den weiteren Ausbau gerade dieser Produktion erforderlich sind. Es ist dies nicht nur der Brennstoff, sondern es sind dies auch die notwendigen Metalle oder neue Stoffe, wie Kunstharz usw. Ich habe diese Arbeit in dem Vierjahresplan mit einer Reihe weiterer Aufgaben zusammengefaßt und verbunden. Die Lösung wird erfolgen, weil sie erfolgen muß! Ich möchte mich nicht mit jenen auseinandersetzen, die zu allen großen Entschlüssen nur den bekannten Einwand ‚Es geht nicht' besitzen. Seit 18 Jahren bin ich es gewohnt, diese Bemerkung als sinnvoll einfache Begründung des Kampfes gegen jede neue Idee, jeden neuen Entschluß und jede neue Tat zu vernehmen.

Ich habe diesen Spruch kennengelernt in der Zeit der Novemberrevolution, da ich den Entschluß faßte, eine neue Bewegung in Deutschland zu gründen, um mit ihr die Macht zu erobern, und ich hörte diese Worte genau so, als ich den Entschluß faßte, die Reichsautobahn zu errichten. Alles das ging und geht nicht. Ich habe mich darüber bisher nun leicht zu trösten gewußt. Denn diese Phrase ‚Das geht nicht' ist nichts anderes als der Ausdruck jener allgemeinen menschlichen Trägheit, die sich gegen jede neue Idee, jede neue Vorstellung und jede neue Tat zur Wehr setzt. Und ich brauche Ihnen eines nicht zu versichern, daß ein Mann, der es fertiggebracht hat, vom unbekannten Soldaten des Weltkrieges zum Führer einer Nation emporzusteigen, es auch fertigbringen wird, die kommenden Probleme zu lösen. Möge niemand an meiner Entschlossenheit zweifeln, einmal vorgefaßte Pläne so oder so auch zu verwirklichen."

Diesen außerordentlich deutlichen und entschiedenen Worten fügte der Führer noch folgende Widerlegung der „Gegengründe" hinzu:

„Wenn ich dies vorausschicke, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegengründe eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten. Es sind im tiefsten Grunde fast stets nur kapitalistische Erwägungen. Denn folgendes ist nicht zu bestreiten:

1. Die Frage der Verwandlung von Kohle in Benzin ist gelöst.

2. Die Erzeugung des künstlichen Gummis ist ebenfalls gelungen und wird fabrikatorisch in einem großen Betrieb durchgeführt.

3. Die deutschen Eisenlager sind unbegrenzte. Außerdem: Über tausend Jahre hat Deutschland kein Eisen eingeführt, und trotzdem haben wir unseren Bedürfnissen genügen können.

Endlich sind unsere deutschen Kohlenvorräte desgleichen nach menschlichem Ermessen auf längste Zeit ausreichende.

Die deutsche Arbeitskraft ist in genügendem Ausmaß vorhanden, und sie wird es besonders dann sein, wenn durch das Ausklingen der nationalen Aufrüstung wieder Hunderttausende von Menschen für andere Zwecke frei werden. An der Fähigkeit und am Fleiß unseres Volkes aber kann niemand zweifeln. Der scheinbar sachliche Einwand gegen die Durchführung solcher Entschlüsse basiert also im allgemeinen nur auf zwei Momenten:

1. Es ist die Bequemlichkeit, um nicht zu sagen, die Trägheit an sich, die sich zu Protest meldet bei allen umwälzenden Neuerungen, die neue Anstrengungen in geistiger, körperlicher und willensmäßiger Hinsicht erfordern, und

2. ist es meist der Einwand der zu hohen Preisbildung der Eigenerzeugung solcher Produkte. Man wird einem zunächst stets entgegenhalten, daß, sagen wir, der Benzinpreis einer eigenen Fabrikation teuerer sei als der Preis des eingeführten, oder daß der Eisenpreis etwas höher sein würde als der des importierten Eisens.

Meine Herren! Wollte man diesen Meinungen folgen, dann hätten wir überhaupt keine Nationalwirtschaft mehr. Jahrzehntelang hat vor dem Krieg der Marxismus unentwegt gefordert, daß man zum Beispiel ausländisches Fleisch, das damals ohne Zweifel billiger war, nach Deutschland einführen sollte. Das Ergebnis wäre die Vernichtung des deutschen Bauernstandes gewesen. Ebenso forderte man die Einfuhr ausländischen Getreides. Dies hätte ebenfalls zum Ruin des deutschen Bauern geführt. Und wir haben unsere Schafzucht vernichtet, weil wir glaubten, billigere Wolle aus Australien bekommen zu können.

Nach dieser Auffassung würde überhaupt eine Nationalwirtschaft nicht aufzurichten sein, weil naturgemäß durch Weltkartelle jederzeit bestimmte Preissenkungen vorgenommen werden könnten, die vorübergehend die Preisgestaltung jeder Nationalproduktion zu unterbieten in der Lage sind. Vor allem: Nach dieser Theorie gäbe es heute keine deutsche Autoindustrie. Nein, meine Herren, so kann man eine nationale Wirtschaftspolitik nicht führen!

Wie groß unser deutsches Kohlenvorkommen ist, wissen wir wenigstens annähernd. Es genügt für viele hundert Jahre. Wie groß das Erdölvorkommen in der Welt ist, kann nicht abgeschätzt werden. Es ist ohne weiteres denkbar, daß in gewissen Rohstoffen die Anforderungen in kurzer Zeit so groß sein werden, daß eine Befriedigung aus internationalen Märkten entweder nur noch bedingt oder überhaupt nicht mehr stattfinden kann. Wehe der Wirtschaft, die auf so unsichere Faktoren angewiesen ist, statt sich wenigstens in den allerwesentlichsten Belangen auf den eigenen Lebensraum zu stützen.

Es ist daher mein unabänderlicher Entschluß, die deutsche Kraftverkehrswirtschaft, die eine der größten Industrien unseres Volkes ist, von der Unsicherheit der internationalen Importe unabhängig zu machen und auf eine solide, sichere eigene Basis zu stellen.

Wir werden in ein bis zwei Jahren im Treibstoff- und Gummibedarf vom Auslande unabhängig sein und dabei unzähligen deutschen Volksgenossen eine sichere Lebensexistenz geben, und ebenso wird die deutsche Erzförderung mit allen Mitteln vorwärtsgetrieben werden ..."

Lohn und Produktion

In diesem Zusammenhang machte der Führer noch folgende grundsätzlichen Ausführungen zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik:

„... Wenn ich die Wirtschaftspolitik unserer Umwelt mit der nationalsozialistischen vergleichen will, kann ich dies in einem Satz aussprechen: Der Marxismus wünscht mehr Lohn, und der Nationalsozialismus mehr Produktion. Das eine bedeutet Papier, und das andere Ware.

In den nunmehr erreichten 61 Milliarden des heutigen deutschen Nationaleinkommens liegt eine unermeßliche Steigerung der deutschen Produktion begründet. Wo Sie auch heute hinkommen, überall rauchen wieder die Schornsteine, und die menschliche Arbeitskraft schafft neue Werte, und sie werden konsumiert von der Millionenmasse unseres Volkes.

Daß es uns gelingen möge, diese allgemeine Produktion immer mehr zu steigern und unser gesamtes Volk daran Anteil nehmen zu lassen, ist das höchste Ziel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik..."

Konstruktion des Volkswagens

Über den Bau des Volkswagens berichtete der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie, Geheimrat Allmers:

„Die Auswirkung des technischen Fortschritts wird ihren Höhepunkt finden in dem Volkswagen. Drei Versuchswagen nach der Konstruktion Porsche sind einer harten systematischen Dauerprüfung unterzogen worden. Zweieinhalb Monate lang sind sie Tag für Tag und Nacht für Nacht durch die Berge des Schwarzwaldes und über die Reichsautobahnen Heidelberg—Nauheim gefahren worden, bis am Tage vor Weihnachten dreimal 50000 Kilometer erreicht waren und Schnee und Eis Einhalt geboten. Die gemachten Erfahrungen werden berücksichtigt bei einer bereits im Bau befindlichen Serie von 30 weiteren Wagen. Das Endprodukt wird ein Fahrzeug sein, das voll die Erwartungen des Führers und des Volkes erfüllt."

Ansprache Dr. Goebbels

Anschließend gab Reichsminister Pg. Dr. Goebbels einen zahlenmäßigen Abriß über den unvergleichlichen Aufschwung der deutschen Motorisierung und schloß mit den Worten:

„Dies alles ist Ihr Werk, mein Führer. Es ist das Ergebnis einer mutigen und weitschauenden Initiative. Auch hier ist kein Wunder geschehen, es sei denn ein Wunder des Fleißes und der Kühnheit."

Zahlen der Motorisierung

Um sich ein Bild von dieser Motorisierung zu machen, sei an die Tatsache erinnert, daß der Bestand an Kraftfahrzeugen im Reiche im Jahre 1932 etwa 1½ Millionen betragen hatte, im Jahre 1937 jedoch annähernd 3 Millionen erreichte, sich also verdoppelte! Und noch eine zahlenmäßige Gegenüberstellung: die deutsche Kraftfahrzeugausfuhr stieg von 29 Millionen RM. (1932) auf 136 Millionen im Jahre 1937!

Der steigende Verkehr stellte steigende Anforderungen an das Straßennetz. Die Reichsautobahnen, die in ihrer Weiterführung im Jahre 1937 große Fortschritte machten, konnten so in immer größerem Maße dieser steigenden Motorisierung dienen.

Adolf Hitler über die Aufgabe der Reichsautobahnen

„Dieses Werk wird einmal jedem einzelnen Deutschen zugute kommen, ebenso wie dies bei der Eisenbahn der Fall war. Auf diesen Straßen wird sich in wenigen Jahrzehnten ein gewaltiger Verkehr abspielen, an dem das ganze Volk teilhaben wird. Millionen unserer Volkswagen, die großen Omnibusse unserer KdF.-Fahrten und die gewaltigen Fernlast- und Reisetransporte werden über diese Straßen rollen.

Sie können ermessen, wie sehr ich mich über jedes Stück freue, das von diesem großen Werk fertig wird. Jedesmal, wenn 100 oder 200 Kilometer dem Verkehr übergeben werden, sehe ich eine der gewaltigsten Arbeiten, die jemals Menschen unternommen haben, sich wieder mehr der Vollendung nähern. Und wenn einmal die Stunde kommt, in der die ersten 7500 Kilometer fertig sein werden, dann werden wir zusätzlich auch die anderen deutschen Straßen verbessern. Diese Arbeit hört niemals auf. So

werden wir weiter arbeiten, immer ein Ziel vor Augen: wir wollen unser Deutschland so schön und so reich für alle unsere Volksgenossen machen, daß es wirklich ein Edelstein ist!"

Die Arbeitsleistung des Autobahnbaus

— so sprach der Führer bei der Eröffnung der Reichsautobahnstrecke Dresden—Meerane (25. Juni). Gewaltige Arbeiten sind es, die im Dienste der besten Straßen der Welt geleistet werden. In seiner Rede vor dem Nürnberger Parteikongreß (13. Abschnitt) konnte der Generalinspekteur für das Deutsche Straßenwesen, Hauptamtsleiter Pg. Dr. Todt, am 10. September feststellen:

„... Die Erdbewegungen für die Reichsautobahnen haben den Betrag von rund 230 Millionen Kubikmeter erreicht und stellen damit vor dem Panamakanal mit 220 Millionen Kubikmetern die größte zusammenhängende Erdarbeit der Welt dar..."

2000 km Reichsautobahnen

Am 17. Dezember 1937 waren bereits 2000 km Reichsautobahnen fertiggestellt. Eine Feierstunde auf dem Berliner Ring, in deren Rahmen auch der kurmärkische Gauleiter und Oberpräsident Pg. Stürtz die Berücksichtigung des deutschen Ostens durch die Reichsautobahnen würdigte, sagte Generalinspekteur Dr. Todt:

„Der 2000. Kilometer wird dem Verkehr übergeben — ein kurzes Wort, das eine gewaltige Arbeitsleistung in sich schließt. 2000 Kilometer fertige Strecke sind das Ergebnis unermüdlicher drei- bis vierjähriger Arbeit von rund 250000 Volksgenossen, die entweder direkt auf den Baustellen oder indirekt in den Fabriken durch die Straßen des Führers beschäftigt waren."

Deutscher Straßenbau

Darüber hinaus wurden aber auch für den Bau und Ausbau anderer Straßen weitgehende Arbeiten durchgeführt. Die nationalsozialistische Leistung für das deutsche Straßennetz insgesamt zeigt sich zum Beispiel bei der Gegenüberstellung der im Jahre 1937 für Straßenbau und -unterhaltung aufgewendeten 1450 Millionen RM. gegenüber den für den gleichen Zweck im Jahre 1932 ausgegebenen 440 Millionen.

Die Arbeitskraft und Arbeitsleistung des deutschen Volkes, die Kühnheit der Projekte und die Folgerichtigkeit der Durchführung sind im nationalsozialistischen Deutschland unvergleichlich geworden. Unerschütterlich und zäh verfolgt die deutsche Arbeit ihre Ziele. Als am 6. Mai das deutsche Luftschiff L. Z. „Hindenburg" bei der Landung in Lakehurst (USA.) einem Unglück zum Opfer gefallen und in Flammen aufgegangen war, gingen unaufgefordert aus dem ganzen Reiche Spenden zum Bau eines neuen Luftschiffs ein, und Reichsluftfahrtminister Pg. Hermann Göring erließ am 8. Mai folgenden Aufruf:

Luftschiffkatastrophe in Lakehurst

An die Männer der deutschen Luftfahrt! Ein harter Schicksalsschlag hat die deutsche Luftfahrt getroffen. Mit ihr gedenkt das ganze deutsche Volk in tiefer Trauer und Erschütterung der Opfer, die ihr Leben bei der Katastrophe unseres stolzen Luftschiffes „Hindenburg" lassen mußten. Sie waren wahrhafte Pioniere des Weltluftverkehrs und als solche leben sie für uns fort, die Besatzung, die pflichttreu bis zum Tode ihren Dienst erfüllt hat,

und die Passagiere, die durch ihr Vertrauen zum deutsch-amerikanischen Überseeluftverkehr dies große Werk mit fördern halfen.

Dieses Vertrauen zu der so zahlreiche Male erprobten und bewährten Luftverbindung zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke ist unerschüttert. Wenn ein unerklärliches Schicksal uns so schwer getroffen hat, so sind wir die letzten, die sich kleinmütig machen lassen. In der Not zeigt der Starke seine Kraft. So verpflichtet uns dies große Opfer zu neuer Anstrengung. Jetzt erst recht werden wir unter der Verwertung der letzten Erfahrungen alles darangeben, den Luftverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten für immer und ungefährdet in die Tat umzusetzen. Dabei sind wir gewiß, daß auch die Vereinigten Staaten für die ungefährdete Vollendung des in Angriff genommenen großen Werkes uns unterstützen werden.

Ich habe angeordnet, daß der Ausbau des in den Werfthallen in Friedrichshafen vor der Fertigstellung stehenden Luftschiffes beschleunigt durchgeführt wird. Es soll so schnell wie möglich als Ersatz für LZ. „Hindenburg" Deutschlands stolze Flagge zeigen. In gemeinsamer Arbeit wollen wir Männer der deutschen Luftfahrt der Welt zeigen, daß trotz allem die Idee und der Unternehmungsgeist Zeppelins sich bewährt, und daß der Luftschiffverkehr zwischen den Nationen ein heute aus der Welt nicht wegzudenkendes, die Völker verbindendes Friedenswerk ist.

Hermann Göring.

Deutsche Produktionssteigerung

Die gewaltigen Energien, welche die nationalsozialistische Führung in der Wirtschaft ausgelöst hat, zeigten sich in der unerhörten Produktionssteigerung der letzten fünf Jahre. Hierfür nur wenige Beispiele:

Produktionssteigerung 1932 bis 1937:

Kunstseide	100 %
Zellwolle	2 500 %
Stahl	167 %
Aluminium	570 %
Treibstoffe	470 %
usw.	

Das Ende der Arbeitslosigkeit

So bot die deutsche Industrie wieder ein Bild gigantischen Schaffens. Folgende Zahlen aus der Industrie des Reiches veranschaulichen den nationalsozialistischen Erfolg der letzten fünf Jahre:

	Beschäftigungszahl	Arbeitsstundenzahl
1932	3,7 Millionen	7,9 Milliarden
1937	7 Millionen	16 Milliarden

Die Arbeitslosigkeit war verschwunden. An Stelle der über 6 Millionen Arbeitslosen vom Jahresanfang 1933 gab es nur noch eine knappe halbe Million von unbeschäftigten Volksgenossen, die wegen Krankheit oder Alters keiner Beschäftigung nachgehen können. An die Stelle des fürchterlichen Problems der Arbeitslosigkeit ist längst die Frage nach der Beschaffung der Arbeitskräfte getreten. Mußte doch auch der Direktor des uns bestimmt nicht sehr freundlich gesonnenen Internationalen Arbeitsamtes in Genf in seinem Bericht an die 23. Internationale Arbeitskonferenz (im Mai) zugeben, daß Deutschland in der Wirtschaftsbelebung (Behebung der Arbeitslosigkeit) an

Bericht des Internationalen Arbeitsamtes in Genf

der Spitze steht. Der Bericht mußte gleichzeitig die vorbildlichen sozialen Leistungen Deutschlands anerkennen und die Tatsache feststellen, daß lediglich in Deutschland die Löhne seit 1933 stabil geblieben sind. Die nationalsozialistische Lohn- und Preispolitik (Erhöhung des Volkseinkommens nur durch Vermehrung der Warenmenge, also der Produktion), wie sie Adolf Hitler in seiner Rede am 1. Mai (siehe 7. Abschnitt) und der weiter oben angeführten Rede zur Eröffnung der Automobilausstellung (18. August) in ihrer logischen Notwendigkeit zur Sicherung und Rettung der Nation gekennzeichnet hatte, wurde vom Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, in einer Rede am 6. Juni (Gauappell des Gaues Halle-Merseburg auf den Brandbergen bei Halle a. d. Saale) mit folgenden Worten an den deutschen Arbeiter erhärtet:

Lohn und Preis

Rede des Stellvertreters des Führers

„... Daß aber nach dem Willen des Führers die Waffen und die Schiffe geschaffen werden konnten und noch weiter geschaffen werden, die es Deutschland ermöglichen, zu wachen über der Ehre der Nation und über den Frieden der Nation, das ist eurer hingebungsvollen und aufopfernden Arbeit mit zu verdanken.

Warum keine höheren Löhne?

Viele von euch werden fragen: Warum verlangt ihr von uns dieses Opfer, warum gibt man uns nicht höhere Löhne? Verlaßt euch darauf, wir würden es tun, wenn wir es heute schon könnten. Haben wir nicht so vieles schon erfüllt, was einst die ‚Führer des Proletariats‘ versprachen und nicht hielten: Wir haben darauf hingewirkt, den oft so trostlosen Arbeitsplatz zu verschönern. Wir haben für Urlaub, und zwar für bezahlten Urlaub gesorgt. Wir haben den ersten Mai zum Feiertag erhoben — zum bezahlten Feiertag. Wir gestalten den Feierabend, Theater und Konzerte stehen offen. Wir fahren deutsche Arbeiter nach allen Teilen unserer Heimat, wir fahren deutsche Arbeiter an das Meer. Auf eigenen Schiffen fahren sie über die See.

Glaubt ihr nicht, daß wir auch noch die Löhne heraufsetzen würden, wenn wir es könnten? Der Befehl wäre leicht gegeben: ‚Allgemeine Lohnerhöhung um 50 Prozent!‘ Wir an der Führung würden uns sehr populär machen mit diesem Befehl! Dabei würde uns dieser Befehl gar nichts aus unserer Tasche kosten; denn weder der Führer noch ich, noch sonstige Nationalsozialisten an der Spitze sind Aktionäre oder haben Aufsichtsratsposten und könnten vielleicht durch eine Lohnerhöhung geschmälert werden.

Warum tun wir es also nicht?

Weil wir nicht so gewissenlos sind, es zu tun! Weil wir nicht so gewissenlos sind, um der Popularität will ein Verbrechen zu begehen!

Wir tun es nicht, weil wir nicht so gedächtnislos sind, uns nicht zu erinnern, daß solch ein Experiment schon einmal gemacht wurde und zum Verbrechen an der Gesamtheit wurde.

Wir erinnern uns, daß es eine Zeit gab, wo jeder Arbeiter schon Millionär, ja schließlich Milliardär war! Keiner aber wird sich erinnern, daß er mit seinem Millionenlohn etwa mehr kaufen konnte.

Denn man kann wohl leicht die Löhne erhöhen, man kann aber nicht verhindern, daß in der Folge die Preise im gleichen Verhältnis steigen. Wenn das Experiment von einst bei uns noch nicht genügt: In einem anderen Lande hat man im Augenblick die Freundlichkeit, ein solches Ex-

periment neuerdings vorzuexerzieren, wenn auch nicht, damit wir unsere Erfahrungen nachprüfen können.

Die Herren Thorez und Genossen haben es fertiggebracht, Lohnerhöhungen über Lohnerhöhungen durchzusetzen. Aber auch dort geht Hand in Hand das Steigen und Steigen der Preise. Und die Preise sind um so mehr gestiegen und werden noch mehr steigen, als gleichzeitig die Produktion zurückging, indem die Arbeitszeit verkürzt wurde.

Wieviel produziert wird — darauf kommt es an! Denn man kann nicht den Lohn essen, sondern nur das, was man mit dem Lohn kaufen kann. Und wenn weniger produziert wird, dann kann man eben auch nur weniger mit dem Lohn kaufen — ganz gleich, ob er in Zehner-, Tausender- oder Millionenscheinen ausgezahlt wird.

Und deshalb, meine Volksgenossen, steht im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik die Produktion. Durch Erhöhung der Produktion wurde im Verlaufe des ersten Vierjahresplans erreicht, daß die Millionen und Millionen an Arbeitslosen samt ihren Familien wieder Nahrung und Kleidung gesichert erhielten..."

NSBDT., Hauptamt für Technik, Amt für technische Wissenschaften in der DAF.

Der (bereits im 5. Abschnitt erwähnte) verkündete Zusammenschluß im Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (NSBDT.) unter Pg. Dr. Todt in einer Berliner Sportpalastkundgebung (am 23. April) war ergänzt durch zwei weitere gleichzeitige organisatorische Maßnahmen:

1. Die Erklärung des Amtes für Technik zum Hauptamt in der Reichsleitung der NSDAP.;

2. die Bildung des Amtes für technische Wissenschaften in der Deutschen Arbeitsfront und im Zusammenhang damit das Beitragsabkommen zwischen der Deutschen Arbeitsfront und dem NSBDT.

Diese beiden Stellen bilden zusammen mit dem NSBDT. in Zukunft die drei Organisationsglieder der deutschen Technik. Das Hauptamt für Technik in der Partei trägt dieser gegenüber die Verantwortung für den richtigen Einsatz der deutschen Technik und bestimmt die übergeordneten Ziele des technischen Schaffens. Der NSBDT. ist der dem Hauptamt für Technik angeschlossene Verband (wie NS.-Ärzte-Bund, NS.-Rechtswahrer-Bund usw., die angeschlossene Verbände des Hauptamtes für Volksgesundheit bzw. des Reichsrechtsamtes sind). Seine Aufgabe umfaßt die Förderung der technisch-wissenschaftlichen Arbeit, die Erziehung seiner Einzelmitglieder gemäß den Anforderungen von Volk und Staat und die Herausstellung und Wahrung der Berufspflichten und der Berufsehre. Das Amt für technische Wissenschaften in der Deutschen Arbeitsfront stellt die Verankerung der technischen Organisationen mit der Deutschen Arbeitsfront dar. Jeder Amtsleiter im Hauptamt für Technik ist in Personalunion gleichzeitig Amtswalter im NS.-Bund Deutscher Technik und im Amt für technische Wissenschaften in der Deutschen Arbeitsfront.

Zur Beratung aller grundsätzlichen Fragen ist die Bildung eines Reichsrates der Technik vorgesehen. Es werden drei große Gemeinschaftsaufgaben herausgestellt:

1. Schaffung des technischen Nachwuchses;
2. Führung der Technik zu kulturvollem Schaffen;
3. Erziehung des Ingenieurs als nationalsozialistischer Führer im Betrieb.

(VB., 25. April 1937.)

Eingliederung der Handwerkskammern in die Wirtschaftskammern

Aus der Organisation des Handwerks ist die Eingliederung der Handwerkskammern in die Wirtschaftskammern zu berichten. In dem diesbezüglichen Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers (im Reichsanzeiger vom 23. Februar) heißt es:

1. Bei den Wirtschaftskammern wird eine Handwerkskammerabteilung errichtet.

...

Das Handwerk in der DAF.

Über das deutsche Handwerk und seinen organisatorischen Einbau hat der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Ley, elf Punkte aufgestellt, in denen es u. a. heißt (NSK., Folge 41 vom 19. Februar):

1. Die Deutsche Arbeitsfront will, daß sich Unternehmer und Arbeitnehmer nicht länger in getrennten Organisationen gegenüberstehen, sie will die schaffenden Menschen eines Betriebes — ob Unternehmer oder Arbeiter — in der lebendigen Betriebsgemeinschaft zusammenfassen. Deshalb gründet das deutsche Handwerk in der DAF., nach Berufen geordnet, in den Grenzen der politischen Kreise „Gewerke", in denen Lehrlinge, Gesellen und Meister zusammengefaßt werden. Das Gemeinschaftshaus gibt den kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt des Gewerkes und die Werkschar des Gewerkes stellt den weltanschaulichen Stoßtrupp desselben. Die Meisterschulen, in denen sich die Meister dauernd auf der Höhe ihres handwerklichen Könnens halten, sind dem Gewerkhaus angeschlossen. Das Gewerk ist die lebendige Zelle des Handwerks. In den einzelnen Ortschaften — Grenzen der politischen Ortsgruppe — sind alle Handwerker der Deutschen Arbeitsfront in der Ortshandwerkerschaft zusammengeschlossen, der ein Ortshandwerkswalter vorsteht.

2. Der Deutschen Arbeitsfront ist laut Verfügung des Führers vom 24. Oktober 1934 die Berufserziehung übertragen. Daraus folgernd hat der Jugendführer des Deutschen Reiches auf Grund des Staatsjugendgesetzes die Berufserziehung der deutschen Jugend der DAF. überantwortet. Die Deutsche Arbeitsfront hat immer wieder bekundet, daß hier eine der wesentlichsten Aufgaben des deutschen Handwerks liegt. Alle Jugend, die einen Beruf erlernt, geht durch die Werkstatt des Handwerks. Das Handwerk ist der Hort des schöpferischen deutschen Geistes. Höchste Qualitätsleistung kann allein das Handwerk retten. Wer sich der Berufserziehung der Deutschen Arbeitsfront unterwirft — praktische Berufsberatung — Handwerkslehrzeit — Lehrwerkstätten — Gesellenschule und -erziehung —, wird alsdann von den Selbsthilfeeinrichtungen der Deutschen Arbeitsfront einen Personalkredit erhalten, um eine Existenz zu gründen...

3. Die Deutsche Arbeitsfront hat das Gesellenwandern wieder eingeführt und baut es tatkräftig aus. Gesellenheime und Wanderheime geben dem jungen Handwerker die Möglichkeit, als fröhlicher Wanderbursch Deutschland kennenzulernen. Das ist praktische Berufserziehung und Menschenführung zugleich.

4. Die Deutsche Arbeitsfront prüft das Können und die Leistungen des Handwerkers durch die ständige Teilnahme am Reichsberufswettkampf, den die Deutsche Arbeitsfront auch auf das Gesellentum übertragen wird. Sie sieht in dieser ständigen Überprüfung und Überwachung eine bessere und auch gerechtere Leistungsprobe als in einer einmaligen Prüfung, die von so vielen Augenblicksmomenten des zu Prüfenden wie auch des Prüfenden abhängig ist...

5. Die Deutsche Arbeitsfront errichtet Reichsfachschulen für jeden Handwerksberuf...

6. Das Handwerk hat neue Fahnen, Fahnen des neuen Deutschland, von der Partei verliehen bekommen. Die alten Innungsfahnen als Symbole äußerster Zerrissenheit im Handwerk sind verschwunden, das Handwerk des neuen Deutschland marschiert unter der Fahne der völkischen Einheit. Es gibt im Reiche Adolf Hitlers nur eine Fahne...

7. Für besondere Leistungen im Handwerk — 30jährige Berufszeit, besondere Verdienste um die Partei oder die Gemeinschaft, besondere Leistung im Beruf, soziale Leistungen usw. — habe ich einen Ehrenring des deutschen Handwerks gestiftet, der feierlichst von der Partei oder in ihrem Auftrag von der Deutschen Arbeitsfront verliehen wird.

8. Die Deutsche Arbeitsfront hat ein neues Brauchtum im Handwerk geschaffen, das bei feierlichen Anlässen — Freisprechungen, Lehrlingsaufnahme, Ehrungen usw. — die Feier nach nationalsozialistischen Grundsätzen umrahmt und die früheren freimaurerischen Gebräuche ausschaltet.

9. Das öffentliche Auftreten des Handwerks — Kundgebungen, Aufzüge, Handwerkertage, öffentliche Versammlungen usw. — ist als ein wesentlicher Teil der Menschenführung allein Sache der Partei, die diese Aufgaben auf die Deutsche Arbeitsfront überträgt...

10. Die Deutsche Arbeitsfront wird bei dem ihr durch den Vierjahresplan übertragenen Siedlungs- und Wohnungsbauaufgaben, die nur einen Vorgeschmack für das gewaltige Siedlungs- und Bauprojekt des Führers abgeben, das deutsche Handwerk besonders glücklich fördernd einbauen, einmal beim Bauen der Siedlungen und Wohnungen selbst, zum anderen aber auch beim Ansiedeln von jungem handwerklichen Nachwuchs in den neu zu bauenden Siedlungen.

11. Das Handwerk in der DAF. nimmt selbstverständlich an all den Vergünstigungen teil, die die DAF. ihren übrigen Mitgliedern — wie Kraft durch Freude, kostenlose Rechtsberatung, Rentenversorgung usw. — gewährt..."

Tag des Deutschen Handwerks

Der Tag des Deutschen Handwerks (in Frankfurt am Main, 28. bis 30. Mai) stellte in diesem Geiste eine Feier dar, die in sinngemäßer Auswertung einer Tradition die Zukunftsaufgaben klar erkennen ließ. —

Entwicklung der Spareinlagen

Ein besonders klares Symptom des allgemeinen Aufstiegs bietet die Entwicklung der Sparkasseneinlagen. Wenn der Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf dem Allgemeinen Deutschen Sparkassen- und Kommunalbankentag in Essen am 29. September feststellen konnte, daß die Spareinlagen seit 1933 von rund 10 Milliarden RM. auf über 15 Milliarden angewachsen sind, so sprechen diese Zahlen für sich selbst.

Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren

An dieser Stelle sei das „Gesetz über Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren" vom 4. Februar erwähnt, das dem besseren Schutz der Sparer bei Wertpapieranlagen dient.

Aktiengesetz

An weiteren wichtigen Gesetzen ist das „Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien" (Aktiengesetz) vom 30. Januar hervorzuheben, das entsprechend den nationalsozialistischen Grundsätzen das entscheidende Bestimmungsrecht von der Versammlung der Aktionäre auf den Vorstand verlagerte und das im 19. Abschnitt noch eingehendere Würdigung erfahren soll. —

Reichsbahn und Reichsbank

ferner das im 1. Abschnitt bereits behandelte „Gesetz zur Neuregelung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn" vom 10. Februar, das den Schlußstein in der Wiederherstellung der Hoheiten des Deutschen Reiches darstellte. In der dem Führer durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aus diesem Anlaß überreichten Urkunde heißt es:

> Dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler dankt die gesamte Gefolgschaft der Reichsbank in Ergebenheit und Treue für die Befreiung der deutschen Notenbank von letzten internationalen Bindungen. Dem Auslande ist das uns in Zeiten der Not und des Niedergangs abgepreßte Recht, auf die deutsche Reichsbank als Trägerin der deutschen Währung Einfluß zu nehmen, wieder genommen worden. Das deutsche Zentralnoteninstitut ist nunmehr völlig der Hoheit des Reiches unterstellt...

Reichs- und Preußischer Wirtschaftsminister Funk

Bedeutende organisatorische Änderungen auf dem Gebiete der Wirtschaft brachte der 26. November: Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der bisher gleichzeitig Reichswirtschaftsminister gewesen war, wurde auf seinen Antrag vom Führer vom letzteren Amte entbunden — unter gleichzeitiger Ernennung zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich. An seiner Stelle wurde Pg. Walther Funk (der bisherige Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda) mit Wirkung vom 15. Januar 1938 zum Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister ernannt, während für die 1½ Monate bis zu seinem Amtsantritt der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Pg. Göring, mit der Führung der Geschäfte dieses Ministeriums beauftragt wurde. Am 2. Dezember übernahm Pg. Göring die Leitung des Ministeriums und erklärte in seiner Ansprache, daß in der Zeit bis zum 15. Januar 1938 die klare Zusammenlegung und Zusammenarbeit aller jener Stellen erreicht werden müsse, die für die Durchführung des Vierjahresplans notwendig seien. Er sei daher vom Führer beauftragt worden, bis dahin all jene organisatorischen und personellen Maßnahmen zu treffen, die aus der Hereinnahme eines großen Teiles des Vierjahresplan-Apparates in das Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium sich ergeben werden:

Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums durch Ministerpräsident Pg. Hermann Göring

> „In den sechs Wochen muß schnell gearbeitet werden, um die Zusammenlegung als Voraussetzung der reibungslosen Zusammenarbeit durchzuführen. Auf keinen Fall darf irgendwo ein Leerlauf entstehen, denn in diesen Wochen muß sachlich und personell der Apparat für die reibungslose Durchführung der Arbeiten des Vierjahresplans geschaffen werden...
>
> Dieses Ministerium ist dafür verantwortlich, daß die Wirtschaft mit stärksten Kraftströmen durchpulst wird. Das Wirtschaftsministerium ist nun das Exekutivorgan für die Durchführung des Vierjahresplans und erhält damit seine bisher größte und schönste Aufgabe..."

Drittes Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes

Auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft sei das gleichfalls im November ergangene „Dritte Gesetz zur Änderung des Bürger-

steuergesetzes" (3. November) erwähnt, das im wesentlichen eine Ermäßigung für ältere Steuerpflichtige mit geringem Einkommen und die Gewährung von Kinderermäßigung an einen größeren Personenkreis (als bisher) bezweckte — Bestimmungen, die dann zwei Wochen später in der „Bekanntmachung der neuen Fassung des Bürgersteuergesetzes" (20. November) mit in das Bürgersteuergesetz hineingearbeitet worden sind. Auf die Behandlung sonstiger weniger bedeutender steuerlicher Bestimmungen muß in dem uns gesteckten Rahmen verzichtet werden.

Reichsanleihen

Erwähnenswert jedoch sind (zur Fortführung der von der Reichsregierung übernommenen Aufgaben) die begebene neue 500-Millionen-Reichsanleihe (4½prozentige auslosbare Reichsschatzanweisungen) im März (Auflegung 4. bis 18. März), die angesichts der Nachfrage erfolgte Erhöhung dieser Anleihe um weitere 200 Millionen, eine neue Reichsanleihe im Mai in Höhe von 600 Millionen (Auflegung 13. bis 19. Mai), eine weitere Reichsanleihe von 700 Millionen im August (Auflegung 25. August bis 9. September), die wegen Überzeichnung um noch 150 Millionen erhöht wurde, und schließlich eine Reichsanleihe über eine Milliarde am Jahresende (Auflegung 3. bis 18. Januar 1938), — vor allem aber die Tatsache, daß diese Anleihen voll gezeichnet wurden und damit erneut den Beweis für die Gesundung der deutschen Wirtschaft und das unerschütterliche Vertrauen zum nationalsozialistischen Staat erbrachten.

Entwicklung der Reichseinnahmen

Wenn man schließlich noch die Reichseinnahmen (aus Steuern, Zöllen, Abgaben) zur Verdeutlichung des Bildes heranzieht,

1932:	rund	6,6	Milliarden RM.,
1933:	„	6,8	„ „
1934:	„	7,8	„ „
1935:	„	9,3	„ „
1936:	„	11,0	„ „
1937:	„	14,0	„ „

so kann man mit Recht feststellen, daß der Aufstieg der Wirtschaft in den fünf nationalsozialistischen Jahren unaufhaltsam war.

13. Abschnitt:

Der Parteitag der Arbeit

Reichsparteitag der Arbeit

Der September brachte wiederum den politischen Mittelpunkt des gesamten Jahres mit dem Reichsparteitag 1937 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Nürnberg vom 6. bis zum 13. September: den Parteitag der Arbeit! In dem durch eine feierliche Tradition geschaffenen Rahmen entwickelte sich diese größte Jahreskundgebung der im Nationalsozialismus geeinten Nation — eine Kundgebung, die gleichzeitig Rechenschaftsbericht und Zukunftsparole umfaßt.

Der 6. September brachte wieder das feierliche Einläuten des Parteitags durch die Glocken der Stadt Nürnberg, den vom Reichspressechef der NSDAP., Dr. Dietrich, durchgeführten Presseempfang und vor allem die Begrüßung des Führers durch den Oberbürgermeister der ehrwürdigen Stadt Nürnberg.

Eröffnung des Parteikongresses

Nach dem Vorbeimarsch der HJ.-Fahnen vor dem Führer am Morgen des 7. September trat in der Luitpoldhalle der Parteikongreß zusammen — eröffnet durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß:

> „Der Kongreß des 9. Parteitages der NSDAP. ist eröffnet.
> Unser erstes Gedenken gilt wie stets zu Beginn dieses Kongresses unseren Toten. In diesem Jahr betrauert das deutsche Volk insonderheit die 31 Gefallenen des Panzerschiffes ‚Deutschland'. Sie starben in treuer Pflichterfüllung in Durchführung einer internationalen Verpflichtung. Sie wurden Opfer eines der verbrecherischen bolschewistischen Angriffe auf den Frieden Europas."

Dann verliest der Stabschef der SA., Pg. Lutze, die Namen der gefallenen Nationalsozialisten — bei gedämpftem Trommelwirbel, gesenkten Standarten und erhobenen Armen aller Kongreßteilnehmer. In seiner Begrüßungsansprache erklärt Pg. Heß die Bezeichnung „Parteitag der Arbeit":

> „... Der diesjährige Parteitag trägt nach dem Willen des Führers die Bezeichnung ‚Parteitag der Arbeit'.
> Wir blicken angesichts dieses Namens voller Stolz zurück auf die Leistungen, die das deutsche Volk durch seine Arbeit im Zeichen des Nationalsozialismus vollbracht hat.

Wir sind vereint im Erinnern an Vollbrachtes, in der Feststellung des Erreichten — zugleich aber auch in der Sammlung zu neuen Leistungen.

Aus der Rückschau auf den Erfolg und dem Bewußtsein der eisernen Notwendigkeit, Begonnenes zu vollenden und neue Aufgaben in Angriff zu nehmen, wächst frische Kraft zum Vorwärts. Es sind gewaltige Aufgaben der deutschen Nation und ihrer Führung auch im kommenden Jahre gestellt.

Wir wissen: So wie die Aufgaben der letzten 4½ Jahre gelöst wurden, werden auch die Aufgaben der Zukunft gelöst werden: Arbeit meisterte das Schicksal, Arbeit wird das Schicksal meistern!

Die Parteitage der NSDAP. sind zu wahren Reichstagen des deutschen Volkes geworden. Auf diesen Reichstagen stehen die Beauftragten der Nation vor dem Volke und legen angesichts des Führers Rechenschaft ab über ihre Arbeit.

‚Parteitag der Arbeit.'

Und jeder von ihnen kann stolz sein auf diese Arbeit und kann mit Stolz Rechenschaft ablegen! Das Ergebnis ihrer Arbeit entspricht der Hingabe an ihre Pflicht. Ihr aller Leben geht auf in der Arbeit für Führer, Volk und Nation. Doch ihre Arbeit wäre vergeblich gewesen, wäre das Volk nicht freudig dem Rufe des Nationalsozialismus gefolgt. Der volle Einsatz fand seinen Lohn: Durch die Arbeit wurde Deutschland wieder frei und stark..."

Nach dem durch Pg. Heß zum Ausdruck gebrachten Dank der Nation an den Führer folgt die Begrüßungsansprache des Gauleiters Pg. Streicher.

Proklamation des Führers

Und jetzt wird — wie stets — die Proklamation des Führers durch Gauleiter Pg. Adolf Wagner verlesen, in der es diesmal eingangs heißt:

„Parteigenossen und Parteigenossinnen! Nationalsozialisten!

Zehn Jahre sind vergangen, seit der dritte Parteitag der Bewegung zum ersten Male in Nürnberg abgehalten wurde. Nach einem beispiellosen, mühsamen Neuaufbau der Partei trafen wir uns 1926 in Weimar, um durch diesen, auch nach außen hin sichtbaren Akt den Beweis für die gelungene Wiederherstellung der Bewegung zu geben.

Es ist unter den damaligen Umständen kein leichter Entschluß gewesen. Wieviel größer aber wurde die auf uns lastende Verantwortung, schon ein Jahr später zu einer neuen solchen Zusammenkunft nach Nürnberg aufzurufen. Ein weiter Sprung von der einstigen kleinen Thüringer Residenz zur großen alten deutschen Reichsstadt! Zum ersten Male fand damals die Feier des Parteikongresses vor über 2000 Menschen statt. Zum ersten Male erfolgte der Aufmarsch der Kampfbewegung in der unterdes historisch gewordenen Luitpold-Arena zum großen SA.-Appell. Und obwohl dieser Platz seitdem eine vielfache Vergrößerung erfuhr, erschien er uns doch im August 1927 schon so gewaltig, daß manchem leise Zweifel aufstiegen, ob es gelingen würde, ihn auch wirklich zu füllen. Zum ersten Male standen am Sonntag, dem 19. August, die Tausende und aber Tausende unserer SA.- und SS-Männer im Flimmern der einen regenfeuchten Morgen durchdringenden Sonne auf der weiten Fläche und legten wieder das alte Bekenntnis ab zu unserer Bewegung und zu mir als ihrem Führer. Und wieder zum ersten Male durchzogen Nationalsozialisten diesen Raum, in dem soeben die Proklamation an Sie verlesen wird. Nach vielstündigem Marsch schliefen hier 8000 alte Kämpfer, ein Teil jener, die am nächsten Tag zum großen Appell anzutreten hatten..."

Die Aufgaben der Parteikongresse

Aus dieser grundlegenden Proklamation seien die Ausführungen über die Aufgabe der Parteikongresse (und darüber hinaus der Parteitage als solcher) wörtlich wiedergegeben, nämlich:

„1. die Feststellung dessen, was durch die Tätigkeit der Bewegung, durch ihre Arbeit geleistet, an Plänen verwirklicht und damit an gesteckten Zielen erreicht wurde;

2. die Bekanntgabe der Aufgaben und damit der Arbeit für die nähere und fernere Zukunft, und

3. die geistige Einführung der an diesen Tagungen besonders aufnahmegewillten Parteigenossen und Parteigenossinnen und darüber hinaus des ganzen Volkes in die Gedankenlehren sowohl als in die Organisationsprinzipien unserer Bewegung.

Nur so gelang es, aus diesen Zusammenkünften, die bei anderen Verbänden zum Schauplatz übelster Zänkereien auswuchsen, seit zehn Jahren Kundgebungen zu entwickeln, die für jeden Teilnehmenden unvergeßliche Eindrücke in sich bergen. So wurde allmählich der Reichsparteitag der nationalsozialistischen Bewegung zum großen Gemeinschaftsfest der Nation. Zum erstenmal findet in diesem Jahr eine weitere Ergänzung statt durch das Einfügen der sportlichen Kampf- und Schönheitsspiele.

Heute erscheint das alles wie selbstverständlich. Damals war es neu, und nur der Phantasie der wenigsten mochte es gelingen, das herrliche Gesamtbild vorauszuahnen, das sich nun für uns mit dem Begriff dieser Kundgebung verbindet! Wenn aber noch vor zehn Jahren dieser Tag mit Recht als der Revolutionskongreß einer einen Staat erstürmenden Partei bezeichnet werden konnte, dann ist es heute die große Heerschau der vom Nationalsozialismus eroberten deutschen Nation..."

Die große geschichtliche Auseinandersetzung

Die entscheidende geschichtliche Auseinandersetzung der Gegenwart, der Weg des nationalsozialistischen Deutschlands in diesem Ringen der Menschheit, die große Frage unserer Zeit — sie fanden ihre klare Beleuchtung in der Proklamation des Führers:

„... Wir leben in einer geschichtlich unerhört großen Zeit. Wohl sind in allen Jahrhunderten durch Kriege oder Revolutionen Völker gestiegen oder gefallen, Staaten aufgerichtet oder vernichtet worden. Allein nur selten finden Erschütterungen im Völkerleben statt, die bis in die tiefsten Fundamente des Gebäudes der Gesellschaftsordnung reichen und diese selbst bedrohen oder gar zerstören!

Wer will es aber heute noch nicht sehen oder einfach wegleugnen, daß wir uns jetzt inmitten eines Kampfes befinden, in dem es sich nicht um Grenzprobleme zwischen Völkern oder Staaten, sondern um die Frage der Erhaltung oder der Vernichtung der überkommenen menschlichen Gesellschaftsordnung und ihrer Kulturen an sich handelt?

Die Organisation der menschlichen Gesellschaft ist bedroht! Nicht irgendein staatlicher Turmbau wird einstürzen, sondern eine Sprachenverwirrung, eine neue Menschenentzweiung ist über die Völker gekommen!

Was nach tausendjährigem Aufbau für alle Ewigkeit erhärtet zu sein schien, erweist sich nun als morsch und schwach. Überall um uns herum vernehmen wir das Knistern im Gefüge des bestehenden inneren Gesellschaftsvertrages der Menschen und erleben das Einstürzen einzelner schon besonders brüchiger Gebilde.

Als der Nationalsozialismus seinen geschichtlichen Kampf um das deutsche Volk begann, sah er in dieser Frage die entscheidende. Denn:

Kriegen und Niederlagen kommt im Leben der Völker nicht jene furchtbare Bedeutung zu als den inneren Krisen der Gesellschaftsordnung.

Verlorene Kriege können in kurzer Zeit wieder gutgemacht werden. Die zerstörte innere Ordnung einer Volksgemeinschaft ist oft erst nach Jahrhunderten wieder herzustellen. Manchmal gehen darüber auch Völker endgültig zugrunde.

Und darüber kann es doch wohl keinen Zweifel mehr geben. Das, was wir in unserer Zeit als ‚Gesellschaft' vorfanden, ist in seinen einzelnen Elementen nicht nur umstritten, sondern zum Teil schon so entwertet, daß es auch nur eine Frage dieser Zeit sein kann, bis das Truggebilde einer solchen Gesellschaftsordnung in einer Katastrophe zerschlagen wird. Es gibt heute keine haltbare Organisation der menschlichen Gesellschaft mehr, deren tragende Elemente ihre Rechte nur aus der Geburt, dem Stand, der Herkunft oder gar aus dem Besitz ableiten. Auch die vermeintliche ‚Bildung' sowie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession können nicht mehr als gesellschaftlich bau- und erhaltungsfähige Faktoren angesehen werden. Wenn das russische Reich dem bolschewistischen Chaos zum Opfer fiel, dann auch nur, weil seine früher es gestaltenden und es erhaltenden Kräfte nicht mehr befähigt waren, ihre Mission weiterhin zu erfüllen. Gegenüber dem Ansturm neuer Auffassungen oder gewisser neuer Lehren haben sich alte Ideen und die Träger dieser alten Gebilde als nicht widerstandsfähig genug erwiesen, und gerade im letzten Jahre sind wir Zeugen des Versuchs einer weiteren Ausbreitung der kommunistischen Wirrnis in Ost und West geworden.

Wenn Deutschland inmitten dieser Unruhen ähnlich dem heutigen Italien als sicherer und fester Hort gelten kann, dann nur, weil der Nationalsozialismus selbst den Weg zu einer gesellschaftlichen Revolution beschritten hat, ohne die bestehende Ordnung erst mit Gewalt zu zerstören und damit die Basis unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in ein Chaos zu verwandeln.

Indem wir einst die Schwächen unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung erkannten, haben wir uns bemüht, auf dem Wege einer disziplinierten Regeneration einen neuen Gesellschaftsaufbau durchzuführen. Der Grundgedanke dieser Arbeit war, mit überlieferten Vorrechten zu brechen und die Führung der Nation auf allen Gebieten des Lebens, an der Spitze jedoch auf dem Gebiete der Politik, in die Hände einer neuen Auslese zu legen, die ohne Rücksicht auf Herkunft, Geburt, gesellschaftliche oder konfessionelle Zugehörigkeit ausschließlich nach der inneren Veranlagung und Würdigkeit ausgesucht und gefunden wird.

Dieser Aufbau einer neuen Führungsauslese unserer Nation ohne die verheerende chaotische Vernichtung des bestehenden Zustandes ist eine der größten Taten in der Geschichte unseres Volkes. Sie ist auch eine Revolution, nur ohne die Begleiterscheinungen des blinden Austobens einer durch das Nichtanwendenkönnen der Freiheit wahnsinnig gewordenen Sklavenmasse. Denn nicht der Mob hat diese nationalsozialistische Revolution durchgeführt, sondern eine zum festen Gehorsam verpflichtete, treu ergebene und aus höchstem Idealismus kämpfende Gemeinschaft bester deutscher Menschen aus allen Schichten unseres Volkes. Allein das Ziel dieser Männer war das Ziel einer wirklichen Revolution, das heißt, sie waren entschlossen, eine unmöglich gewordene, weil im Innern in den einzelnen Elementen schon längst kranke Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch eine neue zu ersetzen. Das Ausmaß und die Tiefe dieser Umwälzung kann an keinem Ort und in keiner Zeit besser erkannt werden als am Reichsparteitag zu Nürnberg.

Ist dies nun ein neues Volk, das hier marschiert, oder ist es dies nicht? Ist dieses Deutschland noch zu vergleichen mit dem alten, oder ist es ein

neues? Ist diese Gemeinschaft nun fester und unzertrennlicher geworden, oder war es etwa die frühere? Und vor allem: Hat einer von denen, die in den anderen Parteien einst von irgendeiner Wiedererhebung Deutschlands träumten, diese Vorstellung besessen, so wie sie heute Wirklichkeit geworden ist, oder war dies nicht doch nur ausschließliches Glaubensgut der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Kämpfer?

Diese Umformung unserer deutschen Volksgemeinschaft ist die größte und folgenschwerste der von uns einst unternommenen Arbeiten. Sie ist in ihren Auswirkungen gewaltiger als jeder andere Prozeß unserer nationalen Wiedererhebung, denn auf der Festigkeit dieser Volksgemeinschaft beruht in der Zukunft die Größe und Stärke der Nation und damit des Reiches ..."

Lohn, Preis und Produktion

Gegenüber den jüdisch-marxistischen Methoden zur Einleitung des bolschewistischen Bürgerkrieges in aller Welt (soziale Verelendung durch das sinnwidrige wechselseitige Steigern von Lohn und Preis, durch sinkende Produktion und Geldentwertung, durch Streik und Aussperrung) steht das nationalsozialistische Deutschland festgefügt:

„Wenn in diesem Drama des Wahnsinns Deutschland heute als ruhiger Zuschauer gelten darf, dann verdankt es dies der nationalsozialistischen Bewegung, die von vornherein eisern an einem Grundsatz festgehalten hat: Entscheidend für das Leben des einzelnen ist nicht die gedruckte Banknote, die er erhält, sondern das, was er sich dafür zu kaufen vermag.

Es kann aber nicht mehr gekauft werden, als vorher produziert wird! Daher ist entscheidend für den Gesamtlebensstandard der Nation die Gesamthöhe der nationalen Produktion. Was aber die Nation an Gütern produziert, erhält automatisch seinen Gegenwert durch den Lohn und findet damit seinen Käufer.

Denn es würde ja ein Unsinn sein, 30 oder 40 Millionen Tonnen Kohle mehr zu produzieren, aber die Kaufkraft der Nation so zu beschränken, daß es ihr unmöglich wäre, die Kohlen abzunehmen. Es ist daher auch nicht richtig, anzunehmen, daß der Mangel auf irgendeinem Gebiet der Beweis für eine besondere wirtschaftliche Schwäche sei, nein, er ist nur der Beweis dafür, daß eine weitere Steigerung der Produktion nötig ist, weil die notwendige Kaufkraft hierfür besteht. Es ist dabei gänzlich gleichgültig der Konsum der sogenannten oberen Zehntausend. Er fällt mengen- und wertmäßig gegenüber dem Konsum der übrigen 67 Millionen überhaupt nicht ins Gewicht!

Tatsache ist nun, daß Deutschland sein schwerstes soziales Problem gelöst hat, und zwar restlos gelöst hat: Es gibt in unserem Lande keine wirklichen Arbeitslosen mehr.

Im Gegenteil: Auf unzähligen Gebieten herrscht heute bereits wieder Mangel, besonders an gelernten Kräften. Ich glaube, dies ist ein größerer sozialer Erfolg, als wenn es in anderen Ländern gelingt — genau so wie früher bei uns —, die Produktion so lange zu ruinieren und zu zerstören, bis endlich das sogenannte befreite Proletariat weniger seiner Sorgen ledig, als vielmehr ohne Arbeit und damit ohne Brot ist.

Wir können mit dem Ergebnis dieser unserer Tätigkeit aber um so zufriedener sein, als es dabei gelungen ist, nicht nur die Löhne, sondern auch die Preise nahezu vollkommen stabil zu halten. Vergleichen Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, demgegenüber die Resultate in anderen Ländern, und Sie werden auch hier die Richtigkeit der nationalsozialistischen sozialen Führung erkennen. Darüber hinaus aber hat der

Nationalsozialismus durch eine tausendfältig geleistete Arbeit versucht, die sozialen Lebensbedingungen zu verbessern und zu verschönern.

Was hierbei durch unsere großen Hilfsorganisationen mit geleistet wurde, wird Ihnen im Laufe dieses Kongresses durch konkrete Zahlen belegt werden. Im gesamten kann man jedenfalls aber die Tätigkeit der Arbeitsfront in ihren verschiedenen Ämtern, die Arbeit des Winterhilfswerks sowie der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und endlich die ergänzende Arbeit von „Kraft durch Freude" als die sicherlich gewaltigste soziale Gemeinschaftsleistung bezeichnen, die bisher überhaupt irgendwo stattgefunden hat..."

Die Proklamation des Führers formulierte so noch einmal eindeutig die Erkenntnis der inneren Beziehungen von Lohn, Preis und Produktionsmenge — wie sie bereits in der Führerrede vom 1. Mai (siehe 7. Abschnitt) festgestellt worden war. — Über die dogmenlose nationalsozialistische Wirtschaft und die staatliche Führung (wie sie im Vierjahresplan eindeutig zutage tritt) sagte die Proklamation:

Staat und Wirtschaft

„... Es gibt als Dogma weder eine sozialisierte Wirtschaft, noch gibt es eine freie Wirtschaft, sondern es gibt nur eine verpflichtete Volkswirtschaft, das heißt eine Wirtschaft, der im gesamten die Aufgabe zukommt, einem Volke die höchsten und besten Lebensbedingungen zu verschaffen.

Insofern sie dieser Aufgabe ohne jede Lenkung von oben, nur aus dem freien Spiel der Kräfte heraus gerecht wird, ist es gut und vor allem für eine Staatsführung sehr angenehm. Soweit sie auf irgendeinem Gebiet der ihr zukommenden Aufgabe als freie Wirtschaft nicht mehr zu folgen vermag, hat die Führung der Volksgemeinschaft die Pflicht, der Wirtschaft jene Anweisungen zu geben, die im Interesse der Erhaltung der Gesamtheit notwendig sind. Sollte aber eine Wirtschaft auf dem einen oder anderen Gebiet überhaupt nicht in der Lage sein, von sich aus die gestellten großen Aufgaben zu erfüllen, dann wird die Führung der Volksgemeinschaft andere Mittel und Wege suchen müssen, um den Erfordernissen der Allgemeinheit zu genügen. Das eine aber ist sicher: Wie überall sonst, ist auch hier beim vorhandenen Willen auch ein möglicher Weg.

Der Wille des nationalsozialistischen Staates nun, die wirtschaftlichen Grundlagen der Nation zu sichern, hat seinen schärfsten Ausdruck gefunden in dem Entschluß, der Ihnen hier im vergangenen Jahr verkündet wurde (siehe Band 1936, Seite 241 bis 255. D. Verf.):

Innerhalb einer kurz bemessenen Zeit die Nation auf einer Reihe lebenswichtigster Gebiete von der Willkür oder den Unsicherheiten des Auslandes unabhängig zu machen. Dieser Entschluß wird ebenso sicher verwirklicht, wie einst der nationalsozialistische Staat verwirklicht wurde.

Insoweit zu seiner Verwirklichung privatwirtschaftliche Kräfte genügen, werden sie damit befaßt, sowie aber eine ersichtliche Unmöglichkeit eintritt, auf diesem Wege das gesteckte Ziel zu erreichen, wird die Nation als solche diese Arbeit übernehmen.

Es möge sich niemand darüber täuschen: Einer Volksgemeinschaft, der es gelingt, eine gewaltige Armee aufzubauen, einen riesigen Arbeitsdienst zu mobilisieren, das Gigantenunternehmen der Deutschen Reichsbahn zu leiten usw., wird es auch gelingen, zum Beispiel die deutsche Stahl- und Eisenproduktion auf jene Höhe zu bringen, die notwendig ist!

Wir sind schon mit anderen Aufgaben fertig geworden als mit den im Vierjahresplan bestimmten! Und ich möchte schon heute Ihnen, meine Parteigenossen und -genossinnen, die Versicherung abgeben, daß diese Arbeit unter der Leitung des Parteigenossen Göring genau in dem vorgesehenen Tempo verläuft! ..."

Die Proklamation behandelte dann die Aufgaben der Lebensmittelversorgung und die sich aus der Lage des deutschen Lebensraumes ergebenden deutschen Kolonialforderungen:

Die deutsche Kolonialforderung

„... Es ist daher die Forderung nach einem dem Reich gehörenden Kolonialbesitz eine in unserer wirtschaftlichen Not begründete und die Einstellung der anderen Mächte zu dieser Forderung eine einfach nicht verständliche.

Deutschland hatte seine Kolonien einst diesen Mächten weder geraubt noch gestohlen. In einer Welt, in der man heute nur so von moralischen Phrasen trieft, wäre es angebracht, auch diese Tatsache zu berücksichtigen! ..."

Wirtschaftliche Disziplin

— und forderte, ausgehend von den ungeheuren Erfolgen nationalsozialistischer Wirtschaftsführung, die bedingungslose Gefolgschaft der Nation gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft:

„... Wir sind überzeugt, daß gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft aber die Parteigenossen und Parteigenossinnen und alle wahrhaften Nationalsozialisten überhaupt die höchste Pflicht besitzen, der Führung des Reiches blind zu vertrauen und ihre Anordnungen oder auch nur ihre Bitten sofort zu berücksichtigen. Denn wir haben einen schwereren Kampf als andere durchzuführen. 137 Menschen auf einem Quadratkilometer sind schwerer zu ernähren als 11 oder 12. Dieses Wunder kann uns nur gelingen bei äußerster Disziplin der ganzen Volksgemeinschaft, bei einem sofortigen Eingehen aller auf die Notwendigkeiten des Tages oder der Zeit. Wir Deutsche können es uns nicht erlauben, auf diesem Gebiete jeden einzelnen seinen eigenen Weg gehen zu lassen. Gemeinsam werden wir jedes Programm, so oder so, zu lösen in der Lage sein. Für sich allein würde jeder nur das Opfer der allgemeinen Schwierigkeiten werden ..."

Außenpolitische Lage Deutschlands

Außenpolitisch stellte die Proklamation fest:

„1. Der Vertrag von Versailles ist tot!
2. Deutschland ist frei!
3. Der Garant unserer Freiheit ist unsere eigene Wehrmacht!

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wenn die nationalsozialistische Staatsführung nichts weiter in der Geschichte unseres Volkes aufzuweisen hätte als diese drei Ergebnisse ihrer Führung und ihrer Tatkraft, dann würde sie sich damit allein schon einen Ruhmesplatz sichern in den geschichtlichen Annalen unseres Volkes.

Ein Diktat, das für Ewigkeit gedacht war, haben wir in noch nicht einmal fünf Jahren beseitigt! Eine neue Wehrmacht in knapp vier Jahren wieder aufgebaut!

Dabei ist aber Deutschland heute nicht isoliert, sondern in enger Freundschaft verbunden mit mächtigen Staaten. Die natürliche Interessengemeinschaft des nationalsozialistischen Deutschlands und des faschistischen Italiens hat sich in den letzten Monaten immer mehr als ein Element der Sicherung Europas vor dem chaotischen Wahnsinn erwiesen. Es wird in Zukunft nicht möglich sein, an irgendeiner Stelle über diese Willensgemeinschaft hinweg einfach zur Tagesordnung schreiten zu können.

Unser Abkommen mit Japan dient der gleichen Aufgabe, zusammenzustehen in der Abwehr eines Angriffs auf die Kulturwelt, der heute in Spanien, morgen im Osten oder übermorgen vielleicht woanders stattfinden kann. In uns allen lebt die starke Hoffnung, daß auch andere Mächte die Zeichen der Zeit verstehen möchten zur Stärkung dieser Front der Vernunft und des Schutzes des Friedens und unserer Kultur! Denn auch kulturell steht der nationalsozialistische Staat einer durch und durch unsicheren Welt geschlossen und gefestigt gegenüber ..."

Nachdem die Proklamation des Führers noch die kulturellen und rassebiologischen Leistungen des nationalsozialistischen Deutschlands hervorgehoben hatte, schloß sie mit den Worten:

„... Im fünften Jahre nach der nationalsozialistischen Revolution können wir keine herrlichere Feststellung treffen als die eine: Es ist wieder schön, ein Deutscher zu sein, und ein Glück, in Deutschland zu leben!

Das deutsche Volk, die nationalsozialistische Bewegung, die nationalsozialistische Armee und unser Reich

Sieg Heil!"

Kulturtagung

Am Abend des gleichen Tages fand im Nürnberger Opernhaus die Kulturtagung statt — von Reichsleiter Pg. Alfred Rosenberg mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er die grundsätzliche Feststellung aussprach:

„Gegenüber der entscheidenden Behauptung von der wesenhaften Gleichheit aller Menschen sind wir der heute festbegründeten Überzeugung, daß gerade die tatsächliche Ungleichheit dieser Seelen und Charaktere die Voraussetzung für jede wahre Kultur der Weltgeschichte geschaffen hat."

Erstmalige Verleihung des Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft

— mit der erstmaligen Verleihung des „Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft", den der Führer am 30. Januar angesichts der beschämenden Nobelpreisvorgänge geschaffen hatte (siehe 3. Abschnitt). Die Verkündung der Verleihung nahm Pg. Dr. Goebbels vor:

„... Professor Ludwig Troost, der große Baumeister, der eigentlich verdient hätte, als Erster Träger des Deutschen Nationalpreises zu werden, weilt leider nicht mehr unter den Lebenden. Der Führer hat bestimmt, daß ihm symbolisch über das Grab hinaus als erstem diese Ehrung zuteil werden soll. Professor Ludwig Troost hat in seinen Bauwerken den monumentalen und richtungweisenden architektonischen Stil des neuen Reiches für alle Zeiten vorgezeichnet. Die Parteibauten auf dem Königlichen Platz und das Haus der Deutschen Kunst in München werden noch in Jahrhunderten Zeugnis ablegen von der starken, formenbildenden Kraft dieses einzigartigen Baumeisters...

Als erstem unter den Lebenden hat der Führer den Deutschen Nationalpreis dem Parteigenossen Alfred Rosenberg verliehen. Alfred Rosenberg hat in seinen Werken in hervorragendstem Maße die Weltanschauung des Nationalsozialismus wissenschaftlich und intuitiv begründen und festigen geholfen. In einem unermüdlichen Kampf um die Reinerhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung hat er sich ganz besondere Verdienste erworben. Erst eine spätere Zeit wird voll zu ermessen vermögen, wie tief der Einfluß dieses Mannes auf die geistige und

weltanschauliche Gestaltung des nationalsozialistischen Reiches ist. Die nationalsozialistische Bewegung und darüber hinaus das ganze deutsche Volk wird es mit tiefer Genugtuung begrüßen, daß der Führer in Alfred Rosenberg einen seiner ältesten und treuesten Mitkämpfer durch Verleihung des Deutschen Nationalpreises auszeichnet.

Für den zweiten Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft hat der Führer eine Zweiteilung in Beträgen von je 50000 RM. angeordnet. Als Träger wurden vom Führer zwei Ärzte bestimmt: Geheimrat Professor Dr. August Bier und Geheimrat Professor Dr. Ferdinand Sauerbruch. Damit werden zwei deutsche Wissenschaftler preisgekrönt, deren Namen in der ganzen Welt von stärkstem internationalen Klang sind...

Den dritten Nationalpreis hat der Führer dem Forschungsreisenden Dr. Wilhelm Filchner verliehen...

Im Jahre 1934 entschloß sich Filchner zu einer neuen Expedition, die Mitte 1936 nach Verhandlungen mit der Nanking-Regierung beginnen konnte. Zu Anfang dieses Jahres wurde er beim Grenzübertritt von Zentralchina nach Chinesisch-Turkestan wieder festgenommen. Erst in den letzten Tagen konnte die Presse berichten, daß er durch Eingriffe verschiedener Behörden wieder in Freiheit gesetzt wurde.

In Filchner verehrt über Deutschlands Grenzen hinaus die ganze Welt einen echten deutschen Forscher, der unter Hintansetzung von Gesundheit und Leben seinen großen wissenschaftlichen Zielen dient..."

Führerrede

Dann sprach der Führer über das Wesen aller Kultur und ihre überragende Bedeutung für das Leben — und über die nationalsozialistische Kulturauffassung. Gleichzeitig kennzeichnete er in seiner Rede nochmals den destruktiven und tatsächlich kulturwidrigen Charakter der jüdisch-bolschewistischen „Kultur", der er bereits in seiner Rede zum Tag der Deutschen Kunst in München am 18. Juli (siehe 11. Abschnitt) den entschiedenen Kampf angesagt hatte. Er forderte die notwendige Hochachtung vor der schöpferischen Leistung, die nicht mit zeitgebundenen Maßstäben kritisiert werden darf:

Vom Wesen des Kunstwerks

„... Vor allem: jedes gewaltige Kunstwerk trägt seinen eigenen Wert in sich. Es kann nicht mit anderen Maßstäben gemessen werden. Es ist unmöglich, im Jahre 1940 aus einer bestimmten politischen oder weltanschaulichen Einstellung heraus sich einen Maßstab zu schaffen, um ihn dann anzulegen an den weltanschaulichen Gehalt der Kunstwerke vergangener Zeiten und diese dann entweder zu bejahen oder im nichtzutreffenden Fall abzulehnen. So wenig es möglich ist, die leiblichen Vorfahren nach ihrer besonderen Einstellung zu Problemen der damaligen Zeit heute im einzelnen anzuerkennen oder zu verdammen, so wenig ist es auch möglich, ein wahrhaftes Kunstwerk einfach deshalb nicht gelten lassen zu wollen, weil das in ihm veranschaulichte oder dargestellte Ideal der damaligen Welt unsern heutigen Auffassungen nicht mehr genügt, oder ihnen vielleicht sogar entgegensteht.

Da die Kunst in vielen Fällen sich in ihren Darstellungen den Ereignissen ihrer Zeit zuwenden muß, würde mithin stets dann, wenn eine nachfolgende Periode zu anderen Auffassungen kommt, die künstlerische Gesamtleistung der davorliegenden Epoche auszulöschen sein. Es ist aber unmöglich, die antike Kunst etwa deshalb abzulehnen, weil sie heidnisch war und unterdessen eine christliche Welt kam, wie es genau so unmöglich ist, eine christliche Kunst abzulehnen, weil manche unterdessen auch zu ihr nicht

mehr in voller Übereinstimmung stehen! Es ist unrecht, an die großen kulturellen Schöpfungen gewaltiger künstlerischer Heroen den oft sehr zeitbedingten Zollstab augenblicklich herrschender Auffassungen anzulegen. Nur ein amusisch veranlagtes Wesen kann zu einem so unmöglichen Verfahren greifen. Allein nicht nur dies: Es ist ein solches Vorgehen auch eine Respektlosigkeit vor unserer großen Vergangenheit und außerdem eine geschichtliche Beschränktheit. Nur ein national respektloser Mann wird Mozarts ‚Zauberflöte' verurteilen, weil sie vielleicht im Text weltanschaulich seinen Auffassungen entgegensteht. Ebenso wird nur ein Ungerechter Richard Wagners Ring ablehnen, weil er nicht den christlichen Anschauungen entspricht; oder Wagners ‚Tannhäuser', ‚Lohengrin' und ‚Parzival', weil sie umgekehrt nicht im Sinne anderer Erkenntnisse gehalten zu sein scheinen. Das große Kunstwerk trägt einen absoluten Wert in sich. Dieser Wert wird nicht gemessen mit dem Maßstab einer das Kunstwerk als solches gar nicht berührenden mehr oder weniger zeitlich bedingten Auffassung!

Wenn im übrigen jede Generation das Recht in Anspruch nehmen würde, Kunstwerke ihrer politischen, weltanschaulichen oder religiösen Vergangenheit einfach auszurotten, dann würde sicherlich vor allem jede politische Umwälzung sofort die Vernichtung der in einer anderen politischen Umwelt groß gewordenen Kultur bedeuten. Dies ist aber genau so sinnlos, als es sinnlos wäre, in einer nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung alle materiellen Werte zu vernichten, die unter nicht nationalsozialistischen Gedankengängen im Laufe der Jahrhunderte entstanden und aufgespeichert worden sind...

Es ist daher das oberste Gebot bei jeder Kunstwertung die Pflicht der größten Toleranz gegenüber der wahrhaft großen kulturellen Schöpfung der Vergangenheit. Eine selbst große Zeit wird es sich erlauben können, sowohl politisch als auch kulturell die Arbeit der Ahnen mit jenem Respekt zu behandeln, mit dem sie selbst wünscht, daß auch ihr Zeitalter einst von den Nachkommen geachtet wird..."

Nach dieser wahrhaft großen Einstellung zur schöpferischen Leistung behandelte die ebenso umfassende wie einzigartige Rede die Gegebenheiten von Genie und Talent — die Aufgabe der Vermittlung unserer kulturellen Werte an das ganze Volk — die monumentalen Bauwerke als Ausdruck der Gemeinschaft und der Autorität. So schloß diese große Rede:

Kultur und Autorität

„... Die Leistungen und Ergebnisse dieses Strebens aber haben der Menschheit erst den richtigen Gemeinschaftsgeist vermittelt und damit die Voraussetzung für die Schaffung und Erhaltung der menschlichen Kultur gesichert und nicht das emsige Streben nur wirtschaftlicher Interessen nach Gewinn oder Dividenden usw. Diese große monumentale Betonung der Gemeinschaft hat mitgeholfen, eine Autorität aufzurichten, ohne die es weder eine dauerhafte Gesellschaft noch eine Wirtschaft der Gemeinschaft geben könnte. Ob diese Autorität nun ihre Wurzel in religiösen Institutionen oder in weltlichen fand, ist dabei einerlei. Die Autorität, die jedenfalls das deutsche Volk im 20. Jahrhundert vor dem Zusammenbruch gerettet, es vor dem Chaos des Bolschewismus zurückgerissen hat, ist nicht die eines Wirtschaftsverbandes, sondern die der nationalsozialistischen Bewegung, der nationalsozialistischen Partei und damit des nationalsozialistischen Staates! Die Gegner werden es ahnen, aber vor allem die Anhänger müssen es wissen: zur Stärkung dieser Autorität entstehen unsere Bauten!

Dieser Autorität soll nützen, was Sie hier in dieser Stadt sich erheben sehen, was in Berlin, in München, in Hamburg und in anderen Orten in der Planung begriffen und zum Teil schon zur Ausführung reif ist oder schon jetzt vor Ihnen fertig aufgerichtet steht!

Dies ist die Tendenz, die diesen Bauwerken zugrunde liegt! Und weil wir an die Ewigkeit dieses Reiches — soweit wir in menschlichen Maßstäben rechnen können — glauben, sollen auch diese Werke ewige sein, das heißt, sie sollen nicht nur in der Größe ihrer Konzeption, sondern auch in der Klarheit ihrer Grundrisse, in der Harmonie ihrer Verhältnisse ewigen Anforderungen genügen...

Diese gewaltigen Werke werden aber zugleich auch die erhabenste Rechtfertigung darstellen für die politische Stärke der deutschen Nation. Dieser Staat soll nicht eine Macht sein ohne Kultur und keine Kraft ohne Schönheit. Denn auch die Rüstung eines Volkes ist nur dann moralisch berechtigt, wenn sie Schild und Schwert einer höheren Mission ist. Wir streben daher nicht nach der rohen Gewalt eines Dschingis Khan, sondern nach einem Reiche der Kraft in der Gestaltung einer starken sozialen und beschirmten Gemeinschaft als Träger und Wächter einer höheren Kultur!"

Appell des Reichsarbeitsdienstes

Der Morgen des 8. September brachte den Appell des Reichsarbeitsdienstes auf dem nunmehr endgültig fertiggestellten Zeppelinfeld. 38000 Arbeitsmänner meldet der Reichsarbeitsführer Pg. Hierl dem Führer. Die gewaltige Morgenfeier endet mit dem Gesang der Arbeitsmänner und Arbeitsmaiden:

Gott, segne die Arbeit und unser Beginnen!
Gott, segne den Führer und diese Zeit!
Steh uns zur Seite, Land zu gewinnen,
Deutschland zu dienen mit all unsern Sinnen,
mach uns zu jeder Stunde bereit!

Gott, segne die Arbeit und all unser Ringen,
Gott, segne die Spaten mit blankem Schein!
Werk unsrer Hände, laß es gelingen,
denn jeder Spatenstich, den wir vollbringen,
soll ein Gebet für Deutschland sein!

Pg. Hierl sagte in seiner Ansprache:

„... So tun wir kund:
Unsere Arbeitslager sind Bollwerke gegen jene jüdisch-materialistische Arbeitsauffassung, die in der Arbeit nur ein Geldgeschäft, in der Arbeitskraft eine Ware sieht.

Für uns bedeutet die Arbeit keinen Fluch, sondern den größten Segen Gottes, der einen Funken seiner Schöpferkraft in den arbeitenden Menschen aufleuchten läßt.

Wir tun kund:
In unseren Reihen hat der Arbeiter der Stirn und der Arbeiter der Faust wieder zusammengefunden, gemeinsam haben sie mit ihren Spaten dem Klassenhochmut und dem Klassenhaß das Grab geschaufelt...

Wir tun kund,
daß wir unsere Gemeinschaft aufgebaut haben auf den Grundpfeilern der Treue, des Gehorsams und der Kameradschaft, weil wir in diesen Tugenden auch die Grundpfeiler einer wahren Volksgemeinschaft sehen..."

Und dann sprach der Führer zu seinen Arbeitsmännern und stellte fest: „Ihr, meine Kameraden, ihr seid in diesen wenigen Jahren ein Teil unseres Volkes geworden, der gar nicht mehr weggedacht werden kann!“ Die mit stürmischer Begeisterung aufgenommene Ansprache schloß mit den Worten:

„... Eine Nation wird repräsentiert durch ihre wertvollsten Kräfte! Wer aber Deutschland kennen will, der muß auch diese Kraft hier sehen, und er wird dann den richtigen Eindruck gewinnen von dem deutschen Volk, dem neuen Staat und unserer neuen Gemeinschaft.

So begrüße ich euch heute wieder und bin glücklich und stolz, das Gedeihen dieses Werkes feststellen zu können. Ihr seid mir damit ein Garant für die Durchsetzung des großen Zieles, das mir einst vorschwebte: Ein Volk, ein Reich, eine Gemeinschaft, eine Kraft!

Wenn Deutschland nach außen hin die Macht seines Selbstschutzes zeigt, dann zeigt es nach innen zugleich aber auch die Kraft seiner Arbeit. In beiden sehen wir die Sicherheit des Lebens unseres Volkes, dem wir angehören und dem wir mit Stolz angehören.

Dieses Deutschland: Sieg Heil!“

Sondertagungen

Am Nachmittag fand die HJ.-Führertagung statt, in der der Reichsjugendführer, Pg. Baldur von Schirach, einen Überblick über die Leistungen der nationalsozialistischen Jugendarbeit gab und gleichzeitig seinen Mitarbeitern für ihre Arbeit dankte. — In diesem Zusammenhang seien auch die anderen zahlreichen Sondertagungen erwähnt, die an den verschiedenen Tagen des Reichsparteitages stattfanden und in denen eine Fülle sachlicher Arbeit und neuer Zielsetzung behandelt wurden — so die Sondertagung des NSD.-Studentenbundes, in welcher der Reichsstudentenführer Pg. Scheel die im 6. Abschnitt bereits behandelten zehn Gesetze des deutschen Studenten verkündete — die Tagung des Hauptorganisations-, Hauptschulungs- und Hauptpersonalamtes im Opernhaus — die Tagungen der Hauptämter für Kommunalpolitik, für Erzieher, für Beamte, für Volksgesundheit, für Technik, NSBO. und „Handel und Handwerk“ — die Arbeitstagung des Reichsrechtsamts, die Tagungen des Pressepolitischen Apparates, der NSKOV., der Parteigerichtsvorsitzenden, des Agrarpolitischen Apparates, der Kommission für Wirtschaftspolitik, der Gauschatzmeister und Kreiskassenleiter, in welcher der Reichsschatzmeister Pg. Schwarz feststellte:

„Der Verwaltungsmann der Partei ist zuerst Parteigenosse, ist zuerst Vertreter der nationalsozialistischen Weltanschauung. Gerade die Verwaltung der Partei soll ja eine nationalsozialistische sein. Sie kann daher nicht allein für die reibungslose technische Durchführung verantwortlich sein, denn das Endziel ist keineswegs ein materielles, sondern ein politisches: nämlich die Verwirklichung des Willens unseres Führers.

Aber wie eine gute Ware durch einen schlechten Kaufmann bedeutungslos werden kann, so auch eine Organisation durch eine schlechte Verwaltung. Eine Häufung theoretischer Organisationsideen ist allein nicht lebensfähig,

wenn nicht der Grundsatz der peinlichsten Sauberkeit der Geschäftsführung zum Leitsatz gemacht wird. Wenn in den Zeiten des Kampfes bis heute die Finanzen und die Verwaltung der Partei gesund blieben, so ist dies nicht zuletzt auf die Anerkennung dieser Grundsätze durch den Hoheitsträger und Formationsführer zurückzuführen."

Rosenberg-Rede

Am Abend des 8. September erfuhr der Parteikongreß seine Fortsetzung. Reichsleiter Pg. Alfred Rosenberg stellte in seiner Rede die Aufbaukraft des Nationalsozialismus den zerstörenden Kräften des Judentums in seinen verschiedenen politischen Ausdrucksformen gegenüber. Zum historischen Verständnis der derzeitigen Situation führte er aus:

Die historische Situation

„... Einmal zerschlug die Französische Revolution 1789 ein altes, morsch gewordenes Regime und schickte sich an, mit ihren Heeren Europa zu erobern. Gegen diese demokratische Revolte bildete sich die sogenannte Heilige Allianz der Monarchien. In gefahrvollen Augenblicken hielt diese Allianz zwar zusammen, um bei der ersten Gelegenheit wieder die alten Streitigkeiten der verschiedenen Souveräne aufzuweisen. Im Lager der Allianz selbst aber gab es begeisterte Anhänger der Französischen Revolution, und viele Festungen fielen nicht durch Eroberung, sondern weil ihre Verteidiger im tiefsten Innern die französische Armee als die Trägerin jener Gedanken betrachteten, die sie selbst als die ihrigen anerkannten.

Die Entwicklung ist in den Jahrzehnten weitergegangen. Aus der strukturlosen demokratischen Idee (nicht zu verwechseln mit jenen Volkstumsbewegungen, die vor 1789 ihr Recht den Souveränen abtrotzten) ergab sich beim Anwachsen der Bevölkerungen, beim Entstehen der Weltstädte, beim Erstarken des jüdischen Elements eine Lockerung aller formbildenden Kräfte. Der Weltkrieg und seine Folgen erschütterte alle Nationen bis in ihre Grundfesten, und die bolschewistische Weltrevolte stieg auf als bedrohliche Fackel der Zerstörung für alle jene, die noch sehen wollten.

Und weltgeschichtlich betrachtet steht heute die Demokratie dem Bolschewismus genau so innerlich hilflos gegenüber wie einst die Heilige Allianz gegenüber der demokratischen Revolution.

Erbarmungswürdig kurzsichtig und verängstigt wie Kaninchen vor der Klapperschlange blicken die sogenannten Demokratien auf den bolschewistischen Weltbrand. Sie können gegen den Bolschewismus, ebensowenig wie die Heilige Allianz gegen die Französische Revolution, nicht wirklich kämpfen, weil die Bolschewisten in vielen Dingen die letzten Folgerungen aus ihren eigenen Ideologien ziehen.

Das demokratische Sichgehenlassen gegenüber einer angreifenden konzentrierten Kraft muß eben charakterlich und politisch unfähig sein, die Mächte der Zeit zu bändigen.

Die Losung ‚weder Bolschewismus noch Faschismus' ist die kürzeste Formel für die innere Haltlosigkeit. Das Verhalten so vieler Demokraten gegenüber der bolschewistischen Weltgefahr ist nicht ein Zeichen einer vorsichtigen Überlegenheit, wie man uns glauben machen will, sondern das Äußere einer inneren Unzulänglichkeit, die Probleme unserer Zeit überhaupt zu schauen. Die große Schicksalsfrage, vor die wir 1919 gestellt wurden, steht aber heute ebenso groß vor ganz Europa, vor der ganzen Welt, denn der Bolschewismus ist gleichsam ein Krankheitskeim, der, von einem Pestherd aus durch Wind in die Welt getragen, überall dort Verwesung und Zersetzung hervorruft, wo die Volkskörper keine Widerstandskraft mehr besitzen. Und wenn heute schon unzählige Zeugen europäischer Nationalkulturen im Osten und Südosten Europas dahingesunken

sind, wenn das beste Blut schon zweier Völker der Ausrottung nahe entgegengeführt worden ist, so ist das das furchtbare Gleichnis dafür, wie eben Völker untergehen können..."

Der Machtkampf unserer Epoche zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus bringt die Entscheidung zwischen Leben und Tod Europas, zwischen Rasse und untermenschlicher Hefe. Als fürchterliches Beispiel des jüdischen Rassenmords durch den Bolschewismus teilte Pg. Rosenberg mit:

Der jüdische Rassenmord

„... Die Sowjetregierung rühmt sich, im Laufe dieser Jahre zwei große Kanalprojekte verwirklicht zu haben: den Weißmeer-Kanal und den Moskau-Wolga-Kanal. Diese großen Bauten wurden von politischen Gefangenen, die mit Sträflingen zusammengekoppelt wurden, durchgeführt. Aus der ganzen Sowjetunion wurden zu diesen und ähnlichen Bauten die noch nicht unter das bolschewistische System gebeugten Vertreter des guten Russentums und der übrigen unter dem roten Moskauer Imperialismus schmachtenden Völker des Sowjetreichs zusammengetrieben und in die Fronstätten gesandt: im europäischen Teil für den Bau dieser großen Kanäle, für Errichtung von Rüstungsfabriken, im Osten vor allen Dingen aber für den Bau der Schienenstränge, die außerhalb der Reichweite japanischer Geschütze liegen, zwecks eines leichteren Aufmarsches im Fernen Osten gegen Japan. An dieser Baikal-Bahn arbeiten etwa 800000 Sträflinge und politische Gefangene aus der Ukraine, dem Kaukasusgebiet und den Kosakengegenden, also möglichst weit von ihrer Heimat entfernt, oft in einer Kälte von 50 bis 60 Grad. In den Zwangsarbeitslagern längs des Weißmeer-Kanals waren 300000 Häftlinge in menschenunwürdigen Umständen untergebracht, die im Laufe der Arbeitsjahre starben und dann immer wieder durch neue todgeweihte Häftlinge und Verbannte, nicht selten aus den deutschen Kolonien, nachgefüllt wurden. Ein früherer Mitarbeiter, der zwangsweise in diesen Sowjetlagern tätig sein mußte und später fliehen konnte, errechnet als Sachverständiger die Anzahl der in der ganzen Sowjetunion zu Zwangsarbeit und Verbannung verurteilten politischen Gegner des jüdischen Blutregiments auf weit über 5 Millionen Menschen. Der Bau des Weißmeer-Kanals hat in den vergangenen Jahren Hunderttausende an Menschenopfern gekostet!

Zum Hohn über diese furchtbare Menschenausrottung teilte das Zentralorgan der Komintern (Moskauer ‚Prawda' vom 8. September 1936) mit, der Weißmeer-Kanal sei ‚mit Händen und Spaten' gebaut worden. Das Zentralorgan der Roten Armee aber (‚Kraßnaja Sewsda' vom 29. April 1937) nannte diese in der Weltgeschichte noch nie gesehenen Menschenquälereien einen gewaltigen Sieg der ‚sozialistischen Humanität'!

Diese Volksausrottung im Namen des Sozialismus und der Arbeiterbefreiung wurde betrieben vor allen Dingen durch den ehemaligen jüdischen Chef der Tscheka Jagoda. Dieser verband damit ein ausgeklügeltes Erpressersystem, indem er manchem Häftling, der noch über Werte verfügte, eine erleichterte Behandlung für die Hergabe seiner letzten vielleicht noch versteckten Schmucksachen versprach. Diese erpreßten Werte hatte nun der Jude Jagoda in andere Staaten mit seinen Helfershelfern verschoben, was ihm zum Schluß den Neid der noch nicht zum Zuge gekommenen Halunken eintrug, denen er dann weichen mußte. Der unmittelbare Untergebene dieses verbrecherischen Juden war ein anderer Jude namens Moses Berman, dem die Verwaltungen der Zwangslager der ganzen Sowjetunion unterstanden. Mit sadistischer Grausamkeit trieb dieser Berman aus der ganzen Sowjetunion die Gefangenen in die Eiswüsten Asiens und

ans Weiße Meer oder ließ sie zu Zehntausenden in sibirischen Konzentrationslagern dahinsiechen.

Sein Stellvertreter war der Jude Salomon Firin. Und so setzt sich die Vergewaltigung der noch verbleibenden guten russischen Kräfte und der Angehörigen aller anderen Völker der Sowjetunion in einer Grausamkeit fort, wie sie in der Weltgeschichte wohl einzig dasteht.

Daß wir es hier mit dem Ausfluß des perversesten jüdischen Instinktes, zugleich aber auch mit einem politischen Plan zu tun haben, haben schon viele jüdische Bekenntnisse gezeigt, die wir ja auch im vergangenen Jahr von hier der Welt zur öffentlichen Kenntnisnahme brachten. Ich möchte aber von dieser Stelle noch auf eine Äußerung verweisen, die vielleicht mancher Spießbürger als wahnsinnig bezeichnen würde, wenn sie nicht im Augenblick des jüdischen Triumphes schwarz auf weiß vor uns niedergelegt liegen würde. Es handelt sich um das in Neuyork erschienene Werk ‚Nun und immerdar' (‚Now and forever'), ein Zwiegespräch zwischen dem jüdischen Schriftsteller Samuel Roth und dem zionistischen Politiker Israel Zangwill. Israel Zangwill hat dem Werke eine Einleitung geschrieben, das Buch selbst ist gewidmet dem jetzigen Rektor der jüdischen Universität in Jerusalem. Die beiden Hebräer unterhalten sich über die Juden und ihre Zukunft, wobei der Schriftsteller Roth folgendes in wörtlicher Übersetzung nach dem uns vorliegenden Original äußert:

‚Inzwischen haben wir Juden (in Rußland) die Freiheit gewonnen und großartig Rache genommen. Oh, es hat sich gelohnt, Pogrome zu erleiden. Die Regierung, welche uns verfolgt hat, windet sich hoffnungslos im Staub der Vergessenheit. Wo wir einst die Erniedrigten und Verfolgten waren, sind wir heute die stolzen und rücksichtslosen Verfolger.'

In weiterer Unterhaltung (Seite 136/142) schwärmen die beiden Juden davon, daß einmal die Zeit kommen würde, wo in Europa das Oberste zuunterst gekehrt worden sei, dort, wo der Kopf heute stehe, würden die Füße liegen und ‚wo das Herz Europas war, dort wird seine Leber sein'. Schauder des Verfalls werden Europa umwittern. Über jeder europäischen Stadt wird gleich einer Wolke die gelbe Atmosphäre eines heimtückischen Krebses lasten ..."

Wenn es gegenüber diesem sadistischen Blutrausch merkwürdige Vertreter christlicher Kirchen gibt, die dem Bolschewismus vor dem Nationalsozialismus den Vorzug geben (wie zum Beispiel der Dekan von Canterbury), so liegt darin sowohl eine selbstmörderische Verblendung ohnegleichen wie auch eine unabwaschbare Mitschuld an der blutigen bolschewistischen Zerstörung. — Der tiefe Gegensatz zwischen uns und der jüdischen Sowjetunion ist in unseren Werken sinnfällig zu erkennen:

Aufbau und Zerstörung

„... Wenn in Deutschland die Straßen Adolf Hitlers entstehen, so ist das ein Zeichen neuer Schöpfung und Schönheitswillens. Wenn die Riesenmauern des Stadions und die Kongreßhalle in den kommenden Jahren hier in Nürnberg emporwachsen werden, so sind sie Symbole höchster Selbstachtung einer Nation und Darstellung einer unbändigen Arbeitskraft.

Dagegen, wenn im bolschewistischen Staate unter der Führung von Moses Berman, Salomon Firin und Konsorten die Kanäle zum Weißen Meer, zur Wolga, die Ostbahnen entstehen, so ist ihre Ausführung ein Zeichen, daß ein Volk zurückgesunken ist in die erbärmlichste Sklaverei, wie sie nur in den frühasiatischen Staaten ihr Gegenstück findet. Jeder

Kilometer dieser Kanäle und Eisenbahnen ist gekennzeichnet von Tausenden von verhungerten und gemordeten politischen Gegnern, die sich irgendwie noch gegen die Sklavenhalter in Moskau empörten oder auch nur verdächtig waren, die Zerstörer ihrer Heimat nicht zu verhimmeln..."

Die innere Gesetzmäßigkeit des tiefen Widerspruchs beider Pole hat ihre zwingenden Folgen:

Die innere Gesetzmäßigkeit der Gegensätze

„... Darum steht am Ende der Lehre des Individualismus und der Anbetung der Masse stets der Tyrann. Genau umgekehrt ist der Nationalsozialismus davon ausgegangen, daß die großen schöpferischen Leistungen der Weltgeschichte immer den Stempel einer bestimmten Persönlichkeit tragen. Diese Persönlichkeit ist aber nicht ein von Blut, Heimat und geschichtlichem Schicksal losgelöstes Einzelwesen, sondern im Gegenteil Verkörperung, Krönung eines Volkstums. Persönlichkeit und Volk stehen deshalb in organischer Wechselbeziehung zueinander. Und an ihrer Spitze deshalb kein Tyrann, sondern ein Führer.

Auch von hier aus gesehen, stehen sich Nationalsozialismus und Bolschewismus, Arbeit und Chaos, Gestaltung und Demagogie in todfeindlichem Gegensatz gegenüber..."

Dann folgte die Rede des Hauptamtsleiters Pg. Hilgenfeldt mit einem überzeugenden Rechenschaftsbericht über die großartige Leistung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (WHW., „Mutter und Kind", Ernährungshilfswerk, Schwesternstationen usw.) und eine Rede des Reichsärzteführers, Pg. Dr. Gerhard Wagner, in der die grundsätzliche Wandlung in der Gesundheitspolitik zum Ausdruck kam (und über die im 20. Abschnitt noch zu berichten sein wird).

Rechenschaftsbericht der NSV.

Gesundheitspolitik

Die großen Gesamtveranstaltungen des 9. September begannen mit der Grundsteinlegung des Deutschen Stadions in Nürnberg und der Eröffnung der erstmaligen Nationalsozialistischen Kampfspiele. In der Ausschreibung dieser vom Führer geschaffenen NS.-Kampfspiele (siehe 4. Abschnitt) hatte es geheißen:

Grundsteinlegung des Deutschen Stadions und Eröffnung der NS.-Kampfspiele

„Die Teilnahme an den Kampfspielen ist eine Auszeichnung, bedingt durch Würdigkeit und Leistung. Würdig ist jeder deutsche Volksgenosse, der blut- und führungsmäßig den Aufnahmebedingungen der NSDAP. entspricht, wehrwürdig ist und gesund ist gemäß den Bedingungen zum SA.-Sportabzeichen."

Nach einer Ansprache des Stabschefs Pg. Lutze und der Verlesung der — für die Einmauerung in den Grundstein bestimmten — Urkunde über die Grundsteinlegung durch Reichsminister Pg. Kerrl:

„Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler erließ am 27. November des vierten Jahres nach der nationalsozialistischen Revolution im neunzehnhundertsechsunddreißigsten Jahr christlicher Zeitrechnung folgenden Befehl:

„In Verfolg meiner Proklamation am ‚Reichsparteitag der Ehre' schaffe ich hiermit für alle künftigen Reichsparteitage die Nationalsozialistischen Kampfspiele. Zum Träger dieser Kampfspiele bestimme ich die SA. Sie ist mir verantwortlich für ihre Durchführung."

Um diesen Kämpfen eine würdige und weihevolle Stätte zu geben, wurde vom Führer der Bau dieses Deutschen Stadions angeordnet. Seine Gesamtplanung, Form und Gestalt erhielt es vom Generalbauinspektor Professor Albert Speer.

Die Errichtung des Bauwerkes erfolgt durch den auf Anregung der Stadt Nürnberg geschaffenen und unter Leitung des Reichsministers Kerrl stehenden Zweckverband „Reichsparteitag Nürnberg" als Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

Den Grundstein legte heute, am 9. September im fünften Jahre nach der nationalsozialistischen Revolution und im neunzehnhundertsiebenunddreißigsten Jahre christlicher Zeitrechnung, der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler.

Nach seinem Willen sollen sich nunmehr die Deutschen jährlich in der Zeit des Reichsparteitages bis in fernste Jahrhunderte hinein an dieser Stätte im Wettkampf miteinander messen, um das höchste Ziel der nationalsozialistischen Revolution zu verwirklichen: Ein Volk, gestaltet in körperlicher Kraft und Gesundheit, erfüllt von der stolzen Stärke tapferer Männer und schönster Frauen.

vollzog der Führer mit drei Hammerschlägen die Grundsteinlegung:

„Deutsche!

In diesem geschichtlichen Augenblick, da ich nun den Grundstein zum Deutschen Stadion lege, erfüllen mich drei heiße Wünsche:

1. Möge das gewaltige Bauwerk selbst zum Ruhm und Stolz des deutschen Volkes gelingen,
2. möge es der ewige Zeuge sein einer im Nationalsozialismus geeinten Nation und eines machtvollen Reiches,
3. möge es die deutschen Männer und Frauen für alle Zeiten ermahnen und hinführen zu jener Kraft und Schönheit, die der höchste Ausdruck des Adels einer wirklichen Freiheit sind.

Ich erkläre damit im Jahre 1937 die Nationalsozialistischen Kampfspiele zu Nürnberg für eröffnet."

Pg. Dr. Goebbels über den Kampf in Spanien

Der Nachmittag brachte die Fortsetzung des Parteikongresses mit einer Rede des Reichspropagandaleiters Pg. Dr. Goebbels über die Bedeutung des Kampfes in Spanien.

„‚Spanien ist die Welt am Scheidewege.' So schreibt das bolschewistische Zentralorgan ‚Die Rundschau' in seiner Nummer 31 vom 22. Juli 1937. Mit diesen Worten ist treffend die internationale Bedeutung des Spanien-Problems charakterisiert. Es ist in der Tat so. Hier muß die Entscheidung fallen zwischen Bolschewismus, das heißt Zerstörung und Anarchie auf der einen, Autorität, das heißt Ordnung und Aufbau auf der anderen Seite..."

— so begann Pg. Goebbels seine Ausführungen, in denen er in schonungsloser Offenheit und auf Grund unanfechtbarer Quellen das bolschewistische Grauen in Spanien, seine Entwicklung und seine Hintergründe bloßlegte. Die spanische Entwicklung der letzten Jahre mit der immer mehr um sich greifenden bolschewistischen Seuche, der nationalspanische Notwehrakt im Jahre 1936 (siehe Band 1936, Seite 159), die Bolschewisierung der „Regierung" — dies alles entwickelte der Reichs-

propagandaleiter in seiner Rede und formulierte die deutsche Stellungnahme:

Die deutsche Stellungnahme

„... Es kann unter keinen Umständen geduldet werden, daß die Kommunistische Internationale sich im Westen Europas eine neue Operationsbasis sichert, von der aus der Keil der bolschewistischen Weltrevolution um so wirksamer und gefahrbringender in Europa hineingetrieben werden kann. Wir machen deshalb auch gar keinen Hehl daraus, daß unsere wärmsten Sympathien bei General Franco stehen, dessen heroischen, opfervollen und idealistischen Kampf das ganze deutsche Volk auf das tiefste bewundert. Es war deshalb mehr als ein diplomatischer Akt, daß der Führer und der italienische Regierungschef General Franco als die einzige rechtmäßige Regierung in Spanien anerkannten ...“

Die Hand der Komintern

Die sowjetrussische Aktion in Spanien, die Einmischung Frankreichs, der Tschechei und anderer zugunsten der Roten, die Hilfestellung des jüdischen Waffenhandels für die Valencia-„Regierung“ — sie gingen einwandfrei aus folgenden Tatsachen hervor:

„... In der kurzen Zeitspanne vom 6. März bis 14. Mai dieses Jahres, also nach dem Inkrafttreten des Kontrollplans, passierten allein 190 sowjetrussische und 88 rotspanische Munitionsschiffe mit dem Ziel spanischer Häfen die Dardanellen. Sie lieferten dem roten Spanien 162 Tanks, 130 Kanonen, 86 Flugzeuge, 395 Lastkraftwagen, 12 Flakgeschütze, 31420 Tonnen anderes Kriegsmaterial und Munition. Im Februar und März wurden in Reval 101 Sowjetflugzeuge nach Spanien verladen. Am 1. März gelangten nach Almansa auf dem Landwege 50 schwere sowjetrussische Geschütze. Eine einzige große Bestellung von Kriegsmaterial der Sowjetunion aus der letzten Zeit umfaßt 100 Großtanks, 500 mittlere Tanks, 20000 leichte Tanks, 4000 schwere, 6000 leichte Maschinengewehre und 300 Flugzeuge mit den dazugehörigen Piloten.

Ungezählt das Kriegsmaterial, das von Frankreich und über Frankreich nach Rotspanien gegangen ist und noch geht. Endlos die Reihe der Waffen- und Munitionslieferungen, die die Tschechoslowakei bisher getätigt hat. Firmen in England, Holland und der Schweiz beteiligen sich an diesem Geschäft. Der international-jüdische Waffenhandel ist dabei in weitestem Umfang eingeschaltet. Und das alles geschieht unter einem internationalen Kontrollplan und im Zeichen der ‚Nichteinmischungspolitik‘! ...“

In seiner Rede behandelte Dr. Goebbels die instinktlose Haltung der Demokratien zum Kampf in Spanien, die Verblendung mancher Kirchenvertreter, die (wie der Erzbischof von York) für Rotspanien eintreten — auf der anderen Seite die grauenhaften Verwüstungen, die der Bolschewismus in dem von ihm geknechteten Teile Spaniens in der Wirtschaft anrichtet, die Zerstörung der Familie, die Herabwürdigung der Frau, wie sie in folgenden schauerlichen Tatsachen zum Ausdruck kommt:

Moralischer Mord

„... Die Kriegsberichterstatterin des ‚New York American‘, Jane Anderson, schreibt am 13. Juni 1937, daß sie von einem 23jährigen Mitglied eines sogenannten Mitternachtskomitees in Madrid bei ihrer Verhaftung verlangt habe, vor die spanische Regierung gestellt zu werden, worauf die rote Kommandantin zur Antwort gab: ‚Regierung? Diese Pistole ist die Regierung! Weißt du denn, wer ich bin? Weißt du, wieviel ich schon getötet habe? Ich habe 189 Menschen getötet!‘

Am 2. August 1937 wurden von roten Milizsoldaten vor Madrid den nationalen Truppen fünf Frauen zum Tausch gegen einen Arzt angeboten. Eine Pariser Korrespondenz berichtet darüber, daß eine nackte Frau über den Schützengraben hinausgeschoben wurde, um sie als Muster zu zeigen. Die kommunistische Abgeordnete Margarita Nelken forderte in einer Ansprache an rote Truppen ‚den Massenterror, weil er die einzige Möglichkeit bietet, unsere Feinde zu vernichten'. Nach der ‚Daily Mail' vom 22. August 1936 wurden ‚28 Nonnen aus dem Kloster Santa Clara unbeschreiblichen Martern unterworfen, vergewaltigt und getötet'. Ein zurückgekehrter Belgier berichtet im ‚Echo de Paris' vom 29. März 1937 aus Mahora, daß sich junge Frauen selbst getötet haben, um der Vergewaltigung zu entgehen.

Die Scheidung ist nach kommunistischem Muster eingeführt. In Bilbao sprach die berüchtigte rotspanische Agitatorin La Pasionaria vor Regierungsanhängern und erklärte: ‚Ich predige die kommunistische These nicht nur, ich wende sie auch praktisch an. Folgt mir, macht es genau wie ich, werdet auch Apostel der freien Liebe!'

Das alles stimmt ja auch mit den theoretischen Grundsätzen des Bolschewismus vollkommen überein. Das Plenum der Komintern vom 16. November 1924 beschloß: ‚Die Revolution ist machtlos, solange die Begriffe Familie und Familienbeziehungen bestehen.' Frau Kollontay, die bolschewistische Gesandtin in Stockholm, erklärt in einer Broschüre: ‚Wir machen grundsätzlich keinen Unterschied zwischen einer Prostituierten und einer gesetzlich verheirateten Frau, sobald sich diese von ihrem Mann ernähren läßt.'

Die Sozialisierung der Frau wird auch in Rotspanien praktisch durchgeführt. Uns liegt ein Gutschein im Original vor, der folgenden Wortlaut hat: ‚Gutschein für zehn Nächte des Kameraden Juan Palomeque mit einer Frau, welche er will. Toledo, den 7. August 1936.' Derartige Gutscheine sind in Toledo, Malaga und an der Cordoba-Front in Massen gefunden worden.

Furchtbar und unbeschreiblich sind die Leiden, denen unschuldige Kinder im bolschewistischen Spanien ausgesetzt sind. In einer Prager Zeitung erzählt ein spanischer Flüchtling, daß die Milizen sein siebenjähriges Kind vor seinen Augen vom vierten Stock auf den Kasernenhof warfen, wo es tot liegen blieb. Ein geflüchteter belgischer Freiwilliger schildert im ‚Echo de Paris' vom 29. März 1937, wie 12- und 13jährige Mädchen in der schamlosesten Weise von den Roten mißbraucht wurden. In Cranja de Torrehermosa wurden zwei Mädchenleichen gefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß das fünfjährige Mädchen durch Schlagen auf den Erdboden oder an eine Mauer getötet worden war. Das neunjährige Mädchen war vergewaltigt worden. In Malaga schleppten die Roten am 8. Februar 1937 70000 Flüchtlinge mit und deckten dadurch ihren Rückzug. Unter diesen Flüchtlingen befanden sich annähernd 50000 Kinder. Ein englischer Berichterstatter berichtet am 16. Oktober 1936 in der ‚Daily Mail': ‚Die Roten benützen Frauen und Kinder als lebenden Schirm für ihre Linie vor Oviedo' ..."

Kampf gegen die Kirche

Unermeßliche Kulturschätze, Bauten und Kirchen wurden vom Untermenschentum vernichtet, unzählige Priester und Nonnen abgeschlachtet.

„Nach unanfechtbarem Zahlenmaterial, das auf rein bolschewistischen Statistiken aufgebaut ist, wurden in Rußland 42000 Priester ermordet. In Spanien wurden bis zum 2. Februar 1937 etwa 17000 Priester und Mönche und 11 Bischöfe ermordet. Der Prozentsatz der ermordeten Priester beträgt durchschnittlich in den Diözesen 40, in einzelnen Diözesen

sogar 80 v. H. Die schon erwähnte Berichterstatterin des ‚New York American‘, Jane Anderson, erzählt von einem betrunkenen Fahrer eines Transports verhafteter Nonnen, der von 11000 ermordeten Priestern und Nonnen spricht und hinzufügt, er säße jetzt auch im Tribunal und sei sozusagen ‚Hauptbuchhalter des Todes‘. Ein schwedischer Flüchtling berichtet unter dem 10. November 1936: ‚Ich habe Kirchen gesehen, wo die Wände mit Frauenleibern bedeckt, Nonnen, die geköpft oder verbrannt worden waren — und die man reihenweise an den Kirchenwänden aufgenagelt hatte.‘

Der Direktor des Sprach-Instituts in Valencia gibt zu Protokoll: ‚Ich sah die Ermordung der Nonnen und Priester, eine Horde von etwa 50 Männern, die sich auf die tierischste Art an Frauen vergingen, fünf Nonnen im Alter von über 70 Jahren, die gegenüber dem englischen Konsulat wohnten, wurden von einer Horde Kommunisten aus ihrem Heim gestoßen, mitgeschleppt und erschossen.‘

In Spanien gab es vor dem Bürgerkrieg 71353 Kirchen, Kapellen und Klöster. Davon wurden über 20000 zerstört. In Madrid deren 2201, davon ist heute keine mehr geöffnet, die meisten zerstört. In Barcelona steht von ehemals 1778 nur noch die Kathedrale in unbeschädigtem Zustande. José Diaz, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, bestätigte das am 5. Mai 1937 in einer Rede, in der er erklärte: ‚In den Provinzen, in denen wir herrschen, existiert keine Kirche mehr.‘ Selbst der ‚Manchester Guardian‘ vom 12. Juni 1937 muß berichten: ‚Hier im Süden ist das Innere jeder Kirche zerstört und die Priester entweder ermordet oder geflohen.‘

Ähnlich steht es mit den Schulen. Es liegen Befehle vor, in denen man liest: ‚Eltern, die ihre Kinder nicht in die kommunistischen Schulen schicken, sind Faschisten.‘ Die Straßburger Zeitung ‚Der Elsässer‘ berichtet am 27. Februar 1937 von der erschütternden Tatsache, daß ‚mehr als 50000 Kinder gegenwärtig schutzlos und zerlumpt durch die spanischen Provinzen irren. Jedwede staatliche Jugendpflege ist abgeschafft. So bleibt den Kleinen, oft nur Vier- oder Fünfjährigen, kein anderer Weg. Sie schwärmen trippelnd über Straßen und Wege, klappernd vor Kälte, wandelnde Gerippe‘ ...“

Theorie und Praxis bolschewistischen Terrors:

Terror in Theorie und Praxis

„... Die ganze Menschheit hallt wider von Wehgeschrei, wenn beispielsweise in Deutschland einem Juden verdientermaßen einmal eine Ohrfeige verabreicht wird. Was aber bedeutet das gegenüber einem Terror, der ganze Völker zerstört, martert, peinigt und ausrottet! Wenn wir auf vergangenen Parteitagen unanfechtbares Material darüber der Öffentlichkeit vorlegten, so reagierte die Weltpresse meistens darauf mit dem Einwand, das sei eben Rußland, das gewissermaßen mehr als zu Europa zu Asien gehöre, wo solche Methoden gang und gäbe seien. In Europa dagegen werde so etwas nicht möglich sein.

Wie nun verhält es sich damit in Spanien? Was sagen die einwandfreiesten Berichte über die Verpflanzung dieser asiatischen Methoden in den westlichsten Westen Europas?

Es gehören schon Nerven dazu, um diese grauenvolle Blutpraxis auch nur in der Darstellung nachzuerleben. In unserem Besitz befinden sich Photographien von gemarterten und geschändeten Frauen und Kindern, die wegen ihrer Scheußlichkeit überhaupt nicht veröffentlicht werden können. Das Blut gerinnt einem in den Adern, wenn man sich durch diese Hölle von Qualen und Leiden hindurchwinden muß. Das sind keine Menschen mehr, die solches planen und durchführen, das sind vielleicht Teufel, die ein unerklärbares und geheimnisvolles Schicksal auf die Welt

losgelassen hat, um die Völker zu peinigen und zu martern und sie damit auch wahrscheinlich wieder zur Besinnung zu bringen.

Man halte uns nicht entgegen, das seien Ausschreitungen unverantwortlicher Elemente, die nun einmal im Gefolge einer Revolution nicht zu vermeiden seien. Nein, im Gegenteil: wir können hier eine fast wortwörtliche Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis Fall für Fall zum Nachweis bringen. Lenin selbst hat auf die Frage, was denn die kommunistische Moral sei, auf dem 12. roten Parteikongreß zur Antwort gegeben: ‚Morden, Zerstören, keinen Stein auf dem anderen lassen, wenn es der Revolution nützt.‘ Derselbe Lenin schreibt in seinen Werken Band 18, Seite 365 und Band 8, Seite 443: ‚Wenn dir morgen der Wahlzettel genommen, eine Flinte und ein ausgezeichnetes, nach den letzten Errungenschaften der Maschinentechnik konstruiertes Schnellfeuergeschütz in die Hand gegeben wird — so nimm diese Mordwerkzeuge und Zerstörungsmittel, höre nicht auf die sentimentalen Heulfritzen, die sich vor dem Kriege fürchten; es gibt noch allzuviel auf der Welt, was ... mit Feuer und Schwert ausgerottet werden muß, und wenn ... die revolutionäre Situation da ist, so mach dich bereit ... die so nützlichen Mordwerkzeuge und Zerstörungsmittel gegen deine Regierung ... in Gang zu setzen.‘

Selbst der offizielle Sowjetstatistiker Oganowsky kann demgemäß die Opfer des reinen Terrors allein bis 1923 im roten Rußland laut Sowjetangabe mit 1,9 Millionen Menschen beziffern. Der spanische Bolschewist Ventura wandelt nur in Lenins Bahnen, wenn er auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935 in Moskau erklärt: ‚Wir werden den strengsten Terror einführen.‘

Er und die Seinen haben dieses Wort wahrgemacht. Ein belgischer Hoteldirektor berichtet am 14. Januar 1937 im ‚Matin‘, daß in Valencia etwa 30000 Menschen getötet worden seien, und daß sich viele junge Mädchen aus Bürgerkreisen den roten Milizen hingeben mußten, um ihr Leben und das ihrer Familie zu retten. Die ‚Neue Züricher Zeitung‘ berichtet am 4. Februar 1937, daß der rote Beherrscher von Puigcerda 300 Personen ermorden ließ. Ein rotspanisches Blatt erklärt am 11. Januar 1937: ‚Das rote Tribunal hat am Sonntag 61 Todesurteile gefällt.‘ ‚Gringoire‘ berichtet am 6. Januar 1937: In Guarena habe man einem Einwohner die Därme mit einer Autopumpe aufgebläht. Anderen Gefangenen habe man Dynamitsprengkörper an die Kleider gebunden und sie laufen lassen. Die Unglücklichen wurden in Stücke zerrissen. Selbst die ‚Times‘ berichten am 28. Oktober 1936: ‚Im Laufe von einem Monat wurden in Posadas 150 Personen von den Roten ermordet, zwei Familien wurden vollständig ausgelöscht, in drei Wochen ermordeten die Kommunisten 154 Bürger, ein altes Ehepaar wurde ans Bett gefesselt, mit Benzin übergossen und lebendig verbrannt. Nachdem ein Vater für seine vier Söhne Lösegeld bezahlt hatte, wurden sie vor seinen Augen getötet. Dann wurde er selber erschossen.‘

Ebenso furchtbar sind die Leidensberichte über die Marterung und Tötung von Geiseln. Auch hier wandelt man getreulich in Moskaus Spuren. Schon im August 1919 war im kommunistischen Regierungsblatt von Jekaterinoslaw ein Aufruf zu lesen, der u. a. die Sätze enthielt: ‚Es wäre doch einmal Zeit, die Leichen (von Geiseln) von den Straßen wegzuräumen, da die Hunde, die das Menschenfleisch gekostet haben, wütend geworden sind und Menschen anfallen.‘

Und in Spanien? Der ‚Daily Telegraph‘ vom 19. Juni 1937 meldet, daß etwa 10000 Geiseln derzeit in Rotspanien in den Gefängnissen liegen. Der Pariser ‚Jour‘ gibt am 7. November 1936 einen Augenzeugenbericht aus Alicante: ‚Die roten Horden stürmten die Gefängnisse, etwa 1000 sind dabei getötet worden.‘ Die ‚Times‘ berichten am 22. September 1936, daß

Flüchtlinge aus Malaga in Gibraltar mitgeteilt hätten, daß als Repressalie für die Beschießung Malagas am 21. September hundert Gefangene aus den Gefängnissen gezerrt und erschossen wurden. In Bilbao wurden von der Miliztruppe ‚Rote Carmen' am 27. September das im Hafen liegende Gefangenenschiff gestürmt und als Vergeltung für nationale Bombardierung 220 Geiseln erschlagen.

Die sechs englischen Unterhausabgeordneten, die im Dezember 1936 Rotspanien besuchten, schreiben in ihrem Bericht vom 18. Dezember 1936: ‚Bei zahlreichen Gelegenheiten drangen bewaffnete Männer in die Geiselngefängnisse ein, stießen die Wachen beiseite und bemächtigten sich der Gefangenen, deren Leichen später häufig am Straßenrande gefunden wurden. Von zuverlässigen Personen wird ferner mitgeteilt, daß zwischen Mitte August und Ende November Tausende von Personen auf diese Weise beseitigt worden sind.'

Der ‚Matin' berichtet aus Cartagena unterm 14. Januar 1937, daß von dem Schiff ‚Jaime I' auf hoher See 600 Geiseln, mit Steinen beschwert, ins Meer geworfen wurden, aus Rache für einen nationalen Fliegerangriff ..."

Das Ziel der roten Internationale

Angesichts dieser grauenhaften Zusammenstellung (es sei bei dieser Gelegenheit auch an die vorjährige Zusammenstellung erinnert — siehe Band 1936, Seite 227 bis 230) muß erkannt werden, daß es sich um Verbrechen der Kommunistischen Internationale (Komintern) handelt, die mit dem Sowjetregime identisch ist und ihr Ziel darin erblickt, dieses blutige Schicksal allen Völkern zu bereiten.

„... Die internationalen Brigaden, die an der rotspanischen Front eingesetzt werden, unterstehen dem Kommando der Sowjets. Ihr bisheriger Anführer war der jüdische General Kleber. Sein eigentlicher Name ist Lazar Fekete. Er ist gebürtig aus Ungarn und war mit noch vier anderen Juden an der Ermordung der Zarenfamilie beteiligt. Auf sein Schuldkonto kommt der größte Teil der Greueltaten der internationalen Brigaden.

Vom 24. bis 26. Januar 1937 passierten im Schlafwagen 90 sowjetrussische Offiziere die rotspanische Grenze. Weiterhin wurden für militärische Leistungen in Spanien zahlreiche sowjetrussische Offiziere und Unteroffiziere mit hohen Kriegsorden ausgezeichnet.

Bei Perpignan sind bis zum 20. Februar 1937 allein 12000 Freiwillige nach Spanien übergetreten. Eine Unzahl von Organisationen der roten Internationale arbeiten in den verschiedenen Ländern für die Auffüllung der internationalen Brigaden.

In Marseille wurden allein im Mai 300 Freiwillige, größtenteils Nordamerikaner, die über Boulogne und Le Havre eingereist waren, zum Abschub nach Spanien gesammelt. Von Marseille aus geht jetzt noch jeden Dienstag und Freitag je ein Kraftwagentransport nach der Pyrenäengrenze. Im Dezember v. J. wurde ein geheimes Werbebüro für spanische Bolschewisten in der Zentrale der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei entdeckt. Im Zusammenhang mit der gesteigerten Werbetätigkeit für Rotspanien mußte in Prag ein kommunistischer Senator mit zwei weiteren Kommunistenhäuptlingen verhaftet werden.

Man fragt sich vielleicht, welche Pläne im einzelnen der Bolschewismus in Spanien verfolge. Seine Absichten sind zu durchsichtig, als daß sie noch irgendeinem Zweifel begegnen könnten. Sie sind weltrevolutionärer und imperialistischer Art. Der Bolschewismus will sich in Spanien eine Plattform zur Revolutionisierung von Westeuropa schaffen.

Nachdem ihm die Bolschewisierung Zentraleuropas durch die nationalsozialistische Revolution unmöglich gemacht worden ist, sucht er sich Spanien als Einfallstor zum Westen zu öffnen.

Die ‚Iswestija' gestehen das auch offen in ihrer Nummer vom 23. Mai 1937 ein, wo sie schreiben: ‚Die Niederlage des Faschismus in Spanien wird der Aufstand der ganzen antifaschistischen Front und der Anfang der Zertrümmerung des Weltfaschismus sein.' Der bolschewistische Imperialismus will sich einen Stützpunkt für Armee und Flotte im Westen Europas und im westlichen Mittelmeer schaffen. Auch hierüber spricht die ‚Prawda' schon im September 1935 sehr freimütig, wenn sie schreibt: ‚Sowjetrußland hat den festen Willen, sich eine Weltmachtstellung zu schaffen. Die Mittelmeerfrage beginnt internationalen Charakter anzunehmen.' ..."

So ruft Dr. Goebbels Europa zu:

„Wir haben den Feind mitten unter uns; aber er muß erkannt werden, wenn man ihn schlagen will!"

Die jüdische Aktion

und entlarvt das Judentum als treibende Kraft in diesem ganz Europa bedrohenden blutigen Chaos:

„... Das Judentum, das als Hauptträger der bolschewistischen Weltrevolution erkannt und demaskiert ist, stellt seinem Wesen nach ein asoziales und parasitäres Element unter den Kulturvölkern dar. Im Bolschewismus hat es sich den geeigneten Boden geschaffen, auf dem es gedeihen kann. Darum stehen auch die Juden der ganzen Welt gegen Franco. Hier kämpft wieder einmal diese internationale Verschwörung gegen das Erwachen eines Volkes. Ein Grund mehr noch für uns, mit allen Sympathien auf seiten des neuen nationalen Spaniens zu stehen.

Unerschrocken wollen wir mit Fingern auf den Juden zeigen als den Inspirator, Urheber und Nutznießer dieser furchtbaren Katastrophe: Sehet, das ist der Feind der Welt, der Vernichter der Kulturen, der Parasit unter den Völkern, der Sohn des Chaos, die Inkarnation des Bösen, das Ferment der Dekomposition, der plastische Dämon des Verfalles der Menschheit.

In Barcelona sitzt er in der Person des Wladimir Bischitzki als Leiter des internationalen Waffenschmuggels mit seinen gleichrassigen Genossen Lurje und Fuchs. Seine Pariser Agenten sind die Rassegenossen Fratkin, Rosenfeld und Schapiro. In Hirtenberg in Österreich arbeitet mit ihnen zusammen der Jude Landl, in Amsterdam der Jude Wolf, in Rotterdam die Juden Cohen, Grünfeld, Kirsch und Simon, in Dänemark der Jude Moses Israel Diamant, in Prag die Juden Kindler, Khan, Abter und Hirthner. Wir kennen sie alle; wir wissen Bescheid ..."

Pg. Dr. Frank über die deutsche Rechtsentwicklung

Die Rede des Reichsrechtsführers Pg. Dr. Hans Frank brachte einen gesetzgeberischen Überblick über das vergangene Jahr und die nationalsozialistische Entwicklung in Recht und Rechtsprechung. Aus den Zahlen, die als segensreiche Folgen einer strafferen Gesetzgebung und Rechtspflege anzusehen sind, seien wiedergegeben:

Sinkende Kriminalität

„... Während im vierten Vierteljahr 1935 wegen Landesverrats noch 102 angeklagt waren, waren es ein Jahr später nur noch 58. Im letzten Vierteljahr 1935 waren wegen Mordes und Totschlags noch 671 angeklagt; diese Zahl ist binnen Jahresfrist auf 437 gefallen. Während wegen Diebstahls im vierten Vierteljahr 1935 noch 27500 angeklagt waren, ist diese Zahl im letzten Vierteljahr um fast 5000 gesunken. Während wegen Raubes

und räuberischer Erpressung im vierten Vierteljahr 1935 noch 401 angeklagt waren, sank diese Zahl im letzten Vierteljahr auf 220.

Bei den übrigen Verbrechenstatbeständen findet man ähnliche Zahlenentwicklungen, so daß im allgemeinen ein starker, spürbarer Rückgang der Kriminalität im deutschen Volk eingetreten ist, ein Ergebnis der nationalsozialistischen Reichsführung durch die Wiederherstellung der Ordnung und eines sicher wirkenden Machtgefüges des Reiches. Was könnte ein Gesetzgeber, was ein politischer Führer mehr für sein Volk an Erfolgen aufweisen als diese Feststellung! Denn das Maß der Kriminalität eines Volkes ist der Maßstab für seinen sozialen Aufstieg oder Niedergang. Während sich die Kriminalität von 1918 bis 1933 in stetigem zahlenmäßigen Aufstieg befand, ist sie seit 1933 bereits in einem Rückgang begriffen, der weit unter dem früheren Reichsdurchschnitt liegt. Ganz allgemein kann man sagen: Während im Jahre 1932 noch 566042 rechtskräftig Verurteilte in Deutschland gezählt wurden, war diese Zahl im Jahre 1934 bereits auf 385972 gefallen und ist im Jahre 1936 noch weiter abgesunken, und dies trotz straffer organisierter Verbrechensverfolgung. Hierauf können wir deutschen Nationalsozialisten mit Stolz der Welt gegenüber verweisen..."

Auch Pg. Dr. Frank setzte sich mit dem Bolschewismus auseinander und legte an Hand der berüchtigten Moskauer Theaterprozesse klar, wie in Sowjetrußland die Justiz zu einem sadistischen Verbrecherkniff geworden ist. Dann sprach der Reichsrechtsführer über die Arbeit des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes (NSRB.) und die Erziehung des Rechtswahrernachwuchses und schloß mit den Worten:

NSRB.

„... Denn so war es auch der Wille des großen unsterblichen Blutzeugen der NSDAP., unseres Parteigenossen Theodor von der Pfordten, der vor der Feldherrnhalle 1923 in den Reihen dieser ersten Vorkämpfer des Dritten Reiches fiel. Er sagte einmal: ‚Über das Formalrecht hinweg müssen wir zum Rechte des Volkes kommen, müssen wir das Lebensrecht unseres Volkes schaffen!' Dem heiligen Vermächtnis dieses Heros des deutschen Rechtslebens dienen auch wir deutschen Rechtswahrer in unverbrüchlicher Treue zum Führer und seiner Bewegung!"

Anschließend sprach der Reichspressechef Pg. Dr. Dietrich und rechnete mit der internationalen Presselüge ab. (Seine Ausführungen sind im wesentlichen in der Schrift „Weltpresse ohne Maske" enthalten, deren Schluß im 3. Abschnitt unseres Bandes wiedergegeben ist.)

Pg. Dr. Dietrich über die internationale Presselüge

Der 9. September schloß mit dem traditionellen abendlichen Vorbeimarsch des Fackelzuges der Politischen Leiter vor dem Führer.

Am 10. September marschierte morgens die Polizei auf der Deutschherrenwiese in Stärke von 3000 Mann vor dem Führer auf. Der Reichsführer SS Pg. Heinrich Himmler sprach:

Aufmarsch der Polizei

„... Die Jahre 1933 bis 1935 haben einen sehr hart durchgeführten Reinigungsprozeß in der Polizei mit sich gebracht; es wurden alle die Angehörigen der deutschen Polizei, die über den Rahmen dienstlich gegebener Befehle hinaus aus marxistischer und anationaler persönlicher Einstellung in den vergangenen Jahren ihren Dienst gemacht hatten, aus der Polizei entfernt. Wir wissen, daß das noch nicht genügt.

Achtung und Liebe müssen wie im Leben des einzelnen so auch im Leben eines Volkes allmählich nicht nur äußerlich, sondern vor allem von innen heraus errungen werden. Die Achtung des deutschen Volkes hat, glaube ich, die deutsche Polizei sich in den vergangenen Jahren schon wieder errungen; die Liebe des Volkes und insbesondere der Bewegung zu gewinnen und zu behalten, ist unser Bestreben, heute und in aller Zukunft.

Die Stellung der Polizei ist in keinem Falle leicht. Der Polizeibeamte ist Beamter und trägt trotzdem ein soldatisches Kleid und hat im Interesse der Staatsautorität, die er bis zum letzten Dorf verkörpern soll, blanke und Schußwaffen zu tragen. Der Polizeibeamte trägt also ein soldatisches Kleid und trägt soldatische Waffen; er ist aber dabei — ganz klar seiner Aufgabe entsprechend — nicht mit dem Soldaten der Wehrmacht gleichzusetzen. Weiterhin erwartet Volk und Bewegung mit Recht von uns, daß wir fanatische Nationalsozialisten sind.

Wir haben aber den Glauben, daß wir unser Ziel, die Liebe des Volkes, und als höchstes Ziel, Ihre Zufriedenheit, mein Führer, zu gewinnen, erreichen werden, wenn wir als Beamte pflichttreu, in unserem Leben soldatisch gehorsam und in unserer Weltanschauung nationalsozialistisch sind.

Mein Führer! Wir sind uns der Ehre und Auszeichnung bewußt, wenn wir schon an diesem Parteitag von Ihnen Fahnen und am Sonntag eine Standarte verliehen bekommen. Ich bitte Sie, mein Führer, die Fahnen zu weihen."

Der Führer übergab der Polizei die Fahnen mit einer grundlegenden Ansprache über Wesen und Aufgabe der nationalsozialistischen Polizei und sagte u. a.:

„... Die deutsche Polizei soll immer mehr in lebendige Verbindung gebracht werden mit der Bewegung, die politisch das heutige Deutschland nicht nur repräsentiert, sondern darstellt und führt. Und zu diesem Zweck sollen Sie die heutigen Fahnen von mir selbst empfangen. Es soll damit ein neuer Akt der sichtbaren Eingliederung der deutschen Polizei in die große Front der marschierenden und für die Nation kämpfenden deutschen Volksgemeinschaft erfolgen.

Ich weiß, Sie werden diese Fahnen genau so tragen wie all die anderen Verbände, die berufen sind, der Stärke und Kraft der Nation zu dienen, sie tragen. Sie werden in diesen Fahnen erst recht das Symbol Ihrer Verbindung sehen mit diesem deutschen Volk, das unter dieser Fahne heute sein neues Leben gestaltet.

Sie werden alle dabei von zwei Leitgedanken beherrscht sein:

1. Als Repräsentant des Staates zugleich der beste Freund des Volkes zu sein,

2. als der Repräsentant dieses Staates der unerbittlichste Vertreter dieser Volksgemeinschaft gegenüber jenen asozialen, verbrecherischen Elementen zu sein, die sich an ihr versündigen..."

Pg. Darré über Ernährungspolitik

Der Vormittag brachte eine weitere Fortsetzung des Parteikongresses, in dem nun der Reichsbauernführer Pg. Darré sprach und einen Erfolgsbericht der nationalsozialistischen Ernährungspolitik ablegte, der noch im 16. Abschnitt eingehender zu behandeln sein wird — nach ihm sprach Reichsleiter Pg. Amann über die nationalsozialistische Presse:

Pg. Amann über die NS.-Presse

„... 122 Verlage mit 231 Tageszeitungen und 378 Nebenausgaben sind parteiamtlich oder mit der Partei verwaltungsmäßig verbunden. Ihre Gesamtauflage beträgt 70 v. H. der Auflage der deutschen Zeitungen, die

mehr als 20000 Auflage täglich haben, und repräsentiert über die Hälfte, nämlich 54 v. H. der Auflage der gesamten deutschen Presse. Am Umsatz der deutschen Presse sind sie ebenfalls mit mehr als der Hälfte beteiligt. Gegenüber 1934 sind die Umsätze mit 363 Millionen Mark um 200 v. H. gestiegen, gegenüber der Zeit vor der Machtübernahme selbstverständlich um ein gewaltig Vielfaches mehr. Damit hat sich die Verbreitung und Wirksamkeit unserer Presse von 1932 bis heute verzwanzigfacht. Sie erwächst aus der Arbeit von rund 34000 Gefolgschaftsmitgliedern, denen ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtumsatzes, nämlich 99 Millionen Mark jährlich, an Gehältern und Löhnen zufließen — ohne die zahlreichen in den Lohndruckereien für die Zeitungsherstellung beschäftigten Volksgenossen..."

— und ihre Aufgaben:

„... Und das ist der Unterschied zwischen der sogenannten Pressefreiheit westlicher Demokratien und unserer: Die einen sind gebunden an Interessen, die deutsche Presse ist in ihrer Verantwortung gebunden allein an Volk und Reich. Eine Bindung, deren Stärke notwendig die Spannweite ihrer eigenen Gestaltungsmöglichkeit entspricht, die das Leben in allen seinen Schattierungen, Motiven, Erscheinungsformen umfaßt, sich also keinesfalls auf Ausschnitte und auf Mitteilung vollzogener Tatsachen beschränkt.

Nun gibt es Leute, die meinen, unsere Presse vertrete in großen Fragen unseres nationalen Lebens, also der Außenpolitik, der Wehrpolitik usw., keine eigene Meinung, sondern diese werde vom Staate befohlen. Nichts ist falscher als diese Behauptung; denn unser deutsches Volk und damit wir alle wollen zum Baumeister unseres nationalen Lebens und als Wahrer unserer Ehre und Freiheit nach außen niemand anders als Adolf Hitler! Er hat bewiesen, daß er das bessere Urteil und die besseren Nerven als unverantwortliche Skribenten hat! Das deutsche Volk sehnt sich nicht nach privaten Außen- und Wehrpolitikern zurück, die in der Vergangenheit ihre mangelnde Berufung zu diesem Amt unter Beweis gestellt haben, und denen allein schon die Kenntnis und der Überblick über die staatlichen und zwischenstaatlichen Tatsachen fehlt. Deshalb sehen wir es als stolze Aufgabe an, die Arbeit des Führers in den nationalen Lebensfragen mit unserer eigenen Arbeit nach seinen Prinzipien zu unterstützen.

Wer könnte zu Recht behaupten, daß die Bindung einer Presse in ihrer nationalen Gesamthaltung an das Wohl von Volk und Vaterland das Ende ihrer wirklichen Freiheit in der täglichen Gestaltung wäre? An das gemeine Wohl gebunden, heißt nicht unfrei sein! Es ist das Werk dieser inneren Einsicht, wenn aus einer Presse, die sich gegenseitig zerfleischte und über der in maßgeblichen Teilen das Wort ‚gegen' stand — gegen Volk, gegen Rasse, gegen Wehrkraft, gegen Religion, gegen Eigentum, gegen Moral, gegen Ehe, gegen Kinder usw. — eine Presse wurde, die einträchtig im Wettbewerb der Leistungen und unter Sicherung aller journalistischen Wirkungsmöglichkeiten jeder Zeitung in diesem Wettbewerb nur ein Ziel kennt, das sie auf vielfachen Wegen zu erreichen sucht: Deutschland..."

Pg. Dr. Todt über die Reichsautobahnen

Dann sprach der Generalinspekteur für das Deutsche Straßenwesen, Pg. Dr. Todt, über die Reichsautobahnen (worüber bereits im 12. Abschnitt berichtet wurde).

Kundgebung der NS.-Frauenschaft

In der Kundgebung der NS.-Frauenschaft in der Kongreßhalle gab am Nachmittag die Reichsfrauenführerin einen Leistungsbericht, in dem es u. a. heißt:

Leistungsbericht

„... Hatten wir im ersten Jahr unserer Arbeit 247000 Frauen in unseren Kursen erfaßt, so steigerte sich diese Zahl im zweiten Jahr auf 430000, um im letzten Jahr bis auf 480000 anzuwachsen; also insgesamt 1150000 Frauen, wobei der Hauptanteil auf Kurse in Säuglingspflege und Gesundheitsführung, dann Haushaltsführung und Erziehungsfragen und der Rest auf Volkstum und Brauchtum entfiel. Wir glauben, daß wir diese Zahl von durchschnittlich 450000 Frauen im Jahr vorläufig auch beibehalten werden, denn wir wollen langsam und stetig aufbauen. Da wir ja diese ganze Arbeit bis heute in zwei Reichsschulen und etwa 210 Kreismütterschulen geleistet haben, sehen wir mit großer Freude den nächsten Jahren entgegen; denn das Ziel, dem wir uns jedes Jahr nähern, ist, einmal in jeder Kreisstadt eine Kreismütterschule zu haben als eine kleine Burg für alle Nöte und Sorgen unserer jungen Mütter. Wissen wir doch, daß die Freiheit eines Landes nicht nur in seinen Schwertern ruht, sondern in der gesunden Haltung an Leib und Seele der Menschen einer Nation, deshalb muß unsere größte Sorge ihr stets gelten. Dann werden wir bald in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk ‚Mutter und Kind' der NSV. erreichen, was hier unser Wille ist: Widerstandsfähige Mütter und geringstmögliche Säuglingssterblichkeit..."

Aufgaben im Vierjahresplan

— und legte die hauswirtschaftlichen Aufgaben der Frau im Rahmen des Vierjahresplanes klar:

„1. Verantwortliche Einschaltung in die Verbrauchslenkung im Sinne des Vierjahresplans,
2. größte Beweglichkeit der Haushalte bei Ernährungsumstellung,
3. Erhaltung volkswirtschaftlicher Werte durch Kampf dem Verderb,
4. Verständnis und Behandlung der neuen Rohstoffe.

Da wir wissen, daß auf die Dauer nur der seinem Volk wahrhaft dienen kann, der sein Arbeitsgebiet überlegen beherrscht, haben wir uns in der Abteilung Volkswirtschaft = Hauswirtschaft an die hauswirtschaftliche Ertüchtigung von verschiedenen Seiten herangemacht:

a) durch Nachschulung der Hausfrauen (dort, wo Mängel vorhanden sind) in Form von Beratungsstellen, die allen zugänglich sind, Beratungsstellen in den Markthallen, Spezialberaterinnen in Siedlungen, Lehrküchen, Lehrschauen über Stoffe, Kleiderschau usw., Wanderlehrschau, Kampf dem Verderb;
b) durch das Anlernen der schulentlassenen Vierzehnjährigen im hauswirtschaftlichen Jahr. Hier brachte uns das Jahr 1936/37 ein Ansteigen auf 150000 Mädel;
c) durch gründliche Ausbildung in zweijähriger Lehre, die uns im letzten Jahr 2360 Lehrlinge brachte;
d) Einflußnahme auf die hauswirtschaftlichen Schulen. Hierbei ist es unsere Aufgabe, die Gestaltung und die Lehrpläne dieser Schulen in Einklang zu den Forderungen unseres Alltages zu bringen; daraus ergibt sich eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen den staatlichen bzw. kommunalen Stellen und unserer Abteilung."

Berufstätige Frauen

Über die berufstätigen Frauen hieß es in der Rede der Reichsfrauenführerin:

„... 1½ Millionen Frauen stehen als Erwerbs- und Berufstätige in den deutschen Betrieben, in Kontoren und Verkaufsräumen, in Krankenhäusern und Schulen und an vielen anderen Stellen. Ihre Leistung ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil an der Gesamtleistung unserer Nation. Sie haben ihre besondere frauliche Fähigkeit auf zahlreichen Ge-

bieten der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens längst überzeugend bewiesen. Gerade dieser stille und selbstverständliche Einsatz verdient einmal aufgezeigt zu werden in einer Zeit, in der das deutsche Volk, ebenso wie andere Völker, auf die größtmögliche Leistungsfähigkeit des einzelnen angewiesen ist. Wir haben Ehe und Mutterschaft immer als die höchste Erfüllung eines Frauenlebens bezeichnet. Wir wissen aber auch, daß diese Erfüllung nicht abhängig ist allein vom Willen der Frau, sondern daß sie Schicksal ist. Tausende deutscher Frauen, denen diese Erfüllung versagt blieb, üben ihren Beruf mit der Kraft ihrer seelischen Mütterlichkeit aus und haben ihn als Dienst am Ganzen zum Inhalt ihres Lebens gemacht. Diese berufliche Auswirkung fraulicher Kraft stellt sie neben die deutschen Mütter als Mitträgerinnen der Nation und Mitgestalterinnen des Volkes. Heute sollen die berufstätigen Frauen fühlen, daß ein ganzes Volk ihnen Dank weiß für ihre Arbeit, ein Volk, dem sie unlösbar verbunden sind und zu dessen Gesundung ihre Arbeit täglich beiträgt. Die erwerbstätige Frau steht durch das Frauenamt der DAF. in der großen deutschen Frauengemeinschaft; an ihrer Seite steht heute bereits in 550 Betrieben unsere soziale Betriebsarbeiterin oder Werkpflegerin; 22000 Jungarbeiterinnen über 21 Jahre haben wir im letzten Jahr in Werkfrauengruppen zusammengeschlossen. Sie sollen ihren Kameradinnen in festlichen Tagen des Betriebes Stunden der Gemeinschaft verschönern, in schweren Tagen dem Betrieb Halt und Stütze sein — immer aber die Brücken weiterschlagen zu allen übrigen Frauen der Nation und zu den gemeinsamen volkverpflichteten Aufgaben. Durch diese guten Brücken konnten wir es ermöglichen, daß aus den Reihen unserer Studentinnen und der NS.-Frauenschaft der Arbeitsplatzaustausch für Arbeiterinnen-Mütter ermöglicht wurde, der bis heute 42368 Urlaubstage erbrachte. Mit dieser Maßnahme ist mehr als praktische Hilfe geleistet worden. Sie hat als Austausch zwischen Menschen verschiedenster Arbeitsgebiete die Verständigung und Achtung deutscher Frauen untereinander gefördert. Ebenso wie die Handarbeiterin an der Maschine, steht die Studentin verantwortlich und ernsthaft in ihrer Arbeit. Wenn wir vorhin bei den realen Aufgaben des Reichsmütterdienstes und der Volkswirtschaft = Hauswirtschaft uns bewußt waren, daß nur exakte Arbeit auf allen Gebieten geleistet werden darf, dann ergibt sich daraus von selbst die Notwendigkeit der Untermauerung dieser Arbeit durch die Wissenschaft. Wir brauchen unsere Medizinerinnen ebenso dringend wie die Volkswirtinnen und Rechtswahrerinnen, die Erzieherinnen genau so wie die Volkspflegerinnen ..."

Die Rede behandelte u. a. auch Sinn und Pflichten der Jugendgruppen der NS.-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerkes — und stellte schließlich die verantwortliche Mitarbeit der deutschen Frau im Geschehen der Nation auch zahlenmäßig fest:

„... Tatsache ist jedenfalls, daß neben den 11½ Millionen erwerbstätiger Frauen in Deutschland allein in verantwortlichsten Führerstellen der Frauenarbeit 100000 Frauen stehen, die als Gau- und Kreisfrauenschaftsleiterinnen, als Gau- und Kreisfrauenwalterinnen der DAF. sowie als Ortsfrauenschaftsleiterinnen und Ortsfrauenwalterinnen oder als Führerinnen von Verbänden tätig sind; gemeinsam mit ihnen arbeitet das große Heer jener Frauen, die in ehrenamtlicher Leistung unsere Aufgaben bis in die kleinsten Zellen unseres Volkes hineintragen. Es dürfte nicht allzu leicht sein, uns ein anderes Land zu nennen, in dem ein derartig umfangreicher Einsatz der Frauen auch nur in annäherndem Maße besteht ..."

Aufklärungs- und Werbeaktion für das Deutsche Frauenwerk

(Hier sei auch an den Aufruf erinnert, den der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, zur Aufklärungs- und Werbeaktion für das Deutsche Frauenwerk [9. bis 23. Mai] erlassen hatte, und der in seinem Inhalt

„Die deutsche Frau und Mutter hat der Bewegung und dem Werk des Führers schon sehr früh Verständnis entgegengebracht. Sie hat nicht nur den einsatzbereiten Männern, die Kampf und Opfer auf sich nahmen, kameradschaftlich zur Seite gestanden, sondern vielfach auch diesen Kampf selber vorangetragen. Mit demselben Mut und der gleichen Entschlossenheit ist sie heute bereit, an der Lösung der gemeinsamen Aufgaben mitzuwirken.

Die Erfolge unserer Frauenarbeit verdienen Beachtung und Anerkennung. Sie verpflichten aber auch gleichzeitig alle Dienststellen zur weitgehenden Förderung der NS.-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerkes.

Die Großaktion, die die Reichsfrauenführung in der Zeit vom 9. bis 23. Mai durchführt, soll der Aufklärung über das Deutsche Frauenwerk dienen und ihm neue Mitglieder zuführen. Eine verständnisvolle Förderung dieser Aktion in- und außerhalb der Partei ist ein Akt der selbstverständlichen Kameradschaft. Die Bedeutung der heutigen Frauenarbeit verpflichtet alle Parteigenossen und Dienststellen der Partei zur Förderung dieser Arbeit."

die Bedeutung der nationalsozialistischen Frauenarbeit hervorhob.)

Führerrede

Aus den Worten des Führers (in der Frauenkundgebung) an die deutschen Frauen sei der Satz hervorgehoben, der über all unserem Handeln steht: „Alles, was wir tun, tun wir letzten Endes für das Kind!" –

Appell der Politischen Leiter

Am Abend standen 140000 Politische Leiter in dem Lichtdom, gebildet aus den Scheinwerferstrahlen über dem Zeppelinfeld. Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Ley meldete dem Führer, in dessen begeistert aufgenommener Ansprache die Feststellung enthalten war:

„... Diese großen Zukunftsaufgaben unserer Nation werden gelöst dank der Existenz dieser die ganze Nation zusammenfassenden, haltenden und führenden Bewegung. Und ihr könnt stolz sein, daß ihr teilhabt an dieser geschichtlichen Aufgabe!

Was ist der einzelne von uns! Was würde er sein ohne diese Bewegung! Sie hat uns erst unseren Wert gegeben! Und ganz gleich, wo der einzelne steht, als Nationalsozialist ist er unersetzbar!..."

Appell der Hitler-Jugend

Der Morgen des 11. September brachte den Appell der Hitler-Jugend im Stadion. Der Reichsjugendführer Pg. von Schirach sagte in seiner Ansprache zum Führer:

„... Sie haben mit dem Hitler-Jugend-Gesetz vom 1. Dezember 1936 die Erfahrungen und Erkenntnisse unserer Arbeit für alle Zeiten zum Programm einer deutschen nationalen Erziehung erhoben. Sie haben die Adolf-Hitler-Schule geschaffen, den Reichssportwettkampf der Hitler-Jugend, und Sie haben jetzt zu Beginn dieses Jahres aufgerufen zur Heimbeschaffungsaktion der Hitler-Jugend.

Der Dank der Jugend steht hier vor Ihnen: es sind die Parteianwärter, die in den kommenden Jahren in der NSDAP. ihre nationalsozialistische Pflicht tun werden..."

Dann sprach Adolf Hitler zu seiner Jugend — vertreten durch die 50000 im Nürnberger Stadion —:

„Meine Jugend!

Heute morgen erfuhr ich von unseren Wetterpropheten, daß wir zur Zeit die Wetterlage Vb besitzen. Das sei eine Mischung von ganz schlecht und schlecht. Nun, meine Jungens und Mädchen: Diese Wetterlage hat Deutschland 15 Jahre lang gehabt! Und auch die Partei hatte diese Wetterlage! Über ein Jahrzehnt hat über dieser Bewegung die Sonne nicht geschienen. Es war ein Kampf, bei dem nur die Hoffnung siegreich sein konnte, daß am Ende eben doch die Sonne über Deutschland aufgehen wird. Und sie ist aufgegangen! Wenn ihr heute hier steht, dann ist es einmal gut, daß diese Sonne euch nicht anlacht. Denn wir wollen hier ein Geschlecht erziehen nicht nur für die Sonnen-, sondern für die Sturmtage!...

Wir wollen kein Geschenk, wir wollen nur die Gnade, antreten zu dürfen in einem ehrlichen Ringen! Dann mag die Vorsehung immer wieder entscheiden, ob unser Volk dieses Leben verdient oder nicht. Und wenn ich euch sehe, dann weiß ich: Dieses Volk wird auch in der Zukunft seine Freiheit und damit seine Ehre und damit sein Leben verdienen!..."

Vereidigung der Parteianwärter

Der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, nahm die feierliche Vereidigung der jungen Parteianwärter vor, die mit erhobenem Arm die Worte sprachen:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid! Ich werde meinem Führer Adolf Hitler allezeit treu und gehorsam sein. Ich will als Parteigenosse im Dienste der Gemeinschaft des deutschen Volkes gewissenhaft und opferbereit meine Pflicht erfüllen für die Größe und Ehre der deutschen Nation, so wahr mir Gott helfe!"

5. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsfront

Der Vormittag des gleichen Tages brachte noch die 5. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsfront, in der zunächst der Leiter der DAF., Pg. Dr. Ley, über Entwicklung und Aufgaben der DAF. als Stück der Bewegung sprach und u. a. feststellte:

NSDAP. und DAF.

„1. Die Arbeitsfront ist durch diesen Aufbau eine Einrichtung der Partei. Das soll sie bleiben, und das darf nie geändert werden. Sie bekommt von der Partei ihre Richtlinien, ihre Aufgaben, sie schöpft aus dem Quell der Partei neue Kraft. Sie holt sich aus der Partei ihre Autorität.

2. Der Aufbau der Arbeitsfront ist deshalb genau entsprechend der Partei: Block, Zelle, Ortsgruppe, Kreis, Gau und schließlich Reich..."

Vierjahresplan

Dann folgte eine grundsätzliche Rede des Ministerpräsidenten Pg. Hermann Göring, in der er u. a. die Aufgaben des Vierjahresplanes nochmals darlegte:

„... Wir wollen mit dem Vierjahresplan nichts weiter, als die Sicherheit für das Deutsche Reich schaffen..."

Adolf Hitler über den deutschen Arbeiter

und in seinen Folgerungen schilderte. Die Jahrestagung fand ihren Höhepunkt und Abschluß mit einer Führerrede, aus der diese Worte über den deutschen Arbeiter hervorgehoben seien:

„... Das sind meine Kameraden. Ich habe sie erlebt, meine Kämpfer, die für Deutschland ihr Leben so oft in die Schanze geschlagen haben, und

die jederzeit bereit sind, ihr Leben für ein Ideal einzusetzen. Ich habe damals aus dem Gemeinschaftserlebnis des Weltkrieges die Überzeugung gewonnen, daß alle Vorwürfe, die man so oft gegen den deutschen Arbeiter erhoben hat, zu Unrecht erfolgt sind.

Wir müssen nun dieses große Gemeinschaftserleben in unsere große Lebensgemeinschaft hineintragen und jedem einzelnen die Überzeugung geben, daß er im Rahmen der Volksgemeinschaft unersetzbar ist und seine Tätigkeit jedem einzelnen zugute kommt. Das ist der letzte Sinn der Deutschen Arbeitsfront..."

Rechenschaftsbericht der DAF.

Auch der Parteikongreß am späten Nachmittag des 11. September befaßte sich mit der Leistung der Deutschen Arbeitsfront. Hier konnte Pg. Dr. Ley in seinem Rechenschaftsbericht feststellen:

„... Im sichtbaren Gegensatz zu den Gewerkschaften und artverwandten Verbänden hat die Deutsche Arbeitsfront die Betriebe landauf, landab wirklich erobert, und wenn ich Ihnen heute, mein Führer, melden kann, daß sich auch im ersten Halbjahr 1937 die Mitgliederzahl der Deutschen Arbeitsfront um eine halbe Million schaffender deutscher Menschen, sowohl aus der Unternehmerschaft wie auch aus den Belegschaften, erhöht und daß sich der Durchschnittsbeitragseingang allein im ersten Halbjahr 1937 auf 30 Millionen Reichsmark, das heißt also um 2 Millionen Reichsmark gehoben hat, so stellen schon allein diese Zahlen ein Kapitel Rechenschaftsbericht dar, das ich mit tiefer innerer Genugtuung und einem großen Glücksgefühl, Ihnen, mein Führer, und dem deutschen Volke unterbreite.

Der Prozentsatz der Beitragskassierung konnte, wie wir mit Stolz registrieren, auch im letzten Berichtsjahr wieder auf zirka 96 Prozent gehalten werden. Für soziale Betreuung wurden 25700000 RM. des Beitragseinganges verausgabt. Die Kosten für ‚Kraft durch Freude' konnten trotz weiterer Leistungssteigerung, prozentual gesehen, gesenkt werden und betrugen 13100000 RM. Die Ausgaben für Unterstützungen erhöhten sich sowohl absolut als auch prozentual von 25,85 Prozent im Jahre 1936 auf 26,3 Prozent im ersten Halbjahr 1937 und erforderten bare Mittel von 49 Millionen Reichsmark..."

Der eingehende Bericht behandelte die Arbeit sämtlicher Reichsbetriebsgemeinschaften, die Werkscharen, die Leistungskämpfe, die einzelnen Ämter usw. — ebenso auch die Leistungen der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude":

„Kraft durch Freude"

„... Unsere Winter-Auslandsreisen beginnen Anfang Oktober und enden im April. Insgesamt werden 30000 deutsche Arbeiter an insgesamt 14 Reisen teilnehmen können, von denen 25000 Urlauber Fahrten nach Italien machen. Außer diesen Auslandsfahrten mit unseren KdF.-Schiffen werden sogenannte KdF.-Austauschzüge nach Italien durchgeführt. Deutsche Arbeiter fahren nach Florenz und Rom, und Italiener kommen nach Deutschland, wo sie München, Nürnberg und Berlin besichtigen werden. Der erste dieser Austauschzüge findet mit je 400 Teilnehmern noch im September dieses Jahres statt, und es ist unsere Absicht, diese Art der Zusammenarbeit, die im Rahmen des vom Präsidenten Cianetti und mir abgeschlossenen und vom Führer und von Mussolini genehmigten Austauschabkommens durchgeführt werden wird, regelmäßig fortzusetzen und nach Maßgabe des Möglichen zu erweitern..."

— „Schönheit der Arbeit", Heimstätten usw.

Der wirtschaftliche Aufstieg

Dann sprach Staatssekretär Pg. Fritz Reinhardt über den wirt-

schaftlichen Aufstieg. Aus der Fülle des von ihm mitgeteilten Zahlenmaterials seien folgende Zahlen des Wohnungsbaus mitgeteilt:

Wohnungsbau

„... An Wohnungen sind neu erstellt worden: Im Jahr 1932 159000, im Jahr 1936 332000. Insgesamt sind seit der Übernahme der staatlichen Macht durch den Führer bis einschließlich 1936 510000 Wohngebäude mit 1118000 Wohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt worden. Im Jahr 1937 wird ein weiterer Zugang von mindestens 332000 Wohnungen erreicht werden.

In gerade entgegengesetzter Richtung hat sich die Bautätigkeit in vielen anderen Ländern entwickelt. In Frankreich ist sie von 1930 auf 1936 auf die Hälfte zurückgegangen, in der Schweiz auf ein Drittel, in der Tschechoslowakei auf zwei Drittel. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Bautätigkeit zurückgegangen..."

— und über die Steigerung von Produktion und Volkseinkommen:

Produktion und Volkseinkommen

„... Der erste Vierjahresplan des Führers hat zu einer Erhöhung der industriellen Produktion von 34,8 Milliarden Reichsmark im Jahr 1932 auf 65 Milliarden Reichsmark im Jahr 1936 geführt. Im Jahr 1937 wird die industrielle Produktion wahrscheinlich 70 Milliarden Reichsmark erreichen und damit das Doppelte von 1932 übersteigen. Die Umsätze im Handwerk sind von 9 bis 10 Milliarden Reichsmark auf 15 Milliarden Reichsmark, die Umsätze im deutschen Einzelhandel von 21,8 auf 27,8 Milliarden Reichsmark gestiegen.

Das Volkseinkommen ist von 45 Milliarden Reichsmark im Jahr 1932 auf 62 Milliarden Reichsmark im Jahr 1936 gestiegen. Im gegenwärtigen Jahr 1937 wird das Volkseinkommen etwa 68,5 Milliarden Reichsmark erreichen und damit um 50 v. H. größer sein als im Jahr 1932. Davon entfällt die größere Hälfte auf Löhne und Gehälter. Die Lohnsummen, die lediglich in der Industrie anfallen, haben sich sogar fast verdoppelt, sie sind von rund 6 Milliarden Reichsmark im Jahr 1932 auf bereits 10,5 Milliarden Reichsmark im Jahr 1936 gestiegen, und sie werden im gegenwärtigen Jahr bestimmt 11 Milliarden Reichsmark übersteigen.

Es ist nicht nur die gesamte Lohnsumme, die in der deutschen Volkswirtschaft anfällt, bedeutend gestiegen, es hat sich auch der Durchschnittslohn des einzelnen Arbeiters erhöht, und zwar um mehr als 5 v. H. Die Erhöhung des Durchschnittslohnes ist auf zweierlei zurückzuführen: erstens auf die Verlängerung der durchschnittlichen industriellen Arbeitszeit von 6,91 auf 7,59 Stunden täglich, und zweitens darauf, daß viele Arbeiter und Angestellte in höhere Lohn- und Gehaltsgruppen einrücken konnten. Es sind auch einige Tariflöhne verbessert worden, insbesondere bei den Heimarbeitern, bei den Landarbeitern und bei den Tiefbauarbeitern. Eine allgemeine Erhöhung der Nominallöhne ist nicht durchgeführt worden, weil der Leitgedanke der deutschen Lohn- und Preispolitik ist, unter allen Umständen die Kaufkraft der Löhne zu sichern. Die kinderreichen Lohn- und Gehaltsempfänger haben mit Wirkung ab 1. Januar 1935 eine Verbesserung und stärkere Berücksichtigung des Familienstandes bei den Steuern erfahren. Diejenigen Kinderreichen, deren Monatslohn 185 Reichsmark nicht übersteigt, haben mit Wirkung ab 1. August 1936 außerdem eine Aufbesserung durch die Gewährung laufender Kinderbeihilfen erfahren. Die Gewährung laufender Kinderbeihilfen stellt den Anfang einer Entwicklung, die zum Ausgleich der Familienlasten führen wird, dar..."

Kinderbeihilfen

Zu den Kinderbeihilfen teilte Pg. Reinhardt noch mit:

„... In der nächsten Woche wird eine neue Verordnung erscheinen. Durch diese wird der Kreis der Beihilfeberechtigten mit Wirkung ab 1. Oktober dieses Jahres vergrößert werden. Die Vergrößerung wird in zweierlei bestehen:

1. Die Grenze für den rohen Monatslohn wird von 185 auf 200 Reichsmark erhöht werden.
2. Es werden laufende Kinderbeihilfen von 10 Reichsmark monatlich für das fünfte und jedes weitere Kind unter sechzehn Jahren auch an die Volksgenossen gewährt werden, die nicht Lohn- und Gehaltsempfänger sind, insbesondere also an die kinderreichen kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden, Landwirte usw. Voraussetzung wird sein, daß deren einkommensteuerliches Jahreseinkommen 2100 Reichsmark nicht übersteigt und daß das Vermögen der Eltern und der unter 16 Jahre alten Kinder 50000 Reichsmark nicht übersteigt. Die Vermögensgrenze erhöht sich um je 10000 Reichsmark für das sechste und jedes weitere Kind unter 16 Jahren.

Die Kinderbeihilfen stellen nicht eine Fürsorgemaßnahme, sondern eine volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch notwendige Ausgleichsmaßnahme dar ...“

Rede des Reichsarbeitsführers

Dann gab der Reichsarbeitsführer Pg. Hierl einen überzeugenden Leistungsbericht über den Reichsarbeitsdienst, der im 14. Abschnitt noch eingehender behandelt werden wird.

Appell und Vorbeimarsch von SA., SS, NSKK., NSFK.

Der 12. September brachte den traditionellen Höhepunkt des Reichsparteitages: den Aufmarsch der politischen Kampfformationen der Bewegung in der Luitpold-Arena und den späteren Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz. SA., SS, NSKK. und NSFK. (Nationalsozialistisches Fliegerkorps) sind angetreten auf dem Platz, der ein Stück nationalsozialistischer Geschichte darstellt. Nach der zur feierlichen Tradition gewordenen Gefallenenehrung übergibt Adolf Hitler wieder neue Standarten:

„... Manchmal sehen wir sie auch heute noch, diese ältesten Sturmfahnen der Partei, ganz verwaschen und verblaßt, und trotzdem für uns alle leuchtende Sterne. Sie haben uns begleitet in der Zeit eines fanatischen Ringens, und heute sind sie vor uns aufgezogen als die Symbole des von uns erstrittenen Staates und der erkämpften deutschen Volksgemeinschaft.

Wenn ich euch nun neue Standarten übergebe, dann werdet ihr in ihnen nichts anderes sehen als die Ergänzung unserer alten Sturmfahnen, und ihr werdet ihnen genau so fanatisch treu ergeben folgen, wie wir alle einst dieser Hakenkreuzflagge gefolgt sind.

Die Fahne ist wirklich mehr als ein äußeres Zeichen. Wenn alles zu wanken beginnt, dann wird der einzelne durch den Blick auf sie gerichtet, und er erkennt wieder seine heilige Pflicht. Und das ist heute vielleicht notwendiger als in den Jahren vor uns. Um uns herum droht der Feind, den wir im Innern Deutschlands mit Fäusten zu Paaren getrieben haben. Wieder sehen wir um uns das Zeichen unseres alten Widersachers, der die Völker verwirrt. Was ist da notwendiger, als daß wir alle uns erst recht um unser Siegeszeichen scharen. Und wir wissen, daß in diesem Ringen um Deutschland auch für alle Zukunft nur dieses Zeichen siegreich sein kann! Es ist das Symbol nicht nur unseres Kampfes und damit unseres Sieges, sondern vor allem das Symbol unseres Blutes! ...“

Dann spricht der Stabschef der SA., Pg. Lutze, und schließt mit dem Heil auf unseren Führer.

Der Tag der Wehrmacht (13. September) brachte wieder vorbildliche Vorführungen aller Waffengattungen. In seiner Ansprache an die angetretenen Soldaten stellte der Führer fest:

Vorführungen der Wehrmacht

„Es sind noch nie die Völker vom Frieden gesegnet worden, die schwach waren, sondern immer nur jene, die stark gewesen sind. Daß aber Deutschland heute wieder stark ist, dankt es in erster Linie seinen Soldaten!"

In der Schlußsitzung des diesjährigen Parteikongresses am Abend dieses Tages hielt der Führer seine große Schlußrede, in der er die entscheidende Feststellung traf:

Führerrede in der Schlußsitzung des Parteikongresses

„... Noch niemals ist die geistige Zielsetzung und Willensbildung unserer Nation so identisch gewesen mit den natürlichen Pflichten zur politischen Selbstbehauptung wie heute. Noch niemals ist im deutschen Volk die Weltanschauung gleich gewesen mit den ewigen Lebensgesetzen der Natur und damit auch der Nation und ihren Lebensbedingungen. Noch niemals war die weltanschauliche Ausrichtung so ausschließlich eingestellt auf den Gedanken der Forterhaltung unseres Volkes wie heute, und noch niemals war eine so klare Übereinstimmung gefunden worden zwischen der geistigen Ausrichtung und der körperlichen Gestaltung wie jetzt im nationalsozialistischen Staat ..."

Einheit der Nation

Dann zeichnete der Führer nochmals den großen Weltkampf gegen die internationale Völkervernichtung auf, die von der — von Moskau geleiteten — jüdisch-bolschewistischen Internationale droht.

Der jüdisch-bolschewistische Generalangriff

„... Diese Krise kann nicht verglichen werden mit irgendeinem der sonst üblichen Kriege oder irgendeiner der so oft stattfindenden Revolutionen. Nein, es handelt sich um einen allumfassenden Generalangriff gegen die heutige Gesellschaftsordnung, gegen unsere Geistes- und Kulturwelt. Dieser Angriff wird ebenso geführt gegen die Substanz der Völker an sich, gegen ihre innere Organisation und die rasseeigenen Führungen dieser Volkskörper, als auch gegen ihr Geistesleben, ihre Traditionen, gegen ihre Wirtschaft und alle sonstigen Institutionen, die das Wesens-, Charakter- und Lebensbild dieser Völker oder Staaten bestimmen ..."

Überzeugend rechnete Adolf Hitler mit der Verblendung der Demokratien gegenüber dieser Weltpest ab und zeigte in unvergleichlicher Weise die Systematik des Bolschewismus auf, die historische Entwicklung des jüdischen Parasitentums im Staatsleben der europäischen Nationen. Die notwendige deutsche Stellungnahme zu den Vorgängen in Spanien formulierte der Führer klar und unwiderleglich:

Deutschland und der Krieg in Spanien

„... Wie Sie wissen, ist in Spanien dieser jüdische Bolschewismus nach einem ähnlichen Verfahren über den Umweg der Demokratie zur offenen Revolution geschritten. Es ist eine grobe Verdrehung der Tatsachen, wenn behauptet wird, daß die bolschewistischen Volksunterdrücker dort die Träger einer legalen Gewalt und die Kämpfer des nationalen Spaniens illegale Revolutionäre wären.

Nein! Wir sehen in den Männern des Generals Franco das echte und vor allem das bleibende Spanien und in den Usurpatoren von Va-

lencia die von Moskau besoldete internationale Revolutionstruppe, die zur Zeit Spanien und morgen vielleicht wieder einen anderen Staat heimsucht.

Können wir nun diesen Vorgängen gegenüber gleichgültig sein?

Ich möchte zunächst eine kurze Feststellung treffen:

In der Presse unserer westlichen Demokratien und aus den Reden mancher Politiker vernehmen wir immer wieder, wie groß die natürlichen Interessengebiete diese Mächte sind. Es erscheint den Vertretern dieser Staaten ganz selbstverständlich, daß ihre Interessen sowohl jedes Meer als auch jeden Staat in Europa einschließen und auch über Europa hinaus einfache, von der Natur allgemein gegebene sind. Umgekehrt erleben wir sofort Ausbrüche der Empörung, so wie ein nicht zu diesem exklusiven Kreise der internationalen Besitzenden gehörendes Volk ebenfalls von bestimmten Interessen, die außerhalb seiner eigenen Grenzen liegen, zu sprechen wagt. Ich möchte nun dieser Anmaßung gegenüber hier folgendes erklären:

Aus England und aus Frankreich hören wir immer wieder die Behauptung, in Spanien heilige Interessen zu besitzen. Welcher Art sind diese nun? Handelt es sich um politische oder um wirtschaftliche Interessen? Soll es sich um politische Interessen handeln, so verstehen wir dies genau so wenig, wie wir es nicht begreifen würden, wenn jemand behaupten wollte, in Deutschland politische Interessen zu besitzen. Ob und wer zum Beispiel in Deutschland regiert, geht außer uns zumindest so lange niemand etwas an, als nicht dieses Regime Feindseligkeiten gegen andere Staaten beabsichtigt oder gar ausführt! Hat man aber in England und Frankreich bestimmte wirtschaftliche Interessen in Spanien im Auge, dann wollen wir dies ohne weiteres zugestehen, nur muß festgestellt werden, daß wir genau dieselben wirtschaftlichen Interessen auch für uns in Anspruch nehmen, das heißt mit anderen Worten: Das nationalsozialistische Deutschland verfolgt zum Beispiel den Versuch der jüdischen Weltrevolutionierung in Spanien daher mit angespanntem Interesse, und zwar nach zwei Richtungen hin:

1. So wie England und Frankreich es nicht wünschen, daß in Europa eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse eintritt, etwa nach der deutschen oder nach der italienischen Seite hin, sowenig wünschen wir, daß eine Verschiebung der Kräfte eintritt im Sinne einer Mehrung der bolschewistischen Macht, denn: Wenn in Italien der Faschismus herrscht, so ist das eine rein italienisch-nationale Angelegenheit. Es würde eine Dummheit sein, zu unterstellen, daß diesem faschistischen Italien von einer außerhalb liegenden Stelle Anweisungen oder gar Befehle gegeben werden könnten.

Noch dümmer würde es sein, zu behaupten, daß dieses faschistische Italien etwa ein Bestandteil einer größeren, darüberstehenden faschistischen internationalen Organisation sei. Im Gegenteil. Es liegt im tiefsten Wesen des Faschismus und des Nationalsozialismus begründet, daß es sich hier um politische Lehren handelt, deren Ideologie und Wirksamkeit nur innerhalb der Grenzen der eigenen Völker liegt.

Ebenso ist es sicher, daß ein nationales Spanien national, das heißt spanisch sein wird, wie es umgekehrt aber nicht abgestritten werden kann, daß der Bolschewismus bewußt international ist und nur eine Zentrale besitzt, im übrigen aber nur Sektionen dieser Zentrale kennt.

Genau so wie man in England und Frankreich vorgibt, beunruhigt zu sein wegen des Gedankens, daß Spanien vielleicht gar von Italien oder Deutschland besetzt werden könnte, genau so entsetzt sind wir angesichts der Möglichkeit, daß es von Sowjetrußland erobert wird! Diese Eroberung braucht dabei keineswegs in der Form einer Besetzung durch

sowjetrussische Truppen zu erfolgen, sondern sie ist in dem Augenblick eine vollzogene Tatsache, in dem ein bolschewisiertes Spanien Sektion, das heißt ein integrierender Bestandteil der bolschewistischen moskauischen Zentrale geworden ist, eine Filiale, die von Moskau sowohl ihre politischen Direktiven als auch materiellen Subventionen erhält.

Überhaupt: Wir sehen in jedem Versuch einer weiteren Ausbreitung des Bolschewismus in Europa grundsätzlich eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts!

Und so wie England interessiert ist an der Verhinderung einer solchen nach seinen Auffassungen, so sind wir interessiert an der gleichen Verhinderung nach unserer Auffassung!

Wir müssen es dabei kategorisch ablehnen, Belehrungen entgegenzunehmen über das Wesen einer solchen bolschewistischen Gleichgewichtsverschiebung von Staatsmännern, die auf diesem Gebiete nicht das Wissen haben wie wir und auch nicht in der Lage waren, jene praktischen Erfahrungen zu sammeln, wie wir es leider mußten.

2. Nicht weniger schwer wiegt darüber hinaus die Tatsache, daß eine solche bolschewistisch-politische Gleichgewichtsverschiebung vor allem identisch ist mit einer wirtschaftlichen Entwicklung, die in dem nun einmal so eng miteinander verbundenen europäischen Staatengebilde nur von katastrophalen Folgen sein kann.

Denn: der erste sichtbare Erfolg jeder bolschewistischen Revolution ist zunächst keine Steigerung der Produktion, sondern eine totale Zerstörung der vorhandenen wirtschaftlichen Werte sowohl als aller wirtschaftlichen Funktionen in den davon betroffenen Ländern. Nun lebt aber die Welt nicht von den von Zeit zu Zeit irgendwo abgehaltenen Weltwirtschaftskonferenzen — wie es die Erfahrung bewiesen hat —, sondern sie lebt vom Austausch ihrer Güter und damit primär von der Produktion dieser Güter. Wenn also durch einen verbrecherischen Wahnsinn allmählich die Güterproduktion in den einzelnen Staaten vernichtet wird, dann können die Folgen nicht durch Weltwirtschaftskonferenzen beseitigt werden, sondern sie werden zwangsläufig auch auf jene Völker übergreifen, die innerhalb ihrer eigenen Grenzen vor dem Bolschewismus selbst gesichert sind, aber durch die Art ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit den so heimgesuchten Völkern wichtige wirtschaftliche Beziehungen verlieren werden.

Wir haben nun allerhand Erfahrungen auf diesem Gebiete praktisch vor uns liegen. Im Moment, in dem in Spanien der Bolschewismus zum Ausbruch kam, wurde die gesamte nationale Produktion so geschädigt, daß ein augenblickliches Nachlassen eines wirklich wertvollen Güteraustausches eintrat. Wenn mir demgegenüber entgegengehalten wird, daß andere Länder noch gute Geschäfte machen könnten, so handelt es sich dabei um eine Bezahlung ihrer Lieferungen in Gold, das nicht durch den spanischen Bolschewismus seinen Wert erhalten hatte, sondern nur als Wertausdruck früherer nationalspanischer Arbeit und Leistung durch den spanischen Bolschewismus gestohlen und geraubt und in das Ausland gebracht wurde. Darauf aber kann man nicht einen dauernden und soliden Wirtschaftsverkehr aufbauen, denn der kann nur fußen auf dem Austausch reeller Werte, und nicht auf der Betätigung von Hehler- oder Diebesgeschäften!

Die Produktion wirklicher Werte wird aber vom Bolschewismus zunächst restlos vernichtet und kann von ihm — wie dies Sowjetrußland beweist — selbst unter der Zugrundelegung eines wahren Hundedaseins für seine Arbeiter noch nicht einmal nach zwanzig Jahren wieder in Ordnung gebracht werden! Dies mag nun zum Beispiel das reiche Groß-

britannien gar nicht interessieren. Vielleicht ist es für England auch gänzlich gleichgültig, ob Spanien eine Wüste wird, wirtschaftlich zum bekannten bolschewistischen Chaos ruiniert wird oder nicht. Vielleicht denkt England in dieser spanischen Frage wirklich nur politisch. Allein für uns Deutsche, die wir nicht die Möglichkeit besitzen, unseren Handelsverkehr auf ein eigenes Weltreich zu verlagern, ist Europa, und zwar so wie es heute ist, eine der Voraussetzungen für unsere eigene Existenz. Ein bolschewisiertes Europa würde jede Handelspolitik unseres Staates unmöglich machen, und zwar nicht, weil wir nicht Handel treiben wollen, sondern weil wir keinen Handelspartner mehr bekämen.

Dies ist daher für uns nicht eine Angelegenheit theoretischer Betrachtungen, moralischer Bekümmernisse, allerdings auch kein Problem zu internationalen Fragen — denn wir haben nicht so viel Respekt zu den internationalen Institutionen, als daß wir auch nur eine Sekunde glaubten, von ihnen außer Redensarten irgendeine praktische Hilfe erhalten zu können —, sondern eine der lebenswichtigsten Fragen...

Kaum begann in Spanien der bolschewistische Aufruhr, als nicht nur der Handel mit Deutschland sofort zurückging, sondern vor allem auch über 15000 Reichsangehörige dieses von inneren Unruhen zerrissene Land verlassen mußten. Ihre Geschäfte wurden geplündert, deutsche Schulen zerstört, die Gemeinschaftshäuser zum Teil angezündet, das Vermögen aller dieser fleißigen Menschen war mit einem Schlage vernichtet. Sie sind um die Ergebnisse jahrelanger redlicher Arbeit gebracht worden. Ich glaube nun kaum, daß sie der Völkerbund dafür entschädigen wird. Wir kommen in Kenntnis dessen auch mit gar keiner Bitte zu ihm. Wir wissen, er hat seine eigenen Probleme und Aufgaben. Er muß sich zum Beispiel seit Jahren bemühen, die verschiedenen marxistischen und jüdischen Emigrationen zu unterstützen, um sie so am Leben zu erhalten!

Ich stelle ja auch nur fest, was ist! Wir besitzen daher ein ernstes Interesse daran, daß sich diese bolschewistische Pest nicht weiter über Europa ausbreitet. Im übrigen haben wir mit einem nationalen Frankreich zum Beispiel im Laufe der Geschichte natürlich viele Auseinandersetzungen gehabt. Allein irgendwie und irgendwo gehören wir doch in der großen europäischen Völkerfamilie zusammen und vor allem, wenn wir alle ganz in unser Innerstes blicken.

Dann glaube ich, möchten wir doch keine der wirklichen europäischen Kulturnationen vermissen oder sie auch nur wegwünschen. Wir verdanken uns nicht nur mancherlei Ärger und Leid, sondern doch auch eine ungeheure gegenseitige Befruchtung. Wir gaben uns ebenso Vorbilder, Beispiele und Belehrungen, wie wir uns aber auch manche Freude und vieles Schöne schenkten. Sind wir gerecht, dann haben wir allen Grund, uns gegenseitig weniger zu hassen als uns zu bewundern!

In dieser Gemeinschaft europäischer Kulturnationen ist der jüdische Weltbolschewismus ein absoluter Fremdkörper, der nicht den geringsten Beitrag zu unserer Wirtschaft oder unserer Kultur stiftet, sondern nur Verwirrung anrichtet, der nicht mit einer einzigen positiven Leistung auf einer internationalen Schau des europäischen und Weltlebens aufwarten kann, sondern nur mit propagandistischen Tabellen verlogener Ziffern und hetzerischen Plakaten.

Ich möchte dabei auch nicht versäumen, jenen zu antworten, die mit Beharrlichkeit der Notwendigkeit internationaler Weltwirtschaftsbeziehungen, ihrer dauernden Verbesserung und in Zusammenhang damit der internationalen Solidarität das Wort reden, und die nun glauben, beklagen zu müssen, daß sich das nationalsozialistische Deutschland nach ihrer Meinung in eine gewollte Vereinsamung zurückzuziehen versucht.

Ich habe schon betont, wie groß der Irrtum der Staatsmänner oder Leitartikler ist, die so etwas ernstlich glauben. Er wird durch die praktische Wirklichkeit schlagend widerlegt. Wir haben weder die Lust noch die Absicht, politisch oder wirtschaftlich Eremiten zu sein! Deutschland hat sich gar nicht isoliert, und zwar weder politisch noch wirtschaftlich! Nicht politisch isoliert, denn es ist im Gegenteil bestrebt, mit allen denen zusammenzuarbeiten, die ein wirklich europäisches Gemeinschaftsziel im Auge behalten Wir lehnen es nur kategorisch ab, uns mit jenen zusammenkoppeln zu lassen, deren Programm die Zerstörung Europas ist und die aus diesem Programm auch gar keinen Hehl machen! ...

Noch wahnsinniger aber ist der Vorwurf, wir suchten eine wirtschaftliche Isolierung. Ich glaube, unsere Handelsziffern sind die beste Widerlegung dieser durch nichts begründeten einfältigen Meinung. Allein, selbst wenn unser Handel nicht wachsen würde, so wünschen wir trotzdem keine wirtschaftliche Isolierung, sondern wir würden sie höchstens erleiden, und zwar gegen unseren Wunsch.

Diese wirtschaftliche Isolierung aber muß ganz zwangsläufig in dem Augenblick kommen, in dem Europa bolschewistisch würde. Wir erleben allerdings das erheiternde Schauspiel, daß gerade die Presse der Länder, in denen man glaubt, uns immer zugunsten einer stärkeren Beteiligung an der Weltwirtschaft zureden zu müssen, sofort zu schreien beginnt, wenn zum Beispiel bekannt wird, daß wir mit dem nationalen Spanien Geschäfte machen! Daß wir diesem nationalen Spanien Maschinen und so weiter liefern und dieses nationale Spanien uns dafür Rohstoffe und Lebensmittel zurückgibt. Ja, wir tun doch das, was diese Weltwirtschaftsapostel dauernd wünschen! Weshalb nun plötzlich die Empörung darüber? Nein! Wir kennen die inneren Ursachen dafür zu genau.

Es ist der Ärger, daß wir nun einmal unter keinen Umständen bereit sind, in Deutschland als Handelsware jene marxistischen Infektionsstoffe wieder einzuführen, die uns schon einmal an den Rand des Abgrunds gebracht haben. Dieses Handelsgeschäft allerdings lehnen wir ab. Es ist der Ärger darüber, daß wir uns nicht nur nicht isolieren, sondern im Gegenteil, daß wir eine feste Anlehnung gefunden haben an Staaten mit ähnlichen Idealen und einer ähnlich denkenden und handelnden Führung. Ich kann aber hier nur wiederholen, daß für Deutschland eine andere Orientierung gar nicht möglich ist. Denn: wir sind an Europa mehr interessiert, als es vielleicht manche anderen Länder zu sein brauchen. Unser Land, unser Volk, unsere Kultur, unsere Wirtschaft sind aus den allgemein europäischen Bedingtheiten herausgewachsen. Wir müssen daher der Feind eines Versuches sein, in diese europäische Völkerfamilie ein Element der Zersetzung und Zerstörung im einzelnen und gesamten hineinzutragen.

Außerdem ist uns Deutschen der Gedanke, daß dieses Europa ausgerechnet von Moskau dirigiert oder regiert werden könnte, ein einfach unerträglicher. Wenn in anderen Staaten eine solche Anmaßung als politische Forderung geduldet wird, dann können wir dies nur mit Erstaunen und Bedauern zur Kenntnis nehmen. Für uns jedenfalls würde aber schon die bloße Vorstellung, Direktiven aus einer so tief unter uns stehenden Welt entgegenzunehmen, ebenso lächerlich wie empörend sein. Außerdem ist der Anspruch einer unzivilisierten jüdisch-bolschewistischen internationalen Verbrechergilde, von Moskau aus über Deutschland als altes Kulturland Europas zu regieren, auch noch eine Frechheit...

Der Nationalsozialismus hat die bolschewistische Weltgefahr aus dem Inneren Deutschlands gebannt... Er hat unser Volk und damit das Reich im übrigen immun gemacht gegenüber einer bolschewistischen Verseuchung.

Abgesehen davon wird er auch nicht davor zurückschrecken, jeder Wiederholung früherer innerer Angriffe gegen die Souveränität unseres Volkes mit den entschiedensten Mitteln entgegenzutreten...

Sollte sich aber jemand unterstehen, von außen diese Gefahr an Deutschland heran- oder nach Deutschland hereinzutragen, dann mag er wissen, daß der nationalsozialistische Staat sich auch jene Waffen geschaffen hat, um einen solchen Versuch blitzschnell niederzubrechen.

Daß wir gute Soldaten gewesen sind, das wird die Welt sicher noch nicht vergessen haben. Daß wir heute noch bessere Soldaten sind, das kann sie uns glauben. Daß aber der nationalsozialistische Staat mit einem anderen Fanatismus für seine Existenz eintreten und kämpfen würde als das bürgerliche Reich von einst, daran soll niemand zweifeln!...

Die Zeit, in der man einem wehrlosen Volk alles zumuten konnte, ist vorbei. Die Bomben, die auf unser Panzerschiff fielen, haben damals nicht nur dem Namen nach das Schiff ‚Deutschland' getroffen, sondern auch vom wirklichen Deutschland jene Erwiderung erfahren, die von jetzt ab jedem solchen Versuch sofort als Antwort zuteil werden wird..."

Am Ende seiner Rede stellte Adolf Hitler nochmals die beglückende Einheit fest, zu der das deutsche Volk in seiner Arbeit und seinem Willen zusammengewachsen ist, und schloß mit den stolzen Worten: „Die deutsche Nation hat doch bekommen ihr germanisches Reich!"

Der Parteitag der Arbeit hatte sein Ende erreicht. „Die NSDAP. ist die größte Kameradengemeinschaft der Geschichte. Lassen Sie dieses Wort stehen über dem neuen Arbeitsjahr, in das Sie nun hineingehen, dem neuen Arbeitsjahr für den Führer, für Deutschland!" — so sagte Pg. Rudolf Heß am letzten Tage zu den Reichsleitern, Gauleitern und Kreisleitern, den Führern der SA., SS, des NSKK. und des NSFK., die sich noch einmal im Nürnberger Opernhaus versammelt hatten. —

Von den großen nationalsozialistischen Veranstaltungen im letzten Vierteljahr 1937 seien weiterhin noch genannt:

15. Wiederkehr des „Deutschen Tages" in Koburg

Die Feier der 15. Wiederkehr des „Deutschen Tages" in Koburg mit einer begeisternden Führerrede am 15. Oktober an die Kampfgefährten des Jahres 1922,

Gauamtsleiter- und Kreisleitertagung in Sonthofen

die Gauamtsleiter- und Kreisleitertagung auf der Ordensburg Sonthofen vom 15. bis zum 23. November mit einer Ansprache Adolf Hitlers am letzten Tage,

15-Jahr-Feier der Ortsgruppe Augsburg

die Feier der Ortsgruppe Augsburg der NSDAP. am 21. November anläßlich ihres 15jährigen Bestehens, wo der Führer in seiner Rede aussprach:

„Ich zweifle keine Sekunde daran, daß wir genau so, wie es uns möglich war, die Nation im Innern emporzuführen, auch die äußeren gleichen Lebensrechte wie die anderen Völker uns verschaffen werden. Ich zweifele nicht daran, daß auch dieses Lebensrecht des deutschen Volkes eines Tages von der ganzen Welt wird verstanden werden!"

und die feierliche Übergabe der Weihestätte in Pasewalk — auf dem Grund und Boden, da das Reservelazarett gestanden hat, in dem einst der Gefreite Adolf Hitler lag — durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, an den Gau Pommern am 21. Oktober, an dem sich zum 20. Male der Tag jährte, da der Frontsoldat Hitler mit einer Gaserblindung eingeliefert worden war. Hier hatte Adolf Hitler den Verrat der Novemberrevolte 1918 erlebt — hier hatte er den in seinem Buche „Mein Kampf" geschilderten Entschluß gefaßt: „Ich aber beschloß, Politiker zu werden" — ein Entschluß, der später die Nation retten und das Gesicht Deutschlands formen sollte.

Weihestätte in Pasewalk

Und am 8. und 9. November beging das nationalsozialistische Deutschland wieder in feierlicher Tradition das Gedächtnis der nationalsozialistischen Erhebung 1923 und ihrer Blutopfer. (Von der Ansprache des Führers im historischen Bürgerbräukeller vor seiner alten Garde wird im 15. Abschnitt noch die Rede sein.) — Im Dezember erließ der Leiter des Amtes für den 8./9. November 1923, Pg. Christian Weber, eine weitgreifende Anordnung über die Betreuung der Blutordensträger in wirtschaftlicher Hinsicht.

Feiern am 8./9. November

Betreuung der Blutordensträger

Das tiefe Traditionsbewußtsein der nationalsozialistischen Bewegung kommt in folgender Verfügung des Führers vom 3. Dezember zum Ausdruck:

Arbeiten zur Geschichte der Bewegung

„Es ist für die Partei von größter Bedeutung, daß die geschichtlichen Zusammenhänge ihres Werdens und Wirkens einwandfrei, einheitlich und aus der Kenntnis des Kampfes der Bewegung herausbearbeitet werden.

Um eine Behandlung aller mit der Geschichte der Bewegung zusammenhängenden Fragen nach diesen Grundsätzen sicherzustellen, beauftrage ich den Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP. und Vorsitzenden der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, Reichsleiter Philipp Bouhler, mit der Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten..."

An weiteren wichtigen Anordnungen der NSDAP. vom Jahresende sei noch die Vereinbarung des Reichsorganisationsleiters mit dem Korpsführer des NSFK. über den Aufbau des NSFK. und sein Zusammenwirken mit der NSDAP. genannt (17. November), das die organisatorischen Fragen im einzelnen regelte. —

NSDAP. und NSFK.

Einen Tag nach der Erinnerungsfeier an den 9. November 1923 fand wieder die mitternächtliche Vereidigung der SS-Rekruten vor der Münchener Feldherrnhalle statt.

Vereidigung der SS-Rekruten

„Ihr sollt Träger sein der Ehre und des Ansehens unseres Volkes und überall und zu jeder Stunde sollt ihr dessen eingedenk bleiben. Dann sind all die Opfer, die unser Kampf bisher erforderte, nicht umsonst gewesen. Denn aus ihnen hat sich das erhoben, was zahllose deutsche Generationen vergeblich ersehnt hatten: ein Volk, ein Reich, eine nationale Ehre und eine Bereitwilligkeit, diese Ehre zu schützen und zu verteidigen, wenn notwendig unter Einsatz des Lebens."

— so sprach der Führer zu seinen SS-Männern.

14. Abschnitt:

Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst

Wehrmacht und NSDAP.

Die im vorigen Abschnitt bereits angeführten Vorführungen der Wehrmacht beim Parteitag der Arbeit zeigten die weiteren Fortschritte in ihrer Entwicklung. Die Beteiligung der Wehrmacht an den Reichsparteitagen der NSDAP. bringt aber gleichzeitig ihre Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Bewegung zum Ausdruck. Partei und Wehrmacht sind die tragenden Säulen des nationalsozialistischen Reiches. In der bereits im 5. Abschnitt angeführten Rede des Stellvertreters des Führers, Pg. Rudolf Heß, vor den Offizieren des Nationalpolitischen Lehrganges am 16. Januar war dieser Gedanke klar zum Ausdruck gebracht und eingehend dargelegt worden. Während die Wehrmacht den Schutz von Volk und Reich nach außen übernimmt, liegt die seelische Beeinflussung und Erziehung der Nation zur Wehrhaftigkeit im Aufgabenbereich der Bewegung. Rudolf Heß sagte:

„... Erst das nationalsozialistische Deutschland hat den ganzen Einfluß, den es auf das Volk sich errungen hat, eingesetzt, es seelisch stark zu machen, es zum Staatsvolk zu erziehen, sein Denken und Handeln einzustellen auf die großen Erfordernisse der Nation.

Diese Erziehung des Volkes, seine geistige Führung, ist Aufgabe der NSDAP. ...."

Wie das vom Nationalsozialismus neu geschaffene Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht erst die Möglichkeit bot, beim Aufbau der Wehrmacht sich ausschließlich von den Notwendigkeiten der Nation lenken zu lassen, kam in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„... Der Nationalsozialismus hat dafür gesorgt, daß heute nicht mehr Lebensnotwendigkeiten der Nation von einem Reichstag zerredet und zum Schacherobjekt der Parteien gemacht werden können. Sie haben gesehen, daß im neuen Deutschland Entscheidungen von historischer Tragweite innerhalb weniger Stunden durch den Führer und sein Kabinett getroffen werden — Entscheidungen, die in anderen Ländern tage- und wochenlange Parlamentsdebatten vorausgehen lassen müssen.

Was das neue Reich hinsichtlich der militärischen Ertüchtigung der Nation und der Bewaffnung ihrer Soldaten getan hat, brauche ich Ihnen — den Offizieren unserer Wehrmacht — nicht darzulegen. Der Führer hat

es sich angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß, wenn uns wirklich jemand angreift, nicht kostbarstes Blut hingegeben werden muß, weil vorher an Geld gespart wurde.

Sparen in der Bewaffnung ist sparen am unrechten Fleck. Diese Sparsamkeit kann sogar höchste Verschwendung bedeuten. Das Sparen von ein paar hundert Millionen Mark hier kann durch Verlust eines Krieges die Verschwendung von Milliarden materieller Werte bedeuten — ganz abgesehen von dem Verlust noch viel kostbarerer Werte, nämlich von Millionen der Besten unseres Volkes..."

In dieser Erkenntnis ging die Entwicklung der deutschen Wehrmacht ihren planvollen Weg.

Aufbau und Ausbau

Waren die Jahre 1935 und 1936 in erster Linie dem Aufbau der Wehrmacht gewidmet, so diente das Jahr 1937 bereits dem Ausbau. Den besten Beweis dafür, daß die Wehrmacht in ihrem Grundgefüge jetzt bereits stand, lieferte das noch näher zu schildernde große Wehrmachtsmanöver 1937, an dem alle drei Wehrmachtsteile (Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine) mit erheblichen Kräften unter fast kriegsmäßigen Bedingungen eingesetzt waren. Schon der Versuch und noch mehr das Gelingen dieses Unternehmens ist bei den hohen Anforderungen, die ein Zusammenspiel dieser drei Wehrmachtsteile in einem modernen Heere an Personal und Material stellt, eine überzeugende Probe für den erreichten Festigkeitsgrad und die Schlagfertigkeit der deutschen Wehrmacht. Das Jahr 1937 brachte mit seinem Ablauf keineswegs das Ende des Ausbaus. Aber ein wesentlicher Abschnitt ist in diesem Jahre erreicht worden: Die gefährliche Übergangszeit der Neuaufstellung und damit der aus der Zeit der Unfreiheit praktisch noch fortdauernde Zustand höchster Verwundbarkeit des deutschen Volkes infolge seiner noch nicht genügenden Verteidigungsbereitschaft ist nun endgültig beseitigt.

Wehrmachtsmanöver 1937

Von den für alle drei Wehrmachtsteile gleichmäßig wichtigen Ereignissen sei als erstes über das schon oben erwähnte große Wehrmachtsmanöver 1937 berichtet. Der Sinn dieses Manövers sollte sein, in einer großen Übung den gemeinsamen Einsatz von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine zu erproben, die Truppe und vor allem ihre Führer im Einsatz großer Verbände zu schulen und Erfahrungen aus dem gemeinsamen Einsatz modernster Verbände zu sammeln. Alle modernen Formationen der neuen Wehrmacht, so besonders Panzertruppe, Luftwaffe usw., besaßen bisher ja kaum eigene Erfahrungen und mußten auf denen des Auslandes aufbauen. Die Größe der Manöver erforderte eine eingehende Vorbereitung. Schon 1936 waren die Pläne dazu festgelegt worden und auch die Leitungsstäbe waren zum Teil seit einem Jahr in Tätigkeit. Das Manöver, das vom 20. bis zum 26. September dauerte, zog sich über fast ganz Norddeutschland hin.

Große Teile der Bevölkerung nahmen durch die für das betroffene Gebiet angeordneten Luftschutzmaßnahmen „aktiv" an dem Manöver teil. Tagelange Verdunklungen wurden in den Großstädten unter hervorragender Disziplin der Bevölkerung mustergültig durchgeführt.

Der Ausgangslage der Manöver waren ein Ost- und ein Weststaat zugrunde gelegt, deren Grenze in nord-südlicher Richtung durch Deutschland verlief. Die eigentliche Schlachtentscheidung spielte sich schließlich in Mecklenburg und Pommern ab. Auf blauer Seite kämpfte das II. und III. AK. sowie ein Teil des ostpreußischen I. AK., Panzerverbände, Luftstreitkräfte und Teile der Kriegsmarine. Auf roter Seite stand das X. AK., dem ebenfalls Panzerverbände, Teile der Marine und Luftwaffe zugeteilt waren. Unter großer Anteilnahme des In- und Auslandes spielte sich dieses Manöver ab, dessen feldmäßige Gestaltung so weit gesteigert war, daß selbst der Postverkehr mit den Truppen nur über Feldposteinrichtungen erfolgen konnte. Außerordentliche Leistungen wurden von der Truppe verlangt und auch gegeben. Am Morgen des 26. September brachte der große Angriff von Blau die Entscheidung und damit den Abschluß des Manövers. Vor den Augen des Führers und der Manövergäste trug Blau mit 5 Divisionen den Angriff auf einer Breite von 30 km vor. Dank des Einsatzes von Panzerverbänden und massierter Kräfte der Luftwaffe gelang Blau der entscheidende Einbruch in die rote Stellung.

Der Führer und der Duce beim Manöver

Die Anteilnahme von Gästen aus dem In- und Ausland war recht beachtlich. Vor allem erschien an der Seite des Führers der Duce des faschistischen Italiens, Mussolini, im Rahmen seines großen Deutschlandbesuchs, über den wir im nächsten (15.) Abschnitt noch ausführlicher berichten werden. Der Duce erlebte den letzten entscheidenden Tag des Manövers (26. September) aus nächster Nähe mit.

Ausländische Gäste

Die italienische Armee war außerdem vertreten durch den Generalstabschef Marschall Badoglio, den Unterstaatssekretär für die Marine, Flottenchef Cavagnari, den Unterstaatssekretär für die Luftwaffe, General Valle, den General der Faschistischen Miliz, Russo, und andere Offiziere. England hatte eine Manöverdelegation entsandt, zu der Sir Cyrill Deverell, Chef des Generalstabs, General Ironside, Kommandierender General und Luftmarschall Sir Arthur Longmore, Kommandeur der Wehrmachtsakademie, gehörten; Ungarn entsandte General der Infanterie Röder, Honvédminister, General der Infanterie vitéz Sonyi, Oberbefehlshaber der Honvéd, und Feldmarschall vitéz v. Ratz, Chef des Generalstabs der Honvéd.

Die Einladung dieser Abordnungen stellte eine Erwiderung der Gastfreundschaft dar, die Generalfeldmarschall von Blomberg in England, Italien und Ungarn bei seinem diesjährigen Besuch erfahren hatte.

Parade in Berlin

Auch die am 29. September folgende Parade in Berlin vor dem Führer und dem italienischen Staatschef zeigte vor breiter Öffentlichkeit die von der Wehrmacht in Ausrüstung und Haltung erzielten Fortschritte. — Wie stets, leistete die Wehrmacht auch im Jahre 1937 durch eindrucksvolle Beteiligung ihren Beitrag zu den großen Tagen des nationalsozialistischen Reiches, so am Geburtstag des Führers (siehe 5. Abschnitt), am Nationalfeiertag (siehe 7. Abschnitt), am Parteitag der

Arbeit (siehe 13. Abschnitt), beim Erntedankfest (siehe 16. Abschnitt) usw. Hervorgehoben sei insbesondere auch der Heldengedenktag am 21. Februar mit dem Staatsakt zur Ehrung der Gefallenen in Berlin.

Heldengedenktag

Erwähnt sei in diesem Rahmen wieder der Reichskriegertag (in Kassel, 26. bis 27. Juni) unter Leitung des Bundesführers, SS-Gruppenführer Oberst Reinhard, — und die Reichstagung der NS.-Kriegsopferversorgung (NSKOV.) in Northeim (10. bis 14. Juni) unter Leitung des Reichskriegsopferführers Pg. Oberlindober, die eine große Anzahl ausländischer Gäste aufwies — Frontsoldaten anderer Nationen — und einen Rechenschaftsbericht gab über die nationalsozialistische Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Es muß hier noch die zusätzliche „Hindenburg-Spende" genannt werden, deren Kuratorium folgenden Aufruf erließ:

Reichskriegertag

Reichstagung der NSKOV.

Hindenburg-Spende

„Am 2. Oktober 1937 jährt sich der Tag, an dem vor 90 Jahren Hindenburg das Licht der Welt erblickte. Voll Ehrfurcht werden an diesem Tage die Gedanken aller Deutschen in Erinnerung an ihn zu seiner Ruhestatt in Tannenberg wandern.

Aber laßt es damit nicht genug sein!

Als Deutschland sich 1927 anschickte, Hindenburgs 80. Geburtstag zu begehen, da ging sein Wunsch dahin, von allem Festlichen abzusehen, ihm dafür aber die Mittel an die Hand zu geben, um stärker als bisher Not und Elend unter Veteranen, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen lindern zu können. Zehn Millionen Mark schenkten Deutsche daheim und draußen ihrem Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall, der sie, ein Denkmal seines kameradschaftlichen Fühlens, in die von ihm errichtete Stiftung ‚Hindenburg-Spende' einbrachte. Deren Vorsitz übernahm er selbst.

In Zehntausenden von Fällen hat Hindenburgs Stiftung während ihres zehnjährigen Bestehens in seinem Sinne helfen können. Jetzt ist sie nahezu erschöpft.

Nehmt Hindenburgs 90jährigen Geburtstag zum Anlaß, sein fürsorgerisches Werk zu erhalten und fortzusetzen!

Der Führer und Reichskanzler hat den Gedanken einer neuen Sammlung zum 2. Oktober 1937 nicht nur wärmstens begrüßt, sondern sie selbst mit einer großen Stiftung eröffnet.

Folgt diesem Beispiel! Ehrt das Andenken des großen Toten durch die Tat des Handelns in seinem Sinne! ..."

Das Jahr 1937 brachte als besonders wichtige neue Bestimmung das Wehrsteuergesetz. Dieses „Gesetz über eine Steuer der Personen, die nicht zur Erfüllung der zweijährigen aktiven Dienstpflicht einberufen werden (Wehrsteuer) (WehrStG.)" vom 20. Juli lautete:

Wehrsteuergesetz

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hierdurch verkündet wird:

§ 1. Steuerpflicht

Jeder männliche Deutsche Staatsangehörige, der nach dem 31. Dezember 1913 geboren ist, seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im

Inland hat und nicht zur Erfüllung der zweijährigen aktiven Dienstpflicht (§ 8 des Wehrgesetzes) einberufen wird, ist wehrsteuerpflichtig.

Die Wehrsteuerpflicht beginnt am Anfang des Kalenderjahrs, das auf den Zeitpunkt der Einberufung (§ 8 Abs. 2 des Wehrgesetzes) des Geburtsjahrgangs folgt, dem der Steuerpflichtige angehört, aber nicht vor Anfang des Kalenderjahrs, das auf die endgültige Entscheidung über die Nichteinberufung (Abs. 1) des Steuerpflichtigen folgt.

Die Wehrsteuerpflicht endet am Schluß des Kalenderjahrs, in dem der Steuerpflichtige das 45. Lebensjahr vollendet hat.

§ 2. Steuerbefreiungen

Von der Wehrsteuer sind Wehrpflichtige befreit, die bei der Ausübung der Arbeitsdienstpflicht oder des zweijährigen aktiven Wehrdienstes für den Wehrdienst untauglich geworden sind.

Die Wehrsteuerpflicht ruht bei der Ableistung von Übungen (§ 20 des Wehrgesetzes, die länger als vierzehn Tage dauern, und zwar für die Gesamtdauer der Übung.

Die Wehrsteuer wird nicht erhoben, wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen in dem Kalenderjahr, für das die Wehrsteuer erhoben wird, nicht mehr als 224 Reichsmark jährlich beträgt.

§ 3. Bemessung der Wehrsteuer

Die Wehrsteuer beträgt in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Steuerpflicht 50 v. H. der Einkommensteuer, die für dasselbe Kalenderjahr erhoben wird, in den folgenden Kalenderjahren 6 v. H. der Einkommensteuer, die für dasselbe Kalenderjahr erhoben wird. Sie beträgt aber mindestens:

1. soweit die Wehrsteuer durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben wird, in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht 4 v. H. des Arbeitslohns, in den folgenden Kalenderjahren 5 v. T. des Arbeitslohns;
2. soweit die Wehrsteuer veranlagt wird, in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht 5 v. H. des Einkommens, in den folgenden Kalenderjahren 6 v. T. des Einkommens.

§ 4. Entrichtung der Wehrsteuer

Die Wehrsteuer wird beim Arbeitslohn durch Steuerabzug erhoben, im übrigen veranlagt.

§ 5. Haftung der Eltern

Die Eltern haften für die von ihren Söhnen geschuldete Wehrsteuer, solange die Söhne minderjährig sind oder, falls sie volljährig sind, von ihnen ganz oder vorwiegend unterhalten werden.

§ 6. Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am 1. September 1937 in Kraft.

und sicherte damit einen Beitrag zum Schutze der Nation auch von denen, die für den Waffendienst nicht in Frage kommen konnten. —

Wehrtechnische Fakultät

Als bedeutungsvolles Ereignis sei ferner die Grundsteinlegung zum Bau der wehrtechnischen Fakultät der Technischen Hochschule zu Berlin hervorgehoben, die der Führer am 27. November in Gegenwart des Dekans dieser Fakultät, General der Artillerie Becker, und in Anwesenheit von Generaloberst Göring, Reichsminister Rust,

Generalbauinspektor Professor Speer vornahm. Diese Grundsteinlegung in Berlin-Grunewald bildete gleichzeitig den Auftakt zur baulichen Neugestaltung Berlins. Die in ihrer Art einmalige wissenschaftliche Stätte, die hier errichtet werden soll, hat zur Aufgabe, der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie in Zusammenfassung aller technischen Studieneinrichtungen den dringend erforderlichen Nachwuchs an Wissenschaftlern und Praktikern der Technik zu geben.

Wehrwirtschaftsführer

Zwei Wochen später ernannte der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, eine Reihe von Persönlichkeiten zu „Wehrwirtschaftsführern", wie dies bereits bei Heer und Kriegsmarine in mehreren Fällen geschehen war, gemäß einer Anordnung des Führers über die Bildung eines Wehrwirtschaftsführer-Korps, dem Männer angehören sollen, die sich um den wirtschaftlichen Aufbau der Wehrmacht besondere Verdienste erworben haben. —

Verordnungen betr. das Ersatzwesen

Gemäß den Erfahrungen, die bei den bisherigen Aushebungen und Musterungen gemacht worden waren, ergingen hinsichtlich des Ersatzwesens eine ganze Reihe von Verordnungen, von denen folgende genannt seien:

Die „Verordnung über das Erfassungswesen" vom 15. Februar,

die „Verordnung über die Musterung und Aushebung" vom 17. April,

die „Verordnung über die Heranziehung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland zum aktiven Wehrdienst und Reichsarbeitsdienst im Jahre 1937" vom gleichen Tage, durch welche die diesbezügliche alte Verordnung vom 31. Januar 1936 (siehe Band 1936, Seite 98) ersetzt wurde,

die „Verordnung über die Regelung des Wehrdienstverhältnisses der noch nicht erfaßten Wehrpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1893 bis 1900" vom 22. Oktober,

die „Verordnung über die Wehrüberwachung" vom 24. November.

Wehrbezirkseinteilung

Genannt sei auch die „Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich" vom 5. Oktober — durch die eine diesbezügliche Verordnung vom 1. Oktober 1936 (siehe Band 1936, Seite 214 bis 215) und eine weitere vom 24. März 1937 überholt waren — und nach der die neue Wehrbezirkseinteilung folgende 13 Wehrkreise ergibt:

Wehrkreis I (Sitz: Königsberg) mit den Wehrersatzinspektionen Königsberg, Allenstein und Elbing.

Wehrkreis II (Sitz: Stettin) mit den Wehrersatzinspektionen Stettin und Schwerin.

Wehrkreis III (Sitz: Berlin) mit den Wehrersatzinspektionen Berlin, Frankfurt a. d. O. und Potsdam.

Wehrkreis IV (Sitz: Dresden) mit den Wehrersatzinspektionen Dresden und Leipzig.

Wehrkreis V (Sitz: Stuttgart) mit den Wehrersatzinspektionen Stuttgart und Ulm.

Wehrkreis VI (Sitz: Münster in Westfalen) mit den Wehrersatzinspektionen Münster, Dortmund, Düsseldorf und Köln.

Wehrkreis VII (Sitz: München) mit der Wehrersatzinspektion München.

Wehrkreis VIII (Sitz: Breslau) mit den Wehrersatzinspektionen Breslau, Oppeln und Liegnitz.

Wehrkreis IX (Sitz: Kassel) mit den Wehrersatzinspektionen Kassel, Erfurt und Weimar.

Wehrkreis X (Sitz: Hamburg) mit den Wehrersatzinspektionen Schleswig-Holstein (Sitz: Altona), Hamburg und Bremen.

Wehrkreis XI (Sitz: Hannover) mit den Wehrersatzinspektionen Hannover und Magdeburg.

Wehrkreis XII (Sitz: Wiesbaden) mit den Wehrersatzinspektionen Koblenz und Mannheim.

Wehrkreis XIII (Sitz: Nürnberg) mit den Wehrersatzinspektionen Nürnberg und Regensburg.

Erlasse über Versorgung und Fürsorge

Das Ausscheiden der ersten — im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht eingezogenen — Soldaten erforderte einen weiteren Ausbau der Versorgung und Fürsorge. Aus diesem Aufgabengebiet sind folgende im Jahre 1937 ergangenen Erlasse und Gesetze hervorzuheben:

Der Erlaß betreffend die Versorgung der Unteroffiziere und Mannschaften vom 1. Juni, dessen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der mittelfristig (das heißt bis zu 5 Jahren) über die aktive Dienstpflicht hinaus freiwillig weiterdienenden Soldaten zusammengestellt sind;

der Erlaß betreffend Eingliederung der gedienten Soldaten in das Erwerbsleben vom 16. Juni, der Richtlinien für die bevorzugte Berücksichtigung der Soldaten bei der Vermittlung in Arbeitsplätze der freien Wirtschaft enthält, die nach erfüllter aktiver Dienstpflicht in Ehren oder unverschuldet früher aus dem aktiven Wehrdienst ausscheiden;

der Erlaß des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht betreffend die Stiftung „Invalidenhaus Berlin" vom 30. Juni, der bestimmt, daß die Stiftung in Anknüpfung an die alte Tradition wieder von der Wehrmacht übernommen wird;

der Erlaß betreffend Entlassung von Unteroffizieren mit mehr als fünfjähriger Dienstzeit wegen Dienstunfähigkeit vom 3. September, nach dem dienstunfähige Unteroffiziere vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstverpflichtung nur noch entlassen werden sollen, wenn sie auch untauglich zum Beamtendienst sind;

die Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung (betreffend Anrechnung der Militärdienstzeit) — Erlaß vom 4. September, aus dem hervorzuheben ist, daß als „Dienstzeit" bei Versorgungsanwärtern anzurechnen ist a) die über die aktive Dienstpflicht hinausgehende Militärdienstzeit, b) die Zeit, die Versorgungsanwärter nach ihrem Ausscheiden aus der Wehrmacht als Angestellte im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst verbracht haben, weil eine Beschäftigung im Beamtenverhältnis infolge Stellenmangels nicht möglich war;

Gesetz über Arbeitslosenunterstützung nach Wehr- und Arbeitsdienst

das „Gesetz über Arbeitslosenunterstützung nach Wehr- und Arbeitsdienst" vom 30. September, wonach den Soldaten, die unmittelbar nach abgeleistetem aktiven Wehrdienst arbeitslos sind, Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, auch wenn sie einen Anspruch hierauf durch Beitragsleistung nicht erworben haben.

General Ludendorff †

Am 22. Dezember nahm die Wehrmacht in Anwesenheit des Führers in einem feierlichen Staatsakt (in München) Abschied von einem ihrer bedeutendsten militärischen Führer. General Luden-

dorff war am 20. Dezember zur großen Armee abberufen worden. Man kann seine Bedeutung für die Geschichte der deutschen Wehrmacht nicht besser charakterisieren als es der englische „Daily Telegraph" tat, der ihn Deutschlands größten Soldaten nannte und von einer „idealen Kombination zwischen Hindenburg und Ludendorff" sprach. Die Geschichte, so schrieb er weiter, wird ihn mit Recht als den Kopf ansehen, der die Operationen der Mittelmächte in den letzten beiden Jahren des großen Krieges leitete und der ihnen durch die Größe seiner Pläne im März 1918 um ein Haar den Sieg gebracht hätte. — In den Jahren nach der Novemberrevolte 1918 hatte ihn seine Liebe zum Vaterland und sein politisches Wollen an die Seite Adolf Hitlers geführt. An dem blutigen 9. November 1923 schritt er mit ihm an der Spitze des nationalsozialistischen Zuges in den Kugelregen des reaktionären Verrats vor der Münchener Feldherrnhalle. Die NSK. (Folge 295 vom 21. Dezember) schrieb in ihrem Nachruf:

„... Der Weltkrieg, die Totalität seiner Ausmaße und damit die erste Probe auf die Zuverlässigkeit und die seelische Härte eines ganzen Volkes, verlangte auch vom Feldherrn ein über das rein Militärische hinausgehendes, umfassendes Denken und Handeln. Keiner erkannte das so klar wie Ludendorff, der gerade auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft erstmals zu jenem Organisator großen Stils wurde, den der unerhörte Einsatz von Mann und Material in diesem Lebenskampfe eines Volkes erforderte. Hier gewann er auch die politischen Erkenntnisse, die ihn später an die Seite Adolf Hitlers führten. Ein weltpolitisch denkender, kein ‚politisierender' General, es war ein Novum in der Geschichte des deutschen Soldatentums. Er hatte den Bekennermut, es zu sein. Er bewies es durch die Tat, als er an jenem 9. November 1923 an der Münchener Feldherrnhalle zusammen mit dem Führer der jungen nationalsozialistischen Freiheitsbewegung den Maschinengewehren der Machthaber von damals entgegenschritt ..."

Später — nach der Wiedererrichtung der NSDAP. im Jahre 1925 — glaubte Ludendorff, eigene Wege gehen zu müssen, die nicht die der Partei waren. Die so im Laufe der Jahre entstandenen Mißhelligkeiten konnten jedoch im Jahre 1937 ihre endgültige Bereinigung durch eine Aussprache des Führers mit Ludendorff (am 30. März) finden. Der „Völkische Beobachter" berichtete hierüber am 1. April:

„Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Mißständen hat im Interesse des Volkes zwischen dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler und dem Feldherrn Ludendorff eine eingehende Aussprache stattgefunden, die auch das gewünschte Ergebnis erzielt hat.

Der Feldherr brachte darauf zum Ausdruck, wie er die rettende Tat des Führers und Reichskanzlers, den Versailler Schandpakt Punkt für Punkt zerrissen zu haben, begrüßt hat, vor allem die Tatsache, daß Volk und Staat wieder wehrhaft und Herr am Rhein sind. Er sprach von seinem Wirken für die seelische Geschlossenheit des Volkes, um es zu ernsten Aufgaben zu befähigen. Der Führer und Reichskanzler sprach von seinen Erfahrungen und begrüßte es, daß das Dritte Reich und seine Wehrmacht nun wieder in vertrauensvoller persönlicher Fühlungnahme mit

dem Feldherrn des Weltkrieges stünden, wie es einst das alte Heer im Weltkriege und die Kämpfer des 9. November 1923 taten."

Am 9. April hat die deutsche Wehrmacht noch den 72. Geburtstag des Feldherrn feiern können, der sein letzter sein sollte. Der Führer gedachte des großen Toten in einem Aufruf an das deutsche Volk:

Deutsche!

Mit dem Tode des Generals Ludendorff ist eine geschichtliche Erscheinung von uns gegangen. Mit seinem Namen verbindet sich für alle kommenden Zeiten der größte Heldenkampf des deutschen Volkes.

Vereinsamt, inmitten einer ebenso schwachen wie wurzellosen politischen Umgebung, versuchte dieser Mann im großen Kriege an der Seite des Feldmarschalls die Widerstandskraft der Nation zu unvergleichlichen Leistungen emporzureißen, um damit den Deutschen und ihrem Reiche die Freiheit zu erhalten.

Nachdem charakterlose Gesinnung und jammervolle Schwäche seinen Sturz herbeigeführt hatten, brach Deutschland zusammen und fiel bis zur Schmach von Versailles. In diesen Jahren der tiefsten Erniedrigung verband sich der Feldherr des Weltkrieges Ludendorff mit den Kämpfern zur inneren und äußeren Wiederaufrichtung der Nation. Für diese Freiheit rang und stritt er nun seitdem auf seine Weise.

Der so großen und ausschließlichen Zielsetzung entsprach die fanatische Hingabe dieses Mannes. Seine Liebe und seine Gebete gehörten unserem Volk, sein Haß seinen Feinden!

Wie bei allen kompromißlosen Kämpfern dieser Erde, wird auch bei ihm der Eindruck seiner Persönlichkeit der Nachwelt bewußter werden als vielen Zeitgenossen der Gegenwart. In seiner Erscheinung erhält die Ruhmeshalle unserer Geschichte einen neuen Zeugen der Größe der deutschen Nation!

Adolf Hitler.

Nachstehend seien nun über die einzelnen Wehrmachtsteile folgende Tatsachen mitgeteilt:

Entwicklung der Heeresorganisation

Die Heeresorganisation wurde durch die Neuaufstellung des Gruppenkommandos 4 in Leipzig erweitert, das zu den bestehenden Gruppenkommandos 1 in Berlin, 2 in Kassel und 3 in Dresden trat. Neugebildet wurde (wie bereits in der „Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung des Deutschen Reiches" vom 5. Oktober mitgeteilt) das XIII. Armeekorps, Sitz des Generalkommandos in Nürnberg.

Diese Neuaufstellungen führten nicht zu einer Vermehrung der Zahl der Divisionen, sondern wurden lediglich durch eine Umorganisation ermöglicht. Demnach setzte sich das Heer zusammen aus 13 Armeekorps, die in 13 gleichnamigen Wehrkreisen liegen. Die Korps sind gegliedert in insgesamt 36 Divisionen, 1 Infanteriedivision, 1 Gebirgsbrigade, 1 Kavalleriebrigade, 1 leichte Brigade und Panzertruppen.

Die wachsende Stärke des Heeres erforderte einen erweiterten Beamtenkörper, um den Verwaltungsanforderungen zu genügen. Um den Nachwuchs für die Heeresbeamten sicherzustellen, wurde daher in München eine Zahlmeisterschule errichtet, die aus dem Soldatenstande stammende Anwärter für den gehobenen mittleren Dienst vorzubilden hatte. Besondere Lehrgänge wurden zu dem gleichen Zweck in

Hannover und Dresden eingerichtet. Für den Nachwuchs der Beamten im höheren Dienst (hauptsächlich Gerichtsassessoren) wurden halbjährige Kurse an der Verwaltungsakademie in Berlin abgehalten.

Neubauten, Schieß- und Übungsplätze mußten für die Neuaufstellung auch in diesem Jahr beschafft werden. Dabei wurden infolge der Ausdehnung der Übungsplätze besondere Heeres-Gutsbezirke eingerichtet. Auch der Ernährung des Soldaten wurde im Zeichen des Vierjahresplanes besondere Beachtung geschenkt. Um alle Fortschritte der Wissenschaft der Ernährung der Truppe zugute kommen zu lassen, wurden eine Versuchs-, Lehr- und Meisterküche in München, sowie je eine Musterküche in jedem Wehrkreise eingerichtet.

Auslandsbeziehungen des Heeres

Ein deutliches Zeichen für das Interesse der ausländischen Soldaten an der neuen deutschen Wehrmacht und ihren Einrichtungen waren die zahlreichen Besuche und Kommandos ausländischer Offiziere im Jahre 1937.

Es waren in diesem Jahr 111 ausländische Offiziere nach Deutschland kommandiert, davon 76 länger als 1 Monat. 29 ausländische Offiziere und 3 ausländische Kommissionen statteten Besuche beim Heer ab. Die Militärattachés der fremden Mächte nahmen an den Herbstübungen des V. AK. in der Gegend des Bodensees teil. Von 15 Armeen waren Delegationen in Stärke von 34 Offizieren als Gäste des Oberbefehlshabers des Heeres zu dem Manöver des VI. AK. in der Eifel eingeladen. (Die Teilnehmer am Wehrmachtsmanöver wurden bereits oben genannt.)

Dem entsprach der Ausbau und die Vermehrung der deutschen Militärattachéstellen im Ausland.

Heeresarchive

Eine besondere Bedeutung kommt der mit dem 1. April verfügten Einrichtung eigener Heeresarchive (in Dresden, München, Potsdam und Stuttgart) zu. Sie sollen keine tote und leere Aktenarbeit vollbringen, sondern das wissenschaftliche Erbe aus dem Kriege und der früheren Zeit dem neuen Heere dienstbar machen. Bisher befanden sich die Werte, die dank dem persönlichen Eingreifen von Seeckts gerettet worden waren, in den Räumen der ehemaligen Potsdamer Kriegsschule, das als Reichsarchiv Zweigstellen in Stuttgart, München und Dresden hatte. Die Heeresarchive sollen in Auswertung der Fehler von gestern die Lehren für morgen schaffen.

Traditionspflege

Um dem neuen Heere eine enge Verbindung mit den Werten der alten Armee zu geben, wurde die Traditionspflege am 17. März neu geregelt. Hatten in den Nachkriegsjahren manche Kompanien der Reichswehr die Tradition mehrerer Regimenter zu pflegen gehabt, so wurde nun den in den einzelnen Teilen des Reiches liegenden Truppenformationen waffenweise die Überlieferung derjenigen Regimenter und Bataillone der alten Armee anvertraut, die in den gleichen Standorten oder in deren Nähe gelegen hatten. Der Geist der ruhmreichen

Regimenter des Weltkrieges kann sich so durch die Tradition in den Formationen der jungen Wehrmacht lebendig fortpflanzen.

Organisation der Luftwaffe

Aus der Organisation der Luftwaffe sei berichtet: Mit der Aufstellung des Luftkreiskommandos 7 in Braunschweig hatte die Luftwaffe einen territorialen Rahmen erhalten, der auch für den Ausbau im Jahre 1937 unverändert bestehen blieb. Im Reichsluftfahrtministerium selbst wurde die Stellung des „Chefs des Generalstabes der Luftwaffe" aus dem bisherigen Chef des Luftkommandoamtes neu geschaffen. Zum Chef des Generalstabes der Luftwaffe wurde am 1. Juli Generalmajor Stumpff ernannt.

Nachdem die Luftwaffe durch ihren starken Einsatz erheblich zur Entscheidung des Wehrmachtsmanövers (siehe oben) beigetragen hatte, konnte sie dem Führer und dem Duce die Leistung der neuen Flugzeuge wie auch der Flakartillerie bei einem Schießen in der Flakartillerieschule Wustrow vorführen. Außer den Kampf- und Jagdgeschwadern machte auf die ausländischen Gäste das neue Fieseler-Flugzeug „Storch" besonderen Eindruck, da es seinen Insassen erlaubt, in langsamstem Tempo den Gegner zu überfliegen und die notwendigen Erkundungen vorzunehmen. Bei den Vorführungen am Bückeberg konnte die Luftwaffe ihren modernsten Zweig, die Fallschirmjäger, im Einsatz vorführen. —

Deutsche Akademie der Luftfahrtforschung

Für die wissenschaftliche Erforschung der in der fliegerischen Praxis erarbeiteten Ergebnisse (über die hier naturgemäß nicht im einzelnen berichtet werden kann), insbesondere auch der naturwissenschaftlichen Grundlagen der Luftfahrttechnik, eröffnete Generaloberst Göring die Deutsche Akademie der Luftfahrtforschung in Berlin (am 16. April).

Auslandsbeziehungen der Luftwaffe

Wie auch die beiden anderen Wehrmachtsteile, konnte die deutsche Luftwaffe im Jahre 1937 zahlreiche ausländische Besucher begrüßen.

Erwähnt seien die Abordnungen der britischen, ungarischen, belgischen, schwedischen und polnischen Luftwaffe sowie im September der Besuch des Bruders des Kaisers von Japan, Prinz Chichibu. In Erwiderung solcher Besuche waren der Staatssekretär der Luftfahrt, General der Flieger Milch, und der Chef des Generalstabes der Luftwaffe, Generalleutnant Stumpff, Gäste der Kgl. Britischen Luftstreitkräfte. General Milch weilte außerdem in Frankreich, Italien und Belgien zu Besuch.

4. Internationales Flugmeeting in Zürich

Große Erfolge konnte die deutsche Luftwaffe bei ihrer ersten Teilnahme an einer internationalen Veranstaltung, dem 4. Internationalen Flugmeeting in Zürich (23. Juli bis 1. August) erreichen. Waren auch die ausländischen Staaten mit ihren neuesten Konstruktionen und ihren besten Mannschaften erschienen, so zeigten sich doch

die neuen deutschen Flugzeugtypen nicht nur gleichwertig, sondern in vielen Fällen überlegen. Fünf erste Preise und Weltbestleistungen konnte die Abordnung der Luftwaffe in diesen Kämpfen für Deutschland erringen.

Luftschutz

Wie in einem Kriege das Heer mit der Heimat operieren muß, so kann im kommenden Kriege auch die Luftwaffe nicht ohne den Heimatluftschutz kämpfen. Die große Probe auf die Leistungsfähigkeit der zivilen Luftschutzorganisationen war der gelungene Einsatz des Luftschutzes bei dem Wehrmachtsmanöver. Die Übung ergab — wie eine französische Zeitung schrieb — daß die Reichshauptstadt nicht nur gegen jeden Luftangriff geschützt sei, woher er auch komme, sondern daß die Bevölkerung auch in der passiven Abwehr im Selbstschutz so geübt sei, daß sie mit vollständiger Ruhe jeder Eventualität ins Auge blicken werde. Die Abgrenzung der Luftschutzaufgaben, die Befugnisse der Polizeibehörden und des Reichsluftschutzbundes, der Umfang der Luftschutzdienstpflicht, die Berücksichtigung des Luftschutzes bei Neu- und Umbauten und schließlich die einheitliche Regelung der Entrümpelung fanden am 4. Mai ihre Regelung in der Ersten, Zweiten und Dritten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz. Um den Volksgenossen auch ein sicheres Schutzmittel in die Hand zu geben, wurde (zunächst in Berlin und Hamburg) mit der Verteilung der Volksgasmaske begonnen. —

Einsatz der Kriegsmarine in den spanischen Gewässern

Über die Arbeit der Kriegsmarine ist zunächst festzustellen, daß im Jahre 1937 ihre Tätigkeit vorwiegend im Zeichen ihres Einsatzes in den spanischen Gewässern stand. Die Aufgabe der Flotte in Spanien bestand zuerst darin, die deutschen Volksgenossen in Spanien zu schützen (siehe Band 1936). Durch unsere Schiffe konnten etwa 15000 Menschen in Sicherheit gebracht werden. Danach beteiligte sich das Deutsche Reich mit seiner Kriegsmarine an der internationalen Kontrolle zur Überwachung der spanischen Grenzen. Bei dieser Überwachungstätigkeit erfolgte am 29. Mai der heimtückische bolschewistische Überfall auf das Panzerschiff „Deutschland" (das in Ruhe bei Ibiza vor Anker lag), der 31 Todesopfer und 78 Verletzte forderte. Das wiedererstarkte Deutschland nahm diesen Überfall nicht ungesühnt hin: In den Morgenstunden des 31. Mai bombardierten die deutschen Seestreitkräfte die Befestigungen des rotspanischen Hafens Almeria. Als am 15. und 18. Juni bolschewistische U-Boot-Torpedo-Angriffe auf die „Leipzig" erfolgten und keinerlei gemeinsames Vorgehen der Kontrollmächte auf diese Provokation hin zu erreichen war, zog sich Deutschland aus dem internationalen Überwachungssystem der spanischen Gewässer zurück. (Diese gesamten Vorgänge, betreffend Spanien, sind ausführlich im 8. Abschnitt geschildert.) Da Deutschland

trotzdem nicht auf die Wahrnehmung seiner Interessen verzichten konnte, blieb ein großer Teil der Flotte weiterhin in den spanischen Gewässern.

Weiterer Ausbau der Kriegsmarine

Der im Jahre 1935 begonnene Ausbau der Marine wurde auch im Jahre 1937 in erfreulichem Maße fortgesetzt.

So wurde in diesem Jahr aus Teilen der schon gebildeten U-Boot-Flottillen Weddigen und Saltzwedel die U-Boot-Flottille Lohs in Dienst gestellt, so daß die Kriegsmarine über insgesamt 36 dienstbereite U-Boote verfügte. Am 6. Februar lief in Hamburg der schwere Kreuzer „Admiral Hipper" und am 8. Juni in Kiel der schwere Kreuzer „Blücher" vom Stapel. Am 14. Januar konnte auch von der neuen Zerstörerbauserie Z 1 bis Z 16 der erste Zerstörer in Dienst gestellt werden, der zur Erinnerung an den ersten „Führer der Torpedo-Boote" den Namen „Lebrecht Maaß" erhielt und das Führerboot des F. d. T. (Führer der Torpedoboote) wurde. Im Laufe der nächsten Monate wurde die erste Zerstörerdivision aufgestellt, der die neuen Zerstörer „Georg Thiele", „Max Schultz" und „Richard Beitzen" zugeteilt wurden. (Die Namen dieser Schiffe erinnern an bewährte Torpedobootskommandanten und -führer des Weltkrieges.) Als ihr Hauptliegehafen wurde Swinemünde bestimmt. Die zweite Zerstörerdivision wurde in Wilhelmshaven aus den Booten „Paul Jocobi", „Theodor Riedel" und „Hermann Schönmann" gebildet. Auf den Werften befanden sich weiter im Bau zwei Schlachtschiffe zu je 35000 Tonnen, ein schwerer und 4 leichte Kreuzer, ein Segelschulschiff sowie eine größere Anzahl von Zerstörern und Torpedobooten, Unterseebooten, Minensuchbooten, Geleitbooten, Schnellbooten und Räumbooten. Der Stapellauf des neuen Segelschulschiffs „Leo Schlageter" erfolgte am 30. Oktober.

Bei Marineteilen an Land erfolgte für die Nordseestation in Brake und für die Ostseestation in Stralsund die Bildung je einer IV. Schiffsstammabteilung. Für Kriegsschiffe und Torpedoneubauten wurde ein Erprobungskommando unter Führung eines Admirals geschaffen. In Kiel wurde eine Nachrichteninspektion, ferner eine Torpedoinspektion und eine Sperrwaffeninspektion aus der bisherigen Torpedo- und Mineninspektion neu gebildet.

Mit dem Jahreswechsel war am 1. Januar auch eine Veränderung in der Führung der Flotte erfolgt. Admiral Forster, der bisherige Flottenchef, wurde von Vizeadmiral Carls abgelöst, der am 31. Mai zum Admiral befördert wurde. —

Untergang des Versuchsbootes „Welle"

(Leider blieb die Marine auch in diesem Jahre nicht von schweren Unfällen verschont. Als das aus einem Fischdampfer zum Versuchsboot für Nachrichtenzwecke ausgebaute Fahrzeug „Welle" den Segelschoner „Duhnen" der Marine-SA.-Gruppe Nordmark retten wollte, der bei Fehmarn gestrandet war, ging es am 18. Januar selbst im Sturm unter und nahm seine mutige Besatzung von 25 Mann mit in die Tiefe.)

Auslandsbeziehungen der Kriegsmarine

Die Auslandsbesuche spielen naturgemäß bei der Kriegsmarine eine besonders große Rolle. In erster Linie ist die Teilnahme des Panzerschiffes „Admiral Graf Spee" an der großen Flottenparade vor Spitehead anläßlich der englischen Königskrönung am 20. Mai zu nennen. Die anderen Flottenbesuche hatten hauptsächlich Dänemark, Norwegen, Schweden und auch Finnland zum Ziel. Von den

Schulschiffen befanden sich im Jahre 1937 im Ausland „Emden“, „Schleswig-Holstein“ und „Schlesien“. Die Reise der „Schlesien“ führte dabei rund um Südamerika, die der „Schleswig-Holstein“ um Afrika und die der „Emden“ nach Indien. Bei diesen Reisen konnte, wie immer, festgestellt werden, daß die Kriegsschiffbesuche im Ausland eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen der Heimat und den Volksgenossen im fernen Ausland sind. Von großer Bedeutung ist darüber hinaus die Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt, da das Auftreten der Besatzungen im Ausland das lebendige Gegenbeispiel zu der lügnerischen deutschfeindlichen Propaganda darstellt.

Anderseits bekundete das Ausland sein Interesse an der neuerstandenen Kriegsmarine durch zahlreiche Besuche in deutschen Häfen.

Unter diesen sind japanische, französische, englische, kubanische amerikanische und in großer Anzahl schwedische Kriegsschiffbesuche zu nennen.

Das ausländische Interesse galt auch im Jahre 1937 in besonders starkem Maße dem Reichsarbeitsdienst, während anderseits auch der Arbeitsdienst fruchtbare Beziehungen zum Ausland unterhielt. Es sei nur an die im Juli erfolgte Studienreise einer deutschen Arbeitsdienstabordnung nach Bulgarien (zum bulgarischen Arbeitsdienst) erinnert, wobei die Reichsarbeitsdienstführer am 19. Juli vom König von Bulgarien empfangen wurden.

Reichsarbeitsdienstabordnung in Bulgarien

In der fortschreitenden Entwicklung des Reichsarbeitsdienstes wurde auch dem Außenstehenden immer klarer, daß unser Arbeitsdienst trotz aller wirtschaftlichen Bedeutung und Leistung in erster Linie ein Werk sozialistischer Erziehung ist, wie es der Reichsarbeitsführer Pg. Hierl wieder in seinem Rechenschaftsbericht vor dem diesjährigen Parteikongreß (über den noch weiter unten berichtet werden wird) zum Ausdruck gebracht hatte. Wir wollen nachstehend die in der Zeitung des Reichsarbeitsdienstes „Der Arbeitsmann“ (4. Dezember) erschienenen „Zehn Leitsätze für den Arbeitsmann“ (ohne den dort gegebenen Kommentar) zum Abdruck bringen:

Sozialistische Erziehung

1. Der Reichsarbeitsdienst ist eine nationalsozialistische Gemeinschaft. Im Arbeitsdienst bekennt sich die deutsche Jugend durch die Tat zur Ehre der Arbeit, indem sie in gemeinschaftlichem selbstlosen Dienst allein zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes werkt.
2. Der Arbeitsmann gelobt dem Führer des deutschen Volkes durch seinen Eid, daß er ihm und der Fahne des Arbeitsdienstes, auf die er ihn leistet, treu sein und seine Pflichten als Arbeitsmann getreulich erfüllen will.
3. Der Arbeitsmann unterläßt alles, was das Ansehen des Arbeitsdienstes gefährden könnte, und tut alles, was es erhält und steigert. Er wahrt die Ehre der Gemeinschaft und wendet von ihr Schaden und Nachteil ab.

4. Die Kraft des Arbeitsdienstes beruht auf der kameradschaftlichen Verbundenheit und dem gegenseitigen Vertrauen von Führer und Mann. Der Arbeitsmann kann auf die Gerechtigkeit und die Fürsorge seiner Führer rechnen. Stets steht ihm der Weg zu seinem Führer offen.
5. Der Arbeitsmann ist seinen Führern ein williger Helfer und froher Mitarbeiter am gemeinsamen Werk. Er ist jedem Führer im Arbeitsdienst Achtung und Gehorsam schuldig.
6. Kameradschaft und Manneszucht sind die Grundpfeiler der Gemeinschaft. Sie gewährleisten den Zusammenhalt und die Ordnung im Arbeitsdienst.
7. Die Ehre aller Deutschen ist gleichwertig. Sie ist das höchste Gut jedes Arbeitsmannes. Wer glaubt, daß ihm Unrecht geschah, hat das Recht, sich zu beschweren, wer in seiner Ehre verletzt ist, hat die Pflicht, sich Genugtuung zu verschaffen.
8. Der Arbeitsmann ist sauber und gerade an Leib und Seele. Er ist ehrlich und redlich. Er verabscheut es, Unrecht zu tun und steht für begangenes Unrecht ein.
9. Im Arbeitsdienst stählt der Arbeitsmann seine Kräfte, erzieht sich zu sich selbst nicht schonender Härte und zu zielsicherer, tatkräftiger Einsatzfreudigkeit. In der Stunde der Gefahr beweist er kämpferischen Mut und zögert nicht, wenn es gilt, sein Leben in die Schanze zu schlagen, denn nichts verachtet er mehr als Feigheit.
10. Erprobt und bewährt als dienstbereiter Arbeiter für sein Volk, als williger Gefolgsmann und treuer Kamerad, scheidet der Soldat der Arbeit nach seiner Dienstzeit aus dem Reichsarbeitsdienst, aber er bleibt als ein guter Nationalsozialist sein Leben lang ein getreuer Arbeitsmann seines Führers und Volkes.

— denn in diesen Sätzen kommt der Geist der Arbeitsdiensterziehung klar zum Ausdruck. —

Wirtschaftliche Aufgaben des Arbeitsdienstes

Daneben steht das wirtschaftliche Arbeitsergebnis, das ungeheuer ist, und vor allem auch das riesige Arbeitsfeld, das der Arbeitsdienst noch vor sich hat. Wenn wir etwa feststellen:

„... Es können durch Landeskulturarbeiten einer besseren Nutzung zugeführt werden

rund 80000 qkm durch Entwässerung,
„ 50000 „ durch Bewässerung,
„ 50000 „ durch Umlegung,
„ 10000 „ durch Eindeichung,
„ 25000 „ Neuland durch Kultivierung von Moor und Ödland,
„ 5000 „ durch Landgewinnungsarbeiten aus dem Meere.

Die flächenmäßige Ausdehnung dieser Arbeiten bringt eine Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages, die einer Vergrößerung des deutschen Raumes um ein Gebiet von der Größe Bayerns und Württembergs zusammen gleichkommt."

(NSK., Folge 75.)

— so liegen hierin noch umfangreichste Arbeiten der Zukunft.

Dorf Hierlshagen

Von den bereits errungenen Erfolgen sei hier als Beispiel nur an die Einweihung des neuen Dorfes Hierlshagen (Kreis Sprottau) im Sprottebruch erinnert. (Mit der feierlichen Einweihung dieses Dorfes [im August 1937], das sich nach dem Reichsarbeitsführer be-

nannte, wurde der erste Abschnitt der durch den Arbeitsdienst in Angriff genommenen Urbarmachung des Sprottebruchs abgeschlossen.) —

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Reichsarbeitsführer im Reichsministerium des Innern

Aus der organisatorischen Entwicklung des Reichsarbeitsdienstes ist zunächst der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Reichsarbeitsführer im Reichsministerium des Innern“ vom 30. Januar zu nennen:

Artikel 1

Dem Reichsarbeitsführer wird neben seinen Aufgaben als Führer des Reichsarbeitsdienstes zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Angelegenheiten des Reichsarbeitsdienstes im Geschäftsbereich des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern übertragen.

Artikel 2

Der Reichsarbeitsführer ist dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern persönlich und unmittelbar unterstellt.

Er vertritt für seinen Geschäftsbereich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern in dessen Abwesenheit.

Er führt die Dienstbezeichnung: Der Reichsarbeitsführer im Reichsministerium des Innern.

Artikel 3

Der Reichsarbeitsführer im Reichsministerium des Innern nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird...

Zahlenmäßige Verstärkung des RAD.

Angesichts der gewaltigen Aufgaben wurde auch eine zahlenmäßige Verstärkung des Reichsarbeitsdienstes durchgeführt. Die NSK. (Folge 2) berichtete hierüber am Jahresanfang:

„... Im Rahmen des Vierjahresplans wird nun die Kopfstärke des Arbeitsdienstes am 1. April 1937, dem Beginn des neuen Haushaltsjahres, von 200000 auf 230000 Mann erhöht werden...

Die Führerschulen des Arbeitsdienstes werden im Jahre 1937 ausgebaut, da nach der Vermehrung der Kopfstärke ein erhöhter Bedarf an geeigneten Führern besteht. Die Zahl der Truppführerschulen ist auf zehn ständige und sechs vorübergehende, die Zahl der Feldmeisterschulen auf fünf und die Zahl der Bezirksschulen ebenfalls auf fünf erhöht worden...“

Diese Steigerung erfolgte gemäß dem „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes und des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend“ vom 26. September 1936 (siehe Band 1936, S. 205). Gemäß dem Artikel 3 dieses Erlasses erfolgte somit auch eine Vermehrung des weiblichen Arbeitsdienstes (von 10000 auf 25000 Arbeitsmaiden), womit gleichzeitig eine Vermehrung der Arbeitslager auf fast das Doppelte notwendig wurde und in einzelnen Zeitabschnitten im Laufe des Jahres 1937 zur Durchführung gelangte.

Dienststrafordnung für die Angehörigen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend

An organisatorischen Ereignissen aus dem Arbeitsdienst für die weibliche Jugend sei ferner der Erlaß der „Dienststrafordnung für die Angehörigen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend“ vom 6. Juli und vor allem die Einweihung der Reichsschule des

Reichsschule des weiblichen Arbeitsdienstes

Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend am Üdersee bei Eberswalde (am 19. Oktober) erwähnt.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Sommer- und Winterstärke des Reichsarbeitsdienstes und über die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend

Eine wichtige Neuregelung brachte am 24. November der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Sommer- und Winterstärke des Reichsarbeitsdienstes und über die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend“:

> Zu den §§ 3 und 9 des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 769) bestimme ich in Ergänzung meines Erlasses vom 26. September 1936 (RGBl. I S. 747):
>
> Artikel 1
>
> Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes ist ab 1. Oktober 1938 für die Winterquote auf zwei Fünftel, für die Sommerquote auf drei Fünftel der jährlich einzuberufenden Dienstpflichtigen zu bemessen.
>
> Dementsprechend ist der organisatorische Rahmen des Reichsarbeitsdienstes von dem bisherigen Fassungsvermögen für die Hälfte der Jahrgangsstärke auf ein Fassungsvermögen von drei Fünftel der Jahrgangsstärke zu erweitern.
>
> Artikel 2
>
> Die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist bis zum 1. April 1939 auf 30000 Arbeitsmaiden (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.
>
> Der Führer und Reichskanzler.
> Der Reichsminister des Innern.

Damit wird erreicht, daß gemäß den Notwendigkeiten des Vierjahresplans im Sommer der größere Teil des Reichsarbeitsdienstes zur Verfügung steht und damit zum entsprechenden Einsatz an den Baustellen und vor allem auch zur Erntenothilfe (über die bereits der Reichsarbeitsführer in seiner Rede vor dem Parteikongreß gesprochen hatte — siehe weiter unten) herangezogen werden kann. —

Auflösung des „Arbeitsdank“

Schließlich sei von organisatorischen Ereignissen noch nachgetragen, daß der „Arbeitsdank“ (siehe Band 1934, Seite 98, 99, Band 1935, Seite 202, 203, 362) im Mai nach dreijähriger Tätigkeit aufgelöst wurde, nachdem er seine gestellte Aufgabe gelöst und durch die inzwischen erfolgte Beseitigung der Arbeitslosigkeit neue Aufgaben nicht mehr entstanden. Rückschauend sei erwähnt, daß in den vergangenen Jahren vom „Arbeitsdank“

> „allein in 9000 Fällen Unterstützungen gegeben wurden, ganz abgesehen davon, was die NSV. nach dem Abkommen mit dem Arbeitsdank zusätzlich noch leistete. Jährlich waren etwa 60000 Arbeitsmänner ganz persönlich zu betreuen, damit sie in einen Beruf vermittelt werden konnten.“ (NSK., Folge 111.)

Rede des Reichsarbeitsführers Pg. Hierl vor dem Parteikongreß

Einen geschlossenen Überblick über die gesamte ideelle und materielle Leistung des Reichsarbeitsdienstes vermittelte die Rede des Reichsarbeitsführers Pg. Hierl vor dem Parteikongreß auf dem Parteitag der Arbeit (siehe 14. Abschnitt). Über die wirtschaftlichen Leistungen im Haushaltsjahr 1936/37 führte er hier aus:

„... An Landeskulturarbeiten wurde folgendes geleistet:

Wirtschaftliche Zahlen

Durch Deichbau und Flußregelungen in den Flußniederungen und am Meer sind 37000 Hektar Bauernland den bisherigen regelmäßigen Hochwasserüberflutungen entzogen worden. Damit wurde der Ernteertrag dieses Gebietes vor Verderb gesichert, gleichzeitig wurden die betroffenen Dörfer und Einzelhöfe vor Überschwemmungen bewahrt.

Durch Vorflutausbau, Binnenentwässerung und Drainung wurden rund 106000 Hektar in ihrer Ertragsmöglichkeit gesteigert.

Durch Rodung, Einebnung und Umbruch wurden rund 18000 Hektar der Bewirtschaftung erschlossen.

Durch Umlegungsarbeiten, verbunden mit Wegebau und Entwässerung, wurden rund 23000 Hektar durch Erbteilung zersplitterter Grundbesitz zu geschlossenen Wirtschaftsflächen zusammengefaßt und so einer besseren Bewirtschaftung zugeführt.

Durch die Neuanlage und den Ausbau von 570 Kilometer Wirtschaftswegen wurde für rund 46000 Hektar schlechterschlossenes Bauernland die Bewirtschaftung erleichtert.

Gemäß den für alle diese Landeskulturarbeiten vorliegenden Gutachten der zuständigen Dienststellen außerhalb des Reichsarbeitsdienstes reicht der hiermit erzielte jährlich wiederkehrende Mehrertrag für die Ernährung von rund 50000 Volksgenossen. Die in Landeskulturarbeiten geleistete Jahresarbeit von 200000 Mann Reichsarbeitsdienst hat also ermöglicht, daß 50000 Volksgenossen mehr von dem Ertrag des deutschen Bodens leben können...

Durch Forstarbeiten wurden rund 9000 Hektar zur Aufforstung vorbereitet und hiervon 6000 Hektar angepflanzt. Auf rund 15000 Hektar wurden Kulturpflegearbeiten ausgeführt. Durch Vorflutausbau und Binnenentwässerung wurden 11500 Hektar in ihrem Wachstum gebessert. Durch den Bau von 770 Kilometer Holzabfuhrwegen wurde für rund 34000 Hektar Wald die Bewirtschaftung erleichtert.

Einschließlich dieser Holzabfuhrwege wurden also im ganzen Berichtsjahr 1340 Kilometer Wirtschaftswege gebaut. Das entspricht einer Entfernung vom Nordosteck Ostpreußens bis zum Südwesteck Badens bei Basel.

An Siedlungsarbeiten wurde durch Wegebau, Bodeneinebnungen und Aushub von Baugruben die Anlage von 4600 Siedlungsstellen gefördert.

In sehr großem Umfange wurde die Hilfe des Reichsarbeitsdienstes im Berichtsjahr gelegentlich von Katastrophen in Anspruch genommen. Nach den Wind- und Schneebruchkatastrophen in West- und Süddeutschland Anfang 1936 wurden 36000 Hektar zerstörter Forst abgeräumt und der Rest der Bestände vor Vernichtung durch den Borkenkäfer geschützt. Der Reichsarbeitsdienst hat bei diesem Einsatz 486000 Lohntagewerke geleistet, das heißt die Arbeitsleistung des Reichsarbeitsdienstes entsprach der Arbeitsleistung von 10000 gelernten Holzarbeitern während 49 achtstündigen Arbeitstagen.

Außerdem wurde der Reichsarbeitsdienst bei zahlreichen anderen Katastrophen eingesetzt und dabei wurden weitere 140000 Tagewerke Nothilfe geleistet. Bei den großen Sturmfluten an der Nordsee im vergangenen Winter haben Führer und Männer des Reichsarbeitsdienstes sich buchstäblich in die Breschen geworfen, die das Meer in die Deiche zu reißen drohte.

Im Sommer und Herbst 1936 wurden starke Kräfte zur Erntenothilfe eingesetzt. Es wurden insgesamt 920000 Tagewerke zum Einbringen der Ernte geleistet...

Am Ende meiner Aufzählungen der Arbeitsleistungen im Haushaltsjahr 1936/37 habe ich die Erntenothilfe im Sommer und Herbst 1936 angeführt. In diesem Jahre haben sich die Anforderungen von Erntenothilfe vervielfacht. Getreu der Aufgabe des Reichsarbeitsdienstes, an der Sicherstellung der Ernährungsfreiheit unseres Volkes nach besten Kräften mitzuarbeiten, ist diesen Anforderungen bisher in weitest möglichem Maße entsprochen worden. Seit April dieses Jahres sind bereits mehr als drei Millionen Tagewerke geleistet worden. Mit dieser Arbeitsleistung wurde die Nahrung für etwa eine Viertelmillion Volksgenossen vor Verderb geschützt. Auch zur Bergung der kommenden Hackfruchternte wird der Reichsarbeitsdienst, soweit seine Hilfe notwendig ist, seine Kraft voll einsetzen. Um das zu ermöglichen, ist die Dienstzeit des zur Zeit eingezogenen Halbjahrganges bis zum 24. Oktober verlängert worden. Der aus dem landwirtschaftlichen Beruf stammende Ersatz, der im kommenden Diensthalbjahr eingezogen werden soll, wird erst zum 1. November einberufen werden.

Die diesjährige außerordentliche Beanspruchung der Hilfeleistung des Reichsarbeitsdienstes ist auf den großen Landarbeitermangel zurückzuführen, der dadurch entstanden ist, daß durch die in Hochkonjunktur blühende Industrie eine starke Aufsaugung von Arbeitskräften, zum Teil durch Abzug vom Lande, erfolgte. Es ist nicht abzusehen, wie ohne das Vorhandensein und den Einsatz des Reichsarbeitsdienstes die diesjährige Ernte hätte voll geborgen werden können.

Es wäre aber eine sehr falsche und verhängnisvolle Folgerung, wenn im Vertrauen auf diese Nothilfe des Reichsarbeitsdienstes eine durchgreifende Lösung der Landarbeiterfrage zurückgestellt würde..."

Erntenothilfe

Der Reichsarbeitsführer sprach dann von der großen Leistung zur Sicherung der Ernte und von der Tatsache, daß im laufenden Jahr die Anforderungen an den Reichsarbeitsdienst zur Erntenothilfe sich verdoppeln würden.

(In diesem Zusammenhang sei auch auf einen Erlaß des Beauftragten für den Vierjahresplan — mitgeteilt durch einen Runderlaß des Reichsinnenministers — hingewiesen:

„Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, hat durch Erlaß vom 6. August 1937 auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans angeordnet, daß die Dienstzeit für den Sommerhalbjahrgang 1937 des Reichsarbeitsdienstes bis 24. Oktober 1937 verlängert wird. Das Dienstamt der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes hat hierzu verfügt, daß der allgemeine Entlassungstag der 23. Oktober 1937 ist, vorzeitig werden am 20. September 1937 jene Arbeitsdienstpflichtigen entlassen, die als Bauernsöhne und Landarbeiter aus der Landwirtschaft stammen oder längere Zeit in der Landwirtschaft tätig waren und auf Grund der Weisung des Reichsarbeitsführers vom 29. Juni 1937 zur Einbringung der Ernte beurlaubt wurden, und weiter jene Rekruten der Wehrmacht, die sich der Fachlaufbahn zugewendet haben."

— der die Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes entsprechend gestaltete.)

Der Reichsarbeitsführer wies im übrigen in seiner Rede zutreffend auf die Tatsache hin, daß freilich die Erntenothilfe des Arbeitsdienstes nicht als eine Lösung der durch den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften aufgetretenen Fragen schlechthin angesehen werden

kann, zumal der Arbeitsdienst eben in erster Linie Schule der Nation ist und alle seine großen wirtschaftlichen Leistungen letzten Endes Nebenergebnisse seiner erzieherischen Arbeit sind. Im Geiste dieser erzieherischen Notwendigkeiten behandelte dann Pg. Hierl auch die Fortschritte auf dem Wege zur weiblichen Arbeitsdienstpflicht. Und über die Hauptaufgabe des Reichsarbeitsdienstes sagte er noch einmal klar und unmißverständlich:

Schule der Nation

„... Man muß immer wieder daran erinnern, daß der nationalsozialistische Arbeitsdienst von Anfang an nicht nur gedacht war als eine Aushilfe gegenüber der Arbeitslosigkeit und ein Ausgleich für die uns damals noch fehlende allgemeine Wehrpflicht. Das waren zeitbedingte Nebenvorteile, die den Entschluß erleichterten, etwas zu unternehmen, was bisher noch kein großes Volk gewagt hatte. Der Sinn unseres nationalsozialistischen Arbeitsdienstes lag von Anfang an viel tiefer. Er entsprang der Erkenntnis, daß eine Schule der Nation notwendig sei, in der durch eigenes praktisches Tun und Erleben unsere Jugend erzogen wurde zu unserem nationalsozialistischen Arbeitsethos und zu unserer nationalsozialistischen Auffassung von Zusammenarbeit in der Volksgemeinschaft. Diese Aufgabe war keine einmalige, zeitbedingte, sie mußte an jedem nachwachsenden Jahrgange erfüllt werden.

Wie der Gärtner Jahr für Jahr das Unkraut ausrotten muß, wenn es nicht wieder wachsen soll, so muß in jedem neuen Jahrgang das Unkraut des Klassengeistes und der materialistischen Arbeitsauffassung ausgerottet werden. Wie jedes Jahr von neuem die Saat in die Erde gelegt werden muß, so muß in jedem neuen Jahrgang die Saat unserer idealistischen Arbeitsauffassung und unserer nationalsozialistischen Auffassung von der Zusammenarbeit in der Volksgemeinschaft gestreut werden ..."

15. Abschnitt:

Deutschland und Italien

Auslandsecho des Parteitages der Arbeit

Unter den Ereignissen, die Anfang September im Mittelpunkt des Weltinteresses gestanden hatten, ist in erster Linie der Parteitag der Arbeit zu nennen (der bereits im 13. Abschnitt eingehend behandelt wurde), dieses leuchtende Fanal aller völkischen Kultur gegen die bolschewistische Zerstörung. Der Reichsparteitag der NSDAP. in Nürnberg, die Schau deutscher Kraft und deutschen Aufbauwillens erfährt von Jahr zu Jahr mehr Beachtung im Ausland, denn jene Tage der großen Rechenschaftsberichte lenken die Aufmerksamkeit aller auf sich, die sich mit dem Deutschen Reich befassen. Und wer befaßt sich heute in der Welt nicht mit diesem „Phänomen“, das zu ergründen sich die gutwilligen, anständigen Journalisten der verschiedenen Länder bemühen, während der andere Teil — die böswilligen Hetzer — im alten, hinreichend bekannten Lügengeleise bleiben. So war das Auslandsecho der Nürnberger Reden und Kundgebungen diesmal ganz besonders stark (selbst in jenem Teil der Weltpresse, der bisher wenig Notiz von diesem jährlichen deutschen Großereignis genommen hatte) — nicht zuletzt deshalb, weil die Leser in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten usw. starkes Interesse hatten für die Vorgänge in Deutschland.

Auch die Beteiligung ausländischer Ehrengäste war beim diesjährigen Parteitag wieder erheblich gewesen. Neben dem Besuch des nationalspanischen Staatssekretärs Nicolas Franco (des Bruders des Staatschefs) sei hier vor allem die starke italienische Abordnung hervorgehoben, die vom Vizesekretär der faschistischen Partei, Gardini, geführt wurde.

Die Entwicklung der Achse Berlin—Rom

In dieser Abordnung des faschistischen Italiens kam gleichzeitig die Freundschaft zum Ausdruck, die Ende 1935 (Beginn des abessinischen Krieges) zwischen Deutschland und Italien eingeleitet und im Jahre 1936 zur europäischen Tatsache geworden war. Die Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches sprengte den Ring („Stresa-Front“, siehe Band 1935, Seite 159 bis 161), mit dem die westlichen „Demokratien“ es isolieren wollten. Die Achse Berlin—Rom (siehe

Band 1936, Seite 302 bis 304) erstarrte nicht zum leeren Schlagwort, das nach kurzer Zeit von anderen abgelöst werden konnte, sondern bewies, daß sie der äußerst glücklich gewählten Bezeichnung „Achse" wirklich gerecht wurde: Ohne durch einen Pakt in Paragraphen festgelegt zu sein, erlangte sie doch bald das Ansehen einer stahlharten, unverbrüchlichen Freundschaft, die sich jedoch gegen keine Nation wandte, im Gegenteil jedem (außer dem bolschewistischen) Staat den Anschluß freistellte und nur das Ziel verfolgte, die edelsten Güter der Kultur und des Volkstums gegen die Vernichtungslehre Lenins und den grauenhaften Zerstörungskrieg Stalins zu verteidigen. Um diese Achse kristallisierten sich — schon 1937 in den Ansätzen deutlich erkennbar — die Staaten und Völker, die im Kern noch gesund genug waren, um die bolschewistische Gefahr für Europa zu erkennen. Trotz aller Enttäuschungen gab man in Deutschland den Wunsch und die Hoffnung nicht auf, daß auch in jenen Ländern, die — vom kommunistischen Gift infiziert — in schwerer Krise liegen, doch noch in letzter Stunde eine Wendung zum Guten eintreten und sie von der Dynamik der Achse Rom—Berlin erfaßt werden mögen. Wir denken hier vor allem an Frankreich, dessen Versinken im bolschewistischen Chaos nicht nur politisch schreckliche Folgen haben müßte, sondern auch im kulturellen Leben Europas einen unersetzlichen Verlust bedeuten würde.

Die Achse gegen den Bolschewismus

Die deutsche Stellungnahme zum bolschewistischen Weltkrieg, der sich jetzt gerade besonders schrecklich in Spanien austobte, war von Adolf Hitler noch einmal ausführlich und überzeugend in seiner Schlußrede vor dem Nürnberger Parteikongreß (siehe 13. Abschnitt) dargelegt und in ihrer Richtigkeit bewiesen worden.

Die furchtbaren Gefahren rechtzeitig erkannt zu haben und ihnen den eisernen Abwehrwillen von weit über 100 Millionen Angehörigen zweier Nationen entgegengesetzt zu haben, ist das Verdienst Adolf Hitlers und Benito Mussolinis. Ihr Zusammentreffen im Herbst des Jahres 1937 in Berlin war daher das größte außenpolitische Jahresereignis für beide Nationen und ihre Nachbarn, denn aus ihm ergab sich jene Verstärkung der Achse, die — wie sich bald erweisen sollte — allen Belastungsproben gewachsen war und die auch in Zukunft für die Außenpolitik des Dritten Reiches und des italienischen Imperiums eine unzerbrechliche Richtlinie ihres Handelns sein soll.

Der Deutschlandbesuch des Duce

Schon die Ankündigung des Mussolinibesuches in Deutschland löste Begeisterung im deutschen Volke und bedauerliches Mißfallen in Paris, London und Prag aus. Ungeachtet der letztgenannten Störungsfeuer traf man im Reiche die nötigen Vorbereitungen zum Empfang des hohen Gastes. Am 25. September traf der Duce des faschistischen Italiens, begleitet von den Ministern Graf Ciano,

Alfieri, Starace — dem Generalsekretär der faschistischen Partei — und vielen anderen führenden Männern Italiens in München ein, wo er vom Führer und Reichskanzler herzlichst begrüßt wurde. An den ersten Tag, den Mussolini in der Hauptstadt der Bewegung verbrachte und der damit dem Empfang durch die NSDAP. gewidmet war, schlossen sich — begleitet vom Jubel der Bevölkerung und dem „Rauschen" im ausländischen Blätterwald — die Fahrten in die Waffenschmiede des Reiches, zu den Kruppwerken in Essen und zu den Wehrmachtsmanövern in Mecklenburg (siehe 14. Abschnitt) an, an denen u. a. auch Marschall Badoglio teilnahm. Den Höhepunkt der weltgeschichtlichen Tage stellte aber die Großkundgebung auf dem Reichssportfeld mit den Ansprachen Adolf Hitlers und Mussolinis am 28. September dar. In einem Aufruf hatte sich Reichsminister Dr. Goebbels an die Berliner Bevölkerung im Hinblick auf diese Demonstration deutsch-italienischer Freundschaft gewandt, und in einem besonderen Gesetz („Gesetz über die Sonderfeiertage für die Reichshauptstadt Berlin und die Hauptstadt der Bewegung München" vom 23. September) war bestimmt worden, daß der 25. September für München, der 28. September für Berlin Feiertag im Sinne des Gesetzes über die Feiertage vom 27. Februar 1934 (unter Anwendung der für den 1. Mai geltenden Lohnzahlungsvorschriften) sei. Berlin war in ein Flaggenmeer getaucht. Riesige Pilaster trugen die Embleme des nationalsozialistischen Deutschlands und des faschistischen Italiens. Die Formationen, die Männer und Frauen Berlins füllten das Reichssportfeld und die Zufahrtsstraßen, und Millionen lauschten den unvergeßlichen Worten Adolf Hitlers und des Duce, der sich in deutscher Sprache an das deutsche Volk wandte. Der Führer sprach:

Die Völkerkundgebung auf dem Maifeld

Gesetz über die Sonderfeiertage für die Reichshauptstadt Berlin und die Hauptstadt der Bewegung München

„Männer und Frauen!

Wir sind soeben Zeuge eines geschichtlichen Vorganges, der sich in dieser Form und in einem solchen Ausmaß bisher noch nicht abgespielt hat!

Aber eine Million Menschen haben sich hier versammelt zu einer Kundgebung, an der 115 Millionen Angehörige zweier Völker in heißer Empfindung teilnehmen, und die Hunderte von Millionen der übrigen Welt als mehr oder weniger interessierte Hörer verfolgen!

Was uns alle in diesem Augenblick zuerst bewegt, ist die große Freude, in unserer Mitte als Gast einen jener einsamen Männer der Zeiten zu wissen, an denen sich nicht die Geschichte erprobt, sondern die selbst Geschichte machen!

Zweitens fühlen wir, daß diese Kundgebung nicht eine der Versammlungen ist, wie sie immer und auch anderwärts stattfinden, sondern daß sie ein Bekenntnis ausdrückt aus gemeinsamen Idealen und zu gemeinsamen Interessen. Ein Bekenntnis, das von zwei Männern ausgesprochen wird, das eine Million Menschen hier hören, aber 115 Millionen mit heißem Herzen erwarten und bejahen! Und damit ist dieser Abend heute keine Volksversammlung mehr, sondern eine Völkerkundgebung.

Der tiefste Sinn dieser Völkerkundgebung aber ist der aufrichtige Wunsch, unseren Ländern jenen Frieden zu garantieren, der nicht der Lohn einer entsagenden Feigheit, sondern das Ergebnis eines verantwortungsbewußten Sicherns unserer volklichen, seelischen und leiblichen sowohl als unserer kulturellen Substanzen und Werte ist.

Damit glauben wir aber auch, jenen Interessen am besten zu dienen, die über unsere beiden Völker hinaus eigentlich die Interessen des ganzen Europas sein müßten.

Wenn wir heute in der Lage sind, hier diese Kundgebung abzuhalten, dann ermessen wir den Wandel der hinter uns zurückliegenden Zeit. Kein Volk kann sich mehr nach Frieden sehnen als das deutsche, kein Volk hat aber auch mehr die furchtbaren Folgen von schwacher Vertrauensseligkeit kennengelernt als das unsere! Denn hinter uns liegt vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus eine Periode von 15 Jahren, die eine einzige Folge von Unterdrückungen, Erpressungen, verweigertem gleichen Recht und damit von unsagbarer seelischer und materieller Not war.

Die Ideale des Liberalismus und der Demokratie in unserem Lande haben die deutsche Nation nicht gerettet vor den schlimmsten Vergewaltigungen, die geschichtlich denkbar waren. So mußte der Nationalsozialismus ein anderes und wirkungsvolleres Ideal aufrichten, um unserem Volk jene allgemeinen Menschenrechte wiederzugeben, die ihm anderthalb Jahrzehnte verweigert worden waren. In dieser Zeit bitterster Prüfungen, da hat sich — dies muß ich am heutigen Abend vor dem deutschen Volk und einer ganzen Welt aussprechen — Italien, und besonders das faschistische Italien, an den Demütigungen unseres Volkes nicht beteiligt. Es hat in diesen Jahren Verständnis aufzubringen vermocht für die Forderungen einer großen Nation nach gleichem Recht, für ihr nacktes Leben und nicht zuletzt für ihre volkliche Ehre.

Es erfüllte uns daher mit aufrichtiger Befriedigung, daß eine Stunde kam, in der wir uns dessen erinnern konnten und — wie ich glaube — erinnert haben!

Aus der Gemeinsamkeit der faschistischen und der nationalsozialistischen Revolution ist heute eine Gemeinsamkeit nicht nur der Ansichten, sondern auch des Handelns gekommen.

Dies ist aber ein Glück in einer Zeit und für eine Welt, in der die Tendenzen der Zerstörung und der Deformation überall sichtbar sind.

Das faschistische Italien ist durch die geniale schöpferische Tätigkeit eines gestaltenden Mannes zu einem neuen Imperium geworden.

Sie, Benito Mussolini, werden in diesen Tagen mit eigenen Augen aber die Tatsache am nationalsozialistischen Staat festgestellt haben:

Auch Deutschland ist in seiner volklichen Haltung und seiner militärischen Stärke wieder eine Weltmacht.

Die Kraft dieser beiden Reiche bildet heute den stärksten Garanten für die Erhaltung eines Europas, das noch eine Empfindung besitzt für seine kulturelle Mission und nicht gewillt ist, durch destruktive Elemente der Auflösung zu verfallen!

Denn Sie alle, die Sie in dieser Stunde hier versammelt sind oder in der Welt mithören, müssen es bekennen, daß hier zwei selbstherrliche nationale Regime den Weg zueinander gefunden haben und zueinander stehen, in derselben Zeit, in der die Ideen unserer demokratisch-marxistischen Internationale überall nur Demonstrationen des Hasses und damit der Entzweiung aufzuweisen haben.

Jeder Versuch aber, eine solche Völkergemeinschaft durch gegenseitiges Ausspielen, durch Verdächtigungen oder durch die Unterschiebung unwahrer Ziele auseinanderbringen oder auflösen zu wollen, wird ebenso

scheitern an dem Wunsche der 115 Millionen, die in dieser Stunde diese Kundgebung der Gemeinschaft bilden, wie aber besonders am Willen der beiden Männer, die hier vor Ihnen stehen und zu Ihnen sprechen!"

Rede des Duce

Dann hielt Benito Mussolini seine mit atemloser Spannung erwartete große Rede:

„Kameraden!

Der Besuch, den ich Deutschland und seinem Führer mache, die Rede, die ich jetzt vor euch halte, bedeuten einen wichtigen Punkt im Leben unserer beiden Völker und auch in meinem eigenen. Die Kundgebungen, mit denen ich empfangen worden bin, haben mich tief bewegt. Man darf meinen Besuch nicht nach demselben Maßstab messen wie die üblichen diplomatisch-politischen Besuche: Die Tatsache, daß ich heute nach Deutschland gekommen bin, bedeutet nicht, daß ich morgen woanders hinfahren werde.

Nicht nur in meiner Eigenschaft als Chef der italienischen Regierung bin ich zu euch gekommen, sondern vor allem in meiner Eigenschaft als Chef einer nationalen Revolution, der damit einen Beweis für die offene, feste Verbundenheit zu eurer Revolution geben will. Mag auch der Verlauf der beiden Revolutionen verschieden gewesen sein, das Ziel, das beide erreichen wollten und erreicht haben, ist das gleiche: die Einheit und die Größe des Volkes.

Faschismus und Nationalsozialismus sind beides Ausdrücke jener Gleichartigkeit des geschichtlichen Geschehens im Leben unserer Nationen, die im gleichen Jahrhundert und durch das gleiche Ereignis zur Einheit gelangten. Wie schon gesagt, hinter meiner Reise nach Deutschland verbergen sich keine geheimen Absichten. Hier wird nichts gesponnen, um das schon genug in sich gespaltene Europa noch weiter zu spalten. Die feierliche Bekräftigung der Tatsache und der Festigkeit der Achse Rom—Berlin richtet sich nicht gegen andere Staaten. Wir, Nationalsozialisten und Faschisten, wollen den Frieden und werden immer bereit sein, für den Frieden zu arbeiten, einen wirklichen fruchtbaren Frieden, der die Fragen, die sich aus dem Zusammenhang der Völker ergeben, nicht mit Stillschweigen übergeht, sondern sie löst.

Der ganzen Welt, die sich gespannt fragt, was das Ergebnis der Begegnung von Berlin sein wird: Krieg oder Friede, können wir beide, der Führer und ich, mit lauter Stimme antworten: Friede.

So, wie fünfzehn Jahre Faschismus Italien äußerlich und geistig ein neues Gesicht gegeben haben, so hat auch eure Revolution Deutschland ein neues Gesicht gegeben: neu, auch wenn es sich, wie in Italien, nach den höchsten, unvergänglichen Überlieferungen formt, die sich mit den Notwendigkeiten des modernen Lebens vereinbaren lassen. Und dieses Gesicht des neuen Deutschlands habe ich gern sehen wollen.

Und bei seinem Anblick, jetzt, bin ich noch stärker davon überzeugt, daß dieses neue Deutschland — in seiner Stärke, seinem berechtigten Stolz, seiner Friedfertigkeit — ein Grundelement des europäischen Lebens ist.

Ich glaube, daß die Ursache für manches Mißverständnis und Mißtrauen zwischen den Völkern darin liegt, daß die Verantwortlichen die neue, sich bildende Wirklichkeit nicht kennen. Das Leben der Völker wie der Einzelpersonen ist nichts Starres, einmal Gegebenes, sondern unterliegt einem fortwährenden Umwandlungsprozeß; ein Volk auf Grund von Zahlen und Beschreibungen oder einer Literatur von vor zwanzig oder

fünfzig Jahren zu beurteilen, ist ein Fehler, der verhängnisvoll werden kann. Dieser Fehler wird sehr oft gegenüber Italien begangen. Wenn man die nationalen Revolutionen Deutschlands und Italiens besser kennen würde, würden viele Vorurteile fallen und viele Streitpunkte ihre Daseinsberechtigung verlieren.

Wir haben viele Elemente unserer Weltanschauung gemeinsam. Nicht nur haben Nationalsozialismus und Faschismus überall dieselben Feinde, die demselben Herrn dienen: der Dritten Internationale, sondern ihnen sind auch viele Begriffe der Lebens- und Geschichtsauffassung gemeinsam. Beide glauben an den Willen als die bestimmende Kraft im Leben der Völker, als die Antriebskraft ihrer Geschichte, und weisen deshalb die Lehren des sogenannten geschichtlichen Materialismus und seiner politischen und philosophischen Nebenprodukte zurück.

Beide verherrlichen wir die Arbeit — in ihren unzähligen Erscheinungsformen — als das Zeichen menschlichen Adels. Beide stützen wir uns auf die Jugend, die wir erziehen zur Disziplin, zum Mut, zur Zähigkeit, zur Vaterlandsliebe und zur Verachtung eines bequemen Lebens.

Das wiedererstandene Imperium Roms ist das Werk dieses neuen Geistes, der Italien beseelt. Die deutsche Wiedergeburt ist gleichfalls das Werk einer geistigen Kraft, des Glaubens an eine Idee, an die erst nur ein einziger glaubte, dann eine Schar von Vorkämpfern und Märthyrern, dann eine Minderheit und endlich ein ganzes Volk.

Deutschland und Italien verfolgen das gleiche Ziel auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsautarkie: Ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die politische Unabhängigkeit einer Nation selbst in Frage gestellt, und ein Volk von großer militärischer Kraft kann zum Opfer einer wirtschaftlichen Blockade werden.

Wir haben diese Gefahr in ihrer ganzen Unmittelbarkeit zu spüren bekommen, als 52 in Genf versammelte Staaten die verbrecherischen Wirtschaftssanktionen gegen Italien beschlossen, jene Sanktionen, die mit aller Schärfe durchgeführt wurden, aber ihr Ziel nicht erreichten, ja, dem faschistischen Italien sogar Gelegenheit gaben, der Welt seine Widerstandskraft zu beweisen. Trotz allem Drängen hat Deutschland sich den Sanktionen — nicht angeschlossen. Wir werden das niemals vergessen.

Dies ist der Punkt, an dem zum erstenmal ganz deutlich das Vorhandensein eines notwendigen Zusammengehens zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien in Erscheinung tritt. Das, was man nunmehr in der ganzen Welt als die Achse Berlin—Rom kennt, entstand im Herbst neunzehnhundertfünfunddreißig und hat in den letzten zwei Jahren für die immer stärkere Annäherung unserer beiden Völker aneinander wie für die wachsende politische Stärkung des europäischen Friedens großartig gearbeitet.

Der Faschismus hat seine Ethik, der er treu zu bleiben beabsichtigt, und diese Ethik deckt sich mit meiner persönlichen Moral: klar und offen reden und, wenn man einen Freund hat, mit ihm zusammen bis ans Ende marschieren.

Alle Argumente, die unsere Gegner ins Treffen führen, sind hinfällig: weder in Deutschland noch in Italien besteht eine Diktatur, sondern es bestehen Kräfte und Organisationen, die dem Volke dienen. Keine Regierung, in keinem Teile der Welt, hat die Zustimmung des Volkes in solchem Maße wie die Regierungen Deutschlands und Italiens. Die größten und echtesten Demokratien, die die Welt heute kennt, sind die deutsche und italienische.

Woanders wird unter dem Deckmantel der ‚unveräußerlichen Menschenrechte' die Politik beherrscht von Mächten des Geldes, des Kapitals, von geheimen Gesellschaften und miteinander im Kampf liegenden politischen

Gruppen. In Deutschland und Italien ist es streng ausgeschlossen, daß private Kräfte die Politik des Staates beeinflussen können.

Diese Gemeinsamkeit der Gedanken in Deutschland und Italien hat ihren Ausdruck gefunden im Kampf gegen den Bolschewismus, die moderne Form finsterster byzantinischer Gewaltherrschaft, jene unerhörte Ausbeutung der Leichtgläubigkeit der niederen Massen, jene Hunger-, Blut- und Sklavenregierung. Diese Form menschlicher Entartung, die von der Lüge lebt, hat der Faschismus nach dem Krieg mit äußerster Energie bekämpft: bekämpft mit dem Wort und mit der Waffe. Denn wenn das Wort nicht ausreicht, und wenn drohende Umstände es fordern, muß man zur Waffe greifen.

So haben wir es auch in Spanien gemacht, wo Tausende von italienischen faschistischen Freiwilligen gefallen sind für die Rettung der europäischen Kultur, der Kultur, die noch eine Wiedergeburt erleben kann, wenn sie sich von den falschen, lügnerischen Göttern von Genf und Moskau abkehrt und sich den leuchtenden Wahrheiten unserer Revolution zuwendet.

Kameraden!

Ich komme zum Ende. Wir und ihr machen außerhalb unserer Landesgrenzen keinerlei Propaganda im gewöhnlichen Sinne des Wortes, um Anhänger zu werben. Wir glauben, daß die Wahrheit selber Kraft genug besitzt, um überall hinzudringen, und daß sie schließlich siegen wird. Das Europa von morgen wird faschistisch sein, durch den logischen Zwang der Ereignisse, nicht aber durch unsere Propaganda. Zwanzig Jahre sind es her, als euer großer Führer den Ruf zur Erhebung in die Massen schleuderte, der zum Schlachtruf des ganzen deutschen Volkes werden sollte:

Deutschland, erwache!

Deutschland ist erwacht. Das Dritte Reich ist da.

Ich weiß nicht, ob und wann Europa erwachen wird, wie auf dem Parteitag in Nürnberg gesagt wurde, denn geheime, uns dennoch wohlbekannte Kräfte sind am Werk, um einen Bürgerkrieg in einen Weltbrand zu verwandeln. Wichtig ist, daß unsere beiden großen Völker — die an Menschen die gewaltige und immer weiterwachsende Masse von einhundertfünfzehn Millionen betragen — zusammenstehen in einer einzigen unerschütterlichen Entschlossenheit.

Diese heutige gigantische Kundgebung gibt der Welt den Beweis."

Eine Bewunderung und ein Staunen ohnegleichen klang aus den Pressestimmen des Auslandes über die Völkerkundgebung mit den Reden der beiden großen Volksführer. Der Eindruck war zu mächtig, um mißdeutet zu werden.

Mussolinis Abschied

Nach der großen Wehrmachtsparade in Berlin am 29. September verließ Mussolini mit den ihn begleitenden Männern des jungen Imperiums Berlin; im Morgengrauen des 30. überschritt er die Reichsgrenze — in der Erwartung, den Führer in Italien begrüßen zu können, wie es in dem Abschiedstelegramm hieß.

Österreichisch-tschechische Besprechungen

Daß es an Mißvergnügten nicht fehlte, ist verständlich aus dem schlechten Gewissen mancher Regierungen in Mitteleuropa. Zu diesen gehörten Österreich und die Tschechoslowakei. Die Meldungen über Kulissenverhandlungen zwischen Prag, Wien und Paris wollten nicht verstummen; eine Zusammenkunft Schuschniggs mit Hodza

(Tschechoslowakei) kurz zuvor war amtlicherseits als völlig harmlos bezeichnet worden. Angesichts des deutsch-österreichischen Juli-Abkommens von 1936 (siehe Band 1936, Seite 134) und des Kampfes, den das Sudetendeutschtum unter Konrad Henleins Führung um seine leibliche und seelische Existenz gegen das Prager System führen mußte, berührte jedoch diese Haltung der Bundesregierung — von der Wiener Asphaltpresse ganz zu schweigen — recht eigenartig. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß nach den großen Tagen von Berlin eine neue Welle der Lüge, Hetze und Verleumdung über das Reich hereinbrach. In Prag konnte unter dem Ehrenschutz des Staatspräsidenten der Regierung eine „Kunst"-Ausstellung eröffnet werden mit Bildern, die in der schamlosesten und beleidigendsten Weise den Haß gegen das neue Deutschland zum Ausdruck brachten und erst nach Protest entfernt wurden. — Die englischen Zeitungen gaben — unterstützt von einflußreichen Politikern — nicht eher Ruhe mit ihren Verdrehungen über die Mission der Reichsdeutschen im Ausland, die von der Auslandsorganisation (AO.) der NSDAP. betreut werden, bis Gauleiter Bohle selbst nach London kam, um in Gesprächen mit britischen Staatsmännern und in einer Rede vor der deutschen Kolonie die Fälschungen nochmals mit der nötigen Offenheit zurückzuweisen.

Verunglimpfungen Deutschlands in Prag

Verleumdungen über die AO.

Erwähnung verdient ferner der Streit der Danziger Regierung mit dem Vatikan wegen der Errichtung polnischer Personalpfarreien, sowie der Zwischenfall von Teplitz-Schönau (17. Oktober), wo tschechische Polizei mit beispielloser — leider schon bekannter — Brutalität mit dem Gummiknüppel gegen Sudetendeutsche, darunter Abgeordnete des Prager Parlaments, vorging. (Natürlich antwortete die Regierung auf die Anklagen der SDP. mit Zensur und unwahren Ausreden.) Der Schlußabsatz des Offenen Briefes Henleins an den Staatspräsidenten Dr. Benesch vom 18. Oktober, der die skandalösen Vorgänge in Teplitz-Schönau schilderte, lautet:

Konflikt zwischen Danzig und dem Vatikan

Zwischenfall in Teplitz-Schönau

Offener Brief Konrad Henleins an den tschechischen Staatspräsidenten

„... Die praktischen Forderungen, die ich als verantwortlicher und durch den Wahlausgang von 1935 legitimierter Sprecher des Sudetendeutschtums aus den gestrigen Vorkommnissen, die nur ein Glied in einer langen Kette darstellen, erhebe, lauten:

Unverzügliche Inangriffnahme der Verwirklichung der von mir und meiner Partei geforderten Autonomie.

Ich erinnere Sie, Herr Staatspräsident, daß Sie seinerzeit im Kampf um die Entwicklungsfreiheit Ihres Volkes die Autonomie der Völker in den Ländern der böhmischen Krone als einzige Gewähr für die gedeihliche Zukunft der Völker erachtet haben. Nur rasche Verwirklichung der geforderten Autonomie mit dem praktischen Ziel der Selbstverwaltung der Volksinteressen und der Besorgung der staatlichen Agenda durch Deutsche im deutschen Gebiet vermag allein eine weitere Zuspitzung der innerpolitischen Verhältnisse hintanzuhalten. Der Versuch der machtmäßigen Aufrechterhaltung eines einseitigen tschechischen Herrschaftsverhält-

nisses im Nationalitätenstaat macht jede gerechte, wirksame und konstruktive Lösung des Nationalitätenproblems unmöglich.

Herr Präsident! Ich erhebe diese Forderungen im Bewußtsein meiner Verantwortung als Sprecher des Sudetendeutschtums. Damit zeige ich aber gleichzeitig jenes Maß von Verantwortung auf, das Ihnen, Herr Präsident, und Ihrer Regierung in erster Linie zukommt."

Beitritt Italiens zum Deutsch-Japanischen Antikominternabkommen

Die erste tatsächliche Auswirkung der durch den Deutschlandbesuch Mussolinis erheblich gestärkten Achse Berlin—Rom bildete der Beitritt Italiens zum Deutsch-Japanischen Antikominternabkommen vom 25. November 1936 (siehe Band 1936, Seite 311), der durch Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls am 6. November in Rom verwirklicht und in einem Telegrammwechsel zwischen dem Führer und Reichskanzler, dem italienischen und dem japanischen Regierungschef feierlich begrüßt wurde. „Ein großes weltpolitisches Dreieck" — so bezeichnete Adolf Hitler in seiner Münchener Rede am 8. November diese neugeschaffene Situation. Dann folgte als weitere Tatsache der Achse Berlin—Rom am 11. Dezember der Austritt Italiens aus dem Völkerbund — ein Schlag, von dem sich die eingerostete Genfer Maschinerie wohl nicht mehr erholen wird — ein Schlag aber auch für die westlichen Demokratien, die immer noch gehofft hatten, Deutschland wieder zum Eintritt bewegen zu können und nun eine weitere Großmacht den Völkerbundshallen den Rücken kehren sahen. Um auch ja keinen Zweifel über das weitere Schicksal dieser Institution von Versailles aufkommen zu lassen, bestätigte eine amtliche deutsche Erklärung, daß Deutschland niemals mehr in den Völkerbund zurückkehren werde. Die deutsche Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

Austritt Italiens aus dem Völkerbund

Deutschland und der Völkerbund

„Der Entschluß der Faschistischen Regierung, den Austritt Italiens aus dem Völkerbunde zu erklären, und die hochbedeutsamen Ausführungen, in denen der Duce diesen Entschluß begründet hat, finden in Deutschland volles Verständnis und wärmste Sympathie. Über die grundsätzliche Einstellung der italienischen Politik gegenüber dem Völkerbund konnte schon längst niemals mehr ein Zweifel obwalten. Die Worte von den falschen Göttern Genfs, die Mussolini Ende September in Berlin auf dem Maifelde sprach, klingen noch in unser aller Ohren. Es ist aber von größter Wichtigkeit, daß die italienische Regierung durch den gestern verkündeten Beschluß nun eine endgültige Klärung der Lage herbeigeführt hat.

Der Völkerbund erhält damit die verdiente Quittung für seine politischen Leistungen. Er hat sich in keiner Periode seines Bestehens als fähig erwiesen, zur Behebung der jeweils aktuellen Probleme der Weltpolitik einen nützlichen Beitrag zu leisten. Im Gegenteil hat er auf die gesamte politische Entwicklung der Nachkriegszeit stets nur einen schädlichen, vielfach sogar einen gefährlichen Einfluß ausgeübt. Unter dem Schutz vorgegebener Ideale wurde er immer mehr zu einem Zweckverband einzelner Nutznießer der Versailler Regelung.

Anstatt die internationale Politik durch einen vernünftigen Ausgleich der natürlichen Kräfte und Bedürfnisse der Völker auf den Weg einer

fruchtbaren Entwicklung zu führen, hat man sich in Genf in erster Linie mit der Ausbildung und Anwendung von Methoden befaßt, um einer solchen Entwicklung entgegenzuarbeiten.

Das völlige Versagen des Völkerbundes ist heute eine Tatsache, die keines Beweises und keiner Erörterung mehr bedarf. Die Hoffnungen, die vor allem manche kleineren Staaten in den Völkerbund gesetzt haben, sind immer mehr dahingeschwunden vor der Einsicht, daß die Genfer Politik der kollektiven Sicherheit in Wahrheit zu einer kollektiven Unsicherheit geführt hat. Nur aus Moskau kann man heute noch ein uneingeschränktes Bekenntnis zu den Genfer Idealen hören. Wenn sonst noch hier und da versucht wird, das Scheitern der Institution auf ihre mangelnde Universalität zurückzuführen, so ist das ganz offensichtlich eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Die Gründe, die zuerst Japan, dann Deutschland und nun auch Italien gezwungen haben, den Völkerbund zu verlassen, beweisen zur Evidenz, wo die radikalen Fehler seiner Konstruktion und der ihn beherrschenden politischen Tendenzen liegen. Es ist ein hoffnungsloses Bemühen, diesen radikalen Fehlern durch Teilreform abhelfen zu wollen.

Ob die in Genf verbleibenden Großmächte auch jetzt noch den Willen haben werden, den Völkerbund als ernsthaften Faktor in ihre Politik einzustellen, ist ihre Sache. Sie haben aber nicht mehr das Recht, den Völkerbund als berufenen Repräsentanten der Staatenwelt und als höchstes Organ der internationalen Zusammenarbeit hinzustellen. Die Reichsregierung wird sich jedenfalls in voller Übereinstimmung mit der italienischen Regierung durch nichts in der Überzeugung beirren lassen, daß das politische System von Genf nicht nur verfehlt, sondern verderblich ist. Eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund wird deshalb nicht mehr in Betracht kommen."

Deutsche Note zur belgischen Neutralität

Demgegenüber leistete das nationalsozialistische Deutschland einen neuen Beweis seiner unbedingten Friedenspolitik und einen selbst von den haßerfülltesten ausländischen Kritikern des Drittes Reiches schwer zu bestreitenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa, indem es am 13. Oktober durch den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, folgende Note an den belgischen Gesandten in Berlin, Vicomte Jacques Davignon, richten ließ:

„Herr Gesandter!

Im Namen der Deutschen Regierung habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung hat mit besonderem Interesse Kenntnis von den öffentlichen Erklärungen genommen, die die Belgische Regierung zur Klärung der internationalen Stellung Belgiens abgegeben hat.

Sie hat ihrerseits wiederholt, insbesondere durch die Erklärung des Deutschen Reichskanzlers in seiner Rede vom 30. Januar 1937, ihre Auffassung in dieser Hinsicht zum Ausdruck gebracht.

Andererseits hat die Deutsche Regierung Kenntnis genommen von der Erklärung der Königlich Britischen und der Französischen Regierung vom 24. April 1937.

Mit Rücksicht darauf, daß der Abschluß eines zur Ersetzung des Pakts von Locarno bestimmten Vertrags noch geraume Zeit in Anspruch nehmen kann, und in dem Wunsche, die friedlichen Bestrebungen der beiden Länder zu stärken, hält die Deutsche Regierung es für angebracht, ihre Haltung gegenüber Belgien schon jetzt zu präzisieren. Zu diesem Zweck gibt sie folgende Erklärung ab:

1. Die Deutsche Regierung hat Akt genommen von der Auffassung, der die Belgische Regierung auf Grund ihrer eigenen Zuständigkeit Ausdruck gegeben hat, nämlich,
   a) daß sie in voller Souveränität eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen gedenkt,
   b) daß sie entschlossen ist, die Grenzen Belgiens mit allen ihren Kräften gegen jeden Angriff und jede Invasion zu verteidigen, zu verhindern, daß das belgische Gebiet für einen Angriff gegen einen anderen Staat als Durchmarschland oder als Operationsbasis zu Lande, zur See oder in der Luft benutzt wird, und zu diesem Zwecke die Verteidigung Belgiens in wirksamer Weise zu organisieren.
2. Die Deutsche Regierung stellt fest, daß die Unverletzlichkeit und die Integrität Belgiens für die Westmächte von gemeinsamem Interesse sind. Sie bestätigt ihren Entschluß, diese Unverletzlichkeit und Integrität unter keinen Umständen zu beeinträchtigen und jederzeit das belgische Gebiet zu respektieren, ausgenommen selbstverständlich in dem Fall, daß Belgien in einem bewaffneten Konflikt, in den Deutschland verwickelt ist, bei einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Aktion mitwirken würde.
3. Die Deutsche Regierung ist bereit, ebenso wie die Königlich Britische und die Französische Regierung, Belgien Beistand zu gewähren, falls es Gegenstand eines Angriffs oder einer Invasion sein sollte."

Auf diese deutsche Note, die auf die Wiederherstellung der belgischen Neutralität (die bereits im 2. Abschnitt behandelte Entbindung Belgiens von seinen Garantieverpflichtungen gegenüber dem Locarno-Pakt) Bezug nahm, antwortete folgendes Schreiben des belgischen Gesandten an den deutschen Reichsaußenminister:

„Herr Minister!

Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Die Königliche Regierung hat mit großer Genugtuung von der Erklärung Akt genommen, die ihr heute von der Reichsregierung mitgeteilt worden ist. Sie spricht ihr dafür ihren lebhaften Dank aus..."

Somit hatte Deutschland Belgien, entsprechend der von König Leopold eingeschlagenen Unabhängigkeitspolitik, die gleichen Garantien gegeben, wie England und Frankreich. Adolf Hitler handelte gegenüber dem Nachbarn im Westen mit der gleichen Logik und demselben Wirklichkeitssinn, die seine Politik schon im Verhältnis zu unserem östlichen Nachbarn — Polen — bewiesen hatte.

Das Bestreben der Reichsregierung, mit allen Staaten der Erde in ein Verhältnis verständnisvoller Zusammenarbeit zu kommen, brachte es mit sich, daß von ihr aus alle Möglichkeiten begrüßt und gefördert wurden, ausländische Gäste im Reiche zu empfangen oder Repräsentanten unseres Reiches als Gäste und Sendboten des deutschen Verständigungswillens im Ausland zu wissen. So diente der Deutschlandbesuch des Aga Khan, der auch vom Führer empfangen wurde, ebenso den noch stark verbesserungsbedürftigen deutsch-englischen Beziehungen

Deutschlandbesuch des Aga Khan

wie dem Kulturausgleich zwischen des Sultans Heimat Indien und Deutschland. Und so fügte auch die Deutsch-Französische Frontkämpferkundgebung in Besançon (23./24. Oktober) ein neues Glied in der Reihe der Friedensdemonstrationen, die Deutschlands und Frankreichs Frontkämpfer und vor allen Dingen auch Deutschlands und Frankreichs Jugend zusammenführen sollen. Erinnert sei auch an die Frontkämpferkundgebung der NSKOV. im Berliner Olympiastadion am 2. August (zum Gedächtnis des Kriegsausbruches vor 23 Jahren), an der die Frontsoldaten von 14 Nationen teilnahmen.

Deutsch-Französisches Frontkämpfertreffen in Besançon

Frontkämpferkundgebung im Olympischen Stadion

Noch einmal tat sich die deutsch-italienische Freundschaft gegen Jahresende vor aller Welt in sichtbarer Weise kund, als Pg. Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, an der Spitze der Delegation der NSDAP. am 15. Jahrestag der faschistischen Revolution (28. Oktober) teilnahm (siehe 18. Abschnitt) und anschließend seinen Aufenthalt in Italien dazu benutzte, einen Flug ins Innere Libyens anzutreten. — Italien hatte gegen Jahresende in steigendem Maße unerhörte Angriffe aus Frankreich (auch aus Ministermund!), den Vereinigten Staaten usw. abzuwehren. Es tat dies in würdiger Form, ohne sich durch solche Provokationen zu Pressehetzkampagnen im Stil der demokratischen Länder hinreißen zu lassen. In kluger Fortsetzung des zu Jahresanfang begonnenen Ausgleichs mit Jugoslawien führte die Aussprache, die der südslawische Ministerpräsident Stojadinowitsch Anfang Dezember in Rom mit Mussolini und dem italienischen Außenminister Graf Ciano hatte, zum lebhaften Mißvergnügen des Quai d'Orsay zu „ausgezeichneten praktischen Ergebnissen“, wie es in dem abschließenden Kommuniqué vom 8. Dezember hieß. Die Achse Berlin—Rom bewies immer mehr eine gesunde Anziehungskraft, denn sie war das einzige völkische Bollwerk von unerschütterlicher Stärke in einem vom Bolschewismus bedrohten und zum Teil bereits angesteckten Kontinent.

Rudolf Heß in Italien

Italienisch-jugoslawische Besprechungen

Die Anziehungskraft der Achse Berlin—Rom

16. Abschnitt:

Erntedank und Erzeugungsschlacht

Erntedankfest auf dem Bückeberg

Am 3. Oktober feierte das deutsche Volk in allen Gauen sein Erntedankfest. Und in traditionellem Rahmen sprachen der Führer und der Reichsbauernführer Pg. Darré auf dem Bückeberg. In seiner Begrüßungsansprache sagte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels:

„... Ein Jahr harter Bauernarbeit liegt hinter uns. Früher wurde der Erntedank nur von den Bauern gefeiert. Heute feiert ihn das ganze Volk, denn Sie, mein Führer, haben die Brücke geschlagen zwischen Bauer und Arbeiter, zwischen Land und Stadt..."

Führerrede

In seiner großen Rede beim Staatsakt auf dem Bückeberg sagte Adolf Hitler vor 1200000 deutschen Bauern und Bäuerinnen:

„... Der nationalsozialistische Staat hat die Organisation geschaffen, die es ihm ermöglicht, die großen Direktiven sowohl für die Produktion als für den Verbrauch zu erteilen. Er tut es nur des deutschen Volkes wegen. Denn wenn wir heute irgendeine Anordnung herausgeben, wie im vergangenen Jahr zum Beispiel die Regelung des Fettverbrauchs, dann tun wir das nicht etwa den Schweinen zuliebe, sondern wir tun es für das deutsche Volk, um es vor bitteren Enttäuschungen und Not zu bewahren!

Wir haben ungeheuer schwere Probleme zu lösen. Aber: wir selbst müssen diese Probleme lösen und mit ihnen fertigwerden. Die Umwelt hat nur Unverständnis oder unsinnige Bemerkungen dafür.

Zur Kolonialfrage

Wenn wir heute sagen, daß unser Lebensraum zu klein ist und daß wir daher unseren Lebensraum unbedingt durch Kolonien ergänzen müssen, dann geht so ein weiser Kopf irgendwo in der Welt daher und erklärt: ‚Was brauchen Sie Kolonien? Kolonien würden Ihnen gar nichts nützen! Sie können ja kaufen!' — So gescheit sind wir auch, daß wir kaufen können, wenn wir Geld haben. Man hätte uns nur nicht erst 15 Jahre lang ausplündern sollen, dann könnten wir heute kaufen!

Es gibt reiche Leute, die sagen: ‚Reichtum ist eine Last, an der man sehr schwer zu tragen hat! Keiner sehne sich danach, daß auch er von dieser Last aufgebürdet bekommt!' Nun möchte man meinen, daß, wenn Reichtum eine so schwere Last sein soll, sie dann froh sein müßten, etwas von ihr abzugeben. Allein, das wollen sie dann doch wieder nicht. So gibt es auch fremde Staatsmänner, die sagen: ‚Kolonien sind eine schwere Last.' Aber sie wollen von dieser Last nichts abgeben! Sie sagen: ‚Kolonien haben gar keinen Wert!' Aber trotzdem wollen sie dieses ‚Wertlose' unter keinen Umständen dem rechtmäßigen Besitzer zurückgeben! Wenn ich vom ‚rechtmäßigen Besitzer' spreche, dann nur in einer Zeit und in einer

Welt, die erfüllt ist von den Idealen völkerbundsrechtlicher Sittlichkeit und Sittsamkeit. Und nach diesen Idealen haben wir Deutsche ja einst unsere Kolonien erworben, und nach anderen Prinzipien, die vom Standpunkt der Völkerbundsmoral aus schärfstens zu verdammen sind, haben wir sie verloren.

Glauben Sie: Wir stehen schwereren Aufgaben gegenüber als andere Staaten und andere Länder: zu viele Menschen auf einem zu kleinen Lebensraum; es mangelt an Rohstoffen; mangelt an Anbaufläche; und trotzdem: Ist Deutschland nicht schön? Ist Deutschland nicht trotzdem wunderbar? Lebt unser Volk nicht trotzdem so anständig? Mögen Sie alle mit irgend etwas anderem tauschen?

Ja, meine Volksgenossen, woher kommt das? Weshalb ist Deutschland heute wieder schön? Es ist schließlich das Ergebnis der Arbeit, des Fleißes und einer überlegenden Organisation!

Sie wissen ja: Als ich zur Macht kam, da prophezeite man mir genau sechs Wochen Regierung; und die Männer, die vor mir regierten, mußten das wissen, denn sie sind ja selbst meistens nicht länger da gewesen als sechs Wochen. Seitdem sind nun bald fünf Jahre vergangen. Was aber ist aus Deutschland geworden?! Ich lasse Ihnen nicht umsonst hier bei jedem Erntedankfest die Übungen der Wehrmacht vorführen. Sie soll Sie alle erinnern, daß wir hier nicht stehen würden, wenn über uns nicht Schild und Schwert Wache halten würden. Jawohl, wir haben den Frieden, aber nur, weil über ihm die neue deutsche Waffe gehalten wird. Das gibt uns den Frieden, das gibt uns die Sicherheit und das gibt uns die Voraussetzungen für unsere Arbeit..."

Disziplin als Voraussetzung

Über den geschlossenen willensmäßigen und praktischen Einsatz des ganzen Volkes als Voraussetzung für jede große völkische Leistung stellte der Führer fest:

„... Als ich im vergangenen Jahr den Befehl zur Besetzung des Rheinlandes gab, war das Entscheidende nicht, daß die Soldaten marschierten, sondern, daß das deutsche Volk mitging, daß die ganze Nation sich hinter mich stellte. Dem haben Sie den Erfolg zu verdanken!

Das gilt für unsere Erzeugungsschlacht genau so wie für die Landwirtschaft. Je mehr wir alle lernen, ich möchte fast sagen, auf ein Kommando in eine Linie einzuschwenken, um so größer wird die Produktion sein..."

Lebenshaltung, Erzeugung und Währung

Und daß diese Produktion das Entscheidende im wirtschaftlichen Dasein ist, wie der Führer schon wiederholt in den Reden dieses Jahres bewiesen hat, formulierte er in den wuchtigen Sätzen: „Geld ist gar nichts! Produktion ist alles! Das Problem unserer Lebenshaltung ist ein Erzeugungsproblem, ein Problem der Arbeit!" — und fuhr fort:

„So können wir auch das Wunder erleben, daß in anderen Ländern, die mit Gold und Devisen vollgepfropft sind, die Währungen zugrunde gehen und in Deutschland, wo hinter der Währung an Gold und Devisen gar nichts steht, die Mark stabil bleibt! Hinter der deutschen Mark steht die deutsche Arbeit! Das ist die sicherste Währung, weil sie die solideste Deckung hat. Die Arbeitskraft einer Nation von 68 Millionen kann, zusammengefaßt, Wunder vollbringen. Sie gibt dem Geld erst seinen Wert. Denn: wenn du mich fragst, deutscher Bauer, was deine landwirtschaftliche Produktion für einen Wert hat, dann kann ich dir sagen: genau soviel Wert, als die Arbeiter in der Stadt dafür schaffen! Und

wenn der Arbeiter in der Stadt mich fragt: was haben die Güter für einen Wert, die ich erzeuge? — so antworte ich ihm: das, was der Bauer auf dem Lande für dich arbeitet!..."

Übereignung des Bückebergs an den Führer

Reichsminister Pg. Dr. Goebbels überreichte dem Führer auf dem Bückeberg folgende Urkunde:

Das deutsche Bauerntum feiert alljährlich auf dem im Herzen des Reiches gelegenen Bückeberg den Erntedanktag. Es dankt mit dem ganzen Volk seinem Herrgott für Frucht und Ernte eines arbeitsreichen Jahres. Es gelobt dem Führer der Deutschen aufs neue Gefolgschaft und Dienst an der heimatlichen Scholle.

Die Feierstätte des deutschen Landvolks soll für alle Zeiten erhalten und würdig gestaltet werden. Auf ihr sollen sich deutsche Volksgenossen aller Stämme im Bekenntnis zu der Einheit des Blutes vereinen.

Diesen Zielen will das Land Preußen mit seinem Beitrag dienen. Das Staatsministerium hat beschlossen, den Bückeberg, soweit er als preußisches Staatseigentum bisher zur Domäne Ohsen gehörte, dem Führer und Reichskanzler zu übereignen.

Ich vollziehe diesen Beschluß am fünften Erntedanktag im Reiche Adolf Hitlers, der über die Gabe Preußens nach seinem Willen verfügen möge.
Berlin, den 3. Oktober 1937.

Der Preußische Ministerpräsident.
Hermann Göring.

Rechenschaftsbericht des Reichsbauernführers Pg. Darré vor dem Parteikongreß

Einen umfassenden Überblick über die Leistungen deutschen Bauerntums im vergangenen Jahre können wir dem Rechenschaftsbericht entnehmen, den der Reichsbauernführer Pg. Darré dem Parteikongreß beim Parteitag der Arbeit (siehe 13. Abschnitt) gab. Pg. Darré hatte hier gleichzeitig ein Bild der agrarpolitischen Entwicklung seit 1933 und der in ihr begründeten Rettung des deutschen Bauerntums vermittelt. Aus dem umfangreichen Material seien folgende Tatsachen

Verkaufserlöse

herausgegriffen: Die Entwicklung der Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft zeigt folgendes Bild:

1932/33	. . . . .	6,4 Milliarden RM.
1935/36	. . . . .	8,8 „ „

Erzeugung und Verbrauch

(Hinzugefügt sei, daß das Jahr 1936/37 8,9 Milliarden erbrachte.) Die deutsche Nahrungsmittelversorgung durch die eigene Landwirtschaft stieg von etwa 65% auf über 80% — und das trotz eines gewaltig gesteigerten Verbrauchs, der die selbstverständliche Folge der wirtschaftlichen Gesundung des Gesamtvolkes ist. Als Beispiele dieser Verbrauchssteigerung seit 1933 seien angeführt:

Fleisch	. . . . .	um 10%,
Brotgetreidemehl	. .	„ 10%,
Zucker	. . . . .	„ 15%,
Gemüse	. . . . .	„ 25%,
Seefische	. . . . .	„ 43%,

Stabile Lebensmittelpreise

Dabei ist festzustellen, daß es gelang, die deutschen Lebensmittelpreise stabil zu halten, im Gegensatz zum Ausland. Pg. Darré stellte hier fest:

„... Während es uns gelang, den Brotpreis in den Jahren 1933 bis 1937 unbedingt stabil zu halten und damit die feste Grundlage für die nationalsozialistische Lohnpolitik zu schaffen, war der Brotpreis im Auslande erheblichen Steigerungen unterworfen. So stieg zum Beispiel in der Schweiz der Brotpreis von 1933 bis 1937 um 14 v. H., in den Vereinigten Staaten stieg er um 17 v. H., in Kanada um 25 v. H., in England um 27 v. H., in Dänemark um 32 v. H. In Frankreich stieg der Brotpreis um 31 v. H. Mit diesen Zahlen ist bewiesen, daß die Stabilität des Brotpreises bei uns ausschließlich auf nationalsozialistische Maßnahmen zurückgeht. Aber wir können auch noch auf anderen Gebieten der Lebensmittelerzeugung die Vergleiche zum Auslande ziehen und erhalten hierbei die Rechtfertigung der nationalsozialistischen Politik der Marktordnung.

Der Butterpreis stieg in der Zeit seit 1933 in Kanada um 15 v. H., in Dänemark um 24 v. H., in den Vereinigten Staaten sogar um 53 v. H., während er in Frankreich allein in den letzten beiden Jahren um 27 v. H. gestiegen ist. In Deutschland dagegen ist es seit 1934 gelungen, den Butterpreis auf dem gleichen Stande zu halten.

Während in Deutschland der Schweinefleischpreis durch Jahre hindurch stabil geblieben ist, stieg dieser seit 1933 in Dänemark um 35 v. H., in Kanada um 44 v. H., in den Vereinigten Staaten um 69 v. H. und in Frankreich allein in den Jahren 1935 bis 1937 um 90 v. H. Ähnliche Vergleiche lassen sich über die Preise von Zucker, Kartoffeln und Fett aufstellen ...“

Steigerung der Ernten und des Viehbestands

Trotz der ganz erheblich verstärkten Beanspruchung der deutschen Anbauflächen durch Gespinst- und Ölpflanzen im Rahmen des Vierjahresplans erreichte die deutsche Landwirtschaft gegenüber 1933 erhebliche Erntesteigerungen, von denen folgende genannt seien:

Kartoffeln	11 %,
Futterrüben	16 %,
Heu	22 %,
Zuckerrüben	41 %.

Der Viehbestand steigerte sich seit 1933 wie folgt:

Rindvieh	4 %,
Schafe	10 %,
Schweine	13 %.

Zu diesen bedeutsamen Angaben aus der Rede des Reichsbauernführers sei die wichtige Tatsache hinzugefügt, daß die Kartoffelernte (1937) 52,5 Millionen Tonnen betrug gegenüber 46,2 Millionen im Vorjahr. Hier handelt es sich um die bewußte Steigerung der Kartoffelerträge je Flächeneinheit, die durch die Erzeugungsschlacht des Vierjahresplans mit besonderem Erfolg entwickelt wurde.

Abgesehen von den der menschlichen Ernährung zugeführten Mengen können im Wirtschaftsjahr 1937/38 auf Grund dieser günstigen Ernte allein 4 Millionen Tonnen Kartoffeln mehr als im Vorjahr der Viehfütterung zugeführt werden. Hierdurch wird natürlich die deutsche Futtermittelbilanz im entsprechenden Umfang entlastet werden. Insgesamt stehen statt rund 19,9 Millionen Tonnen im Jahre 1936 jetzt rund 23 Millionen Tonnen Futterkartoffeln zur Verfügung.

Als weitere Verwertungszweige stehen die Verarbeitung von Kartoffeln zur Herstellung von Kartoffelstärke und zur Kartoffelflockenerzeugung im Vordergrund.

Staatssekretär Backe über die Aufgabe der Landwirtschaft

Über die Gesamtaufgabe der Landwirtschaft schrieb Pg. Backe, Staatssekretär im Reichsernährungsministerium und Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung beim Beauftragten für den Vierjahresplan, in seinem Buche „Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft" (Seite 75f.):

„... Durch die Herauslösung des Bauernhofes aus der kapitalistischen Verflechtung durch das Erbhofgesetz und durch die Herauslösung der Agrarpreise aus dem liberalen Spiel von Angebot und Nachfrage durch die Marktordnung sind bereits im Jahre 1933 neue volkswirtschaftliche Grundlagen für eine in Zukunft notwendige Mehrerzeugung geschaffen worden. Und so konnte bereits im Jahre 1934, als die Reichsregierung auf fast allen Agrargebieten noch mit Überflußsorgen zu kämpfen hatte, durch den Reichsbauernführer Darré zur Erzeugungsschlacht aufgerufen werden. In klarer Voraussicht der kommenden Devisensorgen infolge des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft ist damals an dieser Stelle gefordert worden:

‚Mehr zu erzeugen und das Erzeugte sparsamer zu verwenden.'

Schärfer konnte man das Problem, das erst jetzt in seiner vollen Tragweite erkannt wird, nicht umreißen; denn dieser Satz kennzeichnete nicht nur die Notwendigkeit der Mehrerzeugung, sondern gleichzeitig auch eine volkswirtschaftliche Rationalisierung des Erzeugten, das, was wir heute mit der Aktion ‚Kampf dem Verderb' bereits über den Rahmen der Landwirtschaft hinaus durchführen. Der Vierjahresplan hat also in der Landwirtschaft eigentlich schon im Jahre 1934 mit der Erzeugungsschlacht begonnen. Die Bilanz der Erzeugungsschlacht ist Ihnen bekannt. Der Führer hat in Nürnberg die Leistungen des Bauerntums voll anerkannt.

Aber so groß die Leistungen in den vergangenen zwei Jahren auch waren, die Rohstoff- und Ernährungslage Deutschlands erfordert zwingend eine noch viel stärkere Leistung. Denn die Ernährung ist im Jahre 1935 erst zu etwa 80 v. H. aus eigener Erzeugung gedeckt. Dazu kommt, daß bei wachsender Bevölkerungszahl — so hat die deutsche Bevölkerung seit 1933 einschließlich dem Zugang der Saarbevölkerung um etwa 2 Millionen zugenommen — allein im Jahre 1935 durch den Neuaufbau Deutschlands 467000 ha der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurden; im Jahre 1936 etwa 80000 ha. Daneben sind rund 100000 ha der Produktion von Rohstoffen zugeführt worden. Wollte man sämtliche eingeführten landwirtschaftlichen Rohstoffe im Inlande erzeugen, so wären nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung etwa 16 Millionen Hektar zusätzlich notwendig. Die gesamte deutsche Nutzungsfläche beträgt demgegenüber heute nur 29 Millionen Hektar.

Daraus sind die Schwierigkeiten, auch nur einen wesentlichen Teil der Einfuhr zu ersparen, klar ersichtlich.

Trotzdem muß im Rahmen des Vierjahresplans das Problem so weit gelöst werden, wie dies selbst bei zeitweiliger Überspannung der Kräfte möglich ist.

Welche Aufgaben stellt nun der Vierjahresplan an das Bauerntum, an die gesamte Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft? Wir können die erforderlichen Maßnahmen wiederum unter die drei Gesichtspunkte stellen: 1. Mehrerzeugung, 2. Vorratswirtschaft und 3. Erziehung zur neuen Haltung.

Die Erzeugungsschlacht muß auf allen Gebieten weitergetrieben werden. Wie Generaloberst Göring ausgeführt hat, kommt es weniger darauf

an, daß wir das Vorhandene verteilen, sondern es kommt entscheidend darauf an, daß wir mehr erzeugen ..."

Von entscheidender Bedeutung für die verstärkte Fortführung der Erzeugungsschlacht im Rahmen des Vierjahresplans wurde der 23. März. An diesem Tag rief der Beauftragte für den Vierjahresplan, Pg. Hermann Göring, das gesamte Führerkorps des Reichsnährstandes zu einer Sitzung im Berliner Preußenhaus zusammen, um es über neue umfassende Maßnahmen mit dem Ziele der weiter gesteigerten inländischen Nahrungsmittelerzeugung zu unterrichten: Zur Melioration (Erweiterung und Verbesserung der Anbauflächen) werden für 1937 200 Millionen RM. vorgesehen, ein Betrag, der eine jährliche Steigerung erfahren soll, so daß bis 1940 über eine Milliarde aufgewandt sein werden. Für Wiesenumbrüche (Vermehrung der Ackerfläche) und Flurbereinigungen werden gleichfalls höhere Mittel eingesetzt werden. Die Düngemittelpreise (Kali, Stickstoff) werden gesenkt, ebenso die Frachten für Kalkdüngemittel, und für den Bau von Dungstätten und Jauchegruben Reichsbeihilfen zur Verfügung gestellt. Zur Steigerung des Kartoffelanbaus werden die Preise für Industriekartoffeln (nicht für Speisekartoffeln) erhöht, das dadurch an sich zwangsläufig bewirkte Steigen der Kartoffelflockenpreise jedoch durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln wieder ausgeglichen. Der Roggenpreis wird erhöht (ohne Erhöhung des Brotpreises):

Hermann Görings Maßnahmen zur Erzeugungsschlacht

Melioration

Senkung der Düngemittelpreise

Steigerung des Kartoffelanbaus

Gestaltung des Roggenpreises

„... Eine dritte entscheidende Maßnahme: Es hat sich erwiesen, daß der Roggenpreis, der entscheidend für die Produktion der leichten Böden des Ostens ist, in einem falschen Verhältnis zum Futtergetreidepreis steht. Mein Aufruf zur Ablieferung von Brotroggen hat zwar den nötigen Widerhall gefunden, jedoch hat dieser Appell infolge des niedrigen Roggenpreises zu volkswirtschaftlich nicht vertretbaren Verlusten bei den Betrieben geführt, die den Roggen abgegeben haben und dafür teurere Futtermittel kaufen mußten. Nun ist es aber einerseits nicht möglich, den Durchschnittsbrotpreis in Deutschland zu erhöhen. Anderseits kann es nicht Aufgabe des Staates sein, künstlich den Brotpreis zu ermäßigen. Ich habe daher angeordnet, daß zwar der Roggenpreis je Zentner im gewogenen Durchschnitt von 8 RM. auf 9 RM. erhöht wird, die Zuschüsse hierzu jedoch aus anderen Einnahmesparten der deutschen Landwirtschaft, in erster Linie beim Braugerstepreis, abgeschöpft werden. Es kommt mir hierbei besonders darauf an, die schwachen Schultern des marktfernen und mit schlechterem Boden bedachten Ostens auf Kosten der starken Schultern der Landwirtschaft Mittel- und Westdeutschlands zu entlasten ..."

Weiterhin stellte Pg. Göring der Landwirtschaft erhebliche Kredithilfe (40 Millionen RM.) in Aussicht. Die ordnungsmäßige Landbewirtschaftung wird gesichert durch gesetzliche Maßnahmen, die bis zur Zwangsverpachtung durch Gerichtsbeschluß gehen können. Um eine zuverlässige, den Einzelverhältnissen Rechnung tragende, Wirt-

Kredithilfe und Sicherung der Landbewirtschaftung

schaftsberatung zu ermöglichen, soll eine Hofkarte eingeführt werden.

Bau von Landarbeiterwohnungen

Die Landarbeiterfrage muß gelöst werden. Zur Unterstützung ihrer Lösung werden öffentliche Mittel in Höhe von 44 Millionen RM. für den beschleunigten Bau von Landarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt — ebenso für die Beschaffung arbeitsparender Maschinen. Schließlich sagte Pg. Göring dem deutschen Bauern unter allen Umständen die notwendige Erntehilfe zu und schloß:

Das Ziel der Maßnahmen

„... Alles das, was auf dem Gebiete der Landwirtschaft nunmehr geschehen ist oder geschieht, ist keine Hilfsmaßnahme für die Landwirtschaft. Solche Maßnahmen wären nicht nötig. Die Maßnahmen haben lediglich die Aufgabe, die Erträge unserer Landwirtschaft über ein Maß hinaus zu steigern, das die Landwirtschaft aus eigener Kraft nicht schaffen kann, das wir aber zur Sicherung unserer Ernährung brauchen. Nicht irgendwelche Privatinteressen, sondern das Volksinteresse ist entscheidend.

Das muß sich immer wieder in den nächsten Jahren jeder vor Augen halten. In den vergangenen Wochen haben wir unaufhörlich gearbeitet, um die Maßnahmen vorzubereiten, die euch helfen sollen. Es war eine schwere Arbeit, besonders für mich, der ich mich erst in die Probleme hineinarbeiten mußte. Wenn ihr so an die Arbeit geht und das ganze deutsche Landvolk, ob Großbesitzer oder Kleinbauer, sich mit nicht mehr zu übertreffender Tatkraft für die Erzeugungsschlacht und damit für das Werk unseres Führers einsetzt, dann kann auch nach meiner festen Überzeugung der Segen des Himmels für unsere Arbeit nicht ausbleiben, und die Saat, die wir in die Erde bringen, wird vielfältige Frucht tragen."

Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung

Am gleichen Tage (23. März) ergingen Verordnungen im Sinne obiger Ausführungen, insbesondere die „Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung", damit die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes durch Steigerung der Erträge der heimischen Scholle in weitgehendstem Maße erreicht werden kann.

Aus diesem Grunde muß jeder, der ein landwirtschaftliches Grundstück oder unbenutztes Brachland besitzt, das sich zu landwirtschaftlicher Nutzung eignet, den Grund und Boden so bewirtschaften, daß dieses Ziel erreicht werden kann. Die Verordnung bestimmt, daß bei mangelhafter Bewirtschaftung Benutzungsberechtigte zu einer sorgfältigen Wirtschaftsführung aufgefordert werden können, bzw. daß diese Wirtschaftsführung durch einen Vertrauensmann überwacht oder gar gänzlich durch einen Treuhänder übernommen werden kann. Gegebenenfalls kann auch Zwangsverpachtung durchgeführt werden. Auf Erbhöfe finden diese Vorschriften keine Anwendung, da hier bereits durch das Reichserbhofgesetz und die Erbhofverfahrensordnung vom 21. Dezember 1936 (siehe Band 1936, Seite 291) die notwendigen Möglichkeiten gegeben sind.

Verordnung über die Verbilligung von Stickstoff- und Kalidüngemitteln

In Ausführung der Göring-Rede ergingen am gleichen Tage die „Verordnung über die Verbilligung von Stickstoff- und Kalidüngemitteln" —

Hiernach werden die Syndikatslistenpreise für stickstoffhaltige Düngemittel rückwirkend vom 1. Januar um 30 % gesenkt. Die sich aus der rückwirkenden Preissenkung ergebenden Preisnachlässe sind durch Lieferung von Stickstoffdüngemitteln zu gewährleisten. Die Kalipreise sollen ab 16. Mai um 25 % gesenkt werden. In Ergänzung dieser Verordnung er-

gingen noch zwei Ausführungsverordnungen vom 23. und 24. Mai, die insbesondere die Preissenkung bei den einzelnen in Frage kommenden Stickstoff- und Kalidüngemitteln deutscher Erzeugung regelten.

und die „Verordnung über Erzeugerpreise für Kartoffeln", sowie die „Verordnung zur Regelung der Getreidepreise im Wirtschaftsjahr 1937/38".

Verordnungen über Kartoffel- und Getreidepreise

Und am gleichen 23. März erließ der Reichsbauernführer Pg. Darré einen Aufruf zum Leistungswettbewerb des deutschen Landvolks.

Leistungswettbewerb des deutschen Landvolks

Im Rahmen der Erzeugungsschlacht muß auch das „Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen" vom 5. März genannt werden, das eine reichseinheitliche Rechtsgrundlage für die behördliche Verhütung und Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten und Schädlingen schuf.

Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen

Ferner muß die „Verordnung zur beschleunigten Förderung des Baues von Heuerlings- und Werkwohnungen, sowie von Eigenheimen für ländliche Handwerker und Arbeiter" vom 10. März erwähnt werden, deren Zweckbestimmung in der oben behandelten Göring-Rede (23. März) dargelegt worden war. Umfangreiche öffentliche Mittel wurden zur Verfügung gestellt, um den Bau solcher Wohnungen zu ermöglichen und zu fördern — und damit einen Beitrag zur Lösung der Landarbeiterfrage zu leisten. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der gewaltige Aufschwung der deutschen Wirtschaft hatte alle in Frage kommenden Arbeitskräfte — und darüber hinaus — aufgesogen, wodurch in der Landwirtschaft ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften eingetreten war. (Diese Frage war bereits auch in der Parteikongreßrede des Reichsarbeitsführers Pg. Hierl — siehe 14. Abschnitt — im Zusammenhang mit der Erntehilfe durch den Reichsarbeitsdienst angeschnitten worden.) Dieser Mangel hatte dazu geführt, daß bereits in größerer Zahl Landarbeiter von jenseits der Grenzen (aus Österreich, der Tschechoslowakei usw.) ins Reich geholt worden waren.

Verordnung zur beschleunigten Förderung des Baus von Heuerlings- und Werkwohnungen sowie von Eigenheimen für ländliche Handwerker und Arbeiter

Der Landarbeitermangel

Zu den Worten Pg. Görings vom 23. März, betreffend die im Interesse der Erzeugungsschlacht notwendige Flurbereinigung ist die „Reichsumlegungsordnung" vom 16. Juni zu nennen, die auf Grund des „Umlegungsgesetzes" vom 26. Juni 1936 (siehe Band 1936, Seite 286 bis 287) erging und in der es eingangs heißt:

Reichsumlegungsordnung

„Auf Grund des Umlegungsgesetzes vom 26. Juni 1936 (RGBl. I S. 518) wird das Recht der ländlichen Grundstücksumlegung, wie folgt, neu geregelt:

Erster Teil. Grundlagen der Umlegung

§ 1

Zersplitterter ländlicher Grundbesitz kann umgelegt werden, wenn eine bessere Bewirtschaftung der Grundstücke mehrerer Eigentümer oder sonst

eine Förderung der allgemeinen Landeskultur ermöglicht wird. Als zersplittert gilt auch Grundbesitz, der unwirtschaftlich geformt ist.

Müssen zu einem Unternehmen, für das die Enteignung für zulässig erklärt und der Plan festgestellt worden ist, ländliche Grundstücke in großem Umfange bereitgestellt werden, so kann die Feststellung der Entschädigung und die Vollziehung der Enteignung in einem Umlegungsverfahren erfolgen, wenn der durch die Bereitstellung verursachte Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilt oder die mit der Enteignung verbundenen Nachteile für die allgemeine Landeskultur vermieden werden sollen. Auf die durch Sondergesetze geregelte Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht und der vorstädtischen Kleinsiedlung findet diese Vorschrift keine Anwendung..."

Die NSK. (22. Juni) schrieb hierzu u. a.:

„... Besonders wichtig ist der bei der Umlegung mögliche Landgewinn. Am Beispiel eines Kleinbesitzes von 5 Hektar Gesamtfläche, die in 40 Parzellen zu durchschnittlich 12,3 Ar aufgeteilt ist, kann man ermessen, daß allein der Bodenverlust durch 20 Zentimeter breite Grenzstreifen rund 25 Ar beträgt. Dieser Grenzverlust kann auf nahezu ein Viertel mit rund 7 Ar verringert werden, wenn die Fläche in zehn Grundstücke von je 50 Ar aufgeteilt wird. Die Ertragssteigerung, die in Gebieten mit Splitterbesitz durch eine richtige Umlegung erzielt werden kann, wird auf rund 20 v. H. beziffert, ein Erfolg, der wesentlich zur Sicherung unserer Ernährung beitragen kann."

Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs

Zur Sicherung der Ernährung erging am 22. Juli auf Grund des „Gesetzes zur Ordnung der Getreidewirtschaft" vom 27. Juni 1934 (siehe Band 1934, Seite 106 bis 108) die „Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs", die im Abschnitt I jeden Erzeuger verpflichtete, alles geerntete Brotgetreide abzuliefern (ausgenommen den Eigenbedarf), im Abschnitt II ein Verfütterungsverbot aussprach und im Abschnitt III neben technischen Schlußvorschriften auch Strafbestimmungen enthielt. — Ergänzend sei hier noch die „Verordnung über die Verwertung von Getreide zur Herstellung von Branntwein" vom 26. Juni genannt, die das schon bestehende Verbot, Roggen oder Weizen zur Branntweinherstellung zu verwenden, auch auf die anderen Getreidearten ausdehnte. —

Verordnung über die Verwertung von Getreide zur Herstellung von Branntwein

XI. Milchwirtschaftlicher Weltkongreß

Die qualitative Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft konnte bei dem XI. Milchwirtschaftlichen Weltkongreß (in Berlin, 23. bis 28. August) unter Beweis gestellt werden, der von Reichsminister Pg. Darré eröffnet wurde und dem eine Internationale Milchwirtschaftliche Ausstellung angegliedert war. Aufbau und Leistung der deutschen Landwirtschaft fanden hier die volle Anerkennung der ausländischen Delegationen.

Internationales Büro für Bauerntum und Landwirtschaft

Dem geistigen Erfahrungsaustausch mit dem Bauerntum anderer Nationen dient das „Internationale Büro für Bauerntum und Landwirtschaft" in Goslar. Und es kann gesagt werden, daß das ausländische Interesse für den deutschen Agraraufbau und seine Leistung recht erheblich ist. Als Beispiel sei der Besuch des holländischen

Ministers für soziale Angelegenheiten, Dr. Slingenberg, im Mai bei Reichsminister Darré angeführt, der bei dieser Gelegenheit auch den Adolf-Hitler-Koog und die Eindeichungsarbeiten im Spreewald besichtigte.

Der holländische Minister Dr. Slingenberg in Deutschland

Und der Vizepräsident des Milchwirtschaftlichen Weltverbandes, der Holländer Dr. Posthume, schrieb:

4. Reichsnährstandsausstellung in München

„Ich war mein ganzes Leben lang Organisator, hauptsächlich innerhalb der Landwirtschaft meines eigenen Landes. Deshalb kann ich nur um so mehr bewundern, was der Reichsnährstand in dieser Hinsicht in Deutschland geleistet hat. Es ist erstaunlich. Ich glaube übrigens, daß sich die neue Entwicklung der Bauernpolitik, die von Deutschland eingeleitet wurde, in dieser oder jener Form überall durchsetzen wird. Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten."

Diese Äußerung bezog sich auf seinen Besuch der 4. Reichsnährstandsausstellung (München, 30. Mai bis 6. Juni); bei ihrer Eröffnung in Gegenwart des Führers sagte Pg. Darré:

„Was wir heute eröffnen, ist die größte landwirtschaftliche Schau Europas. Wer sich die katastrophale Lage und Aussichtslosigkeit der deutschen Landwirtschaft bei der Machtergreifung im Jahre 1933 vergegenwärtigt, weiß, welche Arbeit in den vergangenen vier Jahren auf allen Gebieten und bei allen zuständigen Stellen notwendig gewesen ist, um heute eine so lapidare Feststellung aussprechen zu können!"

Im Vordergrund stand die landwirtschaftliche Maschine in dieser Schau, und es sei hier noch einmal an die Ausführungen des Pg. Göring vom 23. März (siehe weiter oben) erinnert und an folgende Sätze aus der NSK. (Folge 32):

Die landwirtschaftliche Maschine

„... Welche Steigerungen an Erträgen durch Maschinen möglich sind, das zeigen so recht einige Zahlen: 2,5 Mill. Doppelzentner Getreide würden zum Beispiel als Ährenausfall jährlich auf dem Acker liegenbleiben, wenn wir die Mähmaschine nicht verwenden würden. Und immerhin bleiben heute noch 3 Mill. Doppelzentner Getreide auf den Äckern liegen, weil die Maschine noch nicht überall vorhanden ist. Mit anderen Worten: 900000 Menschen könnten mehr mit Brot und 600000 mit Fleisch dadurch ernährt werden. Oder bei den Drillmaschinen zum Beispiel hat man berechnet, daß durch ihren Einsatz jährlich 3 Mill. Doppelzentner Getreide erspart werden könnten..."

Schließlich muß auch die diesjährige „Grüne Woche" (Berlin, 29. Januar bis 7. Februar) hervorgehoben werden, bei deren Eröffnung der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Pg. Göring, die Landwirtschaft zum wiederholten Male als das Sturmbataillon des Vierjahresplans bezeichnete. —

„Grüne Woche"

An wesentlichen gesetzgeberischen Maßnahmen sei noch das Gesetz zur Änderung der Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 26. Januar genannt. Die „Grundstückverkehrsbekanntmachung" in ihrer neuen Fassung

Grundstückverkehrsbekanntmachung

regelte die behördliche Genehmigung der Grundstücksverkäufe nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten. So heißt es in ihrem § 5:

„Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn der Ausführung des Rechtsgeschäfts ein erhebliches öffentliches Interesse entgegensteht; dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

1. durch die Ausführung des Rechtsgeschäfts die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Volksernährung gefährdet erscheint, oder
2. das zum Betriebe der Landwirtschaft bestimmte Grundstück an jemanden überlassen wird, der nicht als Landwirt im Hauptberuf anzusehen ist, oder
3. das Rechtsgeschäft zum Zwecke oder in Ausführung einer unwirtschaftlichen Zerschlagung des Grundstücks erfolgt, oder
4. durch die Ausführung des Rechtsgeschäfts die Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebs durch Vereinigung mit einem anderen zu besorgen ist, oder
5. der Gegenwert in einem großen Mißverhältnis zum Wert des Grundstücks steht..."

Gesetz über die Weitergeltung und Ergänzung des Pachtnotrechts

Ferner ist das „Gesetz über die Weitergeltung und Ergänzung des Pachtnotrechts" vom 30. September zu nennen, das im wesentlichen die abgelaufenen Bestimmungen der Pachtschutzordnung (23. Juli 1925) und des „Gesetzes über den Pächterschutz" vom 22. April 1933 (siehe Band 1933, Seite 138) in ihrer Geltungsdauer verlängerte.

Wasserverbandgesetz

Als besonders wichtig muß schließlich noch das „Gesetz über Wasser- und Bodenverbände" (Wasserverbandgesetz) vom 10. Februar gelten, dessen § 1 besagt:

„Um die Wasser- und Bodenverhältnisse als eine Grundlage der Selbstversorgung des deutschen Volkes zu verbessern und um Wasser- und Abwasserschaden von ihm abzuwenden, wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern das Recht der Wasser- und Bodenverbände, insbesondere ihre Selbstverwaltung, ihre Ordnungs- und Polizeigewalt, die Aufsicht und Polizei über sie, das Spruchverfahren und die Umgestaltung bestehender und die Gründung neuer Verbände durch Verordnung nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates neu zu gestalten."

Es ist in dem unserem Bande gesteckten Rahmen nicht möglich, die Bestimmungen dieses Gesetzes und der am 3. September folgenden „Ersten Wasserverbandverordnung" im einzelnen zu behandeln.

Verstärkter Holzeinschlag

Auf dem Gebiete der Forstwirtschaft ist im Rahmen des Vierjahresplans (Zellstoffbasis) der verstärkte Holzeinschlag zu nennen, auf der anderen Seite die im 10. Abschnitt bereits behandelten Maßnahmen auf dem Gebiete der Holzbewirtschaftung, wie die „Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung" vom 30. Juli.

Maßnahmen in der Holzbewirtschaftung

Forstdienst

Am 11. Oktober erließ der Reichsforstmeister Pg. Göring eine „Verordnung über die Ausbildung für den höheren Forst-

dienst". — Auf jagdlichem Gebiet sei vor allem die einzigartige und hervorragend besuchte Internationale Jagdausstellung in Berlin (3. bis 18. November) hervorgehoben, bei deren Eröffnung der Reichsjägermeister Pg. Göring sagte:

Internationale Jagdausstellung

„Der Gedanke, daß die Jagd auf die Entwicklung von Kultur und Kunst eines jeden Volkes entscheidenden Einfluß gehabt hat, war einer der Hauptgründe, die mich veranlaßt haben, die Anregung zu dieser gewaltigen Schau zu geben."

— und am 7. November die Reichs-Hubertusfeier der Deutschen Jäger auf dem Hainberg bei Braunschweig, wo Pg. Göring ausführte:

Reichs-Hubertusfeier der Deutschen Jäger

„... Die Entsagungen und Einschränkungen, die ich während der letzten Jahre der deutschen Jägerschaft auferlegen mußte, erforderten höchste Disziplin.

Ihr bringt Jagdtrophäen nach Hause, an die man früher nicht einmal denken konnte. Das Jagdgesetz war notwendig, um die Jägerschaft in idealistischem Sinne auszurichten. Durch die schweren Einschränkungen, die ich der Jägerschaft auferlegen mußte, ist der Wildbestand aufwärts gegangen. Aber die Zeiten für das deutsche Wild werden immer schwerer. Wenn schon der Raum für die deutschen Menschen zu gering ist, so ist er noch geringer für die Geschöpfe des Waldes. Die Ernährung des Volkes ist das höchste Gut, und dazu muß jedes Stück Boden ausgenutzt werden. Ich muß mit eiserner Notwendigkeit die Ernährung des Volkes sichern gegen jeden Ein- und Übergriff, und das verpflichtet auch uns Jäger. Wir können nicht in der Zeit der Raumknappheit einen zu hohen Wildbestand haben. Wir wollen starkes und schönes Wild und lieber etwas weniger.

Ich gebe der deutschen Jägerschaft die folgende Parole: Die von mir festgesetzten Abschußpläne sind rückhaltlos durchzuführen, um einem übermäßigen Wildschaden unter allen Umständen entgegenzutreten und die Aufartung und Kraft unseres Wildes weiter zu fördern. Die deutschen Jäger dienen, wie jeder andere, in erster Linie den großen Aufgaben und Zielen des Dritten Reiches."

Im Rahmen des vorliegenden Abschnitts sei ferner berichtet, daß beim Ersten Deutschen Tierärztetag in Berlin am 18. Juni die Errichtung der Reichstierärztekammer (gemäß der „Reichstierärzteordnung" vom 3. April 1936 — siehe Band 1936, Seite 292 bis 293) durch den Reichstierärzteführer Pg. Dr. Weber verkündet wurde.

Reichstierärztekammer

Die tierärztliche Arbeit wurde besonders bedeutsam im Herbst, als von Frankreich her die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt wurde. Nach einheitlichen Gesichtspunkten wirkten Behörden und Reichsnährstand zusammen, um die Seuche zu bekämpfen. Um einer allgemeinen Weiterverbreitung vorzubeugen, ordnete der Reichsbauernführer u. a. an, daß der für Ende November vorgesehene Reichsbauerntag nicht stattfindet.

Maul- und Klauenseuche

Pg. Darrés Parolen zur Erzeugungsschlacht

An Stelle des Reichsbauerntages sprach Pg. Darré am 12. Dezember auf einer Kundgebung des niedersächsischen Landvolks in der Reichsbauernstadt Goslar; hier gab er die weiteren Parolen für die Erzeugungsschlacht und rief dem deutschen Bauerntum zu:

„Entscheidend ist letzten Endes der Wille des Landvolks, unter allen, auch den schwierigsten Umständen die Aufgaben der Erzeugungsschlacht zu erfüllen. Dieser Wille muß so stark werden, daß er Berge versetzen und aller Schwierigkeiten Herr werden kann. Die Erzeugungsschlacht ist für den außenpolitischen Kampf des Führers um die Freiheit und das Ansehen des Reiches unentbehrlich. Das deutsche Landvolk hat durch seine Leistungen in den letzten Jahren dem Führer geholfen, Deutschland wieder zu einer Weltmacht zu machen. Das Errungene muß gesichert und ausgebaut werden!"

17. Abschnitt:

Nationalsozialistische Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk

Mit dem Herbst begann die Aktion für das — nunmehr fünfte — Winterhilfswerk. Bevor wir uns diesem WHW. 1937/38 zuwenden, sei daran erinnert, daß im Laufe des Jahres (aufbauend auf dem „Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ vom 1. Dezember 1936 — siehe Band 1936, Seite 294 bis 295) die „Verfassung für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ (24. März) vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erlassen worden ist. Diese Verfassung bestimmt eingangs:

Verfassung für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes

§ 1

Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, in dem Einsatzbereitschaft und Opferfreudigkeit eines Volkes im Kampf gegen Hunger und Kälte des Winters ihren lebendigsten Ausdruck gefunden haben, wird nach dem Befehl des Führers als ständiges Werk der Tat gewordenen Volksgemeinschaft fortgeführt.

Die Arbeit des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes wird bestimmt von dem Leitsatz:

Gemeinnutz vor Eigennutz!

§ 2

Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes ist in seiner gebietsmäßigen Einteilung entsprechend der Organisation der NSDAP. gegliedert in Reich, Gaue, Kreise und Ortsgruppen.

Die Dienststellen führen die Bezeichnung:
Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutsches Volkes,
Der Gaubeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes,
Der Kreisbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes,
Der Ortsbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes.

§ 3

Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes (§ 3 des Gesetzes über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes vom 1. 12. 1936) untersteht unmittelbar dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und ist ihm verantwortlich...

— und unterstellt im § 8 das WHW. dem Rechnungsprüfungswesen des Reichsschatzmeisters der NSDAP. —

Aufruf des Führers und der Reichsregierung zum WHW. 1937/38

Am 5. Oktober rief Adolf Hitler das deutsche Volk zum neuen Winterhilfswerk. Der Aufruf des Führers und der Reichsregierung lautete:

An das deutsche Volk!

Im Jahre 1933 wandte sich die Regierung des neuen Deutschlands angesichts eines Heeres von weit über 6 Millionen Arbeitslosen zum ersten Male an die Nation, um den Opfern des überwundenen Systems über die ärgste Not des Winters hinwegzuhelfen. Das deutsche Volk legte damals den Grundstein zum Winterhilfswerk, dem größten sozialen Werk aller Zeiten.

Die Gesamtleistung der Winterhilfswerke seit 1933/34 beträgt

1490760834 Reichsmark.

Die Winterschlachten der vergangenen Jahre sind Ruhmesblätter unserer Volksgemeinschaft, ein unwiderlegliches Zeugnis für den Erfolg nationalsozialistischer Erziehungsarbeit.

Im Winter 1937/38 gilt es, die bisherigen Ergebnisse noch zu steigern!

Deutsches Volk, hilf mit!

Berlin, den 5. Oktober 1937. Der Führer und Reichskanzler und die gesamte Reichsregierung.

Eröffnung des WHW. 1937/38

Rechenschaftsbericht über das WHW. 1936/37

In einer gewaltigen Kundgebung in der Berliner Deutschlandhalle eröffnete der Führer das Winterhilfswerk 1937/38. Eingangs gab Reichsminister Pg. Dr. Goebbels einen Rechenschaftsbericht über das WHW. 1936/37, dem wir entnehmen:

„Wohl sind es nur Zahlen, die in diesem Bericht vom Opfergeist der Nation künden. Aber es sind Zahlen, die Taten lebendig, die in Pfennigen aufgeführte Beträge zu Geschenken werden lassen. Zahlen, die eindeutig und klar künden vom freudig geleisteten Opferdienst der Nation:

408323140,04 Reichsmark betragen die Leistungen des WHW. 1936/37. Das sind gegenüber 1935/36 (371943908,00 RM.) fast 37 Millionen mehr.

Insgesamt ergeben die Leistungen der vier Winterhilfswerke von 1933 bis 1937 einen Betrag von fast 1½ Milliarden RM. (1490760834 RM.), denen 188 Millionen RM. gegenüberstehen, die im Verlaufe aller sogenannten „Winterhilfswerke" in der so langen und doch fast schon völlig vergessenen Systemzeit aufgebracht wurden.

Mit dieser beispiellosen Leistung werden sogar sämtliche Fürsorgeaktionen des Weltkrieges übertroffen. Und den 188 in 1½ Jahrzehnten aufgebrachten Millionen in der Systemzeit stehen 1½ Milliarden gegenüber, die ein neues, durch Adolf Hitler geeintes, wiedererstarktes deutsches Volk in vier Jahren freudig und begeistert geopfert hat!..."

(Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß Pg. Dr. Goebbels bereits am 16. April dem Führer ein vorläufiges Ergebnis berichtet hatte — bei dem traditionellen Empfang der Gaubeauftragten des WHW. — an der Spitze Reichsbeauftragter Pg. Hilgenfeldt — beim Führer.)

Der Appell des Führers

Dann richtete der Führer in dieser Kundgebung vom 5. Oktober seinen Appell an das deutsche Volk und sprach von der großen erzieherischen Aufgabe, die gleichzeitig im WHW. begründet ist:

„... Denn unser nationalsozialistisches Winterhilfswerk ist rein erziehungsmäßig das größte angewandte Sozialwerk, das die Welt je gesehen hat. Wenn der Einwand erhoben wird: „Warum lassen Sie nicht durch eine besondere Steuer diese notwendigen Summen einbringen?",

dann möchte ich Ihnen erklären, weshalb wir diesen Weg nicht gegangen sind:

Gewiß würde er viel einfacher und für unzählige Menschen viel weniger beschwerlich sein, allein er würde gerade das vermissen lassen, was wir durch das Winterhilfswerk mit erreichen wollen, die Erziehung zur deutschen Volksgemeinschaft! Indem wir den Weg des freiwilligen Sammelns einschlagen, wird für Hunderttausende Tag für Tag immer wieder betont: es gibt soziale Aufgaben, die der einzelne durch sein Opfer erfüllen muß! Unter uns leben — und wir wollen ihnen deshalb keinen Vorwurf machen — Millionen Menschen, denen ihr eigener Lebensweg jede Einsicht in die Not und die Armut anderer Volksschichten verschließt. Aber gerade deshalb ist es wichtig, daß ihnen das Auge geöffnet wird, damit sie ermessen, wie groß die Opfer anderer für diese Gemeinschaft sind. Daß sie vor allem verstehen, welches Opfer alle diejenigen bringen, die sich für ihr Volk einsetzten, obwohl sie selbst nicht vom Glück gesegnet sind. Es ist zum Beispiel sehr einfach für einen ververmögenden Mann, für ein nationales Ideal einzutreten, das sich ihm persönlich in vorteilhaftem Lichte zeigt. Allein um wieviel bewunderungswürdiger ist dieser Idealismus bei Millionen anderen, denen sich dieses glanzvolle Bild im praktischen Leben nicht so zeigt, wie es sich einzelnen wenigen gibt.

Das WHW. als Erziehungsmittel

Das Winterhilfswerk soll uns alle erziehen, das nationale Ideal in ein sozialistisches zu verwandeln! Denn es ist leicht gesagt: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!" — wenn man dafür gar nichts zu opfern und zu leisten hat. Die wahre Brüderlichkeit zeigt sich aber erst darin, daß sie sich in der Not bewährt.

Dieses Winterhilfswerk ist im tiefsten Grunde auch ein christliches Werk! Viel christlicher, als manche theoretischen Phrasen es vorgeben. Wenn ich so manches Mal ärmlich gekleidete Mädchen mit unendlicher Geduld sammeln sehe, selbst frierend, um für andere Frierende zu sorgen, dann habe ich das Gefühl, daß sie alle auch Apostel eines Christentums sind! Und zwar eines Christentums, das von sich mit mehr Recht, als ein anderes sagen kann: Dies ist das Christentum eines aufrichtigen Bekenntnisses, weil hinter ihm nicht das Wort, sondern die Tat steht!

Durch dieses gewaltige Werk werden unzählige Menschen dem Gefühl der sozialen Verlassenheit und Vereinsamung entrissen. Viele erhalten dadurch wieder den festen Glauben, daß sie auf dieser Welt nicht ganz verloren, sondern in ihrer Volksgemeinschaft geborgen sind, daß auch für sie gesorgt wird, daß man auch an sie denkt und sich auch ihrer erinnert. Und noch mehr: Es ist ein Unterschied zwischen dem Sozialismus theoretischer Erkenntnis und dem Sozialismus des praktischen Lebens. Zum Sozialisten wird man nicht geboren, dazu muß man erst erzogen werden!

Millionen Menschen haben früher dieses Wort im Munde geführt, allein ihr ganzes Leben ist dieser Verpflichtung zuwidergelaufen. Denn Sozialismus, das kann nichts anderes sein als eine Verpflichtung, nicht nur an das eigene Ich zu denken, sondern vor sich die größeren Aufgaben der Gemeinschaft zu sehen und ihnen gemäß zu handeln. Dieses Problem ist allerdings nicht in einem, in zwei oder in drei Jahren zu lösen, es ist eine der ewigen Aufgaben der Menschen. Immer wieder müssen wir uns bemühen, den einzelnen im Sinne dieser höheren Aufgabe zu erziehen. Gewiß ist dies ein gewaltiges Ideal. Allein wie in allen Idealen, liegt auch in diesem eine ungeheure Kraft!..."

Versicherung der deutschen Volksgemeinschaft

In seiner Rede legte der Führer den Charakter von NSV. und WHW. als Versicherung der deutschen Volksgemeinschaft klar, indem er seinen Appell an die Nation mit folgenden Ausführungen schloß:

„... Die Menschen im bürgerlichen Zeitalter vor uns haben sich gegen alles versichert, gegen Brand, gegen Diebstahl, gegen Hagel, gegen Einbruch usw., nur eine Versicherung haben sie vergessen, nämlich die Versicherung gegen den politischen Wahnsinn, die Versicherung gegen die politische Unvernunft, die erst ein Volk zerreißt und es dann ohnmächtig werden läßt zur Erfüllung seiner Lebensaufgabe. Und dieses eine Versäumnis hat alle anderen Versicherungen zunichte gemacht. Wir aber stellen an die Spitze aller Versicherungen die Versicherung der deutschen Volksgemeinschaft! Dafür zahlen wir unsere Prämie und wissen, daß sie uns tausendfach zurückerstattet wird! Denn solange diese Volksgemeinschaft unangetastet bestehen bleibt, kann uns nichts bedrohen! Darin liegt die Gewähr für die Zukunft des Lebens nicht nur der Nation, sondern damit auch der Existenz jedes einzelnen. Es ist daher billig und gerecht, dafür von jedem einzelnen auch eine Prämie zu fordern, die seinem Einkommen entspricht. Es zeugt für eine unanständige Gesinnung, diese Prämie nach einem allgemeinen Satz bemessen zu wollen. Das alte kleine Weibchen, das in Moabit oder irgendwo auf dem Lande draußen 5 oder 10 Pfennig opfert, schenkt viel mehr, als mancher, der 100 oder 1000 oder selbst 10000 Mark gibt.

Hätten unsere sogenannten intellektuellen Schichten schon vor dem Kriege diese Prämienzahlung durchgeführt, dann wäre später manches Unglück vermieden worden. Heute wollen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Wir wollen uns bemühen, unser Volk in dieser Gemeinschaft des Opferns zu erziehen. In ihr haben unzählige Menschen sehr viel schwerere Opfer zu bringen. Sie nehmen dies freiwillig auf sich. Andere wieder müssen solche Opfer bringen! Sie werden von ihnen gefordert. Als unanständig würde der gelten, der sich diesem Opfer entziehen wollte.

Möge Gott verhüten, daß uns das Schicksal noch einmal auf die schwerste Probe stellt. Allein auch dann — das wissen wir — würden sich Millionen Deutsche finden, die sofort und bedingungslos dieses letzte Opfer der Nation dem ewigen Volke bringen würden. Was ist unser heutiges Opfer dagegen?! Tun Sie vor allem Ihre Pflicht im Gedenken an jene Millionen, die einst ihre Pflicht für uns alle getan haben!"

Parteikongreßrede Pg. Hilgenfeldts über die NSV.

Bei der gewaltigen und in der Welt einzig dastehenden Leistung des Winterhilfswerks darf nicht vergessen werden, daß es trotzdem nur einen Teil des großen Aufgabenbereichs der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV.) darstellt. In seiner Rede vor dem Parteikongreß im Rahmen des Reichsparteitages der Arbeit (siehe 13. Abschnitt) hat Hauptamtsleiter Pg. Hilgenfeldt einen Rechenschaftsbericht der NSV.-Arbeit vermittelt, in dem er von der Arbeitsleistung der vielen Helfer und Helferinnen der NSV. u. a. sagte:

„... Die Forderungen an diese Männer und Frauen sind in den Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden. Neben ihrem Einsatz im Winterhilfswerk und der Fortsetzung dieser Arbeit im Hilfswerk

„Mutter und Kind“ wird nun auch von ihnen der Einsatz im „Ernährungshilfswerk“ gefordert.

Ernährungshilfswerk

Im Kampfe um die Nahrungsfreiheit der Nation wurde dieses Hilfswerk vor wenigen Monaten durch den Parteigenossen Göring ins Leben gerufen und arbeitet heute bereits mit tatkräftiger Unterstützung der Gemeinden in rund zweihundert deutschen Städten. Sein Sinn liegt in der Erziehung der deutschen Hausfrau zur sparsamen Verwendung der Früchte des deutschen Ackers und in der Verwertung der Küchenabfälle des deutschen Haushalts. Gegen Ende dieses Jahres werden aus den Abfällen, die früher in den Müll wanderten, bereits hunderttausend Schweine gemästet werden können und zum Teil schon dem deutschen Markte zugeführt sein. In zwei Jahren werden wir jährlich eine Million Schweine aus Abfällen mästen können und damit aus den Mülleimern den Kartoffelertrag des Landes Baden und den Gerstenertrag der Provinz Westfalen gewinnen. Wir rechnen damit, daß am Ende des Vierjahresplanes die letzten Küchen- und Nahrungsmittelabfälle in Deutschland verwertet werden, und daß das zunächst gesteckte Ziel der Jahresmast von einer Million Schweinen noch wesentlich überschritten wird. Hierdurch werden unersetzliche Nahrungswerte in Höhe von rund 150 Millionen Mark dem deutschen Volke erhalten. Das Gelingen der Arbeit ist abhängig von der Bereitschaft der deutschen Hausfrau, hier mitzuhelfen.

Auch dieses Werk ist ein Appell an die Herzen der Menschen und sein Gelingen abhängig von dem Echo, das zurückklingt. Auch hier wird der gute Wille und das Du des Einsatzes für die Gemeinschaft gefordert. Es ist ebenso eine Gemeinschaftsarbeit wie das Winterhilfswerk des deutschen Volkes, das sich immer mehr über seinen ursprünglichen Rahmen hinaus zur planmäßigen nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege ausweitet. Von den Gegenwartsaufgaben in der Betreuung der Bedürftigen gibt es der NS.-Volkswohlfahrt den Auftrag für die Zukunftsaufgaben der Vorsorge an der Wiege des Lebens, bei „Mutter und Kind“:

Hilfswerk „Mutter und Kind“

Dank der warmherzigen Förderung durch unseren Parteigenossen Dr. Goebbels können wir auch hier stolze Ergebnisse unserer Arbeit aufzeigen. Bis jetzt wurden 24000 Hilfs- und Beratungsstellen in Deutschland neu errichtet. Über achteinhalb Millionen Mütter suchten diese Stellen auf. Diese Zahl entspricht fast der Bevölkerung Schwedens und Norwegens.

Im nationalsozialistischen Deutschland bestehen heute zwei Drittel Kindergärten mehr als im Deutschland vor der Machtübernahme. Die im neuen Deutschland mehr verschickten Kinder könnten beiderseitig der Straße Berlin—Nürnberg ein dichtes Spalier bilden und jubelnd dem Führer für die Ferientage danken, die er ihnen auf dem Lande, am Meer und in den Bergen tatsächlich geschenkt hat.

219000 Mütter fanden in den Mütterheimen der NS.-Volkswohlfahrt Kraft und Stärkung.

In den 2200 neu errichteten Schwesternstationen der NS.-Schwesternschaft wurde bisher 7½ Millionen Menschen Hilfe zuteil.

60 fahrbare Zahnstationen besuchen die entlegenen Dörfer der deutschen Grenzgaue und Mittelgebirge und sorgen für die Gesunderhaltung der Zähne unserer Jugend.

In gemeinsamer Arbeit mit dem Hauptamt für Volksgesundheit und dem Reichsmütterdienst im Deutschen Frauenwerk, dessen Schulen die große Erziehungsaufgabe an der deutschen Mutter erfüllen, ist es uns gelungen, den Hundertsatz der Säuglingssterblichkeit des Jahres 1932

mit 7,9 v. H. auf 6,6 v. H. im Jahre 1936 herabzudrücken. Damit haben wir — auch unter Berücksichtigung des Geburtenanstiegs — dem Volke 140000 Buben und Mädels, das ist die Einwohnerschaft Lübecks, geschenkt.

Auf ihrem Aufgabengebiet Mutter und Kind hat die NS.-Volkswohlfahrt mit einer Leistung von 366 Millionen das Ergebnis des Winterhilfswerkes 1934/35 erreicht.

Wir beginnen jetzt Aufgaben, deren Erfüllung im alten, durch Länder, Hader und Zwist gespaltenen Deutschland nicht möglich war. So wie wir im vergangenen Jahre der Bevölkerung der Rhön durch Schwesternstationen, Mütterheime und Schulen, sowie Kindergärten Hilfe zuteil werden ließen, haben wir in diesem Jahre begonnen, der jahrhundertealten Not der Bayerischen Ostmark zu steuern. Die erste Reihe der in einem Plan von drei Jahren festgelegten Bauten — Gesundheitshäuser, Mütterschulen, Kindergärten und Schwesternstationen — wird vor Einbruch des Winters im Rohbau fertig. So wie hier, entstehen in allen Teilen des Reiches Einrichtungen für Mutter und Kind. Es ist unser Ziel, den Hundertsatz der Säuglingssterblichkeit weiter herabzudrücken und unsere Mütter und Kleinkinder gesund zu erhalten. So wollen wir Tränen in Lachen verwandeln und die Voraussetzung schaffen für kraftvolle, starke Menschen..."

Tuberkulose-Hilfswerk

Von weiteren Aufgaben der NSV. sei das Tuberkulose-Hilfswerk erwähnt, daß sich zur Aufgabe gesetzt hat, diese fürchterliche Volksseuche wirkungsvoll zu bekämpfen. Im Jahre 1937 erhielt die NSV. zwei weitere Aufgaben, nämlich auf der einen Seite das Ernährungshilfswerk, dessen Aufgabe in den oben wiedergegebenen Ausführungen des Pg. Hilgenfeldt bereits gekennzeichnet ist, und das „Hilfswerk für bildende deutsche Kunst", das sich zum Ziel gesetzt hat,

Hilfswerk für bildende deutsche Kunst

„dem notleidenden Künstlerstand wirtschaftlich zu helfen und ihm Aufträge und einen Absatzmarkt zu verschaffen. Auf den bisherigen Ausstellungen wurden stets über 50 v. H. der Werke verkauft". (NSK., Folge 137.) —

Das Winterhilfswerk 1937/38 bewies nun in seiner glänzenden Entwicklung den Fortschritt sozialistischer Erziehung in der deutschen Volksgemeinschaft. So erbrachte der „Tag der Nationalen Solidarität" (4. Dezember), an dem wieder das deutsche Führerkorps in Stadt und Land sammelte, diesmal etwa 8 Millionen RM. (gegenüber 5,7 im Vorjahr). Und es konnte bereits am Jahresende vorausgesagt werden, daß die in den letzten Jahren stets ansteigende Kurve der WHW.-Gesamtergebnisse:

Tag der Nationalen Solidarität

WHW.-Zahlen

1933/34	350 Millionen RM.
1934/35	360 Millionen RM.
1935/36	371 Millionen RM.
1936/37	408 Millionen RM.

auch im WHW. 1937/38 eine weitere Steigerung erfahren werde.

18. Abschnitt:

Der deutsche Kolonialanspruch

Die deutsche Kolonialforderung

Im wirtschaftlichen Ringen des deutschen Volkes wurde der Weltöffentlichkeit immer stärker ein entscheidendes Problem nahegebracht: die deutschen Kolonien. Die außenpolitische Forderung Deutschlands auf ihre Rückgabe wurde im Jahre 1937 immer lauter erhoben. Die Worte Adolf Hitlers auf dem Bückeberg (die wir im 16. Abschnitt wiedergaben) über das deutsche Recht auf unsere Kolonien und die Notwendigkeit, daß wir sie zurückerhalten, waren deutlich genug.

Wenn auch häufig von den jeweils im Vordergrund stehenden Tagesereignissen überdeckt, bildete der deutsche Kolonialanspruch doch einen bleibenden Grundton der deutschen Außenpolitik, der von Jahr zu Jahr stärker hörbar wurde und den Mächten, die 1918 unsere Kolonien „vereinnahmt" haben, noch so laut in den Ohren gellen wird, daß sie das gestohlene Gut wieder herausgeben. Während des Jahres 1937 sorgte eine Hochflut von Kundgebungen, Reden, Publikationen dafür, daß die Erinnerung an den vom Völkerbund sanktionierten Raub der deutschen Kolonien in Afrika und im Stillen Ozean nicht in Vergessenheit geriet. Wir können uns angesichts der Fülle solchen Materials nur mit den wichtigsten Beiträgen zum Thema „Rückgabe der Kolonien" befassen.

Beschluß des französischen Kammerausschusses für Kolonialfragen

Zunächst sei hier auf den Beschluß des französischen Kammerausschusses für Kolonialfragen vom 1. Juni hingewiesen, jede gebietsmäßige Abtretung an Deutschland abzulehnen. Während es bei derlei Beschlüssen ergebnislos wäre, nach der Berechtigung oder Begründung der Ablehnung zu fragen, spielten in der Diskussion des Kolonialthemas in der Öffentlichkeit die Argumente eine große Rolle.

Die „Argumente" gegen den deutschen Anspruch

Allerdings was für „Argumente"! Da wurde einmal mit Spitzfindigkeit nachgewiesen, daß nur der Völkerbund als Auftraggeber die Mandatsmächte von der übernommenen Verpflichtung entbinden könnte; anderseits sollten die Eingeborenen um ihre Meinung befragt werden (als ob sie 1918 befragt worden wären!). Die Wirtschaftler wiesen nach, daß die Kolonien für Deutschland wertlos sein würden; und andere, die von Zahlenkunststücken nichts verstanden,

forderten aus Gründen der „Ethik“ und der „Humanität“, daß die armen Schwarzen vor den deutschen Rassefanatikern beschützt werden müßten. Vor allem in England schämte man sich nicht, auf die letztgenannten Möglichkeiten immer wieder hinzuweisen, obwohl von den führenden Männern des Reiches oft genug darauf hingewiesen worden war, daß gerade die aus dem Rassebewußtsein geborene Toleranz gegenüber fremdem Volkstum auch eine gesunde und ehrliche Kolonialpolitik ermögliche — und obwohl man gerade auf britischer Seite im Hinblick auf die von England bevorzugten Kolonisierungsmethoden alle Ursache hätte, das Wort „Humanität“ weniger in den Mund zu nehmen!

Was man aber vollkommen verschwieg, war die von allen Neutralen anerkannte hervorragende Kolonisierungsarbeit der früheren deutschen Verwaltung und der deutschen Siedler, von der die in Mandate umgewandelten deutschen Gebiete heute noch zehren. Überall in der Welt, wo von Deutschen Pionierarbeit geleistet worden ist — und wo wäre das nicht der Fall — hatte die Einwanderung des deutschen Elements sich zum Segen ausgewirkt, was beispielsweise von den südamerikanischen Staaten auch unumwunden zugegeben wird.

Englische Stimmen für die Bereinigung der Kolonialfrage

Von englischen Politikern, die sich hingegen für eine verständnisvolle Lösung des deutschen Kolonial- und des damit in Zusammenhang stehenden Rohstoffproblems einsetzten, seien genannt Lord Rothermere, Lord Arnold (der bei der Oberhausaussprache vom 21. Juli u. a. darauf hinwies, daß von 25 wichtigen Rohstoffen 18 im britischen Weltreich in hinreichenden Mengen vorkämen, während das bei Deutschland nur bei 4 Rohstoffen der Fall sei), Sir Raymond Bearzley (der die Kolonialschuldlüge als solche brandmarkte), Lord Allen of Hurtwood, Lord Noel-Buxton, Lord Lothian, Sir Robert Hamilton. —

Die Arbeit des Reichskolonialbundes

In Deutschland ging die kolonialpolitische Arbeit zielbewußt weiter. Vom Reichskolonialbund wurden nach den Richtlinien des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP. 14tägige kolonialpolitische Reichslehrgänge für die Amtswalter des Reichskolonialbundes abgehalten. Der Kolonialrechtsausschuß der Akademie für Deutsches Recht hielt am 14. und 15. Juli in Bremen seine zweite Arbeitstagung ab. Er mußte im übrigen die Feststellung treffen, daß trotz vereinzelter Äußerungen, in denen die Stimme der Vernunft zur Geltung kommt, im großen und ganzen seitens der Mandatsmächte leider immer noch versucht wird, den nackten Besitzwillen mit unhaltbaren rechtlichen Argumenten zu stützen.

Ritter von Epp, der Leiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP., nahm in einer großangelegten Rede in Stockholm vor der Schwedisch-Deutschen Vereinigung (21. Oktober) Stellung zu den verschiedenen von den Gegnern der deutschen Kolonialforderungen zusammengetragenen Argumenten, um sie alle in sachlicher Weise ad absurdum zu führen. Er schloß:

Ritter von Epp in Schweden

> „Deutschland fordert mit formalrechtlich einwandfreien Begründungen die Beseitigung des Ausnahmezustandes, der ihm den Besitz an seinem kolonialen Eigentum vorenthält. Es will kein Land und kein Volk in seinem Besitzstand beeinträchtigen. Es will keine Sonderrechte. Die Rückgabe unseres kolonialen Eigentums ist nur durch eine vollkommene und endgültige Korrektur des schwerwiegenden geschichtlichen Fehlers von Versailles zu erreichen, an dessen Folgen Deutschland und die Welt leiden.
> Wir rechnen mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Weltkriege mit dem Verschwinden der... Psychose und damit mit einer Sicherung des Friedens auf Zeiten hinaus. Wir rechnen mit dem Wiederaufkommen des gesunden Menschenverstandes vorab in der Politik und dem Siege von Idealen unter den abendländischen Völkern, die dem Stand ihrer Entwicklung entsprechen."

Sven Hedin, der große Forscher und Wissenschaftler und zugleich der große Freund Deutschlands, nahm an dem Vortragsabend teil und gab der Hoffnung Ausdruck, daß im Interesse des Weltfriedens dem ungerechten Zustand bald ein gerechtes und vernünftiges Ende bereitet werde.

Aber auch aus Frankreich klangen einige Stimmen der Vernunft herüber. So sei an die Sätze erinnert, die George de la Fouchardière Anfang Oktober im „Oeuvre" schrieb:

Französische Stimmen

> „Die Deutschen sind Kolonisatoren, und das mehr als wir. Es gibt Platz in Afrika, sehr viel Platz."

Die stärkste ausländische Unterstützung erhielt die deutsche These jedoch vom italienischen Staatschef Mussolini, der auf der 15-Jahr-Feier des Marsches auf Rom am 28. Oktober in Rom in Gegenwart von Rudolf Heß, Stabschef Lutze, Reichsleiter Frank und anderen führenden Männern der NSDAP. (siehe auch 15. Abschnitt) vor den Hunderttausenden in und um das Forum Mussolini versammelten Italienern erklärte:

Mussolinis Eintreten für den deutschen Kolonialanspruch

> „Es ist notwendig, daß einige schreiende und absurde Klauseln der ‚Friedensverträge' revidiert werden. Es ist notwendig, daß ein großes Volk wie das deutsche Volk den Platz wieder erhält, der ihm gebührt und den es an der Sonne Afrikas inne hatte."

Das Eintreten des Duce hatte zur Folge, daß die Diskussion des Kolonialthemas noch verstärkt Platz griff. Kurz zuvor hatte die „Times" eine durch Wochen hindurch in ihren Spalten erfolgte offene Aussprache über Deutschlands kolonialen Anspruch abgeschlossen und das Fazit gezogen. Danach war eine friedliche Verständigung durchaus wünschenswert, die allerdings — hieß es einschränkend — „Teil einer

Diskussion in der „Times"

allgemeinen Verständigung" sein müsse. (Auch sei die Rückgabe von Deutsch-Ostafrika aus verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen undurchführbar!)

Im Rahmen einer Ausschußsitzung der Akademie für deutsches Recht nahm Reichsstatthalter Ritter von Epp noch einmal Gelegenheit, den völkerrechtlichen Standpunkt Deutschlands in der Kolonialfrage klarzulegen. Der gegnerischen Taktik des Verschiebens der deutschen Forderung und der Trennung der wirtschaftlichen Notlage von dem Mangel an kolonialen Rohstoffquellen stellte er folgende unabänderliche Realitäten entgegen:

Rohstoff, Raum und Kolonien

„1. Deutschlands Wirtschaftsfrage ist von seiner Kolonialfrage nicht zu trennen. Eine Scheidung der Rohstoffrage, Raumfrage, Kolonialfrage oder eine sonstige Problemteilung ist nach der geschichtlichen Entwicklung, die im allgemeinen und nach Versailles im besonderen die wirtschaftliche Lage der Gegenwart bestimmt, unmöglich.

2. Deutschlands schwerer Kampf um Lebensmittel und industrielle Rohstoffe ist zu einem sehr großen Teil durch die Wegnahme seiner Kolonien, das heißt seiner überseeischen Raumpotenz bedingt.

3. Das deutsche Volk, das seit der Wegnahme der Kolonien durch die Manipulationen von Versailles gegen diese Beschneidung seines Lebensraumes protestiert hat, ist im Laufe der Entwicklung der letzten 20 Jahre, besonders aber seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus zu der Überzeugung gekommen, daß es wieder in den Besitz seines kolonialen Eigentums gelangen muß. Diese Überzeugung ist heute Gesamtgut des deutschen Volkes. An dieser Überzeugung läßt sich durch gegnerische Taktik nichts ändern." —

Die deutschen Bemühungen, die wirkliche Rechtslage und das wirtschaftliche Gebot des Kolonialproblems der Weltöffentlichkeit klarzulegen, entsprachen dem vom neuen Deutschland stets befolgten Grundsatz, weitgehend durch Vernunft und Tatsachen dort zu überzeugen, wo man überhaupt gewillt ist, eine Frage ernsthaft zu prüfen. In gleicher Weise geschah dies auf allen anderen Gebieten des politischen Lebens, die man dem Ausland nahezubringen versuchte. Und wie bisher, erfreuten sich die Empfangsabende des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. guten Besuchs seitens der in Berlin akkreditierten ausländischen Diplomaten, sowie der Auslandspresse. Mit Aufmerksamkeit folgte man den Ausführungen Alfred Rosenbergs am 28. Oktober über Europas Sendung und den Bolschewismus und am 2. Dezember denen Hilgenfeldts über das Thema „Volkspflege im nationalsozialistischen Deutschland, ihr heutiger Stand und ihre Ziele".

Empfangsabende des Außenpolitischen Amtes der NSDAP.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hielt am 30. Oktober in München auf der Vierten Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht einen vielbeachteten Vortrag, in welchem er mit der politischen Kollektivitätsidee abrechnete. Der grundsätzlichen

Abrechnung mit der politischen Kollektivitätsidee

Bedeutung wegen bringen wir den letzten Teil seiner Rede im Wortlaut:

„... Nach allen Erfahrungen in und außer dem Völkerbund kann es als ein sicheres Gesetz gelten, daß ein wirksamer organisatorischer Zusammenschluß von Staaten nur insoweit möglich ist, als er ausschließlich zur Erreichung von Zielen dient, an deren Erreichung diese Staaten alle das gleiche Interesse haben. Aus der Erkenntnis dieser elementaren Tatsachen heraus ist die Reichsregierung stets dafür eingetreten, jedes konkrete internationale Problem nach den gerade dafür geeigneten Methoden zu behandeln, es nicht unnötig durch die Verquickung mit anderen Problemen zu komplizieren und, soweit es sich um Probleme zwischen nur zwei Mächten handelt, dafür auch den Weg unmittelbarer Verständigung zwischen diesen beiden Mächten zu wählen. Wir können uns darauf berufen, daß sich diese politische Methode nicht nur im deutschen, sondern auch im allgemeinen Interesse voll bewährt hat.

Einen sehr aktuellen Anlaß, sich mit der Frage der für die Behandlung internationaler Konflikte zu wählenden Methode zu befassen, bietet die für die nächste Zeit in Aussicht genommene Brüsseler Konferenz, die über die fernöstlichen Verwicklungen beraten will. Deutschland hat die Einladung zu der Konferenz nicht annehmen können, weil diese sich auf Grund des sogenannten Neun-Mächte-Vertrages von 1922 mit der Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrages beschäftigen soll.

Da Deutschland dem Neun-Mächte-Vertrag nicht angehört, kann es sich logischerweise auch nicht an Beratungen über die Durchführung dieses Vertrages beteiligen. Wir haben aber in unserer Antwort auf die Einladung zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland jederzeit bereit ist, bei dem Versuch einer Vermittlung zwischen Japan und China mitzuwirken, wenn für diesen Versuch die unerläßlichen Voraussetzungen gegeben sind und wenn er in der geeigneten Weise unternommen wird.

In dieser Beziehung möchte ich, ohne zu dem Konflikt selbst in irgendeiner Weise sachlich Stellung zu nehmen, darauf hinweisen, daß ich es für einen höchst unglücklichen Auftakt für die Einleitung von Versuchen zur Beendigung des Konfliktes halten würde, wenn diese Versuche sich von dem Geiste des Beschlusses inspirieren ließen, den der Völkerbund letzthin in der Angelegenheit gefaßt hat. Dieser Beschluß enthält allerdings nur noch einen dünnen Aufguß von Kollektivitätspolitik.

Ich glaube jedoch, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wie der Streitfall auch zu beurteilen sein mag, Mächte, die zwischen den streitenden Parteien vermitteln wollen, sich zu diesem Zwecke nicht auf den Stuhl des moralischen Sittenrichters setzen dürfen.

Eines aber möchte ich zum Schluß mit allem Nachdruck betonen: Wir hören nicht selten Stimmen aus dem Ausland, die die unbedingte Vorliebe für kollektive Sicherheitsmethoden ohne weiteres mit dem Willen zum Frieden und zur internationalen Zusammenarbeit gleichsetzen und umgekehrt in der Ablehnung oder auch schon in der Kritik jener Methoden einen Mangel an Friedens- und Gemeinschaftswillen sehen wollen. Eine solche Gleichsetzung ist falsch und wird von uns auf das entschiedenste abgelehnt.

Wenn sich die Anhänger der Kollektivitätsidee weder durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, noch auch durch nüchterne Beurteilung der realen politischen Möglichkeiten bekehren lassen wollen, dann mögen sie doch zum mindesten davon ablassen, für sich die höhere Moral und den besseren Willen in Anspruch zu nehmen. Sie mögen ihrerseits zeigen,

welche greifbaren Resultate sie mit ihren Plänen erzielt haben. Ich sehe keine.

In der Politik, auch in der Friedenspolitik, entscheidet aber der Erfolg, nicht die bloße Aufstellung schöner Ziele, die bestechend wirken mögen, die aber praktisch unerreichbar und deshalb wertlos sind..."

Japanisch-Chinesischer Krieg und Brüsseler Konferenz

In dieser Rede, die klar den Sinn echter, guter Außenpolitik, die stets auch ehrenhafte Friedenspolitik ist, herausstellt und sie gegen das Pharisäertum der Kollektivitäts-Theoretiker stellt, wird Bezug genommen auf die Brüsseler Neunmächte-Konferenz (betreffend den im 8. Abschnitt schon erwähnten Japanisch-Chinesischen Krieg) und die Begründung gegeben, weshalb die Reichsregierung eine Teilnahme ablehnte. Diese Ablehnung war am 29. Oktober der belgischen Regierung übermittelt worden. Der Verlauf und Ausgang der Brüsseler Konferenz (3. bis 16. November) gab Deutschland recht. Der Sowjetjude Litwinow-Finkelstein entpuppte sich auch hier wieder als Hetzer und Störenfried; und leider ließ man sich dazu verführen, die Rolle des Richters gegenüber Japan zu spielen, ohne nun aber auf der anderen Seite China irgendeine wirksame Unterstützung bieten zu können oder zu wollen, da der amerikanische Präsident Roosevelt nach starken Worten plötzlich seine Haltung im Fernost-Konflikt änderte und Amerikas Delegation sich daher reserviert verhielt. —

Deutschland und Frankreich

Ein kurzer Streifzug durch Europa möge in diesem Zeitpunkt eingeschaltet werden. Zum deutsch-französischen Verhältnis sagte damals (am 29. Oktober) der französische Außenminister Delbos auf dem Radikalsozialistischen Parteitag in Lille Worte, die (wie zum Beispiel auch die Besuche des Reichsjugendführers von Schirach in Paris und der des französischen Kriegsopferverbandsführers Henry Pichot in Bremen) den Willen zum gegenseitigen besseren Verstehen zum Ausdruck brachten:

„Ich kenne den Eindruck, den hochstehende Persönlichkeiten und einfache Besucher, die aus Deutschland kamen, mitgenommen haben. Solche Annäherungen, solche Anstrengungen zum gegenseitigen Verständnis wie diejenigen, die die Abordnung der Jugend Deutschlands und Frankreichs, aber auch Zusammenkünfte der Frontkämpfer beider Länder in Verdun und Besançon zusammenführte, müssen günstige Fortsetzungen finden. Zwei große Länder, die sich in tragischen Prüfungen, bei denen sie sich achten lernten, gemessen haben, haben vor der Geschichte ihren Stolz nachgewiesen. So viele Völker erklärten die deutsch-französische Verständigung als das Signal des endgültigen Friedens. Diese beiden Länder würden den tragischsten Irrtum begehen, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, sich zu begreifen und zu verstehen."

Am 3. Dezember nahm Reichsaußenminister von Neurath — anläßlich der Durchreise des französischen Außenministers nach Warschau — Gelegenheit, Delbos bei seinem kurzen Aufenthalt in Berlin zu begrüßen, was ein erhebliches Echo in der gesamten Presse

hatte. — Weniger nützlich war die Tätigkeit, die der Berliner Vertreter des Havas-Büros entwickelte, indem er die Maul- und Klauenseuche (siehe 16. Abschnitt) zum Vorwurf einer unverschämten Lügenmeldung zur Vergiftung der deutsch-französischen Beziehungen benutzte. Er wurde sofort ausgewiesen. —

Der Berner Judenprozeß

Eine bedeutende Niederlage des Weltjudentums brachte der 1. November: An diesem Tage endete der sogenannte „Berner Judenprozeß" vor dem Berner Obergericht mit einer Abweisung des jüdischen Klagebegehrens und einer Freisprechung der Angeklagten. Äußerlich ein Rechtsstreit zwischen Schweizern, vor schweizerischen Gerichten ausgetragen, gehört der „Berner Judenprozeß" seinem Inhalt und seinen Urhebern nach doch zu jener Serie von Hetz- und Propagandaprozessen, die vom Weltjudentum nach der Machtergreifung Adolf Hitlers eingeleitet wurden, um dem Nationalsozialismus in der öffentlichen Meinung des Auslands möglichst zu schaden. Es sei in diesem Zusammenhang an Prozesse mit gleicher Tendenz erinnert, als deren Urheberin stets die „Jüdische Weltliga zur Abwehr des Antisemitismus" festgestellt werden konnte, wie den Kairoer Judenprozeß (Band 1934, Seite 32 bis 35, Band 1935, Seite 162) und den Mordprozeß David Frankfurter (Band 1936, Seite 59, 317 bis 319). Nach Dauer und Umfang gehört der „Berner Judenprozeß" zu den bedeutendsten in der Reihe dieser Prozesse, die außer in Ägypten und in der Schweiz in ähnlicher Weise noch in der Tschechoslowakei, in Holland und in Luxemburg von den Juden provoziert worden sind. Der Ausgangsprozeß des „Berner Judenprozesses" war folgender:

> In der Schweiz gaben die Juden vor, sich gegen die Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion" wehren und daher gegen einen jungen Schweizer, namens Silvio Schnell, vorgehen zu müssen, der in einer Versammlung der „Nationalen Front" in Bern eine Ausgabe der Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion" verkauft hatte. In diesem Buch, dessen Vorhandensein schon wiederholt zu Auseinandersetzungen Anlaß gegeben hat, wird erklärt, daß die Verfasser in den Besitz einer Abschrift von jüdischen Geheimplänen (eben der „Protokolle") gekommen seien, nach denen das Judentum seine Weltherrschaftspläne durchführen und sichern wolle. Die Wirkung dieses Buches ist deshalb so stark, weil die tatsächlichen politischen Ereignisse ständig eine Bestätigung der Leitgedanken dieser Protokolle darstellen. Je mehr das Verhalten des Judentums in allen Ländern, besonders aber seine revolutionäre Betätigung durch den Bolschewismus, einen lebendigen Beweis für die Echtheit der in den Protokollen niedergelegten Gedankengänge bildete, um so unangenehmer wurde dem Weltjudentum die Verbreitung der Schrift.

So kamen die Juden auf den Einfall, mit ihren Propagandaprozessen gegen Deutschland einen Feldzug gegen die Echtheit der „Protokolle" zu verbinden. Die jüdische Klage gegen Schnell wurde auf das

„Bernische Gesetz über das Lichtspielwesen und Maßnahmen gegen die Schundliteratur“ vom 10. September 1916 gestützt, wo in Artikel 14 bestimmt ist:

> „Verboten sind die Drucklegung, der Verlag, die Ausleihe, die öffentliche Ausstellung und Anpreisung sowie jedes andere Inverkehrbringen von Schundliteratur, insbesondere von Schriftwerken, deren Form und Inhalt geeignet sind, zur Begehung von Verbrechen anzureizen oder Anleitung zu geben, die Sittlichkeit zu gefährden, das Schamgefühl gröblich zu verletzen, eine verrohende Wirkung auszuüben oder sonstwie groben Anstoß zu erregen.“

Die Strafanzeige war vom „Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund“ und der „Israelitischen Kultusgemeinde Bern“ erhoben worden, die zugleich als Privatkläger auftraten, um mit diesem prozessualen Mittel zu erreichen, daß die Hauptverhandlung ohne Voruntersuchung und ohne Nachprüfung des Vorliegens einer strafbaren Handlung eröffnet und durchgeführt wurde. Und in der ersten Instanz gelang es den Juden, die Verhandlung, die vor dem sozialdemokratischen Polizeirichter Meyer stattfand, zu einem politischen Propagandatheater zu entwürdigen. Obwohl der Nachweis der Echtheit oder Unechtheit der Protokolle für die entscheidende juristische Frage, ob es sich bei der Schrift um ein Erzeugnis der Schund- und Schmutzliteratur handelte, an sich unerheblich war, führte der Polizeirichter eine ausgedehnte und mit sehr hohen Kosten verbundene „Beweiserhebung“ durch. Wochenlang wurden nicht nur angebliche Sachverständige um umfangreiche Gutachten bemüht, sondern vor allem prominente Juden aus aller Welt als Zeugen vernommen, deren Aussagen von haßerfüllten und gar nicht zur Sache gehörenden Ausfällen gegen den Nationalsozialismus und seine Rassenlehre strotzten (und das war ja auch der eigentliche Zweck des Prozesses). Dennoch konnte der Polizeirichter nur eine fahrlässige Verletzung des Gesetzes feststellen, und zwar nicht wegen der Protokolle selbst, sondern nur wegen der zu dem Buch geschriebenen Schlußworte von Theodor Fritsch. Die Beklagten wurden zu einer Geldstrafe von nur 20 Franken verurteilt (während die Kosten des Verfahrens sich schon in erster Instanz auf 32269,34 Franken beliefen).

Die hiergegen eingelegte Berufung hatte Erfolg: Die aus drei Berufsrichtern zusammengesetzte Strafkammer in Bern sprach die Angeklagten frei! Die Begründung des Urteils, die sich weitgehend mit den Ausführungen der Verteidigung und der Auffassung des Staatsanwalts deckte, ging davon aus, daß es sich bei der verteilten Broschüre, so peinlich ihr Inhalt auch für die Juden sei, nicht um Schundliteratur im Sinne des Gesetzes, sondern um eine politische Kampfschrift handle. In dem Berufungsverfahren, das an einem Tage ab-

gewickelt werden konnte, wurde scharfe Kritik an dem Urteil erster Instanz und vor allem an der Beweisaufnahme geübt.

Dieses dem Schweizer Recht, der Schweizerischen Verfassung und der tatsächlichen Lage völlig entsprechende Urteil rief einen Sturm der Entrüstung in der jüdischen und judenhörigen Presse des Auslands hervor. So wie man das merkwürdige Urteil erster Instanz als „großen Sieg des Weltjudentums über das nationalsozialistische Deutschland" aufgemacht hatte, so empfand man jetzt die Abweisung der Klage nicht nur als jüdische Niederlage, sondern als deutschen Erfolg und warf den Berner Berufsrichtern „Verbeugung vor Berlin" vor. Zu dem Urteil schrieb der „Völkische Beobachter" vom 2. November unter der Überschrift „Die weisen Juden von Zion und die dummen Juden von Bern":

„Das Berufungsurteil ist nicht nur mit Recht davon ausgegangen, daß ein Gesetz gegen Schund und Schmutz nicht auf politische Kampfschriften Anwendung finden darf, sondern es ist auch auf die Unerheblichkeit der Beweisbeschlüsse der ersten Instanz und die Fragwürdigkeit gewisser Gutachten eingegangen. Mit dieser rechtlichen Würdigung hat sich das Schweizer Gericht das Verdienst erworben, dem Mißbrauch einer Schweizer Institution für jüdische Hetzzwecke vorgebeugt zu haben.

Es ist bezeichnend, daß zwischen den Kreisen, die hinter dem Berner Judenprozeß stehen, und den Verehrern und Förderern des Gustloff-Mörders David Frankfurter Beziehungen der Sympathie und des Vertrauens festzustellen sind. Im Vorstand der „Bernischen Kultusgemeinde" sitzt jener Rabbiner Messinger, dessen Sohn bei der Empfehlung eines dem Judentum genehmen Anwalts so schnelle, nur „leider nicht geheim gebliebene Arbeit" leistete. Und der Ehrenpräsident der jüdischen Weltliga, der Mörder David Frankfurter selbst, zählte zu seinen Lieblingsbüchern das Werk eines Herrn Loosli „Die schlimmen Juden". Ein Zitat aus diesem Buch hielt er für so bemerkenswert, daß er es einer seiner arischen Freundinnen schriftlich mitteilte. Dieser Herr Loosli fungierte in der ersten Instanz als Sachverständiger...

Das Weltjudentum hatte den Plan, sich durch den Berner Prozeß von jenen Vorwürfen zu befreien, die ihm in den „Protokollen der Weisen von Zion" gemacht werden. Die Hintermänner des Prozesses hätten besser daran getan, die raffinierten Vorschläge der Protokolle, die doch vor allem ein getarntes und möglichst unauffälliges Vorgehen empfehlen, sich mehr zu Herzen zu nehmen, als sie es in diesem Prozeß getan haben. Das laute Geschrei, das vor allem den ersten Rechtsgang begleitete, das übertriebene Jubelgeheul, das den unter anfechtbaren Voraussetzungen erfochtenen Prozeßsieg erster Instanz begleitete, und das sich nun als stark verfrüht erwies, haben zu deutlich die wahren Hintergründe der Klageerhebung gezeigt.

Obwohl es sich aktenmäßig um eine Angelegenheit zwischen Schweizern handelte, versuchten die Juden das Obsiegen erster Instanz als Niederlage Deutschlands darzustellen. Folgerichtig müssen sie nun ihre Niederlage in der zweiten Instanz als Sieg Deutschlands empfinden. Sie wollten weiser sein als die Weisen von Zion und stehen nun gerade wegen ihres aufgeregten Gehabes und ihres rassebedingten Übereifers besiegt da als die dummen Juden von Bern."

Mit dem Berner Urteil fand der letzte jener großen Judenprozesse sein Ende, die zu einer Beschimpfung Deutschlands dienen sollten, tatsächlich aber durchweg zu Niederlagen des Weltjudentums geworden sind.

Es sei an dieser Stelle nochmals an den Mord an Pg. Gustloff und den David-Frankfurter-Prozeß erinnert. Pg. Diewerge schreibt am Schluß seines 1937 erschienenen Buches „Ein Jude hat geschossen":

„Wilhelm Gustloff ist tot. Sein Mörder sitzt im Zuchthaus. Aber noch laufen die Verbrecher frei herum, die ihm die Waffe in die Hand drückten. Jetzt schon sind sie wieder am Werk, um neue Morddrohungen in die Tat umzusetzen. Es sind dieselben Kreise, die auch die Völker gegeneinander aufhetzen, weil sie an Kriegen besser verdienen als im Frieden. Die große geistige Auseinandersetzung zwischen den Mächten der Zerstörung und den Kräften des Aufbaues ist noch im Gange. Der Mordprozeß David Frankfurter war nur ein kleiner Frontabschnitt in diesem gewaltigen Ringen. Aber in den dort handelnden Persönlichkeiten waren der Inhalt und das Wesen der beiden Ideen verkörpert. David Frankfurter, der Ehrenpräsident der Weltjuden, Wilhelm Gustloff, der treue Gefolgsmann seines Führers. In dem Eichenhain am Schweriner See hat Gustloffs Körper seine letzte Ruhestätte gefunden. Sein Geist ist nicht tot. Er lebt und kämpft mit uns, bis diejenigen gefunden sind, die Haß säen und an Blut verdienen. Denn die Schüsse von Davos töteten zwar einen Menschen, aber trafen nicht die Idee, für die er kämpfte. Ein Schweizer — Jakob Schaffner — sagt von Wilhelm Gustloff:

„Der Wille, der ihm seine Wunden schlug,
er hat nicht einen stillen Mann geschaffen —
nein, Zeugnis schuf er, Predigt, Aufruf, Waffen!" —

Tschechische Politik

Die tschechoslowakische Regierung blieb auch gegen Jahresende ihrem alten Grundsatz treu, in Ministerreden entweder ihr Verhalten gegenüber dem (als „Minderheiten" bezeichneten) Volksgruppen als in Ordnung zu bezeichnen oder unaufrichtige Versprechungen zu machen. Ministerpräsident Hodza zollte sich selbst Anerkennung,

„weil wir dabei sind, die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Demokratie zu erfüllen".

Ähnlich ließ sich Außenminister Dr. Krofta vernehmen in seiner Parlamentsrede vom 11. November, in der er es wagte, die unerhörten Vorfälle von Teplitz-Schönau (siehe 15. Abschnitt) als „recht unbedeutend" zu bezeichnen. Im übrigen schloß die Tschechoslowakische Republik sich ständig enger an den roten Moskauer Bundesgenossen an, dem Staatspräsident Dr. Benesch zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution ein herzliches Glückwunschtelegramm sandte. Die Rote Armee — die „angriffsbereiteste aller Armeen", wie sie der sowjetrussische Kriegsminister Woroschilow bezeichnete — war es, die das ganze Vertrauen der Tschechen genoß. Nach der Abschlachtung des größten Teiles der roten Heerführer durch Stalin, worüber früher schon berichtet wurde, müßte dieses Vertrauen eigentlich stark erschüttert sein.

Deutsch-polnisches Übereinkommen über die Behandlung der Minderheiten

Das Dreieck Deutschland—Polen—Danzig, das ja leider durch die von Polen betriebene Minderheitenpolitik und durch das Wirken des polnischen Westmarkenverbandes immer wieder Störungen erfuhr, sollte durch das am 5. November unterzeichnete deutsch-polnische Übereinkommen über die Behandlung der Minderheiten auf eine gesunde Basis gestellt werden. Die gemeinsame Erklärung, die auf Initiative des Führers in Berlin zustande kam, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung haben Anlaß genommen, die Lage der deutschen Minderheiten in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zum Gegenstand einer freundschaftlichen Aussprache zu machen. Sie sind übereinstimmend der Überzeugung, daß die Behandlung dieser Minderheiten für die weitere Entwicklung der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von großer Bedeutung ist, und daß in jedem der beiden Länder das Wohlergehen der Minderheit um so sicherer gewährleistet werden kann, wenn die Gewißheit besteht, daß in dem anderen Land nach den gleichen Grundsätzen verfahren wird. Zu ihrer Genugtuung haben die beiden Regierungen deshalb feststellen können, daß jeder der beiden Staaten im Rahmen seiner Souveränität für die Behandlung der genannten Minderheiten nachstehende Grundsätze als maßgebend ansieht:

1. Die gegenseitige Achtung deutschen und polnischen Volkstums verbietet von selbst jeden Versuch, die Minderheit zwangsweise zu assimilieren, die Zugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen oder das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern. Insbesondere wird auf die jugendlichen Angehörigen der Minderheit keinerlei Druck ausgeübt werden, um sie ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit zu entfremden.

2. Die Angehörigen der Minderheit haben das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift sowohl in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen wie in der Presse und in öffentlichen Versammlungen. Den Angehörigen der Minderheit werden aus der Pflege ihrer Muttersprache und der Bräuche ihres Volkstums sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben keine Nachteile erwachsen.

3. Das Recht der Angehörigen der Minderheit, sich zu Vereinigungen, auch zu solchen kultureller und wirtschaftlicher Art, zusammenzuschließen, wird gewährleistet.

4. Die Minderheit darf Schulen in ihrer Muttersprache erhalten und errichten. Auf kirchlichem Gebiet wird den Angehörigen der Minderheit die Pflege ihres religiösen Lebens in ihrer Muttersprache und die kirchliche Organisierung gewährt. In die bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet des Bekenntnisses und der karitativen Betätigung wird nicht eingegriffen werden.

5. Die Angehörigen der Minderheit dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit in der Wahl oder bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht behindert oder benachteiligt werden. Sie genießen auf wirtschaftlichem Gebiet die gleichen Rechte wie die Angehörigen des Staatsvolkes, insbesondere hinsichtlich des Besitzes oder Erwerbs von Grundstücken.

Die vorstehenden Grundsätze sollen in keiner Weise die Pflicht der Angehörigen der Minderheit zur uneingeschränkten Loyalität gegenüber dem Staat, dem sie angehören, berühren. Sie sind in dem Bestreben festgesetzt worden, der Minderheit gerechte Daseinsverhältnisse und ein harmonisches Zusammenleben mit dem Staatsvolk zu gewährleisten, was zur

fortschreitenden Festigung des freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen beitragen wird."

Adolf Hitler empfing noch am gleichen Tage die Vertreter der polnischen Minderheit in Deutschland, die — obwohl an Zahl nur einen geringen Bruchteil gegenüber der Zahl der deutschen Minderheit in Polen darstellend — seit Jahren die größten Freiheiten genießt, um sie auf die Bedeutung des Übereinkommens hinzuweisen und zur loyalen Mitarbeit am Staate aufzufordern.

Leider hatte das Übereinkommen aber insofern keinen vollen Erfolg, als zum Beispiel der bekannte Woiwode Grazynski sich in seiner Tätigkeit, die auf die Vernichtung des Deutschtums in Polnisch-Oberschlesien abzielte, keineswegs stören ließ. „Wir nehmen teil an dem Geschick unserer Volksgenossen außerhalb der Reichsgrenzen, und wir werden niemals teilnahmslos dem Schicksal unserer Volksgenossen im Auslande gegenüberstehen", sagte Reichsminister Dr. Frick im Hinblick auf unsere Brüder und Schwestern im Osten, als er am 26. November in Gleiwitz vor 25000 Oberschlesiern sprach.

Danzig und Polen

Auch in Danzig war trotz allem Entgegenkommen auf wirtschaftlichem wie kulturellem Gebiet wenig von einem Abebben der feindseligen polnischen Demonstrationen zu bemerken. — Aus der inneren Entwicklung Danzigs sei an dieser Stelle vermerkt, daß am 21. Oktober die dortige Zentrumspartei aufgelöst wurde. Damit verschwanden die letzten Hemmungen gegen eine wirklich deutsche, einheitlich ausgerichtete Aufbauarbeit in der nationalsozialistischen Freien Stadt Danzig. Am 8. November veröffentlichte die Danziger Regierung zwei wichtige Verordnungen, deren eine die Bildung neuer politischer Parteien verbot, während die andere die deutsche Jugend Danzigs zu einer Staatsjugend zusammenfaßte. Die deutsche Einheit Danzigs wurde so weiter gesichert. —

Danziger Innenpolitik

Englische Antwort auf Mussolinis Eintreten für die deutsche Kolonialforderung

Bis zum Jahresende blieb die „Koloniale Frage" das Schreckgespenst der Briten, und sie wird es in steigendem Maße sein, solange man sich in England — an das sich der deutsche Anspruch auf Rückgabe der Mandate in erster Linie richtet — nicht zu den längst fälligen Verhandlungen über dieses „unangenehme" Thema bequemt. Die Art jedenfalls, in der Außenminister Eden hierzu Stellung nahm, ist denkbar ungeeignet zur Lösung der für Deutschland lebenswichtigen Frage. Als Antwort auf das weiter oben berichtete Eintreten Mussolinis für Deutschlands berechtigte Forderung erklärte er am 1. November vor dem Unterhaus:

„Das Haus wird ohne Zweifel bemerkt haben, daß in den letzten Tagen ein Land, das im Ergebnis des Großen Krieges beträchtlichen Ländergewinn in Europa machte und ebenfalls gewisse territoriale Konzessionen in Afrika von Ländern erwarb, die seine Alliierten während des Welt-

> krieges waren, sich nunmehr zum Vorkämpfer für Deutschlands Forderungen nach afrikanischem Besitz gemacht hat. Ich wünsche im Augenblick bezüglich dieser Forderungen nichts hinzuzufügen, soweit Deutschland und wir selbst betroffen sind. Aber ich muß nunmehr deutlich erklären, daß wir das Recht, an uns Forderungen zu stellen, an keine Regierung zugestehen, solange keine Beweise dafür vorhanden sind, daß diese Regierung bereit ist, auch ihrerseits einen Beitrag zu leisten."

Ist es schon eine Dreistigkeit, dem italienischen Regierungschef das Eintreten für eine befreundete Macht ankreiden zu wollen, so stellte eine englische Forderung, Italien selbst solle einen Beitrag zur Befriedigung der deutschen Kolonialwünsche leisten, eine äußerst unangebrachte Zumutung dar,

Deutsche Stellungnahme

> „denn schließlich hat nicht Italien die deutschen Kolonien eingesteckt und ist nicht Italien Besitzer des üppigsten Kolonialreiches aller Zeiten — sondern England",

wie der „Völkische Beobachter" unter dem 3. November zutreffend feststellte. In seiner späteren Unterhausrede vom 21. Dezember erklärte dann Eden, daß der Gedanke einer Lösung des Kolonialproblems auf Kosten anderer Mächte der englischen Regierung vollkommen fern liege. Hierzu kann festgestellt werden: Auch Deutschland denkt hieran überhaupt nicht; sein Anspruch geht an die Adresse der Mächte, die ihm die Kolonien in Versailles genommen haben und die — wie zum Beispiel in Deutsch-Südwestafrika — mit allen Mitteln versuchen, das Band der Deutschen zu ihrer Heimat zu lockern (erinnert sei an die durch den Kampferlaß der Südafrikanischen Union vom 2. April erzwungene Auflösung des „Deutsches Bundes" — siehe 2. Abschnitt). Es sei dagegen dankbar anerkannt, daß der Verteidigungs- und Verkehrsminister der Südafrikanischen Union, Pirow, sich für die Annäherung zwischen Südafrika und Deutschland und für eine anständige Lösung der Kolonialfrage einsetzte. Dafür, daß diese Lösung in paritätischem, „fairem" Geiste und nicht in dem von Versailles stattfinden solle, und daß nicht gewisse Quertreibereien — wie die Meldungen über angebliche deutsche Absichten auf den belgischen Kongo und Portugiesisch-Angola — die Atmosphäre vergifteten, trat General Ritter von Epp in einer Großkundgebung des Reichskolonialbundes am 6. Dezember im Berliner Sportpalast mit aller Entschiedenheit ein.

Südafrikanische Union und Deutsch-Südwestafrika

Deutsche Kolonialkundgebung

Die Diskussion um das Problem der kolonialen Befriedigung des nationalsozialistischen Deutschlands — das im Grunde genommen sehr einfach zu lösen ist, wenn man guten Willens ist — stand naturgemäß auch vor, während und nach der Reise von Lordpräsident Halifax nach Berlin im Vordergrund. Tatsächlich bildet die mangelnde Bereinigung dieses „Problems" ja das wesentlichste Hindernis auf dem Wege zu der so dringend wünschenswerten deutsch-englischen Verständigung.

Lord Halifax in Berlin

Wie unbequem der Halifax-Besuch gewissen Leuten war, ging aus den Störungsversuchen jener Sorte von ausländischen Pressemännern hervor, die der Führer verschiedentlich als Verbrecher am Weltfrieden gebrandmarkt hat. Der Versuch, Italien und Japan mißtrauisch zu machen, war ebenso lächerlich und plump, wie die Behauptung, Hitler sei bereit, die kolonialen Forderungen bis auf weiteres nicht mehr zu erheben, wenn ihm freie Hand in Mitteleuropa (Österreich, Tschecho-slowakei) gelassen würde, infam war. Deutschland hat zur Genüge bewiesen, daß es derartige Lebensfragen nicht zum Gegenstand von Schachergeschäften macht. Es gelang Blättern vom Schlage des „Evening Standard" jedoch nicht, die halbamtliche Reise des Lord Halifax zu sabotieren. Die Herzlichkeit, mit der der englische Gast am 17. November in Berlin empfangen wurde, schuf schnell die geeignete Atmosphäre für die informatorischen Besprechungen mit dem Führer und Reichskanzler (auf dem Obersalzberg), mit Reichsaußenminister von Neurath, Ministerpräsident Göring und Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. Am 21. November verließ Halifax die Reichshauptstadt wieder, um in London dem englischen Ministerpräsidenten Chamberlain über seine Gespräche, die nicht Gegenstand einer amtlichen Verlautbarung waren, zu berichten. In der außenpolitischen Unterhausdebatte vom 21. Dezember sagte Chamberlain über den Deutschlandbesuch von Lord Halifax:

> „Es war eine Unterhaltung und keine Verhandlung. Wir haben jetzt eine ziemlich gute Vorstellung von den Problemen, die nach der Meinung der deutschen Regierung gelöst werden müßten, wenn man solche Verhältnisse in Europa schaffen will, wie wir sie alle wünschen und unter denen die Nationen die Zusammenarbeit an Stelle des Mißtrauens und der Empfindlichkeit setzen."

Das Jahresende wurde noch von verschiedenen anderen Staatsmännern zu diplomatischen Reisen benutzt. So führte König Leopold von Belgien in London Besprechungen durch, und am 29. und 30. November hielten sich der französische Ministerpräsident Chautemps und Außenminister Delbos in der englischen Hauptstadt auf, wo sie über die Besprechungen von Lord Halifax in Deutschland unterrichtet wurden. Im Anschluß daran absolvierte Delbos eine 10000-Kilometer-Reise durch halb Europa (3. bis 19. Dezember), die der „Bestandsaufnahme" dienen sollte und während der einzelnen Aufenthalte in Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag zu der betrüblichen Feststellung führte, daß von dem einstigen französischen Bündnissystem im Osten und Südosten nur noch der tschechische Vasall übriggeblieben war. Es bestand kein Zweifel an dem Mißerfolg der französischen „Freundschaftstour".

„Bestandsaufnahme" des französischen Bündnissystems

Schließlich müssen wir noch den Besuch der beiden ungarischen Staatsmänner in Berlin (20. bis 28. November) nennen, der von Ministerpräsident von Daranyi und Außenminister von Kanya in Erwiderung der verschiedenen offiziellen deutschen Besuche in Budapest abgestattet wurde. Wie stets, wenn Gäste aus Ungarn sich einstellen, war Herzlichkeit der Grundton der Begrüßung durch die Vertreter von Partei und Staat und durch die Bevölkerung. Über die Aussprache, die Adolf Hitler mit Ministerpräsident von Daranyi und Außenminister von Kanya am 25. November hatte, wurde amtlich der „fortlaufende Gedankenaustausch", die „völlige Übereinstimmung der Auffassungen" und die „deutsch-ungarische Freundschaft" betont. —

Ungarischer Besuch in Deutschland

Deutschlands Beziehungen zu den skandinavischen und baltischen Ländern waren unterschiedlich, je nachdem, ob die Grenzziehungen von Versailles dabei Schwierigkeiten bereiten oder nicht. Mit Schweden verbindet uns — wie Reichsminister Dr. Frick in seinem Stockholmer Vortrag vor der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft am 4. Dezember ausführte — seit Jahrhunderten ein enges Verhältnis auf Grund gleicher Artung, verwandter Kulturen und großer gegenseitiger Sympathien. Die Gründung der „Reichsvereinigung Schweden-Deutschland" am 15. Dezember und ihre entschlossene Ablehnung antideutscher Hetze ist hier erwähnenswert. Die Beziehungen zu Norwegen, Finnland und Estland waren gleichfalls freundschaftliche, wenn auch in dem letztgenannten Land das Deutschtum stark zu leiden hatte. Der gebräuchliche Weg im Kampf des Staatsvolks gegen deutsche Minderheiten ist die Land- und Grundstücksenteignung; er wurde auch von Lettland und Dänemark eingeschlagen, und wenn — wie im Flugblattprozeß von Apenrade gegen die Führer des Deutschtums von Nordschleswig — solche Tatsachen offen ausgesprochen wurden, versuchte man die aufrechten deutschen Vertreter durch Verurteilung zu längeren Freiheitsstrafen mundtot zu machen. — Am unerfreulichsten war immer noch das Verhältnis zu Litauen, weil es — trotz der Normalisierung der Beziehungen zum Reich — stets wieder versuchte, dem memelländischen Direktorium Baldschus die Arbeit zu erschweren und über seinen Kopf hinweg Enteignungen im Memelgebiet vorzunehmen. —

Skandinavien und Baltikum

Flugblattprozeß von Apenrade

Litauen und Memeldirektorium

In Prag strafte man die demokratischen Prinzipien zum soundsovielten Male Lügen, indem die Regierung ein neues Parteienauflösungsgesetz kurz vor Weihnachten erließ, mit dessen Hilfe der tschechischen Exekutive die Möglichkeit gegeben wurde, noch rücksichtsloser gegen die Opposition im Staate vorzugehen. Natürlich richtete sich — wie bald offenbar wurde — das Gesetz in allererster Linie gegen die Sudetendeutsche Partei. —

Sudetendeutschland

Österreich

Im benachbarten Österreich, das unter Schuschniggs unklarer Haltung von legitimistischen, marxistischen und klerikalen Interessenten seines deutschen Charakters immer mehr entkleidet werden sollte, trat Staatsrat Dr. Seyß-Inquart (siehe 8. Abschnitt) mannhaft für die Gemeinsamkeit in der Ausrichtung des Reiches und Österreichs ein. In einem Vortrag vor dem Österreichisch-Deutschen Volksbund in Wien (15. Dezember) erklärte er u. a.:

> „Der einzige Garant für eine Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs kann immer nur das deutsche Volk selbst sein in Erkenntnis seiner Aufgabe im europäischen Raum, alle anderen sind nur Interessenten...
>
> Es gibt keine wahre Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs, die nicht in die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes eingebaut ist, kein Österreich, das nicht vom ganzen deutschen Volk mitgetragen wird." —

Französische Besuche

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Berlin im Dezember noch zwei bekannte französische Persönlichkeiten begrüßen konnte: der ehemalige Ministerpräsident Flandin stattete am 13. dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels zwecks eingehender Unterhaltung einen privaten Besuch ab, während der kriegsblinde Vorsitzende des Comité France-Allemagne und Repräsentant der französischen Frontkämpfergeneration George Scapini um die Mitte des Monats zu einem mehrtägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt eintraf. Er wurde vom Führer und Reichskanzler empfangen und hielt eine eindringliche Rede vor der Deutsch-Französischen Gesellschaft, die sich mit dem Ziel, einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern zu schaffen, befaßte. In diesem Rahmen muß auch der Kameradschaftsabend der

Anglo-German-Fellowship

Anglo-German-Fellowship vom 2. Dezember in London erwähnt werden, weil er durch die Teilnahme von Lord Halifax, Botschafter von Ribbentrop, Sir Robert Vansittart und zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens Englands zu einem bedeutsamen Ereignis und zu einer Demonstration deutsch-englischen Verständigungswillens wurde. —

Der Krieg im Fernen Osten

Im Fernen Osten nahm inzwischen der Vormarsch der Japaner in China seinen Fortgang. Nach der Einnahme Schanghais besetzten die Japaner Mitte Dezember die alte chinesische Kaiserstadt Nanking. Trotzdem gab Tschiankaischek den Widerstand nicht auf — während Japan um die politische Führung in Ostasien zur Verdrängung des bolschewistischen Einflusses kämpfte. Sowjetrußland hielt sich im Fernostkonflikt zunächst noch zurück. Es war vollauf mit seinen Theaterprozessen gegen alte Parteifunktionäre beschäftigt, von denen Stalin u. a. Jenukidse dem Henker überlieferte. Zu einem ernsten Zwischen-

fall kam es in Schanghai am 12. Dezember, als ein amerikanisches Kanonenboot auf dem Jangtse von japanischen Bombenfliegern zum Sinken gebracht wurde. Die Beilegung eines drohenden Konflikts gelang jedoch ebenso wie bei dem früheren englisch-japanischen Zwischenfall. Man darf darin ein Zeichen des Friedenswillens auch der angelsächsischen Nationen erblicken, — ohne aber die Tatsache zu übersehen, daß — vor allem auf Seiten Großbritanniens — das augenblickliche gewaltige Rüstungsprogramm erst in einigen Jahren abgeschlossen sein wird ...

19. Abschnitt:

Nationalsozialistische Rechtsgestaltung

Die rechtsgestaltende Arbeit des Jahres 1937 befaßte sich in erster Linie mit dem Gebiet des Handelsrechts, um auch hier nationalsozialistische Grundsätze zu verwirklichen, während in den vorhergehenden Jahren die dringlichsten Maßnahmen der Vereinheitlichung und Verreichlichung der Justiz und der Änderung der wichtigsten strafrechtlichen Bestimmungen im Vordergrunde gestanden hatten. Daneben wurde auch im Jahre 1937 das Werk der Vereinheitlichung der Bestimmungen auf dem Gebiet der Justiz und der Rechtspflege fortgesetzt. Hier ist vor allem die weiter unten noch zu behandelnde Reichsnotarordnung zu nennen. —

Weitere Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Verreichlichung der Justiz

Als Einzelmaßnahmen zur weiteren Vereinheitlichung und Verreichlichung der Justiz ergingen die „Verordnung über die Amtstracht beim Reichsfinanzhof“ vom 13. Januar, die „Verordnung über das Tragen der Amtstracht in der Reichsjustizverwaltung“, die „Justizbeitreibungsordnung“ (einheitliche Regelung des Kassenwesens in der Reichsjustizverwaltung) vom 11. März, die „Verordnung zur Änderung und Ergänzung des § 125 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ vom 10. August, die dem Reichsjustizminister die Ermächtigung zur einheitlichen Regelung des Handelsregisters für das ganze Reich gibt. Auf Grund dieser Ermächtigung erging am 12. August die „Allgemeine Verfügung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters“, die einen weiteren wichtigen Schritt zur Rechtsvereinheitlichung darstellt, da die Einrichtung und Führung des Handelsregisters bisher in den einzelnen Ländern verschieden geregelt war.

Einheitliches Handelsregister

Die neue Regelung entspricht im allgemeinen dem preußischen System, das auch bisher schon vorherrschend war. Danach wird die Führung von Registerbüchern (nicht Karteiform) beibehalten und wie in Preußen einheitlich im ganzen Reich nach zwei Hauptabteilungen unterschieden. In die Abteilung A werden eingetragen die Einzelkaufleute, die offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, sowie nach dem bayrischen Vorbild die in den §§ 33, 36 HGB. bezeichneten juristischen Personen. In Abteilung B werden eingetragen die Aktiengesellschaften, Kommanditgesell-

schaften auf Aktien, G. m. b. H. und die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Für die Führung der Handelsregister sind nunmehr einheitlich die Amtsgerichte zuständig, was in einigen Ländern bisher nicht der Fall war. Auch die sachliche Zuständigkeit zur Führung des Handelsregisters ist in den neuen Vorschriften weitgehendst einheitlich geregelt worden, ebenso die Vorschriften über die Erteilung von Abschriften, Ausfertigungen, Bescheinigungen und Zeugnissen. Die Vorschriften des neuen Aktiengesetzes (siehe weiter unten) und des an deren Stelle erwähnten „Gesetzes über die Eintragungen von Zweigniederlassungen und das Verfahren in Handelsregistersachen" vom 10. August sind dabei bereits verarbeitet.

Personenstandsgesetz

Wichtig ist insbesondere das Personenstandsgesetz vom 3. November, durch welches der Weg weiter beschritten wurde, der durch die Verordnung des Reichsministers der Justiz über standesamtliche Hinweise vom 14. Februar 1935 (siehe Band 1935, Seite 281) begonnen worden war.

Diese Verordnung hatte zum erstenmal für das gesamte Reichsgebiet bestimmt, daß in gewissem Umfang eine Verbindung zwischen den Registereintragungen über die gleiche Person oder die gleiche Familie hergestellt wird. In ihr kamen die nationalsozialistischen Anschauungen von der Wichtigkeit der Familie als Keimzelle des Volkes und Staates und die rassischen Gesichtspunkte zum Ausdruck, indem versucht wurde, den Blutzusammenhang der verschiedenen Familienmitglieder auch in den Personenstandsregistern in Erscheinung treten zu lassen, um auf diese Weise die Familienforschung und den Nachweis der arischen Abstammung zu erleichtern.

Das neue Gesetz geht nun über diese ersten Anfänge weit hinaus, indem es das frühere Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. 2. 1875 vollkommen neu gestaltet. Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, nämlich dem 1. Juli 1938, traten das alte Gesetz und ebenso die obengenannte Verordnung außer Kraft.

Nach diesem neuen Personenstandsgesetz werden die Personenstandsregister so geführt, daß in Zukunft die verwandtschaftlichen Zusammenhänge der Angehörigen einer Familie, die Zusammenhänge zwischen Vor- und Nachfahren aus den Standesbüchern in vollem Umfange ersichtlich sind. Dies wird ermöglicht durch die Einrichtung eines Familienbuches (vgl. die §§ 9ff.), das die wichtigste Neuerung des Personenstandsgesetzes darstellt. Die weitere Bedeutung des Gesetzes liegt in der Vereinheitlichung des Aufbaues der Personenstandsbehörden.

Das Familienbuch wird in der Weise geschaffen, daß in Zukunft jeder neugegründeten Familie bei der Eheschließung im Familienbuch ein besonderes (zweiteiliges) Blatt gewidmet wird. Der erste Teil dient der Beurkundung der Heirat (Heiratsregister), der zweite Teil der Feststellung der verwandtschaftlichen Zusammenhänge der einzelnen Familienmitglieder. Bei der Eheschließung werden auch die Eltern der Ehegatten sowie Ort und Tag ihrer Geburt und Heirat vermerkt. Ferner werden die gemeinsamen Kinder der Ehegatten und die unehelichen Kinder weiblicher Abkömmlinge unter Angabe des Ortes und Tages ihrer Geburt eingetragen, wobei jede Änderung des Personenstandes des Kindes wiederum vermerkt wird. Die Eintragungen bei den Kindern hören erst auf, wenn diese selbst heiraten und nunmehr für sie ein eigenes Blatt im Familienbuch angelegt wird. Die Eintragung der Heirat des Kindes unter Angabe der Stelle, wo für das Kind das eigene Familienbuch geführt wird, be-

schließt die Eintragung über dieses Kind im Familienbuch der Eltern. So wird der Zusammenhang mit den Nachfahren hergestellt und ermöglicht, daß in Zukunft einmal die im Deutschen Reich ansässigen Familien durch die Geschlechter hindurch verfolgt werden können.

Auch die rassische Einordnung der Ehegatten wird im Familienbuch vermerkt, da der Standesbeamte jetzt schon vor der Eheschließung zwecks Ermittlung etwaiger Ehehindernisse feststellen muß, ob und inwieweit die Ehegatten jüdischer Abstammung sind. So wird erreicht, daß in etwa 30 Jahren die rassische Einordnung der weitaus überwiegenden Zahl aller im Deutschen Reich lebenden Menschen aus den Familienbüchern ersichtlich sein wird.

Der Aufbau der Personenstandsbehörden ist in der Weise vereinheitlicht, daß in Zukunft die Standesbeamten im ganzen Reichsgebiet Gemeindebeamte sein müssen und die Aufsicht nur den einzelnen Verwaltungsinstanzen der inneren Verwaltung zukommt. Bisher lag das staatliche Aufsichtsrecht in einzelnen Ländern teils bei der inneren Verwaltung, teils bei der Justiz (so zum Beispiel in Württemberg, Baden und Thüringen). Oberste Instanz ist jetzt einheitlich der Reichsinnenminister.

Die Errichtung besonderer Sippenämter bleibt vorbehalten.

Groß-Hamburg

Im Zuge der Reichsreform sei ferner noch das „Gesetz über die Gerichtsgliederung in Hamburg und anderen Gebieten“ vom 16. März genannt, das bereits im 1. Abschnitt behandelt wurde.

Strafrechtsreform

Jugendschutzkammern

Auf dem Gebiete des Strafrechts brachte das Jahr 1937 keine grundlegenden neuen Bestimmungen. Die Arbeiten zur Strafrechtsreform (siehe Band 1936, Seite 147) wurden weitergeführt. Auf dem Gebiet des Strafprozesses sei die Allgemeine Verfügung des Reichsministers der Justiz über die Bildung von Jugendschutzkammern vom 9. August erwähnt, in der es heißt:

„Schutz der Jugend vor Verderbnis und Mißbrauch ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsführung. An ihrer Verwirklichung hat die Strafrechtspflege hervorragend mitzuwirken. Daher bestimme ich auf Grund von § 7 Abs. 1 der Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20. 3. 1935 (RGBl. I S. 403):

Bei jedem Landgericht, bei dem ein Bedürfnis hierfür besteht, wird eine Jugendschutzkammer gebildet. Der Jugendschutzkammer als einer Strafkammer sind zuzuweisen:

1. Alle Sittlichkeitsverbrechen und -vergehen an oder vor Jugendlichen bis zu 18 Jahren;
2. alle Mißhandlungen Jugendlicher;
3. schwere Verfehlungen gegen Arbeits- und Gesundheitsschutzbestimmungen zugunsten Jugendlicher;
4. jede sonstige als Verbrechen oder Vergehen strafbare unmittelbare Gefährdung eines Jugendlichen.

In allen Jugendschutzsachen hat der Anklagevertreter mit Nachdruck auf die Notwendigkeit eines wirksamen Jugendschutzes hinzuweisen und dem in seinen Anträgen zum Strafmaß Rechnung zu tragen.

Ebenso erwarte ich von den Gerichten strenge Bestrafung aller Rechtsbrecher, die sich an der Jugend versündigt haben ...“

Hinterlegungsordnung

Auf dem Gebiet des Zivilprozesses ist die „Hinterlegungsordnung“ vom 10. März zu erwähnen, die nunmehr auch hinsichtlich des Hinterlegungswesens einheitliches Recht im ganzen Reich schaffte.

Verordnung über den Kündigungsschutz für Miet- und Pachträume

An wesentlichen zivilrechtlichen neuen Bestimmungen ist die „Verordnung über den Kündigungsschutz für Miet- und Pachträume“ vom 28. August hervorzuheben. Durch den gewaltigen Wirtschaftsaufschwung und insbesondere die fortschreitende Durchführung des Vierjahresplans hatte sich die Wohnungsknappheit weiter verstärkt, so daß die Gefahr ungerechtfertigter Mietsteigerungen immer größer wurde. Solche waren zwar durch die Maßnahmen des Preiskommissars (Preisstoppverordnung) grundsätzlich verboten. Es mußte jedoch auch verhindert werden, daß Umgehungen des Verbots dadurch bewerkstelligt wurden, daß der Vermieter kündigte und der Mieter sich genötigt sah, durch besondere zusätzliche Versprechungen den Abschluß eines neuen Mietvertrages zu erreichen. Solche Zweckkündigungen zu verhindern, ist die Aufgabe dieser Verordnung und der auf ihr beruhenden ersten Ausführungsverordnung vom 4. Dezember.

Gesetz über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens

Von wesentlicher Bedeutung ist ferner das „Gesetz über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens“ vom 5. November, das die abschreckende Wirkung der Ausbürgerung verstärkte und verhindern sollte, daß das volksschädliche Treiben der Ausgebürgerten durch einen erbrechtlichen Vermögenszuwachs noch unterstützt wird. Die Grundsätze, die in dem neuen Gesetz zur Geltung gebracht werden, ergeben sich aus dem Gemeinschafts- und Rassegedanken, dem im Erbrecht Geltung verschafft werden soll. Nach § 1 kann eine Person, die auf Grund des § 2 des „Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 (siehe Band 1933, Seite 267 bis 268) der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden ist, von einem deutschen Staatsangehörigen nichts erben. Um zu verhindern, daß dieses Verbot durch Schenkung umgangen wird, verbietet der § 1 auch eine Schenkung an einen Ausgebürgerten. Die Ausgebürgerten können also gegenüber dem Nachlaß eines Deutschen (weder kraft Gesetzes noch auf Grund eines Testaments) weder Erben, Miterben oder Anerben, noch Vermächtnisnehmer oder Begünstigte aus einer Auflage sein. Auch Pflichtteilsansprüche stehen ihnen nicht zu. — Durch § 2 des Gesetzes wird ein neuer Fall der Pflichtteilsentziehung geschaffen. Danach kann von dem Erblasser demjenigen der Pflichtteil (der bekanntlich die Hälfte des Wertes des gesetzlichen Erbes ausmacht) entzogen werden, der verbotswidrig eine Ehe mit einem Juden oder einem jüdischen Mischling eingeht. (Der Verlust des Pflichtteils tritt aber in diesem Falle nicht — wie bei Ausgebürgerten der Verlust des Erbrechts — kraft Gesetzes ein, sondern steht im Ermessen des Erblassers.)

Für die Anwendung des § 1 (Verlust des Erbrechts der Ausgebürgerten) ist es gleichgültig, ob der Ausgebürgerte staatenlos geworden ist oder inzwischen eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben hat. Unerheblich ist auch, ob sein Vermögen bei der Ausbürgerung als dem Reich verfallen erklärt worden ist oder nicht. Das Gesetz bezieht sich jedoch nicht auf solche Personen, die lediglich deswegen ausgebürgert worden sind, weil ihre Einbürgerung in der Zeit zwischen dem 9. 11. 1918 und 30. 1. 1933 erfolgt war, denn es sind nur solche Personen aufgeführt, die auf Grund des § 2 des Ausbürgerungsgesetzes vom 14. Juli 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt erhalten haben, — also nur solche Ausgebürgerte, die die deutsche Staatsangehörigkeit deshalb verloren haben, weil sie im Auslande „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben", oder für solche, die einer Rückkehraufforderung des Reichsinnenministers nicht Folge geleistet haben.

Das Verbot des Erbschaftserwerbes gilt auch dann, wenn der Erblasser nicht deutschen oder artverwandten Blutes ist. Bedingung ist nur, daß der Erblasser die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Aktiengesetz

Als bedeutendste gesetzgeberische Neuschöpfung des Jahres 1937 ist zweifellos das „Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz)" vom 30. Januar zu bezeichnen, das am 1. Oktober in Kraft trat. Es ist das erste große Reformwerk auf dem Gebiete des Handelsrechts (abgesehen von der im vorigen Jahre erfolgten Neuregelung des Patent- und Warenzeichenwesens — siehe Band 1936, Seite 145 bis 147). Grobe Auswüchse und Mißbräuche, die sich auf dem Gebiet des Aktienrechts durch die jüdischen Handelsunsitten und Gesetzesauslegungen eingeschlichen hatten, wurden beseitigt und ein einwandfreies Funktionieren dieser Gesellschaftsform sichergestellt.

Dr. Frank über das Aktiengesetz

Der Reichsrechtsführer, Reichsminister Dr. Hans Frank, schrieb am 29. Januar über das neue deutsche Aktienrecht (im „Völkischen Beobachter"):

„... Im Januar 1934 berief ich als Präsident der Akademie für Deutsches Recht einen Ausschuß für Aktienrecht und stellte ihm die Aufgabe, in einer fruchtbaren Synthese zwischen den Grundsätzen des Nationalsozialismus und den Bedürfnissen einer geordneten deutschen Wirtschaft die Grundelemente für ein neues deutsches Aktienrecht zu schaffen.

Wie die amtliche Begründung hervorhebt, ist auf der Grundlage der zwei Berichte von April 1934 und April 1935 über die Arbeiten des Aktienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht, an dem hervorragende Vertreter der Partei und der Wirtschaft beteiligt waren, der vom Reichsjustizministerium vorgelegte Entwurf fertiggestellt worden.

Die Beschränkung der Anonymität, die Durchführung des Führerprinzips, der Schutz des Unternehmens und seiner Gefolgschaft gegen spekulative Eingriffe waren die Leitgedanken, die die nationalsozialistische Bewegung der Erneuerung des deutschen Aktienrechts zugrunde legte. Sie fanden in der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung ihre Begründung. Sie geben den Unternehmen als Glied der Volkswirtschaft und als Stätte deutscher Arbeit selbständige Geltung neben dem in der Gesellschaft angelegten Kapital und leiten damit eine organische

Lösung der früher vorhandenen Schwierigkeiten im deutschen Aktienwesen ein, soweit diese im Recht ihre Ursache haben.

Durch die Erhöhung des Mindestkapitals der Aktiengesellschaften auf 500000 RM. wird diese Rechtsform für die Zukunft auf die Fälle beschränkt, in denen sie zweckmäßig ist, nämlich auf jene, in denen es sich darum handelt, ein Unternehmen auf breiter geldlicher Grundlage zu schaffen und zu diesem Zwecke breite Teile des Volkes zur Aufbringung der erforderlichen Mittel heranzuziehen. Für Beschaffung anonymen Kapitals über diese Fälle hinaus konnte kein Bedürfnis anerkannt werden..."

Einzelheiten

Für die im letzten Absatz genannten Fälle ist somit die Anonymität erhalten geblieben, während sie für andere Fälle nicht mehr in Frage kommt. Im übrigen ist man dazu übergegangen, die Bestimmungen über die Ordnungsmäßigkeit des Gründungsvorgangs und über die Prüfung der Bilanz und Wirtschaftsgebarung zu verschärfen, die Stellung des Vorstands gegenüber dem Aufsichtsrat und der Generalversammlung zu verstärken und die Macht der Generalversammlung einzuschränken. Zu dem Gesetz, in dem nunmehr das Aktienrecht besonders geregelt ist (während es früher einen Teil des Handelsgesetzbuches bildete), sei im einzelnen folgendes ausgeführt:

Eine der wichtigsten Bestimmungen und Neuerungen ist die, daß das Mindestgrundkapital auf 500000 RM. (wie schon in dem oben zitierten Aufsatz des Reichsrechtsführers ausgeführt) und der Mindestnennbetrag der Aktien auf 1000 RM. festgesetzt ist, wobei die bestehenden Aktiengesellschaften eine Sonderregelung erfahren und ein Zwang zur Auflösung nur bei Gesellschaften mit einem Grundkapital unter 100000 RM. besteht. Diese Gesellschaften müssen sich bis zum 31. 12. 1940 umwandeln oder auflösen. Von den 7204 Aktiengesellschaften, die am 31. 12. 1936 als werbende Gesellschaften bestanden, hatten 1445 Gesellschaften ein Grundkapital von weniger als 100000 RM., so daß diese Gesellschaften, also rund ein Fünftel der Gesamtzahl, der Auflösung verfallen, falls sie sich nicht umwandeln oder ihr Grundkapital rechtzeitig auf 100000 RM. erhöhen.

Bei der Regelung der Verfassung der Aktiengesellschaft war maßgebend der Gedanke, den Einfluß der Masse der Aktionäre nach Möglichkeit auszuschalten, um auch auf diesem Gebiete die verheerenden Wirkungen von Zufallsmehrheiten bei Generalversammlungsbeschlüssen zu vermeiden. Nach dem bisherigen Recht war die Generalversammlung der oberste Verwaltungsträger der Aktiengesellschaft. Sie faßte nicht nur die grundsätzlichen Beschlüsse, sondern konnte auch in die Geschäftsführung eingreifen. Dieser beherrschende Einfluß der persönlich nicht verantwortlichen Geldgeber wird nunmehr eingeschränkt, indem das Gesetz die Aufgaben der einzelnen Verwaltungsträger möglichst klar gegeneinander abgrenzt und dem Vorstand die Leitung, dem Aufsichtsrat die Aufsicht und der Hauptversammlung die Entscheidung über die für die Gesellschaft lebenswichtigen Fragen zuweist. Der Vorstand kann nunmehr nicht mehr durch überraschende Beschlüsse der Hauptversammlung behindert werden. Die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt nicht mehr wie bisher der Generalversammlung, sondern grundsätzlich dem Vorstand, womit vermieden werden soll, daß die Beschlüsse über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung von zufälligen Mehrheiten und von unvorhergesehenen Gruppen-

bildungen, das heißt also von nicht verantwortlichen, anonymen Faktoren abhängig sind.

Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Wirtschaftsführung und die Vermeidung von Bilanzverschleierungen wird dadurch erreicht, daß die Prüfung des Jahresabschlusses durch unabhängige, fachkundige, öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zur Pflicht und unabdingbaren Voraussetzung für die Feststellung des Jahresabschlusses gemacht wird (mit der Maßgabe, daß ein ohne Prüfung festgestellter Jahresabschluß nichtig ist).

Von besonderer Bedeutung ist ferner die Bestimmung, daß die Gewinnbeteiligung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in einem angemessenen Verhältnis stehen muß zu den Aufwendungen der Gesellschaft zugunsten der Gefolgschaft oder von Einrichtungen, die dem gemeinen Wohl dienen. Wenn dieses Erfordernis nicht erfüllt wird, kann die Staatsanwaltschaft als Vertreter des öffentlichen Interesses einschreiten und eine Herabsetzung der Gewinnbeteiligung im Klagewege erzwingen. Hierdurch ist sichergestellt, daß die Gefolgschaft in einem gewissen Umfange an dem Gewinn und dem Aufblühen der Gesellschaft beteiligt ist.

Neu sind die Bestimmungen über die Rechtseinrichtung des genehmigten Kapitals: Es handelt sich um die Ermächtigung des Vorstandes, neues Kapital im Wege der Kapitalerhöhung zu beschaffen, wodurch der Vorstand in die Lage versetzt wird, ohne Beteiligung der Hauptversammlung sich bietende Gelegenheiten zur Kapitalbeschaffung rasch und auf einfachem Wege auszunutzen.

Hervorzuheben sind ferner die Bestimmungen, nach denen eine Aktiengesellschaft aus Gründen des öffentlichen Wohles aufgelöst werden kann (bei gesetzwidrigem Verhalten ihrer Verwaltungsträger und dann, wenn diese gegen die Grundsätze verantwortungsbewußter Wirtschaftsführung gröblich verstoßen).

Das Gesetz trat am 1. Oktober in Kraft. Gleichzeitig erging ein Einführungsgesetz, das zum Erlaß der erforderlichen Durchführungs- und Überleitungsvorschriften ermächtigte.

Gesetz über die Prüfung von Jahresabschlüssen

Hervorzuheben ist ferner das „Gesetz über die Prüfung von Jahresabschlüssen" vom 3. Juni, das dem Reichsjustizminister die Ermächtigung gab, die Pflichtprüfung, die nach dem obigen Aktiengesetz für Aktiengesellschaften obligatorisch ist, auch für die G. m. b. H. und andere Wirtschaftsunternehmen wie Einzelfirmen, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, soweit sie Bank- oder Sparkassengeschäfte im Inlande betreiben, einzuführen (von dieser Ermächtigung hat der Reichsjustizminister durch die „Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse von Kreditinstituten" vom 7. Juli Gebrauch gemacht), und das „Gesetz über die Eintragung von Handelsniederlassungen und das Verfahren in Handelsregistersachen" vom 10. August:

Gesetz über die Eintragung von Handelsniederlassungen und das Verfahren in Handelsregistersachen

Durch dieses Gesetz wird die Regelung, die das Aktiengesetz in den §§ 35—37 bereits für Zweigniederlassungen von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien getroffen hat, für alle Zweigniederlassungen von Wirtschaftsunternehmungen eingeführt, so daß jetzt für Zweigniederlassungen einheitliches Recht gilt. Die Anmeldung von Zweigniederlassungen wird vereinfacht und verbilligt, die kostspieligen Veröffent-

lichungen werden vermindert. Insoweit werden die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs geändert.

Eine weitere Änderung des HGB. brachte das „Gesetz zur Änderung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches über das Seefrachtrecht" vom 10. August.

Seefrachtrecht

Dieses Gesetz übernimmt die sogenannten Haager Regeln, die Vorschriften des am 25. August 1924 in Brüssel unterzeichneten „Internationalen Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über Konnossemente" in das deutsche Recht.

Erwähnt sei schließlich noch das im 12. Abschnitt bereits behandelte „Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren" (4. Februar). —

Innerhalb der ständischen Ordnung der Rechtswahrer ist als besonders wichtig die Reichsnotarordnung vom 13. Februar hervorzuheben. Mit ihr ist gleichzeitig das letzte bisher noch der Landesgesetzgebung verbliebene Gebiet der Justizorganisation auf das Reich überführt. Sie bildet den Schlußstein der großen Rechtspflegeüberleitungsgesetzgebung des Dritten Reiches.

Reichsnotarordnung

Auch das Notariatswesen war in den verschiedenen Ländern unterschiedlich geregelt gewesen. Es gab die verschiedensten Systeme. Bei der Vereinheitlichung und Neugestaltung des Notariatswesens war die Frage, zu welchem System man sich bekennen sollte: Behörden-, Beamten- oder freiberufliches Notariat, „Nur-Notariat" oder „Anwalts-Notariat", Beurkundungsmonopol oder parallele Zuständigkeit von Notar und anderen Behörden, insbesondere den Gerichten.

Das Gesetz hat diese Frage wie folgt geregelt:

Es hat den Notar weder als freien Beruf im Sinne des Anwalts noch als Beamten im Sinne der Beamtengesetzgebung bestimmt, sondern unterwirft den Notar einem eigenen Recht, das in der Reichsnotarordnung einheitlich gestaltet wird. Der Notar ist danach den Bestimmungen des Beamtengesetzes im allgemeinen nicht unterworfen; er ist zugleich Treuhänder der Interessen seines jeweiligen Auftraggebers und Amtsträger eigener Art nach den Grundsätzen, wie sie Reichsminister Dr. Frank etwa folgendermaßen formuliert hat: „Es muß eine Stelle da sein, die gleichzeitig in dem Schnittpunkt der Autorität des Staates und seiner traditionellen Rechtssicherungsgarantie einerseits steht und andererseits der freien Elastizität der Willensbildung und Gestaltung der eigenen Belange dient." (Dr. Frank bei der Eröffnung der Reichsnotarkammer, Deutsche Notar-Zeitschrift 1935, Seite 257.)

In der Frage „Nur-Notar" oder „Anwaltsnotar" hat sich die RNO. im § 7 für den „Nur-Notar" entschieden, und damit den für die Trennung von Notariats- und Anwaltsberuf vorgebrachten Argumenten das stärkere Gewicht beigelegt: Notar und Anwalt üben letzten Endes verschiedene Funktionen aus. Während der Anwalt regelmäßig im Interesse einer Partei tätig ist, steht der Notar als rechtsgestaltender Mittler zwischen mehreren Volksgenossen. Der Anwalt ist so begrifflich Vertreter, der Notar dagegen begrifflich Vermittler. Eine sofortige Überführung des Anwaltsnotariats in das Nurnotariat, das heißt eine alsbaldige Aufspaltung der bisher in Personalunion stehenden Berufe ist dagegen nicht vorgesehen.

Die RNO. beläßt demgemäß nicht nur alle bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Anwaltsnotare im Amt, sondern sieht im § 8 Abs. 2 vor, daß, soweit in bestimmten Gerichtsbezirken ein Bedürfnis dafür besteht, vorläufig dort auch noch Rechtsanwälte als Notare bestellt werden können. Damit sind für die Zukunft alle Möglichkeiten für eine bewegliche Notariats-Personalpolitik eröffnet. In Großstädten wird man zum Beispiel Notariat von Anwaltschaft trennen, während in Kleinstädten noch ein Bedürfnis für Zusammenlegung vorhanden sein wird.

Hinsichtlich der Frage des Beurkundungsmonopols bestimmt § 77, daß, soweit für die den Notaren zugewiesenen Amtsgeschäfte nach den bisherigen Vorschriften auch andere Stellen zuständig sind, diese Vorschriften unberührt bleiben, und ferner, daß, soweit andererseits nach den bisherigen Vorschriften für Beurkundungen (einschließlich Beglaubigungen) nur die Notare zuständig sind, auch diese Bestimmungen vorerst fortgelten sollen.

Im übrigen wird der Notarstand nach der RNO. analog dem Anwaltsstande aufgebaut, das heißt es werden Notarkammern in den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken und ebenso eine Reichsnotarkammer errichtet.

Hinsichtlich der Eignung zum Notar hält die RNO. daran fest, daß der Notar wie bisher schon in Preußen die Befähigung zum Richteramt haben muß. Dementsprechend können also Juden nicht Notare sein.

Wie bei der Anwaltschaft ist auch hinsichtlich der Ausbildung zum Notar der Probe- und Anwärterdienst eingeführt (§ 5).

Desgleichen gilt auch für die Anzahl der Notare der numerus clausus (§ 6).

Am 30. Juli folgte die Bekanntmachung des Reichsministers der Justiz über die Satzung der Reichsnotarkammer.

Ausbildung des Verwaltungsnachwuchses

Große Bedeutung für die Verwaltungsreform hat die „Verordnung über die Ausbildung für den höheren Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung" vom 29. Juni. Sie schafft erstmalig einheitliches Recht im ganzen Reich auf dem Gebiet der Nachwuchsausbildung der höheren Verwaltungsbeamten.

Denn bisher herrschten auch auf diesem Gebiet in den einzelnen Ländern die verschiedensten Bestimmungen. Sie unterschieden sich nicht nur hinsichtlich der Länge der Ausbildung, sondern auch dem System nach. So gab es zum Beispiel in Bayern das System der einheitlichen Ausbildung für Richter, Anwälte und Verwaltungsbeamte, wobei die Ausbildung 4 Jahre nach dem Referendarexamen umfaßte, während in Preußen kurz nach der Machtübernahme von Hermann Göring als preußischem Innenminister die frühere, getrennte Ausbildung von Gerichts- und Regierungsreferendaren wieder eingeführt worden war. Die Verordnung hat nun diese Frage im Sinne der preußischen Regelung und damit einer getrennten Ausbildung von Verwaltungs- und Justiznachwuchs entschieden. Die jetzige Regelung kommt im allgemeinen einer Ausdehnung der bisher in Preußen in Geltung befindlichen Vorschriften auf das ganze Reich gleich. Danach ist die Ausbildung der Regierungsreferendare mit denen der Gerichtsreferendare von der Universität bis zur Amtsgerichts-

station (einschließlich des ersten juristischen Staatsexamens) nach den Vorschriften der bereits 1934 vereinheitlichten Justizausbildungsordnung gemeinsam. Danach beginnt nach erfolgter Übernahme als Regierungsreferendar die besondere Ausbildung für die Verwaltung, die 2 Jahre 7 Monate, im ganzen also ebenso wie bei der Justiz 3 Jahre (vom Referendarexamen ab) beträgt. Die Ausbildung wird durch ein zweites Staatsexamen (Regierungsassessor) abgeschlossen. —

Akademie für Deutsches Recht

Aus der in diesem Bande verschiedentlich schon erwähnten Arbeit der Akademie für Deutsches Recht sei nochmals besonders hervorgehoben die Konstituierung eines besonderen Ausschusses für Kolonialrecht und die Gründung je einer deutsch-italienischen und einer deutsch-polnischen Arbeitsgemeinschaft. — Über den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB.) wurde bereits im 13. Abschnitt im Zusammenhang mit der Rede des Reichsrechtsführers Pg. Dr. Hans Frank vor dem Parteikongreß berichtet.

NSRB.

20. Abschnitt:

Rasse und Volksgesundheit

Die bevölkerungspolitische Lage

„Wie der Direktor im Statistischen Reichsamt, Dr. Burgdörfer, in der Hochschule für Politik ausführte, steht unser Volk trotz der erfreulichen Zunahme der Eheschließungen und Geburten im neuen Staat noch immer in einer biologischen Lebenskrisis. Obgleich in den letzten Jahren 830000 Kindern mehr das Leben geschenkt wurde als in den geburtsarmen Jahren 1932/33, ist es dennoch nicht möglich, seinen augenblicklichen Bestand zu erhalten. Statt der 100 Kinder, die nötig wären, um den Volksbestand zu gewährleisten, werden nur 88 geboren.

In der Zeit von 1900 bis 1933 sank die Zahl der Lebendgeburten von 2 Millionen auf weniger als 1 Million jährlich. Dieser katastrophale Geburtenrückgang hatte seine Ursache nicht nur in wirtschaftlicher Not, sondern war vor allem auch eine Folge des liberalistisch-individualistischen Denkens der Systemzeit. Der einzelne fühlte sich nicht als Glied einer Kette, in ihm konnte deshalb auch nicht die Verantwortung für die Bildung neuer lebenstüchtiger Glieder geweckt werden.

Erst die Neuwerdung unseres Volkes im Jahre 1933 brachte auf allen Gebieten das Wunder des Wiedererwachens des völkischen Lebenswillens und damit des Willens zum Kinde hervor."

— so berichtete die NSK. am 3. Mai, und es zeigte sich darin, daß zum Geburtenausgleich immer noch 12 v. H. fehlten. Es handelt sich hier um die Zukunftsfrage der Nation. Nicht nur der deutsche Wirtschaftsaufstieg, sondern in erster Linie der Gesinnungswandel im deutschen Volk, die Erkenntnis

„Alles, was wir tun, tun wir letzten Endes für das Kind! Und wenn wir oft glauben, für unsere Zeit zu sorgen, so ist der höchste Sinn unserer Zeit und unseres Lebens doch nur der eine: das Leben unseres Volkes zu sichern. Das ist letzten Endes die größte und schönste Belohnung, die es gibt. Beide Geschlechter können hier ihre Pflicht und ihre Aufgabe erfüllen." (Adolf Hitler zu den deutschen Frauen beim Reichsparteitag 1937 — siehe 13. Abschnitt.)

hat den grundsätzlichen Umschwung gebracht, der aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich wird:

	Eheschließungen	Geburten
1932	517000	971000
1937	620000	1276000

Und wenn man das erste nationalsozialistische halbe Jahrzehnt (1933

bis 1937) mit den fünf vorhergehenden Jahren (1928 bis 1932) vergleicht, so ergibt sich ein Mehr von

460000 Eheschließungen
und 1130000 Geburten.

In diesen nüchternen Zahlen drückt sich der gewaltige deutsche Umschwung aus, der Sieg des Lebens, der Glaube an die Zukunft. Und wenn überhaupt in Zahlen das Vertrauen des Volkes zum nationalsozialistischen Reich und seiner Zukunft zum Ausdruck gebracht werden kann, dann in diesen Zahlen!

Aber wie eingangs dargelegt, darf diese aufsteigende Lebenskurve nicht dazu verführen, sich mit dem erreichten Erfolg zufriedenzugeben. Es müssen im Gegenteil alle Energien eingesetzt werden, um diese Zahlen zu steigern, auf daß Deutschland in dem — auf die Dauer stets entscheidenden — Kriege, dem „Krieg der Wiegen", Sieger sein möge.

Die von staatlicher Seite beschrittenen Wege wurden in den früheren Bänden zu wiederholten Malen in ihrer zeitlichen Entwicklung geschildert.

Ehestandsdarlehen

Die seit 1. Juni 1933 gegebenen Ehestandsdarlehen (siehe Band 1933, Seite 230 f.) wurden im Laufe des Jahres 1937 in ihrer Anwendungsmöglichkeit erweitert, worüber Staatssekretär Pg. Reinhardt im Herbst (bei der Eröffnung einer neuen Reichsfinanzschule in Meersburg) ausführte:

„... Wir haben seit August 1933 bis heute bereits über 800000 Ehestandsdarlehen im Gesamtbetrag von mehr als 500 Millionen Reichsmark gewährt. Wir werden weiterhin rund 200000 Ehestandsdarlehen jährlich gewähren. Für jedes in der Ehe lebend geborene Kind wird eine Ermäßigung des für die Rückzahlung in Betracht kommenden Betrages um 25 v. H. gewährt. Außerdem kann auf Antrag die Tilgung auf die Dauer von zwölf Monaten nach der Geburt eines jeden Kindes ausgesetzt werden. Wir haben bereits weit mehr als 600000 Darlehnserlasse im Gesamtbetrag von 90 Millionen Reichsmark gewährt...

... Voraussetzung für die Gewährung eines Ehestandsdarlehens ist bisher gewesen, daß sich die künftige Ehefrau in den beiden letzten Jahren vor Einbringung des Antrags mindestens neun Monate in einem Arbeitsverhältnis befunden hat und sich verpflichtet, vor der Verheiratung aus dem Arbeitsverhältnis auszuscheiden und grundsätzlich nicht in dieses zurückzukehren. Zweck dieser Voraussetzung war, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Heute besteht nicht mehr Massenarbeitslosigkeit, sondern da und dort bereits Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Die Erfordernisse des zweiten Vierjahresplans gebieten, daß alles nur Denkbare geschieht, um den Bedarf an geeigneten Arbeitskräften zu decken.

Demgemäß werden mit Wirkung ab 1. Oktober dieses Jahres, also ab heute, Ehestandsdarlehen auch dann gewährt, wenn die künftige Ehefrau nicht aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis ausscheidet. Die Folge wird wahrscheinlich eine bedeutende Zunahme der Eheschließungen im kommenden Winter sein.

Den bereits verheirateten Frauen, die Ehestandsdarlehen erhalten haben, ist mit Wirkung ab heute bis auf weiteres erlaubt, wieder erwerbstätig zu werden..."

(Hierzu sei auf das „Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen" vom 3. November verwiesen.)

Kinderbeihilfen

In der gleichen Rede sprach Pg. Reinhardt über die Entwicklung der Kinderbeihilfen, die seit 1935 als einmalige Beihilfen gezahlt wurden („Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien" vom 15. September 1935 — siehe Band 1935, Seite 285) und seit 1. Juli 1936 dann auch als laufende Beihilfen (siehe Band 1936, Seite 42) eingeführt worden sind. Über die bisherige Leistung und die weitere Entwicklung sagte Pg. Reinhardt u. a.:

„... Wir wenden auch erhebliche Summen zur Gewährung von Kinderbeihilfen auf, gegenwärtig rund 10 Millionen Reichsmark monatlich. Wir haben seit Oktober 1935 bis heute bereits mehr als 500000 einmalige Kinderbeihilfen im Durchschnittsbetrag von 340 Reichsmark an minderbemittelte kinderreiche Familien gewährt. Wir gewähren außerdem seit August 1936 laufende Kinderbeihilfen.

Die laufenden Kinderbeihilfen sind bisher nur an Sozialversicherungspflichtige gewährt worden, deren ungekürzter Lohn monatlich 185 Reichsmark nicht übersteigt, und zwar 10 Reichsmark monatlich für das fünfte und jedes weitere Kind unter sechzehn Jahren. In einem der letzten Reichsgesetzblätter (Nr. 103 vom 18. September 1937) sind neue Bestimmungen über die Gewährung von Kinderbeihilfen erschienen. Durch diese neuen Bestimmungen ist der Kreis der Beihilfeberechtigten mit Wirkung ab 1. Oktober dieses Jahres vergrößert worden.

Die Vergrößerung besteht in zweierlei:

1. Die Grenze für den rohen Arbeitslohn ist von 185 auf 220 Reichsmark monatlich erhöht worden.
2. Es werden laufende Kinderbeihilfen von 10 Reichsmark monatlich für das fünfte und jedes weitere Kind unter sechzehn Jahren auch an Nichtsozialversicherungspflichtige, insbesondere also an die kinderreichen kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden, Landwirte usw., deren einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen 2100 Reichsmark nicht übersteigt, gewährt. Eine weitere Voraussetzung ist, daß das Vermögen der Eltern und der unter sechzehn Jahre alten Kinder 50000 Reichsmark nicht übersteigt. Die Vermögensgrenze erhöht sich um je 10000 für das sechste und jedes weitere Kind unter sechzehn Jahren...."

(Bei den hier genannten neuen Bestimmungen handelt es sich um die „Sechsten Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien" vom 31. August.) —

Im Rahmen der Fürsorge und Hilfe für das Kind ist vor allem auch die einzigartige Leistung des Hilfswerks „Mutter und Kind" der NSV. hervorzuheben, die bereits im 17. Abschnitt dargestellt wurde.

Krankenkassen und Bevölkerungspolitik

Angesichts der in Deutschland neu gewonnenen gesunden Einstellung zum Nachwuchs mußte es auch als vornehmste Aufgabe der Krankenkassen erscheinen, diesen Nachwuchs und insbesondere die kinderreichen

Familien zu fördern. Als Beispiel sei ein Erlaß des Reichsarbeitsministers an die Sozialministerien der Länder angeführt, der darauf hinwies,

> „daß das Bedürfnis nach Mehrleistungen, die die Krankenkassen auf Grund ihrer Satzungen gewähren können, und die die Pflichtleistungen ergänzen und erweitern, bei den kinderreichen Familien in höherem Maße als bei kinderarmen oder kinderlosen Versicherten besteht. Die Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Festsetzung von Mehrleistungen in der Familienhilfe verstößt nicht gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung der Kassenmitglieder..." (V. B., 3. März.)

— und eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom Herbst 1937, die dahin ging, daß die Unfruchtbarkeit bei Ehefrauen als Krankheit im Sinne der Krankenversicherung anerkannt wird — und damit ihre ärztliche Behebung auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgt.

Förderung der Frühehe

Am 10. August wurde auch das erste Gesetz zur Förderung der Frühehe erlassen: die „Dreißigste Änderung des Besoldungsgesetzes", die den jungen Beamten durch Verbesserung der Bezüge die Eheschließung erleichtern sollte.

Reichsbund der Kinderreichen

Der Blick in die Zukunft weist den Weg, den Deutschland zu gehen hat:

> „Wir hatten jedes Vertrauen zu unserer nationalen Zukunft verloren, und es konnte gar nicht wundernehmen, daß sich dieser Verlust an Zukunftshoffen am deutlichsten in einer wachsenden, nach und nach erschreckende Ausmaße annehmenden Kinderarmut auswirkte. Wir aber haben das Wort jenes französischen Staatsmannes in sein Gegenteil umgekehrt! Für uns sind nicht zuviel, sondern zu wenig Deutsche auf der Welt!
>
> Wenn Deutschland seine großen nationalen und internationalen Aufgaben erfüllen will, kann es das nicht allein mit Macht, mit Lebensraum und mit technischen Hilfsmitteln tun. Alles das ruft nach den Armen der Menschen. Darum fordert der neue Staat den Kinderreichtum. Die Bevölkerungszunahme ist ein mutiges Aufbäumen gegen den schleichenden Volkstod, der von 1918 bis 1933 über Deutschland gekommen war. Nur wachsende Völker sind junge Völker, und nur junge Völker werden auf die Dauer in der Welt bestehen können!"

— so sprach Reichsminister Pg. Dr. Goebbels als Schirmherr des Reichsbundes der Kinderreichen (RdK.) bei dessen Reichstagung, die vom 5. bis zum 7. Juni in Frankfurt am Main unter dem Leiter des RdK., Pg. Stüwe, durchgeführt wurde.

Ehrenbuch für die kinderreiche deutsche Familie

Gegen Jahresende wurde auch ein Ehrenbuch für die deutsche kinderreiche Familie geschaffen, in dem es heißt:

> „Deutsche kinderreiche Familie!
>
> Sei in deinem Lebenswandel vorbildlich! Halte deine Ehre sauber, nur so kannst du das Ansehen der deutschen kinderreichen Familie auf die Dauer sichern! Fordere nichts, was dir nicht zusteht, und lasse dich bei der Vertretung deines Rechtes nie von der Wahrheit abbringen! Erziehe

die in deinem Schoße aufwachsenden Kinder in nationalsozialistischem Geiste zu wertvollen Mitgliedern der deutschen Volksgemeinschaft!
Halte unserem Führer Adolf Hitler die Treue!"

und das am 2. Dezember erstmalig feierlich verliehen wurde.

Trennung zwischen erbgesunden und asozialen Kinderreichen

Bei allen Maßnahmen zur Steigerung der Kinderzahl durfte nicht außer acht gelassen werden, daß es sich hier nicht nur um eine Frage der Quantität handelt, sondern auch um die Qualität, das heißt zwischen erbgesunden und asozialen Kinderreichen muß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden. So wurde zum Beispiel von der Reichstagung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. in Zittau (im Mai) berichtet:

„... Völlig neuartig in der praktischen Rassenpolitik ist die in Sachsen aufgestellte Kartei sämtlicher kinderreicher Familien. Die Kartei hat den Zweck, einen scharfen Trennungsstrich zwischen den auf Kosten der Allgemeinheit lebenden meist asozialen Großfamilien und den anständigen und tüchtigen kinderreichen Familien zu ziehen. Als der Führer das Kind zum wertvollsten Besitz und die Familie zur wertvollsten Zelle des Volkes erklärte, neigten viele — und besonders alle vom Bettel und Mitleid lebenden, meist durch hohe Kinderzahlen hervorstechenden Elemente — dazu, Kind gleich Kind zu setzen und alle diejenigen, die viele Kinder besaßen, versuchten, in möglichst starkem Maße in den Genuß der für Kinderreiche bereits durchgeführten fördernden Maßnahmen der Partei und des Staates zu kommen.

So drohte eine nutzlose Verschwendung von Mitteln an Unwürdige auf Kosten der oft zu bescheidenen Wertvollen einzureißen. Die Kinderreichen-Kartei in Sachsen wurde durch Mitarbeit sämtlicher Parteigliederungen und verschiedener Staatsstellen ermöglicht. Sie gibt mit völliger Sicherheit Auskunft über den Erbwert der kinderreichen Familien, da als Beurteilungsgrundlage die Lebensbewährung genommen wurde..."

Familienbuch

Zur Erleichterung jeglicher rassischen und erbbiologischen Betrachtung wurde durch das neue „Personenstandsgesetz" vom 3. November ja auch das Familienbuch eingeführt, worüber bereits im vorigen (19.) Abschnitt berichtet wurde.

Aufklärungsarbeit des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.

Im Sinne der in den früheren Bänden behandelten rassebiologischen Gesetzgebung (siehe insbesondere den 14. Abschnitt des Bandes 1935) und vor allem im Sinne der rassischen Ertüchtigung und Gesundung des deutschen Volkes wurde vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP. unermüdliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Schrift, Bild und Film geleistet.

Rede des Reichsärzteführers vor dem Parteikongreß über die Wandlung in der Gesundheitspolitik

Vor allem aber wurde in dem von der nationalsozialistischen Erkenntnis geschaffenen neuen Rahmen der deutschen Ärzteschaft eine völlig neue Aufgabe gestellt. Der Reichsärzteführer, Hauptdienstleiter Pg. Dr. Gerhard Wagner, sagte in seiner Rede vor dem Parteikongreß beim Reichsparteitag der Arbeit (siehe 13. Abschnitt):

„... Der Umbruch der nationalsozialistischen Weltanschauung hat auf allen Gebieten unseres völkischen Lebens und so auch in der Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik zu grundlegenden Wandlungen

geführt. Man kann die Gesundheitspolitik der Vergangenheit vielleicht mit zwei Ihnen bekannten Schlagworten kennzeichnen:

Das eine Schlagwort von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, führte dazu, daß man den einzelnen Menschen betreute und ihm Fürsorge zuteil werden ließ ohne Rücksicht darauf, ob er ein wertvolles oder wertloses Glied des Volksganzen, ob er deutschen, artfremden oder jüdischen Blutes war.

Das andere Schlagwort vom Recht des Menschen auf seinen eigenen Körper — ebenfalls aus liberalistisch-marxistischem Geist geboren — war die Ursache, daß jeder glaubte, tun und lassen zu können, was ihm persönlich genehm war, ja, daß man sich ernstlich darüber unterhielt, ob man nicht auch der werdenden Mutter das Recht zubilligen müßte, nicht nur über ihren Leib, sondern auch über die Frucht in ihrem Leibe zu verfügen, also nach Gutdünken abzutreiben.

Heute steht über diesem Recht des Menschen auf seinen eigenen Körper das Recht des deutschen Volkes, und daraus entspringen für den einzelnen nicht Rechte, sondern Pflichten, in erster Linie die Pflicht, sein Leben und seine Lebenshaltung so einzurichten, wie er es gegenüber seiner eigenen Gesundheit, vor seiner Familie und seinem Volke verantworten kann.

Und heute wissen wir, daß auch das zweite Schlagwort von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, falsch war, und daß die Völker und Rassen, aber auch die einzelnen Menschen nach ihren Anlagen, nach ihrer Erbmasse, verschieden sind. Wenn das heute jeder Volksgenosse und jedes Kind weiß, so verdanken wir das einzig und allein der Lehre unseres Führers, der seinem Volk in den kurzen Ausführungen seines Buches „Mein Kampf" — dem Schicksalsbuch der deutschen Nation — mehr gegeben hat als andere vor und nach ihm in dickleibigen Folianten..."

Aufgaben der Gesundheitsführung

Und über die Aufgaben der Gesundheitsführung (im Gegensatz zur früheren rein individualistischen Einstellung, die lediglich den einzelnen Patienten sah) führte Pg. Wagner u. a. aus:

„... Der Gesundheits- und Leistungszustand des deutschen Volkes gibt zwar zu keinerlei Besorgnissen Anlaß und ist zweifellos nicht schlechter als in allen anderen Staaten — der nationalsozialistische Gesundheitspolitiker aber kann sich keinesfalls mit den jetzigen Verhältnissen abfinden.

Wenn wir vom deutschen Menschen den höchsten Einsatz für Volk und Vaterland verlangen, so ist es auch unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, alles zu tun, um diesen deutschen Menschen so stark und leistungsfähig wie möglich zu machen.

Wir betrachten das als unsere Pflicht aus wirtschaftlichen, wehrpolitischen und weltanschaulichen Gründen. Wir haben heute schon Mangel an Arbeitskräften — besonders Facharbeitern —, der Mangel muß sich infolge des schwachen Nachwuchses in den nächsten Jahren noch steigern und wir können ihn nur ausgleichen durch Leistungserhaltung und Leistungssteigerung der jetzt lebenden Generation, um nicht einmal gezwungen zu sein, nicht nur Rohstoffe, sondern auch lebendige Arbeitskräfte nach Deutschland einführen zu müssen.

Ich freue mich, hier feststellen zu können, daß ein immer größerer Teil der Betriebsführer uns bereitwilligst in unseren Bestrebungen unterstützt in der Erkenntnis, daß auch für sie das kostbarste Kapital nicht der Betrieb als solcher und das Bankkonto ist, sondern die Arbeitskraft der im Betriebe schaffenden deutschen Menschen.

Und sollte — wovor uns ein gütiges Geschick bewahren möge — dem deutschen Volk ein Kampf um seine Existenz und Ehre aufgezwungen

werden, so müssen wir uns auch hier darüber klar sein, daß trotz aller modernen Kampfmittel doch immer wieder das Entscheidende sein werden die Menschen, die diese Kampfmittel bedienen und in der Heimat herzustellen haben.

Zu diesen beiden wirtschaftlichen und wehrpolitischen Gründen kommt für uns noch eine politische und weltanschauliche Verpflichtung gegenüber dem deutschen Arbeiter. — Ich bin überzeugt, der deutsche Arbeiter wird niemals mehr abseits von seiner Volksgemeinschaft stehen, wenn er weiß, daß alles getan wird, um ihn als vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft bis ins hohe Alter voll arbeitsfähig zu erhalten.

Wenn wir nun die vorhandenen Schäden beheben wollen, so müssen wir ihrer Ursache nachgehen. Wodurch sind denn diese unbefriedigenden Zustände hervorgerufen, obwohl doch deutsche Medizin und Wissenschaft ebenso wie die deutsche Sozialversicherung von der ganzen Welt als vorbildlich anerkannt werden? — Meiner Meinung nach einzig und allein dadurch, daß man immer wieder gewartet hat, bis das Kind in den Brunnen gefallen war. Man wartete, bis der Mensch krank war, man wartete auch in der Sozialversicherung, bis der Krankheitsfall medizinisch und — was vielleicht noch wichtiger war — juristisch eingetreten war, um dann diesen schon eingetretenen Schaden nach Möglichkeit wieder zu beheben oder zu bessern.

Das kann nicht das Ziel unserer nationalsozialistischen Gesundheitspolitik sein. Wir wollen nicht warten, bis der Schaden und die Krankheit eingetreten sind, sondern wir wollen die Krankheit verhüten dadurch, daß wir vorbeugend eingreifen und Abweichungen vom Normalen feststellen, bevor sie als Krankheit dem Betroffenen zum Bewußtsein gekommen sind.

Nicht dasjenige Volk ist das gesündeste, das die meisten und schönsten Krankenhäuser hat, sondern dasjenige, das die wenigsten braucht!

Vom Amt für Volksgesundheit der Partei und Deutschen Arbeitsfront haben wir gemeinsam mit den Versicherungsträgern im letzten Jahre zunächst in vier Gauen, denen schon im nächsten Jahre weitere folgen werden, begonnen, zunächst einmal alle schaffenden Deutschen in den Betrieben nach einem einheitlichen Untersuchungsschema, dem Gesundheitsstammbuch der NSDAP., zu untersuchen, um überhaupt erst einmal eine Gesundheitsbilanz des deutschen Volkes zu ziehen. Den Arbeitern werden die anderen Bevölkerungsgruppen, insbesondere die Bauern, folgen, deren Gesundheits- und Leistungszustand im allgemeinen nicht besser ist als der des deutschen Arbeiters. Diese Untersuchungen sollen in gewissen Abständen wiederholt werden, — eine für die ganze Welt neue, aber eigentlich selbstverständliche Maßnahme, wenn man sich einmal überlegt, daß der Mensch Maschinen, Autos, Motoren laufend kontrollieren und nachsehen läßt, bei seinem eigenen Motor aber immer wartet, bis er nicht mehr funktionsfähig ist ..."

Betriebsuntersuchungen

Im Sinne dieser Ausführungen wurden im Zusammenwirken mit der Deutschen Arbeitsfront überall im Reich die Betriebsuntersuchungen in Angriff genommen und damit wichtige Grundlagen einer wirklichen Gesundheitsführung gelegt.

(Es muß auch an dieser Stelle wieder an die Arbeit der NSV. mit ihrem Tuberkulose-Hilfswerk erinnert werden, über das bereits im 17. Abschnitt berichtet wurde.)

Öffentlicher Gesundheitsdienst

In vorderster Front der Gesundheitsführung steht natürlich der öffentliche Gesundheitsdienst mit seinen Gesundheitsämtern, über deren Leistung Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick (bei der 3. Reichstagung der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Wildbad, 20. bis 23. Mai) sagte:

„... Die Aufgaben der Erb- und Rassenpflege waren die vordringlichsten, die es nach der Machtübernahme zu lösen galt. Darüber aber haben wir die anderen Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens nicht vergessen! Deshalb haben wir das für die Gesundheitsverwaltung fundamentale Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens geschaffen, das bereits am 1. April 1935 in Kraft trat. Es schuf einen für das ganze Reich einheitlichen Verwaltungsapparat in Form der Gesundheitsämter. Es ist ein Stück vorläufiger Verwaltungsreform, der allgemeinen Reichsreform vorausgenommen.

In den zwei Jahren seit Bestehen des Gesetzes ist Erstaunliches geleistet worden. 745 Gesundheitsämter, und zwar 655 staatliche und 90 kommunale, wurden im Reiche errichtet. Ein Netz von Fürsorge- und Beratungsstellen wurde über das Reich ausgebreitet. Zugleich haben die Gesundheitsämter sich sofort ihren praktischen Aufgaben zugewandt. Ihre Arbeitsleistung spiegelt sich in folgenden Zahlen wider:

In der Erb- und Rassenpflege wurden, abgesehen von den Untersuchungen zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, die einen breiten Raum einnahmen, schon im ersten Jahre des Bestehens der Gesundheitsämter rund 330000 Ehestandsdarlehensbewerber, über 41000 bäuerliche Siedler und deren Angehörige untersucht und begutachtet, sowie rund 150000 weitere Untersuchungen von Kinderreichen, Einbürgerungsbewerbern und sonstige Begutachtungen in erbbiologischer Hinsicht vorgenommen.

Das ergibt zusammen allein auf diesem Gebiet eine Leistung von mehr als 500000 Untersuchungen. In der Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfürsorge steht, dem zahlenmäßigen Umfang nach, die Schulgesundheitspflege an erster Stelle. Im Jahre 1935 haben die Gesundheitsämter rund 7,5 Millionen Schulkinder laufend betreut, von ihnen sind 2,8 Millionen durch Reihenuntersuchungen auf ihren Gesundheitszustand ärztlich geprüft und über 500000 als „Überwachungsschüler" einer besonderen ärztlichen Beobachtung und Betreuung unterzogen worden.

Den zweiten Platz nimmt die Tuberkulosefürsorge ein. Sie wurde im Jahre 1935 in 1817 ärztlich geleiteten Fürsorgestellen und ferner von 4471 Gesundheitspflegerinnen und Fürsorgeschwestern ausgeübt. 1361000 Personen nahmen die Tuberkulosefürsorge in Anspruch. Für sie wurden 1212000 körperliche Untersuchungen, 1068000 Röntgendurchleuchtungen und -aufnahmen und 605000 sonstige Untersuchungen und Ermittlungen ausgeführt.

Die Säuglingsfürsorge hat mehr als zwei Drittel aller Säuglinge erfaßt, das ergibt etwa 800000 Säuglinge. Dank der vielenorts vorbildlichen Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsämtern und den Dienststellen der NSV., die insbesondere durch wirtschafts- und heilfürsorgerische Maßnamen zusätzliche Hilfe leisteten, ist der Erfolg dieser Arbeit nicht ausgeblieben und die Säuglingssterblichkeit in erfreulichem Maße zurückgegangen. Ich begrüße an dieser Stelle insbesondere die Zusammenarbeit mit der NSV., die zu einer immer engeren und sich ergänzenden Mütter- und Säuglingsbetreuung ausgestaltet worden ist.

Überblicken wir die Gesamtarbeit der Gesundheitsämter und ihrer Beratungsstellen, so können wir feststellen, daß schon im Jahre 1935 infolge

des Ausbaues der Gesundheitsämter und der einheitlichen Arbeit mehr als 7 Millionen deutsche Menschen in gesundheitlicher Hinsicht von ihnen betreut worden sind. Berücksichtigt man dabei, daß ja nur solche Personen erfaßt werden, die besonderer Betreuung bedürfen, so kann man bereits heute von einer umfassenden Gesundheitspflege des Staates sprechen ..."

Ministerialdirektor Gütt über die Aufgaben der Gesundheitsämter

Der Leiter der Abteilung „Volksgesundheit" im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Gütt, kennzeichnete die Aufgaben der Gesundheitsämter folgendermaßen (VB., 30. Januar):

„Die Aufgaben der Gesundheitsämter sind durch das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens reichseinheitlich festgelegt. Sie gliedern sich in folgende drei Hauptgebiete:

1. Gesundheitsschutz der Bevölkerung (Bekämpfung und Verhütung der Weiterverbreitung von gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten, allgemeine Hygiene, Beaufsichtigung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, Anstalten und Medizinalpersonen, Lebensmittelkontrolle u. a. m.).
2. Gesundheitliche Vor- und Fürsorge für gesunde, krankheitsbedrohte und erkrankte Volksgenossen — ausschließlich Behandlung —, Mütter- und Schwangerenberatung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Schulgesundheitspflege, Berufsberatung; Tuberkulose-, Geschlechtskranken-, Krüppel-, Süchtigen-Fürsorge, Mitwirkung bei Maßnahmen zur Förderung der Körperpflege, Leibesübungen und der Erziehung zur gesunden Lebensführung.
3. Erb- und Rassenpflege einschließlich Eheberatung.

Durch die reichseinheitliche Regelung dieser gesundheitspolitischen Aufgaben ist die individuelle Gesundheitspflege zum ‚Öffentlichen Gesundheitsdienst' erhoben worden. Im Vordergrund aller Maßnahmen steht der deutsche Mensch, der vor Erkrankungen geschützt, in seiner natürlichen Widerstandsfähigkeit gestärkt und in seiner Berufsfähigkeit erhalten werden soll."

(Es sei hier auch auf die zusammenfassende Darstellung im Band 1936, Seite 150 bis 151, verwiesen.) —

Tagungen auf dem Gebiet der Heilkunde

An wichtigen Veranstaltungen auf dem Gebiet der Heilkunde seien der XII. Internationale Homöopathische Kongreß (in Berlin vom 9. bis zum 15. August unter der Schirmherrschaft von Pg. Rudolf Heß) und das Reichstreffen der Deutschen Volksgesundheitsbewegung (in Düsseldorf, 7. bis 8. August) erwähnt, wo der Reichsärzteführer Pg. Dr. Gerhard Wagner sprach und zum Ausdruck brachte, daß (an Stelle heftiger Fehden zwischen verschiedenen Heilmethoden) die Naturheilkunde mehr und mehr in die medizinische Heilkunde eingebaut werden müsse. — Vor allem aber ist der III. Internationale Kongreß für ärztliche Fortbildung (in Berlin, 21. bis 25. August) hervorzuheben, wo Pg. Dr. Wagner nochmals den Aufgabenbereich des Arztes im nationalsozialistischen Deutschland umriß.

Berufsordnung für die deutschen Ärzte

Am 12. November erließ der Reichsärzteführer (mit Genehmigung des Reichsinnenministers) eine „Berufsordnung für die deutschen Ärzte".

„Neben den allgemeinen Berufspflichten des Arztes, der der Gesundheit des einzelnen wie der Gesamtheit des Volkes zu dienen hat, werden die besonderen Pflichten festgelegt, die dem Arzt als Aufgabe im Dritten Reich gestellt sind. Neben dem, was sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt hat, sind entsprechend der Fortentwicklung neue Gesichtspunkte entwickelt worden. Die fachärztliche Ausbildung wird um eine einjährige Tätigkeit auf dem Gebiet der allgemeinen oder inneren Medizin verlängert; die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Fortbildung sind verankert worden; die Beziehungen des Arztes zum Heilmittelgewerbe und zur Heilmittelwerbung haben ihre Regelung gefunden." (NSK.)

Reichsapothekerordnung

Nach der Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935 (siehe Band 1935, Seite 289) und der Reichstierärzteordnung vom 3. April 1936 (siehe Band 1936, Seite 292 bis 293) brachte nun das Jahr 1937 die dritte Standesordnung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens: Die „Reichsapothekerordnung" vom 18. April, in der es eingangs heißt:

„1. Abschnitt. Der Apotheker

§ 1

Der Apotheker ist zum Dienst an der Gesundheit des Volkes berufen; ihm liegt im besonderen die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln ob. Hierdurch erfüllt er eine öffentliche Aufgabe.

§ 2

Den Apothekerberuf darf im Deutschen Reich nur ausüben, wer von der zuständigen deutschen Behörde als Apotheker bestallt ist. Die Bestallung berechtigt ihn zu dieser Berufsausübung unter der Bezeichnung Apotheker und gilt für das Reichsgebiet..."

Der 2. Abschnitt behandelt dann die Reichsapothekerkammer (und die Bezirksapothekerkammern), über deren Aufgabe gesagt ist:

§ 12

„Die Reichsapothekerkammer hat die Aufgabe,
1. die Apotheker beruflich zu schulen und fortzubilden,
2. über die Wahrung der Berufsehre der Apotheker und die Erfüllung ihrer Berufspflichten zu wachen,
3. die Behörden und sonstigen Dienststellen in Fragen des Apothekenwesens und Arzneimittelverkehrs zu beraten,
4. Fürsorgeeinrichtungen für Apotheker zu schaffen,
5. für ein gedeihliches Verhältnis der Apotheker untereinander zu sorgen..."

Das Gesetz behandelt weiter die Berufsgerichtsbarkeit und die Staatsaufsicht. — Am 8. Oktober folgte die „Bestallungsordnung für die Apotheker", in der im einzelnen die Voraussetzungen zur Bestallung enthalten sind, und die „Verfahrensordnung für die Apothekerberufsgerichte". —

Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz

Das Jahresende brachte noch eine wichtige Änderung mit dem „Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz" vom 9. Dezember. Bei den gewaltig gesteigerten Aufgaben (angesichts der Schaffung der deutschen Wehrmacht) war es notwendig, das Rote Kreuz in seinem Aufgabenbereich und in seiner Organisation straffer zusammenzufassen.

Während es manche Arbeitsgebiete (Kindergärten, Schwesternstationen) zur Abgabe an die NSV. vorsah, wurden andere Arbeitsgebiete weitgehend verstärkt und ausgebaut. In der amtlichen Begründung zum Gesetzentwurf hieß es:

„Das Deutsche Rote Kreuz ist von der Reichsregierung gemäß Art. 10 des Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde vom 27. 7. 1929 (RGBl. 1934 II S. 208) als freiwillige Hilfsgesellschaft anerkannt und ermächtigt, im amtlichen Sanitätsdienst der Wehrmacht mitzuwirken. Diese wesentliche Aufgabe des Deutschen Roten Kreuzes hat seit der Wiederherstellung der Wehrhoheit und im Zuge der Aufrüstung nach Art und Umfang eine außergewöhnliche Steigerung erfahren. Hinzu kommt die Vermehrung seiner Aufgaben durch seine Mitwirkung im behördlichen Luftschutzsanitätsdienst. Diesen erhöhten Anforderungen kann das Deutsche Rote Kreuz in einer insbesondere die Bedürfnisse der Wehrmacht vollauf befriedigenden Weise nur dann gerecht werden, wenn seine den Anforderungen nicht mehr gewachsene Gesamtorganisation von Grund auf derart neugestaltet wird, daß eine einheitliche und straffe Führung unbedingt gewährleistet und die volle Ausnutzung seiner Kräfte gesichert ist. Ferner müssen ihm diejenigen Vergünstigungen eingeräumt werden, die nötig sind, um die für die Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes der Wehrmacht nötige Zahl von Männern und Frauen des Bereitschaftsdienstes zu gewinnen, ihre zuverlässige Ausbildung zu sichern, die erforderlichen Anstalten, Material und Geräte bereitzustellen und hierfür die finanziellen Kräfte des Deutschen Roten Kreuzes zu schonen ...“

Das Gesetz selbst, dessen Grundlagen vom geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes und Reichsarzt SS, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz (Präsident ist Herzog Carl Eduard von Sachsen-Koburg und Gotha) mit bearbeitet worden sind, beginnt mit den Worten:

„Um die Bereitschaft des Deutschen Roten Kreuzes zur Erfüllung seiner Aufgaben durch eine straffe Zusammenfassung seiner Kräfte zu erhöhen, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

I. Abschnitt. Deutsches Rotes Kreuz

§ 1

Das Deutsche Rote Kreuz e. V., der Reichsfrauenbund und die sonstigen Verbände, Vereine und Untergliederungen des Deutschen Roten Kreuzes werden zu einer Einheit ‚Deutsches Rotes Kreuz‘ zusammengeschlossen.

Das Deutsche Rote Kreuz ist rechtsfähig.

§ 2

Das Deutsche Rote Kreuz dient gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken.

§ 3

Das Deutsche Rote Kreuz wird gemäß Artikel 10 des Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde vom 27. Juli 1929 (RGBl. 1934 II S. 208) als freiwillige Hilfsgesellschaft anerkannt und ermächtigt, im amtlichen Sanitätsdienst der Wehrmacht mitzuwirken ...“

21. Abschnitt:

Heimstätten des deutschen Volkes

Das Jahresende brachte noch ein wichtiges Gesetz auf dem Gebiet des Heimstättenwesens: Das „Reichsheimstättengesetz" vom 25. November. Das Gesetz (dessen den nationalsozialistischen Notwendigkeiten Rechnung tragende Fassung das alte Reichsheimstättengesetz vom 10. 5. 1920 ablöste) gab in seinen einzelnen Bestimmungen die geeignete Form für die erfolgreiche Errichtung der Kleinsiedlungen, bei denen auf der einen Seite der Siedler vor zu großer Belastung, Zwangsvollstreckung wegen persönlicher Forderungen usw. geschützt, anderseits aber auch die ordnungsgemäße Bewirtschaftung gesichert und eine rein spekulative Behandlung der Siedlung ausgeschaltet werden muß. — Das Gesetz beginnt folgendermaßen:

Reichsheimstättengesetz

I. Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

§ 1. Reichsheimstätte und Ausgeber

Das Reich, die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände können Grundstücke, die aus einem Einfamilienhaus mit Nutzgarten bestehen, oder landwirtschaftliche oder gärtnerische Anwesen, zu deren Bewirtschaftung eine Familie unter regelmäßigen Verhältnissen keiner ständigen fremden Arbeitskräfte bedarf, als Reichsheimstätten zu Eigentum ausgeben.

Der Reichsarbeitsminister kann zulassen, daß auch andere öffentliche Verbände oder gemeinnützige Unternehmungen Reichsheimstätten ausgeben.

Der Name ‚Reichsheimstätte' darf nur für Grundstücke geführt werden, die den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen.

§ 2. Heimstätter

Heimstätten dürfen nur an Reichsbürger ausgegeben werden. Frontkämpfer, Kämpfer für die nationale Erhebung, Opfer des Krieges, der nationalen Erhebung (Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung vom 27. Februar 1934 — RGBl. I S. 133) und der nationalen Arbeit, ehemalige Angehörige der Wehrmacht, die dienstbeschädigt sind oder über die Dauer der aktiven Dienstpflicht hinaus freiwillig weitergedient haben, sowie deren Witwen und kinderreiche Familien sind bevorzugt zu berücksichtigen."

Kleinsiedlungen

Die Kleinsiedlung, bei der eigene Wohnungen auf eigenem Grund und Boden entstehen und die daher als geeignetste Form der industriellen Wohnungserrichtung anzusehen ist, wurde auch im Jahre 1937

weitgehend gefördert. Daß die Beschaffung gesunder und schöner Wohnungen für alle schaffenden Deutschen, die Errichtung wirklicher Heimstätten, ein wesentlicher Beitrag zur Lösung der sozialen Aufgaben ist, war stets nationalsozialistische Erkenntnis.

Verordnung über die Förderung von Arbeiterwohnstätten

Von den Maßnahmen zur Förderung eines solchen Wohnungsbaus sei zum Beispiel an die „Verordnung über die Förderung von Arbeiterwohnstätten“ (1. April) erinnert, in der namhafte öffentliche Beihilfen vorgesehen wurden. Als Arbeiterwohnstätten galten hier neben den bereits erwähnten Kleinsiedlungen die Volkswohnungen, Heuerlings- und Werkswohnungen, sowie Eigenheime für ländliche Arbeiter und Handwerker.

Entwicklung des Wohnungsbaus

Die im Laufe des Jahres zur Förderung des gesamten Wohnungsbaus zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel und geschaffenen Erleichterungen hier im einzelnen aufzuführen, würde zu weit führen. Aber es seien folgende Zahlen gegenübergestellt:

1932: 159000 neuerrichtete Wohnungen,
1937: 340000 neuerrichtete Wohnungen,

und die Tatsache festgehalten, daß im nationalsozialistischen Deutschland (1933 bis 1937) 1400000 neue Wohnungen geschaffen worden sind. Das war um so notwendiger, als der Wirtschaftsaufschwung, die dadurch gesteigerte Lebenshaltung aller Volksgenossen, die Steigerung der Eheschließungen usw. einen gewaltigen Mehrbedarf an Wohnungen (und damit zunächst eine Verknappung auf diesem Gebiete) hervorriefen. Reichsarbeitsminister Seldte erklärte daher auch (im Juli in der Zeitschrift „Siedlung und Wirtschaft“), das Ziel müsse sein, jährlich mindestens 300000 neue Wohnstätten zu erstellen.

Vierjahresplan und Wohnungsbau

Im Rahmen des Vierjahresplans ergab sich zwangsläufig diese Notwendigkeit. So sei hinsichtlich der Erzeugungsschlacht nochmals an die „Verordnung zur beschleunigten Förderung des Baues von Heuerlings- und Werkwohnungen, sowie von Eigenheimen für ländliche Handwerker und Arbeiter“ vom 10. März und an die diesbezüglichen Eröffnungen Hermann Görings vom 23. März beim Führerkorps des Reichsnährstandes erinnert, worüber bereits im 16. Abschnitt eingehend berichtet worden ist. — Vor allem aber sind die vom Heimstättenamt der DAF. errichteten Vierjahresplansiedlungen zu erwähnen, zum Beispiel die Siedlung „Sontra“ bei Göttingen (Richtfest am 9. Oktober) und einen Tag später die Siedlung in Broistedt (Kreis Wolfenbüttel) im Harz, beides Bergarbeitersiedlungen mit 800 bzw. 650 Wohnungen. So wurden Siedlungen im ganzen Reich durch das Heimstättenamt der DAF. bearbeitet, dessen Leitung im Februar (an Stelle des erkrankten Pg. Dr. Ludovici) Pg. von Stuckrad übernommen hat.

Heimstätten der DAF.

In diesem Zusammenhang sei auch nochmals auf die „SA.-Dankopfer-Siedlungen“ aus dem Aufkommen des „Dankopfers der Nation“ (siehe 5. Abschnitt) und die NSKOV.-Siedlungen verwiesen. —

SA.-Dankopfer-Siedlungen und NSKOV.-Siedlungen

Ganz Deutschland sollte zu einer würdigen Heimstätte des Volkes werden. Im weiteren Sinne gehören hierzu auch die städtebaulichen Maßnahmen, die eine rechtliche Grundlage am 4. Oktober in dem „Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte“ erhielten. Aus dem äußerst wichtigen Gesetz seien folgende Bestimmungen wörtlich wiedergegeben:

Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte

„Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Für die städtebaulichen Maßnahmen, deren Durchführung der Führer und Reichskanzler anordnet, finden die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung...

§ 2

Soweit es zur Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen erforderlich ist, kann das Grundeigentum nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften entzogen oder beschränkt werden.

Unter Grundeigentum sind auch die sonstigen dinglichen Rechte an Grundstücken sowie solche anderen Rechte zu verstehen, die zum Besitz oder zur Nutzung von Grundstücken berechtigen oder die Nutzung von Grundstücken beschränken...

§ 4

Die Bebauung von Grundstücken und die Veränderung baulicher Anlagen kann allgemein oder im Einzelfall untersagt werden, wenn durch diese Handlung die Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen erschwert würde.

Die Durchführungsvorschriften können bestimmen, daß die Teilung und die Veräußerung von Grundstücken zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung bedürfen;...

§ 5

Der Gemeinde oder dem von ihr bezeichneten Berechtigten steht das Vorkaufsrecht für die Grundstücke zu, die in dem nach § 1 Abs. 2 bestimmten Bereich gelegen sind...

§ 10

Die Enteignung erfolgt gegen angemessene Entschädigung...“

Als erste Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz erging am 5. November die „Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin“, die nun die besonderen Bestimmungen für die Neugestaltung Berlins brachte und in ihrem § 1 erklärte:

Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin

„Der Erlaß des Führers und Reichskanzlers über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt vom 30. Januar 1937 (RGBl. I S. 103) ist Anordnung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Gesetzes.“

Dieser bereits im 3. Abschnitt behandelte Erlaß zeigte den Willen Adolf Hitlers zur baulichen Neugestaltung Berlins ebenso wie seine Worte vom 27. November bei der im 14. Abschnitt behandelten Grundsteinlegung zur Wehrtechnischen Fakultät in Berlin-Grunewald:

„Es ist daher mein unabänderlicher Wille und Entschluß, Berlin nunmehr mit jenen Straßen, Bauten und öffentlichen Plätzen zu versehen, die es für alle Zeiten als geeignet und würdig erscheinen lassen werden, die Hauptstadt des Deutschen Reiches zu sein."

(Der Neubau dieser Fakultät soll sich in den Rahmen der geplanten neuen Hochschulstadt Berlins einfügen!) —

Raumordnung und Planung

Den Lebensraum des deutschen Volkes zweckmäßig auszufüllen und zu gestalten, ist Aufgabe der Raumordnung, der Planung. Hier arbeitet die im Jahre 1935 geschaffene Reichsstelle für Raumordnung (siehe Band 1935, Seite 61 bis 63) mit den durch die Verordnung vom 15. Februar 1936 bestimmten Planungsbehörden und Landesplanungsgemeinschaften (siehe Band 1936, Seite 52), über die es in einer zusammenfassenden Darstellung der NSK. (1937, Folge 132) heißt:

„... Die Reichsstelle für Raumordnung arbeitet dezentralisiert; es sind Planungsräume (Provinzen, Reichsstatthalterbezirke) geschaffen, in denen Planungsbehörden (Oberpräsident, Reichsstatthalter) bestellt sind; sie haben darauf zu achten, daß die von der Reichsstelle erlassenen Verordnungen und Richtlinien beachtet werden. Die praktische Arbeit selbst leisten Landesplanungsgemeinschaften, in denen Reichs- und Staatsbehörden, die Selbstverwaltungskörper, die Partei, die Wirtschaft und die Wissenschaft zusammengefaßt sind. Sie haben alle Planungsvorarbeiten für die Reichs- und Landesplanung zu leisten, sich über den bestehenden Zustand im Raum zu unterrichten und in Gemeinschaft mit allen in Frage kommenden Stellen eine vorausschauende, gestaltende Gesamtplanung des Raumes aufzustellen. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Landesplaners. In den Regierungsbezirken sind in der Regel Bezirksplanungsstellen eingerichtet.

Um die wissenschaftlichen Kräfte an den deutschen Hochschulen jeglicher Art nachhaltig zur Mitarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung zu beteiligen, ist eine Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung errichtet worden; sie soll die gesamte Raumforschung zusammenfassen und in ständiger Fühlungnahme mit der Reichsstelle auswerten ..."

Die im zweiten Absatz genannte „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung" ist Ende 1935 (siehe Band 1936, Seite 52) geschaffen worden. Hinzugefügt sei, daß die im Jahre 1935 ins Leben gerufene „Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsplanung und Raumordnung" (siehe Band 1935, Seite 62) am 19. März 1937 in die

Reichsplanungsgemeinschaft

„Reichsplanungsgemeinschaft" umgewandelt wurde. — Angesichts der bereits in den früheren Bänden erfolgten Behandlung der gerade im engen deutschen Volksraum so hochbedeutenden Planungsaufgaben, wird im vorliegenden Bande auf eine nochmalige Darlegung verzichtet.

Die Gestaltung Deutschlands zu einer Heimstätte aller Volksgenossen sei jedoch noch im übertragenen — sozialpolitischen — Sinne aufgefaßt, indem wir nachstehend in Fortsetzung des 7. Abschnitts die sozialpolitischen Tatsachen vom Jahresende 1937 überblicken. Die

Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik

nationalsozialistische Sozialpolitik ist ein unabdingbarer Teil unseres völkischen Lebens, vor allem auch unseres wirtschaftlichen Daseins.

„Wirtschaft und Sozialpolitik sind nicht zwei verschiedene Dinge, sondern gehören untrennbar zusammen!"

sagte Pg. Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, am 28. Oktober (bei der Eröffnung der Arbeitskammer des Gaues Düsseldorf) und stellte fest:

„Wer für seine Gefolgschaft in der von uns gewünschten Weise sorgt, tut das nicht unseretwegen, auch nicht um der Partei oder um der Deutschen Arbeitsfront willen, sondern letzten Endes gerade im Interesse der Wirtschaftlichkeit seines Betriebes. Beste Sozialpolitik ist beste Wirtschaftspolitik."

Unsere Sozialpolitik hat als Objekt nicht den Einzelmenschen, sondern die Nation. Sie ist der Maßstab allen Handelns, — wie Hauptdienstleiter Pg. Schmeer in einer Tagung des Sozialamtes in Würzburg (im Juni) den Sozialamtswaltern der DAF. klarlegte. —

Weitere Leistungsabzeichen für die Betriebe

Zu Beginn des Leistungskampfes der deutschen Betriebe (siehe 7. Abschnitt) schuf Pg. Dr. Ley noch drei weitere Leistungsabzeichen (VB., 3. September), und zwar für:

1. „vorbildliche Heimstätten und Wohnungen",
2. „vorbildliche Sorge um die Volksgesundheit",
3. „vorbildliche Förderung von ‚Kraft durch Freude'".

Reichsberufswettkampf aller schaffenden Deutschen

Der Reichsberufswettkampf, der nunmehr zum ersten Male als „Reichsberufswettkampf aller schaffenden Deutschen" (siehe 6. Abschnitt) stattfinden sollte, erlebte am 2. November die erste Sitzung seines Reichsausschusses mit einer Eröffnungsansprache des Obergebietsführers Axmann und Reden des Reichsjugendführers von Schirach und des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley, der die These aufstellte: „Es darf in Deutschland zukünftig keinen ungelernten Arbeiter mehr geben!" — und erklärte:

„Auf dem Wege dieses Wettkampfes wird Deutschland das sozialste und höchstentwickelte Land der Erde werden. Unser Volk gibt uns die wertvollste rassische Unterlage. Und so liegt es nur an uns, die Fähigkeiten des schaffenden deutschen Menschen zu pflegen und zu fördern und seine Gesundheit zu hüten. Wenn wir das tun, dann wird es in Deutschland kein ‚Unmöglich' mehr geben!"

Folgende sozialpolitischen Ereignisse vom Jahresende 1937 sind als wichtig noch hervorzuheben:

Lohnangleichung im Saarland

Durch eine Anordnung des Reichskommissars Bürckel vom 6. November wurden im Saarland durch eine Lohnerhöhung die Löhne dem übrigen Reichsgebiet angeglichen und damit eine wichtige Rückgliederungsmaßnahme durchgeführt.

Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Übergang von Vermögen

Das „Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Übergang von Vermögen" vom 9. De-

zember regelte die Fragen des seinerzeit beschlagnahmten staatsfeindlichen Vermögens. Es stellte fest, daß eine Haftung für Forderungen (die früher gegen solches Vermögen gerichtet waren) selbstverständlich nicht besteht. Es schuf jedoch die Möglichkeit, geschädigte Gläubiger zu entschädigen. Damit können nun nach einem besonders geregelten Verfahren auch Entschädigungen an solche ausgezahlt werden, die ihre Spargroschen früher zu den klassenkämpferischen Gewerkschaften getragen haben (obwohl freilich die DAF. keinesfalls als „Rechtsnachfolgerin" der Gewerkschaften — weder „juristisch" noch tatsächlich — angesehen werden kann).

Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung

Das „Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung" vom 21. Dezember, ein sozialpolitisches Gesetz von größter Bedeutung, brachte den Ausbau und die endgültige Sicherung der drei großen Rentenversicherungen (Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftsversicherung). Es beginnt mit den Worten:

> „Die Überwindung der Arbeitslosigkeit macht den Weg frei, den Bestand der Rentenversicherung des Deutschen Volkes endgültig sicherzustellen und den Ausbau ihrer Leistungen nach nationalsozialistischen Grundsätzen einzuleiten. Vordringlich ist für das schaffende Volk die Erleichterung der Heirat, die Verbesserung der Renten für Jugendliche, für Kinderreiche und Kriegsteilnehmer, die Anpassung der Reichsversicherung an die wiedererrungene Wehrfreiheit und den Reichsarbeitsdienst, außerdem für den unter schwerer Berufsgefahr arbeitenden Bergmann eine erhebliche Erleichterung im Beitrag und die Erhöhung seiner Rente.
>
> Gleichzeitig können die Kinderbeihilfen des Reichs zugunsten kinderreicher Familien erweitert werden.
>
> Daher hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird..."

Das äußerst umfangreiche Gesetz, das in seinen Maßnahmen hier nicht im einzelnen behandelt werden kann, führte die endgültige Gesundung der drei Versicherungen herbei und brachte wesentliche Verbesserungen im Sinne des obigen Vorspruchs. Besonders die Beitragserleichterung und Rentenerhöhung (bei der Knappschaftsversicherung) zugunsten des Bergmannes waren recht beträchtlich. Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau in der DAF., Pg. Padberg, führte hierüber aus (VB., 25./26. Dezember):

> „Das Gesetz bringt neben der endgültigen Sanierung der Knappschaftsversicherung, vom bevölkerungspolitischen, wehrpolitischen und sozialen Standpunkt aus gesehen, einen begrüßenswerten Ausbau der Leistungen und eine erhebliche Entlastung des bergmännischen Einkommens. Nach vorsichtiger Berechnung ergibt sich praktisch für den aktiven Bergmann in den einzelnen Bergrevieren eine Erhöhung der Nettolöhne um 8 bis 12 Mark monatlich. Beitragsmäßig ist künftig der Bergmann nur in kaum nennenswertem Umfang stärker belastet als andere schaffende Volksgenossen.
>
> Wegen der besonderen Gefahren des bergmännischen Berufs erhält der Bergmann aber die gegenüber anderen Versicherungsleistungen besseren

Renten und damit die Hilfe der Gemeinschaft des deutschen Volkes. 650000 schaffende Bergmänner und viele hunderttausend Berginvaliden, Witwen und Waisen danken dem Führer für dieses Gesetz, mit dem zugleich die Grundlage geschaffen wurde für den weiteren Ausbau der Leistungen im Sinne der nationalsozialistischen Grundanschauung."

Altersversorgung bei der „Wilhelm-Gustloff-Stiftung"

Als vorbildliches Beispiel nationalsozialistischer Sozialpolitik sei ferner die bereits angekündigte Altersversorgung bei den Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerken — „Wilhelm-Gustloff-Stiftung" — (siehe 7. Abschnitt) hervorgehoben, die am 18. Dezember durch Gründung der „Altersversorgungskasse der Stiftungsbetriebe der Wilhelm-Gustloff-Stiftung" Wirklichkeit wurde.

Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Lohnzahlung an Feiertagen

Schließlich brachte das Jahresende noch zu den Weihnachtsfeiertagen die vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Pg. Hermann Göring, erlassene „Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Lohnzahlung an Feiertagen" (3. Dezember):

„Die Durchführung des Vierjahresplans stellt erhöhte Anforderungen an alle Gefolgschaftsangehörigen. Lohnverbesserungen können als Ausgleich dafür nicht gewährt werden. Damit aber die Mitarbeiter an dem großen Werke des Führers die Feiertage in Freude verleben können, bestimme ich folgendes:

1. Für die Arbeitszeit, die infolge des Neujahrstages, des Oster- und Pfingstmontags sowie des ersten und zweiten Weihnachtsfeiertages ausfällt, ist den Gefolgschaftsangehörigen der regelmäßige Arbeitsverdienst zu zahlen. Dies gilt nicht, soweit der Neujahrstag und die Weihnachtstage auf einen Sonntag fallen. Durch Tarifordnung oder Betriebs- (Dienst-) Ordnung kann bestimmt werden, was als regelmäßiger Arbeitsverdienst anzusehen ist..."

(Der Reichsarbeitsminister ordnete laut Reichsanzeiger vom 17. Dezember an, daß — und in welcher Art und Weise — diese Lohnzahlungen auch an die Heimarbeiter und -arbeiterinnen zu zahlen sind.)

Das Ausland und die deutsche Sozialpolitik

Die vorbildliche Sozialpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands erfreute sich naturgemäß regen ausländischen Interesses, das in zahlreichen Besuchen (zum Zwecke des Studiums unserer Einrichtungen) zum Ausdruck kam. Besonders stark waren natürlich auch die sozialpolitischen Beziehungen zum befreundeten faschistischen Italien, die sich bei den schon im 7. Abschnitt geschilderten gegenseitigen Besuchen Dr. Leys und des Präsidenten des italienischen Industriearbeiterverbandes Cianetti im Sommer zu einem Abkommen verdichtet hatten:

Abkommen der DAF. mit dem italienischen Industriearbeiterverband

„1. Es ist unsere Absicht, eine gemeinsame Arbeit zu leisten, die in gleichem Maße beiden Ländern nutzen und auch gleichzeitig dazu beitragen soll, die guten Beziehungen zwischen allen Völkern zu fördern.

2. In dieser gemeinsamen Arbeit, die auf dem gemeinsamen Glauben und auf dem gegenseitigen Vertrauen ruht, sind wir entschlossen, die Eigenarten der zwei Völker streng zu achten, und zwar aus der Überzeugung heraus, daß diese Erkenntnis die Gewähr und die Grundlage des Erfolges bildet.

3. Aus diesem Grunde erkennen wir die organisatorischen Formen des Faschismus und des Nationalsozialismus als gegeben an. Eine Gegenüberstellung des syndikalistischen korporativen Systems des Faschismus zum Zellensystem der Deutschen Arbeitsfront ist demnach ausgeschlossen.

4. Zur Erreichung obiger Ziele wird die Notwendigkeit erkannt, Begegnungen zwischen Leitern und Arbeitern beider Völker zu veranstalten und zu fördern, und zwar mit dem Endziel, daß sich beide Systeme gegenseitig gründlich kennen lernen.

5. Diese Begegnungen von Leitern und Arbeitern sollen durch Untersuchungen der einzelnen organisatorischen Erfahrungen, durch Studium der Statuten der verschiedenen Organisationen, durch Besuche von Amtsstellen und Werken, durch Austausch von kulturellem und propagandistischem Informationsmaterial ergänzt werden. Alles geschieht in der Absicht, die beiden Völker über das jeweils Erreichte auf dem laufenden zu halten.

6. Bezüglich des Zieles, eine große Teilnahme von Arbeitern an dem Austausch sicherzustellen, wird vereinbart, daß von beiden Seiten alles getan wird, um die eventuellen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus dem Problem der Devisen und der Transportmittel ergeben sollten.

7. Der gemeinsame Wille, auf Grund des Inhaltes obenstehender Punkte zu einer deutsch-italienischen Verständigung zu gelangen, darf nicht als das Bestreben zur Gründung einer neuen Internationale angesehen werden. Jede vertretene Organisation wahrt ihre Eigenarten und ihre völlige Selbständigkeit.

8. Es wird jedoch vereinbart, daß sich beide Teile in allen Angelegenheiten, die in den Rahmen der gegenwärtigen Vereinbarung fallen, verpflichten, sich gegenseitig zu besprechen, bevor sie Maßnahmen ergreifen, die internationalen Charakter haben.

gez. Dr. Robert Ley. gez. Tullio Cianetti."

KdF. in Neapel

So entwickelte sich ein lebhafter Austausch. 425 italienische Arbeiter weilten im September in Deutschland, 450 deutsche Arbeiter im Oktober in Italien. Und im November (am Tage des italienischen Beitritts zum deutsch-japanischen Antikominternabkommen — siehe 15. Abschnitt) konnten Dr. Ley und Cianetti von der ersten KdF.-Reise nach Neapel an den Führer telegraphieren:

„Am Tage der in Rom erfolgten Unterzeichnung des Deutsch-Italienisch-Japanischen Antibolschewistischen Vertrages landeten zum ersten Male in einem italienischen Hafen drei deutsche KdF.-Schiffe mit 2600 deutschen Arbeitern, denen die Arbeiterschaft von Neapel und die italienischen Partei- und Staatsstellen einen herzlichen Empfang bereiteten. Dieses Ereignis ist erstmalig in dem Zusammenleben aller Völker. In dieser geschichtlichen Stunde gedenken die deutschen und italienischen Arbeiter Eurer Exzellenz und entbieten Ihnen ehrerbietigste Grüße.

Dr. Ley. Cianetti."

Der Führer antwortete:

„Den deutschen und italienischen Arbeitern danke ich für die uns anläßlich der Ankunft deutscher KdF.-Schiffe in Neapel und der Unterzeichnung des deutsch-italienisch-japanischen Abkommens telegraphisch übersandten Grüße, die ich herzlichst erwidere.

Adolf Hitler."

Und Mussolini antwortete auf ein ähnliches Telegramm:

„Indem ich Ihnen für Ihr Telegramm danke, freut es mich, den deutschen Arbeitern, die Sie in Italien begleitet haben, meinen herzlichen Gruß zu entbieten. Dies gewinnt an Bedeutung gerade an dem Tag, wo in einem feierlichen Dokument gegen die kommunistische Drohung die italienisch-deutsch-japanische Front eine feierliche Bestätigung erfahren hat, und wo wir in Neapel die Verbrüderung der nationalsozialistischen und faschistischen Arbeiter gefeiert haben, auf deren edle Tätigkeit die Ordnung und das Blühen unserer beiden Länder gegründet ist.

Mussolini."

Besuch des Herzogs von Windsor

Unter den zahlreichen Besuchern Deutschlands sei der türkische Minister der öffentlichen Arbeiten, Ali Cetinkaya, genannt (im Juli) und insbesondere auch der frühere englische König Eduard, Herzog von Windsor (im Oktober), der bei seiner Besichtigungsreise (in deren Verlauf er auch vom Führer empfangen wurde) besonderes Interesse für die Betriebe und die sozialpolitischen Einrichtungen Deutschlands bewies.

„Kraft durch Freude"

Deutschland zeigte seinen schaffenden Söhnen die Heimat und ihre Kulturgüter; es weitete ihnen aber auch den Blick in die Welt. Wenn (neben 60000 Landfahrten) bis jetzt schon 384 Seefahrten mit fast einer halben Million Teilnehmern von „Kraft durch Freude" durchgeführt worden sind, so sind das sprechende Zahlen. (Daneben seien die wirtschaftskundlichen Auslandsstudienfahrten der DAF. nicht vergessen, von denen im Jahre 1937 18 mit 1023 Teilnehmern zur Durchführung gelangten.)

So verwirklichte der Nationalsozialismus den Blick in die Weite ebenso wie die Anteilnahme an den kulturellen Gütern der Nation — auf die der deutsche Arbeiter ein Recht hat — wie Pg. Dr. Ley am 9. Oktober beim Abschluß der Reichsarbeitstagung des Deutschen Volksbildungswerkes in Bayreuth betonte.

22. Abschnitt:

Kultureller Aufbau

Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NSG. „Kraft durch Freude"

So legte die gemeinsame Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" am 26. November im Deutschen Opernhaus in Berlin begeisterndes Zeugnis ab von der Verwirklichung dieses Rechtes aller Schaffenden auf die Güter der Kultur. In Gegenwart des Führers sprachen Reichsleiter Pg. Dr. Ley und Reichsminister Pg. Dr. Goebbels. „Die deutsche Kunst hat wieder Platz im Herzen des deutschen Volkes!" sagte Dr. Ley — und Dr. Goebbels erklärte die Kunst zu einer Funktion des Volkslebens. In einem zu diesem 4. Jahrestag der NSG. „Kraft durch Freude" veröffentlichten Leistungsbericht erklärte Pg. Dr. Ley u. a.:

Leistungsbericht der NSG. „Kraft durch Freude"

„Der auf Grund des Abkommens mit Reichsleiter Alfred Rosenberg in diesem Jahre erfolgte Zusammenschluß des Amtes ‚Feierabend' mit der NS.-Kulturgemeinde unter Einbeziehung des ‚Deutschen Volksbildungswerkes' hat die gesamte kulturelle Freizeitarbeit auf eine einheitliche Grundlage gestellt. Diese Zusammenfassung ermöglicht es uns, die Arbeit in der ganzen Breite aufzurollen und dem Grundsatz Geltung zu verschaffen, daß das Beste für unser Volk gerade gut genug ist.

Den größten Umfang hat die Arbeit auf dem Gebiete des Theaters angenommen, die auch in diesem Jahre noch wesentlich erweitert werden konnte. Für die Spielzeit 1937/38 sind rund 7000 eigene Vorstellungen abgeschlossen worden.

Die ‚Sonderaktion für Reichsautobahnen' ist in diesem Jahre auf sämtliche bei den verschiedensten Bauvorhaben bestehenden Arbeiter-Gemeinschaftslager ausgedehnt worden, so daß im Jahre 1937 insgesamt 550 Lager mit 110000 Arbeitskameraden erfaßt wurden. In jedem Lager wurden monatlich zwei bis drei Tonfilmvorführungen veranstaltet und in allen Lagern zusammen insgesamt 4000 Konzerte und 3000 Unterhaltungsabende durchgeführt.

Eine weitere Einrichtung dieses Jahres ist die Gründung der ‚Soldatenbühne' der NSG. ‚Kraft durch Freude', die ausschließlich in Wehrmachtsstandorten und auf Truppenübungsplätzen vor Angehörigen der Wehrmacht spielt. Diese erste Soldatenbühne hat sich so gut bewährt, daß im kommenden Jahre eine Reihe neuer derartiger Bühnen ins Leben gerufen wird.

Eine weitere kulturpolitisch wichtige Maßnahme der Theater-Aktion sind die ‚Reichstheaterzüge' der NSG. ‚Kraft durch Freude', die vor allem in den Grenzgebieten eingesetzt werden.

Auch die Pflege des allgemeinen Konzertwesens hat in diesem Jahre einen weiteren Aufschwung genommen. Neben den Meisterkonzerten wurden auch die Fabrikkonzerte mit besonderer Sorgfalt gepflegt, bei denen sowohl Sinfonieorchester als auch eigene Betriebsorchester zum Einsatz gelangten.

Das Amt ‚Feierabend' hat in großem Umfange die Durchführung von Kunstausstellungen in Betrieben und Fabriken aufgenommen. Die bisherige Gesamtzahl dieser Betriebsausstellungen beläuft sich auf 1273, von denen 602 — also fast genau die Hälfte — allein in diesem Jahre veranstaltet wurden.

Die Gesamtteilnehmerzahl an den kulturellen und unterhaltenden Veranstaltungen des Amtes ‚Feierabend' beläuft sich im Berichtsjahre auf rund 34 Millionen.

Die Arbeit des Deutschen Volksbildungswerkes der NSG. ‚Kraft durch Freude' zeigt uns, wie sehr sich der einzelne Volksgenosse bemüht, sich in der heutigen Zeit nach den nationalsozialistischen Lebensgesetzen auszurichten. Die Zahl der seit Durchführung der Volksbildungsarbeit durch die NSG. ‚Kraft durch Freude' erfaßten Volksgenossen beträgt insgesamt 10180000.

Die kulturelle Arbeit auf dem Gebiet der Musik hat in der Gründung einer im Einvernehmen mit dem Amt ‚Feierabend' geleiteten Abteilung ‚Jugend- und Volksmusik' in der Reichsmusikkammer ihre Verankerung gefunden. Von den Sing- und Musikgemeinschaften der ‚Kraft durch Freude' wurden in Zusammenarbeit mit der Hitler-Jugend und anderen Formationen im laufenden Jahre 4400 ‚offene Singen' und andere volksmusikalische Veranstaltungen durchgeführt, in denen 800000 deutsche Volksgenossen erfaßt wurden..."

Arbeitstagung des Reichskultursenats

Im Anschluß an die Jahrestagung der Reichskulturkammer trat wieder der Reichskultursenat zu einer Arbeitstagung (am 27. November) zusammen. Die führenden Köpfe des deutschen Kulturlebens versammelten sich zu einer offenen und fruchtbaren Aussprache unter dem Präsidenten der Reichskulturkammer, Pg. Dr. Goebbels. —

Altersversorgung der Bühnenschaffenden

In seiner großen Rede vor der 4. Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NSG. „Kraft durch Freude" hatte Pg. Dr. Goebbels die Altersversorgung der Bühnenschaffenden angekündigt. Nachdem vom Sondertreuhänder der Arbeit eine Tarifordnung für die deutschen Theater erlassen worden war, die für jeden Rechtsträger eines Theaters (Theaterunternehmer) die Verpflichtung zum Abschluß einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung für jeden in seinem Theater beschäftigten Bühnenschaffenden brachte, erging am 27. November eine Anordnung der Reichstheaterkammer, die eine Abgabe von 5 Pfg. je Theatereintrittskarte (durch den Theaterveranstalter) vorsah (zur Abführung an die Altersversorgung der Bühnenschaffenden). —

Große Preise auf der Pariser Weltausstellung

Das Ende des Jahres 1937 brachte insbesondere wesentliche Erfolge der vorangegangenen kulturellen Leistungen. So errang die deutsche bildende Kunst auf der Weltausstellung in Paris 1937 (wo sie zum erstenmal seit der nationalsozialistischen Revolution repräsentativ vor einem Weltforum in Erscheinung trat) einen eindrucksvollen Erfolg, indem das Preisgericht der Weltausstellung deutsche Kunstwerke mit

nicht weniger als 15 „Grands Prix“, dem höchsten Prädikat, auszeichnete. Mit Recht schrieb dazu der „Völkische Beobachter“ am 29. November:

> „Die Preisverleihungen eines internationalen Preisgerichtes an bildende Künstler unserer Zeit, die im Sinne nationalsozialistischer Kunstforderungen schaffen, straft jene Hetzer und internationalen Brunnenvergifter Lügen, die mit dreister Stirne behaupten, daß die deutsche Kunst nach der Emigration und der Säuberung der Kulturstände von bestimmten Elementen am Ende wäre.“

(Einen gleichgroßen Erfolg hatten die während der Deutschen Kulturwoche im Rahmen der Weltausstellung in Paris gezeigten musikalischen und tänzerischen Darbietungen.)

Musikalische Beziehungen zu Italien

Auf musikalischem Gebiet sei ferner der lebhafte und fruchtbare Austausch Deutschlands und Italiens erwähnt und durch die Triumphfahrt des berühmten römischen Augusteum-Orchesters durch Deutschland belegt, die am 21. Oktober in Baden-Baden ihren Abschluß fand. —

Gesetz gegen die Schwarzsender

Auf dem Gebiet des Rundfunks brachte das Jahresende noch das „Gesetz gegen die Schwarzsender“ vom 24. November, daß die auf diesem Sachgebiet bestehenden Vorschriften erweiterte und verschärfte, um das kulturell und erzieherisch so bedeutende Instrument des Rundfunks vor schädlichem Mißbrauch zu bewahren. Die ersten beiden §§ lauten:

> „Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:
>
> § 1
>
> Strafandrohung
>
> Der Schwarzsender wird mit Zuchthaus bestraft.
> In minder schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis.
>
> § 2
>
> Schwarzsender
>
> Schwarzsender ist,
>
> 1. wer ohne vorherige Verleihung der Deutschen Reichspost eine Funksendeanlage errichtet oder betreibt;
> 2. wer eine Verleihung der Deutschen Reichspost zum Errichten oder Betreiben einer Funksendeanlage hat, die Anlage aber zu Übermittlungen benutzt, die in der Verleihung der Deutschen Reichspost nicht erlaubt sind;
> 3. wer eine Funkempfangsanlage entgegen ihrer Bestimmung unerlaubt zum Aussenden von Nachrichten, Zeichen, Bildern oder Tönen verwendet.“

Neubildung des Deutschen Presseklubs

Für die Presse brachte der 3. Dezember insofern ein wichtiges Ereignis, als an diesem Tage die Neubildung des Deutschen Presseklubs erfolgte, der früher lediglich eine Einrichtung der Berliner Presse gewesen war, während er jetzt zu einer kameradschaftlichen Gemeinschaft der gesamten deutschen Presse wurde und sowohl die Verleger und die Schriftleiter wie behördliche Pressestellen und Verlagsangestellte umfaßt. —

Auf dem Gebiet des Schrifttums ist die „Woche des Deutschen Buches“ (31. Oktober bis 6. November) zu nennen, die Reichsminister Pg. Dr. Goebbels in Weimar unter dem Motto „Buch und Schwert“ eröffnete. Er stellte seinen Ausführungen den Satz voran:

Woche des Deutschen Buches

> „Revolutionen werden nicht so sehr mit Waffen als mit Ideen gemacht“,

und entrollte in seiner Rede die Aufgaben des Schrifttums und der Schrifttumspflege. Reichsleiter Pg. Bouhler behandelte in einer grundsätzlichen Rede die Aufgaben der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums. Die zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen der Woche gaben der Leistung und der volklich überragenden Bedeutung des deutschen Buches lebendigen Ausdruck. So konnte Reichsamtsleiter Pg. Hederich bei der Abschlußkundgebung (in Essen) am Schluß seiner grundlegenden Rede feststellen:

> „... Diese Veranstaltungen aber zeigen schon, mit welcher Kraft die Idee von Weimar Jahr für Jahr in unser Volk hinausgetragen werden wird und mit welcher Stärke sie bleibend wirksam ist.
>
> So wird die Woche des Deutschen Buches zu einer der größten und bedeutsamsten kulturpolitischen Aktionen des Dritten Reiches überhaupt. Ich darf hier all den vielen Stellen der Bewegung, des Staates und der Gemeinden im Namen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda noch einmal für ihren diesjährigen Einsatz Dank sagen. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit aller am deutschen Schrifttum anteilnehmenden Stellen ist zugleich der beste Bürge für die Arbeit der Zukunft.
>
> Wir rufen nun euch, ihr deutschen Dichter, daß ihr euer Schaffen und euer ganzes Können für die Aufgabe des Vaterlandes einsetzt. Möge euch die Begeisterung und die Zustimmung der Nation, die in der Woche des Deutschen Buches zum Ausdruck kommt, Ansporn sein zu weiterer Steigerung der Kräfte. Wir wollen nicht den Dichter jenseits der Zeit, der, weil er zu schwach ist, die Welt von heute zu ertragen, sich in die Welt von gestern flüchtet. Wir wollen den Dichter, der seine Seele und seinen Geist mitschwingen läßt im Gleichtakt des Marsches der Nation.
>
> Wer nicht glaubt an die Gewalt der Idee des Nationalsozialismus und seinen Führer, der möge die Feder weglegen und sich nicht an Werken unserer Zeit versuchen. Wer zu müde ist in der Seele, um die Härte des Anspruchs unserer Zeit zu ertragen, der möge mit dieser Müdigkeit sich nicht in das Schrifttum unserer Tage begeben, sondern dorthin, wo er seiner inneren Einstellung nach hingehört.
>
> Wir rufen euch, ihr deutschen Verleger und Buchhändler, damit ihr den Aufruf, der an euch aus der Woche des Deutschen Buches ergeht, aufnehmt und in eine vielfältige Arbeit umsetzt. Euch mehr noch als anderen muß dieser Aufruf eine Verpflichtung sein, zu wetteifern in der Hervorbringung edelsten deutschen Schriftgutes und in seinem Herantragen an den deutschen Menschen.
>
> Wir kennen die Kräfte, die neidisch und scheelen Blickes auf unser neu entstehendes Vaterland sehen, und wir kennen die Gewalten, die sich uns auf unserem Weg zur Freiheit, Größe und Gleichberechtigung entgegenstellen wollen. Wir kennen aber auch die Kraft des deutschen Volkes. Wir glauben an die Idee des Nationalsozialismus, wir glauben an seinen Führer Adolf Hitler und wir glauben mit unserer Arbeit am deutschen Schrifttum an die deutsche Zukunft!“

Aufruf an die ausländischen Buchhändler und Verleger

Anläßlich der Eröffnung der „Woche des Deutschen Buches" richtete der Leiter des deutschen Buchhandels und Vizepräsident der Reichsschrifttumskammer, Pg. Wilhelm Baur, wie im Vorjahre einen Aufruf (offenen Brief) namens aller deutschen Buchhändler an die ausländischen Buchhändler und Verleger zur Mitarbeit (wobei die praktische Arbeit mit dem Internationalen Verlegerkongreß 1938 beginnen soll). In dem Aufruf forderte er den ausländischen Buchhandel zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Völkerverhetzung auf:

> „... Anläßlich der Woche des Deutschen Buches im Oktober vorigen Jahres hat der deutsche Buchhandel in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß dem Frieden der Welt ein Dienst erwiesen werden kann, wenn sich alle Verleger und Buchhändler der Welt verpflichten, keine Bücher zu verlegen und zu verbreiten, die unter böswilliger Verzerrung der historischen Wahrheit das Staatsoberhaupt eines Landes oder ein Volk beleidigen oder die Einrichtungen und Überlieferungen, die einem Volk heilig sind, verächtlich machen.
>
> Eine Reihe von Buchhändlerorganisationen der Welt hat dem Beschluß des deutschen Buchhandels zugestimmt. Wenn nun heute der deutsche Buchhandel sich nochmals in aller Form an die übrigen Buchhandelsorganisationen wendet, so aus der Verantwortung heraus, eine Vereinbarung zu erzielen, die alle Kulturnationen umfaßt, und damit erreicht werden kann, daß in allen Ländern auch der Buchhandel einen entscheidenden Schritt zur Befriedung der Welt beiträgt. Der deutsche Buchhandel ist sich mit allen Organisationen, die bereits seinem Vorschlag zugestimmt haben, darin einig, daß eine Vereinbarung nur dann von entscheidender Wirkung ist, wenn alle zu einem unmittelbaren Meinungsaustausch zusammentreten. Wir fordern daher alle Buchhandelsorganisationen auf, anläßlich des Internationalen Verlegerkongresses im Juni 1938 ihre Vertreter nach Deutschland zu entsenden, um während der Kongreßdauer zu einer Konvention zu kommen ..."

Amt Schrifttumspflege und Reichsstelle zur Förderung des Deutschen Schrifttums

Ein besonders wichtiges Ereignis auf dem Gebiete der Schrifttumspflege und Schrifttumspolitik am Jahresende bildete die Reichsarbeitstagung des Amtes Schrifttumspflege und der Reichsstelle zur Förderung des Deutschen Schrifttums vom 18. bis zum 22. November in Berlin. Den Höhepunkt dieser Tagung bildete eine Kundgebung, auf der — nach einer Rede des Reichsamtsleiters Pg. Hagemeyer über die Arbeit der Reichsstelle — Reichsleiter Alfred Rosenberg über Deutschlands Sendung im Osten sprach.

Richtlinien zur Neuordnung des gemeindlichen Volksbüchereiwesens

Schließlich sei noch erwähnt, daß Reichserziehungsminister Rust (im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister) anläßlich der „Woche des Deutschen Buches" (in deren Verlauf 730 neue Volksbüchereien eröffnet wurden) die Richtlinien zur Neuordnung des gemeindlichen Volksbüchereiwesens (28. Oktober) im Sinne wirklicher Volkserziehung erließ. —

Das Jahresende brachte noch eine Fülle bedeutender wissenschaftlicher Veranstaltungen, die im einzelnen alle aufzuführen, über den Rahmen unseres Buches hinausgehen würde. Genannt sei die erste Jahrestagung der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft des

Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte in Buchau am Federsee, wo Reichsleiter Rosenberg (am 15. Oktober) feststellte, daß — nachdem der Abwehrkampf gegen die bolschewistische Flut in Deutschland erfolgreich abgeschlossen — dieser nunmehr in ein weltpolitisches Stadium getreten sei. Neben der Abwehr suchen wir aber auch die Form, in der die schöpferischen Kräfte Europas als Einheit erfaßt werden könnten:

Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte

> „Was wir heute anstreben, ist die Abwehr aller antieuropäischen Instinkte..."

— ferner die 4. Reichstagung des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte in Elbing, 13. bis 23. Oktober (gleichzeitig mit der 3. Reichstagung für Vorgeschichte des NS.-Lehrerbundes), wo der Präsident des Reichsbundes, Professor Reinerth, über die Aufgabe des Geschichtsunterrichts bei der Vermittlung des durch die Ergebnisse der deutschen Vorgeschichtsforschung umwälzend neugestalteten Geschichtsbildes sprach und als Grunderkenntnisse herausstellte:

> 1. Die blutmäßigen Grundlagen unseres Volkes, die Entstehung der nordisch-fälischen Rasse in hunderttausenden Jahren europäisch-deutscher Geschichte;
> 2. die kulturellen Grundlagen, die eigenständig im gleichen Raum entwickelt wurden und neben materiellen Kulturgütern in Kunst und Weltanschauung uraltes geistiges Gepräge besessen haben;
> 3. die weltumspannenden Wanderungen der nordisch-germanischen Völker, die nicht nur das Gesicht unseres heimatlichen Erdteils zu allen Zeiten gebildet haben, sondern weit darüber hinausgriffen. (VB., 22. Oktober.)

— und schließlich die Jahrestagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland am 16. Oktober unter Professor Frank. —

Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland

Zum Thema „Freiheit der Forschung" und Nationalsozialismus erging am 7. Dezember eine grundsätzliche parteiamtliche Stellungnahme. Der Beauftragte des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung und Schulung der NSDAP., Reichsleiter Alfred Rosenberg, gab bekannt:

Freiheit der Forschung

> „Verschiedene Probleme der Kosmophysik, der experimentellen Chemie und der vorzeitlichen Erdkunde wurden in letzter Zeit durch eine größere Anzahl von Veröffentlichungen in den Vordergrund des Interesses gerückt. Vom nationalsozialistischen Standpunkt aus stellen die behandelten Fragen naturwissenschaftliche Probleme dar, deren ernste Prüfung und wissenschaftliche Untersuchung jedem Forscher freisteht.
>
> Die NSDAP. kann eine weltanschauliche dogmatische Haltung zu diesen Fragen nicht einnehmen; daher darf kein Parteigenosse gezwungen werden, eine Stellungnahme zu diesen Problemen der experimentellen und theoretischen Naturwissenschaft als parteiamtlich anerkennen zu müssen. In der Schulung der gesamten Bewegung, soweit diese Themen überhaupt behandelt werden, ist diese Haltung mit allem Nachdruck zu berücksichtigen.
>
> Berlin, den 7. Dezember 1937. gez.: A. Rosenberg."

Damit ist eine notwendige Abgrenzung vorgenommen und einerseits die Freiheit der Forschung, anderseits aber die Selbständigkeit und Un-

abhängigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung klargestellt. Die Bindungen des Nationalsozialismus gelten nicht einer wissenschaftlichen Lehrmeinung, sondern dem Leben der Nation, der Gemeinschaft des Volkes. Und auch diese Bindung ist keine Beeinträchtigung der Persönlichkeit; die Gemeinschaft ist im Gegenteil überhaupt erste Voraussetzung für die Persönlichkeit.

„Der Begriff der Persönlichkeit setzt die Anerkennung der Gemeinschaft, ob früher oder später, voraus. Ohne sie ist man keine Persönlichkeit. Ohne sie kann man ein Sonderling, ein Einzelgänger, ein Virtuose sein, man kann einen Spleen haben oder ein Original sein. Alles Individualitätsbegriffe! Aber ein Größenwahnsinniger ist noch keine Persönlichkeit! Verkannte Genies, die niemals entdeckt werden, gibt es nicht. Wenn sie nicht durch ihre Leistungen in den Gesichtskreis der Gemeinschaft treten — und sei es noch so spät —, dann waren sie eben keine!

Persönlichkeit als isoliertes Ich, Persönlichkeit also, die nicht durch die Gemeinschaft und durch die Anerkennung der Gemeinschaft in die Erscheinung tritt, ist keine Persönlichkeit!"

Gemeinschaft und Persönlichkeit

— sagte der Reichspressechef Pg. Dr. Dietrich in seiner bedeutenden Rede über „Gemeinschaft und Persönlichkeit" auf einer Kundgebung der deutschen Studenten (9. Dezember). Aus seiner Rede seien noch folgende Sätze im Wortlaut wiederholt:

„... Was dem Führer die Persönlichkeit bedeutet, erkennen wir dann, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß der Nationalsozialismus letzten Endes ja nichts anderes ist als ein genial durchdachtes System der Persönlichkeitsauslese.

Systematische Persönlichkeitsauslese und zielbewußter Aufbau einer Volksführung, wie wir sie heute in der gewaltigsten Organisation aller Zeiten, der Nationalsozialistischen Partei vor uns sehen, so etwas hat es noch nie gegeben auf der Welt!

Und konnte es auch nie geben, weil es noch niemals in der Geschichte ein Regime gegeben hat, in dem die Autorität einer genialen Persönlichkeit so groß und der Wille eines Volkes, ihr zu folgen, so einheitlich war, wie bei uns. Die meisten Dinge, die sich groß und einmalig wähnen, sind schon einmal dagewesen im Leben der Menschen. Aber was hier geschieht, ist wirklich erstmalig in der Geschichte. Es ist der kühne und gewaltige Versuch, das Schicksal eines Volkes und seiner Führung dem blinden Spiel des Zufalls zu entreißen und es durch eine geniale Führungsauslese mit menschlicher Vernunft zu lenken.

Diese vernunftgemäße, das heißt natürliche Führungsauslese ist die Organisation der Nationalsozialistischen Partei, die selbst das Ergebnis eines im Kampf gewordenen Ausleseprozesses ist und ihn nun als unversiegbare Quelle neuer Persönlichkeitswerte im deutschen Volk verankert hat.

‚Die beste Staatsauffassung und Staatsform ist diejenige', so sagt der Führer, ‚die mit natürlicher Sicherheit die besten Köpfe der Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß bringt.'

Diese Staatsform, die die Führung des Volkes mit dem Leben der Nation organisch und unlösbar verbindet, hat der Führer dem deutschen Volke gegeben. Kennt die Geschichte einen großartigeren und gewaltigeren Versuch, Schicksal und Leben eines Volkes zu meistern, als diesen?..."

23. Abschnitt:

Das Jahresende

Die deutsche Schule

Persönlichkeiten in der Gemeinschaft zu erziehen — darauf muß auch die deutsche Schule abgestellt sein, die in ihrer geistigen und körperlichen Ausbildungsarbeit gesunde und klare, mutige und verantwortungsbewußte Deutsche heranbilden soll. Ihre Formung (wie sie bereits im Vorjahre — siehe Band 1936, 23. Abschnitt — zum Ausdruck gekommen war) fand im Jahre 1937 ihre planmäßige Weiterentwicklung. Aus dem letzten Vierteljahr des Jahres seien die vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (mit Wirkung vom 1. Oktober) erlassenen neuen Richtlinien für die Leibeserziehung in Knabenschulen erwähnt, die im Sinne der Einheit von Körper und Geist eine neue Grundlage schufen. Über den für diese Erziehung notwendigen neuen Typ des Turnlehrers sagte Oberregierungs- und Schulrat Freund in einer NSK.-Unterredung (NSK., Folge 163):

Richtlinien für die Leibeserziehung in Knabenschulen

> „Den Turnlehrer denken wir uns als den Typ des nationalsozialistischen Erziehers schlechthin. Er soll mit der wissenschaftlichen und weltanschaulichen Grundlegung der Leibesübungen vertraut, ein ausgezeichneter Jugendkenner und begeisterter Jugendführer sein. Er soll über die Schularbeit hinaus als Erzieher des Volkes in den Leibesübungen treibenden Organisationen stehen und als Kämpfer seine Einsatzbereitschaft in den nationalsozialistischen Organisationen beweisen."

Aufhebung der Schulausschüsse in Preußen

Aus der Organisation der Schule sei angeführt, daß am 2. Dezember der Reichserziehungsminister durch einen Erlaß die Bestimmungen über die Verwaltung der städtischen höheren Schulen änderte und die (nach dem alten Muster einer Verwaltungsordnung für städtische höhere Schulen vom 1. 10. 1918 gebildeten) Schulausschüsse aufhob (deren Befugnisse gingen auf den Bürgermeister über, zu dessen Beratung Beiräte berufen werden). Vor allem aber sei rückschauend vermerkt, daß nach dem grundlegenden Erlaß vom 28. Dezember 1936 (siehe Band 1936, Seite 350) die Schulreform (Vereinheitlichung der höheren Schulen) zielbewußt fortgesetzt wurde — so durch einen Erlaß vom 20. März, der die einzelnen Übergangsbestimmungen brachte, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. —

Schulreform

Die deutsche Schule dient den heranwachsenden Generationen und ihrer Zukunft. Ihre Erziehung hat die deutsche Einheit zum Ziel, nicht die frühere Zerrissenheit des Klassenhasses und der konfessionellen Kämpfe unter deutschen Menschen. So ist es selbstverständliches Gebot, wenn Reichserziehungsminister Pg. Rust bei der Einweihung der

Bernhard-Rust-Hochschule für Lehrerbildung

Bernhard-Rust-Hochschule für Lehrerbildung in Braunschweig (23. Mai) erklärte,

> von niemanden werde geduldet werden, daß die Schule nach Errichtung des völkischen Staates denen überlassen bleibe, die in ihr einen Tummelplatz konfessioneller Zersplitterung sehen. Sie gehöre dem deutschen Volke und niemand anders!

Der Kampf um die Gemeinschaftsschule

Auf der gleichen Ebene bewegt sich der Kampf um die Gemeinschaftschule, der bereits im Band 1936 (Seite 350 bis 352) auch in seinen geistigen Grundlagen eingehend dargestellt worden ist. Entgegen aller konfessionellen Hetze setzte sich die Gemeinschaftsschule überall dort durch, wo die Frage „Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule" aufgerollt wurde. Die Schuleinschreibungen in München im Februar ergaben 96,1% für die Gemeinschaftsschule, die Abstimmung im Gau Saarpfalz (im März) 98,1%. Und in einem Aufsatz vom 7. April (NSK., Folge 79) konnte der Reichswalter des NSLB., Gauleiter Wächtler, feststellen:

> „Kurz nach dem hervorragenden, mehr als neunzigprozentigen Ergebnis der Abstimmung für die deutsche Gemeinschaftsschule im Gau Saarpfalz kommen neue Nachrichten von der einmütigen Haltung des deutschen Volkes in dieser Frage: Im Kreis Selb des Gaues Bayerische Ostmark gab die Elternschaft in den Orten Rehau und Schirnding 100 Prozent und in Wunsiedel 98 Prozent der Stimmen für die deutsche Gemeinschaftsschule ab. Diese Ergebnisse schließen sich in eindrucksvoller Weise an die Zahlen von München, Nürnberg und des Gaues Saarpfalz an und runden das Gesamtbild insofern ab, als sich nun wirklich nicht mehr behaupten läßt, daß es sich um einzelne Zufallsergebnisse handle.
>
> Wovon die nüchternen Zahlen hier sprechen, ist das lebendige und unerschütterliche Bekenntnis des deutschfühlenden und deutschdenkenden Menschen in einer entscheidenden politischen und weltanschaulichen Frage. Entscheidend ist dieser geschlossene Einsatz für die deutsche Schule allerdings nicht so sehr, weil etwa daran hätte gezweifelt werden müssen, ob sich das Volk tatsächlich zur deutschen Schule bekennen würde, als vielmehr deshalb, weil mit der eindeutigen Antwort der Elternschaft der politisierende und polemisierende Klerus eine entscheidende Niederlage einstecken muß. Und das trotz Einsatzes von Mitteln, die nicht erst charakterisiert zu werden brauchen..."

Diese hier angedeuteten Mittel von katholisch konfessioneller Seite bestanden im wesentlichen in der verlogenen Behauptung der angeblichen „Religionslosigkeit" oder gar -feindlichkeit der Gemeinschaftsschule. Und wenn ein aufrechter katholischer Geistlicher, der Dozent Kober aus Pasing, demgegenüber in einem Briefe an den Gauleiter Bürckel (im April) feststellte:

„... Als Geistlicher, der vier Jahre lang in Bayreuth an einer Gemeinschaftsschule tätig war, muß ich mich auch öffentlich gegen die Behauptungen wenden, daß an der Gemeinschaftsschule die Kinder religiös schlechter betreut werden als an einer Konfessionsschule. Als Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung in Pasing kann ich Ihnen über die religiöse Betreuung der Kinder unserer Übungsschule (Gemeinschaftsschule!) nur sagen, daß

1. regelmäßiger Religionsunterricht erteilt... (wird)"

— so setzte gegen diesen wahrheitsliebenden Mann ein klerikales Kesseltreiben übelster Art ein. Und das Erzbischöfliche Ordinariat in Trier verhängte über ihn das „Rede- und Zelebrationsverbot"!

Der politische Katholizismus

Es muß leider überhaupt festgestellt werden, daß die klerikale Hetze gewisser katholischer Kreise auch im Jahre 1937 nicht abnahm. Und wir sind daher leider genötigt, vom Jahresende aus rückschauend einen kurzen Überblick über die verschiedenen Angriffe des politischen Katholizismus zu geben. Sie richteten sich insbesondere gegen die Klosterprozesse (siehe Band 1936, Seite 156 bis 157), — als ob die Schuld bei den verfolgenden Gerichtsbehörden läge (!) und nicht vielmehr bei den Verbrechern im Priesterrock. Die Fülle sexueller Verbrechen häufte sich in fürchterlichem Ausmaße, und die Prozesse mußten auch im Jahre 1937 in großer Zahl durchgeführt werden. Wenn ein sadistischer Ordensbruder aus Waldbreitbach (Franziskaner) einen hilflosen verkrüppelten Fürsorgezögling zu Tode prügelte, — wenn der Staatsanwalt im Prozeß vor der Koblenzer Strafkammer (Juni) dieses Waldbreitbach mit Recht als „Hochschule der Homosexualität" bezeichnete, — wenn ein Klosterschüler des Klosters Mariatann (Schwarzwald) im Juni an einem jüngeren Zögling einen Lustmord beging, — dann sind diese Angaben nur Streiflichter auf eine wesentlich erheblichere Fülle von sadistischer Verkommenheit unter der Maske der Religion, eine Verworfenheit, die zahllose deutsche Kinder verdarb und seelisch wie körperlich vergiftete. Das Ausmaß der Sexualverbrechen seitens katholischer Geistlicher und Ordensangehöriger war derart umfassend, daß zahlreiche Prozesse in den verschiedensten Teilen des Reiches anhängig gemacht werden mußten. Gegenüber ausländischen Verleumdungen, als ob hier zu Unrecht Geistliche angeschuldigt würden, mußte mitunter dazu gegriffen werden (im Gegensatz zu sonstiger Gepflogenheit bei Sittlichkeitsprozessen), die Öffentlichkeit zuzulassen, damit jeder sich ein Urteil über diese schamlosen Verbrechen bilden konnte. Und angesichts der ungeheuerlichen Tatsache, daß sogar ein katholischer Kardinal (der Kardinal Mundelein in USA.) in aller Öffentlichkeit solche Verdächtigungen gegen das nationalsozialistische Deutschland erhob, hielt es der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, für angezeigt, in schonungsloser Offenheit Klarheit zu schaffen und tat

Die Prozesse gegen Sexualverbrecher im geistlichen Gewand

Verleumdungen des Kardinals Mundelein (USA.)

Goebbels-Rede

dies in einer Großkundgebung in der Berliner Deutschlandhalle (28. Mai) — in der er auf Grund der Feststellung:

„... Ein katholischer Kardinal in Amerika, mit Namen Mundelein, hat in einer öffentlichen Rede, in der er den Führer in der unqualifiziersten Weise beleidigte, mich den „unehrlichen Propagandaminister von Deutschland“ genannt, der diese Prozesse nur aufziehen lasse, um der verfolgten katholischen Kirche Schaden zuzufügen. Er zweifelt dabei in Bausch und Bogen die Richtigkeit dieser Prozesse an und hat die Stirne, sie mit der Greuelpropaganda zu vergleichen, die während des Krieges gegen Deutschland betrieben wurde...“

die notwendige Antwort erteilte und den wahren Sachverhalt bekanntgab: Zahllose Geistliche und Ordensbrüder haben in Sittlichkeitsverbrechen gegen die Gesetze verstoßen. Hordenweise betriebene widernatürliche Unzucht, sittliche Vernichtung Tausender von Kindern und wehrlosen Kranken — eine Fülle von sexuellen Ausschreitungen mußte nach Gesetz und Recht die Justiz auf den Plan rufen, wobei sich außerdem die erschütternde Feststellung ergab, daß die Kirche in zahlreichen Fällen trotz Kenntnis nicht eingeschritten war — ja sogar wiederholt diese Verbrecher zu schützen suchte, obwohl diese in widerlichster Weise ihr geistliches Gewand mißbraucht und beschmutzt und damit nicht zuletzt auch der Kirche schwersten Schaden zugefügt hatten. Aus der Unzahl dieser schweren Verfehlungen teilte Dr. Goebbels mit:

„... Ich will nur einige wenige Beispiele anführen, und auch da nur durch Andeutungen die Scheußlichkeiten kennzeichnen, die vor den deutschen Gerichten offenbar geworden sind.

In den Sakristeien wurde nach der Beichte mit den minderjährigen jungen Menschen Unzucht getrieben; die verführten Opfer wurden für ihre Willfährigkeit gegenüber den unzüchtigen Wünschen der Sexualverbrecher mit Heiligenbildern belohnt, die geschändeten Jugendlichen nach dem Unzuchtsakt bekreuzigt und gesegnet. Kein Platz, der den Gläubigen heilig ist, blieb vor dem widerlichen Gebaren der Sexualverbrecher im Priesterrock verschont. Hinter dem Altar tobten sie zwischen Beichte und Kommunion ihre widernatürlichen Gelüste aus; sie schämten sich nicht, ihre Beichtkinder mit der Behauptung gefügig zu machen, daß solche Dinge, mit Priestern betrieben, nicht sündhaft seien. Eines dieser Scheusale hat sich als Lehrer der Klosterschule Waldniel an 35 Schülern vergangen, ein anderes Subjekt an 96 Schülerinnen.

Ein Pfarrer in Baden brachte es fertig, dem seiner kirchlichen Autorität anvertrauten Mädchen einzureden, sie würde dem Herz-Jesu-Fest eine besondere Weihe geben, wenn es sich gerade zu dieser Zeit mit ihm einließe.

Dutzendfach sind die Fälle, in denen sich diese vertierten Menschen an Schwerkranken, Halbidioten und Krüppeln vergingen. Es ist von hier aus nur ein Schritt bis zu dem Verfahren eines Pfarrers, der nicht einmal ein im Sterben liegendes Mädchen mit seiner Perversität verschonte. Der sadistische Sexualmord im Kloster Manage in Belgien und der Tod eines dreizehnjährigen Jungen in einem rheinischen Kloster, der von seinen Erziehern im sexuellen Rausch zu Tode geprügelt wurde, sind die erschütternden Höhepunkte dieser endlosen Serie von scheußlichsten Verbrechern.

Ich betone dabei ausdrücklich, daß ich mich in diesen skizzenhaften Angaben nur auf amtliches Prozeßmaterial stütze, daß ich auch nur einen winzigen Bruchteil dieses Materials zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen kann und will. Der Ekel steigt einem hoch, wenn man gezwungen ist, sich beruflich und amtlich mit diesen Unterlagen zu beschäftigen.

Und nun frage ich das deutsche Volk: Kann man hier noch von Gottes Gnade reden, oder hat von diesen verbrecherischen Elementen nicht der Teufel selbst Besitz ergriffen?

Die Haltung der kirchlichen Obrigkeiten diesen Greueln gegenüber ist vollends unverständlich. Ein Bischof entschuldigt vor Gericht sein Nichteinschreiten mit — Güte! Das heißt also Güte gegenüber dem Verbrecher und sittliche Preisgabe von wehrlosen Kindern. Immer wieder aufs neue sind diese Scheusale auf ihre Mitmenschen losgelassen worden. Die bischöflichen Aufsichtsbehörden haben angeblich keine Möglichkeit gehabt, dagegen einzuschreiten. Aber selbst vor Gericht noch versuchten sie, alles zu vertuschen. Der Generalvikar von Mainz verweigert, als es brenzlig wird, die Aussage, bestreitet vorhandene Personalakten, die dann von der Staatspolizei trotzdem beschlagnahmt werden können. Der Bischof von Trier will sich an nichts mehr erinnern können und wird schließlich einer objektiv falschen Aussage unter Eid überführt!..."

Gegenüber den erbärmlichen Versuchen, die Wahrheit der Prozesse anzuzweifeln, wurde Pg. Dr. Goebbels sehr deutlich mit den ernsten Worten:

„Wird die Wahrheit der Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Geistliche noch einmal von einer in Betracht kommenden Stelle in Deutschland oder außerhalb des Reiches angezweifelt, so werden wir mit den wirksamsten und drastischsten Mitteln diese Zweifel zu zerstreuen wissen. Untersteht sich noch einmal eine dieser Stellen, Mißtrauen gegen die Unantastbarkeit und Sauberkeit der deutschen Justiz zu säen, dann werden wir einige sehr hohe Personen des Klerus vor die Notwendigkeit stellen, vor Gericht unter Eid Rede und Antwort zu stehen!"

Und er stellte fest: „Wenn die Kirche sich zu schwach erweist, wird der Staat die Sexualpest ausrotten!"

Zahlen der Sittlichkeitsprozesse

Zur Beleuchtung der Sachlage mögen folgende nüchternen (von Reichsminister Pg. Kerrl in einer Kundgebung in Hagen am 1. Dezember mitgeteilten) Angaben des Reichsjustizministeriums über die Zahlen dieser „klerikalen" Sittlichkeitsprozesse dienen:

Verurteilt wurden

45	Priester,
176	Ordensbrüder und -schwestern,
21	Angestellte usw.
Zusammen 242	

Verfahren sind noch anhängig gegen

93	Priester,
744	Ordensbrüder und -schwestern,
188	Angestellte.
Zusammen 955	

Verfahren wurden eingestellt oder es erfolgte Freisprechung in Verfahren gegen

29 Priester,
127 Ordensbrüder und -schwestern,
32 Angestellte usw.

Zusammen 188

Bedauerlicherweise muß auch gesagt werden, daß die Gerichte noch mit anderen unerfreulichen Handlungen geistlicher Personen sich befassen mußten. So sei an den Prozeß vor der Strafkammer in Frankenthal gegen den Pfarrer Schröder (24. Juni) erinnert, in dessen Verlauf der Staatsanwalt die Feststellung treffen mußte, daß der als Zeuge erschienene Bischof von Speyer Handlungen begangen hatte, die den Tatbestand des Landesverrats erfüllen (systematische Verbreitung von Greuellügen im Ausland), — ein ungeheuerlicher Bruch des Konkordats (siehe Band 1933, Seite 251 bis 254), wobei nachdrücklich auf den Artikel 16 dieses Konkordats zu verweisen ist.

Konkordatsbruch durch den Bischof von Speyer

Erinnert sei auch daran, daß — wie bereits im Vorjahre (siehe Band 1936, Seite 155) — gewisse katholische Verbindungen zu hochverräterischen kommunistischen Elementen aufgedeckt wurden. So stand im April vor dem Volksgerichtshof der katholische Jugendführer Kaplan Rossaint aus Düsseldorf — mit zwei weiteren Geistlichen und ihren vier Helfern —, der sich nicht gescheut hatte, illegale kommunistische Zirkel in geistlicher Amtstracht aufzusuchen, staatsfeindliche Schriften zu verbreiten, kommunistische Zersetzer zu fördern und zu tarnen. Er wurde (am 28. April) wegen Hochverrats zu elf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Hochverratsprozeß gegen Kaplan Rossaint

Freilich gab es immer gewisse Kräfte, die derartige notwendige Maßnahmen als „Kampf gegen die Religion" anprangerten. Dabei liegt die schwerste Schädigung und wirkliche Verunglimpfung der Religion darin, daß man es nicht verschmäht, die Verurteilung von Sexualverbrechern und Hochverrätern als „Religionsfeindlichkeit" zu bezeichnen. Neben geradezu gotteslästerlichem Mißbrauch des Wortes „Religion" liegt hierin außerdem eine ungeheuerliche Beleidigung jedes anständigen und aufrechten Priesters — wie etwa des oben genannten Kober oder des alten Nationalsozialisten Abt Albanus Schachleiter, der am 20. Juni gestorben ist. Auf Anordnung des Führers wurde ihm als letzte Ehrung ein Staatsbegräbnis zuteil. Rudolf Heß folgte seinem Sarge, und der „Völkische Beobachter" (21. Juni) schrieb:

Abt Albanus Schachleiter †

„... Abt Schachleiter, der übrigens 1933 sein goldenes Ordensjubiläum, 1936 sein goldenes Priesterjubiläum und seinen 75. Geburtstag begehen konnte, ließ sich durch keine Heimsuchung in seiner Treue zu Adolf Hitler und zum deutschen Volke erschüttern, und der Führer hat ihm auch beim persönlichen Besuch in Feilnbach für sein Bekenntnis gedankt. Unvergessen sind in München die Predigten Abt Schach-

leiters mit ihrem rückhaltlosen Bekenntnis zum deutschen Vaterlande, besonders seine denkwürdige Predigt zum Gedächtnis Albert Leo Schlageters.

Das nationalsozialistische Deutschland wird das Andenken dieses wahrhaft deutschen Mannes stets in hohen Ehren halten." —

Die Entwicklung der Deutschen Evangelischen Kirche

In aller Kürze sei auch ein Rückblick auf die Entwicklung in der evangelischen Kirche gegeben. Die im Vorjahr weitergeführten Befriedungsmaßnahmen (siehe Band 1936, Seite 152 bis 154) hatten zu einem abschließenden Ergebnis (in Form einer Einigung der streitenden Gruppen) noch nicht geführt. Der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, Pg. Kerrl, hatte daher am 12. Februar den Rücktritt des Reichskirchenausschusses entgegengenommen, und unter dem 15. Februar 1937 war dann folgender „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche" ergangen:

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche

„Nachdem es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen Evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zwecke die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Berchtesgaden, den 15. Februar 1937.

Der Führer und Reichskanzler
gez.: Adolf Hitler."

13. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche

Im Verfolg dieses Erlasses erging vom Reichskirchenminister (am 20. März) die „Dreizehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche", durch die folgende vorläufige Regelung getroffen wurde:

§ 1

„Die Bearbeitung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten der Deutschen Evangelischen Kirche wird von dem Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei übernommen.

Die Verwaltung und Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten nimmt die auf Grund der Ersten Verordnung vom 3. Oktober 1935 zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei gebildete Finanzabteilung allein wahr.

Die Zuständigkeit des kirchlichen Außenamtes der Deutschen Evangelischen Kirche bleibt unberührt.

§ 2

Die kirchenregimentlichen Befugnisse in den Landeskirchen werden durch die im Amt befindlichen Kirchenregierungen ausgeübt.

Die Ausübung der kirchenregimentlichen Befugnisse bleibt auf die Führung der laufenden Geschäfte beschränkt.

Die Befugnisse der Finanzabteilungen bleiben unberührt. § 1 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 3

Veränderungen kirchenpolitischer Art in der Zusammensetzung der Kirchenbehörden und der kirchlichen Körperschaften können nicht rechtswirksam vorgenommen werden.

§ 4

Disziplinar- und sonstige Personalmaßnahmen in kirchenpolitischen Angelegenheiten ruhen.

§ 5

Die Verordnung gilt mit rückwirkender Kraft ab 15. Februar 1937. Entgegenstehende Bestimmungen treten für die Dauer der Geltung dieser Verordnung außer Kraft."

Staatssekretär Dr. Muß

15., 16. und 17. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche

Aus der Arbeit des Reichskirchenministeriums (zu dessen Staatssekretär am 20. April der Regierungspräsident Pg. Dr. Muß ernannt worden ist) seien noch die Fünfzehnte (25. Juni), Sechzehnte (25. Juni) und Siebzehnte (10. Dezember) Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche genannt, deren erste eine Vereinheitlichung des kirchlichen Finanzwesens brachte, während die zweite einige anläßlich der vorgesehenen Kirchenwahlen notwendig gewordene Bestimmungen enthielt und die Benutzung von Kirchen zu Wahlzwecken (sowie jegliche Wahlagitation bis zur Veröffentlichung des Wahltermins) verbot; die dritte bestimmte u. a., daß die Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche bei dem Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei liegt, der zur Ernennung und Entlassung von Beamten der Kirche jeweils der Zustimmung des Reichskirchenministers bedarf.

Insgesamt belegt die Notwendigkeit solcher Maßnahmen eindringlich die Zerrissenheit innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche und ihre Unfähigkeit, aus eigener Kraft wieder zu einer geschlossenen Einheit zusammenzufinden. An dieser Zerrissenheit scheiterte vorerst sogar die Kirchenwahl, worüber Reichsminister Kerrl am 23. November (in einer Kundgebung in Fulda) mitteilte:

Reichsminister Kerrl über die Kirchenwahl

Der evangelischen Kirche gegenüber habe der Staat sich zuletzt durch die Einsetzung der Kirchenausschüsse bemüht, die vorhandenen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen kirchenparteilichen Gruppen zu überwinden. Die Kirchenparteien aber hätten nicht gewollt.

Der Führer habe nochmals in einem großzügigen Wahlerlaß die hilfreiche Hand des Staates ausgestreckt. Daß die Wahl bis heute noch nicht habe durchgeführt werden können, sei einzig und allein die Schuld der Kirche. Eine einheitliche Richtung sei in der evangelischen Kirche nicht herzustellen.

Der Staat verhalte sich deshalb in Sachen dieser Wahl abwartend, nachdem sie von den Kirchenparteien vorerst selbst abgelehnt worden sei. Bis auf weiteres beschränke sich der Staat auf die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung... (VB., 25. November.)

Die „Bekennende Kirche"

Von den streitenden Kirchenparteien („Deutsche Christen" und „Bekennende Kirche") war es insbesondere die „Bekennende Kirche", die immer wieder gegen die Bestimmungen verstieß und in ähnlicher Form

wie der politische Katholizismus die Volksinteressen schädigte. In zahlreichen Fällen mußten Vertreter dieser Richtung wegen staatsfeindlicher Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden, worüber im einzelnen zu berichten zu weit führen würde. In seiner im Jahre 1937 erschienenen weitverbreiteten Schrift „Protestantische Rompilger. Der Verrat an Luther und der Mythus des 20. Jahrhunderts" hat Pg. Alfred Rosenberg grundsätzlich mit diesen Kräften Abrechnung gehalten. — In diesem Zusammenhang sei noch die eigenartige Tatsache vermerkt, daß die protestantische Weltkirchenkonferenz in Oxford es fertig brachte, am 23. Juli eine Botschaft an die Deutsche Evangelische Kirche zu beschließen, in der zum Ausdruck gebracht wird:

„Protestantische Rompilger"

Weltkirchenkonferenz in Oxford

„... In der Erklärung wird die Abwesenheit der Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche bedauert und auf die angeblichen Schwierigkeiten der Kirche bei ihrer Verkündigung (!) hingewiesen. Es wird dabei auch der römisch-katholischen Kirche gedacht und der Hindernisse, die angeblich der christlichen Jugenderziehung entgegenstünden (!). Die Botschaft schließt mit einem feierlichen Gelöbnis der Glaubensverbundenheit ..." (VB., 24. Juli.)

Gegen diese unglaubliche Einmischung protestierten die Vertreter der evangelischen Freikirchen in Deutschland (unter ihnen besonders Bischof Melle als Vertreter der Methodisten), in deren Erklärung mit aller Deutlichkeit festgestellt wurde:

„Die evangelischen Freikirchen in Deutschland sind dankbar für die uneingeschränkte Freiheit der Verkündung des Evangeliums von Christo und für die Gelegenheit, die sie in Deutschland haben, ihren Dienst in Evangelisation, Seelsorge, sozialer Fürsorge und Gemeindeaufbau tun zu können ..."

In gleicher Weise protestierten die Altkatholische Gesamtkirche und andere gegen die Oxforder „Botschaft". In recht befremdender Weise fand dagegen dieser internationale Dolchstoß Helfershelfer bei der „Bekennenden Kirche", worüber in einem Brief des Reichskirchenministers Kerrl (im Oktober) an den Landesbischof Wurm in Stuttgart das Notwendige gesagt ist:

„Der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart hat unter dem 7. September 1937 an alle nachgeordneten Dienststellen einen Runderlaß betreffend Teilnahme an Allianzversammlungen herausgegeben, in dem es u. a. wie folgt heißt:

— ‚Die bekannte, durch die Presse verbreitete Erklärung, die Bischof Melle als Vertreter der deutschen Methodisten in Oxford über die kirchliche Lage in Deutschland gegeben hat, mußte von der gesamten Bekennenden Kirche als bedauerliche Verkennung der tatsächlichen Lage verstanden werden. Solange keine ausreichende Richtigstellung erfolgt, ist es um der Wahrheit und Ehre willen geboten, daß die Geistlichen und die Kreise der Bekennenden Kirche sich von gemeinsamen Veranstaltungen mit Vertretern der Bischöflichen Methodistenkirche fernhalten.' —

Ich stelle fest, daß der Evangelische Oberkirchenrat, der gleichzeitig behauptet, für die gesamte Bekennende Kirche zu sprechen, mit dieser Er-

klärung einen aufrechten deutschen Mann, der in vorbildlicher Weise böswilligen Verleumdungen seines Vaterlandes entgegengetreten ist, in völlig ungerechtfertigter Weise diffamiert. Mit dieser Erklärung stellen sich sowohl der Evangelische Oberkirchenrat wie auch die Bekennende Kirche an die Seite der ausgesprochenen Feinde des Deutschen Reiches und unterstützen sie im Kampf gegen das eigene Vaterland. Ein derartiges Verhalten kann ich nicht hingehen lassen, ohne es auf das schärfste zu mißbilligen.

gez. Kerrl."

Staat und Kirche

Wir wollen damit das Gebiet der kirchlichen Fragen verlassen, die nicht immer zur Freude Anlaß gaben, und zur Einstellung des nationalsozialistischen Staates sämtlichen Kirchen gegenüber an die Worte Adolf Hitlers vom 1. Mai erinnern:

„... Wir können nicht dulden, daß diese Autorität, die die Autorität des deutschen Volkes ist, von irgendeiner anderen Stelle angegriffen wird. Das gilt auch für alle Kirchen. Soweit sie sich um ihre religiösen Probleme kümmern, kümmert sich der Staat nicht um sie. Wenn sie versuchen, durch irgendwelche Maßnahmen, Schreiben, Enzykliken usw. sich Rechte anzumaßen, die nur dem Staat zukommen, werden wir sie zurückdrücken in die ihnen gebührende geistlich-seelsorgerische Tätigkeit. Es geht auch nicht an, von dieser Seite aus die Moral eines Staates zu kritisieren, wenn man selbst mehr als genug Grund hätte, sich um die eigene Moral zu kümmern. Für die deutsche Staats- und Volksmoral wird schon die deutsche Staatsführung Sorge tragen — das können wir all den ‚Besorgten' in und außerhalb Deutschlands versichern!..." —

Personelle Veränderungen

Als innenpolitisch wichtigstes Ereignis am Jahresende sind die personellen Veränderungen im Reichskabinett und in einzelnen Ministerien anzusehen. Bereits im 12. Abschnitt wurde eingehender berichtet, daß an Stelle des zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannten Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht am 26. November der Staatssekretär Funk zum Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister ernannt wurde — und zwar mit Wirkung vom 15. Januar 1938, während bis dahin der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Göring, die Führung des Ministeriums übernahm.

Staatssekretär Hanke

Am gleichen Tage (26. November) ernannte der Führer an Stelle Funks nunmehr den Ministerialdirektor Karl Hanke zum Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, — ebenso den Reichspressechef der NSDAP., Dr. Otto Dietrich, zum Staatssekretär im gleichen Ministerium und zum Pressechef der Reichsregierung.

Staatssekretär Dr. Dietrich, Pressechef der Reichsregierung

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Chef der Reichskanzlei

Durch „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Chef der Reichskanzlei" (ebenfalls vom 26. November) wurde angeordnet, daß der Chef der Reichskanzlei ab jetzt die Amtsbezeichnung „Reichsminister und Chef der Reichskanzlei" führt. In Vollziehung dieses Erlasses ernannte der Führer den Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Dr. Lammers, zum Reichsminister. — Am 1. De-

zember folgte der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Amtsbezeichnung des Chefs der Präsidialkanzlei“:

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Amtsbezeichnung des Chefs der Präsidialkanzlei

„Der Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei führt in Zukunft die Amtsbezeichnung ‚Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers‘.

Er steht im Range den Reichsministern gleich.“

Demgemäß wurde Staatssekretär Dr. Meißner zum Staatsminister ernannt. —

Titel, Orden und Ehrenzeichen

Die zweite Jahreshälfte hatte außerdem noch ein Gesetz und eine Reihe von Verordnungen gebracht, die der Ehrung von Verdiensten gewidmet waren, nämlich:

das „Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen“ (1. Juli), durch welches das alte gleichnamige Gesetz vom 7. April 1933 (siehe Band 1933, Seite 114) abgelöst wurde und das als wesentlichste Neuerung brachte, daß solche Verleihungen nur noch durch den Führer erfolgen (während dies vorher auch durch die Reichsstatthalter, bzw. Landesregierungen, erfolgen konnte),

die „Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Verleihung von Auszeichnungen für die Errettung von Menschen aus Lebensgefahr (Rettungsmedaillen)“ vom 10. Juli,

die „Erste Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Verleihung von Titeln (Professor-Titel)“ vom 27. August,

die diesbezügliche Zweite Verordnung („Titel für Bühnen-, Film- und Tonkünstler“) vom 22. Oktober, nach der folgende Titel verliehen werden können: Generalintendant, Generalmusikdirektor, Staatsschauspieldirektor, Staatsoperndirektor, Staatskapellmeister, Staatsschauspieler, Kammersänger, Kammervirtuose, Kammermusiker.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Reichsflaggengesetzes

Erwähnt sei ferner die „Zweite Verordnung zur Durchführung des Reichsflaggengesetzes“ vom 28. August, die alle bestehenden Zweifel darüber klärte, welche Flaggen und Fahnen von Privatpersonen gezeigt werden dürfen.

Es wird bestimmt, daß an regelmäßigen allgemeinen Beflaggungstagen, sowie an Tagen, an denen zu einer allgemeinen Beflaggung besonders aufgefordert wird, Privatpersonen nur die Reichs- und Nationalflagge setzen. Ausnahmen bestimmt die zur Anordnung einer allgemeinen Beflaggung zuständige Stelle. Regelmäßige allgemeine Beflaggungstage sind: Der Reichsgründungstag (18. Januar), der Tag der nationalen Erhebung (30. Januar), der Heldengedenktag (5. Sonntag vor Ostern), der Geburtstag des Führers und Reichskanzlers (20. April), der Nationalfeiertag des deutschen Volkes (1. Mai) und der Erntedanktag.

Allgemein verboten ist für Privatpersonen das Setzen der gegenwärtigen oder früheren Flaggen der Wehrmacht, der Reichskriegsflagge, Reichsdienstflagge, früheren Reichs- oder Landesflaggen oder einer Kirchenflagge.

Erster deutscher Beamtentag

In der dritten Oktoberwoche (18. bis 23.) fand der erste Deutsche Beamtentag in München, der Hauptstadt der Bewegung, statt. Ihn beherrschte nach der grundlegenden Neuordnung des deutschen Beamtentums durch den Nationalsozialismus der Leitgedanke: Wir dienen dem Volke. Die Tagung wurde damit nach den Worten des

Reichsbeamtenführers Pg. Neef zu einer Demonstration vor dem ganzen Volke und der Welt für eine neue innere Ausrichtung des Beamtentums. Erst der Nationalsozialismus überwand die Sonderbestrebungen von über 900 Beamtenorganisationen vergangener Zeiten und fügte diese zu einer Beamtenorganisation zusammen. Vier Jahre nach der Machtergreifung steht die Organisation als Zusammenschluß aller Beamten — im Geiste eines Wortes des Reichsministers Pg. Dr. Frick: Erst Deutsche, dann Beamte. — Auf der Tagung sprachen mehrere führende Männer der Partei und des Staates.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses" (10. Juli). Er trat an die Stelle der Erlasse vom 1. Februar 1935 (siehe Band 1935, Seite 60), da das „Deutsche Beamtengesetz" vom 26. Januar 1937 (siehe im 1. Abschnitt unseres Bandes) nur noch Reichsbeamte kennt und die bisherigen Bestimmungen dieser Tatsache anzugleichen waren. —

Straßenverkehrsordnung

An wichtigen Ereignissen vom Jahresende ist ferner die Herausgabe der „Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr (Straßenverkehrsordnung)" vom 13. November zu berichten:

Sie wurde vom Reichsinnenminister auf Grund des „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen" vom 10. August erlassen und trat dann am 1. Januar 1938 mit ihren wesentlichsten Bestimmungen in Kraft. Nach ihrem Vorspruch hat sie den Zweck, die echte Gemeinschaft aller Verkehrsteilnehmer einschließlich der Fußgänger — im Interesse einer nachhaltigen Besserung der Verkehrsdisziplin — herzustellen. Sie stellt daher ohne Rücksicht auf den eingetretenen Erfolg die Verletzungen einer Reihe von Tatbeständen unter Strafe, die erfahrungsgemäß zu einer Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer führen können. § 1 der Verordnung enthält eine Grundregel für das Verhalten im Straßenverkehr: „Jeder Teilnehmer am öffentlichen Straßenverkehr hat sich so zu verhalten, daß der Verkehr nicht gefährdet werden kann; er muß ferner sein Verhalten so einrichten, daß kein anderer geschädigt oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird." Auf Grund dieser Vorschrift kann auch in Fällen, die im einzelnen nicht geregelt sind, eingeschritten werden.

Die Verordnung dient dem Schutz des Lebens bei verstärkter Motorisierung. Hierzu haben alle Verkehrsteilnehmer beizutragen. Bemerkenswert ist § 6: Wer die Verkehrsvorschriften nicht beachtet, ist auf Vorladung der Verkehrspolizeibehörde oder der von ihr beauftragten Beamten verpflichtet, an einem Unterricht über das Verhalten im Straßenverkehr teilzunehmen.

Zugleich mit dieser Verordnung ergingen eine neue „Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" und eine „Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung". —

Volksweihnacht

Das Jahr neigte sich seinem Ende zu. Das deutsche Weihnachtsfest rückte heran, das wieder in bereits Tradition gewordener Art und

Weise dem leuchtenden Weihnachtsbaum auf Straßen und Plätze ebenso brachte wie in die deutsche Familie, den eigentlichen Träger gerade dieses Festes. Große Feiern mit Bescherungen von Kindern — Volksweihnachtsfeiern, die dem 24. Dezember vorangingen — vereinten die Volksgenossen im Gefühl der Zusammengehörigkeit, das heute alle Deutschen in der Welt wieder erfaßt hat. Mit Recht konnte der Leiter der AO. (Auslandsorganisation) der NSDAP., Gauleiter Bohle, in seiner Weihnachtsbotschaft an die Auslandsdeutschen sagen:

Weihnachtsbotschaft der AO.

„... Überall in der weiten Welt sind die nationalsozialistischen Gemeinschaften unserer Reichsbürger stärker und geschlossener geworden. Überall fühlen sich unsere Parteigenossen und Volksgenossen genau so zur Mitarbeit am weiteren Aufbau unseres Reiches verpflichtet wie in der alten Heimat selbst ...“

Kabinett Goga in Rumänien

Die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr brachten dann noch kurz vor Torschluß des Jahres 1937 ein aufsehenerregendes und äußerst symptomatisches Ereignis im Südosten Europas: Nach dem auf Grund der rumänischen Kammerwahlen (20. Dezember) notwendig gewordenen Rücktritt der Regierung Tatarescu berief am 28. Dezember der rumänische König Carol das autoritäre Kabinett Goga, dem auch der alte antisemitische Vorkämpfer Prof. Cuza angehörte und das zum Entsetzen der „demokratischen“ Mächte und vor allem des Weltjudentums eine rücksichtslose Entjudungspolitik trieb — unter der Parole: „Rumänien den Rumänen.“ Nachdem Anfang November in Brasilien von Präsident Vargas ein nationales, unparlamentarisches Regime eingeführt worden war, war nun auch Rumänien zu einer Art „autoritärem Regime“ hinübergewechselt.

Die Streikwelle in Frankreich

Paris dagegen erlebte zwischen Weihnachten und Neujahr eine Welle von Streik und Unruhen, die als böses Omen für das Jahr 1938 gelten konnten — die Frucht der bolschewistischen Infektion. — Die italienisch-französischen Verstimmungen hielten im übrigen an und führten dazu, daß die Botschafterstellen in Paris und Rom unbesetzt blieben. —

Weihnachtsansprache Rudolf Heß' an die Deutschen in aller Welt

Wie stets wurden zu Weihnachten von den Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs Ansprachen an ihre Völker gehalten. In Deutschland hat sich seit 1933 die schöne Sitte eingebürgert, daß der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, am 24. Dezember durch den Rundfunk einen Gruß an alle Deutschen im Reiche und in der ganzen Welt richtet und zugleich den Dank der Nation an Adolf Hitler ausspricht. (In diesem Jahre dankte Pg. Heß noch besonders den deutschen Männern und Frauen im Fernen Osten, die sich der auslandsdeutschen Flüchtlinge der chinesischen Wirren so opferbereit angenommen haben.)

In seiner Weihnachtsansprache sagte der Stellvertreter des Führers über den europäischen Frieden:

„... In Deutschland gibt es das Gerede von Kriegsgefahr und kriegerischer Drohung nicht. Das felsenfeste Bewußtsein, selbst keinen Krieg zu wollen und jederzeit die Kraft zu besitzen, eigener Bedrohung einmütig und stark entgegenzutreten, nimmt uns Deutschen, die wir eine Kriegsangst überhaupt nicht in uns fühlen, auch die Sorge einer täglichen kriegerischen Bedrohung. Dabei wissen wir: Auch der Mann und die Frau der anderen Völker wollen den Krieg nicht. Auch sie wollen Ruhe, friedliche Arbeit und ein aufbauendes Leben. Die Friedenssehnsucht der tüchtigen und anständigen Menschen aller Kulturnationen ist heute einer der stärksten Garanten der Ruhe in Europa.

Auch die in ihrem Streben nach Erhaltung des Friedens immer nachhaltiger wirksam werdende Kameradschaft der Frontsoldaten des Großen Krieges und das Kennenlernen der Jugend, deren Väter gegeneinander im Felde standen, nimmt den Kriegshetzern ebenfalls immer mehr die Aussicht auf Erfolg! ...“

und erklärte vom neuen Deutschland:

„Wir vollenden unbeirrbar und unabänderlich, was wir im nationalsozialistischen Deutschland begannen. Wir haben unseren Kindern ein freies Reich erkämpft. Wir geben ihnen eine frohe Jugend, ein gesundes Leben, eine anständige Moral und eine saubere Weltanschauung. Wir werden dieser Jugend die Freiheit erhalten und alle Einrichtungen vollenden, die ihr die Zuversicht auf eine schöne Zukunft geben.

Wir werden den friedlichen Unabhängigkeitskampf der deutschen Wirtschaft durchfechten und für die weitere Gesunderhaltung und Gesundung unseres Volkes Vorsorge treffen. Wir werden die Verbindung zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum weiter fördern und ebenso die Versuche fortsetzen, für das Volksdeutschtum im Auslande durch Vereinbarungen mit den Gastvölkern einen würdigen Zustand herbeizuführen. Wir werden unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Nationen, die guten Willens sind, pflegen und werden nicht müde werden, unseren Kampf für ein anständiges Menschentum gegen die bolschewistische Mörderclique weiterzuführen. Wir können voll Stolz sagen, daß wir Deutsche zum Block des Friedens geworden sind.“

Er schloß mit den Worten:

„An der Schwelle eines neuen Jahres wenden wir unsere Gedanken und Wünsche dem Manne zu, dem jeder einzelne von uns seines Volkes und damit seine eigene Stellung in der Welt heute dankt. Es gibt keinen Deutschen, dessen Leben nicht in irgendeiner Form mitgeleitet und mitgeführt ist durch ihn. Und es gibt keine uns alle angehende Idee oder Handlung, die nicht entweder von ihm gedacht oder getan oder von ihm mitbestimmt wäre! Glücklich, wer mit uns des Glaubens sein kann, im Handeln dieses Mannes die sichtbare Spur eines allmächtigen Willens zu sehen. Wir, die wir dies können, wir gehen in die Weihnacht mit der einen großen Bitte: Herr, erhalte Deutschland seinen Führer Adolf Hitler!“

Zeittafel 1937

Januar

1. Januar	Neujahrsaufruf des Führers. 17.
	Vizeadmiral Carls Flottenchef. 276.
	Deutsche Beschlagnahme eines rotspanischen Dampfers als Gegenmaßnahme gegen völkerrechtswidrige Beschlagnahme deutscher Dampfer durch die spanischen Bolschewisten (ebenso am 3. Januar). 41.
4. Januar	Tagung der internationalen Studentenorganisation „Confédération Internationale des Etudiants" (CIE) in Wien (bis 11. Januar). Seit 1930 zum erstenmal wieder offizielle Teilnahme der Deutschen. 139.
5. Januar	Verlängerung des Danzig-polnischen Hafenprotokolls. 45.
	Deutsch-polnisches Aufwertungsabkommen tritt in Kraft. 180.
7. Januar	Deutsche Antwortnote an England und Frankreich (betr. die Freiwilligenfrage im spanischen Bürgerkrieg). 42.
	Hochzeit der holländischen Thronfolgerin mit dem deutschen Prinzen Bernhard zur Lippe-Biesterfeld. 46.
9. Januar	Pariser Lügenmeldung von einer „Landung deutscher Truppen in Spanisch-Marokko". 41—42, 55—56.
11. Januar	Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps beim Führer. 42.
14. Januar	Ministerpräsident Hermann Göring in Italien (bis 24. Januar) — Empfang beim König — Unterredungen mit dem Duce. 46.
	Dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen. 180—181.
15. Januar	Verfügung des Führers über die Errichtung der Adolf-Hitler-Schulen. 117—118.
16. Januar	Tag der deutschen Polizei (bis 17. Januar). 34.
18. Januar	Untergang des Versuchsboots „Welle" der Kriegsmarine. 276.
25. Januar	Weitere deutsche Note in der spanischen Freiwilligenfrage. 43—44.
26. Januar	Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen. 23—27.
	Deutsches Beamtengesetz. 30—32.
	Reichsdienststrafordnung. 32.
	Achte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung der im Privatbesitz befindlichen Vorräte an edlen und unedlen Metallen. 189.
	Gesetz zur Änderung der Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken (Grundstückverkehrsbekanntmachung). 305—306.
27. Januar	Deutsch-österreichisches Wirtschaftsabkommen. 176.
	Reichstagung des NSD.-Studentenbundes in Braunschweig. 130.
28. Januar	Schaffung einer Reichszentralstelle für die Durchführung des Vierjahresplans bei der NSDAP., ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden. 186—187.
29. Januar	Beginn der „Grünen Woche" in Berlin (bis 7. Februar). 305.
30. Januar	Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution — Reichstagssitzung — Führerrede — Verkündung der Aufhebung der Kriegsschuldlüge. 18—20.

Gedenksitzung des Reichskabinetts — Aufnahme der Kabinettsmitglieder, die noch nicht der Partei angehörten, in die NSDAP. — Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens an Kabinettsmitglieder. 108.
Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (neues Ermächtigungsgesetz). 18.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einsetzung eines Chefs der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt. 57.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Reichsarbeitsführer im Reichsministerium des Innern. 279.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt. 77—78.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft. 76.
Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz). 336—338.

Februar

4. Februar Eisenbahnerkundgebung vor dem Führer anläßlich der Lösung vom Versailler Diktat. 22.
Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren. 221.
6. Februar Stapellauf des schweren Kreuzers „Admiral Hipper". 276.
9. Februar Beginn der neuen „Stillhaltekonferenz" (bis 20. Februar). 181—183.
10. Februar Gesetz zur Neuregelung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn. 20—22.
Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandgesetz). 306.
Dienstanweisung für die Generalinspekteure der Ordnungspolizei. 35.
Eröffnung des Reichsberufswettkampfes. 130.
11. Februar Der Führer übergibt den Verwaltungsneubau der NSDAP. in München dem Reichsschatzmeister. 106—107.
12. Februar General a. D. Faupel deutscher Botschafter in Nationalspanien. 58.
Rücktritt des Reichskirchenausschusses. 375.
13. Februar Reichsnotarordnung. 339—340.
14. Februar Beginn der Deutschlandreise des italienischen Arbeiterführers Cianetti (bis 22. Februar). 154.
15. Februar Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche. 375—376.
Internationale Frontkämpfertagung in Berlin (bis 18. Februar). 60.
Verordnung über das Erfassungswesen. 259.
16. Februar Reichsamtsleiter Speer Beauftragter für das Bauwesen im Stab des Stellvertreters des Führers. 107.
18. Februar Gesetz zur Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg. 61.
20. Februar Neues „Stillhalteabkommen". 181—183.
Eröffnung der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin durch den Führer. 211—215.
21. Februar Heldengedenktag. 267.
Erster Spatenstich zu den Dankopfersiedlungen der SA. 114.
22. Februar Reichsaußenminister von Neurath in Wien (bis 23. Februar). 58—60.
Der Stabschef der SA., Pg. Lutze, stiftet drei Kulturpreise. 113.
Erlaß des Reichserziehungsministers über die Stammhochschule. 130.
23. Februar Erlaß über die Eingliederung der Handwerkskammern in die Wirtschaftskammern. 220.
24. Februar Parteigründungsfeier — Rede des Führers zur Alten Garde in München. 107.

	Schaffung des „Deutschen Reiterführer-Abzeichens“ durch Adolf Hitler. 113.
25. Februar	Vereinbarung über die Zusammenarbeit von BDM. und ANSt. 131.
26. Februar	Der frühere schweizerische Bundesrat Schultheß beim Führer. Deutsche Anerkennung der Neutralität der Schweiz. 62.
27. Februar	Deutsch-norwegisches Wirtschaftsabkommen. 176.
	Genehmigungspflicht für den Handel mit ausländischen Wertpapieren. 181.
28. Februar	Tagung der Sudetendeutschen Partei (SDP.) in Aussig. 63.
	Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse (bis 8. März) — Grundsteinlegung des Hauses der Deutschen Arbeitsfront in Leipzig. 210.

März

1. März	Kundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. in Leipzig — von Ribbentrop spricht zur Kolonialfrage. 66.
4. März	Tagung des Weltrundfunkvereins in Berlin (bis 13. März). 80.
5. März	Reichstagung der Reichsfilmkammer in Berlin (bis 6. März). 85.
	Eröffnung des Rückwandererheims der AO. in Berlin-Tegel. 115.
	Erlaß des Reichsleiters Pg. Dr. Ley über die Werkscharen. 148.
	Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. 303.
7. März	Beginn des ersten Ausleselagers für Erzieher an den Adolf-Hitler-Schulen (bis 13. März). 118.
8. März	Einigung im Londoner „Nichteinmischungsausschuß“ über die Seekontrolle und die Kontrolle der spanisch-französischen Grenze. 67.
	Verkündung einer Akademie für weltanschauliche Schulung auf der Ordensburg Vogelsang. 107.
9. März	Gesetz über die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper. 29.
	Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte. 148.
	Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen. 38—39.
	Der litauische Außenminister Lozoraitis bei Reichsaußenminister von Neurath. 65.
10. März	Verordnung zur beschleunigten Förderung des Baues von Heuerlings- und Werkswohnungen sowie von Eigenheimen für ländliche Handwerker und Arbeiter. 303.
	Letzter Appell der Führeranwärter auf der Ordensburg Vogelsang, die als Führernachwuchs ins Land gehen sollen. 107.
	Hinterlegungsordnung. 334.
11. März	Justizbeitreibungsordnung. 332.
12. März	Rundfunkansprache des Reichsjugendführers an die reichsdeutsche Jugend im Ausland. 122.
14. März	Päpstliche Enzyklika (mit einer Stellungnahme gegen die klösterlichen Sittlichkeitsprozesse in Deutschland). 71.
15. März	König Friedrich von Dänemark beim Führer. 68.
16. März	Gesetz über die Gerichtsgliederung in Groß-Hamburg und anderen Gebietsteilen. 27.
	Gründung des Reichsforschungsrates (Erlaß des Reichserziehungsministers vom 13. März). 88, 184.
18. März	Neue Verfügung des Führers über das SA.-Sportabzeichen. 92—93.
19. März	Gesetz über die 29. Änderung des Besoldungsgesetzes. 33.
	Gesetz über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiete der Polizei. 33.
	Umwandlung der „Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsplanung und Raumordnung“ in die „Reichsplanungsgemeinschaft“. 356.
	Eröffnung des Internationalen Musikfestes in Baden-Baden. 86.

20. März Tagung der Reichsmusikkammer in Dessau. 86.
23. März Hermann Göring teilt in einer Sitzung des Führerkorps des Reichsnährstandes seine Maßnahmen zur Erzeugungsschlacht mit. 301.
Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung. 302.
Verordnung über die Verbilligung von Stickstoff- und Kalidüngemitteln. 302—303.
Verordnung über Erzeugerpreise für Kartoffeln. 303.
Verordnung zur Regelung der Getreidepreise im Wirtschaftsjahr 1937/38. 303.
Aufruf zum „Leistungswettbewerb des deutschen Landvolks". 303.
24. März Verfassung für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes. 309.
Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich. 269—270.
Eröffnung der Reichsausstellung der Deutschen Textil- und Bekleidungswirtschaft in Berlin. 188.
30. März Aussprache des Führers mit General Ludendorff. 371—372.
31. März Feiern zur Schaffung von Groß-Hamburg (bis 1. April). 24—25.
Aufhebung der hessischen Provinzen. 28.

April

1. April Die neue Reichsbehörde „Jugendführer des Deutschen Reiches" nimmt ihre Arbeit auf. 118.
Einrichtung der Heeresarchive. 273.
Verordnung über die Förderung von Arbeiterwohnstätten. 354.
2. April Proklamation der Südafrikanischen Union, nach der den Deutschen die Beteiligung an politischen Verbänden untersagt ist. 69.
7. April Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages in Berlin (bis 8. April). 28.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Reichsakademie für Leibesübungen. 94.
Gesetz zum Schutze von Bezeichnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. 110.
8. April Italienreise des Reichsleiters Pg. Dr. Ley (bis 14. April). 154.
10. April Eröffnung der deutschen Ausgrabungen in Olympia durch Reichsminister Rust. 88.
Blockleiter Pg. Riedel von Kommunisten in Argentinien ermordet. 115.
11. April Eröffnung der ersten Reichstheaterwoche der HJ. in Bochum. 123.
Englische Antwortnote an die rotspanische „Regierung" betr. den ihr angebotenen Marokko-Schacher. 69.
13. April Dr. Schacht in Brüssel (bis 16. April). 70.
16. April Eröffnung der Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung in Berlin durch Reichsluftfahrtminister Göring. 274.
Empfang der Beauftragten des WHW. beim Führer. 310.
17. April Die Südafrikanische Union erklärt den „Deutschen Bund" für einen politischen Verband im Sinne der Proklamation vom 2. April (siehe dort). 69.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Nationalsozialistische Fliegerkorps. 114.
Beginn des Reichswerbe- und Opfertages des Jugendherbergswerks (bis 18. April). 118—120.
Verordnung über die Musterung und Aushebung. 269.
Verordnung über die Heranziehung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland zum aktiven Wehrdienst und Reichsarbeitsdienst im Jahre 1937. 269.

18. April Der Stellvertreter des Führers, Pg. Heß, kündigt in Karlsruhe die **Aufhebung der Mitgliedersperre zum 1. Mai** an. 108—110.
Gesetz über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeständen an öffentlichem Vermögen (Erstattungsgesetz). 32.
Reichsapothekerordnung. 351.
19. April 1 Million deutsche Jungen und Mädel werden in das Deutsche Jungvolk und die Jungmädel im BDM. aufgenommen. 129.
Eröffnung der ersten Klassen der Adolf-Hitler-Schulen (auf der Ordensburg Crössinsee). 118.
Der österreichische Bundesminister Glaise-Horstenau beim Führer. 70.
Der englische Labour-Party-Abgeordnete Lansbury beim Führer. 71.
Rundfunkansprache Dr. Goebbels' zum Geburtstag des Führers. 104.
20. April **Geburtstag des Führers** — Paraden der Leibstandarte und der Wehrmacht — Übergabe neuer Truppenfahnen durch Adolf Hitler. 104.
Vereidigung der neuen Politischen Leiter auf Adolf Hitler durch Pg. Rudolf Heß. 104—105.
Stiftung des „Adolf-Hitler-Danks" durch den Führer. 105—106.
Regierungspräsident Dr. Muß Staatssekretär im Reichskirchenministerium. 376.
22. April Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bei Mussolini in Venedig (bis 23. April). 70.
23. April Zusammenschluß aller technischen Vereine im NS. Bund Deutscher Technik (Bekanntgabe durch Dr. Todt im Berliner Sportpalast) — Amt für Technik wird Hauptamt in der Reichsleitung der NSDAP. — Schaffung des Amtes für technische Wissenschaften in der DAF. 114—115, 219.
24. April Der italienische Jugendführer Ricci trifft mit 22 Unterführern zu einer mehrtägigen Deutschlandreise in München ein. 120.
Italienische Journalisten treffen zu einem Deutschlandbesuch in Konstanz ein. 83.
Englisch-französische Note entbindet Belgien von seinen Verpflichtungen als Garantiemacht des Locarno-Abkommens. 68—69.
Bekanntmachung des Reichsschatzmeisters der NSDAP. über die Bedingungen zur Aufnahme in die Partei. 109—110.
Reichsstudentenführung Hauptamt der NSDAP. 134.
28. April Die SDP. stellt 6 Initiativanträge im Prager Parlament. 72.
Ausführungsbestimmungen des Reichsschatzmeisters der NSDAP. zum „Adolf-Hitler-Dank". 105—106.
Der katholische „Jugendführer" Kaplan Rossaint wegen Hochverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. 374.
29. April Abschluß des Reichsberufswettkampfes (in München). 143.
30. April Eröffnung der Ausstellung „Gebt mir vier Jahre Zeit" in Berlin. 79.
Der Führer zeichnet in einer Sitzung der Reichsarbeitskammer 30 Betriebe als „nationalsozialistische Musterbetriebe" aus. 143—144.

Mai

1. Mai **Nationalfeiertag des deutschen Volkes** — Staatsakt im Lustgarten — Führerrede — Jugendkundgebung im Olympischen Stadion. 141—143.
Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung des „Verdienstordens vom Deutschen Adler". 39.
Festsitzung der Reichskulturkammer — Verleihung der Nationalpreise für Film und Buch. 78.
Reichsleiter Dr. Ley stiftet 4 Leistungsabzeichen und schafft den „Leistungskampf der deutschen Betriebe". 145—146.

2. Mai Reichsaußenminister von Neurath in Italien (bis 5. Mai). 70.
3. Mai Grundsteinlegung von 543 neuen HJ.-Heimen durch den Reichsjugendführer. 118—119.
4. Mai Erste, Zweite und Dritte Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz. 275.
5. Mai Stapellauf des KdF.-Schiffes „Wilhelm Gustloff". 152—153.
17. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit. 148—149.
6. Mai Luftschiffkatastrophe des L. Z. „Hindenburg" in Lakehurst. 216.
8. Mai Eröffnung der Ausstellung „Schaffendes Volk" in Düsseldorf. 79.
Dr. Goebbels zur Gaukulturtagung in Danzig (bis 9. Mai). 71.
9. Mai Aufklärungs- und Werbeaktion für das Deutsche Frauenwerk (bis 23. Mai). 252.
11. Mai Der englische Botschafter Henderson beim Führer. 74.
12. Mai Beginn der Kunststoff-Tagung (bis 13. Mai) im Rahmen der Ausstellung „Schaffendes Volk" in Düsseldorf. 187—188.
Zweite Jahrestagung der Forschungsabteilung „Judenfrage" des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland in München. 87.
13. Mai Rede des Reichsstudentenführers in einer Großkundgebung des NSD.-Studentenbundes und der NS.-Studentenkampfhilfe in München — Erlaß des Stellvertreters des Führers über die NS.-Studentenkampfhilfe. 134—137.
Empfang der deutschen Botschaft in London anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten Georgs VI. 74.
14. Mai Deutsch-italienische Handelsabsprachen. 176.
Selbstauflösung der Deutschnationalen Volkspartei in Danzig. 72.
18. Mai Erlaß des Reichsführers ᛋᛋ und Chef der Deutschen Polizei: Trunkenheit im Straßenverkehr kriminelles Verbrechen. 37.
Zehnte germanenkundliche Reichstagung in Gelsenkirchen (bis 20. Mai). 87.
Reichsschwimmwerbewoche (bis 23. Mai). 99.
20. Mai Gruppenführerappell der SA. in Bad Pyrmont. 112.
Beginn des Zweiten Reichsführerlagers der HJ. in Weimar (bis 29. Mai). 129—130.
Beginn der Reichstagung der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Wildbad (bis 23. Mai). 349.
21. Mai Deutsches Wirtschaftsabkommen mit Columbien. 178.
23. Mai Eröffnung des Dresdener Musikfestes. 86.
Einweihung der Bernhard-Rust-Hochschule für Lehrerbildung in Braunschweig. 370.
25. Mai Eröffnungssitzung des Reichsforschungsrates in Gegenwart des Führers und des Ministerpräsidenten Göring. 88, 184.
26. Mai Rotspanischer Angriff auf das Torpedoboot „Albatros" und mehrere italienische Kriegsschiffe auf der Reede von Palma de Mallorca. 155.
27. Mai Gesetz über Beamtenvereinigungen. 32—33.
Gesetz zur Regelung von Kapitalfälligkeiten gegenüber dem Ausland. 183.
28. Mai Aufruf des Führers über den Reichssportwettkampf der HJ. 92.
Unterredung Dr. Schachts mit dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum. 157.
Tag des Deutschen Handwerks in Frankfurt a. M. (bis 30. Mai). 221.
29. Mai Rotspanischer Angriff auf das Panzerschiff „Deutschland" auf der Reede von Ibiza (31 Tote). 155—156.
Eröffnung der Feier des 250jährigen Jubiläums der „Deutschen Akademie der Naturforscher" in Halle/Saale. 87.

30. Mai Eröffnung der 4. Reichsnährstandsausstellung in München (bis 6. Juni). 305.

31. Mai Beschießung des rotspanischen Kriegshafens Almeria durch deutsche Seestreitkräfte. 156—157.

Ausscheiden Deutschlands und Italiens aus dem Londoner Kontrollsystem. 156.

Juni

1. Juni Beschluß des französischen Kammerausschusses für Kolonialfragen (gegen den deutschen Kolonialanspruch). 315.

Beginn des 11. Europäischen Fremdenverkehrskongresses in Berlin (bis 2. Juni). 80.

Erlaß betr. Versorgung der Unteroffiziere und Mannschaften. 270.

2. Juni Tagung des Führerkorps der NSDAP. in Berlin. 112.

Reichskriegsminister von Blomberg begibt sich zu einem mehrtägigen Besuch nach Italien. 157.

3. Juni Gesetz über die Prüfung von Jahresabschlüssen. 338.

In einer Großkundgebung der DAF. im Berliner Sportpalast verkündet Dr. Ley, daß zu den Olympischen Spielen in Tokio (1940) 12000 deutsche Arbeiter fahren sollen. 153.

5. Juni Eröffnung der Ausstellung „Französische Kunst der Gegenwart" durch Reichsminister Rust im Beisein von Ministerpräsident Göring und Botschafter François-Poncet. 78.

Beginn der Reichstagung des Reichsbundes der Kinderreichen in Frankfurt a. M. 345.

6. Juni Staatsakt in der Walhalla bei Regensburg: Einweihung der Anton-Bruckner-Büste in Gegenwart Adolf Hitlers. 86.

8. Juni Internationales Walfangabkommen. 175—176.

Stapellauf des schweren Kreuzers „Blücher". 276.

10. Juni Reichstagung der NSG. „Kraft durch Freude" in Hamburg (bis 13. Juni). 153.

Reichstagung der NSKOV. in Northeim (bis 14. Juni). 267.

12. Juni Viermächtevereinbarung in London: Rückkehr Deutschlands und Italiens in den Nichteinmischungsausschuß. 158.

13. Juni Der italienische Jugendführer Ricci trifft mit 1300 Unterführern zu seinem zweiten diesjährigen Besuch in Deutschland ein. 120.

Reichskulturtagung der HJ. in Weimar (bis 15. Juni). 123.

Beginn der 4. Reichs-Theaterfestwoche in Köln (bis 19. Juni). 86.

14. Juni Goethe-Rede des Reichsjugendführers in Weimar zur Eröffnung der „Weimar-Festspiele der deutschen Jugend" (im Rahmen der Reichskulturtagung der HJ.). 123—129.

Jahrestagung der Reichstheaterkammer. 86.

Deutsche Nanga-Parbat-Expedition von einer Lawine verschüttet. 103.

Dienstanweisung für den Inspekteur des Feuerlöschwesens. 35.

15. Juni Rotspanischer Angriff auf den Kreuzer „Leipzig". 158.

Der Reichsstudentenführer eröffnet die Reichsleistungsschau „Studenten bauen auf" und verkündet den 3. Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten. 130.

16. Juni Vorbeimarsch der Balilla vor Adolf Hitler in der Wilhelmstraße in Berlin. 120.

Erlaß betr. die Eingliederung der Soldaten in das Erwerbsleben. 270.

Reichsumlegungsordnung. 303—304.

Eröffnung des ersten „Reichslehrgangs für pressefachliche Fortbildung" in Berlin (bis 26. Juni). 83.

18. Juni Weiterer rotspanischer Angriff auf den Kreuzer „Leipzig". 158.

	Errichtung der Reichstierärztekammer verkündet (im Rahmen des 1. Reichstierärztetages in Berlin). 307.
	Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigentum des Reiches oder der Länder stehenden Waldungen. 192.
19. Juni	4. Reichstagung der Nordischen Gesellschaft in Lübeck (bis 22. Juni). 170.
20. Juni	Abt Albanus Schachtleiter †. 374—375.
22. Juni	Reichsarbeitstagung des NSD.-Studentenbundes und der DSt. in Heidelberg (bis 25. Juni). Der Reichsstudentenführer verkündet die neue Ehrenordnung des deutschen Studententums. 133.
23. Juni	Endgültiges Ausscheiden Deutschlands und Italiens aus dem Londoner Kontrollsystem. 159—160.
	Beginn der Reichstagung der Gauwirtschaftsberater der NSDAP. in Hamburg (bis 25. Juni). 172—173.
24. Juni	Deutsches Polizeibeamtengesetz. 33—34.
	Feststellung eines Konkordatsbruchs des Bischofs von Speyer im Frankenthaler Prozeß. 374.
25. Juni	Fünfzehnte und Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche. 376.
26. Juni	Reichskriegertag in Kassel (bis 27. Juni). 267.
	Verordnung über die Verwertung von Getreide zur Herstellung von Branntwein. 304.
27. Juni	Führerrede (in Würzburg) über das Versagen der kollektiven Abmachungen (beim Kontrollsystem). 159.
	Erstes Brandenburgisches Turn- und Sportfest in Berlin. 94.
28. Juni	Beginn des Neunten Kongresses der Internationalen Handelskammer in Berlin (bis 3. Juli). 173—175.
29. Juni	Verordnung über die Ausbildung für den höheren Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung. 340—341.
	Hochschultag in Göttingen. 88.
30. Juni	Gesetz über Maßnahmen im ehemaligen oberschlesischen Abstimmungsgebiet. 164.
	Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung. 192.
	Erlaß betr. die Stiftung „Invalidenhaus Berlin". 270.

Juli

1. Juli	Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen. 39. 379.
	Generalmajor Stumpff Chef des Generalstabes der Luftwaffe. 274.
4. Juli	Deutsch-französischer Frontsoldatentag in Freiburg i. Br. 162.
5. Juli	Eröffnung des Deutschen Historikertages in Erfurt (bis 7. Juli). 204.
	Beginn des Internationalen Filmkongresses in Paris (bis 8. Juli). 205.
6. Juli	Dienststrafordnung für die Angehörigen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend. 279.
7. Juli	Gefängnisurteile im Konitzer Deutschtumsprozeß. 163.
	Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse von Kreditinstituten. 338—339.
9. Juli	Rede des Botschafters von Ribbentrop vor dem Londoner Nichteinmischungsausschuß (Bilanz der bisherigen „Erfolge"). 161.
10. Juli	Deutsch-österreichische Presseabmachungen. 165.
	Deutsch-französischer Handelsvertrag. 177—178.
	Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Verleihung von Auszeichnungen für die Errettung von Menschen aus Lebensgefahr (Rettungsmedaillen). 379.
	Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses. 380.

14. Juli Englischer Kompromißvorschlag vor dem Londoner Nichteinmischungsausschuß (betr. Zuerkennung von Kriegführendenrechten usw.). 162.
Abkommen des Vorsitzenden der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums mit dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht. 207—209.

15. Juli Ablauf der „Genfer Konvention" für Oberschlesien. 163—164.
Verordnung über die Preisbildung bei ausländischen Waren. 193.
Aufhebung der Satzung der Preußischen Akademie der Künste durch Ministerpräsident Pg. Göring. 203.

16. Juli Tag der Deutschen Kunst in München (bis 18. Juli) — gleichzeitig Jahrestagung der Reichskammer der bildenden Künste. 196—202.

17. Juli Neues deutsch-englisches Flottenabkommen. 166—167.
Deutsch-österreichisches Frontkämpfertreffen in Wels. 165.

18. Juli Technische Nothilfe wird ständiges Hilfsorgan der Polizei. 35—36.
Eröffnung der „Großen Deutschen Kunstausstellung 1937" im Haus der Deutschen Kunst durch Adolf Hitler (im Rahmen des Tages der Deutschen Kunst). 199—202.

19. Juli Deutsch-spanisches Wirtschaftsabkommen. 178.
Empfang einer Reichsarbeitsdienstabordnung beim bulgarischen König. 277.
Eröffnung der Ausstellung „Entartete Kunst" in München. 202.

20. Juli Wehrsteuergesetz. 267—268.
Beginn des Adolf-Hitler-Marsches in Königsberg. 129.
Eröffnung der Reichsfestspiele in Heidelberg. 205.

22. Juli Dritter diesjähriger Staatsbesuch italienischer Jugend in Deutschland (450 Avanguardisten treffen in Frankfurt a. M. ein). 121.
Deutsches Wirtschaftsabkommen mit Guatemala. 178.
Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs. 304.

23. Juli Einmischungsversuch der Oxforder Weltkirchenkonferenz in innerdeutsche Angelegenheiten durch ihre Botschaft an die Deutsche Evangelische Kirche. 377.
Viertes Internationales Flugmeeting in Zürich (bis 1. August). 274.
Bekanntmachung der Gründung der Reichswerke A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring". 190.
Verordnung über den Zusammenschluß der Bergbauberechtigten. 191.
Anordnung zur Änderung der Vierten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Rohstoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben. 189—190.

28. Juli Beginn des Zwölften Deutschen Sängerbundesfestes in Breslau (bis 1. August). 206.

30. Juli Rede des Botschafters von Ribbentrop vor dem Londoner Nichteinmischungsausschuß (gegen die Moskauer Sabotage). 168.
Eröffnung der Vierzehnten Deutschen Rundfunkausstellung in Berlin durch Reichsminister Dr. Goebbels (bis 8. August). 207.
Satzung der Reichsnotarkammer. 340.

August

1. August Änderungen in der Organisation des Vierjahresplans. 185—186.

2. August Frontkämpferkundgebung der NSKOV. im Berliner Olympiastadion (zum Gedächtnis des Kriegsausbruchs vor 23 Jahren) mit Abordnungen von 14 Nationen. 295.

6. August Antrittsbesuch des nationalspanischen Botschafters Marques de Magaz beim Führer. 168.

7. August Beginn des Reichstreffens der Deutschen Volksgesundheitsbewegung in Düsseldorf (bis 8. August). 350.

9. August Allgemeine Verfügung des Reichsjustizministers über die Bildung von Jugendschutzkammern. 334.

Beginn des Zwölften Internationalen Homöopathischen Kongresses in Berlin (bis 15. August). 350.

10. August Verordnung zur Änderung und Ergänzung des § 12 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 332.

Gesetz über die Eintragung von Handelsniederlassungen und das Verfahren in Handelsregistersachen. 338.

Gesetz zur Änderung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs über das Seefrachtrecht. 339.

Dreißigste Änderung des Besoldungsgesetzes (Förderung der Frühehe). 345.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. 380.

12. August Allgemeine Verfügung des Reichsjustizministers über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters. 232—233.

13. August Beginn der Reichswettkämpfe der SA. in Berlin (bis 15. August). 93.

14. August Beginn der 700-Jahrfeier der Reichshauptstadt (bis 22. August). 203.

15. August Beginn der Deutschen Ostmesse in Königsberg (bis 18. August). 211.

17. August Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen. 39.

20. August Sieben-Fronten-Länderkampf (bis 22. August). 97.

21. August Beginn des Dritten Internationalen Kongresses für ärztliche Fortbildung in Berlin (bis 25. August). 350.

22. August Beginn der Akademischen Weltspiele in Paris (bis 29. August). 93.

23. August Beginn des Elften Milchwirtschaftlichen Weltkongresses in Berlin (bis 28. August). 304.

27. August Erste Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Verleihung von Titeln (Professortitel). 379.

28. August Verordnung über den Kündigungsschutz für Miet- und Pachträume. 335.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Reichsflaggengesetzes. 379.

Verabschiedung der nach Italien fahrenden 450 Jungvolkführer durch den Reichsjugendführer. 121.

29. August Beginn der Fünften Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP. in Stuttgart (bis 5. September). 166.

Beginn der Leipziger Herbstmesse (bis 2. September). 210.

30. August Deutsches Handels- und Zahlungsabkommen mit Neuseeland. 178.

31. August Sechste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien. 344.

September

1. September Die neue Sportordnung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen tritt in Kraft. 94.

Preissenkung für deutsche Zellwolle. 193.

3. September 114 Jugendführer des nationalen Spaniens treffen zu einem Deutschlandbesuch ein. 121.

Erlaß betr. die Entlassung von Unteroffizieren nach fünfjähriger Dienstzeit. 270.

6. September Beginn des Reichsparteitages der Arbeit (bis 13. September). 224—264.

7. September Eröffnung des Parteikongresses — Proklamation des Führers — Kulturtagung. 224—234.

8. September Appell des Reichsarbeitsdienstes. 234—235.

9. September — Eröffnung der NS.-Kampfspiele und Grundsteinlegung zum Deutschen Stadion in Nürnberg — Fackelzug der Politischen Leiter. 239, 247.
Erlaß über die Änderung von Behördenbezeichnungen im Geschäftsbereich des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (Reichspropagandaämter). 28.

10. September — Aufmarsch der Polizei — Kundgebung der NS.-Frauenschaft — Appell der Politischen Leiter. 247—248, 252.
Konferenz in Nyon betr. die U-Boot-Angriffe in den spanischen Gewässern (bis 14. September). 169—170.
Deutsch-französisches Studentenlager in Avallon (Frankreich) bis 20. September. 139.

11. September — Appell der Hitler-Jugend — Fünfte Jahrestagung der DAF. — Hauptkämpfe der NS.-Kampfspiele. 93, 252—256.

12. September — Appell von SA., SS, NSKK., NSFK. und Vorbeimarsch. 256.

13. September — Vorführungen der Wehrmacht — Schlußsitzung des Parteikongresses — Führerrede. 257—262.

20. September — Beginn der Wehrmachtsmanöver 1937. 265—266.

23. September — Gesetz über die Sonderfeiertage für die Reichshauptstadt Berlin und die Hauptstadt der Bewegung München. 286.

24. September — Deutsches Verrechnungsabkommen mit Griechenland. 180.

25. September — Der italienische Staatschef Mussolini trifft zu seinem Deutschlandbesuch (bis 29. September) in München ein. 285.

26. September — Der Führer und der Duce beim letzten Tag des Wehrmachtsmanövers. 266.

27. September — Dritte Ausführungsverordnung zur Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen. 193.

28. September — Völkerkundgebung auf dem Maifeld: Reden des Führers und des Duce. 286—290.

29. September — Wehrmachtsparade in Berlin vor dem Führer und dem Duce — Heimreise des Duce nach Italien. 290.
Allgemeiner Deutscher Sparkassen- und Kommunalbankentag in Essen — Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. 221.

30. September — Gesetz über Arbeitslosenunterstützung nach Wehr- u. Arbeitsdienst. 270.
Gesetz über die Weitergeltung und Ergänzung des Pachtnotrechts. 306.

Oktober

1. Oktober — Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich. 269—270, 272.
Einsetzung von acht Bereichsführern des NSD.-Studentenbundes (an Stelle der früheren Gebietsbeauftragten). 139.
Neue Richtlinien für die Leibeserziehung in Knabenschulen. 369.

3. Oktober — Erntedankfest — Staatsakt auf dem Bückeberg — Führerrede — Übereignung des Bückeberges an den Führer. 296—298.

4. Oktober — Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte. 355.

5. Oktober — Eröffnung des Winterhilfswerks 1937/38 durch den Führer. 309—312.

8. Oktober — Bestallungsordnung für die Apotheker. 351.
Verfahrensordnung für die Apothekerberufsgerichte. 351.

11. Oktober — Verordnung über die Ausbildung für den höheren Forstdienst. 306.

13. Oktober — Deutsche Note über die belgische Neutralität. 293—294.

15. Oktober — Feier zur fünfzehnten Wiederkehr des „Deutschen Tages" in Coburg — Führerrede. 262.

16. Oktober — Rede des Botschafters von Ribbentrop vor dem Londoner Nichteinmischungsausschuß. 170.
Jahrestagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland. 87.

17. Oktober Pg. Himmler in Rom (bis 20. Oktober). 35.
Gummiknüppelattacke tschechischer Polizei in Teplitz-Schönau auf Sudetendeutsche. 291.
Eröffnung von 58 neuen Jugendherbergen durch den Reichsjugendführer (von Annaberg aus). 120.
Beginn der Vierten Reichstagung des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte in Elbing (bis 23. Oktober). 367.

18. Oktober Offener Brief Konrad Henleins an den tschechischen Staatspräsidenten. 291—292.
Beginn des Ersten Deutschen Beamtentages in München. 379.

19. Oktober Verfügung des Reichsjugendführers über den Reichs-Schwimmschein für die deutsche Jugend. 99.
Einweihung der Reichsschule des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend am Üdersee bei Eberswalde. 279—280.

21. Oktober Übergabe der Weihstätte in Pasewalk (an der Stelle des Lazaretts, in das der Frontsoldat Adolf Hitler vor 20 Jahren eingeliefert wurde) an den Gau Pommern. 263.
Ritter von Epp spricht in Stockholm über die deutschen Kolonialforderungen. 317.
Auflösung der Zentrumspartei in Danzig. 326.

22. Oktober Acht aktive Bannführer der HJ. fahren zu einem Gegenbesuch nach Spanien. 121.
Verordnung über die Regelung des Wehrdienstverhältnisses der noch nicht erfaßten Wehrpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1893—1900. 269.
Zweite Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Verleihung von Titeln (Titel für Bühnen-, Film- und Tonkünstler). 379.

23. Oktober Deutsch-französisches Frontkämpfertreffen in Besançon (bis 24. Okt.). 295.

26. Oktober Erste Anordnung zur Durchführung der Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung. 192.

28. Oktober Rudolf Heß an der Spitze der Delegation der NSDAP. bei den Feiern zum 15. Jahrestag der faschistischen Revolution. 295.
Mussolini tritt für den deutschen Kolonialanspruch ein. 317.
Reise des Reichsjugendführers nach Frankreich. 122.
Richtlinien zur Neuordnung d. gemeindlichen Volksbüchereiwesens. 366.

29. Oktober Deutschland lehnt die Teilnahme an der Brüsseler Konferenz (betr. den japanisch-chinesischen Krieg) ab. 320.

30. Oktober Stapellauf des Segelschulschiffes „Leo Schlageter". 276.
Vierte Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht: Rede des Reichsaußenministers über die politische „Kollektivitätsidee". 318 bis 320.

31. Oktober Woche des Deutschen Buches (bis 6. November). 365—366.

November

1. November Der englische Außenminister Eden antwortet vor dem Unterhaus auf Mussolinis Worte zur deutschen Kolonialforderung (28. Oktober). 326.
Jüdische Niederlage im Berner Judenprozeß. 321—324.

2. November Erste Sitzung des Reichsausschusses des Reichsberufswettkampfes aller schaffenden Deutschen. 357.

3. November Eröffnung der Internationalen Jagdausstellung in Berlin (bis 18. November). 307.
Personenstandsgesetz. 333—334.
Drittes Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes. 222.
Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen. 344.

5. November	Deutsch-polnisches Übereinkommen über die Behandlung der Minderheiten. 325—326.
	Gesetz über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens. 335—336.
	Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin. 355.
	Beginn der Reichsmusiktage der HJ. in Stuttgart. 123.
6. November	Italien tritt dem deutsch-japanischen Antikominternabkommen bei. 202.
	KdF. in Neapel. 360—361.
	Lohnangleichung im Saarland. 357.
7. November	Reichs-Hubertusfeier der Deutschen Jäger auf dem Hainberg bei Braunschweig. 307.
8. November	Beginn der Gedächtnisfeiern der nationalsozialistischen Erhebung 1923 (bis 9. November). 263.
	Verbot der Bildung neuer Parteien in Danzig. 326.
	Errichtung einer Staatsjugend in Danzig. 326.
10. November	Vereidigung der SS-Rekruten vor der Münchener Feldherrnhalle. 263.
	Deutsches Zahlungsabkommen mit der Südafrikanischen Union. 180.
11. November	Empfang der Abordnung von HJ.-Führern durch den nationalspanischen Staatschef General Franco. 121.
	Deutsches Verrechnungsabkommen mit der Tschechoslowakei. 180.
12. November	Berufsordnung für die deutschen Ärzte. 350—351.
13. November	Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr (Straßenverkehrsordnung). 380.
	Straßenverkehrs-Zulassungsordnung. 380.
	Straßenbahnbau- und -betriebsordnung. 380.
15. November	Beginn der Gauamtsleiter- und Kreisleitertagung in Sonthofen (bis 23. November). 262.
17. November	Lord Halifax in Deutschland (bis 21. November). 327—328.
	Vereinbarung des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. mit dem Korpsführer des NSFK. über den Aufbau des NSFK. und sein Zusammenwirken mit der Partei. 263.
18. November	Beginn der Reichsarbeitstagung des Amtes Schrifttumspflege und der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums (bis 22. November). 366.
20. November	Der ungarische Ministerpräsident von Daranyi und Außenminister von Kanya in Deutschland (bis 28. November). 329.
	Bekanntmachung der neuen Fassung des Bürgersteuergesetzes. 223.
21. November	15-Jahresfeier der Ortsgruppe Augsburg der NSDAP. — Führerrede. 262.
24. November	Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Sommer- und Winterstärke des Reichsarbeitsdienstes und über die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend. 280.
	Gesetz gegen die Schwarzsender. 364.
	Verordnung über die Wehrüberwachung. 369.
25. November	Der ungarische Ministerpräsident von Daranyi und Außenminister von Kanya beim Führer. 329.
	Reichsheimstättengesetz. 353.
26. November	Pg. Funk mit Wirkung vom 15. Januar 1938 zum Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister ernannt — Pg. Hermann Göring bis zum 15. Januar 1938 mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums beauftragt. 222, 378.
	Ministerialdirektor Hanke und Reichspressechef Dr. Dietrich zu Staatssekretären im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. 378.
	Dr. Dietrich Pressechef der Reichsregierung. 378.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Chef der Reichskanzlei — Staatssekretär Dr. Lammers Reichsminister. 378.

Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NSG. „Kraft durch Freude". 362—363.

Reise des Reichsjugendführers nach Südosteuropa und dem Orient (Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Irak, Iran, Rumänien, Ungarn) bis Mitte Dezember. 122.

27. November Grundsteinlegung der wehrtechnischen Fakultät der T. H. in Berlin-Grunewald durch den Führer. 268—269.

Arbeitstagung des Reichskultursenats. 363.

Anordnung der Reichstheaterkammer zur Altersversorgung der Bühnenschaffenden. 363.

Dezember

1. Dezember Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Amtsbezeichnung des Chefs der Präsidialkanzlei — Staatssekretär Dr. Meißner Staatsminister. 379.

Beginn weiterer „Stillhalteverhandlungen" (bis 14. Dezember). 182.

2. Dezember Ministerpräsident Pg. Göring übernimmt die Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums. 222.

Kameradschaftsabend der Anglo-German-Fellowship in London unter Teilnahme von Lord Halifax und Botschafter von Ribbentrop. 330.

Erstmalige Verleihung des Ehrenbuches für die kinderreiche deutsche Familie. 345—346.

Aufhebung der Schulausschüsse in Preußen. 369.

3. Dezember Der französische Außenminister Delbos auf der Durchreise in Berlin. 320.

Verfügung des Führers über die Behandlung aller mit der Geschichte der Bewegung zusammenhängenden Fragen. 263.

Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Lohnzahlung an Feiertagen. 359.

Neubildung des Deutschen Presseklubs. 364.

4. Dezember Tag der Nationalen Solidarität. 314.

Reichsminister Dr. Frick spricht in Stockholm vor der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft. 329.

6. Dezember Großkundgebung des Reichskolonialbundes in Berlin. 327.

9. Dezember Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg. 25.

Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz. 351—352.

Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Übergang von Vermögen. 357—358.

Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich über „Gemeinschaft und Persönlichkeit" vor den Studenten. 368.

10. Dezember Siebzehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche. 376.

11. Dezember Italiens Austritt aus dem Völkerbund. 292—293.

12. Dezember Pg. Darré gibt in Goslar die Parolen zur weiteren Erzeugungsschlacht. 308.

13. Dezember Der ehemalige französische Ministerpräsident Flandin bei Reichsminister Dr. Goebbels. 330.

15. Dezember Gründung der „Reichsvereinigung Schweden-Deutschland". 329.

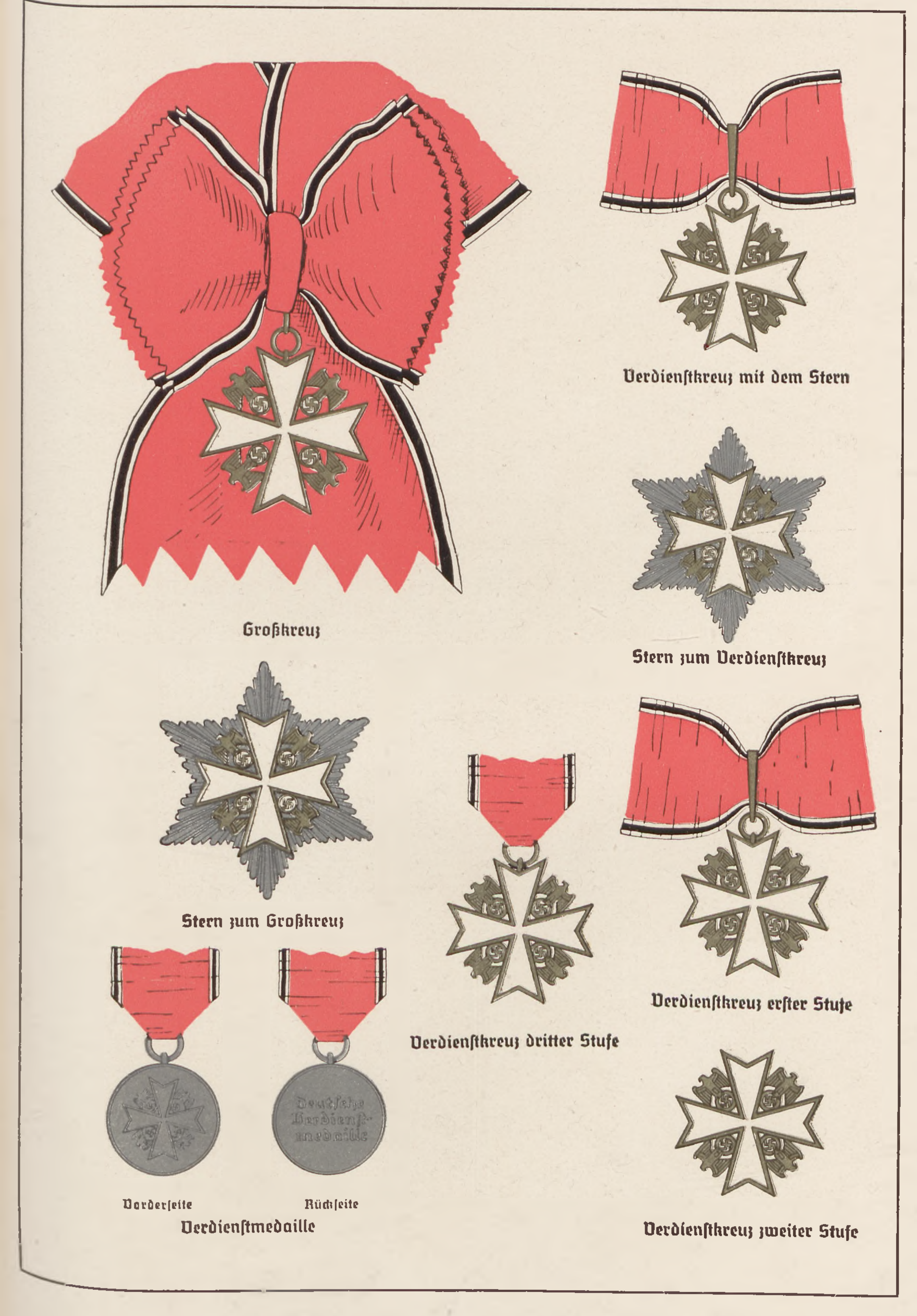
17. Dezember 2000 km Reichsautobahnen fertiggestellt — Feierstunde auf dem Berliner Ring. 216.

20. Dezember General Ludendorff †. 270—272.

21. Dezember Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung. 358—359.

22. Dezember Staatsakt zur Beisetzung General Ludendorffs in München. 270.

24. Dezember Weihnachtsansprache Rudolf Heß' an die Deutschen in aller Welt. 381—382.



Großkreuz

Verdienstkreuz mit dem Stern

Stern zum Verdienstkreuz

Stern zum Großkreuz

Verdienstkreuz dritter Stufe

Verdienstkreuz erster Stufe

Vorderseite

Rückseite

Verdienstmedaille

Verdienstkreuz zweiter Stufe

Der Verdienstorden vom Deutschen Adler

Norddeutsche Ausgabe / Ausgabe A

„Freiheit und Brot“

Ausgabe A / Norddeutsche Ausgabe

31. Ausg. * 50. Jahrg. * Einzelpreis 20 Pf.

Berlin, Sonntag, 31. Januar 1937

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Der Führer zieht die Unterschrift der November-Regierung zurück

Adolf Hitler verkündet neue praktische Vorschläge zur Sicherung des Weltfriedens – Endgültige Löschung der Kriegsschuldlüge – Reichsbahn und Reichsbank wieder restlos unter Reichshoheit – Der deutsche Anspruch auf Kolonien – Ein Generalbauplan für deutsche Städte – Deutscher Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft

Der Reichstag des 30. Januar

Als der Führer seine zweistündige Rede vor dem Deutschen Reichstag beendet hatte, bereitete ihm die Vertretung des deutschen Volkes eine gewaltige Huldigung. Und wer Führerkundgebungen wiederholt miterlebt [illegible] Schablonenhaftes, Organisiertes an sich haben, sondern daß sie der spontane Aus- sondern ebensosehr durch die suggestive Macht seiner Persönlichkeit immer wieder alle Zuhörer hinreißt.

Es ist daher kein Zufall, daß die Reden des Führers heute nicht nur in Deutschland, sondern schon in der ganzen Welt so aufs äußerste erwartungsvoll aufgenommen werden. Denn auch der Welt kommt es mehr und mehr zum Bewußtsein, daß sie es bei einer Ansprache des deutschen Reichsoberhauptes nicht nur mit einer notwendigen Regierungserklärung zu tun hat, sondern daß hier ein Mensch spricht, der in seinem Innersten eins geworden ist mit seinem Volk, und dessen Erklärungen erst dadurch ihr unübertreffliches staatspolitisches Gewicht erhalten.

Vielleicht ist dieser Eindruck auch manchem Ausländer, der an der heutigen Kundgebung unmittelbar oder mittelbar teilnahm, an keiner Stelle mehr zum Bewußtsein gekommen, als in dem Augenblick, in dem der Führer sich mit der Unterhausrede Edens auseinandersetzte. Hier mußte man in der Tat fühlen: In der Person Adolf Hitlers tritt dem englischen Außenminister nicht etwa so wie vor 1933 irgendein Vertreter irgendeiner deutschen Regierung gegenüber, sondern der Mann, für den die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes zum Sinn seines ganzen Daseins geworden ist. Ein Mann, der nicht Politik macht wie man es von den „parlamentarischen Angsthasen“ der deutschen Systemzeit gewohnt war, sondern für den auch die Politik nur das Ergebnis einer größeren und gründlicheren weltanschaulichen Erkenntnis darstellt.

Das ist eben der Unterschied zwischen Mr. Eden und Adolf Hitler: Wo der Engländer den Bolschewismus mit großzügiger Geste bagatellisieren zu können glaubt, da erhebt der Deutsche Reichskanzler vor der ganzen Welt seine warnende Stimme, indem er die bolschewistische Pest eindringlich und verantwortungsbewußt als den gefährlichsten Feind der gesamten Menschheit und der Kulturwelt bezeichnet.

Man schafft eine unangenehme Erscheinung nicht damit aus der Welt, daß man sie nicht sieht, oder daß man sie ignoriert. Und wenn der Führer gerade jetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die ernste Gefahr hinweist, in der sich Europa gegenüber dem bolschewistischen Terror befindet, dann tut er das Gegenteil von jenen Berufspolitikern der Gegenwart und der Vergangenheit, die mit ihrer sträflichen Unterschätzung des Gegners regelmäßig Schiffbruch erlitten und damit ihre Völker den größten Katastrophen ausgeliefert haben.

So hoffen wir, daß die politische Bedeutung dieser Führerrede gerade dort in ihrem ganzen Umfang gewürdigt werden möge, wo es am notwendigsten ist. Draußen im Ausland und da, wo es die Aufgabe verantwortungsbewußter Staatsmänner ist, die Politik des Deutschen Reichskanzlers aus ihrem Geist der Verantwortung vor der europäischen Kulturwelt heraus zu verstehen. Die Leidenschaft, mit der der Führer wiederholt während seiner Rede gesprochen hat, ist ja nur der sichtbare Ausdruck dafür, wie sehr dem Führer mit dem Schicksal seines Volkes die Zukunft Europas selbst am Herzen liegt.

Und wenn wir noch eine Erkenntnis aus den Worten des Führers mitnehmen, so ist es diese: das deutsche Volk ist unter der Führung Adolf Hitlers wieder in eine Zeitepoche hineingestellt worden, in der es eine Aufgabe von weltpolitischem Ausmaß zu meistern hat, wie schon so oft in seiner Geschichte. Die Einheit von Führer und Volk aber wird für die Lösung der Aufgabe der sicherste Garant sein.

W.—



Aufn.: Heinrich Hoffmann

Die große Rede Adolf Hitlers am vierten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution

Die große Rede des Führers im Reichstag hat folgenden Wortlaut:

Männer! Abgeordnete des Deutschen [illegible]

An einem für das deutsche Volk bedeutungsvollen Tage ist der Reichstag heute zusammengetreten. Vier Jahre sind vergangen seit dem Augenblick, da die große innere Umwälzung und Neugestaltung, die Deutschland seitdem erlebte, ihren Anfang nahm. Vier Jahre, die ich mir vom deutschen Volke ausgebeten habe als eine Zeit der Bewährung und Beurteilung. Was würde näher liegen als diesen Anlaß zu benutzen, um im einzelnen alle jene Erfolge und Fortschritte aufzuzählen, die diese vier Jahre dem deutschen Volke geschenkt haben? Es ist aber gar nicht möglich, im Rahmen einer so kurzen Kundgebung all das zu erwähnen, was als die bemerkenswerten Ergebnisse dieser vielleicht erstaunlichsten Epoche im Leben unseres Volkes gelten dürfen! Dies ist mehr die Aufgabe der Presse und der Propaganda. Außerdem wird in diesem Jahre in der Reichshauptstadt Berlin eine Ausstellung stattfinden, in der versucht werden soll, ein umfassenderes und eingehenderes Bild des Geschaffenen, Erreichten und Begonnenen aufzuzeigen, als mir dies in einer zweistündigen Rede überhaupt möglich sein könnte! Ich will daher diese heutige geschichtliche Zusammenkunft des Deutschen Reichstages benutzen, um in einem Rückblick auf die vergangenen vier Jahre einige jener allgemein gültigen Erkenntnisse, Erfahrungen und Folgerungen aufzuzeigen, die zu verstehen nicht nur für uns, sondern auch für die Nachwelt wichtig sind.

Ich will weiter eine Stellung zu jenen Problemen und Aufgaben nehmen, deren Bedeutung uns und unserer Umwelt zur Ermöglichung eines besseren Zusammenlebens klar sein müssen, und endlich möchte ich auch in kürzesten Zügen die Projekte umreißen, die mir teils für die nächste, teils auch für die fernere Zukunft als Arbeit vorschweben.

In der Zeit, da ich noch als einfacher Redner durch die deutschen Lande zog, wurde mir oft von bürgerlicher Seite die Frage vorgelegt, warum wir an die Notwendigkeit einer Revolution glaubten, statt zu versuchen, im Rahmen der bestehenden Ordnung und unter Mitarbeit bei den vorhandenen Parteien die uns als schädlich und ungesund erscheinenden Verhältnisse zu verbessern.

Wozu eine neue Partei und wozu vor allem eine neue Revolution?

Meine damaligen Antworten wurden immer von folgenden Erwägungen bestimmt:

1. Die Verfahrenheit, der Verfall der deutschen Zustände der Lebensauffassungen und der Lebensbehauptung können nicht beseitigt werden durch einen einfachen Regierungswechsel. Diese Wechsel haben ja schon [illegible] deutschen Not eingetreten wäre. Alle diese Regierungsumbildungen hatten eine positive Bedeutung nur für die Akteure des Schauspiels, für die Nation aber fast stets nur negative Ergebnisse. Im Laufe einer langen Zeit war das Denken und praktische Leben unseres Volkes in Bahnen geraten, die eben so unnatürlich, wie im Ergebnis abträgliche waren. Eine der Ursachen dieser Zustände lag aber in der unserem Wesen, unserer geschichtlichen Entwicklung und unseren Bedürfnissen fremden Organisation des Staatsaufbaues und der Staatsführung an sich.

Das parlamentarisch-demokratische System war von den allgemeinen Zeiterscheinungen nicht zu trennen. Die Heilung einer Not kann aber kaum je erfolgen durch eine Beteiligung an den sie verschuldenden Ursachen, sondern nur durch deren radikale Beseitigung. Damit aber mußte der politische Kampf unter den gegebenen Verhältnissen zwangsläufig den Charakter einer Revolution annehmen.

2. Eine solche revolutionäre Um- und Neugestaltung ist weder denkbar durch die Träger und mehr oder minder verantwortlichen Repräsentanten des alten Zustandes, das heißt also auch nicht durch die politischen Organisationen des früheren verfassungsmäßigen Lebens, noch durch eine Teilnahme an diesen Einrichtungen, sondern nur durch die Aufrichtung und den Kampf einer neuen Bewegung mit dem Zweck und Ziel, die notwendigen Reformation des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens bis in die tiefsten Wurzeln hinein vorzunehmen und dies wenn nötig, auch unter Einsatz von Blut und Leben!

Es gehört dabei zum Bemerkenswerten, daß der parlamentarische Sieg durchschnittlicher Parteien kaum etwas wesentliches am Lebensweg und Lebensbild der Völker verändert, während eine wahrhafte Revolution, die aus tiefsten weltanschaulichen Erkenntnissen kommt, auch nach außen hin zu einprägsamsten und allgemein sichtbaren Veränderungen führt.

Wer will aber daran zweifeln, daß in diesen hinter uns liegenden vier Jahren tatsächlich eine Revolution von gewaltigstem Ausmaß über Deutschland hinweggebraust ist? Wer kann dieses heutige Deutsch-

Berliner Ausgabe

„Freiheit und Brot"

Berliner Ausgabe

151. Ausg. * 50. Jahrg. * Einzelpr. 15 Pf. für Berlin u. auswärts Ausland mit ermäß. Porto 25 Pf. Uebriges Ausland 30 Pf.

Berlin, Montag, 31. Mai 1937

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Verlag: Franz Eher Nachf. GmbH., Zweigniederlassung Berlin, Berlin SW 68, Zimmerstraße 88 :: Sammelruf 11 00 22 :: Drahtanschrift: Beobachter Berlin :: Zahlungen: Postscheckkonto Berlin 4454 :: Anzeigen-Schluß: 16 Uhr, Sonntagsausgabe 13 Uhr, am Vortage des Erscheinens :: Gewünschte einzelne Nummern unter Streifband nur gegen vorherige Einsendung von 35 Pf.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Schriftleitung: Berlin SW 68, Zimmerstr. 88 :: Sammelruf: 11 00 22, Sprechst.: 12–13 Uhr Drahtanschr.: „Beobachter Berlin", Münchner Schriftltg.: München 13, Schellingstr. 39 :: Sammelruf: 208 01 Sprechst.: 11–12 Uhr :: Der „VB" erscheint täglich. Bezugspreis mtl. RM. 2,60, wöchtl. RM. 0,65 bei Zustellung durch Boten (nur in Berlin); bei Zustellung durch die Post RM. 2,90 [illegible] Bestellgeld

Verbrecherischer Anschlag bolschewistischer Luftpiraten auf das Panzerschiff „Deutschland"

23 deutsche Matrosen tot, 19 schwer-, 64 leichtverletzt

Unverzügliche Maßnahmen der Reichsregierung

Amtliche deutsche Erklärung

dnb Berlin, 30. Mai.

Ein unerhörter und kaum vorstellbarer Fall: Spanische bolschewistische Flugzeuge bombardierten ohne jeden Grund ein deutsches Kriegsschiff, das an der spanischen Küste in Ruhe liegt. 20 tapfere deutsche Matrosen fanden dabei den Heldentod. Die Deutsche Regierung wird auf die unerhörte Provokation der spanischen Verbrecher eine entsprechende Antwort zu geben wissen. — Die Deutsche Reichsregierung gibt zu dem Vorfall folgende Erklärung ab:

Nachdem vor wenigen Tagen rote Flugzeuge die im Hafen von Mallorca liegenden englischen, deutschen und italienischen Schiffe mit Bomben angegriffen hatten und dabei auf einem italienischen Schiff sechs Offiziere töteten, wurde den deutschen Schiffen der weitere Aufenthalt in diesem Hafen untersagt.

Am Sonnabend, dem 29. Mai, lag das Panzerschiff „Deutschland" auf der Reede von Ibiza. Das Schiff gehört zu den für die internationale Seekontrolle bestimmten Streitkräften. Trotzdem wurde zwischen 6 und 7 Uhr abends das Panzerschiff plötzlich von zwei im Gleitflug niedergehenden Flugzeugen der roten Valencia-Regierung **mit Bomben beworfen**. Da das Schiff in Ruhe lag, befand sich die Mannschaft in dem im Vorderschiff befindlichen ungeschützten Mannschaftsraum.

Eine der roten Bomben schlug ähnlich wie neulich bei dem italienischen Schiff in die Offiziersmesse, dieses Mal **mitten in die Mannschaftsmesse**.

20 Tote und 73 Verletzte sind die Folge dieses verbrecherischen Anschlages. Eine zweite Bombe traf das Seitendeck, richtete dort aber nur geringe Beschädigungen an. Das Schiff, das vollkommen gefechts- und fahrklar ist, fuhr nach Gibraltar, um dort die Verwundeten auszuladen. Das Schiff hatte auf die Flugzeuge keinen Schuß abgegeben.

Nachdem die rote Valencia-Regierung vom Nichteinmischungsausschuß und von der Deutschen Regierung zweimal gewarnt wurde, weitere Angriffe auf die im Dienste der internationalen Kontrolle stehenden Schiffe auszuführen, zwingt dieser neue verbrecherische Anschlag auf ein deutsches Schiff, die **Deutsche Reichsregierung zu Maßnahmen, die sie unverzüglich dem Nichteinmischungsausschuß mitteilen wird.**

Die Namen der für ihr Vaterland Gefallenen

Die Namen der im Dienst für ihr Vaterland Gefallenen sind:

1. Stabsmatrose Lobitz,
2. Stabsmatrose Martens,
3. Stabsmatrose Martin,
4. Stabsmatrose Schmitz,
5. Stabsmatrose Zimmermann,
6. Obermatrose Denno,
7. Obermatrose Dallus,
8. Obermatrose Gerhardt,
9. Obermatrose Männing,
10. Obermatrose Öllrich,
11. Obermatrose Faltin,
12. Obermatrose Bochem,
13. Obermatrose Schubert,
14. Obermatrose Mies,
15. Matrose Fischer,
16. Oberheizer Manja,
17. Oberheizer Röbers,
18. Heizer Schöllkopf,
19. Oberhoboistengast Wollenweber,
20. Obermatrose Inglen. (Siehe S. 2)

Der Führer erhielt die Nachricht in München

München, 30. Mai.

Der **Führer**, der sich zur Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in München befand, erhielt die Meldung von dem verbrecherischen Anschlag der roten Flugzeuge auf das Panzerschiff „Deutschland" während der Einweihungsfeierlichkeit in der Ausstellungshalle.

Besprechung mit Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

München, 30. Mai.

Im Anschluß an die Eröffnungsfeierlichkeiten der landwirtschaftlichen Ausstellung in München hatte der **Führer** eine Besprechung mit dem in München eingetroffenen Reichsaußenminister **Freiherrn von Neurath**.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine fliegt nach München

München, 30. Mai.

Um 14.35 Uhr traf der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral **Raeder**, mit Sonderflugzeug in München ein und begab sich unmittelbar nach der Landung auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld zum **Führer**, mit dem er eine **eingehende Besprechung** hatte.

Der Führer fliegt sofort nach Berlin zurück

München, 30. Mai.

Der **Führer** hat um 16 Uhr München im Flugzeug verlassen und ist in Begleitung von Reichsaußenminister, Freiherrn **von Neurath**, und dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral **Raeder**, nach **Berlin** zurückgekehrt.

Panzerschiff „Deutschland" Aufn.: Presse-Bild-Zentrale

Schluß mit dem bolschewistischen Verbrechertum!

Die bolschewistischen Banditen in Valencia, die ein Teil der Welt noch immer für eine „Regierung" hält, obwohl sie sich durch ihre bisherigen Taten als der übelste Abschaum charakterlosesten Verbrechertums entlarvt haben, haben in ihrer herausfordernden Mißachtung aller internationalen Konventionen **ein neues schweres Verbrechen** begangen. Nachdem vor wenigen Tagen die roten Luftpiraten internationale Kontrollstreitkräfte, darunter das deutsche Torpedoboot „Albatros", auf der Reede von Palma mit Bomben belegt und auf das italienische Flottenschiff „Sparletta" Treffer erzielt hatten, die sechs Tote forderten, haben sie sich jetzt das Panzerschiff „Deutschland" als Ziel ihres Anschlages ausgesucht. Nach den Erfahrungen der letzten Tage wird ganz klar, daß dieser Anschlag auf die „Deutschland" **eine sehr wohl überlegte Aktion der Bolschewisten darstellt.**

Mit einem unglaublichen Zynismus ließ das rote Mordgesindel in Valencia unmittelbar nach dem Anschlag auf das deutsche Kontrollschiff durch internationale Agenturen folgende lügenhafte Darstellung geben: Am Sonnabend gegen 17 Uhr seien zwei rote spanische Flugzeuge, die sich auf einem Patrouillenflug über den Balearen befunden hätten, in der Bucht von Ibiza beim Herannahen von einem Kriegsschiffe plötzlich mit sämtlichen Flakgeschützen unter Feuer genommen worden. Die roten Flugzeuge hätten daraufhin etwa zwölf Bomben abgeworfen, von denen vier das Kriegsfahrzeug getroffen hätten.

Mit beispielloser Verdrehungskunst sucht man nun das furchtbare Verbrechen zu verschleiern, dem über hundert deutsche Soldaten in Erfüllung einer internationalen Pflicht zum Opfer gefallen sind. Die Tatsache, daß die deutschen Matrosen **in der Mannschaftsmesse und in den Mannschaftsräumen von den tödlichen Bomben erreicht worden sind, widerlegt einwandfrei die unverschämte bolschewistische Darstellung.**

Das deutsche Kriegsschiff lag in Ruhe und war nicht gefechtsklar, um den Überfall rechtzeitig abzuwehren. Es muß erwartet werden, daß die Bomben auf die „Deutschland" nun endlich den **Nichteinmischungsausschuß in London aus seiner Lethargie und seinen akademischen Erörterungen herausreißen.** An die Tür der Londoner Ver-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Besprechung in der Reichskanzlei

Der Führer hatte um 18.30 Uhr in der Reichskanzlei eine Besprechung, an der der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall **von Blomberg**, der Reichsaußenminister Freiherr **von Neurath** und der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral **Raeder**, teilnahmen.

105

Reichsgesetzblatt

Teil I

1937	Ausgegeben zu Berlin, den 30. Januar 1937	Nr. 14

Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich.

Vom 30. Januar 1937.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz einstimmig beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Einziger Artikel

(1) Die Geltungsdauer des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 141) wird bis zum 1. April 1941 verlängert.

(2) Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) bleibt unberührt.

Berlin, den 30. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Reichsgesetzbl. 1937 I 28

Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (30. 1. 1937)

Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen.
Vom 26. Januar 1937.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Groß-Hamburg

§ 1

(1) Auf das Land Hamburg gehen von Preußen über:

a) die Stadtkreise Altona und Wandsbek (Regierungsbezirk Schleswig),

b) der Stadtkreis Harburg-Wilhelmsburg (Regierungsbezirk Lüneburg),

c) die Gemeinden Bergstedt, Billstedt, Bramfeld, Duvenstedt, Hummelsbüttel, Lemsahl-Mellingstedt, Lohbrügge, Poppenbüttel, Rahlstedt, Sasel, Steilshoop, Wellingsbüttel (Landkreis Stormarn, Regierungsbezirk Schleswig),

d) die Gemeinde Lokstedt (Landkreis Pinneberg, Regierungsbezirk Schleswig),

e) die Gemeinde Cranz (Landkreis Stade, Regierungsbezirk Stade),

f) die Gemeinden Altenwerder, Finkenwerder, Fischbeck, Frankop, Gut Moor, Kirchwerder, Langenbeck, Marmstorf, Neuenfelde, Neugraben, Neuland, Rönneburg, Sinstorf sowie die rechts der Elbe gelegenen Teile der Gemeinde Over (Landkreis Harburg, Regierungsbezirk Lüneburg),

g) der Wohnplatz Kurslack im Achterschlag (Gemeinde Börnsen, Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig).

(2) Auf das Land Preußen gehen von Hamburg über:

a) die Stadt Geesthacht unter Eingliederung in den Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig,

b) die Gemeinde Groß Hansdorf und Schmalenbeck unter Eingliederung in den Landkreis Stormarn, Regierungsbezirk Schleswig,

c) die Stadt Cuxhaven und die Gemeinden Berensch und Arensch, Gudendorf, Holte und Spangen, Oxstedt, Sahlenburg unter Eingliederung in den Landkreis Land Hadeln, Regierungsbezirk Stade.

§ 2

Die im § 1 Abs. 1 genannten Gemeinden werden mit der Stadt Hamburg und den beim Lande Hamburg verbleibenden Gemeinden zu einer Gemeinde zusammengeschlossen; sie führt die Bezeichnung „Hansestadt Hamburg"

§ 3

Die Aufsicht über die Gemeindeangelegenheiten führt der Reichsminister des Innern, soweit es sich um Angelegenheiten von finanzieller Bedeutung handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen.

§ 4

Die Verfassung und Verwaltung des Landes und der Hansestadt Hamburg regelt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers, dem Reichsminister der Finanzen und dem Beauftragten für den Vierjahresplan.

§ 5

(1) Bis zum Inkrafttreten des § 2 kann der Reichsminister des Innern die Aufsicht über die Gemeindeangelegenheiten der beim Lande Hamburg verbleibenden Gemeinden sowie der im § 1 Abs. 1 genannten Gemeinden auf den Reichsstatthalter übertragen.

4

(3) Der Reichsminister der Finanzen regelt im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern die Fragen, die sich infolge der Verschiebung der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den aufnehmenden und abgebenden Ländern und auf dem Gebiete des Finanzausgleichs ergeben.

§ 15

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 1937 in Kraft, mit Ausnahme des § 2, der durch den Reichsminister des Innern spätestens am 1. April 1938 in Kraft zu setzen ist.

(2) Die Vorschriften des § 10 treten sofort in Kraft.

Berlin, den 26. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler

Der Reichsminister des Innern

Der Reichsminister der Finanzen

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Ministerpräsident

Dieser Wortlaut ist
ausfertigungsreif.

Ministerialrat.

Das „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen" (26. 1. 1937)

3

Deutsches Beamtengesetz

Ein im deutschen Volk wurzelndes, von nationalsozialistischer Weltanschauung durchdrungenes Berufsbeamtentum, das dem Führer des Deutschen Reichs und Volkes, Adolf Hitler, in Treue verbunden ist, bildet einen Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates. Daher hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Abschnitt I

Das Beamtenverhältnis

§ 1

(1) Der deutsche Beamte steht zum Führer und zum Reich in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis).

(2) Er ist der Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates.

(3) Der Staat fordert von dem Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung; er sichert ihm dafür seine Lebensstellung.

§ 2

(1) Das Dienstverhältnis zum Reich ist entweder unmittelbar oder mittelbar.

(2) Wer unmittelbarer Dienstherr des Beamten ist, ergibt sich aus dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung.

(3) Hat der Beamte nur das Reich zum Dienstherrn, so ist er unmittelbarer Reichsbeamter; hat er einen anderen unmittelbaren Dienstherrn, so ist er mittelbarer Reichsbeamter. Beim Wechsel des Dienstherrn endet das bisherige unmittelbare Dienstverhältnis.

(4) Oberste Dienstbehörde des Beamten ist die oberste Behörde seines unmittelbaren Dienstherrn.

(5) Dienstvorgesetzter ist, wer für beamtenrechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten des ihm nachgeordneten Beamten zuständig ist. Vorgesetzter ist, wer einem Beamten für seine dienstliche Tätigkeit Weisungen erteilen kann. Wer Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter ist, bestimmt sich nach dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung.

Abschnitt II

Pflichten der Beamten

1. Allgemein

§ 3

(1) Die Berufung in das Beamtenverhältnis ist ein Vertrauensbeweis der Staatsführung, den der Beamte dadurch zu rechtfertigen hat, daß er sich der erhöhten Pflichten, die ihm seine Stellung auferlegt, stets bewußt ist. Führer und Reich verlangen von ihm echte Vaterlandsliebe, Opferbereitschaft und volle Hingabe der Arbeitskraft, Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten und Kameradschaftlichkeit gegenüber den Mitarbeitern. Allen Volksgenossen soll er ein Vorbild treuer Pflichterfüllung sein. Dem Führer, der ihm seinen besonderen Schutz zusichert, hat er Treue bis zum Tode zu halten.

(2) Der Beamte hat jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten und sich in seinem gesamten Verhalten von der Tatsache leiten zu lassen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in unlöslicher Verbundenheit mit dem Volke die Trägerin des deutschen Staatsgedankens ist. Er hat Vorgänge, die den Bestand des Reichs oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gefährden könnten, auch dann, wenn sie ihm nicht vermöge seines Amtes bekanntgeworden sind, zur Kenntnis seines Dienstvorgesetzten zu bringen.

(3) Der Beamte ist für gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verantwortlich. Durch sein Verhalten in und außer dem Amte hat er sich der Achtung und des Vertrauens, die seinem Berufe entgegengebracht werden, würdig zu zeigen. Er darf nicht dulden, daß ein seinem Hausstande angehörendes Familienmitglied eine unehrenhafte Tätigkeit ausübt.

32

§ 182

Die Vorschriften der §§ 142, 145, 147 über die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte treten erst mit der Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts in Kraft; bis dahin verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

§ 183

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt, die Reichsminister des Innern und der Finanzen. Sie können als Übergangsregelung auch ergänzende Vorschriften erlassen.

§ 184

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1937 in Kraft mit der Maßgabe, daß es auch für die Reichsminister, die ihnen nach § 177 gleichgestellten Personen und die Beamten, die sich an diesem Tage im Dienst befinden, sowie für die Wartestandsbeamten gilt. Das Wartegeld wird aus diesem Anlaß nicht neu festgesetzt. Für Ruhestandsbeamte, Witwen und Waisen und sonstige Versorgungsberechtigte, die vor diesem Zeitpunkt bereits Ansprüche auf Versorgungsbezüge erworben haben, gelten nur die §§ 126 bis 147, für Ruhestandsbeamte auch §§ 22, 23, 37 Abs. 2 Satz 1 bis 6, Abs. 4; die sonstigen Rechtsverhältnisse regeln sich nach bisherigem Recht.

(2) Vorschriften, die diesem Gesetz entsprechen oder widersprechen, werden aufgehoben. Insbesondere werden aufgehoben

1. das Reichsbeamtengesetz,
2. das Beamtenhinterbliebenengesetz,
3. das Unfallfürsorgegesetz für Beamte,
4. das Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 590),
5. das Reichsministergesetz mit Ausnahme der sich auf die Amtsbezüge, Dienstwohnungen, Umzugskosten und Reisekosten beziehenden Vorschriften, sowie die entsprechenden Vorschriften über die Mitglieder der Landesregierungen,
6. die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 537) Dritter Teil Kapitel V Abschnitt II.

Die Vorschriften der §§ 554a bis c der Reichsversicherungsordnung bleiben unberührt.

(3) Der Reichsminister des Innern und der Reichsminister der Finanzen werden ermächtigt, gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem beteiligten zuständigen Reichsminister im Verordnungswege die danach außer Kraft tretenden Vorschriften verbindlich zu bezeichnen, weitergeltende Vorschriften unter Ausräumung von Unstimmigkeiten an den neuen Rechtszustand anzugleichen und in neuer Fassung und Ordnung bekanntzumachen.

(4) Wo in Gesetzen und Verordnungen auf die aufgehobenen Vorschriften verwiesen wird, tritt an deren Stelle dieses Gesetz nebst den dazu erlassenen Durchführungsvorschriften.

Berlin, den 26. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler

Der Reichsminister des Innern

Der Reichsminister der Finanzen

Dieser Wortlaut ist ausfertigungsreif.

Ministerialrat.

Das Deutsche Beamtengesetz (26. 1. 1937)

805

Reichsgesetzblatt

Teil I

1937	Ausgegeben zu Berlin, den 16. März 1937	Nr. 33

Im Teil II, Nr. 12, ausgegeben am 15. März 1937, sind veröffentlicht: Gesetz über die Errichtung einer Deutschen Handelsvertretung in Hsinking. — Verordnung über die vorläufige Anwendung eines deutsch-norwegischen Verrechnungsabkommens. — Bekanntmachung zum § 35 des Warenzeichengesetzes. — Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. — Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft.

Vom 30. Januar 1937.

Um für alle Zukunft beschämenden Vorgängen vorzubeugen, verfüge ich mit dem heutigen Tage die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft.

Dieser Nationalpreis wird jährlich an drei verdiente Deutsche in der Höhe von je 100 000 Reichsmark zur Verteilung gelangen.

Die Annahme des Nobelpreises wird damit für alle Zukunft Deutschen untersagt.

Die Ausführungsbestimmungen wird der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erlassen.

Berlin, den 30. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Ausführungsbestimmungen zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft.

Vom 10. März 1937.

Auf Grund des Erlasses des Führers und Reichskanzlers vom 30. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 305) über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft bestimme ich:

§ 1

(1) Die Verleihung des Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft geschieht in einem feierlichen Akt, der alljährlich auf dem Reichsparteitag der NSDAP stattfindet.

(2) Die Durchführung dieses Aktes obliegt dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und Reichspropagandaleiter der NSDAP im Einvernehmen mit dem Reichsorganisationsleiter.

§ 2

(1) Die Vorschläge für die Verleihung des Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft werden auf dem Gebiet der Kunst von den Präsidenten der Einzelkammern innerhalb der Reichskulturkammer und auf dem Gebiet der Wissenschaft vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gemacht.

(2) Unabhängig davon sind für beide Gebiete vorschlagsberechtigt:

der Beauftragte des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung in der NSDAP,
der Reichsorganisationsleiter,
der Reichsjugendführer,
der Reichsführer der SS,
der Stabschef der SA,
der Chef der Kanzlei des Führers,
der Reichsarbeitsführer,
der Leiter des Hauptamts für Technik der NSDAP.

§ 3

(1) Die Vorschläge werden vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda dem Führer und Reichskanzler eingereicht. Dieser entscheidet über die Verteilung.

(2) Die Einreichung der Vorschläge an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda soll bis zum 1. Juni und die Vorlage an den Führer und Reichskanzler bis zum 1. Juli eines jeden Jahres erfolgen.

§ 4

Zugleich mit dem Geldpreise wird ein tragbares goldenes Ehrenzeichen sowie eine Urkunde ausgehändigt.

§ 5

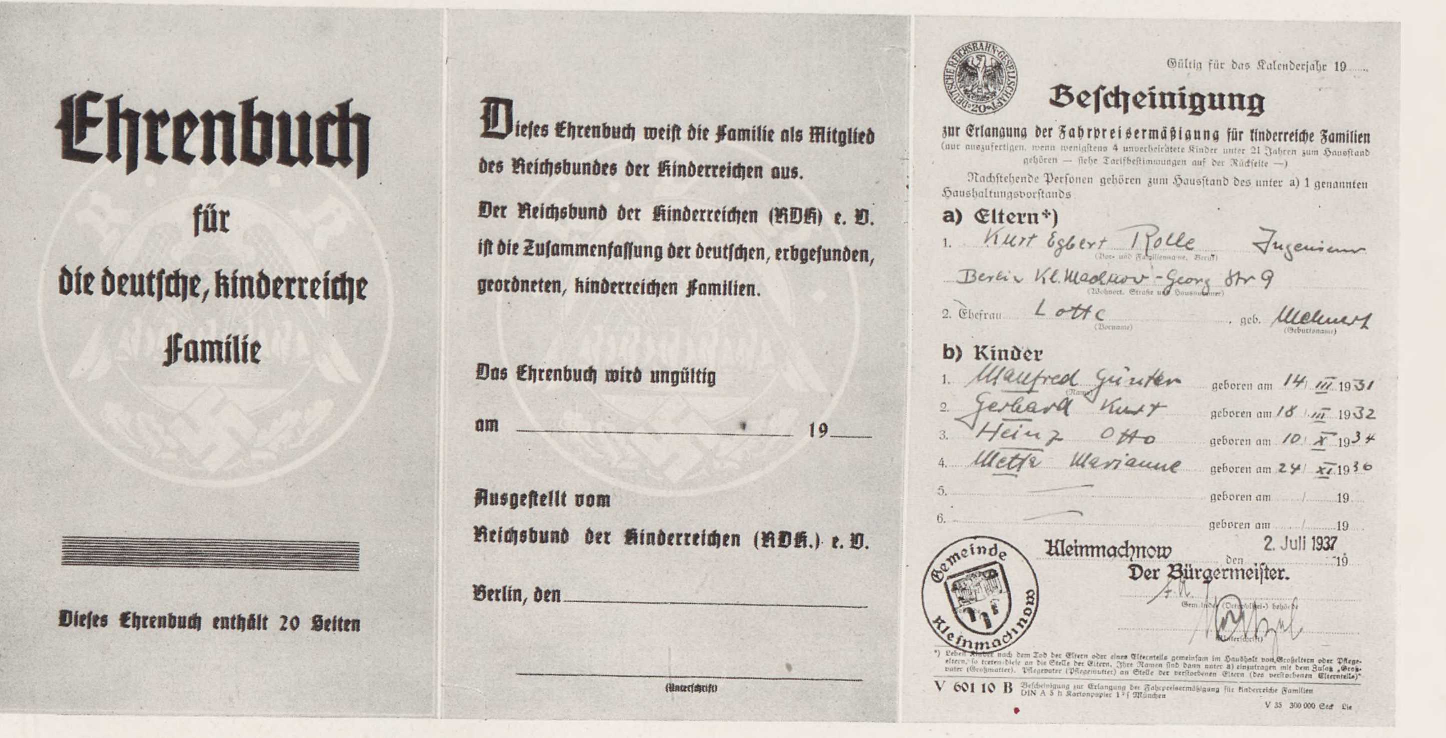
Der Deutsche Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft ist im Haushalt des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu veranschlagen.

Berlin, den 10. März 1937.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Goebbels

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —.
Fortlaufender Bezug nur durch die **Postanstalten.** Bezugspreis vierteljährlich für Teil I = 1,75 RM, für Teil II = 2,10 RM.
Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Reichsverlagsamt,** Berlin NW 40, Scharnhorststraße Nr. 4 (Fernsprecher: D 2 Weidendamm 9265 — Postscheckkonto: Berlin 96200). Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet. Preis für den achtseitigen Bogen 15 Rpf, aus abgelaufenen Jahrgängen 10 Rpf, ausschließlich der Postdrucksachengebühr.
Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 v. H. Preisermäßigung.
Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft (30. 1. 1937)



Ehrenbuch

für

die deutsche, kinderreiche

Familie

Dieses Ehrenbuch enthält 20 Seiten

Dieses Ehrenbuch weist die Familie als Mitglied des Reichsbundes der Kinderreichen aus.

Der Reichsbund der Kinderreichen (RDK) e. V. ist die Zusammenfassung der deutschen, erbgesunden, geordneten, kinderreichen Familien.

Das Ehrenbuch wird ungültig

am ______________ 19____

Ausgestellt vom

Reichsbund der Kinderreichen (RDK.) e. V.

Berlin, den ______________

____
(Unterschrift)

Gültig für das Kalenderjahr 19.....

Bescheinigung

zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien
(nur auszufertigen, wenn wenigstens 4 unverheiratete Kinder unter 21 Jahren zum Hausstand gehören — siehe Tarifbestimmungen auf der Rückseite —)

Nachstehende Personen gehören zum Hausstand des unter a) 1 genannten Haushaltungsvorstands

a) Eltern*)

1. Kurt Egbert Rolle Ingenieur
(Vor- und Familienname, Beruf)

Berlin Kl. Machnow - Georg Str. 9
(Wohnort, Straße und Hausnummer)

2. Ehefrau Lotte, geb. Mehnert
(Vorname) (Geburtsname)

b) Kinder

1. Manfred Günter (Name) geboren am 14. III. 1931
2. Gerhard Kurt geboren am 18. III. 1932
3. Heinz Otto geboren am 10. X. 1934
4. Mette Marianne geboren am 24. XI. 1936
5. geboren am ...... 19....
6. geboren am ...... 19....

Kleinmachnow den 2. Juli 1937

Der Bürgermeister.

I. A.

Gemeinde (Ortspolizei-) behörde

(Unterschrift)

Gemeinde Kleinmachnow

*) Leben Kinder nach dem Tod der Eltern oder eines Elternteils gemeinsam im Haushalt von Großeltern oder Pflegeeltern, so treten diese an die Stelle der Eltern. Ihre Namen sind dann unter a) einzutragen mit dem Zusatz „Großvater (Großmutter), Pflegevater (Pflegemutter) an Stelle der verstorbenen Eltern (des verstorbenen Elternteils)“

V 601 10 B Bescheinigung zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien
DIN A 5 h Kartonpapier 1²f München

V 35 300 000 Stck Lie

Seiten aus dem Ehrenbuch der Kinderreichen

Bescheinigung zur Erlangung der Vergünstigung für Kinderreiche auf der Deutschen Reichsbahn



Lebensmittel-Gutschein

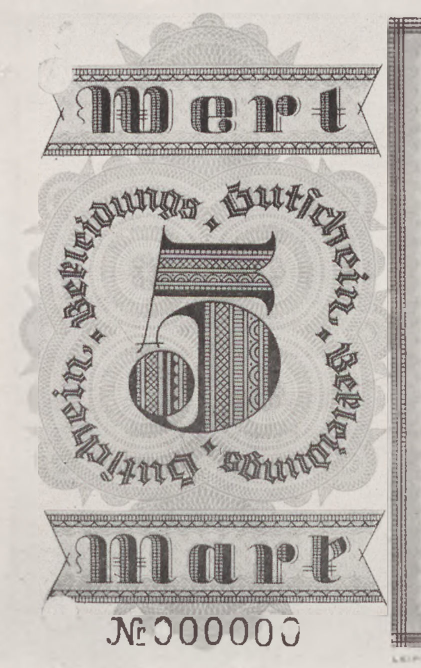
Gültig bis zum 31. März 1938

Dieser Lebensmittel-Gutschein berechtigt zum unentgeltlichen Bezug von Lebensmitteln und wird von allen einschlägigen arischen Lebensmittelgeschäften bis zum 31. März 1938 in Zahlung genommen. Andere Waren dürfen auf diesen Schein nicht ausgegeben werden. Jede mißbräuchliche Verwendung dieses Gutscheins wird strafrechtlich verfolgt.

Bestimmungen über die Verrechnung dieses Gutscheins siehe Rückseite.

Winter-Hilfswerk des Deutschen Volkes 1937/38

28



Winter-Hilfswerk des Deutschen Volkes 1937/38

Gutschein für Bekleidung

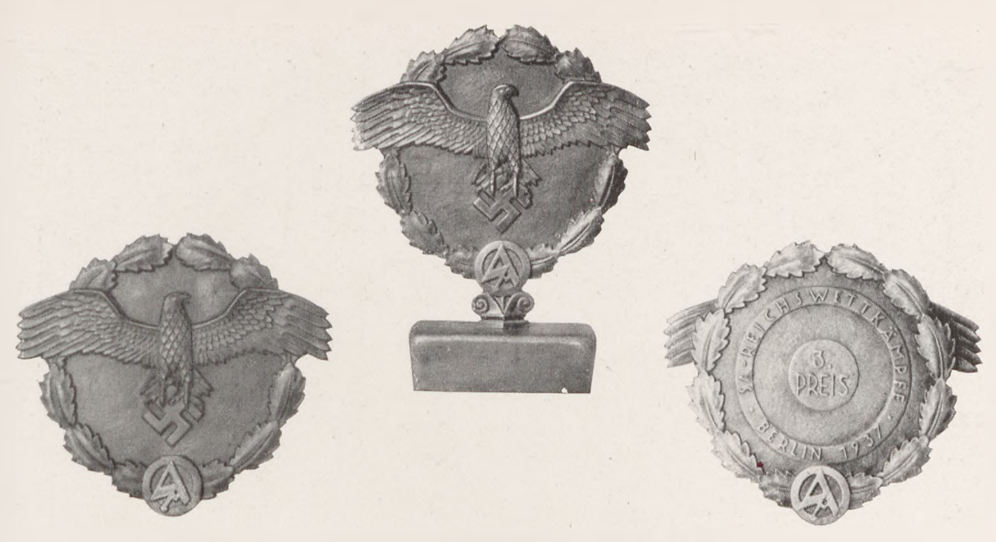
Gültig bis zum 15. März 1938

Dieser Bekleidungs-Gutschein berechtigt zum unentgeltlichen Bezug von Bekleidungsstücken und wird von jedem einschlägigen arischen Geschäft bis zum 15. März 1938 in Zahlung genommen. Andere Waren dürfen auf diesen Schein nicht ausgegeben werden. Jede mißbräuchliche Verwendung dieses Gutscheins wird strafrechtlich verfolgt.

Bestimmungen über die Verrechnung dieses Gutscheins siehe Rückseite.

LEIPZIG – GIESECKE & DEVRIENT – BERLIN

Gutscheine des WHW. 1937/38



Die Ehrenplaketten für die Sieger im SA.-Reichswettkampf



Für Lehrwarte



Für Vereinsführer



Für Teilnehmer
an den deutschen Meisterschaften



Für deutsche Meister

Auszeichnungen des Reichsbundes für Leibesübungen











Auszeichnungen im „Leistungskampf der deutschen Betriebe“



DER FÜHRER

Ich verleihe auf Vorschlag
des Reichsorganisationsleiters der
NSDAP. und Leiters der Deutschen
Arbeitsfront dem Betrieb

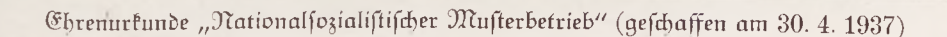
Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke
G. m. b. H. in der Wilhelm-Gustloff-Stiftung

heute am Nationalfeiertag
des Deutschen Volkes die Bezeichnung

NATIONALSOZIALISTISCHER MUSTERBETRIEB

Die Auszeichnung erfolgt auf Grund
von Verdiensten im Sinne meiner
Verfügung vom 29. August 1936 über
nationalsozialistische Musterbetriebe.
Mit der Überreichung dieser Urkunde
erhält die Betriebsgemeinschaft das
Recht, die Flagge der Deutschen Arbeitsfront
mit goldenem Rad und
goldenen Fransen zu führen.

Berlin, den 1. Mai 1937



Ehrenurkunde „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ (geschaffen am 30. 4. 1937)



















Die Sonderbriefmarken des WHW. 1937/38



Zum Geburtstag des Führers erschienen erstmalig Briefmarken mit dem Kopf des Führers (20. 4. 1937)

Absender:

(Name)

(Dienstgrad [Soldat, Gefreiter, Leutnant usw.])

(Feldpostnummer)

(Leitstelle)

Zur Beachtung!

Diese Karte ist nur zur Einlieferung bei einem Feldpostamt bestimmt; sie wird dann ohne Ansatz von Postgebühren befördert.

Wird die Karte durch die Briefkasten oder bei den Ortspostanstalten eingeliefert, so werden die gewöhnlichen Postgebühren nacherhoben.

Die Karte darf nur nach Orten in Deutschland verschickt werden.

Postkarte

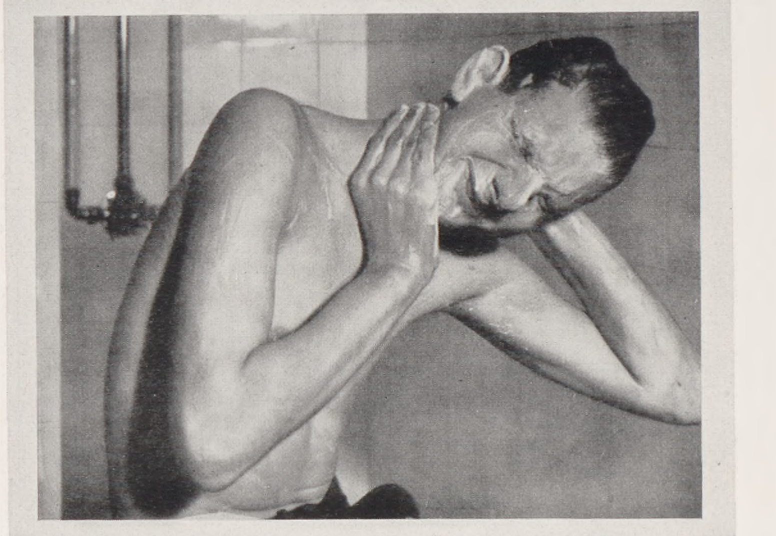
Wehrmachtmanöver
1937

Berlin NW 7

(Straße, Haus-Nr., Gebäudeteil, Stockwerk, Postschließfach-Nr.)

4162 37 II D

Bei den Wehrmachtsmanövern war zum ersten Male eine eigene Feldpost in Betrieb (20.–26. 9. 1937)



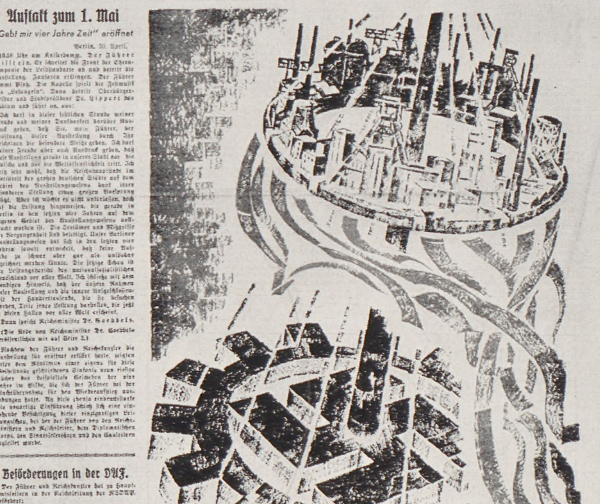
JAHRGANG I · HEFT 10

BERLIN · FEBRUAR 1937

SCHÖNHEIT DER ARBEIT

SAUBERE MENSCHEN IM SAUBEREN BETRIEB

Die neue Zeitschrift der DAF. „Schönheit der Arbeit“



Nr. 100 / 101

30. April 1937
1. Mai 1937

der Angriff

10 Pfennig
Auswärts 15 Pf.

TAGESZEITUNG DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT

Der Führer am Kaiserdamm

Auftakt zum 1. Mai

„Gebt mir vier Jahre Zeit“ eröffnet

Berlin, 30. April.

10.58 Uhr am Kaiserdamm. Der Führer trifft ein. Er schreitet die Front der Ehrenkompanie der Leibstandarte ab und betritt die Ausstellung. Fanfaren erklingen. Der Führer nimmt Platz. Die Kapelle spielt die Festmusik aus „Lohengrin“. Dann betritt Oberbürgermeister und Stadtpräsident Dr. Lippert das Podium und führt u. a. aus:

Ich darf in dieser feierlichen Stunde meiner Freude und meiner Dankbarkeit darüber Ausdruck geben, daß Sie, mein Führer, der Eröffnung dieser Ausstellung durch Ihr Erscheinen die besondere Weihe geben. Ich darf meiner Freude aber auch Ausdruck geben, daß diese Ausstellung gerade in unserer Stadt vor die deutsche und vor die Weltöffentlichkeit tritt. Ich weiß sehr wohl, daß die Reichshauptstadt im Wettstreit der großen deutschen Städte auf dem Gebiet des Ausstellungswesens dank ihrer besonderen Stellung einen großen Vorsprung besitzt. Aber ich möchte es nicht unterlassen, doch auf die Leistung hinzuweisen, die gerade in Berlin in den letzten vier Jahren auf dem engeren Gebiet des Ausstellungswesens vollbracht worden ist. Die Irrtümer und Mißgriffe der Vergangenheit sind beseitigt. Unser Berliner Ausstellungswesen hat sich in den letzten vier Jahren soweit entwickelt, daß keine Aufgabe zu schwer oder gar als unlösbar bezeichnet werden könnte. Die jetzige Schau ist der Leistungsbericht des nationalsozialistischen Deutschland vor aller Welt. Ich schließe mit dem freudigen Hinweis, daß der äußere Rahmen dieser Ausstellung und die innere Aufgeschlossenheit der Hunderttausende, die sie besuchen werden, Teile jener Leistung darstellen, die jetzt in diesen Hallen vor aller Welt erscheint.

Dann spricht Reichsminister Dr. Goebbels.

(Die Rede von Reichsminister Dr. Goebbels veröffentlichen wir auf Seite 2.)

Nachdem der Führer und Reichskanzler die Ausstellung für eröffnet erklärt hatte, zeigten unter dem Rhythmus einer eigens für diese Weihestunde geschriebenen Sinfonie neun riesige Bücher das beispiellose Geschehen der vier Jahre im Bilde, die sich der Führer bei der Machtübernahme für den Wiederaufstieg ausbedungen hatte. An diese ebenso eindrucksstarke wie neuartige Einführung schloß sich eine eingehende Besichtigung dieser einzigartigen Leistungsschau, bei der der Führer von den Reichsministern und Reichsleitern, dem Diplomatischen Korps, den Staatssekretären und den Gauleitern begleitet wurde.

Beförderungen in der DAF.

Der Führer und Reichskanzler hat zu Hauptamtsleitern in der Reichsleitung der NSDAP. befördert:

den persönlichen Adjutanten des Reichsleiters Dr. Robert Ley, Pg. Otto Marrenbach, und den Reichsschatzwalter Pg. Paul Brinkmann,

zu Amtsleitern vom Hauptamt der NSBO. die Parteigenossen Johann Engel, Otto Geiger, Hermann Woltersdörfer, vom Hauptamt Handwerk und Handel die Parteigenossen Hanns Koch und Dr. Adolf Wagner,

zu Hauptstellenleitern vom Hauptamt der NSBO. die Parteigenossen Robert Budzil, Dr. Bodo Lafferentz, Fritz Leutloff, vom Hauptamt Handwerk und Handel den Parteigenossen Hans Adolf Wiesing.

Festnummer des „Angriff“ zum 1. Mai 1937



Schulungsbriefe

des Reichsschulungsamtes der NSDAP.
und der **Deutschen Arbeitsfront**

Herausgeber Pg. Otto Gohdes M. d. R., Reichsschulungsleiter der NSDAP. und der Deutschen Arbeitsfront. Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Pg. Curt Wehmeyer, Berlin SW 19, Märkisches Ufer 34, Fernruf: F 7 Jannowitz 6201

Berlin, den 5. Dezember 1933
1. Jahrgang Folge 10

Charakterköpfe des „anderen Deutschland"

1933

BERLIN, OKTOBER 1937 IV. JAHRGANG 10. FOLGE

Der Schulungsbrief

Volkstum gegen Habsburg

Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

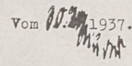
1937

Der Schulungsbrief des Reichsschulungsamtes der NSDAP.

E r l a s s

über die Einsetzung eines Chefs der Auslands - Organisation im Auswärtigen Amt.

Vom 30. Januar 1937.



I.

Zur einheitlichen Betreuung der Reichsdeutschen im Ausland wird ein Chef der Auslands - Organisation im Auswärtigen Amt eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Angelegenheiten der Reichsdeutschen im Ausland im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes übertragen wird.

II.

(1) Zum Chef der Auslands - Organisation im Auswärtigen Amt wird der Leiter der Auslands - Organisation der NSDAP, Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle, ernannt.

(2) Er ist dem Reichsminister der Auswärtigen persönlich und unmittelbar unterstellt. Sein Geschäftsbereich als Leiter der Auslands - Organisation der NSDAP und seine Unterstellung als solcher unter den Stellvertreter des Führers bleibt unberührt.

(3) Er führt die Dienstbezeichnung: Chef der Auslands - Organisation im Auswärtigen Amt.

III.

Der Chef der Auslands - Organisation im Auswärtigen Amt

I 6 556/38

- 2 -

nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird.

IV.

Der Reichsminister des Auswärtigen erlässt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die Durchführungsbestimmungen zu diesem Erlass.

Berlin, den 30. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler
gez: A. Hitler

Der Reichsminister des Auswärtigen
gez: Freiherr von Neurath

Erlaß über die Einsetzung eines Chefs der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt (30. 1. 1937)

Reichsgesetzblatt

Teil II

127

1937	Ausgegeben zu Berlin, den 9. April 1937	Nr. 16

Inhalt

Gesetz
über die Überwachung des Verkehrs der deutschen Handelsschiffahrt mit den spanischen Häfen.
Vom 7. April 1937.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Die Beförderung von Freiwilligen, die sich zur Teilnahme am Bürgerkrieg nach Spanien oder den spanischen Besitzungen, einschließlich der Zone des Spanischen Protektorats in Marokko begeben wollen, sowie von Kriegsgerät, das für die genannten Gebiete bestimmt ist, auf deutschen Kauffahrteischiffen ist verboten.

§ 2

(1) Der Reichsverkehrsminister wird ermächtigt, die Anordnungen zu treffen, die zur Überwachung des Verkehrs der deutschen Handelsschiffahrt mit spanischen Häfen erforderlich sind.

(2) Insbesondere kann der Reichsverkehrsminister Anordnungen über die Aufnahme, Verpflegung, Unterbringung und Ausschiffung von Überwachungsbeamten sowie hinsichtlich der Unterstützung aller Maßnahmen erlassen, die von diesen und den mit der Überwachung der Handelsschiffahrt betrauten Kriegsschiffen der beteiligten Seemächte vorgenommen werden.

§ 3

Wer dem Verbot des § 1 dieses Gesetzes oder einer auf Grund des § 2 dieses Gesetzes erlassenen Vorschrift zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 Reichsmark bestraft.

§ 4

(1) Der Reichsminister des Auswärtigen kann Bestimmungen darüber treffen, welche Personen als Freiwillige und welche Gegenstände als Kriegsgerät im Sinne des § 1 anzusehen sind.

(2) Er bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Gesetzes.

Berlin, den 7. April 1937.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsverkehrsminister
Dorpmüller

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes
über die Überwachung des Verkehrs der deutschen Handelsschiffahrt mit den spanischen Häfen.
Vom 7. April 1937.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Überwachung des Verkehrs der deutschen Handelsschiffahrt mit den spanischen Häfen vom 7. April 1937 (Reichsgesetzbl. II S. 127) wird hiermit verordnet:

§ 1

Pflichten der Reeder und Kapitäne

Die Reeder und Kapitäne der deutschen Kauffahrteischiffe, die Häfen des spanischen Mutterlandes, der Balearen und der spanischen Protektoratszone in Marokko anlaufen, haben folgende Verpflichtungen zu erfüllen:

a) Bevor die deutschen Kauffahrteischiffe spanische Häfen anlaufen, haben sie in den im § 3 bestimmten Häfen (Übernahmehäfen) Beamte des Internationalen Überwachungsamtes an Bord zu nehmen, sofern sie nicht mit Zustimmung des Internationalen Überwachungsamts einen ständigen Überwachungsbeamten an Bord haben. Die Zahl bestimmt der leitende Überwachungsbeamte.

b) Die Überwachungsbeamten sind auf Passagierschiffen wie Fahrgäste I. Klasse unterzubringen und zu verpflegen. Auf Schiffen, die keine I. Klasse führen, sind die Überwachungsbeamten so gut wie möglich, jedenfalls wie Offiziere, unterzubringen und zu verpflegen. Die Reeder haften ihnen für Schäden in gleicher Weise wie Fahrgästen.

c) Die Kapitäne haben den an Bord befindlichen Überwachungsbeamten jederzeit Einblick in die für Spanien bestimmte Ladung zu ermöglichen. Sie haben diesen insbesondere auf Verlangen die die Ladung betreffenden Papiere vorzulegen, den Zutritt zu den Laderäumen zu gewähren und Luken und Verpackungen zu öffnen.

d) Die Kapitäne haben den Überwachungsbeamten jederzeit alle notwendigen Auskünfte über die Fahrgäste und, unter Vorlegung der Schiffslisten und der sonstigen Nachweise, über die Schiffsmannschaft zu erteilen und bei deren Vernehmung durch die Überwachungsbeamten über den Zweck ihrer Reise zugegen zu sein oder sich durch einen Offizier dabei vertreten zu lassen.

e) Die Kapitäne haben dafür zu sorgen, daß Nachrichten der Überwachungsbeamten in derselben Weise befördert werden wie solche der Schiffsleitung.

f) Schiffe, auf denen sich Überwachungsbeamte befinden, haben innerhalb eines Bereichs von 10 Seemeilen, gemessen von der spanischen Küste aus, den von dem Internationalen Überwachungsamt vorgeschriebenen Wimpel zu führen.

g) Wenn sich Kriegsmaterial oder Kriegsfreiwillige an Bord befinden, haben die Kapitäne nach Möglichkeit zu verhindern, daß sie in spanischen Häfen an Land gelangen.

h) Die Kapitäne haben nach Verlassen der spanischen Gewässer zur Abgabe der Überwachungsbeamten den Überwachungshafen anzulaufen, den der leitende Überwachungsbeamte des Übernahmehafens bestimmt. Sie sind an diese Weisungen nur gebunden, soweit danach kein größerer Umweg als 50 Seemeilen von dem Kurs des Schiffes erforderlich ist, den das Schiff verfolgt. Andernfalls haben sie die Überwachungsbeamten in dem nach Verlassen der spanischen Gewässer nächstgelegenen Überwachungshafen an Land zu setzen.

Die leitenden Überwachungsbeamten können zulassen, daß die Überwachungsbeamten außerhalb des Überwachungshafens an Bord genommen oder ausgeschifft werden.

i) Die deutschen Kauffahrteischiffe haben innerhalb des Bereichs von 10 Seemeilen, gemessen von der spanischen Küste, den Anordnungen der Kommandanten der mit der Überwachung des Handelsschiffsverkehrs mit den spanischen Häfen betrauten Kriegsschiffe Folge zu leisten, soweit sie das Vorhandensein ordnungsmäßiger Schiffspapiere und die Anwesenheit von Überwachungsbeamten nachprüfen wollen. Die Kauffahrteischiffe haben bestimmte Punkte anzusteuern, die von den mit der Überwachung betrauten Staaten festgelegt werden.

§ 2

Pflichten der Fahrgäste und der Besatzung

(1) Die Fahrgäste der deutschen Kauffahrteischiffe haben den Überwachungsbeamten auf Befragen über den Zweck ihrer Reise Auskunft zu geben. Sie haben ihnen dabei ihre Pässe und sonstigen Ausweispapiere zur Einsicht vorzulegen.

(2) Das Entsprechende gilt für die Besatzung des Schiffes. Diese hat die Überwachungsbeamten in jeder Weise bei Erfüllung ihrer Pflichten zu unterstützen.

Gesetz über die Überwachung des Verkehrs der deutschen Handelsschiffahrt mit den spanischen Häfen (7. 4. 1937)

Roter Bomben-Angriff auf Panzerschiff „Deutschland“

23 Tote, 83 Verletzte auf Panzerschiff „Deutschland“

„Journal“: Deutschland hat ein Recht auf Genugtuung

Die Vergeltungstat der deutschen Kriegsschiffe

200 Granaten auf die rote Festung Almeria

Umschwung der Meinung in London

Die „Times“ berichtigt sich! „Deutsche Regierung im Recht“

Der verbrecherische Anschlag der Bolschewisten auf das Panzerschiff „Deutschland“ (in Ibiza am 29. 5. 1937) in Schlagzeilen der deutschen Presse

Die Urkunden der roten Überfälle!

GOBIERNO DE EUZKADI
PRESIDENCIA

TELEGRAMA
URUTIDATZI

EUZKADIKO JAURLARITZA
LENDAKARITZA

JEFE FUERZAS NAVALES CANTABRICO A COMISARIO DE GUERRA SANTANDER

Se ordena Submarinos C-2 y C-5 se mantengan fuera de Santoña a la expectativa y caso de que buque mercante ó plaza fuese cañoneado procederán inmediatamente torpedeamiento buque alemán.

Bilbao 1 de Enero de 1.937

Baskische Regierung
Vorsitz

Telegraphisches Kabinett
Telegramm
(auf baskisch)

Chef der kantabrischen Seestreitkräfte an den Kriegskommissar Santander.

Es wird befohlen, daß Unterseeboote C-2 und C-5 sich in der Nähe von Santona bereithalten, um im Fall, daß Handelsschiffe oder Stadt beschossen wird, sofort deutsches Schiff zu torpedieren.

Bilbao, 1. Januar 1937.

Stempel: Gobierno Provisional de Euzkadi Presidencia Gabinete Telegrafico.

Stempel: Fuerzas Navales del Cantabrico Estado Mayor.

GOBIERNO DE EUZKADI
PRESIDENCIA

TELEGRAMA
URUTIDATZI

EUZKADIKO JAURLARITZA
LENDAKARITZA

Por tele-tipo

JEFE FUERZAS NAVALES CANTABRICO A JEFE HIDROS SANTANDER

Al recibir esta comunicación deberé alistar con urgencia el mayor numero de aparatos posible PUNTO Personal permanecerá en Maliaño en espera órdenes salida é instrucciones que se darán al teléfono 1708 PUNTO Tenemos dispuestos cazas para proteger vuelo hidros PUNTO Probable objetivo volar sobre Santoña bombardeando crucero alemán si fuese preciso.

Bilbao 2 de Enero de 1.937

Baskische Regierung
Vorsitz

Telegraphisches Kabinett

Eilt

Telegramm
(in baskischer Sprache)

Chef der kantabrischen Seestreitkräfte an Chef der Wasserflugzeuge Santander.

Nach Erhalt dieser Mitteilung haben Sie in aller Eile die größtmögliche Anzahl von Apparaten bereitzumachen Stop Die Mannschaften haben in Maliano zu bleiben und Befehle zum Abflug und Instruktionen abzuwarten, die an die Telefonnummer 1708 gegeben werden Stop Wir halten Jagdflugzeuge bereit, um den Flug der Wasserflugzeuge zu schützen Stop Wahrscheinliche Aufgabe Flug über Santona und Bombardierung, wenn nötig, des deutschen Kreuzers.

Bilbao, 2. Januar 1937.

Stempel.

Stempel.

Telegramme der spanischen Bolschewisten, die die systematische Vorbereitung des gemeinen Anschlags auf die „Deutschland" beweisen (Ausschnitt aus dem „Völkischen Beobachter")

Am 29. Mai fielen in Ibiza

Stabsmatrose Walter Lobitz	Obermatrose Johann Schubert
Stabsmatrose Otto Martens	Obermatrose Rudolf Inglen
Stabsmatrose Wilhelm Schmitz	Obermatrose Matthias Bochem
Stabsmatrose Richard Martin	Obermatrose Josef Mies
Stabsmatrose Reinhold Zimmermann	Obermatrose Werner Fischer
Stabsmatrose Wilhelm Busche	Obermatrose Felix Faltin
Stabsmatrose Oswald Sehm	Obermatrose Christian Gallus
Obermatrose Josef Denno	Oberheizer Kurt Manja
Obermatrose Friedrich Gerhardt	Oberheizer Heinrich Röbers
Obermatrose Heinz Männing	Oberheizer Karl Schöllkopf
Obermatrose Alfred Oellrich	Oberheizer Heinz Bismark

Ober-Hoboistengast Georg Wollweber

An den Folgen ihrer schweren Verletzungen starben in den Lazaretten von Gibraltar und Ibiza

Obermatrose Hermann Brückner	am 31.V.	Oberheizer Heinz Holzwarth	am 2.VI.
Matrose Albert Steiger	am 1.VI.	Oberheizer Alfred Meyer	am 3.VI.
Oberheizer Albert Eckart	am 2.VI.	Heizer Helmut Dürr	am 5.VI.
Oberheizer Helmut Schubert	am 2.VI.	Obermatrose Georg Wille	am 11.VI.

Nachdem wir unsere gefallenen Kameraden in die Heimat überführt und sie hier zur letzten Ruhestätte gebracht haben, gedenken wir ihrer noch einmal in treuer Kameradschaft.
Ihr Soldatentod wird uns stets ein Beispiel höchster soldatischer Pflichterfüllung und Einsatzbereitschaft bleiben. Wir werden ihr Andenken am besten ehren, wenn wir wie sie weiterhin unsere ganze Arbeit und unser Leben einsetzen für Volk und Vaterland.

Wilhelmshaven, den 17. Juni 1937

Im Namen der Besatzung des Panzerschiffes „DEUTSCHLAND"

gez. Plath
Fregattenkapitän und I. Offizier

gez. Fanger
Kapitän zur See und Kommandant

Die Traueranzeige für die Toten der „Deutschland" im „Völkischen Beobachter" (Überfall von Ibiza, 29. 5. 1937)

Im Ringen um ein hohes Ziel sind unsere Kameraden

DR. KARL WIEN — **PERT FANKHAUSER**
ADOLF GÖTTNER — **DR. HANS HARTMANN**
DR. GÜNTHER HEPP — **PETER MÜLLRITTER**
MARTIN PFEFFER

einer gewaltigen Naturkatastrophe zum Opfer gefallen und in ihrem Lager 4 am Nanga Parbat durch eine Eis- und Schneelawine verschüttet worden. Mit ihnen starben in treuer Pflichterfüllung die Träger

Mingma Tsering, Nima Tsering I, Pasang Picture, Nima Tsering II, Jigmay, Chong Karma, Ang Tsering, Gyaljen Monjo und Karmi

Nicht nur die deutschen Bergsteiger und die deutsche Himalajaforschung haben damit einen unersetzlichen Verlust erlitten, das ganze deutsche Volk trauert mit uns um sieben seiner besten Söhne. Als bewußte Deutsche, in ihrem Beruf, als Wissenschafter, sind sie immer in vorderster Front gestanden, wo es galt, Deutschland zu dienen. Große und stolze Hoffnungen sind mit ihnen jäh dahingegangen.
In uns aber werden sie weiterleben und für immer in unseren Herzen ruhen als leuchtende Vorbilder im männlichen Kampf für eine große Idee.

Berlin, München, den 16. Juli 1937

Der Reichssportführer
von Tschammer und Osten

Deutsche Himalaja-Stiftung
Fritz Bechtold

Deutscher Bergsteigerverband
im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen
Paul Bauer



Zusammen mit ihren Freunden Pert Fankhauser, Adolf Göttner und Peter Müllritter, die auch unsere Freunde waren, und 9 Trägerkameraden fielen am Nanga Parbat unsere Mitglieder

DR. HANS HARTMANN — DR. GÜNTHER HEPP
DIPL.-ING. MARTIN PFEFFER — DR. KARL WIEN

Nachdem sich die Nachricht von ihrem Tode bestätigt hat, gedenken wir ihrer noch einmal in treuer Kameradschaft. Aus Kampfesfreude und Wagemut griffen sie nach einem der kühnsten Ziele, die es gibt, um Deutschlands Kraft und Stolz zu zeigen. Ihr Leben wurde genommen, aber ihr Name lebt fort als Sinnbild und Ansporn.

Akademischer Alpenverein München

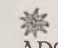


Drei unserer Besten starben am Nanga Parbat den Bergsteigertod

DR. HANS HARTMANN — DR. GÜNTHER HEPP
PETER MÜLLRITTER

Sie gaben ihr Leben im Kampf um die Berge der Erde für Deutschlands Ehre und Lebenswillen.

Alpenvereinssektion Bayerland, München



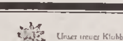
Unsere lieben Mitglieder

ADOLF GÖTTNER und DR. KARL WIEN

haben im Ringen um den Nanga Parbat den Tod gefunden.

Es waren Bergsteiger im besten Sinne des Wortes, tatkräftig und unermüdlich, reich an Erfolgen. Göttner hatte sich auch um die Jungmannschaft der Sektion verdient gemacht, er hatte sie mitbegründet und mit allen Kräften gefördert. Sie kämpften und fielen für das Ansehen der deutschen Bergsteigerschaft, für den Ruhm ihres Vaterlandes.

Alpenvereinssektion München

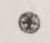


Unser treuer Klubbruder

PERT FANKHAUSER

opferte fern von den geliebten Heimatbergen beim 3. Ersteigungsversuch auf den Nanga Parbat sein tatenfrohes Leben für Volk und Heimat. In der gesamtdeutschen Bergsteigergeschichte bleibt ihm ein Ehrenplatz für alle Zeiten gesichert.

Alpiner Klub »Karwendler«, Innsbruck



Tieferschüttert müssen wir den Verlust des aus unserer Jungmannschaft hervorgegangenen Sektionsmitgliedes

MARTIN PFEFFER

beklagen. Mit unbeugsamem Willen zur Bezwingung des deutschen Schicksalsberges, des Nanga Parbat, zog er aus, leider sollte er die Heimat nicht wiedersehen. Auch er fiel für Deutschlands Ehre.

Alpenvereinssektion
Turner-Alpen-Kränzchen, München

Unser liebes Sektionsmitglied, unser guter Klubkamerad

PETER MÜLLRITTER

gab im Kampf um den Nanga Parbat für Deutschlands Ruhm und Ansehen sein Leben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Skiclub Ruhpolding — Alpenvereinssektion Trostberg

Die Traueranzeigen für die Toten der Nanga-Parbat-Expedition im „Völkischen Beobachter“ (Juni 1937)

27*



Kunst aus dem Zwischenreich: Aus der Ausstellung „Entartete Kunst"
(eröffnet am 19. 7. 1937 in München)

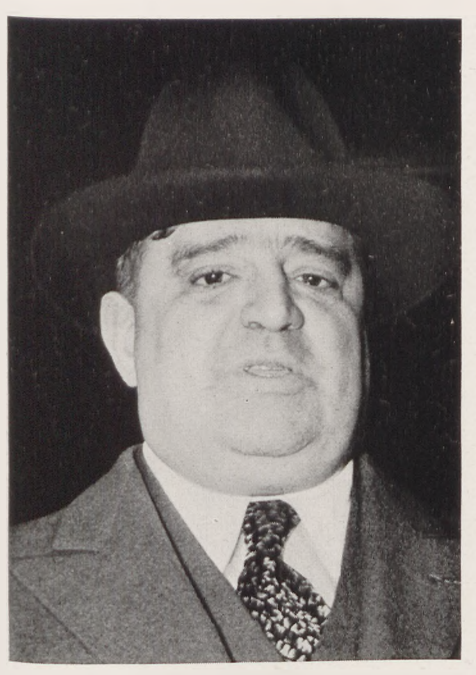


Das Werbeplakat zur antibolschewistischen Ausstellung auf dem Reichsparteitag



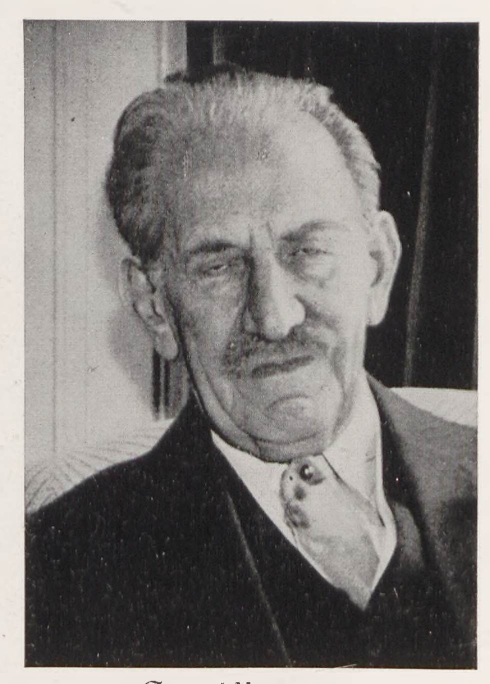
die auf der Prager Aus... lung zu sehen ...

Dieses gemeine Machwerk hing in einer „Prager Kunstausstellung". Trotzdem eröffnete der tschechische Minister Dr. Franke diese Ausstellung. (Ausschnitt aus dem „Völkischen Beobachter" vom 14. 10. 1937)


La Guardia,
Oberbürgermeister von New York


Samuel Dickstein


Dr. Stephan S. Wise


Samuel Untermeyer

Dies sind die Hauptheter der jüdischen Boykotthetze gegen Deutschland



Die „Achse Berlin-Rom“
Umschlagseite der Sondernummer der italienischen Bilderzeitung „L'Illustrazione Italiana“



Plakat zur Völkerkundgebung auf dem Maifeld in Berlin (28. 9. 1937)



Deutsche und italienische Fahnen in der Reichshauptstadt



Offizielle Postkarte der nationalspanischen Postverwaltung, die die Verbundenheit des spanischen Volkes mit Deutschland und Italien zeigen soll





Hilfswerk Mutter und Kind



Kinder=Landverschickung



Winterhilfswerk

Werbeplakate der NSV. im Jahre 1937









Plakate aus dem Jahre 1937



Das Schild für die „Heime der Hitlerjugend"

Heim der Hitlerjugend

BAUSCHEIN

für den Neubau

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen wird hiermit die Genehmigung zu dem obengenannten Bauvorhaben erteilt und die Bezeichnung „**Heim der Hitler-Jugend**" verliehen

Berlin, den ______________ 193

Arbeitsausschuß für HJ.-Heimbeschaffung
Der Leiter:

Stabsführer

Der Beauftragte des Reichsschatzmeisters

Der Vertreter des Reichs- und Preuß. Erziehungsministers

Die Vertreter des Reichs- und Preuß. Innenministers

Der Vertreter des Reichspropagandaministers

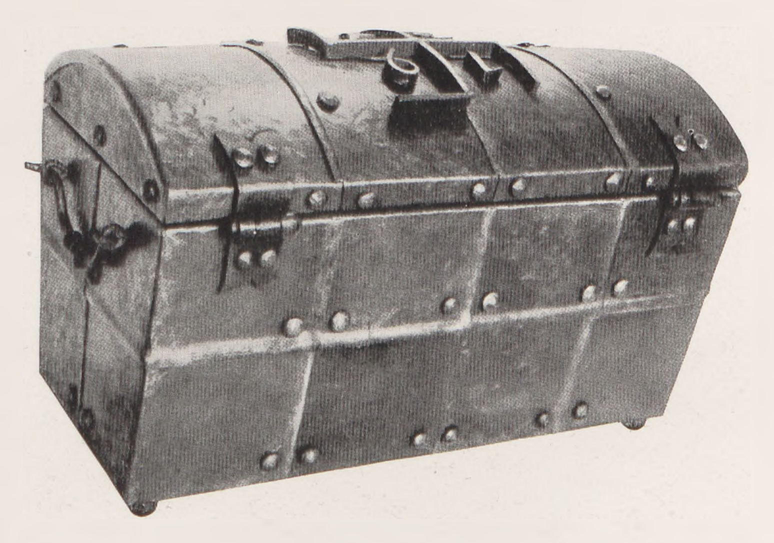
Die Vertreter des Deutschen Gemeindetages

Bauschein für den Neubau eines „Heims der Hitlerjugend"





Plakette, die an tatkräftige Förderer der Heimbauaktion der Hitlerjugend verliehen wird

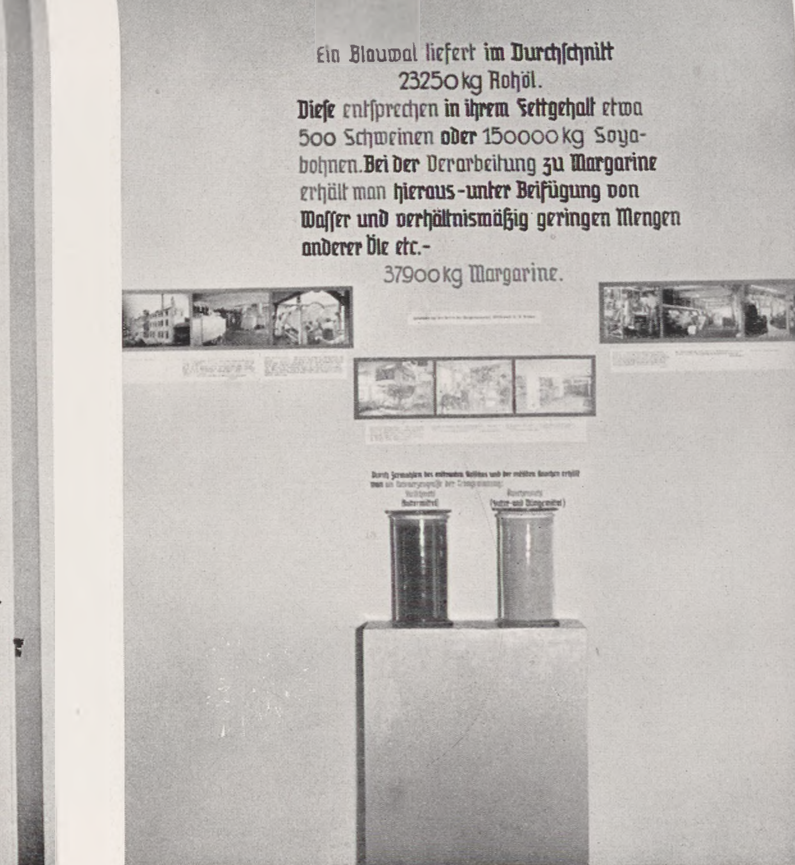


Diese Truhe wird in den Grundstein jedes HJ.-Heimes eingemauert



Köcher, in dem sich die Grundsteindokumente befinden





Darstellungen über die Bedeutung des Walfangs. (Aus dem Walfangmuseum Wesermünde)



Das „Merkschwein" des Deutschen Ernährungshilfswerkes der NSV.

Worauf es ankommt:

1. Beachte das Merkschwein, welches Du durch den Blockwalter der NSV erhältst.



Hänge das Merkschwein an gut sichtbarer Stelle in der Küche auf.

2. Mache Dir die kleine Mühe zur Pflicht, alles was das Schwein nicht frißt, den Küchen- und Nahrungsmittelabfällen fernzuhalten. Stelle Dir für das Schweinefutter in der Küche ein besonderes Gefäß auf.

3. Die für die Abholung zur EHW-Schweinemast gesammelten Küchen- und Nahrungsmittelabfälle dürfen keinesfalls in Papier gewickelt in den EHW-Haussammeltübel geschüttet werden.

4. Die von Dir gesammelten Küchen- und Nahrungsmittelabfälle schütte **täglich** in das für diesen Zweck aufgestellte vorschriftsmäßige EHW-Sammelgefäß.

5. Die Anschaffung, Sauberhaltung und die Entleerung des Haussammelkübels ist Sache des Hauswirtes.

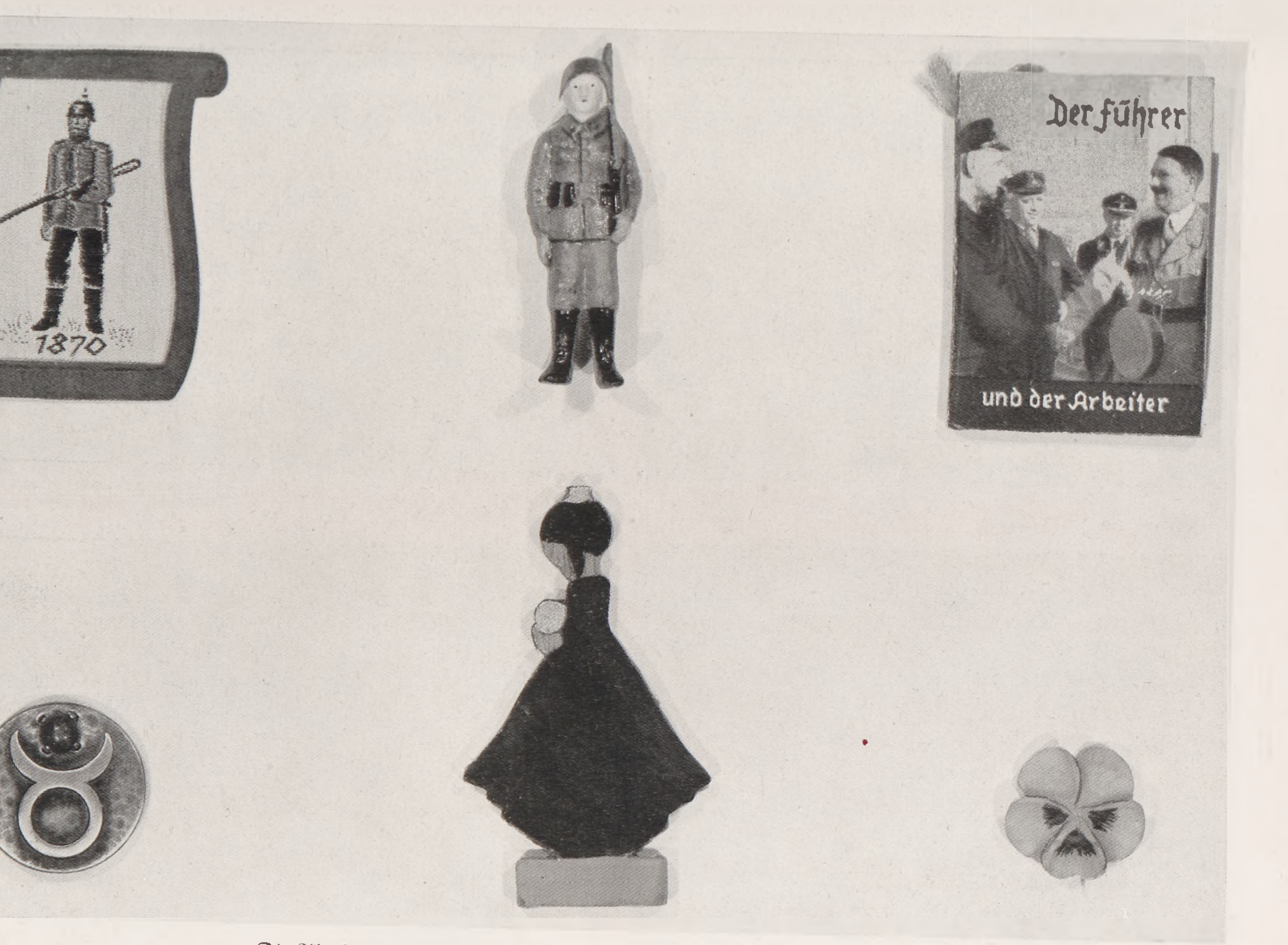
6. Das Bewußtsein, daß im Ernährungshilfswerk bewährte Fachleute wirken, muß Deinen Eifer stärken, Dich für den Kampf um die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes einzusetzen, die nur einen Teil des Lebenswerkes des Führers darstellt, nämlich:

Werbeflugblatt des Deutschen Ernährungshilfswerkes der NSV.



Werbeplakate des Reichskolonialbundes

Die Bilderzeitung des Reichskolonialbundes



Die Abzeichen der Reichsstraßensammlungen des WHW. 1937/38



Dr. Julius Dorpmüller,
Reichsverkehrsminister



Dr. Wilhelm Ohnesorge,
Reichspostminister



Dr. Hans H. Lammers,
Reichsminister und Chef der Reichskanzlei



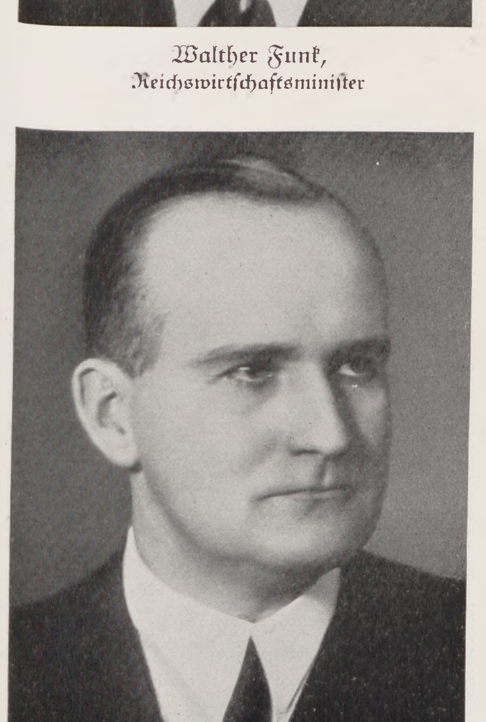
Dr. Meißner,
Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei



Walther Funk,
Reichswirtschaftsminister



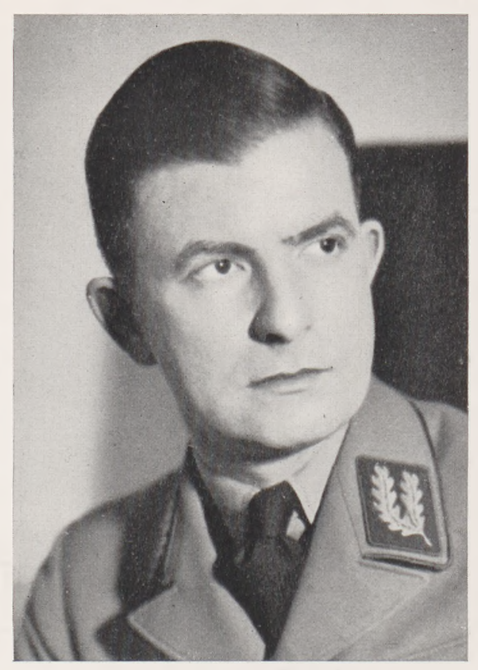
Dr. Otto Dietrich,
Staatssekretär und Pressechef der Reichsregierung



Karl Hanke,
Staatssekretär im Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda



Dr. Hermann Muhs,
Staatssekretär im Reichskirchenministerium



Gauleiter Bohle,
Chef der Auslandsorganisation
im Auswärtigen Amt



Generalmajor Christiansen,
Korpsführer des NSFK.



General der Artillerie Becker,
Präsident des Reichsforschungsrates



Professor Speer,
Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt



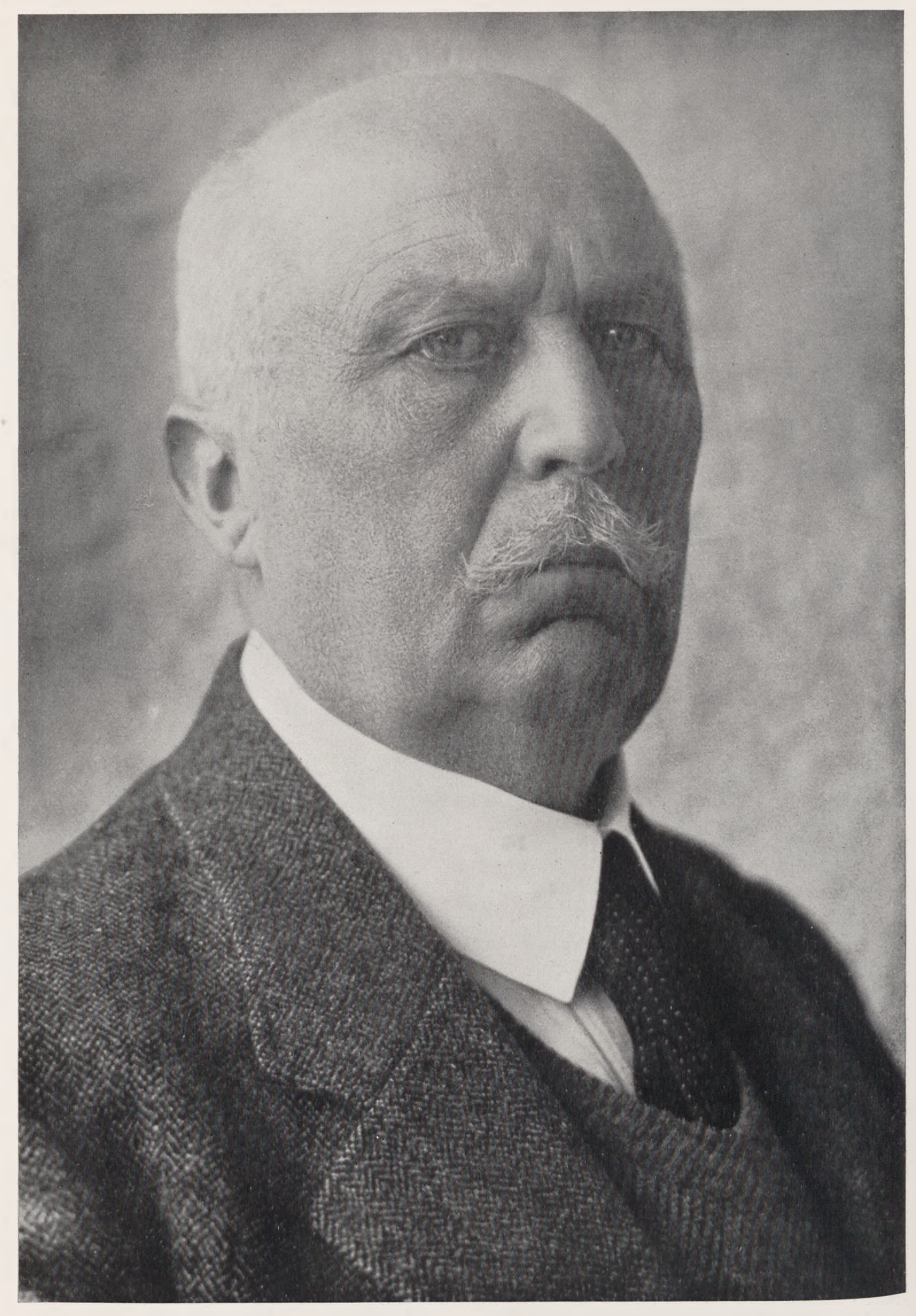
Reichsstatthalter Rudolf Jordan,
Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt



Joachim Eggeling,
Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg



Staatsrat Rudolf Schmeer,
Leiter der Zentralstelle für den Vierjahresplan
in der DAF.

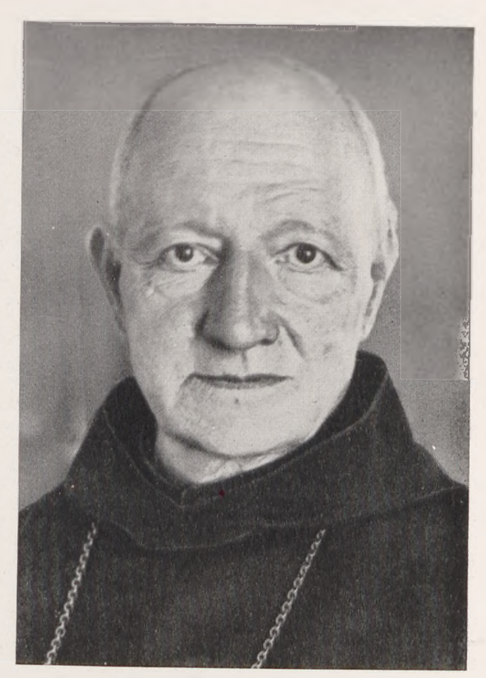


General der Infanterie a. D. Erich Ludendorff († 20. 12. 1937)

Die Toten des Jahres 1937



Josef Riedel,
Blockleiter der Auslandsorganisation
in Argentinien († 10. 4. 1937)



Abt Albanus Schachleiter
(† 20. 6. 1937)



Ministerialrat Seeger,
Leiter der Abteilung Film im Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda
(† 27. 8. 1937)

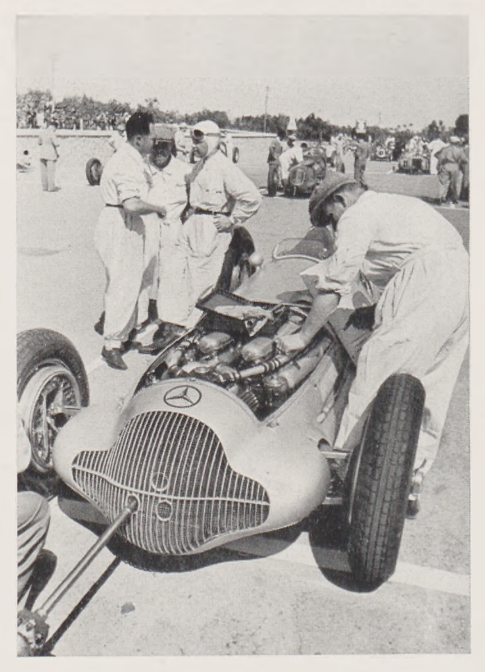


Roland E. Strunk,
SS-Hauptsturmführer und Sonderberichterstatter
des „Völkischen Beobachters" († 23. 10. 1937)

Die Toten des Jahres 1937



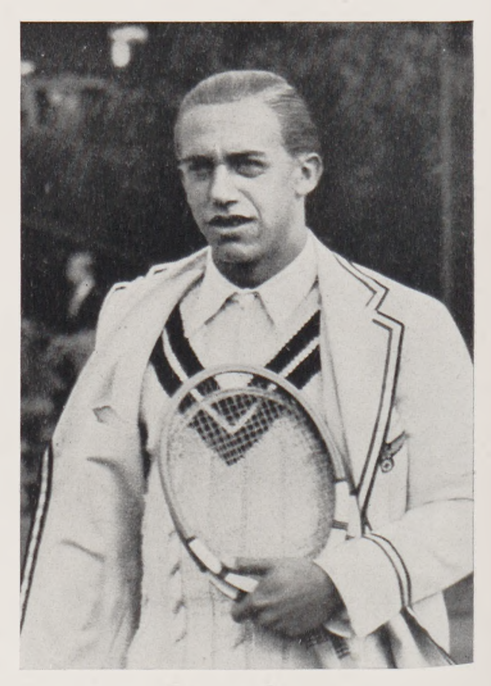
Europameister Rudolf Caracciola,
Deutscher Kraftfahrmeister 1937



Der neue Mercedes-Benz-Rennwagen



Hanne Sobek,
der bekannte Nationalspieler, der sein hundertstes Spiel in der Berliner Fußball-Gaumannschaft lieferte



Heinrich Henkel,
Deutscher Tennismeister 1937

Der Reichsführer ϟϟ und Chef der deutschen Polizei, Himmler, überbringt Ministerpräsident Göring seine Glückwünsche zum 44. Geburtstag. [Hinter dem Reichsführer der Chef der Sicherheitspolizei, ϟϟ-Obergruppenführer Heydrich, und der Chef der Ordnungspolizei, General Daluege] (12. 1. 1937)

Nach dem Staatsakt zum Großhamburggesetz tragen sich die Ehrengäste in das Goldene Buch der Stadt Hamburg ein (26. 1. 1937)



Reichstagssitzung am 30. Januar 1937 in der Krolloper

Der königliche Platz in München

Der Neubau des Verwaltungsgebäudes der NSDAP.
(Einweihung am 11. 2. 1937)

Reichsaußenminister von Neurath in Wien (22./23. 2. 1937)

Begeistert jubelt ihm die Bevölkerung zu

Besuch des Reichsaußenministers in Italien und in Ungarn (Mai 1937)

Feierliche Eröffnung des Reichsberufswettkampfes im Berliner Sportpalast (11. 2. 1937)

Der englische Zeitungsindustrielle Rothermere wird vom Führer auf dem Obersalzberg empfangen

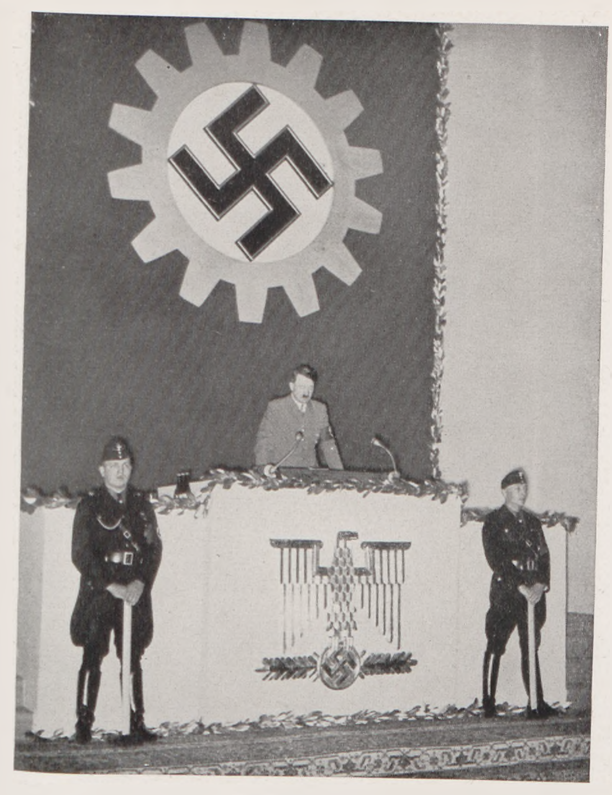
Der italienische Arbeiterführer Cianetti und Reichsleiter Dr. Ley schreiten am Berliner Ehrenmal die Front der Werkscharen ab. (Deutschlandreise Cianettis, 14.–22. 2. 1937)



Reichsminister Rudolf Heß begrüßt den italienischen Kriegsopferführer Delacoix (16. 2. 1937)

Mussolini empfängt Generaloberst Göring bei seiner Ankunft in Rom
(Göring in Italien, 14.–24. 1. 1937)

Eröffnung der Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung in Berlin
durch Reichsluftfahrtminister Generaloberst Göring (16. 4. 1937)



Der Führer spricht auf der Sitzung der Reichsarbeitskammer (30.4.1937)

Der Führer begrüßt die Betriebsführer der mit der Bezeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichneten Betriebe



Geburtstag des Führers
(20. 4. 1937)

Staatsakt am 1. Mai 1937 im Berliner Lustgarten



Die Eröffnungskundgebung
(30. 4. 1937)

Die Halle der Wehrmacht

Die Ausstellung: „Gebt mir vier Jahre Zeit"

Reichsminister Rust besucht die deutsche Schule in Athen anläßlich der Eröffnung der deutschen Olympia-Ausgrabungen (10. 4. 1937)



Der Festzug „700 Jahre Berlin" vor dem Berliner Rathaus

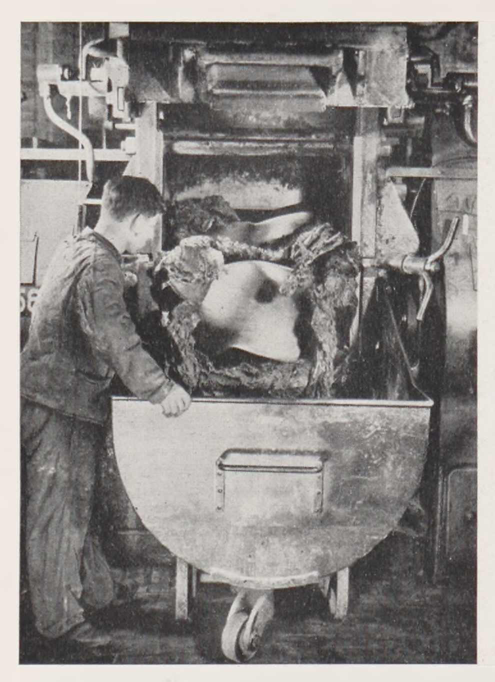


Stadtpräsident Dr. Lippert dankt den Vertretern der deutschen Stämme für deren Glückwünsche

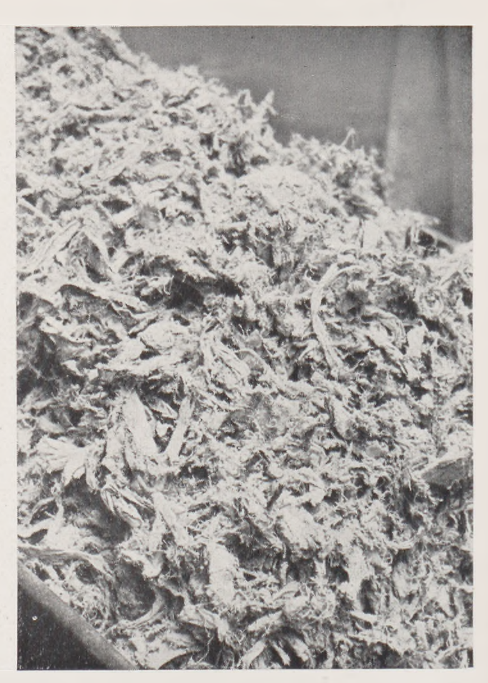
700-Jahrfeier der Reichshauptstadt (14.—22. 8. 1937)



Generaloberst Göring eröffnet die Ausstellung „Schaffendes Volk" in Düsseldorf (8. 5. 1937)



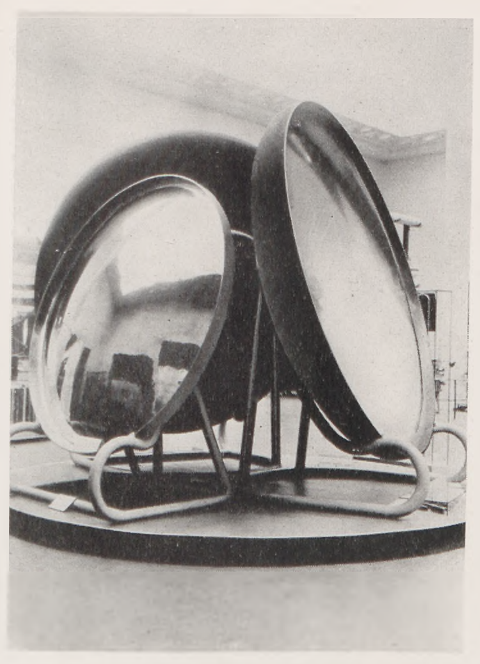
Maschine zur Herstellung deutschen Gummis



Werkstoff Kunstharz

Herstellung einer Isoliermatte aus Glasstoff

Neue deutsche Werkstoffe



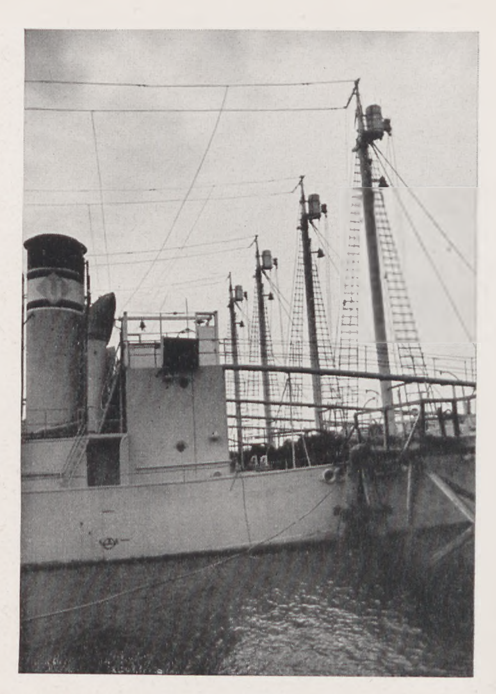
Spiegel aus Edelstahl



Eine künstlerische Tür aus Nirosta, die auf der Pariser Weltausstellung einen „Grand Prix“ erhielt

Elektron, ein aus deutschen Rohstoffen hergestelltes Leichtmetall



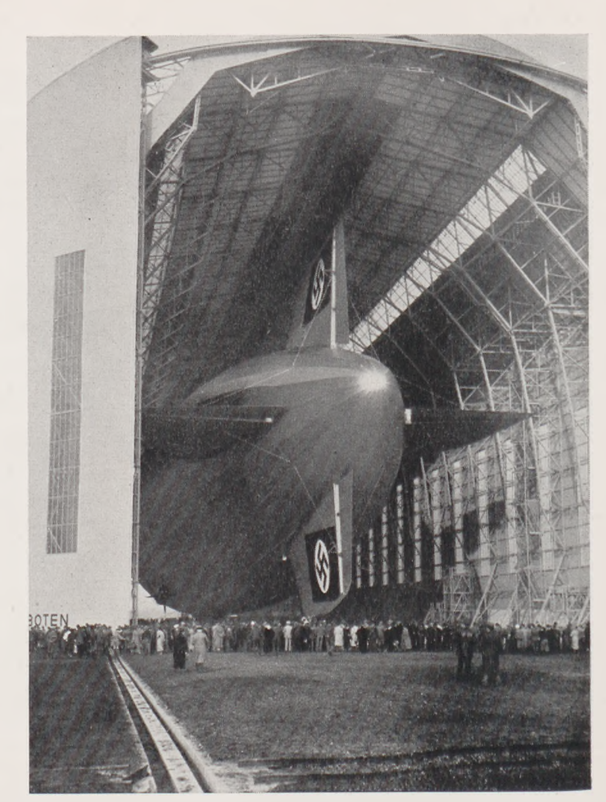


Deutsche Walfangschiffe

Die schwimmende Trankocherei „Unitas"

Das neue Dienstgebäude der Reichskanzlei auf dem Obersalzberg (Richtfest 18. 1. 1937)

Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei,
eröffnet die Sudetendeutsche Kunstausstellung in Berlin



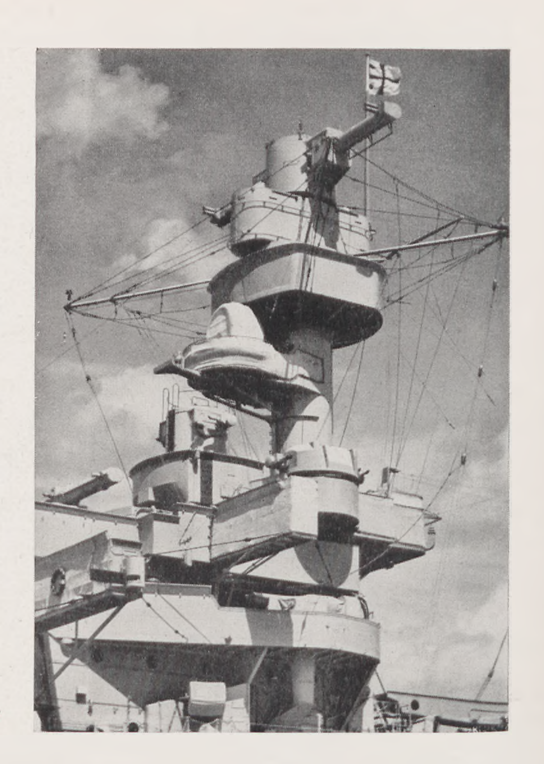
Das Luftschiff „Hindenburg"
in der Halle in Friedrichshafen

Die Katastrophe von Lakehurst (6. 5. 1937)

Nationalspanische Kavallerie auf dem Vormarsch



So sinnlos zerstörten die Roten vor ihrer Flucht Malaga



Gefechtsmast des Panzerschiffs „Deutschland"

Kreuzer „Leipzig"

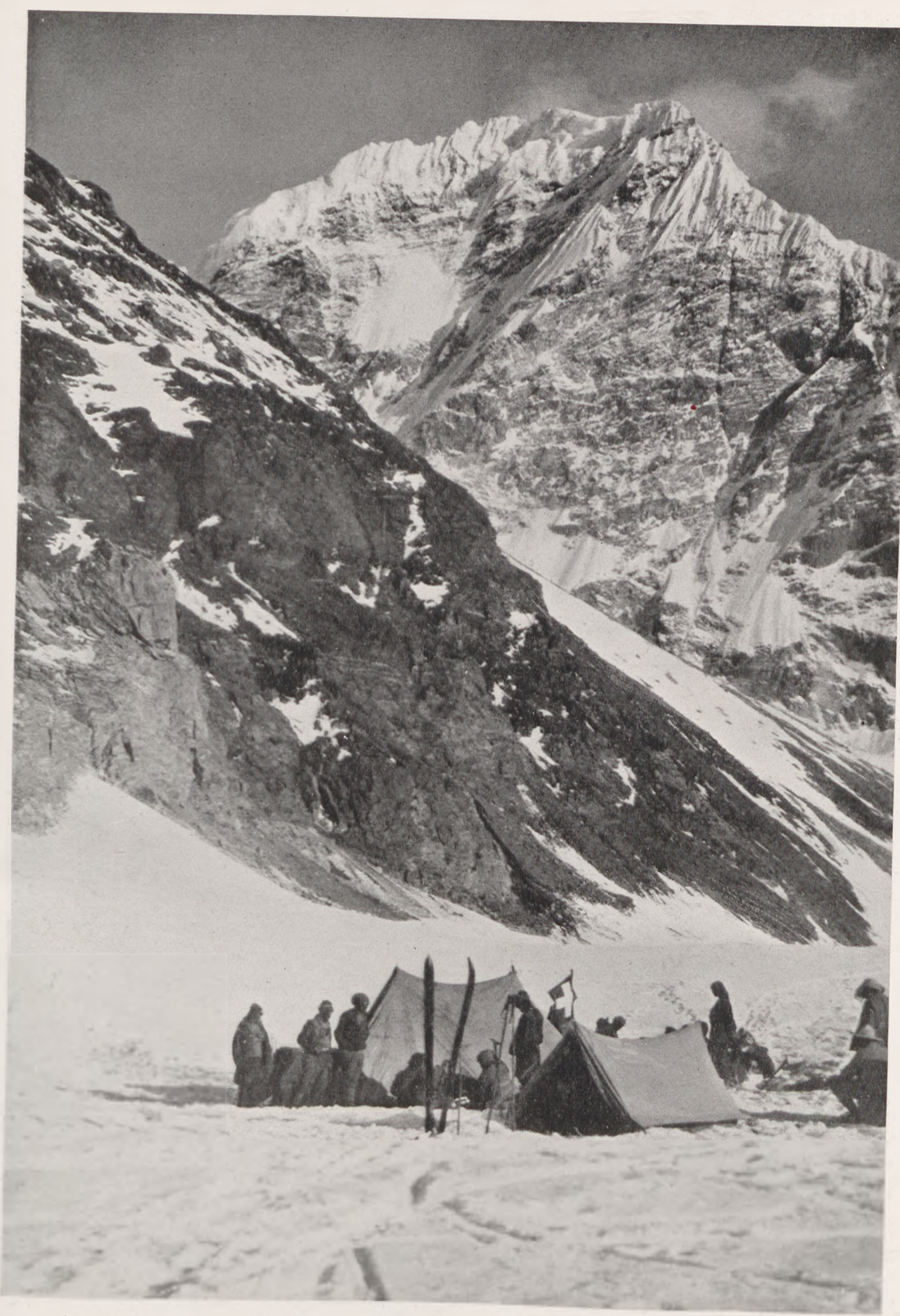
Das Deck der „Deutschland" kurz nach dem verbrecherischen rotspanischen Anschlag in Ibiza (29. 5. 1937)

Die Wirkung der roten Bomben

Die Heimkehr der toten Matrosen



Beisetzung der Toten der „Deutschland" in Wilhelmshaven (17. 6. 1937)



Expeditionslager der Nanga-Parbat-Expedition am Himalaya, die im Juni 1937 einem Lawinenunglück zum Opfer fiel



Stapellauf des KdF.-Schiffes
„Wilhelm Gustloff“
(5. 5. 1937)

Pg. Robert Ley spricht auf der Reichstagung der NSG. „Kraft durch Freude“ in Hamburg
(10.–13. 6. 1937)

Reichsminister Dr. Frank empfängt die Reichssiegerinnen
im Berufswettkampf der deutschen Studentinnen

Eine Verteilungsstelle der NSV. für die neue Volksgasmaske



Der Führer während seiner großen außen- und wirtschaftspolitischen Rede auf dem Parteitag des Gaues Mainfranken in Würzburg (27. 6. 1937)



Reichsarbeitsdienst

Reichsminister Dr. Goebbels empfängt die italienischen Jungfaschistenführer (April 1937)

Vorbeimarsch italienischer Jungfaschisten vor dem Führer in der Wilhelmstraße in Berlin (16. 6. 1937)

Der Chef der polnischen Staatspolizei, General Zamorski, nimmt den Vorbeimarsch von Ehrenformationen der deutschen Polizei am Polizeidenkmal auf dem Horst-Wessel-Platz in Berlin ab (19. 5. 1937)

Feierliche Einholung der Standarte, die der Führer der Polizei auf dem Parteitag verliehen hat. [Marsch durchs Brandenburger Tor] (15. 9. 1937)

Vorderansicht

Gartenansicht

Das Haus der Deutschen Kunst in München
(Einweihung am „Tag der Deutschen Kunst", 16.-18. 7. 1937)



Der Festzug
zum Tag der Deutschen Kunst
in München
(16.-18. 7. 1937)



Die auf dem Bockholzberge errichtete Niederdeutsche Gedenkstätte „Stedings Ehre“
während des Festspiels



Der bei den SA.-Meisterschaften im Gepäckmarsch siegende Sturm trifft auf dem Reichssportfeld ein. (Reichswettkämpfe der SA., 13.-15. 8. 1937)

Reichsminister Heß spricht auf der Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP. in Stuttgart (29. 8.-5. 9. 1937)



Gauleiter Stürtz beim ersten Spatenstich
zu den Meliorationsarbeiten
im Netzebruch (Kurmark)
(24. 8. 1937)



Der Herzog von Windsor besichtigt bei seinem Deutschlandaufenthalt Berliner Arbeitersiedlungen
in Begleitung von Reichsleiter Pg. Dr. Ley (12. 10. 1937)

Vorbeimarsch des Reichsarbeitsdienstes (8. 9. 1937)

Der Führer besichtigt das Modell des „Deutschen Stadions“ bei der Grundsteinlegung (9. 9. 1937)

Der Parteitag der Arbeit (6.—13. 9. 1937)

Parade der Ordnungspolizei vor dem Deutschen Hof (10. 9. 1937)

Heldenehrung beim Appell von SA., SS., NSKK., NSFK. in der Luitpoldarena (12. 9. 1937)

Der Parteitag der Arbeit (6.—13. 9. 1937)

Parade der Wehrmacht (13. 9. 1937)

Spanische Jungfalangisten als Gäste der Hitlerjugend

Der Parteitag der Arbeit (6.—13. 9. 1937)

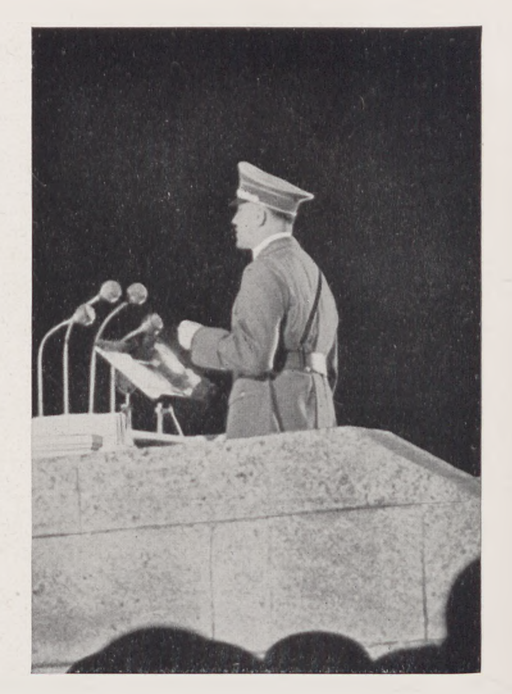


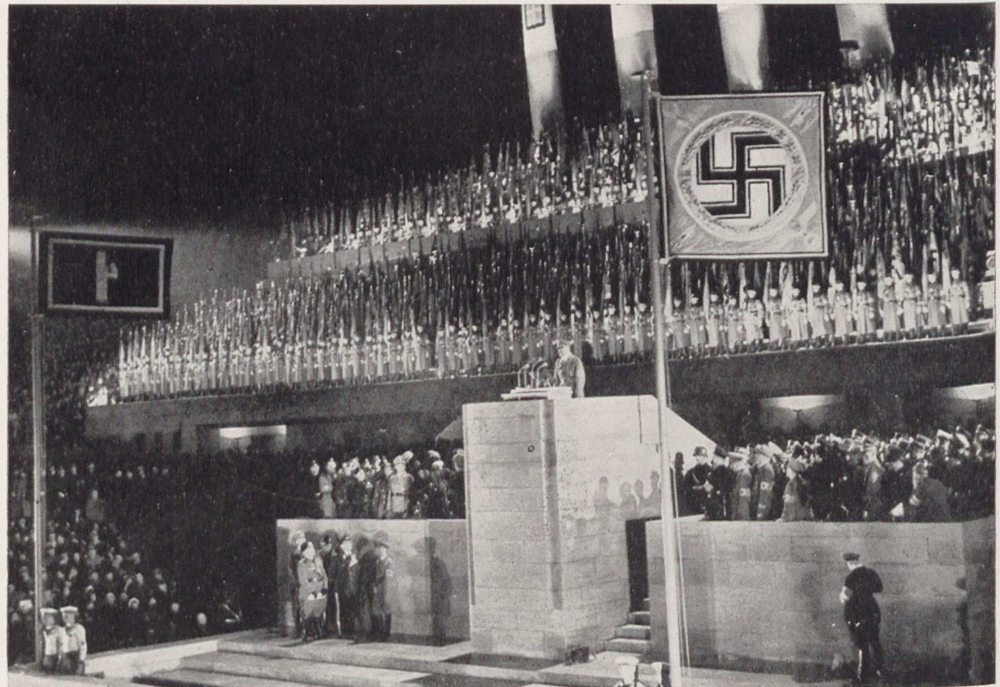
Mussolini und der Führer
auf dem Balkon der Reichskanzlei

Fahrt durch die Straßen Berlins

Der italienische Staatschef Mussolini in Deutschland (25.—29. 9. 1937)







Mussolini und der Führer sprechen bei der Völkerkundgebung auf dem Maifeld in Berlin (28. 9. 1937)

Der italienische Staatschef Mussolini in Deutschland (25.—29. 9. 1937)

Der Duce ſchreitet die Front der zur Parade angetretenen Wehrmachtsteile ab



Muſſolini und der Führer im Manövergelände (26. 9. 1937)



Blick von der „Baldur=von=Schirach=Jugendherberge"
auf den Walchensee und das Karwendelgebirge



„Baldur-von-Schirach-Jugendherberge"
in Urfeld



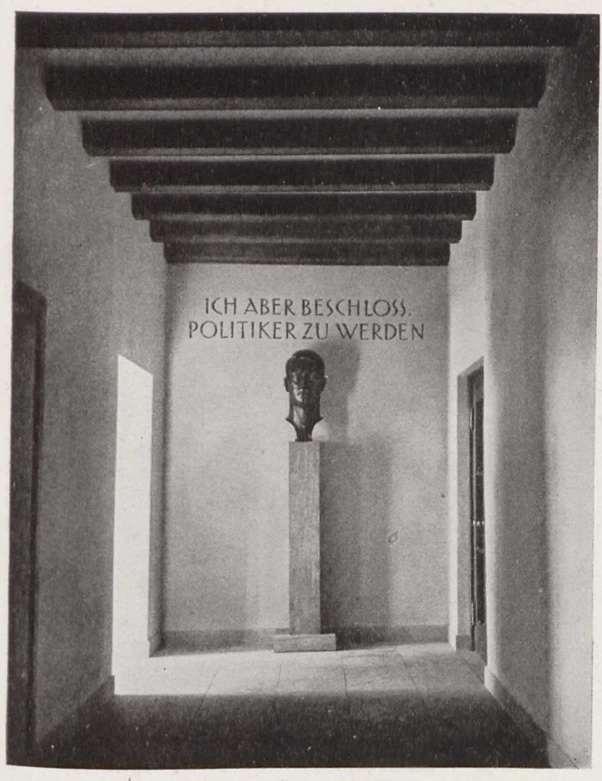
Jugendherberge in Tübingen

Joseph-Goebbels-Jugendherberge in Düsseldorf-Oberkassel

Neue deutsche Jugendherbergen

Der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, verleiht in den Pharussälen in Berlin der alten Garde der Partei ihre eigene Fahne (15. 6. 1937)

Treffen der alten Kämpfer zur Feier der Wiederkehr des Tages von Coburg. Führerrede (15. 10. 1937)



Das Kriegslazarett in Pasewalk, in welchem der Führer Adolf Hitler am 9. November 1918 verwundet lag, wurde zur Gedenkstätte ausgebaut. (Einweihung durch Pg. Rudolf Heß am 21. 10. 1937)

Der Führer spricht am Erntedanktag auf dem Bückeberg (30. 10. 1937)



Der Führer legt den Grundstein zur Wehrtechnischen Fakultät der Berliner TH. im Grunewald (27. 11. 1937)

Mussolini begrüßt in Rom italienische Freiwillige, die in Spanien gekämpft haben. Hinter dem Duce Reichsminister Heß und Stabschef Lutze (28. 10. 1937)

Der Stellvertreter des Führers im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano und dem faschistischen Parteisekretär Starace

Feier des 15. Jahrestages des Marsches auf Rom (28. 10. 1937)



Der italienische Staatschef Mussolini bei seiner Rede am fünfzehnten Jahrestag der faschistischen Revolution, in der er für den deutschen Kolonialanspruch eintrat (28. 10. 1937)

Der englische Außenminister Lord Halifax trifft zum Besuch der Jagdausstellung in Berlin ein (17. 11. 1937)

Generaloberst Göring besichtigt als Schirmherr die Ausstellung „Französische Kunst der Gegenwart“ in Berlin (Eröffnung 5. 6. 1937)

Der ungarische Ministerpräsident Darany stattete bei seinem Deutschlandaufenthalt (20.–28. 11. 1937) dem Ministerpräsidenten Hermann Göring in Karinhall einen Besuch ab



Deutsche Filme, die im Jahre 1937 höchste staatliche Prädikate erhielten:

1. Unternehmen Michael
2. Verräter
3. Wenn wir alle Engel wären
4. Der Herrscher

Wagen des Kurmärkischen Landestheaters

Wagen der Gaufilmstelle

Kulturarbeit der NSDAP.

Der deutsche Pavillon auf der Pariser Weltausstellung 1937



Reichsjägermeister Hermann Göring eröffnet die Internationale Jagdausstellung in Berlin (3. 11. 1937)

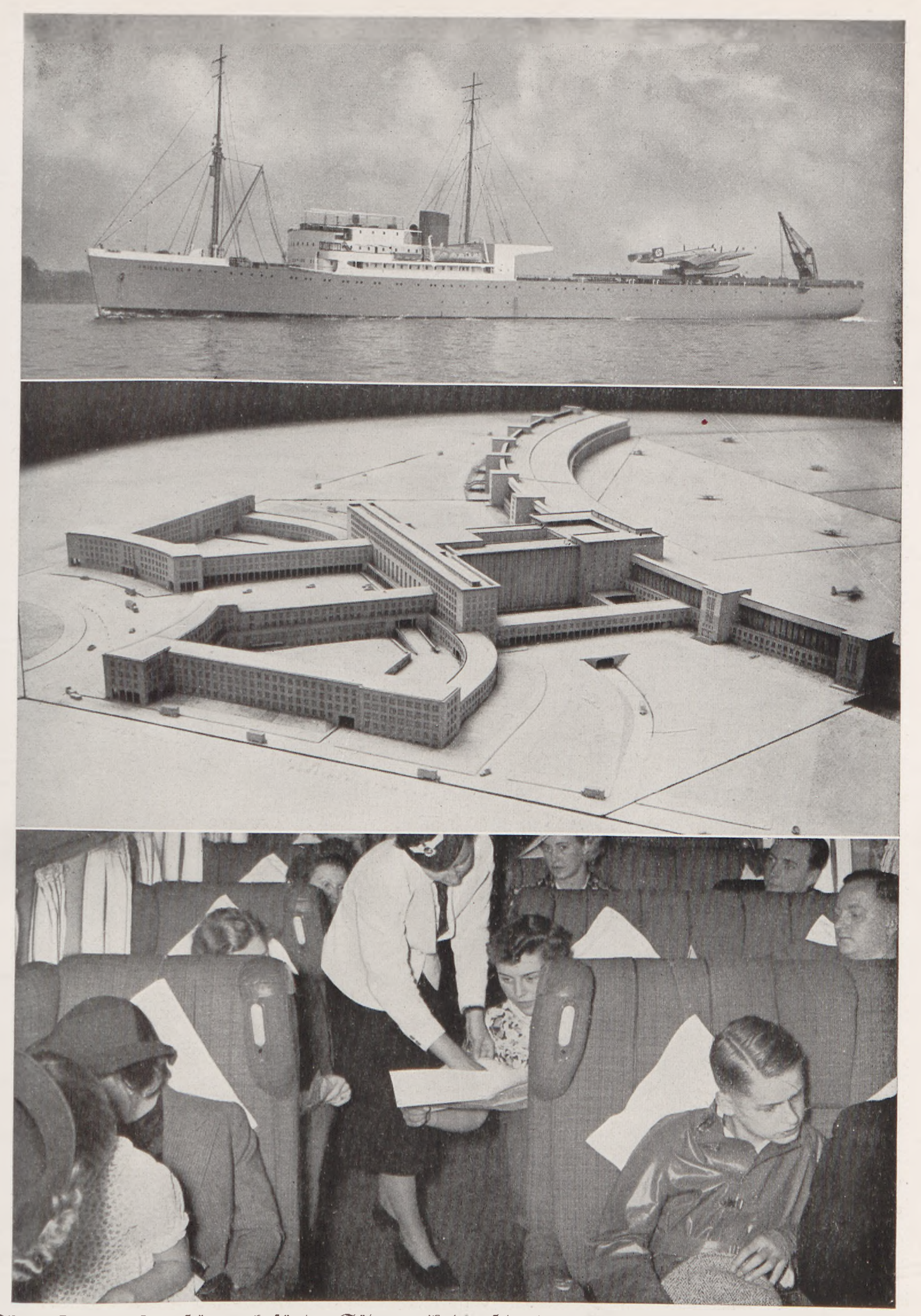
Reichsjugendführer Baldur von Schirach
legt in Rom am Grab des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder (August/September 1937)

Baldur von Schirach
schreitet vor seiner Abfahrt von Istambul ein Ehrenspalier der Staatspolizei ab
(Südosteuropa- und Orientreise des Reichsjugendführers im November und Dezember)

Junkers' „Der große Dessauer"

Focke-Wulfs „Condor"

Neue deutsche Großverkehrsflugzeuge



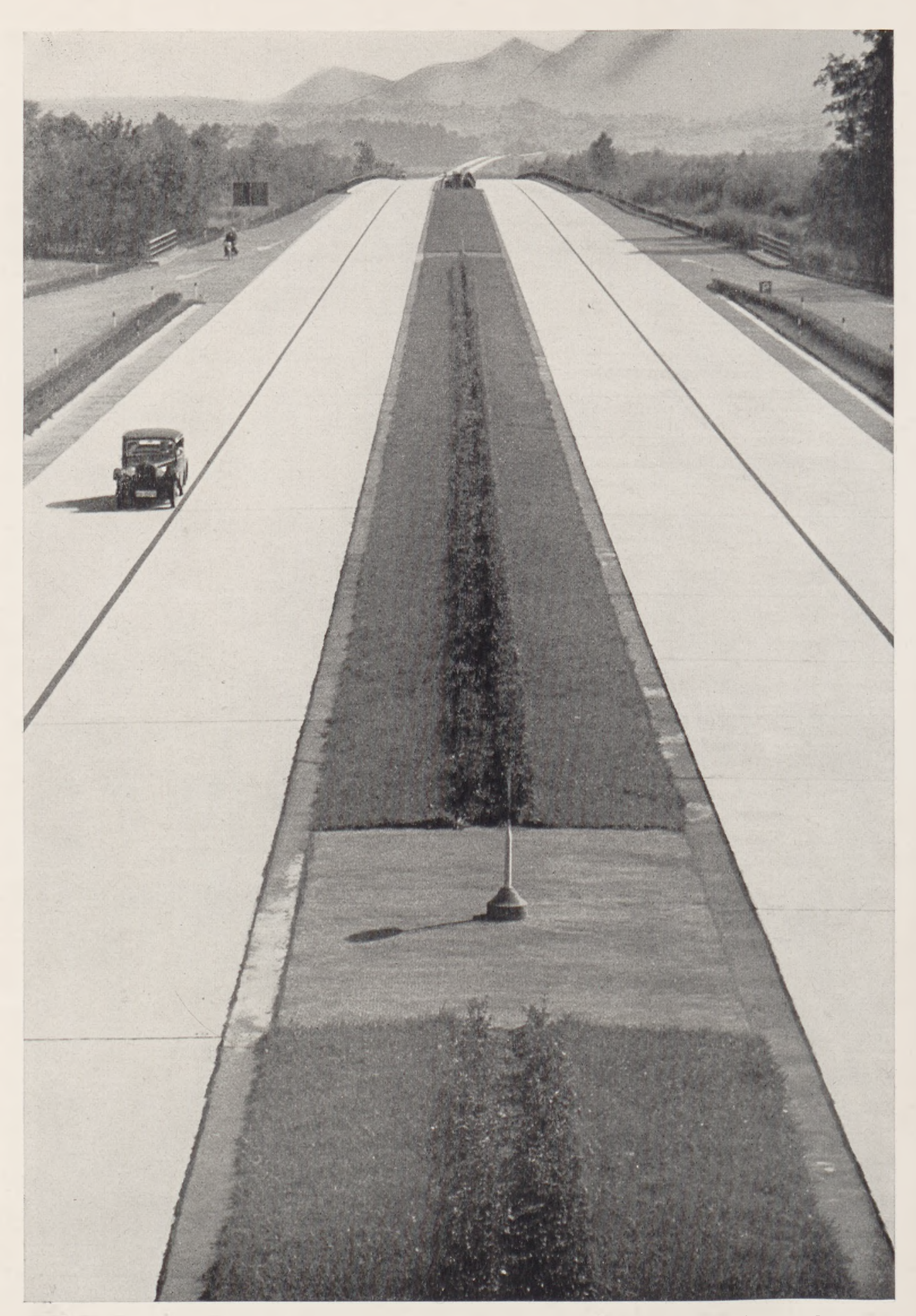
Oben: Der neue Flugstützpunkt für den Südamerikadienst der deutschen Lufthansa „M.-S. Friesenland"
Mitte: Modell des neuen Großflughafens Berlin-Tempelhof
Unten: Kabine eines deutschen Verkehrsgroßflugzeuges



Der Führer nimmt am 9. November vor den Propyläen den Vorbeimarsch der alten Kämpfer ab



Beisetzung des Generals Ludendorff in München († 20. 12. 1937)



Im Jahre 1937 wurde der zweitausendste Kilometer der Reichsautobahn fertiggestellt

Sachregister

